

Erlangen 1973

Erlanger
Historische
Studien

2

Klaus Heller

Revolutionärer Sozialismus und nationale Frage

Das Problem des Nationalismus bei
russischen und jüdischen Sozial-
demokraten und Sozialrevolutionären
im Russischen Reich bis zur
Revolution 1905-1907

Lang

Erlanger Historische Studien

Herausgegeben von
Professor Dr. Karl-Heinz Ruffmann
Professor Dr. Hubert Rumpel

Bd./Vol. 2

Klaus Heller

Revolutionärer Sozialismus und nationale Frage

Das Problem des Nationalismus
bei russischen und jüdischen Sozialdemokraten und
Sozialrevolutionären im Russischen Reich
bis zur Revolution 1905-1907



PETER LANG
Frankfurt am Main · Bern · Las Vegas

41240701

Klaus Heller

Revolutionärer Sozialismus und nationale Frage

Das Problem des Nationalismus
bei russischen und jüdischen Sozialdemokraten und
Sozialrevolutionären im Russischen Reich
bis zur Revolution 1905-1907



PETER LANG

Frankfurt am Main · Bern · Las Vegas

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Heller, Klaus

Revolutionärer Sozialismus und nationale Frage:

d. Problem d. Nationalismus bei russ. u. jüd.

Sozialdemokraten u. Sozialrevolutionären im

Russ. Reich bis zur Revolution 1905-1907. -

Frankfurt am Main: Lang, 1977.

(Erlanger Historische Studien; Bd. 2)

ISBN 3-261-02267-1

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung von
Herrn Werner Wolf, Fürth/Bayern, Frankenstraße 18



D 29

ISBN 3-261-02267-1

Auflage 300 Ex.

© Verlag Peter Lang GmbH, Frankfurt am Main 1977

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder Vervielfältigung, auch auszugsweise, in allen Formen
wie Mikrofilm, Xerographie, Mikrofiche, Mikrocard, Offset verboten.

Druck: Fotokop Wilhelm Weihert KG, Darmstadt

Titelsatz: Fotosatz Aragall, Wolfgangstraße 92, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Stefan Platen, Marktplatz 5, 6360 Friedberg 3

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	7 - 8
I. Nationalismus als Ideologieproblem innerhalb des russischen Sozialismus	9 - 24
II. Die divergierenden Auffassungen zwischen "Iskra" und "Bund" in der Organisationsfrage vor dem Hintergrund des jüdischen Nationalitätsproblems in Rußland bis zum II. Parteitag der RSDRP (1903)	25 - 95
1. Die jüdische Frage in Rußland und ihre Widerspiegelung in den politischen Vorstellungen der russischen und jüdischen Marxisten bzw. Sozialdemokraten bis zur Gründung des "Bund" (1897) und der RSDRP (1898)	25 - 31
2. Der jüdische "Bund" zwischen "Iskra" und PPS bis 1901	32 - 40
3. Die Reaktion der "Iskra" auf den IV. Kongreß des "Bund" (1901) und die weitere Konkretisierung des nationalen Programms des "Bund"	40 - 49
4. Die Reduzierung der jüdischen Frage zu einem Organisationsproblem durch "Iskra" und PPS	49 - 56
5. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung und die "Iskra" in ihrem Verhältnis zu den sozialistischen polnischen Parteien	57 - 66
6. Zentralisation oder Föderation. Das "Iskra"-Modell im Gegensatz zu den Auffassungen der russischen Sozialrevolutionäre und der PPS vor dem II. Parteikongreß der RSDRP	66 - 78
7. Der endgültige Fehlschlag der Eingliederung nationaler sozialdemokratischer Organisationen in eine zentralistisch strukturierte RSDRP nach dem "Iskra"-Modell auf dem II. Parteitag der RSDRP (17./30. Juli - 10./23. August 1903)	78 - 95
III. Assimilation oder Anerkennung als Nationalität?	96 - 119
Die jüdische Frage in ihrer theoretischen Grundlegung bei RSDRP und "Bund" zwischen dem II. Parteitag der RSDRP (1903) und der Revolution von 1905	
1. Lenins theoretische Ausgangsposition und ihre Modifizierungen innerhalb der "Iskra"	96 - 105
2. Die theoretische Begründung der Forderung nach nationalkulturellen Autonomie für die Juden Rußlands durch den "Bund"	105 - 119

	Seite
IV. Die Auswirkungen der in der Revolution von 1905 erhobenen nationalen Forderungen der nichtrussischen, insbesondere der jüdischen revolutionären Gruppierungen auf die theoretischen Ansichten der russischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre	120 - 220
1. Die Autonomievorstellungen der "Evrejskaja socialističeskaja rabočaja partija" (SERP)	122 - 136
2. Autonomie und Föderation als Prinzipien staatlicher Dezentralisation und gesellschaftlicher Integration. Die Ideologie der russischen Sozialrevolutionäre und die Nationalitätenfrage in der ersten russischen Revolution	137 - 155
a) Vor dem I. Parteikongreß der russischen Sozialrevolutionäre (1903-1905)	137 - 142
b) Der I. Kongreß der russischen Sozialrevolutionäre in Imatra/Finnland (29. Dezember 1905/11. Januar 1906 - 4. /17. Januar 1906)	142 - 149
c) Die Konferenz der nationalen sozialistischen Parteien Rußlands in Finnland (16. /29. April - 20. April/3. Mai 1907)	149 - 155
3. Die offizielle Forderung des "Bund" nach national-kultureller Autonomie für die Juden Rußlands	156 - 174
4. Die Reaktion der RSDRP auf die während der ersten russischen Revolution erhobenen nationalen Forderungen der Randvölker Rußlands	174 - 220
a) Die theoretische Ausgangsposition der Menschewiki und ihre Festigung in den ersten Monaten des Jahres 1905 anhand der kaukasischen Frage	174 - 184
b) Revolutionsstrategie und Nationalitätenfragen aus der Sicht Lenins während des Jahres 1905	184 - 192
c) Der Wiedereintritt des "Bund" in die RSDRP auf dem IV. (Vereinigungs-)Kongreß der RSDRP in Stockholm (10. /23. April - 25. April/8. Mai 1906)	192 - 211
d) Der V. Kongreß der RSDRP in London (30. April/13. Mai - 19. Mai/1. Juni 1907)	211 - 220
V. Schlußbetrachtung	221 - 227
Anmerkungen	229 - 310
Literaturverzeichnis	311 - 326

VORWORT

Die Rolle des Nationalismus innerhalb des diesem seiner Natur nach eher ablehnend gegenüberstehenden Sozialismus am Beispiel der sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Bewegungen unter Russen und Juden des vorrevolutionären Rußland zu untersuchen, entsprang verschiedenen Überlegungen.

Am Anfang stand hierbei das Interesse am seit den dreißiger Jahren in der Sowjetunion existierenden Sowjetpatriotismus als einer sozialistischen bzw. kommunistischen Alternative zum sogenannten bürgerlichen Nationalismus. Davon ausgehend erhielten Russifizierungsbestrebungen und großrussischer Chauvinismus einerseits und die Problematik Klasse - Nationalität im Marxismus andererseits erhöhte Aufmerksamkeit. Dabei galt es, die historische Entwicklung von Anbeginn an zu verfolgen. Schwerpunkt war die Untersuchung des Verhältnisses zwischen Nationalismus und revolutionärem Sozialismus in einem Staate wie Rußland bei dessen Wandlung vom absolutistisch regierten Vielvölkerstaat mit einem überall gleichförmigen Verhältnis zwischen Dynastie und Untertanen zum National- bzw. Nationalitätenstaat.

Die Wahl des Gegenstandes drängte sich schon deshalb auf, weil das Russische Reich im Gegensatz zum Habsburgerreich hinsichtlich dieser Fragestellung in der historischen Forschung bisher eine vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit gefunden hat. Von besonderem Interesse war Rußland aber auch deshalb, weil hier - im Gegensatz zum deutsch - tschechischen und zu den anderen Nationalitätenkonflikten im zisleithanischen Österreich - bis 1917 die politische Landschaft nicht vollständig durch den Nationalismus bestimmt wurde. Zwar sind Russifizierungsbestrebungen und Gegenbewegungen erkennbar, die nationale Frage erhielt jedoch niemals eine solche Brisanz, daß durch sie der Weiterbestand dieses Riesenreiches ernsthaft in Frage gestellt wurde.

Unter nationaler Frage bzw. Nationalismus ist im Rahmen dieser Betrachtungen zunächst nichts anderes zu verstehen, als die Ideologie eines "speziellen Falls" menschlicher Gruppenintegration innerhalb eines Staatsrahmens (1). Die notwendigen sozialökonomischen und sozialpolitischen Voraussetzungen werden dabei in der Entwicklung industrieller Produktionsweisen und politischer Verhaltensmuster gesehen, die in der Regel dem Bürgertum zugeschrieben werden. In diesem historischen Zusammenhang dient der Nationalismus als "Instrument der politischen Egalisierung, Solidarisierung und Aktivierung" (2). Er bildet den ideologischen Integrationsfaktor für ein System sozialer Kommunikation (3).

Daher wird auch ein qualitativer Unterschied zwischen "Kulturnationen" und "Staatsnationen" (4) negiert; denn das kulturelle und das politische Moment stellen nur zwei unterschiedliche Quantitäten derselben Qualität Nationalismus dar.

Die vorliegende Arbeit hat sich die Sammlung und Interpretation des außerhalb des sozialistischen Lagers in Europa zugänglichen gedruckten Materials zur Aufgabe gemacht. Das in der Bundesrepublik Deutschland zum überwiegenden Teil nicht vorhandene Material wurde in erster Linie aus dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam und aus der Slawischen Sammlung der Universitätsbibliothek in Helsinki beschafft.

Die Arbeit, die im November 1973 von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg als Dissertation angenommen wurde, verdankt ihre Entstehung einem Vorschlag meines verehrten Lehrers, Herrn Professor Dr. Karl-Heinz Ruffmann, der mir auch in der Folgezeit jede nur erdenkliche Förderung zuteil werden ließ. Mein Dank gilt aber auch Herrn Professor Dr. Dietrich Geyer von dem ich so manche Anregung erhalten habe.

Nach Abschluß des Manuskripts, im Frühjahr 1973, erschienen vor allem noch die Arbeiten von Henry J. Tobias, *The Jewish Bund in Russia. From Its Origins to 1905*, Stanford, California 1972 und Georg W. Strobel, *Die Partei Rosa Luxemburgs, Lenin und die SPD*, Wiesbaden 1974, die soweit es notwendig und möglich war, noch berücksichtigt wurden. Erwähnt sei auch die Arbeit von Jürgen Hentze, *Nationalismus und Internationalismus bei Rosa Luxemburg*, Frankfurt/M. 1975.

Erlangen, im Dezember 1976

Klaus Heller

I. NATIONALISMUS ALS IDEOLOGIEPROBLEM INNERHALB DES RUSSISCHEN SOZIALISMUS

Während des 19. Jahrhunderts versuchte die politische Führung des damals noch anationalen russischen Staates ihr autokratisches Selbstverständnis gegenüber dem im Westen aufkommenden Nationalitätsprinzip mit einem Gemisch aus legitimistischer Prinzipienhaftigkeit, christlichem Sendungsbewußtsein und realpolitischem Machtanspruch zu behaupten.

Alle Versuche zu einer konservativen Begründung der Staatsmacht, die auch einen originären russischen Nationalismus zur Voraussetzung gehabt hätte, wurden von der Autokratie bis in die Zeit der ersten russischen Revolution (1905) entweder bestenfalls ignoriert oder zur Absicherung der uneingeschränkten Herrschaft der Dynastie als pseudonationalistische Attitüde kurzzeitig mißbraucht.

Ersteres geschah mit dem Slawophilentum, letzteres mit dem Panslawismus bzw. dem russischen Nationalismus eines Katkov. Die Autokratie war weder gewillt noch in der Lage, das Legitimitätsprinzip gegen eine großrussisch - nationalistische Staatsidee einzutauschen, weil sie dadurch das russische Volk als staatstragendes Subjekt anerkannt hätte.

Die ökonomische Schwäche Rußlands, die aus einem statischen Agrarsystem resultierte, verhinderte andererseits lange Zeit, daß sich das Gesellschaftssystem selbst dynamisierte, um eine bürgerliche Klasse hervorzubringen, so daß zunächst nur kleine, quasibürgerliche Gruppierungen, die sogenannte "Intelligencija" (1), einen theoretischen Anspruch auf politische Repräsentation zu erheben begannen. Der Dekabristen-Aufstand (1825), der noch in die "Vorgeschichte der russischen Intelligencija" (2) fällt, weil es sich bei seinen Teilnehmern eher um eine Anzahl adliger Mißvergnügter als um Revolutionäre handelte, zeigte jedoch, daß innerhalb dieser Gesellschaftsordnung bereits Ansätze für dieselben ideologischen Verhaltensweisen existierten, wie sie in Westeuropa dem Bürgertum eigen waren, was nicht zuletzt durch das deutlich erkennbare nationalrussische Selbstverständnis in den Selbstzeugnissen der Dekabristen dokumentiert wird (3).

Bezieht man die Behauptung, die Epoche Alexanders I. (1801-1825) sei im Hinblick auf die Ausbildung eines russischen Nationalismus bereits "a period of preparation" (4) gewesen, nicht auf die "unverbindliche Ideologie" (5) des Kaisers selbst oder auf die patriotische Begeisterungswelle während des Krieges gegen das napoleonische Frankreich (1812-1815) (6), sondern auf die politischen Vorstellungen der Dekabristen, so kann dem uneingeschränkt zugestimmt werden, zumal der russische Nationalismus in der Folgezeit unter dem "Krepostnoj"-Regime Nikolajs I. (1825-1855) in den sich nun allmählich herausbildenden Gruppen der russischen "Intelligencija", den "Westlern" und den "Slawophilen", Ideologiecharakter anzunehmen begann.

In Reaktion auf das patriarchalische System Nikolajs I., das jede historische Qualität politischer Freiheit konsequent ignorierte, hatten sich diese beiden Gruppierungen zunächst prinzipiell für Europa entschieden und zugleich "unter den zentralen Ideen der Nationalität und der besonderen Mission Rußlands" (7) zusammengefunden, um in ständiger Reflexion des Verhältnisses Rußlands zu Europa Vorformen eines eigenen politischen Wollens auf der Grundlage eines nationalen Selbstverständnisses zu finden.

Diese anfangs durchaus politische Entscheidung, der demokratische Tendenzen nicht abzusprechen waren, wich nach endgültiger Trennung beider Richtungen - vor allem bei den Slawophilen - einer apolitischen Wesenshaltung, die sich nur bei oberflächlicher Betrachtung ausschließlich aus der überall spürbaren Willkür des Regimes erklären läßt.

Das Substantielle jener politischen Abstinenz beruhte in einer zeitweiligen geistigen Desorientierung, die daraus resultierte, daß man, obgleich bereits die historische Verknüpfung des "Schicksals Rußlands und der Menschheit" anstelle der kosmopolitischen "Universalität des 18. Jahrhunderts" zum Gegenstand der philosophischen Betrachtungen erhoben worden war (8), noch keine schlüssige ideologische Rechtfertigung für das Phänomen eines russischen Nationalismus gefunden hatte. Erst die bewußte Abgrenzung von der Wirklichkeit Westeuropas im Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen der Jahre 1848/49, die bei den "Slawophilen" panslawistische Tendenzen freisetzte, während sie bei den "Westlern" zur Entdeckung der russischen gesellschaftlichen Realität führte, schuf in der Folgezeit den ideologischen Nährboden für einen russischen Nationalismus, der eine Grundlage bürgerlicher Gesellschaftsauffassungen konservativer, liberaler oder demokratischer Natur zu bilden vermochte.

Die Aufgabe, die sich der Verfasser gestellt hat, läßt es nicht zu, die allmähliche inhaltliche Ausfüllung dieser verschiedenen Verzweigungen des russischen Nationalismus zu verfolgen und ihre soziale Relevanz aufzuspüren. Er begnügt sich deshalb mit der Hervorhebung des ideologischen Grundmusters, das in unterschiedlicher Akzentuierung sowohl als äußeres Abgrenzungs- als auch als inneres Integrationsmoment immer wieder seine Anwendung fand: die Absetzung eines überkommenen kollektiven russisch-slawischen Kulturtypus' von dem in Europa vorherrschenden individualistischen germanisch-romanischen Zivilisationstypus, den es abzuwehren bzw. zu überwinden galt.

Die Enttäuschung der von den sozialistischen Ideen des Westens erfüllten Russen, wie Alexander Herzen und Bakunin, über die europäische Revolution (1848/49), die für sie den neuen Menschen, dessen individuelles und soziales Sein identisch war, nicht geschaffen, sondern nur den Bourgeois als Philister demaskiert hatte, veranlaßte selbst diese radikalen "Westler", sich von der dortigen Zivilisation abzuwenden und ihr Heil im russischen Volk und seinen slawischen Eigenschaften zu suchen.

Es war insbesondere Herzen, der im Rückgriff auf die von Haxthausen als spezifisch russische Agrarkommune entdeckte Bauerngemeinde (*obščina*) (9) jene "ausgeprägteste slawische Organisation des Staatsganzen" gefunden zu haben glaubte (10), die Rußland die Möglichkeit geben würde, das europäische Entwicklungsstadium einer "antikommunalen Zivilisation" zu überspringen, um sich direkt zu einer menschlichen Gemeinschaftsform zu entwickeln, in der sich der "Widerspruch zwischen dem Recht des Individuums und dem Recht der Gesellschaft" - die "Antinomie zwischen Persönlichkeit und Staat" (11) - auflöste (12). Die Autokratie in Rußland war für Herzen europäisiert und war deshalb genauso überlebt wie die gesamte europäische Zivilisation (13). Die historische Zukunft gehöre allein dem nationalen Rußland mit seiner nicht pervertierten sozialen Gemeinschaftsform, der Bauerngemeinde (14). Die politische Freiheit, die aus einer solchen sozialen Freiheit entstünde, sei nicht durch zentralistische westliche Staatsauffassungen zu verwirklichen, sondern - wie es auch Bakunin proklamierte (15) - nur durch eine allgemeine Föderation der slawischen Völker. Diese allein entspreche deren "inneren nationalen Bedürfnissen", ebenso wie nur Rußland selbst als die "organisierte slawische Welt und der slawische Staat" den staatlichen und gesellschaftlichen Kristallisationspunkt für diesen künftigen Typus menschlichen Zusammenlebens darstellen könne (16).

Die positive Interpretation der politischen und sozialen Rückständigkeit Rußlands gegenüber Europa durch Herzen ist nicht zuletzt deshalb besonders bemerkenswert, weil sie, abstrahiert man von deren unmittelbaren Schlußfolgerungen, die wesentlichsten formalen Strukturelemente des bereits oben aufgezeigten Grundmusters jeglichen russischen Nationalismus enthält: Die Feststellung der fehlenden Identität zwischen dem nationalen Rußland und seiner seit Peter I. westlich geprägten Autokratie (Volk - Staat) und zwischen der russischen Kulturgesellschaft und der europäischen Zivilisation (Rußland - Europa) führt immer wieder zu dem eigentlichen Integrationsmoment, das sich aus der *conclusio* der beiden vorhergehenden Prämissen ergibt, nämlich, daß bis jetzt weder das offizielle - weil europäische - Rußland noch Europa selbst imstande waren, den ideologischen Widerspruch zwischen dem Individuum als sozialgebundenem Wesen und dem Staat aufzuheben, so daß Rußland und Europa objektiv eine entwicklungsgeschichtliche Gleichwertigkeit zuzuschreiben war. Dabei bestand in Anbetracht der bisherigen unfreiwilligen und letztlich vom Westen allein zu verantwortenden politischen Abstinenz des russischen Volkes für Herzen darüber hinaus die Gewißheit, daß das nationale Rußland die zukünftige Entwicklung der europäischen Zivilisation wesentlich mitbestimmen, wenn nicht allein tragen werde.

Der in der Nachfolge Herzens entstandene spezifisch russische Sozialismus der Narodniki-Bewegung nahm von Anfang an diese Grundelemente eines russischen Nationalismus in sich auf, um durch die "außerhalb der europäischen Zivilisation" stehende "*obščina*" jene politische und soziale Gleichstellung zwischen "dem russischen Volk und dem revolutionären Europa"

zu konstruieren, aus der heraus den Bauern Rußlands zumindest in demselben Maße wie den Arbeitern Frankreichs die Zukunft gehören sollte (17). Auf der Grundlage der Idealisierung der "obščina" wurde der russische Bauernsozialismus zum Verkünder des wahren Fortschritts, dessen geschichtliche Entwicklung von dem Maß an sozialer Freiheit abhängen würde, welches das Individuum durch den Grad seiner Emanzipation zur Persönlichkeit selbst setzte.

Es waren besonders P.L.Lavrov (1823-1900) und N.K.Michajlovskij (1842-1904), die durch ihre "subjektive Methode" die Herzensche "Antinomie zwischen Persönlichkeit und Staat" (18) zu lösen versuchten, indem sie einen Nationalitätsbegriff fanden, dessen geschichtliche Entwicklung von der subjektiven Bestimmung durch das gesellschaftlich aktive - weil intelligente - Individuum weitgehend abhängig war (19).

Lavrov sah den Fortschritt der Menschheit im Zusammenhang mit den "kritisch denkenden Persönlichkeiten" (20), die durch ein "einheitliches Handeln" auf der Grundlage der "Gleichheit ihrer Gesinnung" die Gesellschaft prägten (21), ohne daß damit für ihn die "Unterordnung des gesellschaftlichen Elementes unter das Persönliche" gegeben war (22). Der Sozialismus stellte aus seiner Sicht nichts anderes dar als eben eine solche "Realisierung der individuellen Ziele im gesellschaftlichen Leben (23)". Indem er von einer Wechselbeziehung zwischen individuellem und gesellschaftlichem Fortschritt ausging (24), unterlag bei Lavrov die "Cultur einer Gesellschaft", d.h. das "von der Geschichte gegebene Milieu" dem Einfluß der Persönlichkeit, zugleich aber wurde das Individuum durch sein Milieu geprägt, so daß bestenfalls immer nur diejenige Gesellschaftsform entstehen konnte, die das "unter den momentanen Culturverhältnissen" mögliche "Maximum an Wahrheit und Gerechtigkeit" implizierte (25).

Jedes Volk verkörperte für Lavrov ein "spezifisches Volkstum", bei dem "Naturnotwendiges", "Historisch-Traditionelles" und "Individuell-Durchdachtes" eine eigentümliche historische Kombination eingegangen waren (26).

Solche durch die Geschichte isolierten und individualisierten menschlichen Gruppen stellten die Nationalitäten dar, die als ein "historisches Produkt der Abstammung und Kultur" durch Natur und Geschichte geschaffen wurden und deshalb ein "vollkommen rechtmäßiges Princip" repräsentierten (27).

Für unsere Problematik ist hauptsächlich hervorzuheben, daß Lavrov das westliche Nationalitätsprinzip aus dem ideologischen Vorurteil einer Identität der "verschiedenen, durch den allgemeinmenschlichen Gedanken ausgebildeten socialen Ideen mit den verschiedenen Nationalitäten" ableitete. Galt es doch für ihn als erwiesen, daß im Laufe der geschichtlichen Entwicklung nicht jede Nationalität und auch nicht diejenige, die historisch wirksam wurde, ein für allemal zum "realen Vertreter" des Fortschritts werden konnte (28).

Lavrov ließ nur insoweit eine kausale Verknüpfung der Emanzipationsbestrebungen der Menschheit mit dem historischen Wirken einzelner Nationalitäten zu, als er das, was gemeinhin diesen zugeschrieben wurde, auf die Aktivitäten der Persönlichkeiten innerhalb der Nationalitäten zurückführte. Hierbei war für ihn der Grad der vorübergehenden progressiven Einwirkung auf die menschliche Zivilisation insgesamt wie auf die der eigenen Nationalität von dem Maße der "freien Entwicklung der Persönlichkeit" und der "Verkörperung der Gerechtigkeit durch die jeweiligen Formen des Gesellschaftslebens" innerhalb einer solchen geschichtsbestimmenden Nationalität selbst abhängig (29).

Indem Lavrov jegliche weitergehende geschichtliche Realität der nationalen Idee in dem Sinne, daß sie nicht nur eine Epoche präge, sondern die gesamte Geschichte einer Nationalität als deren Verallgemeinerung ideologisch eigenwertig repräsentiere, ablehnte (30) und ihr "bloss die Bedeutung einer temporären verallgemeinerten Formel für die Zivilisation einer bestimmten Völkerschaft oder eines bestimmten Staates" beimaß (31), sah er auch keinen historisch einsichtigen Grund für die Unrichtigkeit der Annahme, daß jegliche Nationalität potentiell zu jeder Zeit in der Lage sei, den Fortschritt der Menschheit wesentlich mitzubestimmen, wenn sie nur den hierfür notwendigen Freiraum für das Wirken ihrer Persönlichkeiten innerhalb der eigenen Gesellschaftsordnung schaffe (32).

Einen positiven Stellenwert innerhalb der Lavrovschen Ideologie konnte deshalb nur ein solcher Nationalismus haben, der aus dem Bestreben der Persönlichkeiten entsprang, innerhalb der eigenen Nationalität den zivilisatorischen Fortschritt der Menschheit voranzutreiben; seine negative Bestimmung erhielt er dann, wenn er die historische Eigentümlichkeit einer anderen Nationalität zu zerstören trachtete (33).

Da aber einem solchen sozial verstandenen Nationalitätsbegriff der bis jetzt noch wirksame politische entgegenstand, konnte er allenfalls dann historische Relevanz erhalten, wenn das Problem des Staates durch den gesellschaftlichen Fortschritt bereits soweit gelöst war, daß der Staat seinen Zwangscharakter zu verlieren begann, d.h. seine allmähliche Negation eingeleitet wurde. Hierfür schien Lavrov die Einführung des föderativen anstelle des zentralistischen Staates die erste historische mögliche Etappe zu sein. Durch den staatlichen Föderalismus wurde die in Anbetracht der noch existierenden politischen Gegnerschaft zwischen den Staaten der Welt notwendige äußere Geschlossenheit gewahrt; im Innern aber konnte bei Aufrechterhaltung eines solchen Mindestmaßes an dezentralisierten staatlichen Institutionen bereits ein Höchstmaß an sozialen Freiheiten zugestanden werden (34).

Das Nationalitätsprinzip stellte deshalb auch für Lavrov - ungeachtet dessen, ob es einer Nationalität zu staatlicher Einheit verhalf oder sie aus der politischen Abhängigkeit einer mächtigeren befreite - nur dann ein "fortschrittliches Princip" dar, wenn nicht nur die politische Frage: "Staatseinheit oder Separatismus" gelöst, sondern auch die Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation durch die Persönlichkeiten innerhalb der Gesellschaft

dieses neuen Nationalstaates gefördert wurde (35). Jede Nationalität hatte, so lange das staatliche Element noch historische Faktizität besaß, nicht nur vor der Geschichte das Recht, einen eigenen Staat zu bilden, sondern, im Falle der Verfügung über ein eigenes Staatswesen bei gleichzeitiger politischer Hegemonie über gesellschaftlich weniger emanzipierte Nationalitäten, darüber hinaus auch das - allerdings eher abstrakte (36) - Recht, ihre bereits vorhandene soziale Vormachtstellung mit Hilfe politischer Gewalt weiter zu festigen, um separatistische Bestrebungen unter diesen sozial unterentwickelten Nationalitäten zu unterbinden (37).

Bei Lavrov erhielt, wie dem Verfasser scheint, der Sozialismus zum ersten Mal in Rußland praktischen Ideologiecharakter und wurde infolgedessen zu einer direkten, gesellschaftlich relevanten, politischen Aussage. Das Charakteristikum der Lavrovschen Ideologie lag dabei in der totalen Frontstellung gegen jegliche Staatsauffassung, die das soziale Element zugunsten des politischen zurückdrängte, wobei er nicht nur den Zentralismus der Autokratie, sondern auch den westeuropäischen Liberalismus im Blickfeld hatte.

Der sich hieraus anscheinend ergebende apolitische oder sogar antipolitische Effekt, den sowohl zeitgenössische Betrachter als auch heutige Historiker immer wieder hervorgehoben haben, indem sie in den Vorstellungen Lavrovs nur eine sozialökonomische (38) oder sozialmoralische (39) Ideologie zu erkennen glaubten, ist nur dann nicht im Politischen auflösbar, wenn dem Sozialismus Lavrovs keine unmittelbare politische Aussage als wesens-eigen zuerkannt wird.

Nimmt man nämlich als Arbeitshypothese an, daß es sich bei den gesellschaftlichen Vorstellungen Lavrovs zugleich auch um Vorformen eines politischen Selbstverständnisses handelt, so müßte Lavrovs sozialer Nationalismus seiner Natur nach prinzipiell auch mit einem politischen identisch sein. Ist dies aber der Fall, dann liegt uns bei Lavrov ein unmittelbar aus dem Gesellschaftlichen abgeleitetes Demokratieverständnis vor, das trotz seiner Berufung auf eine Entwicklungsgeschichte der menschlichen Zivilisation in einem hohen Maße abstrakt ist. Andererseits aber beinhalten Lavrovs Anschauungen über eine menschliche Gemeinschaft, innerhalb derer das staatliche Element, das er selbst immer mit politischem Zentralismus gleichzusetzen pflegte, so weitgehend reduziert sein sollte, daß letztlich nur noch an eine lose föderative Verbindung zwischen autonomen Gemeinden gedacht war (40), Formen unmittelbaren Demokratie, die direkt aus den gesellschaftlichen Verhältnissen - und diese wiederum unmittelbar aus den ökonomischen Gegebenheiten abgeleitet wurden.

Aus der an Lavrov am konsequentesten anknüpfenden Organisation der "Narodniki", dem "Černyj peredel", entstammten die Begründer des ersten russischen Marxistischen Zirkels, der Gruppe "Osvoboždenie truda", die 1883 in Genf gegründet wurde.

Waren diese russischen Marxisten auch von der Gleichartigkeit der ökonomischen und sozialen Entwicklung Rußlands und Europas überzeugt, und

proklamierten sie aus diesem Grunde auch den Kampf für politische Freiheiten, den historischen Voraussetzungen für die staatliche Existenz einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung in Rußland selbst, so blieb auch bei ihnen von Anfang an ein abstraktes Demokratieverständnis bemerkenswert, das zwar wiederum, wie bei den klassischen "Narodniki" in der Nachfolge Lavrovs, durch eine sozialistische Ideologie aufgehoben wurde, aber nun nicht mehr, wie bei diesen - zumindest in Verbindung mit der "obščina" - den Charakter einer politisch noch nicht pervertierten Unmittelbarkeit bekam. Es war vielmehr bloß formal, weil es zusammen mit dem sozialen Moment nicht mehr innerhalb eines nationalen, sondern innerhalb eines kosmopolitischen Bereichs substantiell angesiedelt wurde.

Vor allem G. V. Plechanov mit seiner engen, das internationale Moment allzu einseitig betonenden Interpretation des "Manifests der Kommunistischen Partei" schuf jene theoretische Ausgangsbasis, die nicht nur für die Gruppe "Osvoboždenie truda", sondern lange Zeit auch für die spätere russische Sozialdemokratie symptomatisch war.

Da das Ziel der bürgerlichen Klasse die Ausbeutung des Weltmarktes war, konnten für ihn die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der aus ihnen resultierende ideologische Überbau allein international und nicht national sein (41). Indem er mit Marx und Engels darin übereinstimmte, daß die bürgerliche Klasse allen Nationen der Welt ihre Produktionsweise und ihre Zivilisation mit historischer Notwendigkeit aufzwingen und somit auch die Bauernvölker des Ostens dem vom Westen aus in Gang gesetzten gesellschaftlichen Prozeß ausgesetzt seien (42), blieb für ihn als Quintessenz, daß nicht mehr "irgendein Volk" mit seinen besonderen historischen Bedingungen, sondern eben nur diese "bestimmte Gesellschaftsklasse" der "Träger des neuen weltgeschichtlichen Prinzips" sei (43).

Aus einer Polemik Plechanovs gegen Werner Sombart läßt sich diese Einstellung zur nationalen Frage noch deutlicher herauslesen (44). Während Sombart den Kernsatz des "Kommunistischen Manifests", daß die Geschichte der menschlichen Zivilisation eine "Geschichte von Klassenkämpfen" (45) sei, dahingehend vervollständigte, daß die gesellschaftlichen Kämpfe der Menschheit gleichermaßen aus sozialen und nationalen "Gegensätzen" resultierten, wobei er zwischen dem Kampf der menschlichen "Gemeinschaften" untereinander und dem Kampf zwischen den einzelnen Mitgliedern einer "Gemeinschaft" um die gesellschaftliche Macht unterschied (46), sah Plechanov in den beiden "Gegensätzen" Sombarts nur den innerstaatlichen bzw. den zwischenstaatlichen Aspekt des gesellschaftlichen Klassenkampfes und negierte somit das Vorhandensein eines die Geschichte ebenfalls bestimmenden nationalen Momentes, das nicht durch eine Klasse, sondern durch die gesamte in einem Staate organisierte Gesellschaft als Ideologie relevant wurde (47).

Hatte sich Plechanov als Mitglied des "Černyj Peredel" noch zur historischen Individualität der Nationalitäten Rußlands bekannt und für "Kleinrußland, Weißrußland, Polen, Kaukasus, Finnland, Bessarabien" eine ihren

"völkischen Eigenarten" entsprechende "autonome Entwicklung" gefordert (48), so gab es für den Sozialdemokraten Plechanov, der bürgerlich mit national gleichsetzte und somit den Nationalstaat für die Arbeiterschaft entideologisierte und zu einem bloßen staatlichen Rahmen für den Klassenkampf formalisierte, nicht einmal nationale Varianten der internationalen Arbeiterbewegung, sondern allenfalls unterschiedliche Spezifika des politischen Kampfes des Proletariats auf Grund der verschiedenartigen gesellschaftlichen Bedingungen innerhalb der einzelnen Staaten (49).

Die Arbeiterklasse Rußlands befinde sich wegen der besonderen ökonomischen Bedingungen - die aufkommenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse seien noch mit den überlebten feudalen vermengt - vor einer schwierigen historischen Aufgabe. Neben ihrem ureigenen Kampf gegen die bürgerliche Klasse habe sie - zusammen mit dem Bürgertum - zugleich den Kampf gegen den Absolutismus zu führen; sei doch letztere - die eigentliche Vorkämpferin für die politische Freiheit - zu schwach entwickelt, um ihre von der Geschichte zugewiesene Aufgabe wahrnehmen zu können (50).

Die Existenz eines Proletariats in Rußland bewies Plechanov, daß das russische Volk "erstmalig" ökonomische Produktionsverhältnisse erreicht habe, die es mit den fortschrittlichen westlichen Völkern gleichstelle und mittels der eigenen Arbeiterklasse auch am weiteren Fortschritt der Menschheit teilnehmen lassen werde. Hierzu gehöre als historische Vorbedingung die Gründung einer "revolutionären Arbeiterpartei", die angesichts des Fehlens politischer Freiheiten ein schwieriges Unterfangen sei (51).

Zum Gebot der Stunde machte Plechanov deshalb den Kampf für eine Verfassung in Rußland, ohne jedoch bei den politischen Einzelforderungen hinsichtlich der nationalen Problematik mehr zu verlangen, als die "volle Gleichberechtigung aller Bürger, unabhängig von ihrer Religions- und Volkszugehörigkeit" (52).

Die Bereitschaft, auf eine solche formale Weise zur Lösung der nationalen Frage innerhalb eines zukünftigen bürgerlichen Nationalitätenstaates entscheidend beizutragen, offenbarte bei Plechanov jenes abstrakte Demokratieverständnis, das uns schon bei Lavrov begegnet war. Es wurde von ihm allerdings auf den existierenden zentralistischen Staat bezogen, der sich - auf Grund der nunmehr vollzogenen totalen historischen Gleichsetzung der westeuropäischen mit der russischen Entwicklung - trotz faktischer Rückständigkeit tendenziell auf derselben wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Emanzipationsstufe befand, so daß bei Plechanov nicht mehr - wie bei den "Narodniki" - die Rückständigkeit Rußlands, sondern seine europäische Zivilisiertheit zum Ausgangspunkt revolutionärer Perspektiven gemacht wurde.

Infolge dieser geschichtlichen Einschätzung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse Rußlands entwickelte Plechanov eine Zwei-Phasen-Theorie der Revolution, bei der die demokratische und sozialistische, die bürgerliche und die proletarische Revolution in Rußland in einen unmittelbaren Zusammenhang gestellt wurden.

Zwar sah Plechanov noch im "Kampf für die politische Freiheit", d.h. der bürgerlichen Revolution, und in der "Vorbereitung der Arbeiterklasse auf ihre zukünftige selbständige und aggressive Rolle" in bezug auf die sozialistische Revolution zwei "wesensverschiedene Aufgaben"; deren Koordinierung aber sollte der "sozialistischen Intelligencja" bereits allein obliegen (53).

Als theoretische Vorlage diente Plechanov dabei wiederum das "Kommunistische Manifest", in dem 1848 der Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie gegen den Absolutismus bei gleichzeitiger Bewußtmachung des sozialen Antagonismus zwischen beiden Gesellschaftsklassen proklamiert wurde; bezogen auf eine demokratische Revolution in Deutschland, die "nur (noch, der Verfasser) das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution" sein sollte (54). Angesichts der gegenwärtigen sozialen Verhältnisse innerhalb der bürgerlichen Gesellschaften und deren internationaler Abhängigkeit bedeutete dies für Plechanov jedoch, daß in Rußland die sozialistische Revolution "sehr bald nach dem Sturz des Absolutismus" erfolgen werde, ohne daß diese durch bloßen politischen Aktionismus für eine unmittelbare sozialistische Revolution unter gleichzeitiger Negierung gleichförmiger gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen in Rußland wie in Westeuropa sofort nach der Niederwerfung der Autokratie zu erreichen sei, wie es den theoretischen Vorstellungen der Terrororganisation "Narodnaja Volja" entspreche (55).

Unter Berufung auf Marx, der, überzeugt von der mit historischer Notwendigkeit überall tendenziell gleichartig ablaufenden gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit, zu dem Schluß gekommen sei, daß der ökonomisch höher entwickelte Staat dem minder entwickelten "nur das Bild der eigenen Zukunft" zeige (56), polemisierte Plechanov gegen die "Narodniki"-Ideologie: "Für uns erwächst das Wünschenswerte aus dem Notwendigen, und es ersetzt es keineswegs in unseren Überlegungen. Für uns ist die Freiheit der Persönlichkeit in der Kenntnis der Naturgesetze einbeschlossen - d.h., unter anderem, auch der Geschichte - und in der Fähigkeit, sich diesen Gesetzen zu unterwerfen, d.h., unter anderem, auch sie in ihrer günstigsten Gestalt zu kombinieren. Wir sind überzeugt, daß, wenn "die Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist, sie weder natürliche Phasen ihrer Entwicklung zu überspringen, noch wegzudekretieren vermag. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern" (57).

Rußland hatte in den Augen Plechanovs keine andere soziale Vergangenheit und keine andere soziale Zukunft als Westeuropa. Da es später aus seiner sozialen Stagnation erwacht sei, müsse aber hier die historische Entwicklungsphase des Kapitalismus schneller als in seinem Ursprungsland England durchlaufen werden und auch noch bedeutend kürzer sein als in Westeuropa. Für ihn galt daher als historisch vorbestimmt, daß der Kapitalismus in Rußland auf Grund der Internationalität der gesellschaftlichen Entwicklung "letztlich unausgereift" verblühen werde (58).

Der Kapitalismus müsse zwar mit historischer Notwendigkeit siegen; seine mehr

oder weniger konsequente Ausformung jedoch hänge "von den Kombinationen aller gesellschaftlichen und internationalen Verhältnisse" Rußlands ab, die nach dem ideologischen Bewußtseinsgrad der sozialistischen Intelligencija für die Arbeiterklasse "mehr oder weniger qualvoll" ausfielen. Aber wenn das deutsche Proletariat - dank der besseren Einsicht seiner sozialistischen Intelligencija - bereits bewußter als das englische und französische dem Kapitalismus Widerstand leiste, so müsse dies dem sich noch später entwickelnden Proletariat Rußlands erst recht möglich sein (59).

Der gesellschaftliche Fortschritt war für Plechanov in Rußland nur dann voranzutreiben, wenn die dortige sozialistische Intelligencija die politischen Einrichtungen den bereits sich immer stärker entwickelnden kapitalistischen Produktionsverhältnissen anpasse, d.h. sie im westlichen Sinne demokratisiere (60).

Es gilt dabei festzuhalten, daß Plechanov den Nationalismus als Integrationsfaktor für eine bürgerliche Gesellschaftsordnung in Rußland formal anerkannte, was er mit der pauschalen Forderung nach Beseitigung jeglicher nationaler Unterdrückung und nach Herstellung der politischen Gleichberechtigung aller Bewohner des bestehenden russischen Staates (61) unterstrich. Die Nationalitätenfrage in Rußland war für ihn mit der Entstehung einer Arbeiterklasse in einem auf den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus (innerer Markt) beruhenden zentralen bürgerlichen Einheitsstaat bereits theoretisch gelöst. Allein durch das Vorhandensein der ihn überwölbenden anachronistischen Autokratie blieb sie noch für eine absehbare Zeit existent. Ferner kam hinzu, daß das in Kürze zu erwartende "1789" Rußlands bloß das mehr oder weniger lange Präludium für die sozialistische Revolution des Proletariats sein konnte; einer Klasse, die - in demselben Maße international wie demokratisch - des nationalen Moments als ideologischer Klammer gar nicht mehr bedurfte bzw. es in idealtypischer Weise auf die gesamte menschliche Zivilisation ausdehnen würde.

Die Existenz der Autokratie in Rußland bedingte - in Anbetracht der gesamteuropäischen Entwicklung der Gesellschaftsverhältnisse - außerdem keine zeitweilige Identität zwischen den politischen Interessen der Arbeiterschaft und denen des Staates, weil sie auf Grund der entwicklungsgeschichtlichen Diskrepanz zwischen Absolutismus und Sozialismus nicht denkbar waren. Gleiche außenpolitische Interessen waren deshalb von vornherein ausgeschlossen. Dabei ging es nicht in erster Linie um einen etwaigen Imperialismus gegenüber anderen Völkern wie Rumänen, Serben oder Bulgaren, der selbstverständlich auch abgelehnt wurde (62), sondern die Gegnerschaft galt vor allem der Selbstherrschaft in Rußland als dem Hemmschuh auch jeglichen gesellschaftlichen Fortschritts in Europa (63).

Es ist für unsere Thematik weniger beachtenswert, daß sich Plechanov mit der Apostrophierung dieses Rußlands als "Hort der Reaktion", dessen Sturz "mit dem Triumph der internationalen revolutionären Bewegung in ganz Europa gleichbedeutend" sei (64), ganz in der Tradition der Einschätzung sei-

nes Vaterlandes befand, der Marx, Engels und die spätere Sozialdemokratie, an der Spitze Bebel und Liebknecht, huldigten (65). Interessanter erscheint uns die Tatsache der totalen Negierung des russischen Staates als eines nationalen zu einer Zeit, in der nicht nur der ständig wachsende machtpolitische Gegensatz zwischen den Regierungen der europäischen Staaten durch das Nationalitätsprinzip bzw. den Imperialismus ideologisch überhöht und gerechtfertigt wurden, sondern auch die nationalen - insbesondere die deutschen und französischen - Arbeiterparteien dieser Staaten selbst innerhalb der Zweiten Internationale von Anfang an unter Beweis stellten, daß vor aller internationalen Solidarität des Proletariats aller Länder die nationale Interessenpolitik der eigenen Arbeiterklasse zu stehen hatte.

Diese Einstellung, die im Grunde genommen von Plechanov und der russischen Sozialdemokratie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914) nicht revidiert werden sollte und die auch den noch während dieses Krieges von Menschewiki wie Bolschewiki im Gegensatz zu fast allen anderen europäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien stark betonten Internationalismus mitbestimmte, unterstrich Plechanov besonders auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Zürich (1893) (66).

Als Berichterstatter der Kommission "Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfall" verwarf er den holländischen Antrag, der einen allgemeinen Arbeits- und Militärstreik der internationalen Arbeiterschaft im Falle eines Krieges vorsah (67), indem er nicht nur - gleich den deutschen Sozialdemokraten - einen internationalen Generalstreik des Proletariats unter den herrschenden ungleichmäßigen kapitalistischen Produktionsverhältnissen für utopisch erklärte, sondern auch - ebenfalls in Übereinstimmung mit der deutschen Sozialdemokratie - den Militärstreik ablehnte, so lange der "russische Despotismus" in einem solchen Kriege noch in der Lage sei, Europa zu unterwerfen und überall - entgegen den essentiellen Interessen des russischen Volkes - die demokratische und sozialistische Bewegung abzuwürfen (68).

In den Augen Plechanovs bewies die chauvinistische Haltung Rußlands gegenüber seinen Nachbarn, daß die von ihm drohende Gefahr für den gesellschaftlichen Fortschritt in Europa bedeutend größer sei als diejenige, die von Deutschland ausgehe, zumal sich auch die französische Bourgeoisie mit dem russischen Absolutismus verbündet habe. Hinzu komme, daß in Deutschland und Frankreich in Gestalt einer organisierten Arbeiterklasse ein politisches Korrektiv gegen den Chauvinismus existiere, das in Rußland fehle (69).

Da die Angriffe der deutschen Sozialdemokratie gegen dieses "offizielle Rußland" und nicht gegen das russische Volk gerichtet seien, und damit für Plechanov der Vorwurf des Chauvinismus entfiel, ging er sogar soweit, seine Hoffnungen im Kampf des russischen Volkes gegen die Autokratie auf die "deutschen sozialistischen Bataillone" zu setzen, denen er in der Zukunft zumindest für Rußland eine ähnliche Rolle zuschrieb, wie sie zur Zeit des Nationalkonvents die französischen Truppen im Kampf "für die Freiheit der Völker" innegehabt hätten (70).

Es bleibt somit zu konstatieren, daß für Plechanov im außenpolitischen Bereich - wie bereits zuvor im innenpolitischen - ein "diametraler" Gegensatz zwischen Staat und Nation bestand (71), der erst aufhebbar war, wenn die Arbeiterklasse Rußlands auf Grund der Existenz bürgerlicher Freiheiten in der eigenen Gesellschaftsordnung jenes Maß an Organisiertheit erreichte, das dem europäischen Standard zumindest entsprach. Das zivilisierte Europa war jedoch mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit dann auf dem Weg zum Sozialismus. Konsequenter Internationalismus bedeutete für das Proletariat Rußlands angesichts der Rückständigkeit der eigenen Zivilisation somit eher politischen Notwendigkeiten als nationale Krähwinkelei.

Bei aller Vorsicht hinsichtlich einer allzu frühzeitigen Betonung der historischen Rolle Vladimir Iljič Ul'janovs (Lenin) muß dennoch hervorgehoben werden, daß es gerade der spätere Führer der Bolschewiki gewesen war, der in den neunziger Jahren in Rußland selbst in bezug auf die von uns angeschnittene Thematik die theoretischen Vorstellungen und politischen Schlußfolgerungen für einen Sozialdemokratismus innerhalb des Russischen Reiches entscheidend mitformte.

In seiner Auseinandersetzung mit den "neuen Narodniki", die die These der russischen Marxisten von einem in Rußland selbst existenten Kapitalismus heftig bekämpften (72), kam Lenin u. a. zu der Auffassung, daß "die russischen ökonomischen Verhältnisse (bereits) eine bürgerliche Gesellschaft repräsentieren". Aus dieser Sachlage heraus ergab sich für ihn nunmehr mit historischer Notwendigkeit auch der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie mit allen politischen Konsequenzen (73).

Hatte für Lenin der "Lauf der Dinge" nun den "Lauf der Ideen" eingeholt (74), so gehörte für ihn ebenso "die Zeit der gesellschaftlichen Entwicklung, in der Demokratismus und Sozialismus verschmolzen waren... der Vergangenheit an" (75). Die demokratischen Ideen entsprachen in Rußland jetzt den ökonomischen Interessen des Bürgertums, während die sozialistischen die ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft widerspiegeln, so daß es für die russischen Sozialisten an der Zeit war, sich von bürgerlichen Demokratievorstellungen zu distanzieren (76).

In seiner Polemik gegen den russischen Sozialismus der Narodniki-Richtung und insbesondere gegen N. K. Michajlovskij, der im Kampf gegen den orthodoxen Marxismus des späten Engels (77) sowie dessen treuesten Gefolgsleuten, den deutschen Sozialdemokraten (Karl Kautsky) und den russischen Marxisten, mit seinem Postulat einer mit historischer Notwendigkeit - entsprechend den Naturgesetzen - sich vollziehenden und allein ökonomisch bedingten Entwicklung der menschlichen Gesellschaftsverhältnisse - in ähnlicher Weise wie Lavrov - die subjektive Handlungsfreiheit des Einzelmenschen mit der daraus resultierenden historischen Individualität der jeweiligen menschlichen Gesellschaftsformen als geschichtsbewegende Kraft hervorhob (78), versuchte Lenin den bourgeois Hintergrund (79) dieser Ideologie aufzudecken. Gleich Plechanov konnte er sich dabei das Moment des

Nationalen ausschließlich im bürgerlichen Demokratieverständnis involviert vorstellen.

War für Michajlovskij die Emanzipation der menschlichen Gesellschaftsformen von den Sippenverbänden bis zu den heutigen "zivilisierten Völkern" das Resultat aus dem "Einfluß der Produktionsformen" einerseits und den "nationalen Bindungen", die für ihn die "Fortsetzung und Verallgemeinerung" der einmaligen Bewußtseinsformen der Sippe darstellten, andererseits (80), so versagte Lenin derartigen nationalen Bindungen ihre Anerkennung als selbständige gesellschafts- und staatsbildende Faktoren. Für ihn blieb die historische Entwicklung des russischen Staates und der russischen Nation ausschließliches Ergebnis einer aus den ökonomischen Bedingungen resultierenden, d.h. durch die Entstehung eines "gesamtrussischen Marktes" bedingten, territorialen und damit auch nationalen Konzentration (81).

Michajlovskij untermauerte seine Skepsis gegenüber der Interpretation der Weltgeschichte als eines bloßen Ablaufs von Klassenkämpfen ohne Berücksichtigung des historischen Eigengewichts des Nationalismus der Völker mit dem Hinweis, daß es selbst der von Marx 1864 gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation 1870/71 nicht gelungen sei, bei den deutschen und französischen Arbeitern anstelle des Nationalismus internationale proletarische Solidarität zu erzeugen. Seiner Auffassung nach war eine Theorie der sozialen Entwicklung der Menschheit wirklichkeitsfremd, die, "ohne den Dämon der nationalen Eigenliebe und des nationalen Hasses" der historisch gewachsenen Völker zu berücksichtigen, allein von den aus den ökonomischen Produktionsverhältnissen resultierenden Klassengegensätzen ausging (82). Dem setzte Lenin seine marxistische Interpretation entgegen, die den Nationalismus ausschließlich den "sehr realen Interessen der Handels- und Industriebourgeoisie" zuordnete. "Nationalgefühl als selbständiger Faktor" war für ihn historisch nicht existent (83).

Da die "internationale Solidarität" des Proletariats ohne Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das die politische Herrschaft der Bourgeoisie garantierte und dem Nationalismus, der den Interessenausgleich zwischen den Staaten verhindere, historische Wirksamkeit verleihe, vor dem Ende der "internationalen Zusammenstöße" nicht realisiert werden könne, gab es für den Sozialdemokraten Lenin nur die Organisierung des Proletariats innerhalb der einzelnen Staaten und den internationalen Zusammenschluß dieser nationalen Organisationen der Arbeiterklasse (84).

Die Idealisierung der nationalen Eigenart durch die Narodniki in ihrem Kampf gegen den westlichen Kapitalismus entsprang für Lenin einer kleinbürgerlichen Ideologie, die der historischen Wirklichkeit Rußlands nicht mehr entsprach (85).

Lenin, der für sich als Sozialdemokraten dieses historische Realitätsbewußtsein beanspruchte, verstand Ende 1897 alle oppositionellen Bevölkerungsgruppen, einschließlich der "vom Absolutismus verfolgten Völkerschaften", als zeitweilige Bundesgenossen der Arbeiterschaft Rußlands im gemeinsa-

men "demokratisch, politischen Kampf" (86). Der "zeitweilige und bedingte Charakter" einer solchen Kampfgemeinschaft resultierte für ihn aus der Klassenlage des Proletariats. Sie mache im Gegensatz zu allen anderen gesellschaftlichen Gruppierungen die Arbeiterklasse zum unbedingten Gegner der Autokratie, aber auch zum zukünftigen Feind der gegenwärtigen Bundesgenossen von heute, so daß zur Vermeidung der eigenen Schwächung unter allen Umständen ein Verwischen der sozialen Unterschiede zu verhindern sei (87). Im Hinblick auf die "demokratischen Elemente in den unterdrückten Völkerschaften" bedeute dies, daß die Klassengegensätze innerhalb einer Nationalität nicht durch die zeitweilige nationale Solidarität aller Klassen im politischen Kampf gegen den Absolutismus überdeckt werden durften (88).

Lenin wies der Arbeiterschaft im Kampf um die politische Freiheit in Rußland - wie Plechanov - eine Hegemonialrolle zu, verlagerte aber auf Grund der Tatsache, daß sie in der Gegenwart die politisch rechtloseste Klasse sei und in der Zukunft - im Hinblick auf die sozialistische Revolution - die konsequenteste demokratische Klasse werden müsse, - eindeutiger als Plechanov - das demokratische Moment auf die Seite des Proletariats (89).

Als politische Konsequenz ergab sich für ihn, daß eine Verbindung der demokratischen Bewegung der Arbeiterschaft mit der der "übrigen Klassen und Gruppen" einer Schwächung des allgemeinen Kampfes gegen die Autokratie gleichkomme. Eine solche Taktik erfordere Kompromißbereitschaft gegenüber allen oppositionellen Gruppierungen; Absonderung hingegen trage zur Stärkung der demokratischen Bewegung im allgemeinen bei, weil das Proletariat dann die Initiative im revolutionären Kampf ergreifen und alle anderen Gegner bis zur demokratischen Revolution treiben könne. Nicht nur alle Sozialisten, sondern auch "alle wahren und konsequenten Demokraten" in Rußland mußten deshalb Sozialdemokraten sein (90).

Bei einer derartigen Interpretation der Hegemonialrolle des Proletariats waren natürlich auch die im Russischen Reich unterdrückten Völkerschaften - "Polen, Finnen und Juden" - ohne die Arbeiterklasse nicht in der Lage, einen erfolgreichen Kampf gegen die Autokratie zu führen (91).

Für die Sozialdemokratie blieb als konkreter Programmpunkt die Forderung nach der "Gleichberechtigung aller Nationalitäten" (92). Diese durfte jedoch keinesfalls automatisch als Anerkennung staatlicher Selbstständigkeitsbestrebungen ausgelegt werden. Ein derartiges demokratisches Postulat fand bei Lenin seine ideologische Überhöhung in der Feststellung, daß die Arbeiterbewegung Rußlands der integrale Teil der internationalen Arbeiterbewegung sei (93). Wenn aber die Solidarisierung der Arbeiterschaft "nicht auf die Grenzen eines Landes oder auf eine Nationalität" beschränkt werden durfte, weil auch das Bürgertum seinen Herrschaftsbereich "nicht auf ein einzelnes Land" allein ausdehnte, so fiel, da die gegenwärtige Geschichte bereits den gemeinsamen Kampf des Proletariats aller Staaten gegen das internationale Kapital zur Aufgabe stellte, die Herstellung neuer Nationalstaaten kaum mehr in den politischen Kompetenzbereich der Arbeiterklasse Ruß-

lands, wollte sie sich nicht selbst vom gesellschaftlichen Fortschritt der Menschheit ausschließen (94).

Es verstand sich dabei von selbst, daß Lenin damit - wie Plechanov - keinerlei ideologische Identifizierung mit einem russischen Nationalstaat verband. Gleich diesem ganz in der Tradition Marx', Engels' und der deutschen Sozialdemokratie (95) sah er in dem gegenwärtigen Rußland nur das Bollwerk der Reaktion, das durch seine Existenz die Freiheit der eigenen und der fremden Völker ersticke (96).

Hatte Lenin bereits viel konsequenter als Plechanov die demokratische Phase - wie die Narodniki nur mit anderen theoretischen Begründungen - im Sozialismus angesiedelt, so blieb es ihm auch während der "Iskra"-Periode (1900-1903) - der Vorbereitungsphase zur Organisierung einer gesamt-russischen sozialdemokratischen Partei - überlassen, zum erstenmal die eigene Partei aus ihrer totalen ideologischen Abhängigkeit von der deutschen Sozialdemokratie herauszuführen und ihr theoretische Ansätze zu einem eigenen gesellschaftlichen Selbstverständnis zu vermitteln, innerhalb dessen zumindest potentiell ein spezifischer Nationalismus angelegt war.

In seiner Schrift "Was tun?" (97), in der er zwischen Herbst 1901 und Februar 1902 in Verteidigung des revolutionären Sozialdemokratismus gegen den Bernsteinischen Revisionismus und die ökonomischen Tendenzen unter den russischen Sozialdemokraten seine Konzeption einer sozialdemokratischen Partei Rußlands gemäß der These "Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben" (98) entwarf, lassen die "drei Umstände", die seiner Ansicht nach die Bedeutung einer solchen Theorie für die im Entwicklungsstadium befindliche gesamtrussische Sozialdemokratie noch erhöhen, die ideologischen Umrisse eines solchen Nationalismus erkennen:

1. Da der Sozialdemokratie entgegengesetzte revolutionäre Richtungen innerhalb Rußlands die eigene, noch junge Partei zu gefährden drohten, könne eine In-Frage-Stellung ihrer Hegemonialrolle im politischen Kampf gegen die Autokratie die Gefahr nationalistischer (d.h. bürgerlicher) Bestrebungen unter den Nationalitäten Rußlands heraufbeschwören (99).
2. Die sozialdemokratische Bewegung innerhalb Rußlands sei "ihrem ureigensten Wesen nach international", was ohne Vorbehalt die Bekämpfung jeglichen "nationalen Chauvinismus" als selbstverständlich impliziere; sie setze aber nicht zugleich die unkritische Übernahme der theoretischen und politischen Ansichten der Sozialdemokratien anderer Staaten voraus (100).
3. Die einmalig schwierigen "nationalen Aufgaben" der Sozialdemokratie Rußlands als Führerin des gesamten Volkes im Kampf um die politische Freiheit könnten nur erfüllt werden, wenn sie sich von einer "fortgeschrittenen Theorie" leiten lasse (101).

Im Rückgriff auf Engels, der der deutschen Arbeiterbewegung nach 1871 gegenüber der englischen und französischen die führende Rolle im internationalen Kampf des Proletariats zugeschrieben hatte, weil sich bei ihr erstmals die theoretischen Ansichten mit den politischen und praktisch-ökonomischen Handlungen nahtlos ineinanderfügten, und der hierfür vor allem deren theoretisches Rüstzeug und ihr vergleichsweise spätes revolutionäres Erwachen verantwortlich gemacht hatte (102), verwies Lenin dabei auf die "noch unvergleichlich härteren Prüfungen", die dem Proletariat Rußlands bevorstünden, das sich nicht nur wie die deutsche Arbeiterschaft, mit einer konstitutionellen Monarchie, sondern mit dem stärksten Bollwerk der Reaktion in Europa und Asien auseinanderzusetzen habe, so daß es bei einem siegreichen Ausgang dieses politischen Kampfes zwangsläufig zur "Avantgarde des internationalen revolutionären Proletariats" werden müsse (103).

Inwieweit Lenin bei seinen Bemühungen, das Proletariat Rußlands zum potentiellen Führer der Weltrevolution zu machen, auf Karl Kautsky Bezug nahm, läßt sich nicht eindeutig klären; bemerkenswert bleibt, daß die Ankündigung der Leninschen Schrift in derselben Nummer der "Iskra" erfolgte, in der auch der Artikel Karl Kautskys mit dem Titel "Die Slawen und die Revolution" abgedruckt wurde (104).

Für Kautsky waren die Slawen - im Gegensatz zur Revolution von 1848 - auf Grund der Veränderungen der ökonomischen Verhältnisse in Osteuropa nunmehr nicht nur in die Reihe der Völker, innerhalb derer sich revolutionäre Arbeiterklassen zu organisieren begannen, eingetreten, sondern er sah auch eine Verschiebung des "Gravitationszentrum der revolutionären Idee und der revolutionären Tat" nach diesem Teil Europas (105). In ähnlicher Weise wie Engels glaubte Kautsky somit eine Verlagerung des Ausgangspunktes der zukünftigen sozialistischen Revolution von West nach Ost zu erkennen; allerdings erwartete er den neuen revolutionären Impuls nicht mehr von der deutschen Arbeiterklasse, sondern von derjenigen Rußlands, die - unverbraucher - Westeuropa aus der Stagnation seiner politischen und sozialen Entwicklung herausreißen sollte (106).

War die "Iskra"-Redaktion, zu der u.a. Plechanov und Lenin gehörten, selbst noch nicht so recht von dieser historischen Mission überzeugt, und wollte sie deshalb die Ausführungen Kautskys eher als Volljährigkeitserklärung des Proletariats Rußlands betrachten, die vorerst nur dazu benutzt werden sollte, die revolutionäre Hegemonialrolle innerhalb der oppositionellen Elemente in Rußland selbst im Kampf gegen die Autokratie zu unterstreichen und die aktive Unterstützung des Weltproletariats zu erlangen (107) - und sollte es noch Jahre dauern, bis man innerhalb der Sozialdemokratie Rußlands ernsthaft daran dachte, einen solchen Wechsel auf die Zukunft der sozialistischen Weltrevolution einzulösen -, so war dennoch die ideologische Ausgangsbasis für einen Nationalismus geschaffen worden, innerhalb dessen - ähnlich wie bei den Narodniki und ihren legitimen Erben, den russischen Sozialrevolutionären - die demokratische Phase der gesellschaftlichen Entwicklung Rußlands in die sozialistische versetzt werden konnte.

II. DIE DIVERGIERENDEN AUFFASSUNGEN ZWISCHEN "ISKRA" UND "BUND" IN DER ORGANISATIONSFRAGE VOR DEM HINTERGRUND DES JÜDISCHEN NATIONALITÄTSPROBLEMS IN RUSSLAND BIS ZUM II. PARTEITAG DER RSDRP (1903)

1. Die jüdische Frage in Rußland und ihre Widerspiegelung in den politischen Vorstellungen der russischen und jüdischen Marxisten bzw. Sozialdemokraten bis zur Gründung des "Bund" (1897) und der RSDRP (1898)

Es erhebt sich im folgenden die Frage, inwieweit der von uns in der Einleitung abgesteckte ideologische Bezugsrahmen für eine Auseinandersetzung mit dem Nationalismus innerhalb der Sozialdemokratie Rußlands und unter den russischen Sozialrevolutionären am historischen Einzelbeispiel nachgewiesen werden kann bzw. modifiziert werden muß.

Auf der Suche nach seiner politischen Bedeutung, die insbesondere eine Analyse des Demokratieverständnisses in Verbindung mit der Nationalitätenfrage mit sich bringen mußte, bot sich - sieht man einmal von der polnischen Frage ab - das Problem der Emanzipation der Juden als erstes an. Im Gegensatz zu Westeuropa zählte die jüdische Bevölkerung in Rußland nach Millionen (1), so daß religiöse Toleranz und politische Freiheit als historische Vorbedingungen für die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden dort notwendigerweise die Frage nach der nationalen Identität der Juden innerhalb der sie umgebenden christlichen Bevölkerung, die selbst nach einem nationalen Selbstverständnis suchte, aufwerfen und die Assimilation der Juden als idealtypische Demokratievorstellung relativieren mußten.

Während durch das "Toleranzedikt" (1782) Kaiser Josephs II. sowie in der Verfassung der USA (1787) und im Gleichberechtigungsdekret der französischen Verfassung (1791) im "Westen" die Rechtsstellung der Juden entscheidend verbessert wurde, setzte zur selben Zeit unter Katharina II. für die seit den drei polnischen Teilungen mit den polnisch-litauischen Gebieten dem Russischen Reich zugeschlagenen Juden ein weiterer Prozeß der rechtlichen, sozialen und ökonomischen Isolierung ein (2). In der Folgezeit gab es aus etatistischen liberalen Beweggründen Ansätze zu einer schrittweisen Unterwerfung der Juden unter die allgemeinen Gesetze, d.h. zur Gleichsetzung mit den übrigen Untertanen des Reiches. An ihre kollektive Gleichberechtigung als Juden, die zur Zeit Alexanders II. selbst seitens der hohen Bürokratie und der russischen "öffentlichen" Meinung befürwortet wurde, dachte man jedoch keineswegs (3).

Mit der Thronbesteigung Alexanders III. (1881) begann unter dem maßge-

benden Einfluß des Oberprokurors des Heiligen Synod, K.P. Pobedonoscev, sogar eine erneute Wende zum Schlechteren. Der auf seiten der Autokratie fast immer gewährte moralische Vorbehalt gegenüber den Juden wurde nunmehr auch durch administrative Restriktionsmaßnahmen wieder politisch verdeutlicht (4).

In Reaktion auf die für die Regierung völlig unerwartet ausgebrochenen antisemitischen Pogrome im Süden und Südwesten Rußlands zu Beginn der achtziger Jahre, die zunächst ihre Ursache in der verzweifelten wirtschaftlichen Lage der dortigen bäuerlichen Bevölkerung hatten, im Laufe der Zeit aber, nachdem sie zum bewußten Instrument ultrarechter Politik unterhalb der Autokratie geworden waren, immer mehr ihren spontanen Charakter verloren hatten, wurden durch kaiserlichen Ukaz vom 3./15. Mai 1882 "temporäre Regeln" erlassen, die zunächst bloß bis zur Ausarbeitung einer neuen Judengesetzgebung in Kraft bleiben sollten, dann jedoch bis 1917 fortbestanden, wobei sie nur noch durch verschiedene andere Sondergesetze ergänzt wurden (5).

Hatte die relativ milde Judenpolitik der vorhergegangenen Zeit vor allem innerhalb der jüdischen Intelligencija einen friedlichen Assimilationsprozeß eingeleitet, so führten die Pogrome und die neuen Ausnahmegesetze gerade innerhalb dieser Gruppierung zur Rückbesinnung auf ihre eigene Existenz als Juden in Rußland und lösten einen Prozeß der "Selbstemanzipation" (Leo Pinsker) aus (6).

Von dieser sozialen Reaktion wurde auch der Teil der jüdischen Intelligencija ergriffen, der sich aktiv an der beginnenden sozialistischen Bewegung beteiligte und sich bereits so weit assimiliert gefühlt hatte, daß er gegenüber den besonderen jüdischen Problemen eine negative, wenn nicht sogar feindliche Einstellung an den Tag legte (7). Die Bewertung der antisemitischen Pogrome als spontane revolutionäre Aktionen des Volkes, wie sie teilweise in den Jahren 1881-1883 innerhalb der "Narodnaja volja" erfolgte (8), verunsicherte sie in ihrem unspezifischen sozialistischen Bewußtsein und verwies sie auf die Nöte des eigenen Volkes, die eine pauschale Brandmarkung aller Juden als Ausbeuter und eine Glorifizierung der Pogrome als revolutionäre Taten nicht rechtfertigten (9).

Jüdische Marxisten wie der Angehörige des "Černyj peredel" und spätere Mitbegründer der Gruppe "Osvoboždenie truda" P.B. Aksel'rod mußten darüber hinaus die für sie überraschende Feststellung treffen, daß das russische Volk und dessen sozialistische Intelligencija die Juden noch immer als einen sozialen und kulturellen Fremdkörper betrachteten, ohne daß sie sich zugleich bemühten, die auch innerhalb der Juden existierenden Klassennunterschiede zu registrieren oder sogar ein jüdisches Proletariat als Klassengenossen zu akzeptieren (10).

Indem Aksel'rod die sozialistische jüdische Intelligencija auf eine stärkere Berücksichtigung der historischen Verhältnisse in Rußland hinzuweisen ver-

suchte, zog er für sie aus den Pogromen drei Lehren, die es in der zukünftigen gesellschaftlichen Arbeit zu beachten galt:

1. Die Juden nehmen in Rußland innerhalb einer ihr feindlich gesinnten christlichen Bevölkerung eine "völlige Sonderstellung" ein.
2. Die jüdischen Sozialisten gehen "von der völlig richtigen Position des internationalen Charakters des Sozialismus und des Klassenkampfes" aus, sie mißachten aber bis jetzt die "reale Situation" der Juden in Rußland selbst.
3. Eine bloße Übertragung der kosmopolitischen Ansichten der jüdischen Sozialisten in Deutschland auf Rußland bei gleichzeitiger Ignorierung einer speziellen Agitation unter den jüdischen Massen Rußlands ist so lange unmöglich, wie es der dortigen christlichen Bevölkerung an einer kosmopolitischen Einstellung und den dortigen "unteren Klassen der verschiedenen Nationalitäten" an einer internationalen Klassensolidarität praktisch mangelt (11).

Für Aksel'rod bildeten nur die Wahrnehmung der "Interessen der unteren Klassen der jüdischen Bevölkerung", nicht aber "Fragen der "nationalen Wiedergeburt des Judentums" oder der Wiedererrichtung eines jüdischen Staates" den Gegenstand einer solchen speziellen gesellschaftlichen Arbeit der jüdischen Sozialisten in Rußland. Das Ziel dieser Tätigkeit bleibe ausschließlich die Erweckung des Klassenbewußtseins des jüdischen Proletariats und die Herstellung einer Klassensolidarität mit der übrigen Arbeiterschaft Rußlands. Hierfür gab es für ihn zwei unabdingbare politische Vorausbedingungen: die Herstellung der Freizügigkeit für die Juden und die Einrichtung demokratischer Institutionen für ganz Rußland (12). Eine Verschmelzung der jüdischen mit der christlichen Bevölkerung hielt Aksel'rod - im Gegensatz zu Westeuropa und den USA - für Rußland auf Grund der Tatsache, daß dort die Juden gegenüber den Christen zur Zeit noch über einen höheren intellektuellen und politischen Bewußtseinsgrad verfügten, erst dann für "denkbar und zweckmäßig", wenn auch die übrige Bevölkerung ein solches Niveau erreicht habe (13).

Aksel'rods Standortbestimmung für die sozialistische jüdische Intelligencija in Rußland zu Beginn der achtziger Jahre stieß nicht nur bei den "Narodvolcy", sondern auch bei seinen eigenen Gesinnungsgenossen auf Ablehnung, so daß er die vorliegende Schrift unvollendet und unveröffentlicht ließ (14).

Die "Černoperedelcy" hatten - zumindest was ihre Exilgruppe in Genf anging - von Anfang an die Pogrome nicht als spontane revolutionäre Aktionen der Volksmassen begrüßt, aber man engagierte sich auch nicht für die heimgesuchte jüdische Bevölkerung, weil man die Realität nicht akzeptieren wollte und diese Pogrome insgesamt für eine Episode hielt. Eine Generallinie, die man auch weiterhin verfolgte, nachdem man sich zur sozialdemokratischen Gruppe "Osvoboždenie truda" (1883) zusammengeschlossen hatte (15).

Die nächsten Jahre mit ihrem offenen und latenten Antisemitismus innerhalb der christlichen Bevölkerung Rußlands, der von dem großrussischen Pseude-

nationalismus Pobedonoscev'scher Provenienz kräftig geschürt und angeheizt wurde, zwangen jedoch zu einer Stellungnahme. Diese ging aber im Prinzip nicht über das hinaus, was mit den Schlagworten: Emanzipation der Juden und Assimilation an die sie umgebende Bevölkerungen zu umschreiben war. Allerdings hielt man eine solche Entwicklung erst nach dem Sturz der Autokratie für möglich und verwandte deshalb keine Mühe darauf, den allgemeinen Programmpunkt "Volle Gleichberechtigung aller Bürger, unabhängig von Religion und Volksabstammung" im Hinblick auf die Juden konkreter zu fassen (16); schien doch bereits diese pauschale Forderung für einen zivilisierten Staat eine Selbstverständlichkeit und nur in Anbetracht des - am westeuropäischen Niveau gemessen - vergleichsweise niedrigen Entwicklungsstands der Gesellschaftsverhältnisse und der politischen Bewußtseinsinhalte in Rußland keine überflüssige Akzentuierung zu sein (17).

Aus ähnlichen Erwägungen teilte Plechanov auch nicht die Meinung der Mehrheit der Delegierten auf dem Internationalen Sozialistischen Kongreß in Brüssel (1891). Dort war der Vorschlag des Vertreters der "United Hebrew Trades of New York", Abraham Cahan, angesichts der unter dem Antisemitismus leidenden jüdischen Arbeiter in Rußland die jüdische Frage separat zu behandeln, als deplaziert abgelehnt worden. Die angenommenen Resolution zur Judenfrage verurteilte Anti- und Philosemitismus gleichermaßen als Instrumente kapitalistischer und reaktionärer Herrschaftsausübung. Das Judenproblem wurde wie jeder andere "Rassen- und Nationalitätenantagonismus" für Sozialisten als nicht existent betrachtet. Indem man diese Problematik allgemein durch den "Klassenkampf der Proletarier aller Rassen gegen die Kapitalisten aller Rassen" überhöht fand, wies man zugleich dem jüdischen Proletariat in den Reihen der Arbeiter und der sozialistischen Parteien der Staaten, in denen es lebte, seinen natürlichen Platz zu (18).

Angesichts der historischen Realität periodisch wiederkehrender antisemitischer Pogromenwellen, die nicht zuletzt die jüdischen Handwerker und Arbeiter mit besonderer Grausamkeit heimsuchten, während das jüdische Bürgertum unter Ausnutzung der Bestechlichkeit der zaristischen Bürokratie einen relativen Schutz genoß, vermochte sich Plechanov nicht mit einer solchen theoretisch zwar richtigen, aber auf die Juden in Rußland sich zwangsläufig negativ auswirkenden Einstellung der Sozialistischen Internationale abzufinden (19). Solange es noch Staaten wie Rußland gab, in denen das allgemeine politische Bewußtsein in einem solchen Maße mit der Idee der bürgerlichen Gleichberechtigung kontrastierte, daß selbst die Arbeiter offensichtlich eine antisemitische Haltung einnahmen, mußten für Plechanov die sozialistischen Parteien dieser Länder in ihren Programmen eine solche demokratische Forderung besonders akzentuieren und darüber hinaus bestrebt sein, die Resolution von Brüssel auf dem künftigen Sozialistenkongreß in diesem Sinne zu revidieren (20).

Im jüdischen Ansiedlungsrayon, der "čerta osedlosti" (21), entwickelte sich bereits zu Beginn der neunziger Jahre eine organisierte Agitationsarbeit unter den dortigen jüdischen Handwerkern und Arbeitern, die vor allem

von jüdischen sozialdemokratischen Zirkeln getragen wurde, die sich um Wilna als Zentrum gruppierten. Es gelang dieser Intelligencija, zu den Massen Kontakt herzustellen, und sie spürte sofort, daß der Erfolg nur dann konserviert und ausgedehnt werden konnte, wenn die Propagierung der eigenen Ideologie mit den ökonomischen Tagesforderungen der jüdischen Arbeiterschaft in eine politisch relevante Verbindung gebracht wurde.

Dieser Weg von der bloßen Propaganda zur wirksamen Agitation, der von Arkadij Kremer (1865-1935) mit seiner Broschüre "Ob agitacii" (1893) nicht nur für die jüdische, sondern auch in der Folgezeit für die russische sozialdemokratische Bewegung vorgezeichnet wurde, bewirkte innerhalb der ersten von Anfang an eine intensive Beschäftigung mit dem jüdischen Arbeitermilieu und ergab als unmittelbare Konsequenz die Notwendigkeit des Gebrauchs des Jiddischen als Kultur- und Propagandasprache anstelle des Russischen, mit dem der ungebildete Jude in der Regel nicht vertraut war (22).

Obleich die jüdischen Sozialdemokraten in Wilna keineswegs gewillt waren, die internationale Klassensolidarität des Proletariats zugunsten der Aufrichtung nationaler Trennwände zwischen den jüdischen und den christlichen, insbesondere den russischen und den polnischen Arbeitern zu suspendieren, sahen sie sich doch auf Grund ihrer theoretischen Überlegungen und praktischen Erfahrungen dazu veranlaßt, bis zur historischen Möglichkeit der Herstellung einer solchen Aktionseinheit im engsten Sinne dieses Wortes die unterschiedlichen politischen Bedingungen und sozialen Verhältnisse nicht nur agitatorisch, sondern auch organisatorisch zu berücksichtigen.

Es war vor allem Jurij Osipovič Cederbaum (L. Martov) (1873-1922), der in einer programmatischen Rede zum Maifeiertag in Wilna (1895) die Grundsätze zur Bildung einer "speziellen jüdischen Arbeiterorganisation" als der "Führerin und Erzieherin des jüdischen Proletariats im Kampf für die ökonomische, bürgerliche und politische Befreiung" formulierte (23) und damit der dortigen sozialdemokratischen Bewegung einen "demokratischeren, praktischeren und jüdischeren" Charakter verlieh (24), dessen endgültige ideologische Ausformung wenig später im jüdischen "Bund" erfolgte (25).

Martov berief sich hierbei nicht auf einen bürgerlichen Nationalismus, sondern er verstand gerade die Hinwendung zu einem eigenen Klassenstandpunkt des jüdischen Proletariats als Emanzipation von der bourgeoisen Klassenideologie (26). Eine solche Forderung beinhalte für die jüdischen Sozialdemokraten die Notwendigkeit einer Orientierung an der russischen Wirklichkeit und damit zugleich auch die Aufgabe der Illusion von einem bereits existenten allgemeinen Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie Rußlands, an dem auch die beiden entsprechenden Klassen des Judentums aktiv und gleichberechtigt beteiligt seien. Martov räumte mit dieser idealtypischen Vorstellung von einer bereits historisch manifest gewordenen gesellschaftlichen Polarität im Sinne des "Kommunistischen Manifest" auf. Er betonte nachdrücklich, daß die jüdische Bourgeoisie - im Gegensatz zur russischen nicht nur politisch, sondern auch bürgerlich rechtlos - noch nicht den politischen Bewußtseinsgrad der letzteren erreicht habe

und deshalb in bezug auf die politische Freiheit des jüdischen Volkes "alles vom russischen Zaren und nichts von der Eigeninitiative des jüdischen Volkes" erwarte; infolgedessen sei das aus demselben Grunde politisch wenig bewußte jüdische Proletariat in den Anfangsjahren seines gesellschaftlichen Erwachens zu dem Trugschluß verleitet worden, "alles ... von der Bewegung der russischen Arbeiterklasse" zu erwarten und sich selbst "nur als Anhängsel der gesamt-russischen Arbeiterbewegung" zu betrachten (27).

Die jüdischen Sozialdemokraten konnten durch ihre Agitation in russischer Sprache zu den jüdischen Volksmassen keine Verbindung herstellen, gaukelten sich das Trugbild einer "idealen russischen Bewegung" vor und verloren dadurch den Blick für die "wirklichen Fähigkeiten der jüdischen Bewegung" (28). Zugleich aber habe diese Fiktion die jüdische Bewegung auf ein Niveau gehoben, das von der entsprechenden russischen noch gar nicht erreicht worden sei; mit der Folge, daß durch den bereits erlangten Grad der gesellschaftlichen Bewußtwerdung die Voraussetzung für eine jüdische sozialdemokratische Massenbewegung geschaffen worden sei, die eine Agitation unter Berücksichtigung der besonderen jüdischen Probleme erfordere. Hierbei war für Martov ausschlaggebend, daß die entsprechende gesamt-russische Bewegung noch zu unterentwickelt war, um dies selbst zu leisten. Aus alledem folgerte er, daß das jüdische Proletariat seine Emanzipation selbst bewerkstelligen müsse und sie nicht von der russischen oder polnischen Arbeiterschaft erwarten dürfe (29).

Bilde ein auf diese Weise gerechtfertigtes, gesondert organisiertes jüdisches Proletariat auch einen gewichtigen gesellschaftlichen Machtfaktor, so sei es dennoch nicht in der Lage, seine endgültige Befreiung ohne die historisch notwendige Verbindung mit dem übrigen Proletariat Rußlands zu erreichen (30). Die jüdische Arbeiterklasse müsse nur aufhören, ihre Befreiung allein von der russischen zu erwarten, da letztere auf dem Wege zu ihrer eigenen Emanzipation so vielen Hindernissen begegnen werde, daß sie unter Umständen - wenn es das Eigeninteresse verlange - nicht bedingungslos die sich aus den gegen die Juden gerichteten Ausnahmegesetzen ergebenden spezifischen demokratischen Forderungen der Juden - "wie z.B. Religionsfreiheit und Gleichberechtigung" - unterstützen werde (31).

Die Errichtung einer sozialdemokratischen Organisation des jüdischen Proletariats in Rußland sah Martov nicht im Widerspruch zu den allgemeinen Prinzipien des Sozialismus; denn dessen Sieg impliziere sowieso von vornherein die Beseitigung aller nationalen Gegensätze. Das politische Nahziel jedoch, die Herstellung einer Demokratie, verlange von jeder Nationalität selbst "die Eroberung, wenn nicht der politischen Selbstständigkeit, so in jedem Falle der völligen Gleichberechtigung" (32). Die Überwindung der politischen und nationalen Lethargie des jüdischen Volkes gehöre infolgedessen zu den historischen Aufgaben der Sozialdemokratie, weil das jüdische Proletariat erst dann zu einem gesellschaftlichen Selbstverständnis als Klasse komme, wenn beide Momente - das

nationale und das soziale - in ihm gleichermaßen angesprochen werden (33). Dabei sah Martov die Gefahr einer Überlagerung des sozialistischen Bewußtseins durch bürgerliche nationalistische Tendenzen, wie er es in der polnischen Arbeiterbewegung zu erkennen glaubte, für nicht gegeben an, weil diesem besonderen nationalen Charakter der Bewegung des jüdischen Proletariats kein bürgerlicher Nationalismus, der "tödliche Feind des Klassenbewußtseins des Proletariats", zugrunde liege. Deshalb bestand für ihn bei Betonung des "bestimmten jüdischen Charakters" - besonders in Anbetracht der völligen politischen Passivität des jüdischen Bürgertums - keine Gefahr, daß die Verbindung zur internationalen oder auch nur zur russischen Arbeiterbewegung abreißen werde. Im Gegenteil, die Hervorhebung eines "nationaleren Charakters" bedeute einen "theoretischen Sieg über den Einfluß der bourgeois Ideen" auf das jüdische Proletariat (34).

Ganz im Sinne dieser Rede Martovs forderte noch im selben Jahr (1895) eine Konferenz jüdischer Sozialdemokraten aus verschiedenen Städten der "čerta osedlosti" in Wilna sowie eine Konferenz in Minsk die Schaffung einer jüdischen sozialdemokratischen Organisation (35), die dann zwei Jahre später, am 25. - 27. September/7. - 9. Oktober 1897, auf dem ersten Kongreß jüdischer sozialdemokratischer Gruppen in Wilna mit der Gründung des "Vseobščij evrejskij raboščij sojuz v Rossii, Pol'se i Litve" (36), kurz "Bund" genannt, zur Realität wurde (37).

Auf diesem Kongreß motivierte Arkadij Kremer in seiner Eröffnungsrede, gegen die seitens der Teilnehmer keinerlei Einwände erhoben wurden, die Notwendigkeit einer solchen separaten Vereinigung mit dem Hinweis auf die in absehbarer Zeit bevorstehende Gründung einer gesamtrussischen Arbeiterpartei, in die das jüdische Proletariat als selbständige Organisation eintreten müsse, um überall in Rußland mit derselben politischen Wirksamkeit für die Forderung nach bürgerlicher Gleichberechtigung der Juden kämpfen zu können (38).

Die betreffenden Beschlüsse, die nicht schriftlich niedergelegt wurden (39), beweisen, daß nicht an eine nationale jüdische Sozialdemokratie - etwa im Sinne der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) - gedacht war. Alle Delegierten waren sich darin einig, daß diese Organisation ein Bestandteil der zukünftigen Sozialdemokratischen Partei Rußlands werden sollte, was sie besonders dadurch unterstützen, daß sie zugleich beschlossen, den von der Gruppe "Osvoboždenie truda" 1895 in Genf gegründeten "Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" als Vertreter des "Bund" außerhalb Rußlands anzuerkennen und darüber hinaus mit allen in Rußland selbst tätigen sozialistischen Gruppen Kontakt aufzunehmen (40).

Diese Haltung unterstrich der "Bund" in der Folgezeit vor allem durch seine intensiven Bemühungen um die Schaffung einer solchen gesamtrussischen Arbeiterpartei, an deren Proklamation am 1./13. März 1898 in Minsk seine Vertreter dann auch einen maßgeblichen Anteil hatten (41). In diese "Rossijskaja socialdemokratičeskaja rabočaja partija" (RSDRP) (42) trat der "Bund" unverzüglich ein "als autonome Organisation, die nur in Fragen, die speziell das jüdische Proletariat betreffen, selbständig ist" (43).

2. Der jüdische "Bund" zwischen "Iskra" und PPS bis 1901

Für die "Iskra"-Gruppe, die sich als legitime Nachlaßverwalterin und neue Keimzelle der 1898 gegründeten RSDRP, begriff, weil deren Mitglieder bald nach dem Kongreß verhaftet wurden, war ein solcher Autonomiestatus, wie ihn der "Bund" für sich beanspruchte, von Anfang an ein Stein des Anstoßes, weil durch ihn die Aktionseinheit des gesamten Proletariats in Rußland, deren Herstellung man sich auf der Grundlage des revolutionären Sozialdemokratismus zur Aufgabe gemacht hatte, gefährdet schien (1).

Die "Iskristen" gingen - im deutlichen Widerspruch zur historischen Wirklichkeit - von der faktischen Existenz einer gesamtrossischen sozialdemokratischen Partei aus, die auf der Klassenbewegung der Arbeiterschaft aller Nationalitäten Rußlands basierte; Aus diesem Grunde sahen sie im "Bund" nichts anderes als eine Gebietsorganisation, deren besondere Kompetenzen gegenüber dem jüdischen Proletariat rein agitationstechnischer und keinesfalls politischer Art seien. Ein "besonderer politischer Charakter" des "Bund" bestehe, wie Lenin bereits in der Verbannung (1899) erklärt hatte, seit der Gründung der RSDRP nicht mehr (2), so daß die damals eingeräumte Bewegungsfreiheit keinerlei ideologische und organisatorische Selbständigkeit im Rahmen der Gesamtpartei implizieren dürfe (3).

Die Autonomie des "Bund" als nationaler sozialdemokratischer Organisation des jüdischen Proletariats in Rußland wurde seitens der "Iskra" somit von vornherein auf die taktische Frage der Notwendigkeit einer solchen besonderen Gruppierung mit Rücksicht auf die spezifisch jüdischen Probleme einer sozialdemokratischen Agitationsarbeit heruntergespielt und die prinzipielle Frage nach der politischen Berechtigung eines nationalen Selbstbewußtseins der jüdischen Arbeiter nicht als existent angesehen; denn allein die Ausnahmegesetze verhinderten die historisch längst überfällig gewordene Assimilation der Juden an die sie umgebende christliche Bevölkerung (4).

Ganz anders begriff zur selben Zeit der "Bund" seine Position innerhalb der RSDRP. In dem Artikel "Naši celi" (5), den man später auf bundistischer Seite die "profession de foie" des eigenen organisatorischen Selbstverständnisses nennen sollte (6), wurde die Autonomie beträchtlich weiter gefaßt, als sie die "Iskristen" verstanden wissen wollten und - was für die Folgezeit als besonders wichtig anzumerken ist - prinzipiell auch auf die sozialdemokratischen Organisationen aller anderen Nationalitäten Rußlands ausgedehnt.

Aus der Sicht des "Bund" hatte die Gründung der RSDRP keinerlei konstitutiven Charakter besessen, sondern war als formaler Abschluß einer langjährigen sozialdemokratischen Agitationsarbeit anzusehen, die von einzelnen Gruppen geleistet worden sei, die auch jetzt noch ihre vollständige organisatorische Selbständigkeit bewahrten. Gegenüber den Beschlüssen des Zentralkomitees (ZK) der Gesamtpartei mußten sie deshalb in allen örtlichen Angelegenheiten weiterhin unbeschränkte Entscheidungsfreiheit behalten (7).

Der Autonomiestatus des "Bund" von 1898 wurde dementsprechend als Modell für die Beziehungen zwischen der Gesamtpartei und den sozialdemokratischen Organisationen der einzelnen Nationalitäten Rußlands betrachtet (8). Das ZK der RSDRP verstand man als Koordinationsstelle, die "Einheit und Planmäßigkeit in den ökonomischen Kampf des gesamtrussischen Proletariats" zu bringen und - was seine "Hauptaufgabe" sei - den Kampf gegen die Autokratie zur Erringung der demokratischen Freiheiten vorzubereiten hatte. Die jeweilige Interpretation dieser allgemeinen Aufgaben auf nationaler Ebene sollte hingegen den einzelnen nationalen sozialdemokratischen Organisationen als den natürlichen Vertretern des Proletariats überlassen bleiben (9).

Die Wahrnehmung der "allgemeinen politischen und ökonomischen Interessen" des gesamten Proletariats Rußlands erlaubte es - nach dieser Auffassung - der RSDRP nicht, "sich um die speziellen Interessen der fremdstämmigen und insbesondere der jüdischen Arbeiter zu kümmern" (10). Erst deren Organisationen ermöglichten es, daß sich die Gesamtpartei konsequent ihren allgemeinen Aufgaben widmen könne und daß die Klassensolidarität aller Arbeiter Rußlands garantiert werde (11).

In Umrissen zeichneten sich bereits in diesem Artikel die Vorstellungen der Bundisten von einem föderalistischen Aufbau der RSDRP ab. Als letzte Rechtfertigung für eine besondere sozialdemokratische Organisation diente weiterhin nur der Hinweis auf die fehlende bürgerliche Gleichberechtigung, während die immer stärker in den Vordergrund tretenden Motive: der Antisemitismus der christlichen Bevölkerung, der Hegemonialanspruch der PPS über das jüdische Proletariat in den polnisch-litauischen Gebieten und der gerade innerhalb der jüdischen Intelligencija und dem jüdischen Proletariat immer mehr anwachsende Zionismus (12) nur umrißhaft aufgezeigt und als vorübergehende Erscheinungen, die gerade durch die rechtliche Ausnahme-situation der Juden ihre zeitweilige Lebenskraft bekämen, gedeutet wurden (13).

Auf dem III. Kongreß des "Bund" in Kovno (Dezember 1899/Januar 1900) offenbarte sich bei einer Minderheit der Delegierten, daß man - nicht zuletzt wegen des Zionismus, der Einstellung Kautskys zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich und unter dem Einfluß des Brünner Programms der österreichischen Sozialdemokratie (14) - gewillt war, über das bisherige politische Konzept hinauszugehen und neben der bürgerlichen auch die nationale Gleichberechtigung der Juden zu fordern, um deren spezifische Interessen als Nationalität, d. h. besonders den Gebrauch des Jiddischen als nationale Kultursprache, zu sichern (15). Der "Bund" wurde dabei nicht mehr allein als eine den besonderen historischen Gegebenheiten der Juden in Rußland Rechnung tragende, notwendige organisatorische Übergangserscheinung, die mit dem Sturz der Autokratie ihre Existenzberechtigung verlieren würde, betrachtet, sondern auch als eine politische Institution zur Erringung der nationalen Gleichberechtigung des jüdischen Proletariats in einem zukünftigen demokratischen Rußland (16).

Die Mehrheit der Kongreßteilnehmer negierte derartige nationale Interessen des jüdischen Proletariats mit der Begründung, sie seien bloß geeignet, dessen Klassenbewußtsein zu trüben und es vom gemeinsamen Kampf des Proletariats Rußlands für eine demokratische Konstitution zu isolieren. Dementsprechend wurde auch in der Resolution zur nationalen Frage "nur die Forderung der bürgerlichen und nicht der nationalen Gleichberechtigung" aufgestellt. Aber mit dem gleichzeitigen Beschluß, die Frage der jüdischen Nationalität in der eigenen Literatur zur Diskussion zu stellen, blieb sie weiterhin auf der Tagesordnung, von der sie nie wieder heruntergenommen werden sollte (17).

Auf dem IV. Kongreß des "Bund" in Bialystok (Mai 1901) wurde die nationale Frage bereits folgerichtig auch für die jüdische Arbeiterschaft in Rußland als existent betrachtet.

Sie stand sogar im Mittelpunkt der Erörterungen (18). Wie auf dem vorigen Kongreß wurden zwei gegensätzliche Standpunkte vertreten, zu denen noch eine Gruppe Delegierter hinzukam, die eine Stellung zwischen den Fronten bezog (19).

Alle Delegierten waren sich darin einig, daß das jüdische Proletariat nicht nur politischen und ökonomischen, sondern darüber hinaus der nationalen Unterdrückung ausgesetzt sei. Sie stimmten ferner darin überein, daß die Nationalitätenfrage in Rußland nicht im Sinne eines abstrakten Rechtes auf Selbstbestimmung für jede Nationalität, wie es die "Iskra" als Forderung aufgestellt habe (20), sondern allein nach ähnlichen Prinzipien, wie sie der Brünner Parteitag der Sozialdemokratie Österreichs (1899) zu dieser Frage erwogen habe (21), gelöst werden könne (22).

Unterschiedliche Auffassungen wurden dort sichtbar, wo es in bezug auf das Proletariat um die Frage der nationalen und sozialen Identität seines Klassenbewußtseins ging.

Während die eine Richtung zumindest für das jüdische Proletariat Rußlands eine solche Identität als künstlich, weil verfrüht und damit schädlich, weiterhin ablehnte (23), forderte der Wortführer der Gegenpartei, M. J. Gol'dman (Mark Liber) (1880-1937), neben der bürgerlichen und nationalen Gleichberechtigung auch die nationale Autonomie für die Juden Rußlands und damit die endgültige Aufgabe eines kosmopolitischen Standpunktes für den "Bund" und die jüdische Arbeiterklasse (24). Die Gruppe zwischen diesen beiden extremen Richtungen anerkannte einen von den "in ihm eingeschlossenen rein bourgeoisen Begriffen" losgelösten Nationalismus für die jüdische Arbeiterschaft in Rußland als legitim, da historisch gegeben. Sie wollte diesen aber lediglich "als Zugehörigkeitsbewußtsein" zu einer politisch rechtlosen Nationalität, deren nationale Gleichberechtigung letztlich auch als historische Voraussetzung für die Emanzipation des jüdischen Proletariats zur Klasse unabdingbar sei, verstanden wissen und sah aus diesem Grunde zwischen der Entwicklung "eines solchen nationalen" und der des "sozialdemokrati-

schen Selbstbewußtseins im allgemeinen" keine ideologische Diskrepanz (25).

Die Resolution des Kongresses zur nationalen Frage ging, indem sie feststellte, daß "im Sinne eines sozialdemokratischen Programms" weder eine soziale noch eine politische, noch eine nationale Unterdrückung zulässig sei, davon aus, daß Rußland in Anbetracht der "Vielfalt heterogener Nationalitäten" in eine "Föderation von Nationalitäten mit völliger nationaler Autonomie (25a) für jede von ihnen, unabhängig von dem durch sie bewohnten Territorium, "umgewandelt werden müsse und vertrat in diesem Zusammenhang die Ansicht von der Anwendbarkeit des Nationalitätsbegriffs auf das Judentum. Als politische Konsequenz resultiere hieraus unmittelbar die Negierung der historischen Notwendigkeit einer Assimilation der Juden nach der Erringung ihrer bürgerlichen Gleichberechtigung und darüber hinaus die Forderung nach staatsrechtlicher Anerkennung der Juden als Nationalität ohne Territorium auf autonomer Basis (26).

Aus Gründen der politischen Opportunität wurde allerdings "unter den jetzigen Bedingungen" diese Forderung nach exterritorialer nationaler Autonomie für die Juden Rußlands noch als "verfrüht" angesehen, so daß als politisches Nahziel weiterhin der Kampf um die bürgerliche, aber auch bereits nationale Gleichberechtigung unter Bewahrung des Klassenbewußtseins der jüdischen Arbeiterschaft vor jeglichen nationalistischen Implikationen proklamiert wurde (27).

Jüdisches Nationalgefühl sollte das gesellschaftliche Selbstverständnis der eigenen Arbeiterklasse nicht überlagern. Dies machte die Resolution des Kongresses gegen den Zionismus mit aller Deutlichkeit klar (28). Die Distanz gegenüber diesem nach einem eigenen jüdischen Staat strebenden Nationalismus, der als bourgeoise Reaktion auf Antisemitismus und bürgerliche Ungleichheit gedeutet wurde, blieb weiterhin gewahrt - nicht zuletzt deshalb, weil man ein zukünftiges eigenes Territorium für die Juden für eine Utopie hielt -, aber von einem vollständigen Aufgehen der jüdischen in einer zukünftigen gesamtrussischen Arbeiterbewegung war nicht mehr die Rede.

Eine unmittelbare Folge der Ideologisierung der eigenen Arbeiterbewegung bildete die Konkretisierung der organisatorischen Vorstellungen gegenüber der RSDRP. Schwerwiegender als die Tatsache, daß der "Bund" sich von nun an als Vertreter der gesamten jüdischen Arbeiterklasse Rußlands verstand (29), war dabei das offizielle Bekenntnis zu einer Gesamtpartei "als föderativer Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien aller Nationen, die den russischen Staat beölkern", in die der "Bund" selbst nur "als Vertreter des jüdischen Proletariats", d.h. "als föderativer Teil", eintreten könne (30).

Schwierigkeiten, denen der "Bund" als autonomer Teil der RSDRP auf der Basis der Beschlüsse des I. Kongresses dieser Partei (1898) "manchmal" begegnet sei und befürchtete "Komplikationen" beim möglichen Eintritt an-

derer nationaler Organisationen "auf föderativer Grundlage" in die Gesamtpartei (31), wobei nicht zuletzt an die PPS gedacht war, wurden unter anderem als Begründungen vorgebracht. Im Grunde genommen waren diese Organisationsvorstellungen jedoch die "logische Folge" (32) der Resolution des "Bund" zur nationalen Frage, mit der er sich prinzipiell bereits auf eine solche Parteistruktur festgelegt hatte. Offen blieb noch ihre weitere Ausformung, Nuancierung und vor allem ihre Praktizierung, aber dafür mußte es erst das historische Faktum einer RSDRP geben.

Der "Iskra"-Gruppe wiederum konnten diese nationalen Vorstellungen des "Bund" und sein daraus resultierendes organisatorisches Selbstverständnis als föderativer Teil der Gesamtpartei bei ihrem Kampf um eine zentralistische gesamtrussische sozialdemokratische Parteiorganisation auf der Grundlage eines revolutionären Sozialdemokratismus um so weniger gleichgültig sein, als es sich beim "Bund" um die bisher einzige nationale sozialdemokratische Organisation handelte, die zur damaligen Zeit eine beträchtliche Stärke aufwies und dennoch nach wie vor bereit war, innerhalb einer gesamtrussischen Arbeiterbewegung aktiv mitzuarbeiten, so daß allein mit der Zugehörigkeit dieser Organisation zur RSDRP der 1898 proklamierte und von den "Iskristen" weiterhin konsequent aufrechterhaltene "gesamtstaatliche Anspruch" (33) praktisch gerechtfertigt werden konnte.

Der in der sozialdemokratischen Agitationsarbeit unter den Juden erfahrene Martov erkannte sofort, daß die nunmehr geforderte Autonomie nicht mehr als politische Waffe gegen die Praktiken der russischen Bürokratie gegenüber den Juden gerichtet war, sondern eindeutig als grundsätzliche Forderung einer jüdischen Nationalität in bezug auf einen zukünftigen demokratischen Nationalitätenstaat konzipiert wurde (34). In der positiven Umdeutung der vormals von ihm selbst als einer durch die Ausnahmegesetze der Autokratie in der "čerta osedlosti" vor der historisch notwendigen Assimilation künstlich bewahrten, negativ definierten jüdischen Nationalität aber (35), die fiktiv bleiben mußte, weil ihr das wichtigste nationale Merkmal, das eigene Territorium fehlte, konnte Martov nur den Versuch einer Isolierung der jüdischen von der gesamtrussischen Arbeiterbewegung sehen, womit für ihn zwischen organisatorischem Selbstständigkeitsstreben und jüdischem Nationalismus ein ursächlicher Zusammenhang bestand (36).

Die nun beginnenden scharfen Auseinandersetzungen zwischen der "Iskra" und dem "Bund", die auf dem II. Kongreß der RSDRP (1903) zum Bruch und zum Ausscheiden des letzteren aus der Gesamtpartei führen sollten, erhielten durch den von beiden Seiten gleichermaßen hergestellten inneren Zusammenhang zwischen gegenwärtiger Partei - und zukünftiger Staatsstruktur ihre prinzipielle Schärfe, da hinter der aufgeworfenen Organisationsfrage immer zugleich auch direkt oder indirekt eine Verknüpfung beider Momente gesehen wurde - unter Einschluß der sich aus der historischen Entwicklung Rußlands ergebenden staatsrechtlichen Alternative: Zentralstaat oder Föderation, mit der sich bereits die Dekabristen in ihren Verfassungsentwürfen (37) beschäftigt hatten.

Die "Iskra"-Gruppe besaß aus ihrem dogmatischen Marxverständnis, aus ihrer organisatorischen Spiegelung in der deutschen Sozialdemokratie und aus ihrer ideologischen Gegnerschaft gegenüber den Narodniki bzw. den russischen Sozialrevolutionären heraus eine dreifache Aversion gegen föderalistische Tendenzen, die vom "Bund" in dieser Unterschiedenheit schon aus dem Grunde nicht geteilt werden konnte, weil er - der historischen Realität des Zionismus und besonders des polnischen Nationalismus in ihrer Einwirkung auf die jüdische Arbeiterbewegung ausgesetzt (38) - politisch zu reagieren hatte, um den Anschluß an eine gesamtrussische sozialdemokratische Bewegung nicht zu verlieren. Die noch eingehender zu analysierende bundistische Autonomieforderung implizierte deshalb, so paradox es auch auf den ersten Blick erscheinen mag, gerade den Versuch einer sozialistischen Bewältigung des Nationalitätenproblems in deutlicher Absetzung von jeglichem bürgerlichen Nationalismus und zur Bewahrung Rußlands vor seinem Zerfall in einzelne Nationalstaaten, die zumindest hinsichtlich der territorialen Gemengelage der Nationalitäten in den Randzonen doch wieder nur Nationalitätenstaaten en miniature sein würden.

Überdeutlich signalisierte der Kampf der 1893 in der Nähe Wilnas gegründeten PPS (39) gegen den "Bund" die Gefahr einer solchen Nationalisierung der Arbeiterbewegungen unter bewußter Hinansetzung ihrer internationalen Klassensolidarität, der die Juden als Nationalität ohne eigenes Territorium mehr als jede andere Völkerschaft schutzlos ausgeliefert sein würden. Hier stellte sich nicht mehr die Frage ihrer allmählichen Assimilation nach erfolgter bürgerlicher Gleichberechtigung, sondern allein die ihrer erneuten Isolierung und späteren Absorbierung bzw. Polonisierung, die von Anfang an den Intentionen der PPS zugrunde lag.

Die von ihren Wegbereitern (Mendelson) gefundene Interpretation des polnischen Sozialismus als einer Synthese aus "Nationalgefühl und Klassenkampf" (40), die das nationaldemokratische Moment vor das sozialistische stellte (41), fand bereits auf dem IV. Kongreß der PPS in Warschau (1897) mit der grundsätzlichen Formulierung ihres Verhältnisses zur russischen, lettischen, litauischen und jüdischen Arbeiterbewegung ihre endgültige politische Ausformung und beinhaltete die Negierung eines gemeinsamen Kampfes des Proletariats Rußlands gegen die Autokratie innerhalb einer gesamtrussischen Arbeiterbewegung, die Distanzierung vom russischen Proletariat und den Anspruch auf Vereinigung des Proletariats aller Nationalitäten (Litauer, Juden) auf dem Boden des historischen Polen in einer nationalpolnischen Arbeiterbewegung (42).

Die ganz auf eine gesamtrussische Sozialdemokratie ausgerichtete Agitation der jüdischen Sozialdemokraten erfolgte anfänglich bekanntlich nur in russischer Sprache (43), wendete sich sowohl an die jüdischen als auch an die polnischen und litauischen Arbeiter und trug weder nationalrussische noch nationalpolnische Akzente (44). Dennoch wurde die Tätigkeit jüdischer Sozialdemokraten von der PPS von Anbeginn an als Unterstützung der Russifizierungsbestrebungen der zaristischen Bürokratie in den polnisch-litauischen Gebieten gedeutet (45).

Der "Bund" aber, der sich "weder Russifikation, noch Polonisation, sondern die Verteidigung der Interessen des jüdischen Proletariats" zur Aufgabe gemacht hatte (46), wurde für die PPS, die davon ausging, "daß das jüdische Proletariat nur mit dem Proletariat der Nation, in der es lebt, gemeinsame Aufgaben haben kann", zum Vorkämpfer eines jüdischen Nationalismus, der durch sein Bestreben, die jüdischen Arbeiter Rußlands und Polens zu vereinigen, die Klassensolidarität des jüdischen Proletariats mit dem polnischen und litauischen innerhalb Polens zerstörte und somit letztlich auch gegen die polnische Unabhängigkeit kämpfte (47).

Mit dem Monopolanspruch auf die richtige sozialistische Interpretation der Arbeiterbewegung in Polen machte die PPS unmißverständlich deutlich, daß sie jeder innerhalb der ehemaligen Grenzen des polnischen Staates lebenden Nationalität mit der Versagung eines eigenen sozialistischen Standpunktes zugleich auch immer die Anerkennung als politisch selbständiger Nationalität verweigerte; denn die polnisch sprechende Arbeiterschaft gehörte ganz selbstverständlich zur PPS. Außerhalb dieses Anspruchsbereichs konnte es zwar unterhalb der eigenen Partei eine Sonderorganisation für nicht polnisch sprechende litauische Arbeiter, keineswegs aber für jüdische Arbeiter geben (48).

Die negative Einstellung der PPS gegenüber dem "Bund" wurde mit denselben Argumenten vorgebracht, deren sich auch die "Iskra" (49) bediente. Für sie war der "Bund" ebenfalls eine durch bourgeoise nationalistische Tendenzen hervorgerufene neue Form der jüdischen Absonderung, die einerseits eine verständliche Reaktion auf die Verfolgungen der Juden darstelle, andererseits aber mißachte, daß unter den historischen Bedingungen des Kapitalismus innerhalb einer Nationalität zwei antagonistische Gesellschaftsklassen - Bourgeoisie und Proletariat - entstanden seien. Eine solche nationale Solidarität der Juden stelle ihres Erachtens nur ein Mittel in der Hand der jüdischen Bourgeoisie zur Unterdrückung des Klassenkampfes dar und führe letztlich dazu, daß sich das jüdische Proletariat - anstatt mit dem Proletariat der anderen Nationalitäten zu solidarisieren - mit seiner eigenen Bourgeoisie gegen die Bourgeoisie und das Proletariat anderer Nationalitäten verbünde und damit der Autokratie in die Hände arbeite (50).

Seitens des "Bund" wiederum sah man in der Forderung nach bürgerlicher und nationaler Gleichberechtigung ebenso eine proletarische Aufgabe wie in der der PPS nach der Unabhängigkeit Polens (51). In der gegenseitigen Unterstützung im Kampf um diese nationalen, ihre soziale Emanzipation zur Klasse hemmenden Rechte, die, weil es sich um demokratische Rechte handele, zwangsläufig auch der gesamten Nationalität zugute kämen, lag für den "Bund" die Voraussetzung für die internationale Klassensolidarität des jüdischen und polnischen Proletariats, während der Hegemonialanspruch der PPS über die gesamte polnisch sprechende Arbeiterschaft zumindest in dieser historischen Phase zum Widerstand und zum Aufbau einer Gegenposition zwingte, die - mit Emotionen überlagert - auch bei den "Bundisten" nationalistische Handlungsweisen zeitigen könne. Wenn das jüdische Proletariat klassenbewußter als das christliche hingestellt und seine besondere

sozialdemokratische Organisation mit den Absichten der PPS, das polnische von dem gesamtrussischen Proletariat zu trennen und nationale Zwietracht zwischen den polnischen, litauischen und jüdischen Arbeitern zu sähen, begründet wurde (52), so ergab sich daraus eine Konfrontation, die den "Bund" wegen seiner Agitation in russischer und in jiddischer Sprache und seiner angestrebten Integration innerhalb einer gesamtrussischen Arbeiterbewegung für die PPS zu einem Russifizierungsfaktor machte (53), während sie selbst in den Augen des "Bund" auf Grund ihres Organisationsnationalismus einen deutlichen antisemitischen Standpunkt einnahm (54).

Die Leugnung spezifisch jüdischer demokratischer Forderungen durch die PPS auf ihrem IV. Kongreß (55) entband auch den "Bund" - im Rahmen der internationalen Klassensolidarität des Proletariats - von der Notwendigkeit, spezifisch polnische ohne weiteres als existent anzusehen, so daß in den gleichlautenden Resolutionen seines III. und IV. Kongresses über die Beziehungen zur PPS die Frage der Unabhängigkeit Polens offengelassen bzw. zu einem rein taktischen Instrument im Kampf gegen diese polnische Partei abgewertet wurde (56).

Solange die PPS dem jüdischen Proletariat das Recht auf eine eigene sozialdemokratische Parteiorganisation als der notwendigen Voraussetzung für den politischen Kampf um die bürgerliche und nationale Gleichberechtigung der Juden und insbesondere der jüdischen Arbeiterklasse, deren soziale Emanzipation davon historisch abhängig war, verweigerte, konnte sich der "Bund" nur dazu veranlaßt sehen, eine Gegenposition aufzubauen (57) und seine Freunde bei anderen polnischen sozialistischen Gruppierungen, der SDKPiL und dem "Proletariat", suchen. Bei ersterer, die den Bestand des Russischen Reiches auf Grund der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse für unveränderlich hielt (58), betonte er, daß er sich eine gedeihliche Zusammenarbeit nur mit einer polnischen Partei vorstellen könne, die eben dieses historische Faktum anerkenne und sich darüber hinaus zu föderativen Beziehungen zwischen den sozialdemokratischen Organisationen der einzelnen Nationalitäten, zumindest aber mit dem "Bund", bereit erkläre (59).

Es bleibt somit für seine Anfangszeit abschließend festzuhalten, daß der "Bund" hinsichtlich der organisatorischen Eigenständigkeit bereits unmittelbar nach seiner Entstehung von zwei Seiten her ernsthaft bedroht wurde: durch die sich als konsequente Nachfolgerin der 1898 gegründeten RSDRP begreifenden "Iskra"-Gruppe und durch die PPS; oder prinzipieller gesehen: auf der einen Seite durch einen unreflektierten, auf allzu dogmatischer Auslegung der Marxschen Theorie und bloß schablonenhafter Nachahmung der deutschen Sozialdemokratie beruhenden Organisations- und Staatszentrismus, dessen idealtypische demokratische Forderungen die zukünftige politische Realität eines Nationalitätenstaates ignorierten, auf der anderen Seite durch einen mehr nationaldemokratisch als sozialistisch begründeten, aber zugleich auch elementaren polnischen Nationalismus. Beide verdrängten Probleme nationaler Minderheiten hinter einem z.T. ideologisch we-

sensverschiedenen Kampf gegen die Autokratie, wobei ihnen der Umstand relativ unterentwickelter politischer Selbstständigkeitsbestrebungen der Nationalitäten entgegenkam, so daß sie nicht - wie die österreichische Sozialdemokratie - aus Gründen der eigenen Existenz um einen Ausgleich unter den Nationalitäten bemüht zu sein brauchten.

3. Die Reaktion der "Iskra" auf den IV. Kongreß des "Bund" (1901) und die weitere Konkretisierung des nationalen Programms des "Bund"

Die positive Einschätzung der nationalen Frage durch den IV. Kongreß des "Bund" (1901), die die Existenz einer jüdischen Nationalität in Rußland, das Prinzip der exterritorialen nationalen Autonomie für alle Nationalitäten dieses Staates und den "Bund" als autonomen Teil einer nach Nationalitäten föderativ gegliederten RSDRP implizierte (1), eröffnete der jüdischen Arbeiterklasse theoretisch die Möglichkeit eines dritten Weges zwischen den bis dahin angebotenen Alternativen: Assimilation oder Zionismus. Es war genau der Weg; auf dem der "Bund" in der Folgezeit - unter deutlicher Absetzung von jeglichem Kosmopolitismus und Nationalismus - Sozialismus und Internationalismus bei gleichzeitiger Berücksichtigung der nationalen Bedürfnisse der jüdischen Arbeiterschaft in Einklang zu bringen versuchte (2). Zugleich bildete sie den Ausgangspunkt für die Auseinandersetzungen zwischen "Iskra" und "Bund", wobei die "Iskra" diese erste Konkretisierung und theoretische Ausformung nationaler Vorstellungen durch eine Gebietsorganisation ihrer fiktiven RSDRP - trotz aller gebotenen taktischen Vorsicht - als unzulässig ablehnte und sofort heftig bekämpfte (3).

Dem Vorwurf eines von ihm entfachten jüdischen Nationalismus begegnete der "Bund" mit einer eingehenderen Interpretation des Autonomiebegriffes in seiner Resolution zur nationalen Frage (4). Als Ausgangspunkt diente der Rechenschaftsbericht des IV. Kongresses (5), der nach Ansicht des ZK des "Bund" deutlich darlegte, daß jede Nationalität innerhalb des gegenwärtigen Russischen Reiches in der zukünftigen Föderation eines demokratischen Rußlands "in allen Fragen, die in Beziehung zur Nationalität stehen (Sprache, Bildung, Kunst usw.)", die "völlige Autonomie" besitzen solle (6); denn allein in diesen Fragen wurde ein besonderes Eigenleben der Nationalitäten für berechtigt angesehen, während in allen anderen Bereichen nationale Vorrechte durch ein allgemeines Staatsrecht überhöht und aufgehoben werden sollten (7).

Ein solcher Begriff der nationalen Autonomie, der demnach in erster Linie kulturelle und nicht, wie Martov (8) vermutete, politische Elemente beinhaltete, sollte nach den Intentionen des "Bund" das friedliche Nebeneinanderleben der Nationalitäten, zu denen auch die Juden gehörten, in einem Staat wie Rußland durch die staatsrechtliche Garantie ihrer Nationalkultur gewährleisten (9). Die Frage der Realisierung einer solchen nationalkulturellen Autonomie für die Juden Rußlands, die kein eigenes Territorium besaßen, wurde dabei als ebenso "verfrüht" angesehen wie die der Verwirkli-

chung des Sozialismus. Zugleich wurde unmißverständlich darauf aufmerksam gemacht, daß eine Lösung der nationalen Frage in einem sozialistischen Sinne nur durch eine nationale Autonomie unter Ausklammerung des territorialen Momentes erfolgen könne, da erst durch die Verknüpfung einer solchen Autonomie mit der Frage des Staatsgebiets die historische Vorbedingung für den (bürgerlichen) Nationalismus erfüllt sei (10).

Seitens der "Iskra" bezweifelte man die inhaltliche Gleichsetzung der "völligen Autonomie" mit einer bloßen nationalkulturellen Autonomie, da der "Bund" seinen Autonomiebegriff doch ebenfalls in einen Wesenszusammenhang mit der "Föderation der Nationalitäten" setze, so daß die geforderte staatsrechtliche Anerkennung einer Autonomie in kulturellen Fragen letztlich nur eine Vorstufe zur politischen Autonomie, wie sie der Zionismus fordere und von der sich der "Bund" ehemals immer distanziert habe, darstelle und somit bereits die Forderung nach staatlicher Absonderung auf einem eigenen Territorium impliziere (11).

Auf den mit Blick auf die betreffende Resolution seines IV. Kongresses (12) außerdem erhobenen Vorwurf der eigenmächtigen Umwandlung seines autonomen in einen föderativen Organisationsstatus reagierte der "Bund" gelassen mit der Bemerkung, daß man dies zugleich der Entscheidung der Gesamtpartei anheim gestellt habe. Einer einzelnen Organisation und erst recht der "Iskra" als gar nicht existenter Gruppe aber sprach man rundweg das Recht ab, im Namen der RSDRP aufzutreten und darüber zu befinden, ob sich der "Bund" nunmehr "faktisch" außerhalb der Partei gestellt habe oder nicht (13). Der "Bund" betonte, daß für ihn die Einführung des föderativen Organisationsprinzips zu keinem Abbruch seiner ideologischen und organisatorischen Beziehungen zur RSDRP führen werde; denn an eine Abschwächung der Verbindungen zwischen der jüdischen und der gesamtrussischen Arbeiterbewegung sei nicht gedacht (14).

Die "Iskra" hingegen, die ein Organisationsstatut anstrebte, das hinsichtlich der Zentralisierung der gesamten Arbeiterbewegung in Rußland noch über das auf dem I. Parteikongreß der RSDRP (1898) projektierte hinausgehen sollte, wollte mit allen Mitteln verhindern, daß der "Bund" einen Präzedenzfall schuf, nach dem sich in Zukunft alle innerhalb Rußlands existierenden bzw. entstehenden sozialdemokratischen Organisationen einzelner Nationalitäten auf Kosten der organisatorischen Stärke der Gesamtpartei richten konnten (15). Es galt deshalb für sie, unter allen Umständen zu vermeiden, daß der "Bund" in bezug auf seine eigene Organisation das föderalistische Prinzip eigenmächtig einführt, bevor es zu einem Kongreß der RSDRP kam, dessen Mehrheit, wie man glaubte, sich aller Voraussicht nach solchen Organisationsvorstellungen widersetzen würde (16).

Obgleich die aus der "Inkonsequenz in der nationalen Frage" resultierende negative Haltung des "Bund" gegenüber den Hegemonialbestrebungen der "Iskra" (17) letztere doch zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Judenproblem hätte zwingen müssen, begnügte sie sich mit der Ermittlung eines Nachweises des Abweichens vom Pfad des revolutionären Sozialdemokratismus (18).

Die historisch unbestreitbare Existenz eines jüdischen Solidaritätsgefühls, das - im Gegensatz zur christlichen Bevölkerung - die Ausbildung "allgemeiner Klasseninstinkte" verhinderte, wurde auf die spezifischen ökonomischen Verhältnisse, unter denen die Juden in der "čerta osedlosti" (Zwischenhandel) lebten, zurückgeführt, zugleich aber mit Hinweis auf die immer stärkere soziale Differenzierung auch der Juden in Bourgeois und Proletarier im Zusammenhang mit dem Aufkommen des Kapitalismus in Rußland, sein Schwinden behauptet. Die jüdische sozialdemokratische Intelligencija wollte den ihrer künstlichen Nationalität jetzt offenstehenden Weg zur historisch notwendigen Assimilation jedoch nicht beschreiten, sondern verfolge im Gegenteil den Anachronismus einer Gleichsetzung der historischen Verhältnisse des jüdischen mit denen des übrigen Proletariats (19).

Die Verbindung der politischen Agitation mit dem ökonomischen Tageskampf des Proletariats, die diese Intelligencija nicht nur für das jüdische Ansiedlungsrayon, sondern auch für ganz Rußland als vorbildlich proklamiert hatte ("Ob agitacii"), wurde zur "Quelle jener opportunistischen Strömungen innerhalb der russischen Sozialdemokratie", aus der "in der Folgezeit die absurde einseitige Form des sogenannten Ökonomismus" resultierte. Dieser war somit nichts anderes als eine unzulässige Verallgemeinerung spezifisch jüdischer Probleme, wobei für die "Iskra" als gravierend noch hinzukam, daß sie unter bloßem Vertrauen auf die Massenspontaneität, d.h. unter Vernachlässigung der systematischen politischen Schulung seines Klassenbewußtseins, erfolgte (20).

Die besonderen historischen Bedingungen, unter denen die jüdische Arbeiterschaft in der "čerta osedlosti" lebte, erforderten jedoch von der jüdischen sozialdemokratischen Intelligencija eine besondere Agitationsarbeit; denn es mußte wegen der hier zur Anwendung kommenden Judengesetzgebung berücksichtigt werden, daß sich keine allgemeine Untertanenmentalität, aber auch kein proletarisches Klassenbewußtsein entwickeln konnte (21). "Unbewußt" bestimmten diese beiden Momente die praktische sozialdemokratische Arbeit des "Bund", handelte es sich doch um die Aktivierung des demokratischen und sozialistischen Bewußtseins innerhalb des jüdischen Proletariats und um die Bewußtmachung seiner Klassensolidarität mit der christlichen Arbeiterschaft (22). Hierbei ging man folgerichtig von einem Zusammenhang zwischen ökonomischem Kampf und Entwicklung eines proletarischen Klassenbewußtseins aus, machte aber den schwerwiegenden Fehler, das gegenwärtig niedrige kulturelle Niveau des jüdischen Proletariats allzu sehr zu berücksichtigen, so daß in der Agitation "nichts Sozialdemokratisches mehr verblieb" (23). Hinzu kam, daß dieser "Ökonomismus" dadurch, daß er zwangsläufig die jiddische Sprache benutzen mußte und dadurch, daß die daran anschließende politische Agitation vor allem um die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden geführt wurde, in eine spezifisch jüdischen Arbeiterbewegung ausmündete, deren unmittelbare Folge die Ausbildung des "Bund" als sozialdemokratische Organisation dieses Proletariats darstellte (24).

Die Notwendigkeit des Gebrauchs des Jiddischen als Agitationssprache und

die fehlende bürgerliche Gleichberechtigung bildeten die "raison d'être" einer beschränkten Autonomie des "Bund" innerhalb der RSDRP im Jahre 1898, wobei man die Gefahr eines nationalen Separatismus allein schon deshalb ausschloß, weil die jüdischen Arbeiter nicht an nationaler Unterdrückung, sondern an der zwangsweisen Absonderung von der russischen Kultur litten; denn im Gegensatz zu den als Nationalitäten anerkannten Völkern Rußlands, den Finnen und den Polen, fehlte den Juden eine "eigentliche Nationalkultur", sie unterlagen aber auch "keinerlei Russifizierungsbestrebungen" durch die Regierung (25).

Die Autonomie des "Bund", wie sie auf dem I. Kongreß der RSDRP (1898) formuliert worden war, besaß somit keinerlei nationale Bezugspunkte und war - rein technischer Art - auf spezifische Agitations- und Organisationsprobleme abgestellt; ebenso wie die Forderung nach bürgerlicher Gleichberechtigung durch den "Bund" ein Bekenntnis zum russischen Staat bei gleichzeitiger deutlicher Absetzung sowohl von der zaristischen Judengesetzgebung als auch vom Zionismus beinhaltet hatte (26).

Erst der IV. Kongreß des "Bund" (1901) brachte mit der Herstellung einer grob verallgemeinernden und auf Zufälligkeiten beruhenden Analogie zwischen den österreichischen und den russischen Verhältnissen und seiner "sorgfältigen Kopierung" des Brünner Programms der österreichischen Sozialdemokratie (1899) in bezug auf die Juden eine eindeutig positive Stellungnahme zur nationalen Frage, obgleich es sich in Rußland nicht wie in Österreich um geschichtsbewußte Nationalitäten mit einem eigenen Territorium und starke nationale Minderheiten handelte, deren bürgerlichem Nationalismus zur Rettung des Gesamtstaates durch eine Föderation der Nationalitäten unter Berücksichtigung der Minderheiten Rechnung getragen werden mußte, sondern um einen absolutistischen Zentralstaat einerseits und den Juden andererseits, die keinerlei historische Merkmale einer Nationalität, seien sie nun territorialer, politischer oder kultureller Art, trugen und schon längst assimiliert worden wären, wenn es der Zarismus zugelassen hätte (27).

In Rußland sei von der historischen Situation einer totalen politischen Unterdrückung der Nationalitäten durch die Autokratie auszugehen, so daß sich das Nationalitätenproblem für die dortigen Sozialdemokraten noch nicht in detail stelle und somit durch die prinzipielle Erklärung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung, wozu sich die "Iskra" verstanden habe (28), bis jetzt ausreichend abgedeckt werde (29). Eine Konkretisierung dieser Problematik, solle sie einmal tatsächlich notwendig sein, werde jedoch ohne eine eingehende Analyse der historischen Entwicklung einer jeden der dortigen Nationalitäten, der "Finnen, Polen, Kleinrussen, Juden usw.", unmöglich sein und könne deshalb auch nicht pauschal durch die nationale Autonomie im Sinne des IV. Kongresses des "Bund" gelöst werden, weil sie den Finnen und Polen weniger gebe, als sie unter Berufung auf ihre historische Vergangenheit fordern konnten und den Kleinrussen und Juden mehr,

als sie aus eben demselben Grunde beanspruchen dürften (30). Die Anwendung des Autonomiebegriffes erhielt jedoch nicht nur eine historisch-politische Einschränkung, sondern auch eine ideologische Eingrenzung als sozialdemokratisches Kampfmittel; denn bei aller abstrakter Anerkennung des politischen Willens einer Nationalität konnte die Forderung nach Autonomie nur auf unterdrückte Nationalitäten Anwendung finden, so daß als sozialdemokratische Maxime zu gelten hatte: "Nicht jede Nation benötigt die Autonomie, und nicht jede Nation ist in der Lage, die Autonomie zu gebrauchen, wenn ihr eine solche gegeben würde (31)."

Die Einstellung der Sozialdemokratie Rußlands gegenüber der Autonomie unterliege keinerlei bourgeoisen Gesichtspunkten, d.h. jegliche Unterstützung oder sogar Entwicklung nationalistischer Tendenzen, und das sei eine solche allgemeine Forderung nach nationaler Autonomie im Sinne des IV. Kongresses des "Bund" gewesen, könne nicht ihre Aufgabe sein; sei doch allein die Frage ausschlaggebend, ob ein derartiges nationales Recht für das jeweilige Proletariat und insbesondere für die gesamte Arbeiterklasse Rußlands von Nutzen sei oder nicht (32).

Indem allgemein eine Wechselbeziehung zwischen der Unterdrückung der Nationalkultur und der Verhinderung der sozialen Emanzipation der Arbeiterschaft konstatiert wurde, ergab sich als Verdeutlichung der obigen Maxime: "Die Nation hat das Recht auf Autonomie dann, wenn ihre werktätigen Klassen sie brauchen (33)."

Im Hinblick auf die Nationalitäten Rußlands könne es unter Berücksichtigung der Interessen der jeweiligen Arbeiterklasse nur zwei Voraussetzungen geben: die Notwendigkeit der Autonomie und die Fähigkeit zu ihrer Aufrechterhaltung (34).

Diese zweite Voraussetzung fehle den Juden, die ohne Zweifel "in rassischer wie in historischer Beziehung eine besondere Volksindividualität" darstellten und im Sinne der Völkerpsychologie auch eine Nation seien, aber als "Nation im politischen Sinne" gebe es bei ihnen "nichts Nationales", da ihnen alle hierfür spezifischen Merkmale: "eine bestimmte Nationalkultur, bestimmte Traditionen eines besonderen Staatsrechts, bestimmte Ordnungen eines Gewohnheitsrechts usw." fehlten (35).

Galt die Existenz nationaler Kultur- und Rechtsinstitutionen somit als Voraussetzung für die Forderung nach Autonomie jeglicher Art - auch der nach nationalkultureller, die ebenfalls nur politisch begriffen werden konnte - so mußten die Bestrebungen des "Bund" nach Autonomie und nach einer Veränderung der Organisationsprinzipien innerhalb der RSDRP für die es vom sozialdemokratischen Standpunkt aus keinerlei essentielle Berechtigung gab, als eine Hinwendung zum bürgerlichen Nationalismus gedeutet werden (36).

Es bleibt somit festzuhalten, daß zwischen Sozialismus und nationaler Frage kein ursächlicher Zusammenhang bestehen konnte, so daß jeglicher Versuch der Postulierung einer prinzipiellen Verbindung zwischen beiden Momen-

ten einer ideologischen Inkonsequenz gleichkam, weil hierbei proletarische und bourgeoise Motivationen in unzulässiger Weise miteinander vermischt wurden. Die eindeutig als bürgerlich definierte nationale Frage konnte im politischen Kampf für das Proletariat nur noch eine taktische Waffe sein. In bezug auf die jüdischen Arbeiter aber, die keiner historischen Nationalität angehörten und aus diesem Grunde keinerlei Erfüllung nationaler Bedürfnisse als historisch notwendige Voraussetzung für ihre Emanzipation zur Klasse benötigten, war sie nicht anwendbar, wenn vermieden werden sollte, daß sie unter den Einfluß ihres eigenen Bürgertums kamen und dadurch von der allgemeinen Arbeiterbewegung in Rußland abgetrennt wurden.

Auf seiten des "Bund" war es vor allem M. Ja. Levinson (V. Kossovskij) (1870-1941), der den auf dem IV. Kongreß des "Bund" (1901) verabschiedeten Resolutionen zur nationalen und zur Organisationsfrage, insbesondere aber der Forderung nach nationaler Autonomie für die Juden Rußlands eine eingehende theoretische Rechtfertigung gab (37).

Für Kossovskij forderte die Resolution zur nationalen Frage nichts anderes als die politische Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens aller Nationalitäten Rußlands auf der staatsrechtlichen Grundlage einer Föderation und der nationalen Autonomie für jede dieser Nationalitäten; sie unterliege keinerlei nationalistischen Einflüssen der jüdischen Bourgeoisie (38), sondern stelle nur die konsequente Weiterentwicklung der bereits seit langem für die Juden geforderten bürgerliche Gleichberechtigung dar (39).

Zwei Gründe waren es, die - nach Kossovskij - den "Bund" zu einer eindeutigen Definition des "unbestimmten und mehrdeutigen" Begriffs des Rechts auf nationale Selbstbestimmung vor allem veranlaßten: die Bemühungen der unterdrückten Nationalitäten der Randgebiete des europäischen Teils Rußlands - Polen, Litauer, Letten, Esten, Ukrainer und Weißrussen -, unter denen die Juden größtenteils lebten, um eine politische Fixierung ihres nationalen Standpunkts, und diejenigen des jüdischen Bürgertums, die dasselbe unternahme. Eine Lösung der jüdischen Frage stehe auf der Tagesordnung der Geschichte; offenbleibe, ob sie seitens der Juden im Sinne des Zionismus oder des internationalen Sozialdemokratismus gelöst werde (40).

Jeder sozialdemokratische Lösungsversuch müsse dabei sowohl das allgemeine als auch das jüdische Nationalitätenproblem berücksichtigen, wofür sich das staatsrechtliche Institut der nationalen Autonomie vorzüglich eigne; denn angesichts des historischen Sachverhalts eines Vielvölkerstaates wie Rußland, in dem eine Identität zwischen Nationalität und Territorium oftmals fehle, biete sich eine personale und keine territoriale Definition des Begriffs der Nationalität als "nationaler Organismus" an, der alle Menschen einer Nationalität - unabhängig von dem durch sie bewohnten Territorium - innerhalb Rußlands umfasse (41).

Als Vorbild galten die entsprechenden Resolutionen des Brünner Parteitags der Sozialdemokratie in Österreich (1899) (42), in denen von sozialdemo-

kratischer Seite zum erstenmal versucht wurde, die politischen Gegensätze zwischen den Nationalitäten innerhalb eines Staates im Interesse der internationalen Klassensolidarität des Proletariats durch ein spezielles Nationalitätenprogramm zu lösen, das von der Erhaltung des gesamten Bestands des Staates bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung für jede seiner Nationalitäten ausging (43).

Dies konnte wirksam nur unter Ausklammerung des Nationalismus als eines politischen Faktors innerhalb des Demokratieverständnisses der Sozialdemokratie geschehen und bedeutete konkret die Reduzierung dieser Problematik für das Proletariat von einer Macht- zu einer Kulturfrage zur Rettung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse vor der historischen Realität eines bei allen Nationalitäten vorhandenen und den Klassenantagonismus überlagernden integralen Nationalismus, der der Ideologie des Bürgertums dieser Nationalitäten zugeordnet wurde, und diente damit letztlich auch zur praktischen Bestätigung der Marx'schen bzw. Kautsky'schen Anschauung von den zentralisierenden Tendenzen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse (44).

Der als Diskussionsgrundlage auf dem Brünner Parteitag eingebrachte Antrag der "Gesamtexekutive" forderte, diese Aufgabe einer Entpolitisierung der nationalen Frage bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung eines staatlichen Zentralismus durch einen "demokratischen Nationalstaat (Nationalitäten-Bundesstaat)" mit möglichst den Sprachgrenzen entsprechenden "autonomen nationalen Selbstverwaltungsgebieten" zu lösen. Diese territorialen "nationalen Einheiten" durften nur in ihren "nationalen (das heißt sprachlichen und kulturellen) Angelegenheiten" autonom sein, wobei die innerhalb ihres Gebietes existierenden nationalen Minderheiten durch besondere Gesetze ebenfalls in diesen nationalen Belangen geschützt werden sollten (45).

Der weiterführende Antrag der "Exekutive der südslawischen sozialdemokratischen Partei" entwarf gleichfalls das Zukunftsbild eines "demokratischen Nationalitätenbundesstaates", ging aber davon aus, daß - da im Habsburgerreich häufig Nationalität und Territorium nicht identisch waren - diese nationalen Einheiten, die auch nur zur Regelung ihrer "nationalen (sprachlichen und kulturellen Angelegenheiten)" vorgesehen waren, auf der Grundlage des Personalitätsprinzips - d.h. "ohne Rücksicht auf die von seinen Mitgliedern bewohnten Territorien" - gebildet werden sollten (46).

Scheiterte der slowenische Antrag letztlich an der Tatsache, daß alle anderen Vertreter der nichtdeutschen Sozialdemokratien sich nicht bereit fanden, ihre "nationalstaatlichen Vorstellungen" auf die Forderung nach exterritorialer nationalkultureller Autonomie unter gleichzeitiger Anerkennung eines stark zentralisierten Gesamtstaates zurückzuschrauben (47), so mußte auch der Antrag der "Gesamtexekutive" nach deren Vorstellungen umgestaltet werden, was zur Folge hatte, daß sowohl die enge Auslegung des Nationalen als eines sprachlich-kulturellen Momentes fallengelassen und als auch Abstriche am staatlichen Zentralismus gemacht wurden (48).

Das schließlich vom Parteitag für die Öffentlichkeit (49) einstimmig angenommene Programm bestand deshalb aus einem unsortierten Nebeneinander zentralistischer und föderalistischer Auffassungen, die jeder der nationalen sozialdemokratischen Gruppierungen eine eigene Interpretation offenließ.

Einerseits wurde ein "demokratischer Nationalitätenbundesstaat" mit "national abgegrenzten Selbstverwaltungskörpern" anstelle der "historischen Kronländer" gefordert, was in Anbetracht der Aktualität des Nationalitätsprinzips in Österreich bestenfalls zu einem Staatenbund geführt hätte. Andererseits sollte die Gesamtheit der "Selbstverwaltungsgebiete" einer Nationalität einen "national einheitlichen Verband" bilden, der seine "nationalen Angelegenheiten" - bezogen auf die Gesamtfläche der Territorien, die von ihr mitbesiedelt wurden, - "völlig autonom" regelte. Die jeweiligen nationalen Minderheiten gab man der Obhut des Gesamtstaates anheim (50).

Es lag in der Natur der Sache, daß eine Partei, die die Arbeiterschaft einer Nationalität vertreten wollte, die ebenso wie die slowenische auf keinerlei fest umrissenes Territorium einen historischen Anspruch erheben konnte - wie der "Bund" -, die Kompromißlösung des Brünner Parteitags kaum übernehmen konnte, zumal die ganz andere verfassungsrechtliche und politische Wirklichkeit Rußlands die dortigen Nationalitäten - außer den Polen und Finnen - noch kaum zu einem breit angelegten nationalen Selbstverständnis hatte kommen lassen. Wenn auch Kossovskij die Hereinnahme des personalen Prinzips der nationalen Autonomie in die betreffende Resolution des IV. Kongresses des "Bund" mit dem "nationalterritorialen Standpunkt" der Polen, Litauer und Ukrainer rechtfertigte, was bei dem in Rußland nach dem Sturz der Autokratie zu erwartenden elementaren Ausbruch des Nationalismus unter den Nationalitäten der westlichen Randgebiete, wovon der "Bund" angesichts der Hegemonialbestrebungen der "Iskra" und der PPS schon etwas zu spüren glaubte, nicht unberechtigt war, so hatte man sich, wie er selbst zugestand, vor allem deshalb gleich für die "kühnere und vollständigere Formel" entschieden, weil man sich in Rußland noch den Luxus der Theorie glaubte leisten zu können (51). Hinzu kam, daß der "Bund" in seinem Streit mit der "Iskra" unter allen Umständen vermeiden mußte, dem Begriff der nationalen Autonomie in bezug auf die Juden Rußlands den Anschein eines Anspruches auf staatliche Souveränität auf der Grundlage territorialer Exklusivrechte zu geben.

Zwei Wesensmerkmale gehörten für Kossovskij notwendigerweise zu einer solchen nationalen Autonomie: Sie bezog sich erstens allein auf "Fragen der Sprache und Kultur" und war personal - im Sinne des Antrages der "süd-slawischen Exekutive" - zu verstehen, wie es bereits der offene Brief des ZK des "Bund" deutlich gemacht habe. Dort sei ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß außerhalb dieses spezifizierten nationalen Bereichs alle anderen administrativen Notwendigkeiten von der Gesamtheit der Staatsbürger des Territoriums "ohne Unterschied der Nationalität" gelöst werden mußten und somit der politische Monopolanspruch einer Nationalität in al-

len diesen Fragen abgelehnt werde (52). Zweitens bedeute sie die Herausnahme der nationalkulturellen Fragen aus dem staatlichen Bereich überhaupt und ihre Delegation an besondere nationale Organe, die jedoch nicht, wie die "Iskra" argwöhne (53), bereits in Keimform die weitergehendere Forderung nach staatlicher Autonomie enthalte, sondern im Hinblick auf einen zukünftigen demokratischen Nationalitätenstaat allein die Garantie der Freiheit der kulturellen Entwicklung jeder dieser Nationalitäten, die in einem solchen Staat mit latenter Diskrepanz zwischen Verfassungsrecht und -wirklichkeit, die zum Ausgangspunkt der Unterdrückung der schwächeren Nationalitäten durch die stärkeren und insbesondere durch die russische werden könne, oftmals bedroht sei (54).

Auf der Grundlage dieser personalen nationalkulturellen Autonomie basierte nach Kossovskij auch die vom "Bund" geforderte Föderation der Nationalitäten, unter der - entgegen den Unterstellungen der "Iskra" (55) - eben nur im Sinne des slowenischen Antrags eine Föderation "nationaler Organismen" innerhalb eines Gesamtstaates zu verstehen sei (56).

Die Begriffe "nationale Autonomie" und "Föderation der Nationalitäten" - im Sinne der Resolution des "Bund" zur nationalen Frage - implizierten keinerlei territoriale Aspekte und präjudizierten weder die zukünftige territoriale Gliederung Rußlands noch verhinderten sie eine mögliche staatliche Absonderung "dieses oder jenes "historischen" Territoriums" (57). Dabei werde allerdings davon ausgegangen, daß es sich bei dem zukünftigen Staatswesen, sei es nun im Hinblick auf Rußland oder auf einen möglichen polnischen Nationalstaat (58), nicht um einen bürgerlichen, sondern um einen sozialistischen Staat handele, in dem es den Sozialdemokraten nicht mehr um den "Staat", sondern allein um die "politische Macht" gehe (59).

Auf welche Weise im zukünftigen Rußland eine "Föderation der Nationalitäten" realisiert werden könne, blieb für Kossovskij eine offene Frage, die ad hoc nicht zu lösen sei. Alle Versuche zu ihrer Bewältigung aber müßten von der Prämisse ausgehen, daß der Klassenkampf den Nationalitätenkampf verdrängen müsse (60), wofür wiederum erst die Sozialdemokratie durch die Erämpfung der Demokratie die historischen Voraussetzungen schaffe (61).

Mit der Anerkennung der historischen Berechtigung einer Verbindung der nationalen Frage mit der proletarischen Klassenfrage bekam das jüdische Problem eine weit über das von der "Iskra" zugestandene Maß (staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden als Voraussetzung für ihre bis dahin künstlich verhinderte Assimilation) hinausgehende positive Inhaltsbestimmung (62).

Nach Kossovskij Auffassung trug die betreffende Resolution des "Bund" der historischen Tatsache der Unterdrückung der jüdischen Arbeiter als Klasse und als Nationalität in diesem sozialdemokratischen Sinne Rechnung, ohne zugleich "Hypothesen" über ihr zukünftiges Schicksal in einem demokratischen Rußland (Nationalität oder Assimilierung) aufzustellen (63).

Indem der "Bund" somit die "Arbeitermassen einer bestimmten Nationalität" repräsentierte, war er für Kossovskij zwar zu einer nationalen sozialdemokratischen, aber zu keiner nationalistischen Organisation geworden, die darüber hinaus um so mehr ihre Existenzberechtigung hatte, als - wie das Beispiel der "Iskra" zeigte - sogar sozialistische Parteien herrschender Nationalitäten "sehr leicht" nationalistischen Tendenzen unterlägen und dann im Dienste irgendeiner "allgemeinrussischen", "allgemeinpolnischen", "allgemeindeutschen" Sache die "Rechte der unterdrückten Nationalitäten" mißachteten (64).

Es bleibt demnach abschließend festzuhalten, daß für Kossovskij eine positive Einstellung der Sozialdemokratie zum Nationalitätenproblem nicht mit bürgerlichen Verhaltensweisen in dieser Frage identisch war, sondern im Gegenteil bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus bekämpfte, um dadurch erst die politischen Vorbedingungen für die internationale Klassen-solidarität der Arbeiter, allerdings auf der demokratischen Grundlage der nationalen Gleichberechtigung aller Nationalitäten, zu schaffen (65).

4. Die Reduzierung der jüdischen Frage zu einem Organisationsproblem durch "Iskra" und PPS

Innerhalb der "Iskra" fühlte man sich im allgemeinen nicht dazu veranlaßt, die durch den "Bund" aufgeworfene nationale Frage über vordergründige Organisationsprobleme hinaus zu erörtern, die man zudem auf dem angestrebten Gesamtparteitag nach eigenem Gutdünken glaubte lösen zu können.

Lenin hielt es nicht anders. Erst als die Arbeit des auf die "Iskra" - Linie gebrachten Organisationskomitees (OK) durch die Gegenagitation des "Bund" nicht ohne weiteres in die gewünschte Richtung einer zentralistischen RSDRP ohne organisatorische Konzessionen, die über den auf dem I. Parteitag der RSDRP (1898) eingeräumten Autonomiestatus für den "Bund" hinausgingen, zu laufen drohte, griff auch er in die Polemik direkt ein (1).

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zwischen "Bund" und "Iskra" um das in erster Linie von Lenin beherrschte OK verhärtete sich die Position des "Bund" in der Organisationsfrage in einem solchen Maße, daß er, was faktisch auch nicht zu widerlegen war, die Existenz einer RSDRP überhaupt negierte und dem zukünftigen Parteitag den "Charakter eines Gründungskongresses" verleihen wollte, an dem die sozialdemokratischen Organisationen aller Nationalitäten Rußlands als die eigentlich konstitutiven Elemente einer neuen RSDRP auftreten sollten (2).

Diesen Alleingang des "Bund" - ohne Absprache mit dem OK, d.h. ohne Wissen der "Iskra" - wertete Lenin als eine einseitige Aufkündigung der Organisationsprinzipien der RSDRP von 1898 mit dem Ziel einer eigenmächtigen Veränderung der Organisationsstruktur im Sinne der bundistischen Vorstellungen in der "Föderations- und Nationalitätenfrage" (3).

Für ihn waren diese "nationalistischen Stimmungen" innerhalb des "Bund" nichts anderes als eine der Kinderkrankheiten einer sich erst am Anfang ihrer Entwicklung befindlichen gesamtrussischen sozialdemokratischen Bewegung und erhielten denselben ideologischen Stellenwert wie Ökonomismus und Terrorismus; denn eine nationale Alternative zum Autonomiestatus des "Bund" (1898) könne es nicht geben, sondern nur die vollständige Verschmelzung der russischen und der jüdischen Arbeiterbewegung, weil eine andersartige, d.h. nationale Entwicklung des Judentums "in einem freien Rußland" - im Unterschied zu dessen historisch notwendiger Assimilation "in einem freien Europa" - unvorstellbar sei (4).

Lenin entkleidete die föderalistischen Organisationsvorstellungen des "Bund" ihres nationalen Inhalts und wertete sie zu einem bloßem Organisationsegoismus ab, den es im Interesse der Gesamtbewegung frühzeitig zu bekämpfen gelte, ehe die separatistischen Tendenzen des "Bund" von anderen sozialdemokratischen Gruppierungen innerhalb Rußlands aufgegriffen und allgemein auf Kosten einer schlagkräftigen sozialdemokratischen Gesamtpartei in historisch berechnete nationale sozialdemokratische Bestrebungen umgedeutet würden. Deshalb verfolgte er zunächst die Vereinigung des vorhandenen "Grundkerns" der Partei auf dem kommenden Parteitag, und erst nach diesem Akt konnte über die "Vertretung "aller" Nationalitäten" auf demselben und damit über eine "Erweiterung des Kerns" bzw. sein "Bündnis mit anderen Organisationen" gesprochen werden, wobei Lenin keinen Zweifel daran aufkommen ließ, daß die Nationalitäten in ihrer Gesamtheit keinen Rechtsanspruch auf eine eigenständige Vertretung auf diesem Parteitag erheben könnten. Dies bedeutete faktisch nichts anderes, als daß nach der Sanktionierung des Organisationsmodells der "Iskra" nicht das "Recht", sondern nur die "Möglichkeit" des Beitritts nationaler sozialdemokratischer Organisationen zur Debatte stand, über deren Status innerhalb der Gesamtpartei darüber hinaus aus taktischen Erwägungen von Fall zu Fall entschieden werden sollte (5).

Daß diesem gegen die Selbständigkeit einer jüdischen sozialdemokratischen Organisation gerichteten "theoretischen" und "organisatorischen" Hegemonialstreben keinerlei antisemitische und d.h. im weiteren Sinne auch nationalistische Motive zugrunde lagen, erkannte selbst der "Bund" an, dessen Angriff sich allein gegen die von Lenin vertretene Auffassung wandte, daß die nationale Frage in Rußland für die dortige Sozialdemokratie nur noch von taktischer und nicht mehr von prinzipieller Bedeutung sei (6).

Der "Bund" vermutete nicht zu unrecht, daß es der "Iskra" mit der Beschwörung des "Schreckgespenstes" des Nationalismus in erster Linie um die Herstellung einer "geeigneten Operationsbasis" gegen seine eigene Organisation ging (7). Sein Verdacht verstärkte sich noch durch Lenins Kommentar zum "Manifest der armenischen Sozialdemokraten" (8), worin die dort geforderte nationalkulturelle Autonomie für die Völker des Kaukasus - "buchstäblich dasselbe, was der "Bund" im April 1901 zur nationalen Frage sagte" - als ein "beachtenswerter Versuch, eine richtige Lösung der

nationalen Frage zu finden", bezeichnet wurde, währenddessen die "Iskra" den "Bund" aus denselben Gründen der politischen Unreife und zionistischer Tendenzen bezichtigte (9).

Lief die taktische Linie der "Iskra" darauf hinaus, die Existenz einer originären nationalen Frage für die jüdischen Arbeiter in Rußland grundsätzlich zu leugnen und somit von vornherein eine gemeinsame russisch - jüdische sozialdemokratische Partei vorauszusetzen (10), so verwies der "Bund" seinerseits auf die historische Tatsache der gegenüber Westeuropa unterschiedlichen Entwicklung der Judenfrage in Rußland, die hier nicht zur Assimilation geführt habe, wofür das Vorhandensein einer nationaljüdischen Arbeiterschaft der beste Beweis sei (11).

Konkret spitzte sich der Organisationsstreit zwischen beiden Organisationen in der Frage der sozialdemokratischen Arbeit in Südrußland zu.

Im Bestreben der "Iskra" lag es, den Status quo zu zementieren. Da sie sich gegenwärtig nicht in der Lage fühlte, den hohen Organisationsgrad des "Bund" und dessen agitatorische Wirksamkeit unter der jüdischen Arbeiterschaft Polens und Westrußlands abzubauen (12), sollte zumindest vermieden werden, was der IV. Kongreß - wenn auch sehr verklausuliert - beschlossen hatte, das Hinausgreifen des "Bund" in den Süden (13).

Dies dokumentierte vor allem das Eingreifen Lenins in die Auseinandersetzungen zwischen dem "Bund" und dem Ekaterinoslaver Komitee der RSDRP (14).

Entgegen den Asprüchen dieses Komitees auf die dortige jüdische Arbeiterschaft hatte der "Bund" auf das Faktum des zehnjährigen Bestehens einer politisch selbständigen, gut organisierten jüdischen Arbeiterbewegung in Rußland hingewiesen, wodurch das jüdische Proletariat imstande sei, unter Aufrechterhaltung der Verbindung mit den Arbeitern der anderen Nationalitäten seinen eigenen Kampf sowohl gegen die Autokratie und den Kapitalismus als auch gegen den Zionismus zu führen und sich zugleich auch der gerade im Süden immer wiederkehrenden Progrome zu erwehren, die - entgegen den Behauptungen des Komitees - letztlich auch vom Antisemitismus der christlichen Arbeiter getragen würden (15).

Lenin sah in der Selbsterhebung des "Bund" zur "selbständigen politischen Partei" (16) des jüdischen Proletariats einen weiteren Schritt auf dem Weg zu dessen bewußt angestrebter, vollständiger organisatorischer Selbständigkeit, der bereits über die auf dem IV. Kongreß (1901) beschlossene Resolution zur Herstellung föderativer Beziehungen mit der RSDRP hinausführe (17). Das Vorgehen des Ekaterinoslaver Komitees hingegen rechtfertigte sich für ihn allein schon aus der Tatsache, daß es ein allgemeines sozialdemokratisches Komitee war (18).

Indem sich Lenin darüber hinaus in der Frage des Antisemitismus den Standpunkt des Ekaterinoslaver Komitees zu eigen machte und unter Berufung auf Kautsky (19) ausschließlich einen Zusammenhang zwischen Antisemitismus und den kapitalistischen Interessen der bürgerlichen Klasse anerkannte, verurteilte er die Unterstellung antisemitischer Tendenzen in-

nerhalb der Arbeiterschaft als Mittel "zur Trübung ihres Klassenbewußtseins" (20).

Ein solches Ausbrechen des "Bund" aus der sozialdemokratischen Bewußtseinsphäre sei vom Standpunkt sowohl des demokratischen als auch des sozialistischen Kampfes der Arbeiterklasse Rußlands unverständlich, so daß es von Lenin nur als Streben nach organisatorischer Selbständigkeit im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Föderation "um jeden Preis" innerhalb der RSDRP gedeutet werden konnte, Nachgiebigkeit bedeute deshalb, "den Grundfehler in der nationalen Frage in einer Weise ad absurdum (zu)führen", daß dadurch der bourgeoise Nationalismus innerhalb der jüdischen Sozialdemokraten und Arbeiter prinzipiell Fuß fasse (21). Da alle aus der besonderen historischen Situation des jüdischen Proletariats in Rußland erwachsenen speziellen Forderungen des "Bund" bereits durch seinen Autonomiestatus von 1898 berücksichtigt seien, dürfe es in allen anderen Fragen nur die "vollständigste und engste Verschmelzung" mit dem gesamten anderen Proletariat Rußlands geben; denn der allgemeine politische Kampf gegen Autokratie und Bourgeoisie mußte - nach Meinung Lenins - von den Sozialdemokraten innerhalb einer "einigen, zentralisierten Kampforganisation" geführt werden, die sich "auf das gesamte Proletariat" Rußlands, "ohne Unterschied der Sprache und der Nationalität" stützte (22).

Für den "Bund" trat die "Iskra" mit dieser Auffassung in die Fußstapfen der PPS und ließ dazu noch außer Acht, daß die RSDRP "als organisatorisches Ganzes nicht existiert und niemals existierte", so daß die Autonomie des "Bund" aus dem Jahre 1898 niemals praktiziert werden konnte. Aus diesem Grunde sei von der historischen Tatsache auszugehen, daß der "Bund" immer nur eine "völlig selbständige Organisation" dargestellt habe, die als sozialdemokratische Interessenvertreter in der jüdischen Arbeiterschaft in eigenverantwortlicher Tätigkeit "alle Fragen der Theorie und Praxis - sowohl spezielle als auch allgemeine -" bis hin zur Ausarbeitung eines eigenen nationalen Programms löste, währenddessen die "Iskra" mit einer fiktiven gesamtrussischen Partei und einem überhaupt nicht existenten Organisationsstatut den "Bund" bekämpfe, weil er ihren Hegemonialbestrebungen über die jüdische Arbeiterklasse im Wege stehe (23).

Es blieb Martov überlassen, ein Resümee der Auseinandersetzungen zwischen "Iskra" und "Bund" zu ziehen und eine tiefergehende ideologische Begründung nachzuliefern. Hierbei setzte er sich entschieden gegen den Vorwurf eines Hegemonialstrebens der "Iskra" zur Wehr und versuchte nachzuweisen, daß es seiner Gruppe nur um die Reinerhaltung der Prinzipien des revolutionären Sozialdemokratismus gehe, so daß allein auf Seiten des "Bund" - in Verbindung mit dessen separatistischen Tendenzen - ideologische Inkonsistenz vorliegen könne. Hierfür führte er drei Beweisgründe an: die Vernachlässigung des revolutionären Kampfes zugunsten des ökonomischen Tageskampfes, was ihn zu der Behauptung herausforderte, daß der "ganze russische Ökonomismus" offensichtlich bundistischer Herkunft sei (24); die Abweichung von der sozialdemokratischen Auffassung, der Antise-

mitismus sei dem bourgeoisen Klassendenken zuzuordnen, sowie - vor allem - die Postulierung einer "selbständigen politischen Partei" (25) des jüdischen Proletariats in Rußland (26).

Was das letztere anbetraf, so benötigten die jüdischen Arbeiter seiner Auffassung nach ebenso wenig eine nationale Partei wie die "Arbeiter des Urals oder des sibirischen Rajons", und es könne nicht die Rede davon sein, daß sie bereits existiere; denn mit seinem Beitritt zum OK, dessen Aufgabe in der "Vorbereitung der organisatorischen Einheit der RSDRP" beruhe, habe der "Bund" selbst anerkannt, daß er sich als Teil der Gesamtpartei begreife (27). Wenn das ZK des "Bund" davon ausging, daß der "Bund" von Anfang an nichts anderes als eine "völlig selbständige Organisation" gewesen sei, so konnte es sich für ihn nur um einen Irrtum handeln; denn alle theoretischen und praktischen Fragen für das jüdische Proletariat löse der "Bund" genauso in relativer Selbständigkeit wie alle anderen Komitees der RSDRP das gegenüber ihrem örtlichen Proletariat angesichts der noch bestehenden organisatorischen Schwäche der "eben erst gebildeten" Gesamtpartei zutun gezwungen seien (28). Die Erörterung einiger theoretischer Fragen und die Verabschiedung einiger Resolutionen auf verschiedenen Kongressen rechtfertigte für Martov noch nicht eine eigene Partei, sondern war eine aus dem Fehlen einer zentralen Leitstelle sich ergebende Notwendigkeit der Beschäftigung mit den Bedürfnissen der örtlichen und - in diesem Falle - der jüdischen Arbeiterbewegung, die mit der Zeit zu einer Art Lokalpatriotismus pervertierte, der jetzt, wo die Vereinigung mit der RSDRP zur Realität werde, alles daransetze, die organisatorische Selbständigkeit zu wahren (29).

Diese Absonderung des "Bund" lähme jedoch nicht nur die jüdische, sondern auch die gesamtrussische Arbeiterbewegung, so daß die Bemühungen der "Iskra" auf die Beseitigung dieser "Desorganisation der Partei" abzielen müßten. Weil sie sich auch gegen die "besonderen Bewegungen der Juden, der Großrussen, der Kleinrussen, der Georgier usw." richteten, könnten sie den Scheincharakter von Hegemonialbestrebungen über die Gesamtbewegung annehmen, obgleich nichts anderes beabsichtigt sei als die Herstellung der Aktionseinheit des Proletariats Rußlands gegen die Autokratie (30).

Ideologische Vorbedingung war für Martov in diesem Zusammenhang die Abkehr vom ökonomischen Tageskampf auf örtlicher Basis und die Hinwendung zum revolutionären Sozialdemokratismus innerhalb des gesamten Staates. Alle seitens des "Bund" gegenüber der "Iskra" erhobenen Vorwürfe nationalistischer bzw. imperialistischer Tendenzen (31) bewiesen für ihn letztlich nur, daß sie einem unterentwickelten sozialdemokratischen Bewußtsein entsprängen, das man mit dem Begriff des "Ökonomismus" negativ umschreiben könne; denn nationale Forderungen erhoben nur Sozialdemokraten, die nicht fähig seien, in gesamtrussischen Dimensionen, d.h. in den Kategorien des revolutionären, weil internationalen Sozialdemokratismus zu denken (32).

Die Polemik zwischen "Iskra" und "Bund" über die Ansprüche des Ekaterinoslaver Komitees auf die dortige jüdische Arbeiterschaft hatte somit deutlich gemacht, daß der "Bund" in dem Augenblick, wo er seine Ansprüche auch auf die jüdischen Arbeiter der historisch russischen Gebiete im Süden des Reiches geltend zu machen versuchte, ähnlichen Hegemonialbestrebungen seitens der sich als RSDRP begreifenden "Iskra" ausgesetzt war, wie er sie schon in bezug auf die historisch polnischen Gebiete seitens der PPS kennengelernt hatte; betrachtete man doch in beiden Fällen das jüdische Proletariat entweder bereits als russifiziert (33) oder als polonisiert (34), so daß eigene nationale Forderungen von vornherein als abwegig und dem proletarischen Internationalismus zuwiderlaufend disqualifiziert wurden.

Dieser Internationalismus war jedoch bei beiden Parteien letztlich verschiedener Natur. Für die "Iskra" bedeutete die Akzeptierung des "Bund" als des nationalen sozialdemokratischen Vertreters der jüdischen Arbeiterschaft die "präsumptive Anerkennung" des Prinzips einer nach Nationalitäten föderalistisch gegliederten RSDRP, was angesichts der "nationalen Vielgestaltigkeit des Proletariats Rußlands" die Gefahr einer Überlagerung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse durch nationalistische Tendenzen heraufbeschworen hätte (35); für die PPS hingegen standen mehr oder weniger eindeutig nationalstaatliche Gesichtspunkte im Vordergrund (36).

Infolgedessen befand sich der "Bund" in dem ideologischen Spannungsfeld zweier konträrer und zwischen "Iskra" und PPS selbst noch nicht prinzipiell ausgefochtener Führungsansprüche auf die jüdischen Arbeiter. Für das politische Nahziel, die demokratische Revolution, die - wie von allen Sozialdemokraten zugestanden wurde - zunächst einmal bürgerliche Kräfte an die Macht brachte, selbst wenn man dagegen auf seiten der "Iskristen" bereits ein starkes proletarisches Regulativ zu setzen gedachte (37), verhiieß das den Juden nach den Vorstellungen sowohl der "Iskra" als auch der PPS nichts anderes zur politischen Sicherung ihrer Existenz als ihre bürgerliche Gleichberechtigung, d.h. ihre friedliche Assimilation an die sie umgebende christliche Bevölkerung. Vom offenen und latenten Antisemitismus, der auch innerhalb der polnischen und russischen Arbeiterschaft wurzelte, so daß er keineswegs pauschal dem bürgerlichen Klassenbewußtsein zugeordnet werden konnte, abgesehen, drohte aber die Gefahr des Nationalismus erst nach dem Sturz der Autokratie mit den sich dadurch mit Sicherheit in Rußland freisetzenden nationalen Zentrifugalkräften unter den Nationalitäten Rußlands politisch relevant zu werden. Im Hinblick auf den potentiellen russisch-polnischen Gegensatz konnte dies gerade den Juden als ungeschützter nationaler Minderheit zum Verhängnis werden.

Der VI. Kongreß der PPS (1902) wiederholte die Ansprüche ihres IV. Kongresses (1897) (38) auf die jüdischen Arbeiter in Polen und zeigte zugleich auf, daß auch zwischen PPS und "Bund" die Gegensätze immer prinzipieller wurden (39).

Die Argumentationsweise der polnischen Sozialisten glich dabei derjenigen der "Iskristen", nur daß sie sich auf das historische Polen als Organisa-

tionsrahmen beschränkte. Die PPS ging von dem Standpunkt aus, daß das in Rußland und in Polen lebende jüdische Proletariat eine "Bestandteil der Arbeiterklasse dieser Länder" und - auf Polen bezogen - darüber hinaus eine "Minderheit innerhalb des polnisch-litauischen Proletariats" bilde und sah somit - wie die "Iskra" - dessen Solidarität mit der übrigen Arbeiterschaft als Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf der Arbeiterbewegung an (40). Konkret bedeutete dies für die PPS, daß die jüdischen Arbeiter ihres Interessenbereichs zusammen mit der polnisch-litauischen Arbeiterschaft die nationale Unabhängigkeit eines polnischen Staates anzustreben hatten (41). Innerhalb dessen sollte ihnen die bürgerliche Gleichberechtigung gewährt werden (42), während die Frage, ob die Juden eine "selbständige Nationalität" darstellten oder nicht, als indiskutabel, da für die Gegenwart "ohne praktische Bedeutung", bezeichnet wurde (43). Jedenfalls dachte man nicht an eine Anerkennung der gesamten jüdischen Bevölkerung in den bestehenden Grenzen des Russischen Reiches als Nationalität. Denn was man manchen jüdischen Sozialisten besonders glaubte vorwerfen zu können, war deren Kampf für eine national jüdische innerhalb einer gesamtrussischen Arbeiterbewegung. Derartige prorussische Neigungen gingen mit "Indifferenz und sogar feindlicher Einstellung" zur Frage der polnischen Unabhängigkeit einher, die nicht zuletzt in dem "schwachen Solidaritätsgefühl mit der gesamten Arbeitermasse Polens und Litauens" zum Ausdruck komme (44).

Der "Bund" widersprach in seiner direkten Polemik gegen diese offiziellen Anschauungen der PPS einer solchen Entnationalisierung der jüdischen Arbeiterschaft durch Integration in die polnisch-litauische; für ihn besaß sie wie die Arbeiterklasse jeglicher anderen Nationalität das Recht, ein "selbständiges Mitglied der proletarischen Weltfamilie" zu sein, das auf Grund seiner "individuellen, historisch gewachsenen Besonderheiten" im Einklang mit den allgemeinen Zielen des Sozialismus ("Programm-Maximum") seinen von den Arbeiterklassen der anderen Nationalitäten unterschiedenen, spezifischen Klassenkampf ("Programm-Minimum") führt (45).

Der Inhalt ihres "Programm-Minimums" ergebe sich für die Arbeiterklasse aus der Notwendigkeit der Erringung der politischen Freiheit als Vorstufe für den Klassenkampf "in seiner reinsten Form", wobei dieser Kampf in absolutistischen Staaten wie Rußland deshalb nationalen Charakter annehme, weil hier nicht nur das Proletariat, sondern auch der größte Teil des Volkes politisch rechtlos sei (46). Das jüdische Proletariat sei dabei "keine Ausnahme von dieser Regel"; müsse es doch zusammen mit dem Proletariat der anderen Nationalitäten Rußlands die allgemeinen demokratischen Forderungen und zusammen mit seiner eigenen Nationalität die spezifischen demokratischen, d.h. nationalen Forderungen politisch bedeutsam machen (47).

Die konkreten historischen Bedingungen in Rußland, die auf Grund der Judengesetzgebung und der Pogrome den jüdischen Arbeitern den "Platz der Parias" unter den Arbeitern aller Nationalitäten zuwiesen und das jüdische Volk zionistischen Tendenzen aussetzten, die das Klassenbewußtsein der jüdischen Arbeiter trübten, stellten die jüdische Arbeiterbewegung vor die

Aufgabe, der jüdischen Nationalität dieselben politischen Freiheiten wie sich selbst zu erkämpfen, um aus einer "gleichberechtigten Position unter den anderen Völkern" heraus den "eigenen Klassenkampf" besser führen zu können (48).

Es verstand sich dabei von selbst, daß eine solche Aufgabe nur von einer selbständigen sozialdemokratischen Organisation des jüdischen Proletariats, dem "Bund", in die Tat umgesetzt werden konnte; denn eine Partei wie die PPS vermöge sich nicht in die nationale Psyche und die nationalen Traditionen des jüdischen Volkes hineinzuversetzen, weil sie eine polnische Partei sei, so daß ihr auch die spezifischen Interessen der jüdischen Arbeiter fremd bleiben müßten (49).

Aus der Abwehr der unnatürlichen Bestrebungen der PPS, statt einer polnischen Partei, eine Partei Polens darzustellen, resultierte für den "Bund" seine bewußte Teilnahme an einer gesamtrussischen Arbeiterbewegung, deren historische Rechtfertigung aus dem gemeinsamen Kampf aller Nationalitäten gegen die Ursache ihrer politischen Unfreiheit, die Autokratie, erwachse und dessen erfolgreicher Abschluß erst die Befriedigung der nationalen Interessen jeder Nationalität, auch die Unabhängigkeit Polens, Litauens, Finnland u. a., ermögliche (50).

Das taktische Konzept des "Bund" war dabei offensichtlich die Integration der PPS innerhalb einer gesamtrussischen sozialdemokratischen Organisation zur Neutralisierung ihres nationalpolnischen Hegemonialanspruchs und zugunsten der Stärkung des politischen Gemeinschaftsgefühls des polnischen, des litauischen und des jüdischen Proletariats, zumal die PPS in ihrer Praxis immer wieder unter Beweis stelle, daß die Berücksichtigung der Lebensinteressen der jüdischen Arbeiterschaft innerhalb eines zukünftigen polnischen Nationalstaates bei ihr wenig Raum finden werde. Dies zeige sich unter anderem dadurch, daß sie - entgegen den Versicherungen ihres VI. Kongresses, den Antisemitismus unter den polnischen Arbeitern zu bekämpfen - unter den jüdischen Arbeitern gegen die jüdischen Sozialdemokraten mit der Unterstellung des Polenhasses und mit deren Diffamierung als russische Agenten agitiere (51). Wenn die jüdischen Arbeiter selbst in der Frage des Antisemitismus von den "christlichen sozialistischen Parteien" in Stich gelassen würden, dann bleibe nur der selbständige politische Kampf übrig, der u. a. auch die Bekämpfung dieses Übels innerhalb der christlichen Arbeiterschaft mit sich bringe. Nur auf diese Weise konnten nach Auffassung des "Bund" für die jüdische Arbeiterschaft innerhalb der allgemeinen revolutionären Bewegung gegen die Autokratie die nationalen Voraussetzungen ihrer eigenen sozialen Emanzipation geschaffen werden (52).

5. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung und die "Iskra" in ihrem Verhältnis zu den sozialistischen polnischen Parteien

In den Jahren ihres Kampfes für eine zentralistische gesamtrussische Parteiorganisation schaltete sich die "Iskra" niemals direkt in die Auseinandersetzungen zwischen "Bund" und PPS ein, obgleich letztere, die die Polemik zwischen "Iskra" und "Bund" aufmerksam verfolgte, in ihrem Streit mit dem "Bund" immer zugleich auch gegen das iskristische Modell einer RSDRP argumentierte und beiden Organisationen vorzuwarf, in ihrer jeweiligen Beweisführung hinsichtlich der jüdischen Frage außer acht zu lassen, daß ohne sie, die PPS, eine befriedigende Lösung der Beziehungen zwischen der jüdischen und der russischen Arbeiterbewegung unmöglich sei (1). Mit anderen Worten: Die Konzeption der PPS von einem unabhängigen polnischen Staat nach dem Sturz der Autokratie in Rußland durfte durch eine wie auch immer organisierte gesamtrussische sozialdemokratische Bewegung nicht gefährdet werden.

Wenn auch die RSDRP auf ihrem Gründungskongreß (1898), vornehmlich wegen der PPS, "für jede Nationalität das Recht auf Selbstbestimmung" (2) auf der Grundlage des betreffenden Beschlusses des Internationalen Sozialistenkongresses in London (1896) anerkannt hatte (3), so wurde aber durch sie zugleich hervorgehoben, daß sie organisatorische Beziehungen nur mit Gruppierungen aufzunehmen bereit sei, die in Programm und Taktik mit den eigenen Vorstellungen übereinstimmten (4), was, ohne Namensnennung, indirekt einer negativen Einstellung zur PPS gleichkam (5). Hinzu traten der Anspruch, nicht als russische, sondern als sozialdemokratische Partei Rußlands zu gelten und die Aufnahme des von der PPS befehdeten "Bund" in die Partei, während die PPS selbst, die man für unsocialdemokratisch ansah, zum Kongreß gar nicht eingeladen worden war (6).

Seitens der russischen Sozialdemokraten war damit von einer konsequent zentralistischen und internationalistischen Ausgangsposition her der Ansatzpunkt für einen prinzipiellen russisch-polnischen Gegensatz geschaffen worden, der als eine direkte Erwiderung auf die Resolution des IV. Kongresses der PPS (1897) über das Verhältnis zur russischen Arbeiterbewegung zu verstehen war. In dieser Resolution wurde von den russischen Sozialdemokraten neben einer allgemeinen Unterstützung nationalpolnischer Unabhängigkeitsbestrebungen vor allem gefordert, daß eine "zukünftige russische sozialistische Partei" zu revolutionären Organisationen in den polnisch-litauischen Gebieten - abgesehen von den nur in litauischer Sprache agitierenden litauischen Gruppierungen - "nicht ohne Wissen und Billigung der PPS" in nähere Beziehungen treten dürfe und daß nichtrussischen Gruppen "das Recht auf Schaffung eigener Organisationen und freie Bestimmung ihres Verhältnisses zum russischen Staat" zuzugestehen sei (7).

Von der PPS wurde das *Fait accompli* der Gründung der RSDRP anstelle einer nationalrussischen Sozialdemokratie insbesondere wegen des "unbestimmten Verhältnisses zu den nationalen Fragen innerhalb der Grenzen Rußlands" mit dem größten Mißtrauen beobachtet (8), zumal durch eine

Integration der "litauischen Juden" in eine - nach Auffassung der PPS - letztlich doch nur "russische Partei" die Gefahr der Entnationalisierung und Russifizierung der eigenen nationalpolnischen Bewegung einen realen Hintergrund besaß (9).

Der Resolution des IV. Kongresses der PPS (1897), die vor allem als Verständigungsbasis mit einer auch seitens der PPS lebhaft gewünschten und geförderten nationalrussischen sozialdemokratischen Organisation konzipiert worden war (10), lag die Vorstellung einer Verbindung zwischen der polnischen und der russischen revolutionären Bewegung zugrunde, die dem Sinne nach der Übereinkunft zwischen der polnischen Organisation "Proletariat" und der "Narodnaja Wolja" aus dem Jahre 1884 entsprach, in der der gemeinsame revolutionäre Kampf gegen die Autokratie unter der Hegemonie der russischen Revolutionäre bei gleichzeitiger Wahrung der organisatorischen, d.h. territorialen Selbständigkeit vereinbart worden war (11). 1897 war allerdings von der Unterordnung unter die Führung der russischen Sozialdemokraten in diesem politischen Kampf nicht mehr die Rede war; dafür umso mehr von der Forderung nach Anerkennung der organisatorischen und politischen Selbständigkeit der nichtrussischen sozialistischen Bewegungen in Rußland durch die russische Sozialdemokratie (12).

Dieser seit dem Pariser Kongreß (1892) durch die PPS und ihre Vorläufer verfolgten Parteilinie des gemeinsamen Kampfes gegen die Autokratie unter konsequenter Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit und der nationalen Unabhängigkeit (13) lag eine Konzeption zugrunde, die von einem allgemeinen Mißtrauen gegenüber Russifizierungsbestrebungen aller Gesellschaftsklassen des russischen Volkes geprägt war (14). Wie der jüdische "Bund" erwartete man nämlich den elementaren Ausbruch des Nationalismus in Rußland erst mit Beginn der demokratischen Phase, nur daß die PPS, die nicht wie der "Bund" nationale Diskriminierungen sowohl von einem "demokratischen" Rußland als auch von einem ebenso politisch verfaßten Polen zu befürchten hatte, die historisch notwendige Konkretisierung der allgemeinen Grundsätze über die politische Freiheit mit der Forderung nach einem unabhängigen polnischen Nationalstaat für erfüllt betrachtete, während man sie beim "Bund" bekanntlich erst durch die Forderung nach nationaler Autonomie für alle Nationalitäten Rußlands ausreichend garantiert sah (15).

Die Entscheidung der Gründungsmitglieder der RSDRP für den von der Gruppe "Osvobożdenie truda" mittlerweile ins Leben gerufenen "Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" als Interessenvertreter der neuen Partei außerhalb der Grenzen Rußlands (16) konfrontierte nun auch die Nestoren des russischen Sozialdemokratismus, Plechanov und Aksel'rod, direkt mit der Problematik eines polnisch-russischen Gegensatzes.

Bisher hatten beide aus taktischen Gründen peinlichst vermieden, einer solchen Rivalität Nahrung zu geben, um nicht eines "großrussischen Chauvinismus" beschuldigt zu werden; sie hatten deshalb auch - trotz "ernsthafter

Zweifel an der Richtigkeit der Position der PPS" - weder sich deren Ansicht über eine Russifizierung der polnischen Gebiete durch die jüdischen Sozialdemokraten zeigten gemacht noch im innerpolnischen Streit zwischen der PPS und einer internationalistisch ausgerichteten Gruppe um Rosa Luxemburg Stellung bezogen (17).

Bereits auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Zürich (1893) war durch Plechanov das im 19. Jahrhundert zunächst unter den Demokraten und dann in späterer Zeit unter den Sozialisten Europas übliche Bekenntnis zu einem freien Polen abgegeben worden (18). Er hatte sich dabei zugleich auch gegen eine Mandatserteilung für die von Rosa Luxemburg und Leon Jogiches geführte Splittergruppe der PPS, die sich "Polnische Sozialdemokratie" nannte, ausgesprochen, um keine "neue Teilung Polens" herbeizurufen (19), obgleich diese Gruppe, die den "Sozialpatriotismus" der PPS als kleinbürgerlich disqualifizierte (20), seinem konsequenten proletarischen Internationalismus bedeutend näher stand.

Auch nachdem sich diese Gruppe im September 1893 als "Sozialdemokratie des Königreichs Polen" (SDKP) (21) konstituiert und auf ihrem I. Kongreß in Warschau (10.-11. März 1894) verkündet hatte, daß unter Berücksichtigung der internationalen Klassensolidarität des Proletariats Polens und Rußlands im Kampf gegen die Autokratie und der tatsächlichen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Polen die Wiedererrichtung eines polnischen Staates eine "Utopie" sei, die nur die negative Wirkung der Trennung der polnischen von der übrigen Arbeiterschaft Rußlands und infolgedessen ein unausweichliches Abgleiten "vom reinen Klassen- und Internationalitätsstandpunkt auf den Boden des Chauvinismus und des Nationalitätenkampfes" zur Folge habe (22), konnte sich Plechanov nicht dazu bereifinden, in die innerpolnischen Auseinandersetzungen zwischen SDKP und PPS zugunsten der ersteren Partei zu ergreifen (23). Die praktische Notwendigkeit der Herstellung einer "Annäherung der Sozialisten Polens und Rußlands", die in beiden Ländern als das äußere Zeichen der Überwindung des Nationalismus durch den Internationalismus gelten sollte (24), ließ ihn ein solches taktisches Vorgehen jeglichem Prinzipienstreit in der polnischen Frage zunächst einmal vorziehen. Hinzu kam, daß Plechanov die Freiheit Polens in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Freiheit Rußlands und Europas sah (25).

Mit der Betonung der allgemeinen revolutionären Wirksamkeit der Forderung nach Wiederherstellung eines polnischen Staates für Europa befand sich Plechanov ganz in der Tradition der Einschätzung der polnischen Frage durch Marx und Engels (26), die ebenfalls diese Forderung niemals als nationalen "Selbstzweck" für Polen betrachtet, sondern sie letztlich immer nur in dem historischen Zusammenhang mit der demokratischen Revolution in Europa und dem damit verbundenen Kampf gegen das reaktionäre Rußland gesehen hatten (27). Im Hinblick auf die zukünftige Geschäftsfähigkeit einer polnischen Nation ergab sich bei beiden der Beurteilungsmaßstab, daß sie sie positiv bewerteten, wenn die "nationale Existenz Polens" eine "Conditio sine qua non" für die europäische Demokratie und den Sozialismus bedeutete (28),

während die negative Einschätzung der Rolle Polens in diesen Fragen zur Folge hatte, daß Polen zu "une nation foutue", die "absolut keine raison d'être mehr" besaß, erklärt wurde (29).

Seit Anfang der 90er Jahre sah Engels jedoch in der sprunghaften Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Polen den Beweis für das historische Anrecht des polnischen Volkes auf staatliche Selbständigkeit, an der aber nur die polnische Arbeiterklasse noch interessiert sei; denn ebenso wie die Errichtung der nationalen Unabhängigkeit Italiens, Deutschlands und Ungarns war für ihn die polnische Unabhängigkeit nunmehr geschichtlich unabdingbar für die Entstehung eines gesamteuropäischen Staatengefüges aus souveränen Nationen als politischer Voraussetzung für die gesellschaftliche Emanzipation der einzelnen Arbeiterklassen und für deren darauf folgender internationaler Solidarisierung im Sozialismus (30). Einem solchen politischen Ausgleich unter den Nationen Europas mußte jedoch für Engels der Sturz der Autokratie in Rußland vorausgehen (31), an dem das Proletariat ein "doppeltes Interesse" besitze, weil dieses Bollwerk der Reaktion in Europa durch seine "bloße passive Existenz bereits eine Drohung und Gefahr" für die gesamte Arbeiterklasse darstelle, und gleichzeitig das ständige außenpolitische Hegemonialstreben Rußlands in Europa eine normale historische Entwicklung, den "Konflikt zwischen Proletariat und Bourgeoisie" und die "Überführung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische", verhindere (32).

In einem deutlichen Gegensatz zu dieser Interpretation der historischen Rolle Polens und Rußlands, mit der sich auch Plechanov vollständig identifizierte (33), standen die Thesen Rosa Luxemburgs, die bereits in dem Beschluß des I. Kongresses der SDKP (1894) ihren Niederschlag gefunden hatten, aber auf Grund der Bemühungen der PPS, eine offizielle Anerkennung der Forderung nach nationaler Unabhängigkeit Polens durch den Internationalen Sozialistenkongreß in London (1896) zu erreichen (34), nunmehr ihre polemische Schärfe erhielten (35).

Rosa Luxemburg ging in ihrer Beweisführung, daß das polnische Proletariat in den Arbeiterbewegungen der drei Teilmächte Polens bereits völlig integriert sei und somit sein historisches Anrecht auf eine eigene nationale Bewegung längst verloren habe, von ökonomischen Prämissen aus, denen die Annahme der historischen Gesetzmäßigkeit einer irreversiblen Eingliederung der polnischen Industrie in die kapitalistischen Wirtschaftssysteme Deutschlands, Österreichs und Rußlands zugrunde lag (36).

Wenn der "Sozialpatriotismus" der PPS vom polnischen Proletariat mit der Forderung nach Verwirklichung eines polnischen Nationalstaats im Rahmen seines Klassenkampfes einen solchen Atavismus verlange, so handelte es sich für sie nicht um die vollständige nationale Befreiung des polnischen Volkes im Sozialismus, sondern um die Errichtung eines "unabhängigen polnischen kapitalistischen Klassenstaates", der, an der objektiven Entwicklung der sozialökonomischen Verhältnisse in den polnischen Gebieten und an der hieraus resultierenden unüberwindbaren politischen Schwäche einer

nationalpolnischen Arbeiterbewegung gemessen, utopisch und unsozialdemokratisch zugleich sei (37). Eine solche Staatsbildung nach dem Nationalitätsprinzip durch die polnische Arbeiterschaft entgegen den Interessen ihres eigenen Bürgertums, zu dessen ureigenen Aufgaben sie doch gehören müsse, sei gar nicht realisierbar (38). Die Hervorhebung "spezifischer polnischer nationaler Interessen" zerstöre darüber hinaus nur die internationale Klassensolidarität der polnischen Arbeiter mit denen der drei Annexionsstaaten (39).

Aus diesem Grunde sah Rosa Luxemburg auch zwischen den Forderungen der PPS und denen Marx' und Engels' nach Wiedererrichtung eines polnischen Staates einen fundamentalen Unterschied. Letztere hätten bei ihrem Eintreten für eine solche Forderung immer nur die "Wünschbarkeit" im Zusammenhang mit der außenpolitischen Mächtokonstellation, d.h. vor allem in bezug auf die russische Übermacht, in Europa gesehen, die aber in der Gegenwart durch die gleichmäßige ökonomische Entwicklung der europäischen Staaten und der daraus bedingten gegenseitigen Abhängigkeit weitgehend irrelevant geworden sei. Überdies stammten die wesentlichsten Stellungnahmen der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus aus der Zeit der polnischen Aufstände, wo der national und revolutionär gesinnte polnische Adel, der nunmehr durch eine eindeutig antinationale polnische Bourgeoisie verdrängt worden sei, noch "ökonomisch und politisch" einen gesellschaftlichen Bewegungsfaktor dargestellt habe (40).

Für Rosa Luxemburg waren die "sozialpatriotischen Tendenzen" der PPS mit einem "kleinbürgerlichen Nationalismus" identisch (41), dessen Träger entweder zu dem Teil des polnischen Bürgertums gehörten, der - im Gegensatz zur polnischen Großindustrie - auf Grund seiner geringen Kapitaldecke auf dem russischen Markt nicht konkurrenzfähig zu werden vermochte und sich deshalb in seiner wirtschaftlichen Existenz bedroht fühlte oder der "bürgerlichen Intelligenz" zuzuzählen sei, die sich aus den sozial deklassierten Schichten der polnischen Bourgeoisie und des Adels rekrutiere und die durch die Russifizierungsbestrebungen der zaristischen Bürokratie von jeglicher Karriere im russischen Staatsdienst abgeschnitten bleibe (42).

Im Gegensatz zur Resolution der PPS für den kommenden Londoner Sozialistenkongreß (1896), in der zwischen der den Fortschritt in Europa hemmenden autokratischen Herrschaft in Rußland und der nationalen Unterdrückung Polens eine unmittelbare Verbindung hergestellt und infolgedessen postuliert wurde, daß die "Unabhängigkeit Polens" zu einer politischen Angelegenheit der polnischen wie der europäischen Arbeiterklasse werden müsse (43), betrachtete Rosa Luxemburg eine solche Europäisierung der polnischen Frage für die sozialistische Internationale als proletarische Rechtfertigung eines bürgerlichen Nationalismus. Als praktische Konsequenz sah sie schon die Verwicklung der Sozialisten in eine "Reihe ganz analoger nationaler Fragen, wie die staatliche Befreiung Böhmens, Irlands, die Aufhebung der Elsaß-Lothringischen Annexion", wodurch "fruchtlose nationale Kämpfe" innerhalb der bestehenden Staaten anstelle des "geschlossenen po-

litischen Kampfes aller Proletarier in jedem Staate" gesetzt und prinzipiell sanktioniert würden (44).

Im Hinblick darauf, daß die Beseitigung jeglicher nationalen Knechtschaft erst im Sozialismus möglich sei, blieb für Rosa Luxemburg als politisches Nahziel in dieser Frage nur der gemeinsame Kampf aller Arbeiter Rußlands gegen die Autokratie, deren Sturz eine "Demokratisierung der gegebenen staatlichen Einrichtungen" zur Folge habe, innerhalb derer es für Polen auch zur Herstellung eines nationalen Autonomie kommen werde (45).

Die vom Londoner Kongreß der Sozialistischen Internationale (1896) angenommene Resolution zur polnischen Frage erklärte nur ganz allgemein das Eintreten für ein "volles Selbstbestimmungsrecht der Nationen" zur sozialistischen Maxime und rief zugleich die Arbeiter aller Länder, deren demokratische Rechte durch "militärischen, nationalen oder sonstigen Despotismus" unterdrückt wurden, zur internationalen Solidarität mit der übrigen Arbeiterklasse im gemeinsamen Kampf "für die Überwindung des internationalen Kapitalismus und die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie" auf (46).

Den Polen war damit im Prinzip das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt, die im Resolutionsentwurf der PPS deutlich enthaltene antirussische Spitze war jedoch nicht akzeptiert worden.

Die schroffe Haltung der PPS gegenüber Rußland, die sie bekanntlich sogar dazu veranlaßte, gegenüber den russischen Revolutionären Distanz zu wahren, bewirkte in der Folgezeit eine allmähliche Entfremdung zwischen ihr und der russischen sozialdemokratischen Gruppe um Plechanov und Aksel'rod, die beide in der Unterstützung der Forderung der PPS nach Unabhängigkeit Polens in erster Linie ein Mittel zur Herstellung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den polnischen und den russischen Sozialisten gesehen hatten. Obgleich sich bereits vor dem Londoner Kongreß eine Hinwendung zur SDKP angedeutet hatte (47), die vor allem aus der nationalistischen Überschätzung der eigenen Arbeiterbewegung bei gleichzeitiger deutlicher Geringschätzung der revolutionären Qualitäten der russischen Sozialdemokraten seitens der PPS verursacht worden war (48), traten die russischen Sozialdemokraten auf dem Kongreß noch eindeutig für die von der PPS vertretene Forderung nach der Unabhängigkeit Polens ein (49).

Der eigentliche Bruch zwischen beiden Gruppierungen erfolgte erst im Zusammenhang mit den Beschlüssen des IV. Kongresses der PPS (1897) zur nationalen Frage (50). Allerdings verzichteten Plechanov und Aksel'rod darauf, gegen diese "chauvinistischen Tendenzen" selbst "polemisch-angreifend" vorzugehen, indem sie es lieber den jüdischen und litauischen Sozialdemokraten überließen, gegen diese "inkriminierenden Resolutionen" zu protestieren (51), genauso wie sie im Zusammenhang mit den Resolutionen des I. Kongresses der RSDRP (1898) über die sozialdemokratische Bewegung in Rußland davon Abstand nahmen, die "antidemokratischen und antisozialdemokratischen Züge in der Taktik der polnischen Genossen" zu verurteilen (52).

Die Vermeidung einer Konfrontation mit der PPS sowie die Unterlassung einer Stellungnahme zu den Auseinandersetzungen zwischen PPS und "Bund" (53) bei indirekter Begünstigung des letzteren (54) resultierte aus der taktisch durchaus richtigen Erwägung, daß bei eigener organisatorischer Schwäche der theoretische Führungsanspruch einer sich als gesamtrussisch begreifenden Sozialdemokratie gegenüber den Sozialdemokraten aller Nationalitäten nur dann erfolgreich durchgesetzt werden konnte, wenn man, um nicht den Vorwurf der Russifizierung zu provozieren und dadurch einer weiteren Zersplitterung der sozialdemokratischen Bewegung innerhalb Rußlands in nationale Sektionen Vorschub zu leisten, in nationalen Fragen Distanz wahrte (55). Dies war zum damaligen Zeitpunkt um so mehr angebracht, als das organisatorische Netz der PPS wie des "Bund" für die eigenen Bemühungen um den Aufbau einer gesamtrussischen Parteiorganisation, sollte diese nicht eine Farce bleiben, eine *Conditio sine qua non* darstellte.

In der "Iskra"-Periode (1900-1903) läßt sich seitens der russischen Sozialdemokraten vor allem gegenüber der auf nationale und organisatorische Abgrenzung bedachten PPS eine ähnliche taktische Einstellung feststellen, nur daß man - bei grundsätzlichem Festhalten am Recht auf nationale Selbstbestimmung (56) - im Interesse des Kampfes um die Realisierung der RSDRP nunmehr statt des "Bund" die SDKPiL favorisierte. Dabei war Vorsicht geboten; denn die Mitglieder der SDKPiL äußerten sich weder eindeutig noch mit einer Stimme (57). Die Tendenzen allerdings, die auf ihrer Konferenz von Bialystok im Februar 1901 zutage traten, ließen auf eine engere organisatorische Zusammenarbeit hoffen, wenn auch zugleich zum Ausdruck gebracht wurde, daß dies mit der RSDRP nur in einer Föderation denkbar sei (58).

Der von der Konferenz einstimmig befürwortete Brief an die "Iskra" - Redaktion sprach sich für eine "dichte Verflechtung" und "möglichst feste Vereinigung" aus. Indem er aber davon ausging, daß die nationale Frage im zukünftigen konstitutionellen Rußland nur mittels der "völligen nationalen Autonomie" geregelt werden könne, erwartete er für die Gegenwart bereits als Modell für dieses spätere demokratische Zusammenleben der Nationalitäten einen föderativen Zusammenschluß aller sozialdemokratischen Organisationen Rußlands mit einem "Zentralrat" als Exekutivorgan (59).

Auf dem II. Kongreß der SDKPiL in Warschau (28. -29. September 1901) wurde diese Linie "bestätigt und präzisiert". In den "Iskra"-Kreisen stieß man damit zumindest auf Skepsis; mußte doch dieses Konzept einer Gesamtpartei dem insbesondere von Lenin heftig verfochtenen zentralistischen Organisationsmodell zuwiderlaufen (60).

Aber auch in der SDRPiL selbst erwuchs in der Folgezeit unter dem immer stärkeren Einfluß der Gruppe Luxemburg - Jogiches wieder die Abneigung gegenüber einer engeren organisatorischen Verflechtung mit der russischen wie mit der jüdischen Arbeiterbewegung. Hinsichtlich der "Iskra" war es dabei deren den Polen weiterhin zugestandenes Recht auf nationale Selbst-

bestimmung, hinsichtlich des "Bund" dessen Forderung nach nationaler Autonomie für die Juden Rußlands, die sich für die hierfür anscheinend notwendige Reservatio mentalis am besten eigneten (61).

Als sich im Frühjahr 1903, im Endstadium des Kampfes um die künftige Organisationsstruktur der RSDRP, immer mehr erwies, daß die PPS nicht gewillt war, ihre Selbständigkeit zentralistischen Organisationsvorstellungen zu opfern, erwählte die "Iskra", unter wohlweislicher Außerachtlassung des Autonomieproblems, die SDKPiL direkt zu ihrem Anwalt gegenüber der PPS und identifizierte sich sogar weitgehend mit deren Ansichten über die "Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen Sozialdemokraten verschiedener Nationen in den Grenzen eines Staates" (62), wodurch sie sich bereits prinzipiell, wenn auch noch nicht offiziell, gegen die Intentionen der PPS in der Organisationsfrage entschieden hatte.

Eine wichtige Rolle für die allmähliche Annäherung zwischen "Iskra" und SDKPiL spielte die eindeutige Stellungnahme dieser polnischen Gruppe im Organisationsstreit des preußischen Ablegers der PPS mit der auf eine zentralistische Parteistruktur besonders insistierenden deutschen Sozialdemokratie zugunsten der letzteren, die auch ganz den Vorstellungen der russischen Sozialdemokraten über das zukünftige Verhältnis zwischen RSDRP und PPS zu entsprechen schien.

In Übereinstimmung mit der Führungsspitze der SPD ging die SDKPiL von der Voraussetzung aus, daß die 1893 gegründete preußische PPS in allen Programm- und Organisationsfragen mit der Partei der deutschen Arbeiterbewegung übereinzustimmen habe und deshalb nur in den technischen Fragen einer speziellen Agitation unter den polnisch sprechenden Arbeitern in Deutschland eine gewisse Selbständigkeit besitzen könne (63). Dieser Organisationsstreit zwischen SPD und preußischer PPS, der bis 1897 nur latent vorhanden gewesen war und sich erst zu diesem Zeitpunkt an der eindeutig nationalpolnischen Haltung der polnischen Gruppe entzündete, führte in der Folgezeit nicht ohne kräftige Mitwirkung Rosa Luxemburgs, die als Polenspezialistin innerhalb der SPD galt, zu einer solchen Verhärtung der Fronten, daß es Anfang 1903 zum Bruch kam (64).

Für die SDKPiL war im Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Organisationsstreitigkeiten nur der theoretische Standpunkt der SPD in der nationalen Frage, d.h. ihre Abstrahierung des Sozialdemokraten vom Polen oder Deutschen und die damit verbundene Reduzierung der Frage der Nationalität zu einem reinen Sprachproblem, auch für die Sozialdemokraten Rußlands vorbildlich, während ihr die "Frage der Organisationsformen" nicht so ohne weiteres übertragbar schien; denn auf Grund der "völlig unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen Ländern" - vor allem in bezug auf den "Grad der territorialen Abgrenzung der Nationalitäten", die "politischen Formen eines Landes", die "Staatsstruktur" und das "Entwicklungsstadium der Arbeiterbewegung" - konnte für sie von einer "schablonenhaften Übertragung der Organisationsverhältnisse" nicht die Rede sein (65).

Blieb so zumindest das "Grundprinzip, von dessen Grad der Anwendbarkeit

die Vollkommenheit jeder sozialdemokratischen Partei abhängt", nämlich: die "möglichst dichte organisatorische Verflechtung des jeweiligen Landes, unabhängig von der Nationalität seiner einzelnen Teile", für die SDKPiL übertragbar (66), so implizierten alle diese Organisationsvorstellungen, in ihrem Sinnzusammenhang gesehen, dennoch eine indirekte Ablehnung des iskristischen Konzepts einer zentralistischen gesamtrussischen Parteiorganisation, so daß die Gruppe für die "Iskra" nur bedingt als Bundesgenosse anzusehen war, zumal die SDKPiL ihre eigenen Beziehungen zur RSDRP ("Iskra") noch nicht zu präzisieren gewillt war.

Dennoch konnte die "Iskra" in der Endphase des Kampfes für eine RSDRP nach den eigenen Intensionen die SDKPiL pro domo sprechen lassen, weil diese Gruppe - im Gegensatz zu "Bund" und PPS - das Sozialdemokratische dem Nationalen prinzipiell vorzog, wobei es in erster Linie der konsequente proletarische Internationalismus Rosa Luxemburgs war, der bei dieser Partei darüber wachte, daß nicht die historische Individualität einer Nationalität, sondern allein der ökonomisch bedingte und noch in der Gegenwart politisch wirksame Staat den Organisationsrahmen für die Sozialdemokratie darzustellen hatte.

Aus diesem Grunde mußte auch für die SDKPiL eine nationaljüdische Arbeiterbewegung noch weit weniger historisch berechtigt erscheinen als eine nationalpolnische, reichten doch die seitens des "Bund" zur Rechtfertigung derartiger organisatorischer Selbständigkeitsbestrebungen angeführten Argumente hierfür keineswegs aus (67).

Der Kampf für die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden konnte - in der Sicht der SDKPiL - keine spezielle Aufgabe einer jüdischen sozialdemokratischen Organisation sein, da er nichts anderes als ein Bestandteil des allgemeinen Kampfes aller Arbeiter Rußlands gegen die Autokratie sei, genauso wie die jüdische Arbeiterklasse keiner Nationalität angehöre, sondern nur eine "bestimmte Gruppe" innerhalb der gesamtrussischen Arbeiterklasse darstelle (68). Da aber nicht die besonderen und zeitweiligen Interessen einer Gruppe, sondern allein die "allgemeinen und ständigen Interessen" des gesamten Proletariats eines Staates der Existenzberechtigung einer sozialdemokratischen Organisation zugrunde liegen dürften, sei bei der Konstatierung unterschiedlicher Programmvorstellungen zwischen einer Gruppe und der gesamten Arbeiterklasse zu folgern, daß es sich bei den Sonderbestrebungen der ersteren nicht um proletarische Klasseninteressen handele, wofür die Forderung der PPS nach der Wiederherstellung eines polnischen Staates das beste Beispiel sei (69). Handele es sich aber wie bei der vom "Bund" und der RSDRP gleichermaßen erhobenen Forderung nach bürgerlicher Gleichberechtigung für die Juden Rußlands um eine Interessenidentität zwischen einer Gruppe und dem Gesamtproletariat, so bedeute die Rechtfertigung des Aufbaus einer selbständigen sozialdemokratischen Organisation auf der Grundlage eines solchen Einzelaspekts des proletarischen Klasseninteresses nichts anderes als den Verrat am übrigen Proletariat wie am eigenen Klassenstandpunkt (70). Waren für die SDKPiL somit beson-

dere demokratische Bedürfnisse des Proletariats einer unterdrückten Nationalität keine ausreichende Begründung für organisatorische Sonderbestrebungen, so konnten es noch weniger "nationale Besonderheiten" sein, da letztere für ihre Befriedigung nur "spezielle Agitationsverfahren", deren Anwendung allein durch den "für einen Sozialisten wichtigsten nationalen Unterschied", die Sprache, bedingt sei, erforderten, womit - zumindest im Hinblick auf die jüdische Arbeiterschaft in Rußland - die nationale Frage von ihr in derselben Weise wie von der "Iskra" selbst zu einem technischen Problem reduziert wurde (71).

Indem die Partei Rosa Luxemburgs das staatliche und nicht das nationale Moment als politisch relevant betrachtete und zum Ausgangspunkt für eigene Überlegungen in der Organisationsfrage machte, setzten nach ihrer Auffassung die Vorstellungen des "Bund" von einer in nationale Sektionen gegliederten internationalen Arbeiterbewegung eine "ethnographische Theorie an die Stelle der politischen". Ein derartiges "Zugeständnis" durfte aber nur "im Hinblick auf Ausnahmebedingungen wie z.B. in Österreich" angewendet werden. Im Regelfall hatte ein "möglichst konsequenter Zentralismus" als staatliches "Organisationsprinzip" zu gelten (72).

Dennoch blieb innerhalb der SDKPiL bis zum II. Parteitag der RSDRP im Sommer 1903 die Frage offen, wie man in bezug auf die konkrete Situation einer sozialdemokratischen Bewegung innerhalb des Russischen Reiches mit den beiden drängenden Problemen Organisation und Nationalismus letztlich fertig werden wollte. Im Spannungsdreieck PPS, RSDRP und "Bund" mußten Alternativen gefunden werden, die prinzipiellen Erwägungen wie personellen Abneigungen gleichermaßen gerecht wurden, ohne gleichzeitig die eigene Selbständigkeit zu gefährden. Der Autonomiebegriff bot sich hierbei an, nur konnte er noch nicht endgültig so definiert werden, daß er sowohl territorial als auch national bestimmt, dem Kampf gegen die überzogenen Forderungen der drei gegnerischen Organisationen als Alternative grundsätzliche Schärfe hätte geben können (73).

6. Zentralisation oder Föderation. Das "Iskra"-Modell im Gegensatz zu den Auffassungen der russischen Sozialrevolutionäre und der PPS vor dem II. Parteikongreß der RSDRP (1903)

Lenin, der innerhalb der "Iskra" den Aufbau einer schlagkräftigen gesamt-russischen Parteiorganisation am konsequentesten zu realisieren versuchte, betrieb spätestens seit Mitte des Jahres 1902 in einem immer stärkeren Maße über das Organisationskomitee, dem er damit bereits die Funktionen eines Zentralkomitees zuerkannte, für den angestrebten Parteikongreß die Ausrichtung aller lokalen Parteikomitees auf die taktische Linie der eigenen Gruppierung (1).

In diesem Zusammenhang erschien es ihm nicht unwichtig, mit Hilfe des OK von den in Rußland existierenden sozialdemokratischen Organisationen und Komitees, die sich zur RSDRP bekannten, u.a. über deren "Verhältnis

zu den revolutionären (insbesondere den sozialdemokratischen) Gruppen anderer Rassen und Nationalitäten" einen ausführlichen Fragenkatalog beantworten zu lassen, um etwaige Konfliktsituationen für die "Iskra"-Taktik auf dem kommenden Parteitag frühzeitig in Erfahrung zu bringen (2).

In bezug auf unsere Problematik galt seine Aufmerksamkeit vor allem der Ermittlung "taktischer" bzw. "organisatorischer" Meinungsverschiedenheiten "in der grundsätzlichen Frage des nationalen Programms", der Möglichkeiten gemeinsamer Beziehungen und auch der Frage "Föderation erwünscht und von welchem Typus?" (3). Alles dies läßt erkennen, daß er eine Gefährdung des "Iskra"-Konzepts nicht nur durch den "Bund", sondern auch durch andere sich als national begreifende sozialdemokratische Organisationen innerhalb Rußland durchaus für möglich hielt.

Nichts wäre ihm hierbei gelegener gekommen als eindeutige Loyalitätserklärungen seitens der polnischen Gruppen (PPS und SDKPiL) gegenüber dem OK, um die auf dem Parteikongreß im Sinne der "Iskra" zu lösende Organisationsfrage nicht schon von vornherein durch derartige nationale Querelen zu gefährden (4).

Seiner gegenüber den nationalen Organisationen eingeschlagenen Taktik lag als Grundmuster die Hofierung dieser polnischen Parteien bei gleichzeitigem kompromißlosen Kampf gegen die Position des "Bund" zugrunde (5). Er ging sogar so weit, jeden antinationalen Standpunkt zu vermeiden, wofür ihm die grundsätzliche Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung, "aber in vernünftigen Grenzen, wie sie durch die Einheit des proletarischen Klassenkampfes bestimmt werden", zu genügen schien (6).

Lenin ordnete somit hinsichtlich PPS und SDKPiL seine prinzipiellen Bedenken gegenüber deren organisatorischer Selbständigkeit dem Nahziel der Vereinigung und Koordinierung aller Gruppen im OK und der Einberufung des Parteikongresses unter, wo es dann von den Mehrheitsverhältnissen abhängen sollte, ob der prinzipielle Streit gesucht werden konnte. Anders verhielt er sich gegenüber dem "Bund", dessen grundsätzliche Organisationsvorstellungen von einer zukünftigen RSDRP die Realisierung des "Iskra"-Modells bereits von Anfang an zum Scheitern zu bringen drohten, so daß es hier für ihn galt, den "Kampf bis zur Spaltung" aufzunehmen, um "diese unsinnige Föderation" als Alternative zu disqualifizieren (7).

Vor dem II. Parteitag (1903) schien für die "Iskra" die nationale Frage im allgemeinen auf ein reines Organisationsproblem reduziert zu sein; waren doch für sie nationale Forderungen, wie sie der "Bund" oder die PPS erhoben hatten, im Hinblick auf die ins Auge gefaßte politische Veränderung in Rußland, den Sturz der Autokratie, als ideologisches Problem völlig irrelevant, da die künftige demokratische Ordnung sowieso den Juden die bürgerliche Gleichberechtigung bringen und den Polen das Recht auf nationale Selbstbestimmung zugestehen würde, so daß einem gemeinsamen Kampf des Proletariats Rußlands für den Sozialismus in der Zukunft keinerlei nationale, d.h. bourgeoise Vorurteile mehr im Wege stünden.

Der Kampf um das OK und die damit angestrebte Beherrschung des kommenden Parteikongresses als theoretische und praktische Ausgangsbasis für den revolutionären Sozialdemokratismus der "Iskra"-Richtung mußte aber in dem Augenblick auf das äußerste bedroht werden, wo andere sozialistische oder sozialdemokratische Gruppierungen innerhalb oder außerhalb Rußlands diese demokratischen Idealvorstellungen durch eine realistischere Einschätzung des Nationalitätenproblems in einem Staat wie Rußland in Frage stellten und dadurch auch die internationale Solidarität des Proletariats innerhalb dieses Staates gefährdeten, ehe auf Grund der faktischen Existenz einer RSDRP in der Praxis die Möglichkeit bestand, derartige "bourgeoise" Einbrüche abzuriegeln und zurückzudrängen.

Das durch den "Bund der armenischen Sozialdemokraten" herausgegebene "Manifest" (8), mit dem sich eine Nationalität zu Wort meldete, der nicht so ohne weiteres ein historisches Anrecht auf nationale Identität im politischen Sinne ab- bzw. zuerkannt werden konnte, wie es bei Juden bzw. Polen der Fall war, verdeutlichte, daß die Existenz der nationalen Frage innerhalb des Russischen Reiches nicht nur ein Organisationsproblem für die RSDRP vor dem Hintergrund ihrer Bemühungen um die Solidarisierung der Arbeiterschaft aller Nationalitäten im Kampf gegen die Autokratie, sondern auch eine Gefährdung für den zukünftigen Fortbestand selbst eines demokratisch regierten, zentralistischen russischen Staates darstellte.

Solidarität mit der RSDRP war für die armenischen Sozialdemokraten allein dann gegeben, wenn sie den "Interessen des Proletariats im allgemeinen und des armenischen im besonderen" entsprach (9). Sie gingen davon aus, daß "die Lage des Proletariats nur durch die Veränderung des existierenden Staatsaufbaus" zu verbessern sei (10) und forderten in Anbetracht der "auf verschiedenen Stufen der kulturellen Entwicklung" stehenden Nationalitäten, denen "nur ein Ausbau der örtlichen Selbstverwaltung" gerecht werden könne, "im zukünftigen freien Rußland" die Errichtung einer "föderativen Republik", die "für alle Nationen das Recht auf Selbstbestimmung" als demokratisches Grundrecht anerkenne. Hinsichtlich des Kaukasus mit seinen nicht auf territoriale Grenzen eindeutig fixierbaren Nationalitäten heiße dies: anstelle der "politischen Autonomie" bloße Forderung nach "Autonomie im kulturellen Leben, d.h. die Freiheit der Sprache, der Schulen der Bildung usw. (11)."

Konnte Lenin mit Genugtuung registrieren, daß die armenischen Sozialdemokraten mit ihrer Forderung nach bürgerlicher und politischer Freiheit und Gleichberechtigung und nicht nach "nationaler Autonomie" sowie nach dem Recht auf Selbstbestimmung für die Nationalitäten die "zwei Grundprinzipien, an die sich alle Sozialdemokraten Rußlands in der nationalen Frage halten müssen", beachtet hatten, so betrachtete er ihre aus diesen Prämissen resultierende Forderung nach einer "föderativen Republik" als "noch nicht ganz folgerichtig"; denn: "Eine Föderation setzt autonome nationale Einheiten voraus, der Bund aber lehnt die Forderung der nationalen Autonomie ab. Um ganz folgerichtig zu sein, mußte der Bund die Forde-

rung der föderativen Republik aus seinem Programm streichen und sich auf die Forderung der demokratischen Republik schlechthin beschränken. Es ist nicht Sache des Proletariats, Föderalismus und nationale Autonomie zu propagieren, es ist nicht Sache des Proletariats, Forderungen aufzustellen, die unweigerlich auf die Forderung hinauslaufen, einen autonomen Klassenstaat zu bilden. Sache des Proletariats ist es, möglichst breite Massen der Arbeiter aller Nationalitäten möglichst fest zusammenzuschweißen, sie in einer möglichst breiten Arena zum Kampf für die demokratische Republik und den Sozialismus zusammenzuschweißen" (12).

Damit hatte Lenin für die Sozialdemokratie Rußlands eine Konzeption in der nationalen Frage entworfen, die die Arbeiter aller Nationalitäten unter Hinweis auf ihr gemeinsames Klasseninteresse zur Erhaltung des bestehenden zentralistischen Staates verpflichtete und Nationalitätenprobleme letztlich außerhalb deren ideologischer Sphäre ansiedelte. Die Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung reduzierte er dabei zur "negativen Pflicht" im Falle äußerer Gewaltanwendung, die ausschließlich der Sicherung der "Selbstbestimmung nicht der Völker und Nationen, sondern des Proletariats innerhalb jeder Nationalität" zu gelten habe (13).

Ein allgemeines sozialdemokratisches Programm durfte für ihn im Hinblick auf Rußland deshalb nur die "Forderung der vollständigen Gleichberechtigung der Staatsbürger (unabhängig von Geschlecht, Sprache, Religion, Rasse, Nationalität usw.) und ihres Rechtes auf freie demokratische Selbstbestimmung" enthalten, während eine Unterstützung weitergehender nationaler Forderungen, wie etwa derjenigen nach "nationaler Autonomie" für die Arbeiterbewegung in Rußland "durchaus keine bleibende, programmatische Pflicht" sei, sondern sich "nur in einzelnen, außerordentlichen Fällen", die jedoch für die armenische Nationalität und ihre Sozialdemokratie niemals gegeben seien, als "notwendig" erweisen könne (14).

Ein Eingehen auf die durch die armenischen Sozialdemokraten geforderte kulturelle Autonomie für jede der Nationalitäten des Kaukasus, die der durch den "Bund" für die Juden Rußlands geforderten nationalkulturellen Autonomie ähnelte, unterließ er dabei völlig (15).

Hatte sich Lenin dadurch einer Auseinandersetzung mit einer sozialistischen Interpretation des Nationalismus, die er als illegitim betrachtete, entzogen, so konstatierte die PPS angesichts eines solchen "Dogmatismus", der "weder Unabhängigkeit, noch Autonomie" zu den politischen Aufgaben des Proletariats zähle und sogar "Sprache, Volkstum und Kultur" zu "bourgeoisien Erfindungen" abwerte, eine Standortlosigkeit der "Iskra" in der nationalen Frage, die dem nichtrussischen Proletariat die Einsicht in die Wechselbeziehungen zwischen Kapitalismus und nationaler Unterdrückung vorenthalte und dabei vergesse, daß die angestrebte "demokratische Republik" doch wiederum nur einen "Klassenstaat" und "keineswegs eine Veränderung des heutigen Systems in ein sozialistisches" darstelle, so daß für die Arbeiterklasse der nichtrussischen Nationalitäten das Problem des

großrussischen Nationalismus mit dieser Republik keineswegs gelöst sei (16).

Der im Anschluß an diese Feststellung erfolgende Hinweis auf die neben der "Iskra" existierende "starke und wachsende Partei der Sozialrevolutionäre, die die nationale Frage nicht für eine "Angelegenheit des Bürgertums" hält" (17), zeigte zugleich auf, daß den russischen Sozialdemokraten im Lager der eigenen Nationalität ein Konkurrent erwachsen war, der den sozialdemokratischen und sozialistischen Organisationen der anderen Nationalitäten ein Alternativprogramm im politischen Kampf gegen die Autokratie zu bieten in der Lage war, das ihre eigenen nationalen Bedürfnisse zumindest engagierter zu berücksichtigen versprach.

Die 1902 aus einigen Gruppierungen unterschiedlicher sozialistischer Richtungen (alte Narodvol'cy, "Narodnoe pravo", Sozialdemokraten) gegründete Partei der Sozialrevolutionäre (P.S. -R.) knüpfte zwar bewußt an die revolutionären Traditionen der "Narodnaja volja" an (18), versuchte aber zugleich auch unter eindeutiger Distanzierung vom Dogmatismus des "revolutionären Sozialdemokratismus" eine eigenständige Synthese zwischen einer unorthodoxen Auslegung der Marx'schen Theorie auf der Grundlage des Bernsteinschen Revisionismus und insbesondere der "subjektiven Methode" Lavrovs und Michajlovskij (19) herzustellen. Als revolutionäre Maxime favorisierten sie anstelle jeglichen Geschichtsdeterminismus die spontane Gestaltung des historischen Augenblicks durch das "werktätige Volk", zu dem sie außer den Bauern und der Industriearbeiterschaft alle oppositionellen Elemente, einschließlich der unterdrückten Nationalitäten, zählten, die es alle durch gelenkte revolutionäre Aktionen (Terror) zu mobilisieren galt (19a).

Ihre Ablehnung des Ökonomismus schien in Verbindung mit ihrer Befürwortung zentralistischer Organisationsprinzipien anfangs durchaus die Möglichkeit einer Verbindung mit den "Iskristen" zu eröffnen; die unterschiedliche Einschätzung der revolutionären Rolle der Bauernschaft und des individuellen Terrors führte jedoch bereits im Frühsommer des Jahres 1902 zum endgültigen Bruch, wenn auch im März 1903 - im Anschluß an Lenins "Was tun?" - zumindest auf sozialrevolutionärer Seite eine gemeinsame revolutionäre Basis zwischen "Marxismus und Narodničestvo" noch immer für möglich gehalten wurde (20).

Seitens der Sozialrevolutionäre glaubte man sich mit den orthodoxen Sozialdemokraten darin einig, daß es im gegenwärtigen Moment um die Erfüllung des Vermächnisses der "Narodnaja Volja" ging, d.h. um den politischen Kampf innerhalb einer "gesamtnationalen" Partei gegen die Autokratie und für die Verwirklichung der demokratischen "Bestrebungen des gesamten russischen Volkes, aller unterdrückten Klassen, Schichten und Gruppen der Nationen" (21). Die unterschiedlichen ideologischen Ausgangspositionen verhinderten aber letztlich ein solches notwendiges revolutionäres Solidaritätsgefühl zwischen "Iskra" und P.S. - R. und spalteten die russischen Sozialisten in zwei Lager, so daß die Zentripetalkraft einer einzigen sozialistischen Partei Rußlands fehle, deren ideologisches und organisatorisches Überge-

wicht innerhalb der Nationalitäten Rußlands die ungehemmte Freisetzung zentrifugaler Kräfte verhindern könne (22).

Die Wiederaufnahme gegen den zentralistischen Staat absolutistischer wie bürgerlicher Provenienz gerichteten Tendenzen zu autonomen Gemeinden und Föderationen in den Traditionen der Narodniki-Bewegung (Herzen, Lavrov, Michajlovskij) und des europäischen Anarchismus (Proudhon, Bakunin) (23) durch die russischen Sozialrevolutionäre ließ sie auch das Nationalitätenproblem mit dem Prinzip der Föderation verbinden. Sie forderten deshalb zumindest die nationale Selbständigkeit Finnlands, Polens, Groß- und Kleinrußlands und des Kaukasus in einem föderativen Verbund von Anbeginn an (24).

Die ausdrückliche Anerkennung der "national-kulturellen Bestrebungen der verschiedenen Völkerschaften" (25) innerhalb des Russischen Reiches veranlaßte die P.S. -R. - im Gegensatz zur "Iskra", die sich mit pauschalen, im Idealtypischen bzw. Formalen anzusiedelnden demokratischen Zusicherungen begnügte - jegliche nationale Forderung als berechtigt zu unterstützen und im Einklang mit der "Idee des internationalen Sozialismus und den Interessen der werktätigen Massen (der) großen historischen Gruppen" für jede Nationalität nach einer individuellen Lösung auf der Grundlage der jeweiligen geschichtlichen Gegebenheiten zu suchen (26).

Für den maßgebenden Theoretiker der P.S. -R., V.M. Černov (1876-1952), lag in der Garantierung einer freien kulturellen Entwicklung für alle Nationalitäten in einem Staat wie Rußland - "unabhängig davon, ob sie die Mehrheit oder die Minderheit auf dem gegebenen Territorium darstellen" - der Schlüssel für die sozialistische Überwindung des unter Berufung auf historisch gewachsene nationale Vorrechte nach staatlicher Absonderung strebenden Nationalismus durch einen Internationalismus, in dem die Nationalen "die Form der Aneignung und Verkörperung des Welt-, des gesamt menschlichen Fortschritts" bilde (27). Ein solcher Internationalismus beinhaltete für Černov eine bewußte Absetzung von jeglichem bürgerlichen Kosmopolitismus, der das Eigenleben der Nationalitäten ignorierte, wie auch von jeglicher staatlicher Assimilationspolitik, die in den betroffenen Nationalitäten erst den Nationalismus erzeuge und dadurch anstelle allgemeinmenschlicher Solidaritätsgefühle chauvinistische Vorurteile setze, die das Klassen- hinter einem Volksbewußtsein zurücktreten ließen (28).

Die Anerkennung eines "völligen und unbedingten Rechts der Nationalitäten auf Selbstbestimmung", die in ihrer politischen Konsequenz das Eintreten "für einen föderativen Aufbau, für eine weitestgehende Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltung und für eine kulturelle Autonomie der Nationalitäten" verlange, sollte infolgedessen die Voraussetzungen für eine "freie Gesellschaftsstruktur" schaffen, innerhalb derer - unter Beachtung der Rechte nationaler Minoritäten wie der Juden - ein "friedliches Zusammenleben verschiedener Nationen unter einem Staatsdach" garantiert werde (29).

Für die Sozialrevolutionäre "als Sozialisten" existiere weder ein histori-

sches noch ein politisches oder territoriales Anrecht auf die nationale Selbstbestimmung; vielmehr bedinge allein die "Tatsache jenes tiefen kulturellen Unterschieds, der die Menschheit in einzelne Nationalitäten teilt", die Realisierung eines solchen Rechts (30). Die Gleichberechtigung der Nationalitäten durch die Schaffung gleicher Bedingungen für ihre ungehinderte kulturelle Entwicklung entspreche aber dem "allgemeinmenschlichen Ideal des Sozialismus"; seien doch nationale Privilegien "ebenso reaktionär und antisozialistisch" wie die Vorrechte einer Klasse (31).

Ausdrücklich wurde diese Möglichkeit einer "historischen Wiedergeburt der durch das kaiserliche Rußland versklavten Völker" nur im Zusammenhang mit dem Sozialismus gesehen, weil der Anschluß an die internationale sozialistische Bewegung allein ihre "nationale Lebensfähigkeit" unter Beweis stelle (32).

In seiner Polemik gegen die "Anhänger des staatlichen Zentralismus" unter den russischen Revolutionären, die für ihn vor allem durch die "Iskra" repräsentiert wurden (33), stellte Černov der These Lenins, daß "Föderalismus und nationale Autonomie" keine proletarischen Forderungen seien (34), da sie in ihrer letzten Konsequenz den "autonomen Klassenstaat" implizierten, die These von der "Umbildung des gegenwärtigen Klassenstaates auf der Grundlage des Föderalismus und der Autonomie" entgegen, die - im Zusammenhang mit einer "breiten Entwicklung der örtlichen und der Gebietsselbstverwaltung" - das "zentralistische Prinzip" des absolutistischen wie des kapitalistischen Staates durch die staatsrechtliche Garantie einer uneingeschränkten kulturellen Entwicklung für jede Nationalität ersetzen, die Ursachen für nationale Auseinandersetzungen zwischen diesen "nationalkulturellen Einheiten" beseitigen und in ihnen die Voraussetzungen für die "Entstehung großer internationaler und allgemeinmenschlicher Ideale unserer Zeit" schaffen werde (35).

In Übereinstimmung mit der "Iskra" betonte Černov die Förderung der Vereinigung aller Arbeiter als oberstes Ziel jedes Sozialisten, aber er lehnte hierfür staatlichen Zentralismus als politisches Druckmittel ab, weil er befürchtete, daß auf diese Weise das natürliche Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft aller Nationalitäten eher abgeschwächt als gefördert würde (36). Er fand keinerlei Berechtigung im Standpunkt der "Iskra", diese vorhandenen politischen Einheitsstaaten, die in der Vergangenheit nicht historisch gewachsen, sondern künstlich konstruiert worden seien, zur Grundlage eigener politischer Vorstellungen zu machen und die Föderation nur als eine Ausnahmeregelung zuzulassen (37); denn weder Zentralismus noch Föderalismus lösten für ihn die Fülle der vorhandenen nationalen Probleme von selbst, weil überhaupt "keine abstrakte und einheitliche Lösung der nationalen Frage für alle Fälle" existiere. Diese Frage sei vielmehr von Fall zu Fall zu entscheiden. Die betreffende Nationalität müsse allerdings durch die bedingungslose Anerkennung ihres Rechts auf nationale Selbstbestimmung selbst in die Lage versetzt werden, ihre eigenen nationalen Bedürfnisse "in Übereinstimmung mit den örtlichen Bedingungen" endgültig klären zu können (38).

Indem die "Iskra" (Lenin) unter Berufung auf Kautsky, der nationale Unabhängigkeitsbestrebungen und proletarische Klasseninteressen für unvereinbar hielt, das sozialrevolutionäre Prinzip zu einer "bürgerlich - demokratischen Phrase" abwertete (39), stellte sie für Černov unter Beweis, das sie in der nationalen Frage noch nicht einmal die "Grundbegriffe" eindeutig zu definieren verstand; denn auch entgegen den Intentionen Kautskys - setze Lenin nationale Selbstbestimmung mit nationaler, d.h. staatlicher Unabhängigkeit gleich, die "nur eine der möglichen Methoden der (nationalen) Selbstbestimmung" darstelle, während Kautsky selbst bloß behauptet habe, daß sich die Form der Staatlichkeit für eine Nationalität aus den übergeordneten Klasseninteressen des Proletariats bestimmen müsse (40).

Für Černov sollte es jeder Nationalität überlassen bleiben, über ihr eigenes nationales Schicksal selbst zu befinden. Jegliche Einmischung von außen - auch die seitens sozialistischer Parteien anderer Nationalitäten - sei unzulässig, wenn sie über die legitime Absicht hinausgehe, die Arbeiterschaft einer solchen Nationalität dahingehend zu beeinflussen, daß der politische Akt der nationalen Selbstbestimmung mit den Zielen des Sozialismus nicht in Widerspruch gerate (41). Hier sah er sich letztlich auch mit Lenin einig, der in der "negativen Pflicht" des Kampfes gegen jegliche Art nationaler Unterdrückung eine politische Vorsorge "für die Selbstbestimmung nicht der Völker und Nationen, sondern des Proletariats innerhalb jeder Nationalität" getroffen zu haben glaubte (42).

Der definierbare Unterschied zwischen diesen beiden sozialistischen Ideologien in bezug auf das nationale Moment, soweit sie Lenin für die "Iskra" und Černov für die P.S. -R. politisch relevant zu machen versuchten, bestand somit zunächst in einer verschiedenartigen Interpretation der historisch gegebenen Verhältnisse in Rußland. Während die "Iskristen" den vorhandenen zentralistischen Einheitsstaat als den ökonomischen und sozialen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Periode der Menschheitsgeschichte entsprechend und aus diesem Grunde als irreversibel betrachteten, sahen die Sozialrevolutionäre in ihm nur ein formales Repressionsmittel der Autokratie, das die Nationalitäten von ihrer historischen Aufgabe der individuellen Entwicklung abhalte, ihren Nationalismus fördere und dadurch das erstrebte Ziel einer Solidarisierung der Arbeiterklasse aller Nationalitäten Rußlands verhindere.

In der Praxis resultierte hieraus die Frontstellung der P.S. -R. gegenüber dem zentralistischen Organisationsmodell der "Iskra" mit seinem Hegemonialanspruch über eine im Grunde als anational angesehene Arbeiterschaft, das seitens Černovs als wirklichkeitsfremd empfunden wurde. Indem er auf das Beispiel der "Narodnaja volja" verwies, der es damals noch nicht einmal gelungen sei, sich mit einem solchen Konzept gegenüber den Polen durchzusetzen und die deshalb aus besserer Einsicht in die historische Wirklichkeit eine organisatorische Verbindung mit der polnischen sozialistischen Organisation "Proletariat" auf föderalistischer Grundlage eingegangen sei, weil sie ein "enges Bündnis" zwischen beiden revolutionären Parteien für "ebenso erforderlich" gehalten habe wie ihre "beiderseitige

völlige Selbständigkeit" (43), bezweifelte Černov für die Gegenwart, in der nunmehr nicht nur innerhalb der Polen, sondern auch innerhalb der Völker des Kaukasus, der Juden, der Letten, der Litauer und der Ukrainer nationale sozialistische Gruppierungen bestünden, erst recht eine solche Möglichkeit und unterließ es dabei gleichzeitig nicht, die P.S.-R. - in der Nachfolge der "Narodnaja volja" - diesen Organisationen als weitherzigen Anwalt für die nationalen Belange ihrer Völker im gemeinsamen revolutionären Kampf gegen die russische Selbstherrschaft sowie für die Zeit danach zu offerieren (44).

Es waren aus diesem Grunde auch weniger die theoretischen Vorstellungen russischer Sozialrevolutionäre über eine föderative Grundstruktur des zukünftigen russischen Staates in Verbindung mit der Anerkennung eines absoluten Rechts auf nationale Selbstbestimmung in einem sozialistischen Sinne, die die "Iskristen" auf den Plan riefen, als vielmehr die bereits erfolgte enge Fühlungnahme zwischen der P.S.-R. und der PPS (45) und die gleichzeitig von sozialrevolutionärer Seite aus unternommenen Versuche, zwischen dieser polnischen Organisation und dem jüdischen "Bund" zu vermitteln (46).

Die "zärtlichen Gefühle" der PPS für die russischen Sozialrevolutionäre veranlaßten sie, die bisher gegenüber der ersteren eingehaltene taktische Linie der Vermeidung einer direkten Konfrontation aufzugeben und mit einer eindeutigen Interpretation der die nationale Frage betreffenden Punkte ihres eigenen Parteiprogrammentwurfes (47) vom Standpunkt des revolutionären Sozialdemokratismus aufzuwarten (48).

Zwar genügte Lenin zur Berücksichtigung dieser gesamten Problematik im Grunde auch weiterhin die im Entwurf aufgestellte "Forderung nach einer Republik mit demokratischer Verfassung", in der für ihn bereits die pauschale "Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen, die zum Staate gehören", als ein demokratisches Postulat unter anderen enthalten war, aber die Frontstellung der PPS (49) gegen seinen ersten Interpretationsversuch (50) zwang ihn, den proletarischen Klassenstandpunkt in dieser Frage eindeutiger zu fixieren (51).

Im Namen der Sozialdemokratie Rußlands sprach er sich weiterhin für die "bedingungslose Anerkennung des Kampfes für die Freiheit der Selbstbestimmung" aus. Prioritäten setzte aber für ihn nach wie vor die "Selbstbestimmung nicht der Völker und Nationen, sondern des Proletariats innerhalb jeder Nationalität"; denn vorrangig bleibe "stets und unbedingt die engste Vereinigung des Proletariats aller Nationalitäten", während die "Schaffung eines neuen Klassenstaates" oder die "Ersetzung der völligen politischen Einheit eines Staates durch eine losere föderative Einheit" nur eine taktische Variante im allgemeinen Kampf um demokratische Freiheiten darstelle (52).

Wenn nun die PPS eine solche sozialdemokratische Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes für die Nationalitäten Rußlands gleichermaßen als verschwommen, doktrinär und anarchistisch bezeichnete, weil sie dem Prole-

tariat allein die Beseitigung des Kapitalismus zur Aufgabe mache und "Sprache, Nationalität und Kultur u.ä." zu "bürgerlichen Erfindungen" abwerte (53), so sah Lenin einer solchen Argumentation "fast sämtliche Irrtümer anhaften, die in der nationalen Frage unter den Sozialisten so geläufig und verbreitet" seien, während in Wahrheit im Zusammenhang mit diesem Problembereich für die Sozialdemokratie Rußlands doch nur die Frage der bedingungslosen oder der bedingten Anerkennung des Rechts auf nationale Unabhängigkeit entscheidend sein könne (54).

Hatte sich die PPS von Anfang an für das absolute Recht auf Selbstbestimmung entschieden, woraus sich auch ihre Sympathien für die P.S.-R., die dieselbe Auffassung vertrete, erklären ließen (55), so bewiesen - nach Auffassung Lenins - beide mit dieser "bürgerlich-demokratischen Phrase" nichts anderes als eine inkonsequente Einstellung zur Theorie und Praxis des proletarischen Klassenkampfes, dem ja gerade das nationale Moment unterzuordnen sei. Für ihn resultierte ein solcher politischer Anspruch, der sich auf die gesamte Nationalität und nicht auf deren Arbeiterschaft allein bezog, aus einer "bürgerlich-demokratischen Einstellung" und entsprang bei PPS und russischen Sozialrevolutionären gleichermaßen einem sozialistischen Opportunismus, der dadurch, daß er anstelle der Klassen das Volk in seiner Gesamtheit zum Kämpfer für demokratische Freiheiten erwähle, die Klassengrenzen verwische (56).

Am Beispiel einzelner Stellungnahmen Marx', Engels', Kautskys und Mehrings zum Problem der staatlichen Wiederherstellung Polens suchte Lenin die theoretische Rechtfertigung seiner These von der klassenbedingten Relativierung der Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung vom Standpunkt des revolutionären Sozialdemokratismus zu beweisen.

Kautsky, der - entgegen der dogmatischen Position Rosa Luxemburgs in der polnischen Frage (57) - die historische Berechtigung einer Wiederherstellung des polnischen Staates als Klassenforderung des polnischen Proletariats auch für die Gegenwart nicht im Widerspruch mit der Marx'schen Theorie sah, aber ihre Unterstützung nur insoweit für historisch notwendig erachtete, als sie mit den Interessen der internationalen Arbeiterklasse zusammenfalle (58), galt für Lenin als Ausgangspunkt und Rechtfertigung seiner eigenen theoretischen Überlegungen, die er in ihrem Grundkern bei Marx und Engels vorzufinden glaubte (59); denn mit beiden hielt er das polnische Streben nach nationaler Unabhängigkeit allein dann für legitim, wenn es sich gegen reaktionäre politische Systeme richte und sich somit - vom proletarischen Klassenstandpunkt aus gesehen - als demokratischer erweise (60).

Hatte die Unterstützung des polnischen Unabhängigkeitsstrebens durch Marx und Engels für Lenin im 19. Jahrhundert ohne Zweifel ihre Gültigkeit auch für die internationale Sozialdemokratie gehabt, so bedeutete die Ignorierung der "seither veränderten Bedingungen" und die Beharrung "auf den alten Lösungen des Marxismus" in der Gegenwart eine formale Aneignung dieser Theorie, statt mit Hilfe ihrer Methoden zu einer inhaltlichen Analyse der gegebenen historischen Verhältnisse vorzustoßen (61).

Polen könne in einer Zeit, wo die bürgerlich-demokratischen Bewegungen von den proletarisch-sozialistischen abgelöst werden, nicht mehr "als Ganzes revolutionär" sein und dadurch auch nicht mehr die "Vorhut der Demokratie" Europas gegen die russische Reaktion bilden; hätten sich doch seine herrschenden Klassen längst mit denen seiner Unterdrückerstaaten liiert, so daß allein seine Arbeiterklasse revolutionär geblieben sei, nur daß sie jetzt gemeinsam mit der deutschen und russischen Arbeiterschaft für die soziale Befreiung kämpfe, deren "revolutionäres Zentrum" aber - nach Kautsky - nicht in Polen, sondern in Rußland liege (62).

Jedoch nicht nur mit Kautsky, sondern auch mit Franz Mehring glaubte sich Lenin in Übereinstimmung, obgleich dessen totale Negation der "Wiederherstellung eines polnischen Klassenstaates" als einer sozialdemokratischen Forderung zu einem Zeitpunkt, wo die internationale Arbeiterklasse bereits die Realisierung des Sozialismus anstrebe, ihm zwar theoretisch richtig erschien, er aber auch nicht gänzlich "in Doktrinarismus" verfallen und jegliche praktische Bedeutung einer zeitweiligen Überlagerung und Bestimmung des politischen Moments durch "diese oder jene nationale Frage" von Anfang an "kategorisch" ausschließen wollte (63).

Einer solchen politischen Einschätzung der polnischen Frage als eines taktischen Moments innerhalb des proletarischen Klassenkampfes wurde für Lenin der Programmentwurf der "Iskra" für die RSDRP mit seiner Unterstützung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung für alle Nationalitäten des Russischen Reiches gerecht, da man hier zumindest theoretisch die historische Berechtigung der Forderung des polnischen Proletariats nach nationaler Unabhängigkeit anerkenne, soweit sie mit dessen eigenen Klasseninteressen, d.h. auch denen des gesamten Proletariats Rußlands, vereinbar sei (64).

Sah Lenin in einer solchen Relativierung der Forderung nach nationaler Selbstbestimmung den sozialdemokratischen Kernpunkt zur Vermeidung der Aufgabe der proletarischen Klassenposition "zugunsten der bürgerlich-demokratischen Auffassung von der nationalen Unabhängigkeit" (65), so befand er sich dadurch, daß er die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie ausschließlich als proletarische und nicht zugleich auch als allgemeindemokratische, im Interesse aller Unterdrückten erhobene Forderungen spezifizierte, in einem gewissen Gegensatz zur älteren Generation der russischen Sozialdemokraten innerhalb der "Iskra" (66); denn für Plechanov z.B. besaß die im Programmentwurf enthaltene politische Maxime von der "Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller Nationen, die zum Staate gehören", nicht nur für den Kampf gegen die Autokratie Bedeutung, sondern er erblickte in ihr, die für bürgerliche Demokraten weder in Theorie noch in Praxis von größerer Bedeutung sei, eine prinzipielle sozialdemokratische Verpflichtung, die sich auch auf eine zukünftige demokratische Republik Rußland zu erstrecken habe (67).

Für Lenin befand sich der Kampf der PPS für einen polnischen Nationalstaat und damit für die Auflösung des Russischen Reiches - im Gegensatz

zu dem der RSDRP gegen die Selbstherrschaft - im Widerspruch mit den historischen Gegebenheiten. "Solange" die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland die politische Einheit dieses Staates immer fester füge und "solange" die bürgerlichen Klassen aller europäischen Staaten sich mit der Autokratie gegen das internationale Proletariat "immer einmütiger" zusammenschlossen, konnte in seinen Augen ein solcher Separatismus nur aus einem bourgeoisien Demokratieverständnis resultieren, das darauf angelegt sei, den monolithischen Block der internationalen Arbeiterklasse im Kampf gegen den Kapitalismus zu zerstören (68).

Das Faktum, daß die PPS die Frage der nationalen Selbstbestimmung eindeutig dem proletarischen Klassenstandpunkt seiner sozialdemokratischen Interpretation überordnete, galt für Lenin als Beweis ihres polnischen Chauvinismus, während die "Iskra" gerade durch die Umkehrung dieser Reihenfolge für ihn vor aller Welt dokumentierte, daß ihre politische Einstellung mit keinerlei russischem Hegemonialstreben gegenüber den anderen Nationalitäten identisch sei. Daraus folgerte er: "Die PPS ist der Ansicht, die nationale Frage erschöpfe sich in dem Gegensatz: "Wir" (die Polen) und "sie" (die Deutschen, Russen usw.). Der Sozialdemokrat dagegen rückt einen anderen Gegensatz in den Vordergrund: "Wir" - die Proletarier, und "sie" - die Bourgeoisie" (69).

Da Lenin seine Stellungnahme zur polnischen Frage zugleich als eine für alle Nationalitäten Rußlands allgemeingültige Aussage betrachtete, die sich nach seinen Worten "voll und ganz auch auf jede andere nationale Frage" übertragen ließ (70), stellt sich berechtigterweise die Frage, inwieweit er zum damaligen Zeitpunkt tatsächlich bereit war, die nationale Problematik aus der sozialdemokratischen Ideologie zu eliminieren bzw. sie nur noch in bezug darauf negativ zu bestimmen.

Folgt man seiner Argumentation, so wird deutlich, daß er eine solche Allgemeingültigkeit seiner Aussage ausschließlich im Zusammenhang mit der Organisationsfrage sah, was zunächst nichts anderes bedeutete, als daß er auf Grund der durch die Politik der russischen Regierung hervorgerufenen "sehr großen Entfremdung" zwischen den Arbeiterklassen aller Nationalitäten Rußlands nicht die Legitimierung eines solchen Übelstandes "durch irgendwelche "Prinzipien" von getrennten Parteien (PPS, K.H.) oder einer "föderativen" Partei (Bund, K.H.)" beseitigt sehen wollte, sondern allein durch eine zentralistische Einheitsorganisation des gesamten Proletariats Rußlands, weil nur auf dieser Basis der revolutionäre Kampf gegen die Autokratie und die internationale Bourgeoisie durchgeführt werden könne (71).

Letztlich hatte Lenin also nicht anderes unternommen, als daß er die Erkenntnis einer zum gegenwärtigen Moment unmöglich gewordenen Integration der PPS in eine RSDRP nach dem "Iskra"-Modell, die auch seine älteren Parteifreunde innerhalb der "Iskra" sicherlich teilten (72), mit einer ideologischen Abgrenzung gegenüber dieser Partei verbunden hatte, wofür es nicht zuletzt wegen der Einstellung der russischen Sozialrevolutionäre

gegenüber der nationalen Frage in Anbetracht der eigenen organisatorischen Schwäche und vor allem im Hinblick auf den eigenen gesamtstaatlichen Anspruch genug Anlaß gab.

Für die "Iskra" aber blieben noch der "Bund" und die SDKPiL mit ihren organisatorischen Eigenbestrebungen übrig, mit denen man sich auf dem kommenden Parteitag auseinandersetzen mußte, wobei es, sollte sich dies nicht bewerkstelligen lassen, in erster Linie mit dem "Bund", an dessen für russische Verhältnisse großer und handlungsfähiger Organisation man einfach nicht vorbeigehen konnte, eklatant auf dem Parteitag selbst zu brechen galt, um eine geeignete Agitationsbasis gegen einen solchen Saboteur des gesamt-russischen sozialdemokratischen Einigungswillen zu schaffen.

7. Der endgültige Fehlschlag der Eingliederung nationaler sozialdemokratischer Organisationen in eine zentralistisch strukturierte RSDRP nach dem "Iskra"-Modell auf dem II. Parteitag der RSDRP (17./30. Juli - 10./23. August 1903)

Vor dem Parteitag der RSDRP wurde seitens des "Bund" noch einmal die eigene Position innerhalb der Gesamtpartei im Hinblick auf die Vereinigungsfrage klar definiert, wobei bei aller Hervorhebung eines eigenen vitalen Interesses am Zusammenschluß mit der "Iskra" zugleich auch die Grenzen der eigenen Kompromißbereitschaft ebenso eindeutig markiert wurden. Sie hatten dort zu liegen, wo der eigene Anspruch, als nationale Vertretung der jüdischen Arbeiterschaft Rußlands zu gelten, in Frage gestellt wurde (1).

Nach wie vor negierte man - im Gegensatz zur "Iskra", die vom historischen Faktum einer RSDRP als "organisatorischem Ganzen" auf der Grundlage der Beschlüsse des I. Parteitags (1898) ausging - die historische Existenz einer Gesamtpartei und konstatierte im Gegensatz dazu die "völlig selbständige" Entwicklung einzelner sozialdemokratischer Organisationen, die sich in Programm und Taktik einer nicht vorhandenen RSDRP zugehörig fühlten (2). Dem "Bund" ging es konkret um die Überprüfung seines Autonomiestatus aus dem Jahre 1898 und um dessen Anpassung an die nunmehrigen nationalen Bedürfnisse der jüdischen Arbeiterklasse, d.h. um die Fixierung seines organisatorischen und ideologischen Selbstverständnisses in Absetzung von den Vorstellungen der "Iskra" und auch der SDKPiL über eine Autonomie als rein technischem und damit temporärem Zugeständnis an die speziellen Agitationserfordernisse für ein jiddisch sprechendes Proletariat (3), dem man selbst mit der Forderung nach nationalkultureller Autonomie zur Anerkennung als Nationalität verhelfen wollte (4).

Nach Auffassung des "Bund" lag dem Autonomiebegriff von 1898, der ihm in besonderen sozialdemokratischen Fragen, die nur das jüdische Proletariat unmittelbar betrafen, eine gewisse Selbständigkeit verlieh, während er ihn in den allgemeinen jeder beliebigen Gebietsorganisation gleichsetzte, eine logische Inkonsistenz zugrunde. Diesen offensichtlichen Widersinn

habe man in der Praxis durch die eigene Tätigkeit als nationaler sozialdemokratischer Organisation der jüdischen Arbeiterklasse Rußlands mit einer speziellen Interpretation des allgemeinen sozialdemokratischen Programms bereits selbst ausgeglichen. Die Notwendigkeit hierfür habe sich aus der "Ungelöstheit" der jüdischen Frage, die für die übrige Arbeiterschaft Rußlands doch nur ein theoretisches Problem sei, ergeben (5) und nicht aus einem bloßen "Monopol"-Streben, wie es die "Iskra" unterstelle (6).

Aus dem "inneren Widerspruch", den die Autonomie von 1898 implizierte, ergaben sich nach bundistischer Auffassung konträre Interpretationen. Der "Bund" habe frühzeitig erkannt, daß besondere wie allgemeine sozialdemokratische Forderungen aus "ein und denselben sozialpolitischen Bedingungen" erwachsen und habe deshalb folgerichtig ein direktes Mitspracherecht in allen Fragen sowie eine eigene Vertretung innerhalb der Zentralstellen einer zukünftigen Gesamtpartei gefordert. "Iskra" und SDKPiL hingegen seien von Anfang an bestrebt gewesen, die bundistische Autonomie auf rein technische Agitationsprobleme hinsichtlich der "ethnographischen Besonderheiten (Psychologie, Sprache, Traditionen)" der jüdischen Arbeiterschaft zu reduzieren. So habe ihre Erweiterung bzw. Beseitigung ständig zur Debatte gestanden und nur deshalb sei weder das eine noch das andere zum Tragen gekommen, weil die Autonomie wegen des faktischen Nichtvorhandenseins einer RSDRP niemals praktiziert zu werden brauchte (7).

Die historische Entwicklung des "Bund" zur nationalen sozialdemokratischen Organisation der gesamten jüdischen Arbeiterschaft Rußlands und nicht zu einem Gebietskomitee verlange aber nunmehr die offizielle Anerkennung des Tatbestandes, daß das jüdische Proletariat "nicht nur ein Teil der Weltfamilie der Proletarier, sondern auch ein Teil des jüdischen Volkes, das eine besondere Stellung inmitten der anderen Völker einnimmt", darstelle, und dies mache wiederum auch innerhalb der in absehbarer Zeit zu konstituierenden RSDRP einen Autonomiestatus erforderlich, dessen inhaltliche Füllung es dem "Bund" zu Recht erlaube, sich als "föderativen Teil" der Gesamtpartei zu bezeichnen (8).

Auf dem V. Parteikongreß des "Bund" in Zürich, der im Juli 1903 kurz vor dem II. Parteikongreß der RSDRP und noch unter dem Eindruck der Prognose von Kişinev zusammentrat, galt es, diese theoretische Ausgangsposition in praktische Forderungen umzumünzen, wobei man sich von vornherein darüber im klaren war, daß zur Vermeidung einer bloßen Konfrontation gegensätzlicher Auffassungen über das föderative Prinzip unter Wahrung des Substanziellen ein Höchstmaß an Kompromißbereitschaft notwendig sei (9).

Dennoch konnte man sich nicht - wie auf dem IV. Parteikongreß (1901) - damit begnügen, in der Frage der Stellung der eigenen Organisation innerhalb der RSDRP nur ein "allgemeines Prinzip" aufzustellen, da nach Ansicht der Delegierten die Erfahrungen der letzten Jahre und vor allem der kurz bevorstehende Parteikongreß der Gesamtpartei eine detaillierte Bestimmung der eigenen Position in dieser Frage jetzt "notwendig und unaufschiebbar" machte (10).

Man ging hierbei von der Vorstellung aus, daß ein natürlicher Interessenausgleich zwischen den Bedürfnissen der "allrussischen Bewegung in ihrer Gesamtheit" und denen der "einzelnen nationalen Organisationen" gesichert werden mußte (11).

Diesem Vorhaben sollte der Entwurf eines Statuts über die "Stellung des "Bund" innerhalb der RSDRP" zu Grundlage dienen, in dessen von den Delegierten mit großer Mehrheit angenommenen zwölf Paragraphen (12), der "Bund" eindeutig als "föderativer Teil der RSDRP" (13) und als alleiniger - von Gebietsgrenzen unbeschränkter - Vertreter des jüdischen Proletariats Rußlands mit einer eigenen Vertretung in den Zentralorganen der Gesamtpartei und mit besonderen Programmforderungen im Rahmen der Prinzipien des Programms der gesamt-russischen Sozialdemokratie definiert wurde (14).

Nach Formulierung dieser Grundposition, die im Hinblick auf eine "normale und dauerhafte" Eingliederung des "Bund" in die "ihrer Nationalität nach aus heterogenen Elementen" bestehende RSDRP unternommen wurde (15), galt es in Anbetracht der "Anomalie der Lage der Dinge im gegenwärtigen Augenblick" den Entwurf auf die Möglichkeit zeitweiliger Kompromisse hin zu überprüfen, ohne daß der Anspruch, als nationale sozialdemokratische Organisation der jüdischen Arbeiterschaft zu gelten, gefährdet werden dürfte (16).

Dabei implizierte der Entwurf bereits eine wesentliche Einschränkung, indem im § 1 nunmehr nicht mehr - wie in der entsprechenden Resolution des IV. Parteikongresses (1901) und in der bundistischen Literatur der folgenden Jahre - von einer im allgemeinen föderativ gegliederten Gesamtpartei ausgegangen wurde (17). Ohne daß man angesichts des russischen Vielvölkerstaates prinzipiell von dieser Vorstellung abzurücken gewillt war, sah man dennoch jetzt die Frage der Beziehungen zwischen den sozialdemokratischen Organisationen der einzelnen Nationalitäten und der RSDRP "in Abhängigkeit von den konkreten, für die verschiedenen Gruppen ungleichartigen Bedingungen" (18).

Hinzu kam, daß man - entgegen der bisher in der eigenen Presse vertretenen Auffassung - von dem faktischen Bestehen der RSDRP, die sich gegenwärtig aus "zwei Teilen: der russischen Sozialdemokratie und dem "Bund"" zusammensetze, ausging (19), womit man zweifellos - wenigstens für sich - das Konzept einer Gesamtpartei auf föderativer Grundlage retten und es zugleich auch als bereits praktiziertes historisches Beispiel allgemein auf der Tagesordnung lassen wollte.

Diesen taktischen Rückzug in die Defensive verdeutlichten in erster Linie die unterschiedlichen Ansichten der Delegierten über die inhaltliche Füllung des § 1 des Entwurfs, durch den die folgenden Paragraphen im Sinne der Autonomie bzw. in dem der Föderation bestimmt werden sollten (20).

Während ein Teil der Kongreßteilnehmer aus prinzipiellen wie taktischen Erwägungen jegliche genaue Definition des Statuts als ein föderatives ab-

lehnte und den Entwurf deshalb als einen "unbestimmten Typus" charakterisieren wollte, dem nur bestimmte, unumgängliche Bedingungen für die Stellung der eigenen Organisation innerhalb der Gesamtpartei zugrunde liegen sollten, vertrat die Mehrheit die - aus der Literatur des "Bund" bereits bekannte - Auffassung, daß nicht eine einzelne Autonomie, sondern allein die Föderation als die Summe der in bezug auf das Ganze dem Prinzip der Gleichheit unterliegenden "autonomen Einheiten", die weitere Selbständigkeit einer nationalen sozialdemokratischen Organisation innerhalb der RSDRP garantieren könne, was man insbesondere deshalb für notwendig erachtete, weil sich die russischen Sozialdemokraten ("Iskra") mit der Gesamtpartei gleichsetzten (21).

Die Mehrheit der Delegierten war darüber hinaus von der Notwendigkeit einer definitiven Aussage über den Status des "Bund" überzeugt und stimmte aus diesem Grunde der bereits erwähnten Formulierung des § 1 zu, ohne dabei - angesichts der bekannten Animosität der "Iskra" in dieser Frage - soweit zu gehen, diesen Paragraphen zum Verhandlungsgegenstand für den kommenden Parteikongreß der RSDRP machen zu wollen, so daß er aus taktischen Erwägungen nicht in die Reihe der ultimativen Punkte aufgenommen wurde (22). Begnügte man sich, um ein Scheitern der Vereinigungsverhandlungen nicht von vornherein zu provozieren, mit einer einseitigen Erklärung, daß das Statut als ein föderatives zu definieren sei, so lehnte man hingegen jegliche Autonomie für den "Bund" ultimativ ab, weil man sie - auf Grund der Möglichkeit ihrer negativen Auslegung in einem rein technischen Sinne, wie es die "Iskra" während der letzten Jahre praktiziert habe - für das eigene Selbstverständnis als nationaler Vertretung des gesamten jüdischen Proletariats Rußlands für völlig unzureichend hielt (23).

Den wichtigsten Punkt unter den ultimativen Paragraphen (24), der auf dem Kongreß auch als erster erörtert und "ohne Diskussion, einstimmig" angenommen wurde, weil er die theoretische Begründung für den eigenen organisatorischen Separatismus gab, bildete der erste Teil des § 2 (25), der den "Bund" als nationale sozialdemokratische Organisation definierte und die jüdische Arbeiterschaft sowohl zu einer Klasse innerhalb einer "jüdischen Nation" als auch zu einem "selbständigen Summanden", der mit dem Proletariat der anderen Nationalitäten die Summe der gesamtrussischen Arbeiterklasse bildete, bestimmte (26).

Vergleicht man die ultimativen Punkte des Statutenentwurfs in ihrer Gesamtheit mit den zuerst beschlossenen weitergehenden Paragraphen (27), und beachtet man in diesem Zusammenhang auch die erneute Bestätigung der Resolutionen des IV. Kongresses (1901): "Über die Arbeit im Süden", "Über den Zionismus" und "Über die Progrome" (28), so wird eindeutig sichtbar, daß der V. Kongreß des "Bund" - von einem solchen nationalen Selbstverständnis unter Wahrung eines konsequenten proletarischen Klassenstandpunktes ausgehend - zwar jegliches Verdachtsmoment einer Affinität zum Zionismus als eines bürgerlichen Nationalismus auszuräumen suchte, zugleich aber keinen Zweifel daran ließ, daß der faktische Eintritt in die RSDRP nur dann möglich sei, wenn das jüdische Proletariat als die Arbei-

terklasse einer jüdischen Nationalität anerkannt werde. Die Prioritäten für den kommenden Parteitag der RSDRP waren seitens des "Bund" damit unmißverständlich gesetzt worden.

Dem Kampf gegen diese "Vorurteile eines revolutionären Nationalismus", der die Sozialdemokratie Rußlands in eine russische, polnische, jüdische usw. sozialdemokratische Bewegung zu atomisieren und einen "künstlichen Antagonismus" innerhalb der Arbeiterschaft Rußland anzuheizen drohe (29), galt darum auch weiterhin die erhöhte Aufmerksamkeit der "Iskra". Die von Lenin formulierte direkte Stellungnahme zu den Beschlüssen und insbesondere zum Statutenentwurf des V. Kongresses des "Bund" verdeutlichte dabei mit aller Schärfe, daß die von beiden Seiten befürchtete Konfrontation auf dem Parteitag der RSDRP durch die taktische Flexibilität des "Bund" auf der Grundlage einer Überbrückung gegensätzlicher Positionen durch Vermeidung des Gebrauchs bestimmter Termini kaum möglich war, da man es auf seiten der "Iskra" als völlig irrelevant ansah, ob der Begriff "Föderation" im Entwurf nun auftauchte oder nicht (30). Als entscheidend betrachtete Lenin deshalb auch vor allem den § 2, dessen implizierter Monopolanspruch auf die jüdischen Arbeiter Rußlands für ihn das Endglied einer langen Kette von Versuchen darstellte, das jüdische Proletariat mit bourgeoisem Nationalismus zu infizieren. Diesen Paragraphen interpretierte er als einseitige Aufkündigung des sozialdemokratischen Auftrags der "Annäherung und Vereinigung der Proletarier aller Nationen, aller Rassen, aller Sprachen" (31).

Auf dem von ihnen lang herbeigesehnten Parteikongreß der RSDRP, der in der Zeit vom 17./30. Juli bis 10./23. August in Brüssel und London stattfand, kam die Gegentaktik der "Iskristen" bereits in der Debatte um die Reihenfolge der Tagungsordnungspunkte zum Tragen.

Beharrte der "Bund" weiterhin auf seinem Statutenentwurf, so sollte diese Organisation bereits vor jeglichem Eintritt in die Erörterung der Organisations- und Programmfragen von den anderen Kongreßteilnehmern isoliert und zum Austritt aus eigenem Entschluß provoziert werden (32).

Ihren wichtigsten Erfolg konnten sie auf Grund der Tatsache verbuchen, daß es ihnen gelang, die Mehrheit der Delegierten (30:10) für die eigene Forderung nach Behandlung des Entwurfs des "Bund" an erster Stelle der Tagesordnung hinter sich zu bringen (33). Damit waren die "Bundisten" von vornherein in die Defensive gedrängt worden; denn dieses Abstimmungsergebnis implizierte indirekt das Verdikt ihrer Konzeption vom "Bund" als föderativen Teil der RSDRP. Für die "Iskristen" war hingegen, wie man auch auf bundistischer Seite richtig erkannte, der erste Teil ihres Planes, mit einer vorgezogenen Erörterung der Stellung des "Bund" innerhalb der Gesamtpartei zugleich auch die Frage Autonomie oder Föderation prinzipiell zu lösen, erfolgreich ausgeführt worden (34).

Liber, der als Referent die Auffassungen des "Bund" in der Organisationsfrage zu interpretieren hatte, blieb deshalb nicht anderes übrig, als sie

mit dem zentralistischen Modell der "Iskra" im Einklang zu erklären (35). Getreu den taktischen Weisungen des V. Kongresses versuchte er sodann, die organisatorische Selbständigkeit des "Bund" innerhalb der Gesamtpartei dadurch zu retten, daß er der Autonomie von 1898 eine eindeutige Begriffsbestimmung aberkannte. Im Vergleich zu derjenigen, die die PPS innerhalb der deutschen Sozialdemokratie anstrebe, sei sie zu eng und, indem sie den "Bund" weder als Gebietsorganisation noch als nationale Organisation eindeutig definiere, außerdem zu unbestimmt gefaßt. Der Begriff der Föderation hingegen habe in Rußland überhaupt noch keine inhaltliche Auslegung erfahren, sei aber durch das Vorbild der nach Nationalitäten föderativ gegliederten Sozialdemokratie in Österreich bereits "prinzipiell" insoweit mit Substanz gefüllt, daß er für Rußland zumindest in bezug auf den "Bund" als nationalen Vertreter einer unter besonderen historischen Bedingungen lebenden jüdischen Arbeiterklasse anwendbar sei (36).

Stellten für die "Iskristen" "Föderation und Dezentralisation Synonyme" dar, so gab es für Liber wiederum "keine höhere Zentralisation als die Föderation", weil das Proletariat einer Nationalität sich nur dann in Programm- wie Organisationsfragen nach einem gemeinsamen sozialdemokratischen Mittelpunkt ausrichte, wenn man zugleich auch seine nationalen Bedürfnisse vorbehaltlos berücksichtige. Autonomie aber führe, wie es der "Bund" vorexerziert habe, zur Absonderung, da hier das nationale Eigeninteresse zwangsläufig das Gemeininteresse der gesamten Arbeiterbewegung Rußlands verdränge. Liber folgte deshalb in spitzfindiger Überformalisierung: "Die föderative Organisation beseitigt diese Absonderung und garantiert am besten die Zentralisation" (37).

Was für Liber nur einen letzten verzweifelten Versuch bedeutete, die angestrebte bundistische Eigenständigkeit innerhalb der zukünftigen Gesamtpartei durch Hervorhebung der integrierenden Bestandteile des für den "Bund" angestrebten föderativen Status zu retten, betrachtete Martov, der Korreferent aus dem Lager der "Iskra", als den totalen Einbruch des Nationalismus in sozialdemokratische Vorstellungen. Hier sollten seines Erachtens nicht mehr organisatorische Beziehungen zwischen sozialdemokratischen Gruppierungen jüdischer und russischer bzw. gesamtrussischer Arbeiter einem Reglement unterworfen, sondern nationale Beziehungen zwischen "Juden und Nichtjuden" reguliert werden. Nicht mehr die Organisationsfrage stand somit zur Debatte, sondern ihr prinzipieller Kern, das proletarische Klasseninteresse (38). Eine Verhinderung der Ausbildung einer Klassensolidarität aller Arbeiter Rußlands durch "Gruppen-, Berufs- oder nationale Interessen" durfte es nicht geben. In bezug auf die letzteren postulierte er deshalb: "Die nationalen Unterschiede spielen in Anbetracht der gemeinsamen Klasseninteressen eine untergeordnete Rolle" (39).

Die besondere rechtliche Stellung der Juden in der "čerta osedlosti" rechtfertigte für ihn keine nationale "Absonderung", sondern allein eine "erweiterte Autonomie" innerhalb der RSDRP, die jedoch niemals das Prinzip der nationalen Eigenständigkeit beinhalten konnte, zur wirkungsvolleren Be-

kämpfung dieser für die jüdischen Arbeiter zusätzlichen Bedrückung. Damit war ein Rahmen für die selbständige Tätigkeit des "Bund" innerhalb der Gesamtpartei abgesteckt worden, der diesem weiterhin die bloße Funktion einer Gebietsorganisation unter anderen, wenn auch mit einem - durch eine historisch anormale Situation bedingten - autonomen Status, beließ (40).

Indem sie die "engste Vereinigung des jüdischen Proletariats mit dem Proletariat aller Rassen" (41) als notwendige Voraussetzung für die politische und soziale Befreiung des ersteren und für den erfolgreichen Kampf gegen Chauvinismus und Antisemitismus im allgemeinen (42) deklarierte und gleichzeitig eine gewisse Selbständigkeit der jüdischen Arbeiterbewegung innerhalb dieser proletarischen Einheitsfront im Hinblick auf technische Probleme einer spezifischen Agitation und Propaganda inmitten einer - von der christlichen durch Sprache und Lebensbedingungen unterschiedenen - jüdischen Bevölkerung zugestand, forderte deshalb eine von Martov verlesene und ausschließlich von Juden (43) unterschriebene Resolution die Delegierten des Parteitags dazu auf, jegliche Art der Föderation zwischen RSDRP und "Bund" abzulehnen und statt dessen letzterem einen - im Zusammenhang mit der Erörterung des Organisationsstatuts der Gesamtpartei noch näher zu definierenden - autonomen Status zu gewähren (44).

In den anschließenden Debatten zeigte sich bald, daß die bundistischen Delegierten allein standen (45). Nicht nur die "Iskra"-Anhänger unter den Rednern, die - sorgsam ausgewählt - vor allem aus den Reihen der Delegierten kamen, die entweder ihrer Abkunft nach aus nichtrussischen Nationalitäten (Juden, Georgier, Armenier) stammten oder Gebietskomitees (Odessa, Ekaterinoslaw, Kiev) vertraten, die in der Vergangenheit mit dem Hegemonialanspruch des "Bund" über das gesamte jüdische Proletariat Rußlands konfrontiert worden waren, verurteilten die Haltung des "Bund" als separatistisch und nationalistisch (46). Auch die Delegierten der anderen Richtungen innerhalb der russischen Sozialdemokratie, selbst einer der Delegierten des "ökonomistischen" "Auslandsbundes der russischen Sozialdemokraten", Martynov (A.S. Pikker) (47), sprachen zumindest von nationalistischen Verirrungen in der Organisationsfrage (48). Die Redner des "Bund" hingegen versicherten immer wieder die Vereinbarkeit einer nationalen sozialdemokratischen Organisation des jüdischen Proletariats mit den Prinzipien und der Wirklichkeit des internationalen Sozialismus (49).

Den ideologischen Grundkern der gegensätzlichen Positionen in der Organisationsfrage legten noch einmal Lenin (50) und Liber (51) frei.

Lenin ging einmal mehr von der Unvereinbarkeit der Föderation mit den allgemeinen sozialdemokratischen Prinzipien "in ihrer Anwendung auf die russische Wirklichkeit" aus, weil sie seiner Auffassung nach anstelle der "engsten Einheit" die "völlige Entfremdung" zwischen den sozialdemokratischen Gruppierungen "zum Prinzip, zum Gesetz" erhob (52). Autonomie hingegen bedeute "Freiheit von jeder kleinlichen Einmischung der Zentralstelle, wobei selbstverständlich die Pflicht der Unterordnung unter die Zentralstelle bleibt", und war für ihn letztlich nichts anderes als ein für alle

Gebietsorganisationen angesichts der unterschiedlichen örtlichen Verhältnisse notwendiger Ermessensspielraum (53).

Mit dieser inhaltlichen Entleerung der Autonomieformel von jeglichen nationalen Einsprengseln blieben für die "Bedürfnisse der betreffenden örtlichen oder nationalen Bewegung" nur noch die "allgemeinen und grundlegenden Leitsätze des sozialdemokratischen Programms über die volle Gleichberechtigung und die volle Freiheit der Sprache, der nationalen Kultur usw. usf." übrig (54), mit denen auch die besonderen Belange der jiddisch sprechenden Arbeiterschaft technisch befriedigt werden konnten. Denn als einzige Autorität in der nationalen Frage hatte weiterhin nur die Gesamtpartei zu gelten. Aber auch dort konnte es in den Augen Lenins als "Pflicht" nur pauschal den Kampf "für die volle Gleichberechtigung und sogar für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen" geben. Jede Abweichung von diesen Grundsätzen und damit anscheinend auch jegliche Konkretisierung hinsichtlich des Nationalitätenstaates Rußland galt ihm als "Verrat" (55).

Da die Kontrolle über die Erfüllung dieser "Pflicht" den Zentralstellen der RSDRP vorbehalten blieb (56), stellte sie nichts anderes als eine vom Hauch des Prinzipiellen umgebene demokratische Leerformel dar, bei der Lenin unreflektiert davon ausging, daß die perfekteste Organisationseinheit des gesamten Proletariats Rußlands zugleich auch den besten Garanten eines erfolgreichen Kampfes gegen Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus der herrschenden Klassen bildete (57), währenddessen die Einstellung des "Bund" vom eigenen, d.h. allgemeinen sozialdemokratischen Standpunkt aus als inkonsequent und als nationalistisch verworfen wurde (58).

Für Liber hingegen war Rußland kein Staat, in dem die Gegensätze zwischen den Nationalitäten längst durch den alles Politische beherrschenden Klassenantagonismus zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat auf gesamtrossischer Ebene aufgehoben worden waren, sondern gerade dieser Klassenkampf fand in Rußland innerhalb der "nationalen Organismen" statt und zeigte deshalb auch spezifische nationale Färbungen, wie die Existenz des russischen Liberalismus, der polnischen "Narodowa Demokracija" und des Zionismus deutlich bewiesen (59). Die Beachtung der nationalen Unterschiede und ihrer daraus resultierenden verschiedenartigen politischen Problemstellungen durch eine föderativ gegliederte RSDRP entsprach somit für ihn den historischen Gegebenheiten innerhalb Rußlands und widersprach keinesfalls, wie es Lenin behauptete, den Prinzipien des internationalen Sozialdemokratismus; brachte doch gerade eine solche Organisationsform, wie es das Beispiel der Sozialdemokratie Österreichs bewies, "glänzende Resultate sowohl im Wachstum der Bewegung als auch in ihrer Einheit" (60).

Negierten die "Iskristen" aber die historische Notwendigkeit der Existenz solcher nationaler sozialdemokratischer Organisationen wie der des "Bund", weil sie in ihrem sozialdemokratischen Verständnis der "allgemeinrussischen Interessen" alles ausklammerten, was "speziell das Proletariat die-

ser oder jener Nation" betraf, und den "Rest" dann für das Eigentliche hielten, so verwies Liber auf die "profession de foi" (61) des "Bund", die von der theoretischen Annahme ausging, daß die russische Sozialdemokratie nur dann die "Führerin des gesamten Proletariats" Rußlands werden könne, wenn sie sich zugleich auch als die "Führerin aller Nationalitäten" begreife (62). Dies habe jedoch für die russische wie für jegliche andere Sozialdemokratie innerhalb Rußlands in der Praxis zur Folge, daß sie die historische Berechtigung einer "in den verschiedenen Nationalitäten in verschiedene Parteien mit verschiedenen Physionomien" gegliederten Sozialdemokratie Rußlands als notwendiges Pendant zu den ebenfalls innerhalb der einzelnen Nationalitäten organisierten bürgerlichen Parteien anerkennen müsse, damit das jeweilige Proletariat auch immer seine eigene Bourgeoisie innerhalb der eigenen Nationalität, d.h. seinen nationalen Klassengegner, zu bekämpfen vermöge (63). Indem aber die "Iskra" diesen nationalen Interessen des jeweiligen Proletariats einer Nationalität die "Fiktion allgemeinerussischer Bestrebungen" entgegenstelle, beweise sie in Wahrheit, daß sie die "Interessen der Randgebiete" Rußlands und damit die "Interessen der einzelnen Nationalitäten" vernachlässige, deren Berücksichtigung eine RSDRP allein zur Realität werden ließen. Die Bestrebungen der "Iskra" erschöpften sich somit in dem unrealistischen Vorhaben, einen "internationalen Sozialismus ohne eine internationale Bewegung" zu schaffen (64).

Bei diesen prinzipiell so gegensätzlichen Auffassungen zwischen "Iskristen" und "Bundisten", die noch einmal im Zeitraffer den Streit zwischen beiden Gruppierungen in den vergangenen Jahren über die Auslegung des Autonomiebegriffs von 1898 vor den Delegierten des Parteikongresses Revue passieren ließen, konnte es nur noch zu einem Kompromiß und damit zu einem weiteren Verbleiben des "Bund" innerhalb der Gesamtpartei kommen, wenn sich eine der gegnerischen Seiten zu einem wesentlichen Zugeständnis bereit fand.

Nach Lage der Dinge mußte dies von seiten des "Bund" geschehen, der dann auch getreu seiner bereits auf dem V. Kongreß gefundenen taktischen Linie - Erringung der faktischen Anerkennung des "Bund" als nationaler sozialdemokratischer Organisation der jüdischen Arbeiterklasse bei gleichzeitigem Verzicht auf eine grundsätzliche Durchsetzung des theoretischen Konzepts einer föderativ aufgebauten RSDRP - versuchte, den föderalistischen Kern seiner Organisationsvorstellungen gegenüber der Gesamtpartei mit einigen unwesentlichen Abstrichen weniger deutlich durch konkrete Forderungen hervortreten zu lassen, ohne damit der prinzipiellen Fragestellung: Autonomie oder Föderation ihren Alternativcharakter nehmen zu können (65), so daß es am 21. Juli/3. August gegen die Stimmen der Delegierten des "Bund" (46:5) zur Annahme der Martovschen Resolution durch den Parteitag kam (66).

Nach dem eindeutigen Weisungsauftrag ihres V. Kongresses zu dieser Frage hätten die bundistischen Delegierten nunmehr offiziell das Ausscheiden ihrer Organisation aus der RSDRP erklären müssen, da mit der allgemeinen Billigung des "Iskra"-Standpunkts, der den "Bund" weiterhin nur als

autonomen Teil der Gesamtpartei bestimmte (67), die Grenzen der eigenen Kompromißbereitschaft überschritten waren. Dennoch entschloß man sich zum Bleiben, um die detailliertere Erörterung des oktroiierten Status im Zusammenhang mit der Erstellung einer allgemeinen Parteisatzung unter Punkt 7 der Tagesordnung (Gebiets- und nationale Organisationen), wie sie die Martovsche Resolution forderte (68), abzuwarten (69).

Bei der Erörterung dieses Tagungsordnungspunktes lavierten sich die "Iskri-
sten" wiederum in eine taktisch äußerst günstige Ausgangsposition. Sie schlugen den Statutenentwurf des "Bund" und insbesondere dessen § 2 (70), in dem bekanntlich der "Bund" als "durch keinerlei Gebietsgrenzen eingeschränkte sozialdemokratische Organisation des jüdischen Proletariats" und als dessen "alleiniger Vertreter" innerhalb der RSDRP bestimmt wurde, als Arbeitsgrundlage vor (71).

Martov, der die Position der "Iskra" zu vertreten hatte, konstatierte den föderativen Charakter dieses Paragraphen und sah in ihm darüber hinaus den Prototyp für alle anderen Paragraphen des Entwurfs, so daß auf Grund der bereits erfolgten prinzipiellen Ablehnung jeglichen föderativen Elements innerhalb der Struktur der RSDRP dessen Unzulässigkeit theoretisch eindeutig gegeben sei (72). Da die Erfahrungen mit nach Nationalitäten föderativ organisierten Ortskomitees der Gesamtpartei in der Praxis ebenfalls bewiesen hätten, daß anstelle der notwendigen Einheit nur der Separatismus gefördert werde, gleichzeitig aber gerade das jüdische Proletariat nicht unbedingt immer nur zum "Bund" tendiere, bedeutete für Martov eine Berücksichtigung der Intentionen des "Bund" nichts anderes als eine Legitimierung eines solchen Separatismus in Organisationsfragen (73). Martov sprach sich deshalb für die ersatzlose Streichung des § 2 aus und schlug statt dessen vor, wegen der Unmöglichkeit eines solchen Unterfangens von einer näheren Bestimmung des Tätigkeitsgebietes des "Bund" abzusehen (74).

Liber antwortete auf die Ausführungen Martovs mit einem historischen Abriss über die Entwicklung des Selbstverständnisses des "Bund" (75), innerhalb dessen er aufzuzeigen versuchte, daß man sich von Anfang an nicht erst seit dem IV. Kongreß (1901), von dem an seitens der "Iskra" eine Neigung des "Bund" zum "Separatismus" und "Nationalismus" konstatiert wurde, als nationale sozialdemokratische Organisation begriffen habe, so daß sich infolgedessen nicht "die Ansichten des "Bund", sondern die Ansichten über den "Bund" im Laufe der Zeit geändert hätten, was für ihn darauf zurückzuführen war, daß sich im Zuge der Einigungsbestrebungen innerhalb der Sozialdemokratie Rußlands, an denen jüdische wie russische Sozialdemokraten gleichermaßen interessiert waren, auf seiten der russischen Genossen das wiederholte, was gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts bereits die PPS angestrebt habe: die Errichtung einer Hegemonie über die Arbeiter aller Nationalitäten innerhalb des für sich beanspruchten Staatsrahmens in Verbindung mit deren Entnationalisierung, insbesondere der jüdischen, und einer absoluten Negierung des historischen Existenzrechts nationaler sozialdemokratischer Organisationen, d. h. in erster Linie derjenigen des "Bund" (76).

Als die Delegierten des Parteitags dennoch mit großer Mehrheit (41:5.5) den § 2 des Statutenentwurfs des "Bund" ablehnten, erklärte Liber in Übereinstimmung mit den Weisungen des V. Kongresses am 5./18. August den Austritt des "Bund" aus der RSDRP (77).

Damit schien die Frage nationaler sozialdemokratischer Organisationen zugunsten des zentristischen "Iskra"-Modells entschieden zu sein, so daß nur noch die der Gebietsorganisationen zu erörtern war (78).

Das vehemente Eintreten der kaukasischen Delegierten für ein eigenes kaukasisches Zentrum unterhalb des ZK der Gesamtpartei, wenn auch mit allen Merkmalen einer Gebietsorganisation, offenbarte jedoch, daß die Nationalitätenfrage nicht ein für allemal von der Tagesordnung der Parteitage der RSDRP verbannt worden war. Wie der Nichtiskrist Egorov (E. Ja. Levin) erstaunt feststellte, hörte man bei ihnen "dieselbe Melodie, die uns die Genossen aus dem "Bund" sangen: sowohl die Besonderheiten der Sozialstruktur des Ortes, der Nationalität, der Sprache als auch die Notwendigkeit des Kampfes mit den nationalistischen Tendenzen", und er führte ihr leises und bescheidenes Auftreten eher auf die - "im Vergleich mit dem "Bund"" - bis jetzt noch vorhandene Schwäche ihrer Organisation als auf eine bis in alle Ewigkeit andauernde Abstinenz gegenüber der nationalen Frage zurück (79).

Waren die kaukasischen Delegierten auch bestrebt, den prinzipiellen Unterschied zwischen einer nationalen Organisation wie dem "Bund" und einer Gebietsorganisation wie ihrem eigenen "Kavkazkij sojuz" aufzuzeigen (80), und beinhaltete die von ihnen selbst eingebrachte Resolution, die der Parteikongreß mit 28:2:7 annahm, nur die "Errichtung von Gebietskomitees als Vereinigung der (Orts)komitees in den Gebieten Rußlands, die sich durch große Besonderheiten in bezug auf Sprache, Bevölkerungszusammensetzung usw. unterscheiden", wofür außerdem von Fall zu Fall die Genehmigung des ZK der Gesamtpartei eingeholt werden mußte (81), so war hiermit dennoch - aus ähnlichen Motiven wie auf dem I. Parteitag der RSDRP (1898) für den "Bund" - eine relativ selbständige Organisation sanktioniert worden, die durchaus in der Lage war, sich von der Gesamtpartei nach Belieben unabhängiger zu machen.

Allerdings zeigten die konsequent internationalistisch ausgerichteten georgischen Sozialdemokraten, die die sozialdemokratische Bewegung im Kaukasus zum damaligen Zeitpunkt vollständig beherrschten, kein Interesse, ihre Kampfgemeinschaft mit den russischen Sozialdemokraten aufzukündigen, und dies nicht zuletzt deshalb, weil sie dieselbe Hegemonialstellung über den Kaukasus wie die "Iskristen" über das gesamte Russische Reich beanspruchten (82), so daß für den Augenblick der Kern einer gesamtrussischen sozialdemokratischen Partei entstanden zu sein schien, innerhalb derer das Moment des Nationalen völlig irrelevant war.

Der "Bund" war jedoch nicht die einzige nationale sozialdemokratische Gruppierung, die auf dem Parteitag auftrat. Gegen seinen ausdrücklichen Willen hatte man auch die SDKPiL eingeladen (83), obgleich diese Organi-

sation noch immer keine eindeutige Haltung gegenüber der "Iskra" einnahm. Trotz ihrer Distanzierung von der Lenin'schen Definition des Selbstbestimmungsrechts und vor allem von dessen zentralistischen Organisationsvorstellungen war sie dennoch willkommen. Ihr in der Vergangenheit oftmals geäußelter Wunsch nach engster Zusammenarbeit innerhalb einer gesamtstaatlichen sozialdemokratischen Bewegung sowie ihre heftige Kritik an den Sonderbestrebungen des "Bund" ließen sie als Beispiel für das problemlose Sicheinfügen einer nationalen und zudem noch polnischen Gruppe mit dem zukünftigen Status einer bloßen Gebietsorganisation in die RSDRP prädestiniert erscheinen.

Allerdings bestand insofern ein Risiko, als sich die SDKPiL noch nicht dezidiert über die Art und Weise ihrer Vereinigung geäußert hatte. Berücksichtigte man, daß sie wie der "Bund" von der Konstituierung einer RSDRP und nicht von deren Wiederbelebung auf den Grundlagen von 1898 ausging, und daß sie auf ihrem II. Parteikongreß (1901) ebenfalls wie der "Bund" "nationale Autonomie" für alle Nationalitäten Rußlands und eine Gesamtpartei auf "föderalistischer Grundlage" gefordert hatte, dann war Vorsicht am Platze (84).

Dennoch glaubte die "Iskra" vor dem II. Parteitag der RSDRP seitens der SDKPiL genügend Sicherheiten im Hinblick auf die Organisationsfrage erhalten zu haben, um dieser Hoffnungen auf eine Einladung durch den Parteikongreß machen zu können (85).

Der aus diesem Grunde eilends nach Berlin zusammengerufene III. Parteikongreß der SDKPiL (24. -29. Juli 1903) bestimmte das eigene Verhältnis zur RSDRP jedoch ganz allgemein, indem unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen eines gemeinsamen Kampfes des Proletariats Rußlands gegen die Autokratie die Schaffung einer "gemeinsamen Organisation für das gesamte Gebiet des russischen Staates" grundsätzlich anerkannt wurde, ohne daß man über deren Praktizierung in bezug auf die Arbeiterklasse Polens und Litauens konkrete Aussagen machte (86).

Diese pauschale Erklärung zur Zusammenarbeit, die in aller Eile nach Brüssel geschickt wurde, genügte den Delegierten des II. Parteikongresses, um - gegen die Stimmen der "Bundisten", die eine weitere Stärkung der "Iskra"-Position in der Organisationsfrage befürchteten - eine Einladung an die SDKPiL auszusprechen, die sich auf zwei Delegierte mit nur beratender Stimme erstreckte (87), weil - nach Ansicht Lenins, Martovs und Trockijs - diese Organisation ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Beitritt erklärt, aber bisher noch keine Auskunft über die Modalitäten gegeben hatte (88).

Wie recht man innerhalb der "Iskra" mit dieser Zurückhaltung gehabt hatte, offenbarte die in Berlin vorbereitete und deutlich die Handschrift Rosa Luxemburgs tragende Rede der beiden Abgesandten der SDKPiL, Warszawski (Warski) und Fürstenberg (Hanecki), auf dem Parteitag.

Aus der prinzipiellen Anerkennung der Notwendigkeit einer Klassensolidarität zwischen der polnischen und russischen Arbeiterschaft wurde die "Idee der Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse Rußlands ohne Unterschied der Nationalität" abgeleitet. Daraus ließ sich allerdings für die "Iskra" kein parteitaktisches Kapital schlagen; denn vor einer "mechanischen Ansicht" über eine notwendigerweise organisatorisch enge Kampfgemeinschaft gegen die Selbstherrschaft wurde gleichzeitig gewarnt. Man verharnte beim Grundsätzlichen, d.h. bei der Einsicht in den unter dem Kapitalismus sich zwangsläufig vollziehenden Prozeß der immer enger werdenden Verflechtung Polens und Rußlands. Für die Gegenwart ergab sich hieraus nur das aus der Abgrenzung gegen den Nationalismus der PPS sich ergebende "Faktum der Vereinigung". Womit unterstrichen war, daß es der SDKPiL in erster Linie um die Ausschaltung der PPS ging und nicht um eine organisatorische Verschmelzung mit der RSDRP; denn von "Formen der Vereinigung" durfte noch nicht die Rede sein (89).

In dem im Anschluß an diese Einstandsrede verlesenen zweiten Teil der Resolution des III. Kongresses der SDKPiL zur Vereinigungsfrage, deren allgemeiner Teil dem Parteitag bereits bekannt war, klangen dann auch deutliche Vorbehalte gegenüber dem zentralistischen Organisationsmodell der "Iskra" an, die vor allem in der konkreten Forderung nach "völliger Selbständigkeit der polnischen Sozialdemokratie" in Polen und Litauen in den Fragen der "Agitation und Organisation" und nach alleiniger Vertretung des polnischen Proletariats innerhalb der RSDRP zum Ausdruck kamen (90). Darüber hinaus forderte man eine Änderung der Formel über das Selbstbestimmungsrecht im Programmentwurf der "Iskra" und "Zarja" für die RSDRP (91) in der Weise, daß eine "Interpretation in einem nationalistischen Geiste" ausgeschlossen, zugleich aber die "Autonomie der polnischen und litauischen Provinzen" anerkannt wurde, sowie die öffentliche Verurteilung des "Sozialpatriotismus" der PPS "im Sinne der SDKPiL" (92).

Waren somit seitens der SDKPiL Vorbedingungen geschaffen worden, von deren Anerkennung und Erfüllung diese Partei wiederum die Respektierung der Beschlüsse des II. Parteitags der RSDRP abhängig machte (93), so ist zu konstatieren, daß - neben dem "Bund" - eine weitere nationale sozialdemokratische Organisation, wenn auch gerade aus einer bewußt antinationalen Haltung und nicht zuletzt auch aus einem demokratischeren Selbstverständnis heraus (94) gegenüber dem "Iskra"-Konzept deutliche Vorbehalte machte.

Der eigentliche Angelpunkt war und blieb dabei der § 7 des Programmentwurfs, den man von Anfang an in seiner vorliegenden inhaltlichen Füllung nicht akzeptieren wollte, ohne daß man dies zunächst, d.h. bis zum III. Kongreß der SDKPiL, verdeutlicht hatte (95). Der nunmehrigen kritischen Einstellung gegenüber diesem Paragraphen maß man zunächst noch keine "besondere praktische Bedeutung" bei (96), weil man - gestützt auf die Leninsche Auslegung in Nr. 33 der "Iskra" (97) - annahm, daß die "Iskra" von nun an "jeglichen Nationalismus kategorisch ablehnte" (98), d.h. durch die Unterordnung der nationalen Interessen unter die des proletarischen

Klassenkampfes nicht mehr die "Bildung nationaler Klassenstaaten", sondern die "Erweiterung der politischen und bürgerlichen Rechte der Arbeiterklasse jeder der zum Bestand des russischen Staates gehörenden Nationalitäten" als ureigenen politischen Auftrag betrachtete (99).

Der Stimmungsumschwung erfolgte während des II. Parteitags der RSDRP, als Rosa Luxemburg in Berlin die neueste Ausgabe der "Iskra" (Nr. 44) in die Hände bekam (100), in der Lenin bekanntlich eine eingehende Interpretation der nationalen Frage vom Standpunkt des proletarischen Internationalismus gegeben hatte, zugleich aber jeglicher eindeutigen Stellungnahme in der Frage der polnischen Unabhängigkeit ausgewichen war (101).

Rosa Luxemburg gab den in Brüssel weilenden Delegierten ihrer Organisation unverzüglich neue Direktiven. Sie gingen in Anbetracht dieses Artikels von der geänderten Auffassung aus, daß einem Zusammenschluß mit der RSDRP nunmehr nur noch eine sehr geringe "moralische Bedeutung" zugemessen werden durfte. Es sollte von jetzt an alles unterlassen werden, was - in bezug auf die Organisationsfrage - zur "Untergrabung der vollen inneren Selbständigkeit" der SDKPiL führen konnte (102). Da sich andererseits die "Iskristen" nicht bereitfanden, den § 7 ihres Programmentwurfs durch den Zusatz: "Autonomie für die polnischen und litauischen Gebiete" - im Sinne der SDKPiL - zu entschärfen (103), wurde der Bruch unvermeidlich, zumal man seitens der "Iskra" noch nicht einmal damit einverstanden war, durch eine Resolution des Parteitags die Unvereinbarkeit des Kampfes um einen polnischen Nationalstaat mit dem revolutionären Kampf gegen die Autokratie festzustellen (104).

Als am 7. August der Parteitag der RSDRP von Brüssel nach London verlegt werden mußte, blieben die Delegierten der SDKPiL unter Hinterlassung einer offiziellen Erklärung zurück (105), in der die Äußerungen Lenins in Nr. 44 der "Iskra" zum § 7 im "direkten Widerspruch" zu seiner vormaligen Haltung (siehe "Iskra", Nr. 33) gesehen wurden, da sie dem Paragraphen nunmehr die "Bedeutung einer Carte blanche für die Aufstellung eines nationalistischen polnischen Programms zur Wiederherstellung Polens" gaben und somit in unzulässiger Weise polnischen Nationalismus und internationale Solidarität des Proletariats Rußlands im Kampf gegen die Selbstherrschaft miteinander verknüpften (106).

Diese schwankende Haltung der "Iskra" in der Einschätzung der polnischen Frage und der Wortlaut des § 7, die erkennen ließen, daß eine Unvereinbarkeit der politischen Forderung nach "Wiedererrichtung eines polnischen Klassenstaates" mit den "Klasseninteressen des polnischen Proletariats" sowie den politischen Interessen des gesamten Proletariats Rußlands, "ohne Unterschied der Nationalitäten", nicht von vornherein ausgeschlossen wurde, signalisierten für die SDKPiL "Eklektizismus" und "Opportunismus"; denn die "einzig mögliche Lösung" der nationalen Frage vom Standpunkt des revolutionären Sozialdemokratismus beruhe allein in der "Verteidigung der Freiheit der kulturellen Entwicklung jeder Nationalität mittels der Demokratisierung der historisch vorgegebenen staatlichen Insti-

tutionen" (107). Ausschließlich in einer solchen Definition betrachtete man den § 7 als Garanten der "Mannigfaltigkeit der Lebens- und historischen Bedingungen der verschiedenen Nationalitäten Rußlands", der die Möglichkeit "jeglicher nationalistischer Auslegungen" ausschloß, was in bezug auf die polnische Arbeiterschaft implizierte, daß ihre legitimen nationalen Rechte durch die Errichtung einer "Autonomie für Polen und Litauen" abgedeckt waren (108).

Als die Erörterung des § 7 des Programmentwurfs (109) am 12. August offiziell auf der Tagesordnung des Parteitags stand, lehnte es die Mehrheit der Delegierten ab, sich mit den Vorschlägen der SDKPiL überhaupt zu befassen (110), obgleich man sich innerhalb der "Iskristen" durchaus zu einem Kompromiß bereit zu finden schien (111).

Der "Bund" versuchte jetzt seinerseits, eine inhaltliche Verknüpfung zwischen beiden Alternativen zum § 7 zur Debatte zu stellen und ihr über die polnische Frage hinaus konkreten Charakter zu geben.

Es war Gol'dblat (V. D. Medem), der sich in erster Linie um eine Präzisierung der pauschalen Formel vom Selbstbestimmungsrecht bemühte, indem er aufzuzeigen versuchte, daß es nicht allein um die polnische Frage, sondern um eine allgemeine Prophylaxe vor nationalen Auseinandersetzungen innerhalb des russischen Staatskörpers durch die Gewährleistung der Rechte der nationalen Minderheiten mit und ohne eigenes Territorium ging (112). Eine derartige staatsrechtliche Absicherung garantierten für ihn jedoch keine Gebietsselbstverwaltung (113), sondern nur besondere kulturelle Einrichtungen für jede der Nationalitäten (114), die sich, wie Liber bemerkte, gar nicht vom Russischen Reich separieren wollten, aber dennoch einer nationalen Unterdrückung ausgesetzt waren. Diese verhindere, daß sie wie das russische Volk von der eigenen "Intelligencija" die zur sozialen Emanzipation notwendigen Impulse empfangen, und wecke durch diese gewaltsame Unterbindung ihrer kulturellen Entwicklung erst den Wunsch nach politischer Selbständigkeit (115).

Die von beiden "Bundisten" auf dieser Grundlage eingebrachten Vorschläge einer Erweiterung und Konkretisierung des § 7 (bzw. § 8) (116) wurden vom Parteitag, der sich - bei einigen Stimmenthaltungen - für den ursprünglichen Vorschlag der Programmkommission entschied, jedoch - gegen die Stimmen der Delegierten des "Bund" - abgelehnt (117).

Die Delegierten des "Bund" hatten bereits bei der Erörterung des § 3 des Entwurfs der Programmkommission, der von einer "weitgehenden örtlichen und Gebietsselbstverwaltung" ausging (118), einen Ansatzpunkt zur Durchsetzung ihrer nationalen Vorstellungen gesehen. Während Lenin "Gebiets-" am liebsten vollständig eliminiert hätte, weil er hierin die Präjudizierung einer zukünftigen Atomisierung des russischen Staates "in kleine Gebiete" befürchtete (119), betrachtete Liber diesen staatsrechtlichen Begriff der "Gebietsselbstverwaltung", durch den ein Verbund zwischen Dörfern und Städten in bestimmten Gegenden Rußlands hergestellt werden sollte - was für die Juden, die auf keinem geschlossenen Territorium siedelten, beson-

ders relevant war -, als unabdingbare Voraussetzung zur Realisierung jeglicher nationalen Autonomie (120).

Martov jedoch, der diese Libersche Auslegung unsozialdemokratisch nannte, aber zugleich angesichts der "ungeheuren Ausdehnung Rußlands", der "Erfahrung unserer zentralistischen Regierung" und nicht zuletzt auch im Hinblick auf die dezidierten Forderungen der kaukasischen Genossen in dieser Frage, die dadurch die nationalistische Forderung nach "politischer Absonderung" als "Lösung des Randgebietsproblems" zu unterlaufen gedachten (121), die "Existenz einer Gebietsselbstverwaltung für solche großen Einheiten wie Finnland, Polen, Litauen und den Kaukasus für notwendig und zweckmäßig" anerkannte, setzte auf dem Parteitag den § 3 mit einer inhaltlichen Füllung durch, die selbst dem "Bund" zumindest als Ausgangsbasis für seine eigenen nationalen Intentionen akzeptabel schien (122).

Ging dieser Teilerfolg gegenüber den ursprünglichen Programmvorstellungen der "Iskristen" auf das Konto der kaukasischen Delegierten, so wurden Zugeständnisse in der Sprachenfrage dem harten "Iskra"-Kern (Plechanov, Lenin, Martov) ebenso nur auf Grund der Forderungen der Kaukasier abgerungen, obgleich es der "Bund" gewesen war, der auf eine Regelung des Sprachenproblems über die bloße Gleichberechtigungssphrase hinaus immer wieder insistiert hatte (123).

So schlug Liber vor, die "Freiheit der Sprache" im § 5 (124) ausdrücklich zu verankern, während Lenin und Martov dies bereits im § 7 (125) durch die Forderung nach bürgerlicher Gleichberechtigung genügend abgedeckt fanden (126). Liber fand keine Mehrheit für seinen Vorschlag, dennoch deutete der Einwand des Georgiers Karskij (D.A.Topuridze), daß bürgerliche Gleichberechtigung nicht automatisch den freien Gebrauch der Muttersprache garantiere, an, daß die "Iskra" mit ihrer vor allem von Martov in dieser Frage betont zur Schau getragenen Gleichgültigkeit nicht nur seitens der "Bundisten" Widerstand zu erwarten hatte (127). Es waren deshalb in erster Linie diese beiden Gruppierungen, die - gegen den Widerstand Plechanovs, Lenins und Martovs - die in Ergänzung zur Forderung nach bürgerlicher Gleichberechtigung auf Lenin (128) zurückgehende Einfügung "und der Sprache" in den § 7 ablehnten und anstelle dessen in einem besonderen Paragraphen (§ 8) das Recht auf den ungehinderten öffentlichen Gebrauch der Muttersprache formulierten, wobei ihnen die Mehrheit des Parteitages folgte (129).

Führten die Erfolge der Kaukasier und "Bundisten" in den Fragen der Gebietsselbstverwaltung und des Gebrauchs der Muttersprache zu einer Konkretisierung der pauschalen Forderung nach bürgerlicher Gleichberechtigung, so konnte trotz der Berücksichtigung dieser Teilaspekte des Nationalitätenproblems kaum von einer nunmehrigen konkreten Unterstützung der Forderung nach nationaler Gleichberechtigung gesprochen werden, da außer dem "Bund" niemand auf dem Parteitag ein Interesse zeigte, im Zusammenhang mit dem Recht auf nationale Selbstbestimmung die nationale Frage auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips überhaupt zu erörtern.

Berücksichtigt man jedoch, daß die auf dem Parteitag aufgeworfene Organisationsfrage mit ihren Alternativen: Autonomie oder Föderation, d.h. zeitweilige Anerkennung einzelner in den Fragen der Agitation und Propaganda relativ selbständiger Gebietsorganisationen oder Sanktionierung der Existenz nationaler sozialdemokratischer Gruppierungen, in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Nationalitätenfrage stand, da beiden immer zugleich auch unterschiedliche Auffassungen über die staatsrechtliche Struktur eines zukünftigen demokratischen Rußlands zugrunde lagen, so führt dieses Faktum direkt zum Ideologieproblem der historischen Einordnung des Nationalismus innerhalb eines sozialdemokratischen Selbstverständnisses, für das der proletarische Internationalismus nicht nur zwischen -, sondern auch innerstaatliche Relevanz besaß.

Bei den "Iskristen" kam es zwar im Verlauf des Parteitags über den Grad der Zentralisation in bezug auf die Parteimitgliedschaft (§ 1 des Parteistatus) zu unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten, die letztlich zur Spaltung in die beiden Fraktionen: Bolschewiki und Menschewiki führen sollten (130). Deren gemeinsame Frontstellung gegen die föderalistischen Organisationsbestrebungen des "Bund" blieb jedoch davon unbeeinträchtigt; sie beinhaltete die von beiden betriebene Eliminierung des Nationalismus als eines positiven Faktors aus der Theorie und Praxis des eigenen politischen Handelns durch dessen eindeutige Zuordnung zur Ideologie der bürgerlichen Klasse und die unreflektierte historische Gleichsetzung des bestehenden zentralistischen Systems der Autokratie mit einem nationalen Einheitsstaat bürgerliche Prägung, für den bereits sämtliche ökonomischen (einheitlicher innerer Markt) und sozialen (Existenz der beiden Klassen: Bourgeoisie und Proletariat) Voraussetzungen existierten, nur daß die politischen Konsequenzen (Sturz der Selbstherrschaft) noch nicht endgültig gezogen worden waren. Für sie, als Sozialdemokraten und nicht als Angehörige einer Nationalität, setzte sich die Geschichte der Entwicklung der menschlichen Gesellschaftsformen noch immer ausschließlich aus einer Abfolge von Klassenkämpfen innerhalb der Staaten und nicht der Nationalitäten zusammen, so daß für sie das politische Problem herrschender und unterdrückter Nationalitäten innerhalb eines einzigen Staates weiterhin keinerlei historisches Eigengewicht besaß.

Für die "Bundisten" als den Vertretern einer als Klasse unterdrückten und als Juden diskriminierten Arbeiterschaft besaß das Nationale indessen greifbare Realität. In der Gegenwart als Rasse antisemitischen Programmen schutzlos preisgegeben und dabei selbst von den christlichen Unterschichten als vermeindliche Urheber allen sozialen Elends unbarmherzig gejagt, konnte die bürgerliche Gleichberechtigung den jüdischen Arbeitern noch lange keinen immerwährenden Schutz vor Verfolgungen in einem zukünftigen demokratischen Rußland gewähren. Zu erwarten war dann vielmehr, daß sie als Nationalität ohne eigenes Territorium von den sie umwohnenden Nationalitäten nur anderen Repressionen ausgesetzt sein würden, wenn nicht durch die Gewährung der kulturellen Autonomie ihre nationale Identität garantiert würde. Nationalismus und Internationalismus besaßen somit für

die "Bundisten" eine ideologische Ambivalenz, der mit einer dogmatischen Auslegung der Marx'schen Theorie im "Iskra"-Sinne keinerlei Eindeutigkeit zu geben war.

Obwohl wie die "Iskristen" proletarische Internationalisten, konnten sie deshalb deren Kosmopolitismus nicht teilen, genauso wenig wie sie sich als Sozialdemokraten mit dem Nationalismus der Zionisten zu identifizieren vermochten. Als politische Folgerung ergab sich aus diesem Dilemma nur der konsequente Kampf für bürgerliche und nationale Gleichberechtigung, der sich auf Grund der historischen Realität eines in Rußland existenten Nationalitätenproblems für die Juden jedoch schwerlich - wie in Westeuropa - durch die bloße Schaffung demokratischer Voraussetzungen für ihre Assimilation erfolgreich zu Ende führen, d.h. in den Klassenkampf überleiten ließ.

III. ASSIMILATION ODER ANERKENNUNG ALS NATIONALITÄT ?

DIE JÜDISCHE FRAGE IN IHRER THEORETISCHEN GRUNDLEGUNG BEI RSDRP UND "BUND" ZWISCHEN DEM II. PARTEITAG DER RSDRP (1903) UND DER REVOLUTION VON 1905

1. Lenins theoretische Ausgangsposition und ihre Modifizierungen innerhalb der "Iskra"

Hatte es völlig der Taktik der "Iskra" entsprochen, durch die Alternative: Autonomie oder Föderation den "Bund" entweder zur totalen Unterwerfung oder zum Austritt zu zwingen (1), so daß diese Organisationsfrage nur in dieser Eindeutigkeit auf dem Parteitag der RSDRP zur Debatte stehen konnte (2), so machte Lenin auch nach dem Ausscheiden des "Bund" kein Hehl daraus, daß es in der Frage der Stellung des "Bund" innerhalb der Gesamtpartei nicht um praktikable, beide Seiten befriedigende Kompromißlösungen gegangen war, sondern um die Durchsetzung des zentralistischen "Iskra"-Modells und damit um die Beseitigung der "historisch entstandenen Sonderstellung des Bund" durch seine völlige Integration in die Gesamtpartei (3).

Lenin setzte "Wendung zur Verschmelzung" mit Annahme der Autonomie und Unterwerfung unter einen "allmählichen Verschmelzungsprozeß", "keine Wendung zur Verschmelzung" aber mit Beharren auf Föderation, "Absonderung" und Identifizierung mit der "zionistischen Idee der jüdischen Nation" gleich. Den Beweis für seine Behauptung, daß den bundistischen Organisationsbestrebungen somit nationalistische Vorstellungen zugrunde lägen, fand er durch die Beschlüsse des IV. Kongresses des "Bund" (1901) erbracht, in denen nicht zufällig neben der Forderung nach Föderation auch diejenige nach Anerkennung der Juden als Nationalität erhoben worden sei (4).

Ausgehend von dieser schematischen Gleichsetzung von Föderalismus mit Nationalismus analysierte Lenin wenig später die Notwendigkeit der Forderung des "Bund" nach einem föderalistischen Organisationsprinzip (5). Er kristallisierte als Hauptargumente des "Bund" für die eigene Konzeption die Untauglichkeit der Autonomie als Organisationsinstrument auf Grund ihrer inneren Widersprüchlichkeit, der historischen Erfahrungen aus der sozialdemokratischen Tätigkeit unter dem jüdischen Proletariat und der Bestimmung dieses Proletariats zur Klasse einer Nationalität heraus, um dann diesen von bundistischer Seite hergestellten inneren Zusammenhang zwischen "allgemeinen organisatorischen Grundsätzen", den "Lehren der Geschichte" und der "Idee der Nationalität" auf seine logische Stringenz und seinen historischen Realitätsanspruch hin zu untersuchen (6).

Weniger interessant bleibt die Beschäftigung Lenins mit den beiden ersten

Punkten, da hierbei bereits Bekanntes wiederholt wurde, indem er nach wie vor ablehnte, überhaupt einen direkten Bezug zwischen Organisations- und Nationalitätenfrage anzuerkennen, sondern in ersterer nur ein Koordinationsproblem mit der Alternative: "mittelbare" (Föderation) oder "unmittelbare" (Autonomie) Verbindung zwischen der Zentralstelle und den Ortskomitees der Gesamtpartei real für gegeben hielt (7).

Die "logische Ungereimtheit" (8), die der "Bund" in seinem Autonomiestatus von 1898 vorzufinden glaubte, weil dieser, zugeschnitten auf die speziellen Bedürfnisse der jüdischen Arbeiterschaft, entweder spezifisch jüdischen Programmforderungen wie der nach bürgerlicher Gleichberechtigung oder nur technischen Agitationsfragen auf Grund der "ethnographischen Besonderheiten (Psychologie, Sprache, Traditionen)" gerecht werden sollte, so daß im ersteren Falle im Hinblick auf seine substantielle Erweiterung (nationale Autonomie) innerhalb einer föderativ strukturierten RSDRP seine "Negation" und im letzteren Fall im Hinblick auf seine allmähliche Angleichung an den Normalzustand eines Gebietskomitees innerhalb der Gesamtpartei seine "Nivellierung" bereits impliziert sei (9), traf für Lenin nicht zu. Er fand gerade eine solche inhaltliche Aufteilung der Autonomie in eine "programmatische" und eine "technische" höchst "unsinnig", da die "besonderen Methoden der Agitation" in bezug auf die jüdische Arbeiterschaft keine "technische Frage", sondern die ihren "Besonderheiten der Sprache, der Mentalität und den Lebensbedingungen" entsprechende spezifische Interpretation des allgemeinen Programms der RSDRP darstellten, das "unabhängig von den beruflichen, örtlichen und rassischen Unterschieden" für das gesamte Proletariat Rußlands formuliert worden sei (10).

Das "Proletariat einer bestimmten Rasse, einer bestimmten Nation, eines bestimmten Gebietes" besaß als autonome Organisation für Lenin nur einen Ermessensspielraum, der es erlaube, innerhalb des eigenen Bereichs bestimmte programmatische Schwerpunkte zu setzen und auf dieser Basis auch die Agitationsmethoden zu bestimmen, wobei zwischen "örtlichen, rassischen, nationalen, kulturellen usw. Besonderheiten" keinerlei Unterscheidungen theoretischer oder praktischer Natur zu treffen seien (11).

Lenin sah keine zwingende Notwendigkeit zur Abspaltung exklusiver sozialdemokratischer Probleme von den allgemeinen, sondern im Gegenteil in einer Spezifizierung nur die bessere Verwirklichung der allgemeinen Forderungen. Deshalb konnten die Arbeiter in den verschiedenen Gegenden Rußlands, denen die bürgerliche Gleichberechtigung aus einem speziellen Grunde fehlte - war dies nun "beruflich, rassisch, örtlich, national usw." bedingt -, nur immer das zur besonderen politischen Forderung erheben, was als Summe das allgemeine sozialdemokratische Programm, das dem Klasseninteresse des gesamten Proletariats Rußlands entsprach, ausmachte (12). In der Realität war für Lenin darum jeder Programmpunkt die "Verallgemeinerung einer ganzen Reihe besonderer Fragen und Forderungen", bekam erst von daher überhaupt seine Allgemeingültigkeit für die Arbeiterklasse und zerfiel zugleich wieder "in besondere Fragen, entsprechend den Unterschieden im Beruf der Proletarier, in ihren Lebensbedingungen, ihrer Sprache usw. usf." (13).

Die den "Bund" irritierende eigene "Doppelstellung" innerhalb der Gesamtpartei nach dem Autonomiestatus von 1898, die ihn nur in "besonderen Fragen" als "Bund", in den "allgemeinen Fragen" aber mit jedem anderen Parteikomitee gleichsetzte (14), ergab sich somit für Lenin aus der Tatsache, daß der Sozialdemokrat in bezug auf erstere "als Vertreter eines bestimmten Berufs, als Angehöriger einer bestimmten Nation, als Bewohner einer bestimmten Gegend", in bezug auf letztere aber eben als ein Sozialdemokrat unter anderen aufzutreten habe, so daß die "Autonomie" des "Bund" im Grunde genommen derjenigen eines normalen Parteikomitees entspreche, allerdings "etwas anders und etwas weiter" gefaßt sei (15).

Was den zweiten Punkt anbetraf, so vermochte Lenin in der vom "Bund" nach 1898 als historisch bedingt deklarierten organisatorischen Absonderung weiterhin keine prinzipielle Rechtfertigung einer nationalen sozialdemokratischen Vertretung der jüdischen Arbeiterklasse anzuerkennen, sondern er betrachtete sie nach wie vor als eine vom Opportunismus bestimmte und von der faktischen Entwicklung des Organisationsgrades der RSDRP längst überholte Handlungsweise (16).

War Lenin bis hierher im großen und ganzen in den alten Bahnen der Polemik der "Iskra" gegenüber dem "Bund" geblieben, so verließ er diese zumindest teilweise im Hinblick auf den dritten Punkt.

Zwar bezeichnete auch er nach wie vor die "Idee der jüdischen Nation" als eine "in ihrem Kern vollkommen falsche und reaktionäre zionistische Idee"; er begnügte sich aber nicht - wie zuvor in der "Iskra" üblich - mit dieser Aussage "prinzipieller Natur" (17).

Gestützt auf die Thesen Karl Kautskys (18) und Alfred Naquets (19), daß die Juden auf Grund des Fehlens eines eigenen Territoriums und einer eigenen Sprache keinerlei historischen Anspruch auf Anerkennung als Nationalität erheben könnten, anerkannte Lenin zumindest die Existenz der jüdischen Frage als ideologisches Problem für die Sozialdemokratie Rußlands, auch wenn er die in diesem Zusammenhang aufgeworfene Alternative: Anerkennung der Juden als Nationalität oder Assimilation allzu schnell im Sinne des letzteren historisch als gelöst betrachtete.

Das politische Unterfangen des "Bund", die Juden Rußlands allein deshalb, weil sie sich des Jiddischen als Verständigungsmittel bedienten und in der "Čerta osedlosti" zwangsangesiedelt waren, zur Nationalität mit eigener Sprache und eigenem Territorium zu erklären, entsprach für Lenin einer reaktionären Verhaltensweise (20). Geschichte wie Gegenwart Europas mit ihrer allgemeinen Entwicklung zur politischen Freiheit, die den Prozeß der Emanzipation der Juden zu gleichberechtigten Staatsbürgern implizierte, ließen ihm Fortschritt und Assimilation bzw. Reaktion und Absonderung zu Synonymen werden, so daß im Hinblick auf die jüdische Frage nur die Alternative: "Assimilation oder Absonderung" Realitätsgehalt besaß (21). Die "Idee der jüdischen Nationalität" beinhaltete somit, unabhängig davon, ob sie von ihren bourgeoisen Anhängern, den Zionisten, oder von den sich "mit den Ideen der Sozialdemokratie" identifizierenden "Bundisten" ver-

treten wurde, dadurch daß sie die Assimilation als politische Formel suspekt machte und die Absonderung förderte, einen "offen reaktionären Charakter", weil sie in ihrer historischen Tendenz den "Interessen des jüdischen Proletariats" widersprach, die auf internationale Klassensolidarität angelegt waren (22).

Die theoretische Begründung seiner These glaubte Lenin bei Ernest Renan (23) und Karl Kautsky (24) gefunden zu haben, die beide - der eine ein idealistischer Positivist und der andere ein dogmatischer Marxist - ohne allzu viel nachzudenken, die Juden als Rasse und nicht als Nationalität bestimmten und die Lösung der Judenfrage in der Aufhebung der diesen von außen aufgezwungenen Absonderung, d.h. in ihrer Assimilation an die verschiedenen Nationalitäten, unter denen sie lebten, sahen, wobei sowohl Renan als auch Kautsky auf den emanzipatorischen Effekt der Aufklärung vertrauten (25).

Wenn sich der "Bund" aber, indem er von einer jüdischen Nationalität in Rußland ausging und infolgedessen föderative Beziehungen zwischen der jüdischen und der christlichen Arbeiterklasse forderte, "dieser einzig möglichen Lösung" widersetzte und darüber hinaus der "Iskra" unterstellte, daß sie mit ihrem Zentralismus dem jüdischen Proletariat eine "gleichberechtigte Stellung" innerhalb des internationalen Proletariats verwehren wolle (26), so trat darin für Lenin eine "offene Unwahrheit" zutage, weil man doch dasselbe "in bezug auf die Armenier, Georgier usw." unternehme, genauso wie man auch "in bezug auf die Polen" für die engste organisatorische Einheit des gesamten Proletariats Rußlands im Kampf gegen die Autokratie eintrete (27).

Während Lenin die durch den "Bund" innerhalb der Sozialdemokratie Rußlands aufgeworfene jüdische Frage letztlich wiederum nur als bloßes Organisationsproblem betrachtete, erblickte L. J. Aksel'rod (Ortodoks) von Anfang an in den Querelen zwischen "Bund" und "Iskra" auch ein nationales Moment von prinzipieller Natur (28).

Aksel'rod (Ortodoks), die den theoretischen Ansichten Plechanovs sehr nahe stand, nahm bewußt gegen die Versuche jüdischer Sozialdemokraten Stellung, die Resolution des Brünner Parteitags der österreichischen Sozialdemokratie zur nationalen Frage auf die nationalen Bedürfnisse des jüdischen Proletariats anzuwenden. Indem sie unter Hinweis auf das "Kommunistische Manifest" der Arbeiterklasse aller Nationalitäten ausschließ-lich von ihrer jeweiligen nationalen Herkunft unabhängige gemeinsame Interessen unterstellte (29), lagen ihr den Sonderbestrebungen des "Bund" eine "nationalistische Grundposition" zugrunde, die der Aufgabe eines jeglichen sozialistischen Standpunkts gleichkam (30).

Zwar wurde auch von ihr die auf dem IV. Kongreß des "Bund" (1901) proklamierte jüdische Nationalität im Zusammenhang mit der Organisationsfrage gesehen, sie ging aber - im Gegensatz zu Lenin - weiter und untersuchte die vom "Bund" selbst angeführten nationalen Kriterien auf ihre

Grundsätzlichkeit (31). Sie fand dabei allein "spezifische rassische und psychologische Züge" hervorgehoben, die ihr für die Sozialpsychologie, nicht aber für die Politik ausreichten, in der nicht die "psychologische Spielart" eines Bevölkerungsteils, sondern die Fähigkeit zur "selbständigen ökonomischen und rechtlichen Existenz" Voraussetzung sei (32).

Diese psychologisierende Betrachtungsweise der nationalen Frage durch den "Bund" rücke ihn in die Nähe der "idealistischen Auffassung des Zionismus", die aber im Gegensatz zur ersteren nicht auf die notwendige materialistische Komponente, das Territorium; verzichten wolle und dadurch trotz ihres Utopismus historisches Realitätsbewußtsein unter Beweis stelle, während diejenige des "Bund", die die materielle Basis ignoriere, bloßen idealistischen Vorstellungen verhaftet bleibe (33).

Die Versuche des "Bund", in Anknüpfung an theoretische Vorstellungen innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie von einer nationalen oder sogar von einer exterritorialen nationalkulturellen Autonomie einer jüdischen Nationalität mit sozialdemokratischen Argumenten in Rußland politische Existenzberechtigung nachzuweisen, blieben für Aksel'rod (Ortodoks) ein idealistischer Versuch, die "nationale Existenz" der Juden "auf fremdem Territorium" aus ihrer gegenwärtigen "psychologischen Isolation" heraus zu rechtfertigen, obgleich doch jeder Marxist nur dann die "Selbständigkeit einer Nation" anerkenne, wenn sie auf einem eigenen Territorium über ein selbständiges ökonomisches System verfüge (34).

Aksel'rod (Ortodoks) zweifelte nicht daran, daß die nationalistischen Per-versionen des "Bund" mit der Erlangung der bürgerlichen Gleichberechtigung für die Juden aufhörten, da die Juden dann aus ihrem ihnen zwangsweise zugewiesenen Ghetto, der "čerta osedlosti", ausbrechen und sich über das gesamte Territorium Rußlands ausbreiten würden; resultierte doch für sie dieser Nationalismus des "Bund" aus dem rein technischen Problem der agitatorischen und propagandistischen Versorgung einer der russischen Kultursprache nicht mächtigen, d.h. kulturell rückständigen, jiddisch sprechenden Arbeiterschaft mit sozialistischer Literatur, das sich - im Laufe der Zeit mit bourgeoisen, insbesondere zionistischen Vorstellungen angereichert - "zu einem nationalistischen Selbstzweck" verselbständigt habe (35). Aus dieser Aufnahme "kleinbürgerlicher nationalistischer Elemente" in das sozialdemokratische Programm schloß sie auf eine opportunistische Haltung, die das Klassenbewußtsein des jüdischen Proletariats innerhalb der jüdischen "Nationalität" trübe - und nicht, wie der "Bund" gerade umgekehrt behaupte, das Eindringen des Zionismus als nationalistischer Ideologie des jüdischen Kleinbürgertums in die jüdische Arbeiterklasse verhindere (36) - und somit sowohl die jüdische von der christlichen Arbeiterschaft Rußlands absondere als auch die Weckung nationaler Leidenschaften unter den Nationalitäten Rußlands mitverursache, die sich nicht zuletzt in einer "Verstärkung des Antisemitismus" äußerten; drei Punkte also, die zur Festigung "nationalistischer Vorurteile" beitrügen und in bezug auf die Autokratie deshalb systemstabilisierend wirkten (37).

Aksel'rod (Ortodoks) vertrat letztlich die theoretische Auffassung, daß die jüdische Frage in Rußland den Klasseengegensätzen der dort existenten bürgerlichen Gesellschaftsordnung entspringe und infolgedessen "außerhalb des Sozialismus" gar nicht zu lösen sei; denn erst nach Beseitigung des Kapitalismus sei ein ideologischer Ausgleich sozialer Antagonismen möglich, so daß in der Gegenwart "jede gesellschaftliche Strömung, die nicht vom Klassenstandpunkt" ausginge wie der "jüdische Nationalismus" des "Bund" als dem Sozialismus feindlich betrachtet werden müsse (38).

Weit pragmatischer beurteilte ein Artikel in Nr. 55 der "Iskra" in Auseinandersetzung mit den obigen Ansichten Lenins und Aksel'rods (Ortodoks) zur jüdischen Frage in Rußland die Bestrebungen des "Bund" (39).

Wenn sich die Redaktion auch nicht mit dem Inhalt des Artikels identifizieren wollte (40), so hielt sie nach dem Ausscheiden des "Bund" aus der Gesamtpartei eine "allseitige Erörterung" seiner theoretischen Grundpositionen dennoch für "nützlich" (41). Was den Verfasser (B-v) von der allgemeinen "Iskra"-Linie abweichen ließ, beruhte nicht in seiner Leugnung des grundsätzlich internationalen Charakters jeder Arbeiterbewegung oder der integralen Zugehörigkeit des "Bund" zur RSDRP. Er unterschied sich dort, wo es um die positive Bestimmung einer jüdischen Nationalität in Rußland ging (42).

Im Gegensatz zu Lenin (43) billigte er den Juden wie den "Armeniern, Letten, Georgiern" nationale Eigenständigkeit zu, auch wenn er mit ihm ihre organisatorische Selbständigkeit innerhalb der gesamtrussischen sozialdemokratischen Bewegung verneinte (44).

Trotz prinzipiell richtiger Argumentationsbasis Kautkys, daß den Juden als konstitutive Momente einer Nationalität Sprache und Territorium fehlten (45), konnte seiner Auffassung nach den Juden in Rußland auf Grund ihrer gemeinsamen Abstammung, Kultur und Sprache so lange nicht das Recht verwehrt werden, sich als "Nation" zu betrachten, wie sich nationale Selbstbestimmung und Klassenkampf nicht als sozialdemokratische Programmpunkte wechselseitig ausschließen (46).

Was den Antisemitismus anbetraf, so konnte er weder Kautsky (47) noch Lenin (48) in ihrer Beweisführung folgen, daß dieses kollektive Vorurteil gegenüber den Juden durch deren Assimilation aus der Welt zu schaffen sei. Ein solches Unterfangen führte für ihn nur zu einer neuen Variante des Antisemitismus (49).

B-v vermutete die Existenz des Antisemitismus für Rußland innerhalb eines historischen Spannungsfeldes, das von den beiden Polen "fremdartige Juden" und "kulturlose Umwelt" fortwährend aufs neue erzeugt werde, so daß nicht allein die Assimilation der Juden an ihre Umwelt, wie sie Kautsky guthieß (50), sondern auch die Kultivierung dieser Umwelt durch Aufklärung der christlichen Volksmassen für die endgültige Beseitigung des Antisemitismus notwendig sei, und somit beides für den Sozialismus das einzig adäquate Mittel zur Lösung der dortigen Judenfrage darstelle (51).

Kautsky und Lenin hingegen verwechselten die beiden so grundverschiedenen Begriffe: "Beseitigung der Absonderung" und "Assimilation", denen gegenüber sich die Sozialdemokratie indessen unterschiedlich verhalten müsse; denn in einer Zeit, wo es vordringlich sei, die internationale Solidarität der Arbeiter in Rußland zu stärken, dürfe, solange nicht der Klassenkampf der jüdischen Arbeiterschaft dadurch verfälscht oder verhindert werde, durch keinerlei Forderung nach Assimilation die nationale Selbstaufgabe der Juden verlangt werden (52).

Für die Sozialdemokratie Rußlands bedeute dies konkret, daß zwischen der jüdischen Frage und der Stellung des "Bund" innerhalb der RSDRP überhaupt kein kausaler Bezug herzustellen sei, weil nur die Frage einer jüdischen Nationalität hinsichtlich des Rechts auf nationale Selbstbestimmung historische Realität besitze (53).

War aber die jüdische Frage erst als ein Nationalitätsproblem anerkannt, so bestand in Anbetracht der Tatsache, daß proletarischer Internationalismus in der Gegenwart nichts über die Art und Weise des zukünftigen Zusammenlebens der Nationalitäten - und zwar weder im Hinblick auf eine Synthese noch auf eine teilweise Assimilation noch auf ein weiteres selbständiges Nebeneinanderleben - aussage, noch keinerlei Veranlassung, aus dem Fehlen einer genauen Vorstellung irgendwelche "richtungsweisenden politischen Schlüsse" zu ziehen, so daß die RSDRP "weder historische noch theoretische Gründe" besitze, die Devise des "Kommunistischen Manifests": "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" gegenüber der jüdischen Arbeiterschaft Rußlands durch die Losung: "Jüdische Proletarier, assimiliert euch!" zu ersetzen (54).

In seiner Auseinandersetzung mit den Ansichten Aksel'rods (Ortodoks) (55) offenbarte B-v jedoch, daß er mit dem von ihm selbst zuvor hergestellten und als legitim anerkannten inneren Zusammenhang zwischen jüdischer Frage und nationalem Selbstbestimmungsrecht keine politische Aussage machen wollte; denn indem er eine qualitative Unterscheidung zwischen einem psychologischen und einem politischen Nationalitätsbegriff traf und sich in bezug auf den ersteren durchaus die historische Realität einer jüdischen Nationalität ohne eigenes Territorium vorzustellen vermochte, lag für ihn die prinzipielle sozialdemokratische Inkonsistenz des "Bund" gerade darin, daß dieser eine Identität zwischen beiden wesensverschiedenen Begriffen konstruierte und dadurch in die gefährliche Nähe des bürgerlichen Nationalismus gerate (56). Die Beseitigung des Antisemitismus hielt er darüber hinaus - wie Aksel'rod (Ortodoks) - erst im Sozialismus für möglich (57), so daß auch von daher ein unmittelbarer politischer Gegenwartsbezug im Sinne eines demokratischen Momentes in Verbindung mit dem historisch notwendigen Kampf gegen die Selbstherrschaft ausgeschlossen wurde.

Dennoch mußte er es sich gefallen lassen, daß die "Iskra"-Redaktion seine These "Keine Assimilation, sondern Beseitigung der Absonderung" gerade in einem solchen politischen Sinne auslegte und ihm vorwarf, die "Erwünschtheit der Assimilation der Juden", wie sie von Lenin und Aksel'rod (Ortodoks) vertreten werde, nicht begriffen zu haben (58). Von "politischer Bedeutung"

sei deshalb nur die "Beseitigung der Absonderung" und nicht die Bewahrung einer jüdischen Nationalkultur, zumal die von der historischen Notwendigkeit der Assimilation überzeugten Sozialdemokraten von der "unbestreitbaren Tatsache" ausgingen, daß "eine abgesonderte staatliche Existenz oder wenigstens ein besonderes Territorium" erst die historische Realität einer Nationalkultur bedinge (59).

Aksel'rod (Ortodoks) (60) legte diese durch B-v hergestellte ideologische Verknüpfung zwischen Anerkennung einer jüdischen Nationalität und Recht auf nationale Selbstbestimmung ebenfalls rein politisch aus und bestimmte letzteres - gleich Lenin (61) - für die internationale Sozialdemokratie nur als negatives Prinzip zur Verhütung äußerer Gewaltanwendung gegenüber einer Nationalität, so daß für sie ein solches Unterfangen der widernatürlichen Verbindung nationalistischer und sozialdemokratischer Bestrebungen einer "völlig falschen und einseitigen Auslegung" des Selbstbestimmungsrechts entsprach. Im Gegensatz zu der von B-v behaupteten Ähnlichkeit der Argumentationsweise Kautskys und Lenins mit derjenigen der Antisemiten im Hinblick auf die Unabwendbarkeit der Assimilation der Juden sah sie gerade umgekehrt in der Negierung der "Notwendigkeit der Assimilation" eine "Analogie" zwischen Antisemitismus und jüdischem Nationalismus, da beide den Juden die Unfähigkeit zur Verschmelzung mit der christlichen Bevölkerung unterstellten (62).

Aus diesem Grunde bestand auch für sie in Anbetracht der geschichtlichen Wirklichkeit des internationalen und nicht des kosmopolitischen Charakters der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung weiterhin ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Forderung nach Anerkennung einer jüdischen Nationalität und den separatistischen Organisationstendenzen des "Bund", so daß eine Atomisierung dieser Bewegung in nationale Sektionen, wie sie B-v aus taktischen und nicht aus prinzipiellen Beweggründen zur Überwindung der Trennwände unterschiedlicher politischer Verhältnisse vorschläge, nur dann hinsichtlich einer nationaljüdischen Arbeiterbewegung ihre Abstraktheit verlieren könne, wenn die Auffassung Lenins (63) akzeptiert werde, daß allein die politische Selbständigkeit einer Nationalität auf einem eigenen Territorium einen spezifischen Klassenkampf der Arbeiterschaft innerhalb eines nationalen Rahmens erfordere (64).

Da darüber hinaus von keiner "kulturassimilatorischen" Aufgabe der Sozialdemokratie im Sinne einer Russifizierung der Juden, wie sie von B-v Kautsky und Lenin fälschlich unterschoben werde, sondern allenfalls vom ideologischen Ansatz einer internationalen Homogenität der sozialdemokratischen Bewegung die Rede sein könne, sah Aksel'rod (Ortodoks) die praktische Arbeit der RSDRP unter der jüdischen wie der russischen Arbeiterschaft u.a. gerade darauf gerichtet, Relikte nationalen Bewußtseins durch "gegenseitige Angleichung" zu nivellieren bzw. durch ein "allseitiges revolutionäres Bewußtsein" zu überhöhen (65). Indem sie in demselben Sinne wie Kautsky (66) bei den Volksmassen Antisemitismus mit politischer Reaktion und nationaler Unkultur und Assimilation mit revolutionärer Reife und westeuro-

päischer Zivilisation gleichsetzte, war deshalb in ihren Augen die Existenz einer Arbeiterbewegung innerhalb der Juden bereits ein "Resultat der Assimilation", d.h. der historischen Überwindung der überlebten Fesseln der "nationalen Traditionen" des alten Judentums (67).

In Polemik gegen den ersten Artikel Aksel'rods (Ortodoks) (68) versuchte ein weiterer Diskussionsbeitrag die seitens der "Iskra" als apodiktisch postulierte grundsätzliche Verbindung zwischen Kapitalismus und Nationalismus einerseits und Sozialismus und Internationalismus andererseits in Frage zu stellen, wobei der Verfasser K. (A.P.Bržezovskij) in seiner Argumentationsweise sogar soweit ging, die nationale Frage überhaupt zum Ideologienproblem des Sozialdemokratismus eines Nationalitätenstaates zu erheben (69).

Durch die Ignorierung der Nationalitätenfrage innerhalb des gegenwärtigen wie des zukünftigen Rußlands ging nach Ansicht Bržezovskijs die RSDRP von einer "idealbürgerlichen Gesellschaft" aus. Sie ließ die historische Realität einer in diesem Staate existenten feudalbourgeoisen gesellschaftlichen Mischform außer acht und stellte alle ad hoc vermeintlich unlösbaren politischen Aufgaben - wie z.B. die jüdische und auch die nationale Frage im allgemeinen - der automatischen Bewältigung im Sozialismus anheim (70).

Wenn Aksel'rod (Ortodoks) den Antisemitismus als den in der Gegenwart einzig sozial relevanten Aspekt der jüdischen Frage betrachtete und ihn von Klasseninteressen des unter besonderem wirtschaftlichen Konkurrenzdruck stehenden Kleinbürgertums abhängig sah, so war auch für Bržezovskij eine nationale Unterdrückung prinzipiell nur in einer Klassengesellschaft möglich, die Milderung und sogar die Beseitigung der Formen nationaler Knechtschaft im allgemeinen wie des Antisemitismus im besonderen hielt er aber im Zusammenhang mit der allmählichen Eroberung der politischen Freiheit durch die Arbeiterklasse bereits vor der sozialistischen Revolution für realisierbar (71).

Wurde nun seitens der "Iskra" die nationale Frage mit dem Hinweis auf den proletarischen Internationalismus für die Sozialdemokratie völlig ignoriert, so verwies Bržezovskij mit Nachdruck auf den außenpolitischen Sinngehalt der Devise "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!", die in der Tat dem Nationalismus der bürgerlichen Klassen der einzelnen Staaten die internationale Klassensolidarität des Weltproletariats entgegenstelle, jedoch nicht in bezug auf einen Nationalitätenstaat als innenpolitische Maxime zu verstehen sei, da hier Internationalismus nicht nur eine "exklusive Besonderheit" der Partei der Arbeiterklasse ausmache, sondern ebenfalls von bürgerlichen Parteien proklamiert werde, so daß von einer einheitlichen Behandlung der nationalen Frage für alle Nationalitäten wie von ihrer völligen Außerachtlassung in einem solchen Staat grundsätzlich nicht ausgegangen werden dürfe (72).

Am Beispiel der offiziellen Politik, die einerseits die Juden von der Russifizierung kulturell und politisch ausschleife und somit ihre historisch notwendige Assimilation verhindere, während sie andererseits gerade den

Polen, die über alle Merkmale einer eigenständigen Nationalität verfügten, eine solche kulturelle und politische Eigenständigkeit versage, zeigte Brzezowski die - seiner Auffassung nach - extremen Aspekte des Nationalitätenproblems in Rußland auf. Vom Standpunkt der Sozialdemokratie sei hierbei ersterer als reaktionär, letzterer als progressiv zu interpretieren (73). Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Rußland von 110 Völkern besiedelt sei, bedeute dies jedoch, daß zwischen diesen beiden Erscheinungen der nationalen Frage "in mehr oder weniger reiner Form" vielerlei Mischformen der nationalen Unterdrückung existierten, über die die Sozialdemokratie jeweils am konkreten Fall eine politische Entscheidung treffen müsse (74). Als weitere Erschwernis wurde angeführt, daß angesichts der allgemeinen politischen Unfreiheit in Rußland mit der tatsächlichen Entstehung eines Nationalitätenproblems erst nach dem Sturz der Autokratie zu rechnen sei, so daß sich die politische Relevanz dieser Problematik bis jetzt nur in Ansätzen erkennen lasse (75).

Die "Iskra"-Redaktion verdeutlichte mit dem Abdruck eigener Stellungnahmen sowie kritischer Auseinandersetzungen mit ihrer Generallinie im Zusammenhang mit der jüdischen Frage - "insofern sie auf der Grundlage unseres Programms stehen" (76) -, daß sie zumindest hinsichtlich der Juden Rußlands für die Arbeiterschaft keine ideologische Wechselbeziehung zwischen nationalen und sozialen, sondern weiterhin nur eine solche zwischen politischen (staatlichen) und sozialen Momenten anerkannte, so daß der "Bund" mit seiner positiven Bestimmung des Nationalismus selbst in eindeutiger Absetzung von jeglichen bürgerlichen Implikationen für sie nur den von der PPS bereits vorgezeichneten Weg der "Absorption der Klasseninteressen des Proletariats durch die nationalistischen Interessen der revolutionären Demokratie" eingeschlagen hatte (77).

Für den "Bund" bestand auf Grund dieser prinzipiell negativen Einstellungen zum politischen Problem einer jüdischen Nationalität in Rußland deshalb mehr als je zuvor die Notwendigkeit einer grundsätzlichen theoretischen Klärung seiner eigenen Position vom Standpunkt des ebenfalls durch ihn niemals in Frage gestellten revolutionären Sozialdemokratismus auf der Basis eines dogmatisch begriffenen Marxismus.

2. Die theoretische Begründung der Forderung nach nationalkultureller Autonomie für die Juden Rußlands durch den "Bund"

Es lag auf der Hand, daß der "Bund" seine "historische Rolle" in der Folgezeit gerade dadurch rechtfertigte, daß er das jüdische Proletariat "besonderen gesellschaftlich-politischen und psychologischen Bedingungen" unterworfen fand, welche es neben den normalen ökonomischen und politischen Zwängen, die es mit dem Proletariat jeder anderen Nationalität teile, einer spezifischen Diskriminierung als Volk aussetzten. Nur derjenige, welcher "in der Theorie" das Recht auf nationale Selbstbestimmung gar nicht begreife, könne dieser Arbeiterschaft "das elementarste Recht, das Recht auf eine selbständige Organisation", verweigern (1).

Die auf dem V. Kongreß des "Bund" (1903) erhobenen ultimativen Forderungen in der Organisationsfrage behielten aus diesem Grunde nach wie vor ihre alte Motivation. Sie wurde weiterhin dadurch gerechtfertigt, daß eine unter "besonderen nationalen Bedingungen" lebende Arbeiterklasse zur best-möglichen Vorbereitung ihres Eintritts in die internationale Arbeiterbewegung zuallererst national organisiert werden müsse; habe sie doch nach dem "Kommunistischen Manifest" zunächst einen nationalen Klassenkampf zu führen. Dem Zentralismus der "Iskra" liege dagegen eine Verwechslung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus mit den kosmopolitischen Anschauungen der Bourgeoisie zugrunde (2).

Es sollte Vl. Kossovskij überlassen bleiben, vor allem in Auseinandersetzung mit den Anschauungen Lenins und Aksel'rods (Ortodoks) über die Notwendigkeit der Assimilation der Juden die theoretische Gegenposition des "Bund" vom historischen Recht der jüdischen Arbeiterschaft, als Klasse einer Nationalität zu gelten, mit der Organisationsfrage als konkretem Ausgangspunkt ausführlich darzulegen (3).

Kossovskij sah in der Alternative: "Nationalität oder Assimilation" kein vordergründiges Organisationsproblem, sondern das sozialdemokratische Kernproblem innerhalb des prinzipiellen Organisationsstreits: Föderation oder Autonomie (4).

Wenn Lenin im Anschluß an Kautsky (5) "Sprache und Territorium" als "grundlegende Merkmale" einer Nationalität verabsolutierte (6), so relativierte Kossovskij diese Grundposition zu einem "historisches Schema", das "einige Kombinationen der "grundlegenden Merkmale"" zulasse (7).

Für ihn stellte sich das Kautsky'sche Grundmuster dergestalt dar, daß in Westeuropa (Frankreich, Italien, Deutschland) die historische Entwicklung "drei Phasen: Nation-Rasse, Nation-Territorium und Nation-Staat" durchlaufen habe, wobei die letzte mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unmittelbar verknüpft sei. Dieser organischen westeuropäischen Entwicklung zum nationalen Einheitsstaat stehe jedoch in Osteuropa (Österreich, Türkei, Rußland) wegen des dortigen verspäteten Eintritts des Kapitalismus eine feudal-bourgeoise Mischform als Nationalitätenstaat gegenüber, innerhalb dessen die Nationalitäten ohne feste Bindung an ein bestimmtes Territorium lebten (8).

Aus dieser Tatsache leitete Kossovskij nun im Gegensatz zu Kautsky, der diese Staaten nur als für Osteuropa charakteristische Übergangsformen betrachtete (9), die historische Tatsache der Existenz zweier grundsätzlich verschiedener staatlicher Entwicklungstypen im Industriezeitalter ab, der auch die Marx'sche Theorie Rechnung zu tragen habe.

Nur vordergründig erschien es ihm, als nivelliere der Kapitalismus auch in Osteuropa die Pluralität der Nationalitäten innerhalb eines Staates zu einer nationalen Einheit, was letztlich auch Kautsky bezweifelte, der in Betracht offensichtlicher Ermüdungserscheinungen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung im allgemeinen einen Mangel an Elan zur Voll-

endung dieser historischen Aufgabe des Bürgertums zu konstatieren glaubte und deshalb auch im Hinblick auf Österreich eher den zukünftigen staatlichen Zerfall annahm (10). Kossovskij sah demgegenüber eine Überlagerung des rein politischen Strebens nach dem Nationalstaat durch ein allgemeines kulturelles Emanzipationsbegehren der Volksmassen, das eine weitere Entnationalisierung durch "Absorption" einer Nationalität oder durch "wechselseitige Assimilation" nunmehr ausschließe und zur Erhaltung der nationalen Vielfalt bei gleichzeitiger Vermischung der Nationalitäten untereinander und Lösung ihrer territorialen Bindungen führe, als historische Folgeerscheinung der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse innerhalb eines Nationalitätenstaates (10a).

Auf diese Weise gelangte Kossovskij erstens zu der Schlußfolgerung, daß "der Typ des (abgeschlossenen) Nation-Staates und derjenige der (sich for- mierenden) Nation als rassisch-psychologischer Einheit, die ihre Verbindung mit dem Territorium verloren hat", als historische Erscheinungsformen des Nationalen existierten, die durch "verschiedenartige Zwischenstufen" ergänzt würden, unter denen wiederum "abgeschlossene Typen" wie der der "Nation-Rasse" und der des "Nation-Territorium" bestünden, so daß ein "gesonder-tes Territorium (ein Staat oder ein abgegrenztes Gebiet in einem Staat)" ebenso wenig ein "grundlegendes Merkmal" für eine Nationalität sein könne, wie die Sprache eines sei, da beide nicht für die historische Ausbildung einer "nationalen Physiognomie" bestimmend seien (11).

Zweitens hielt er jede Ansicht für abwegig, die wie selbstverständlich davon ausging, daß die wirtschaftliche Weiterentwicklung in Gesamteuropa jeglichen bis jetzt noch existentes Nationalitätsproblem mittels "Assimilation" oder "Absorption" zwangsläufig löse. In Westeuropa sei der Kapitalismus bereits auf voll ausgebildete Nationalstaaten getroffen, so daß seine zentralistischen Tendenzen dort mit dem gesellschaftlichen Einheitsstreben konform gingen (12). In Osteuropa hingegen habe es diese Wirtschaftsordnung des bürgerlichen Zeitalters allerdings mit Vielvölkerstaaten zu tun, bei denen nicht so ohne weiteres die auf die Ausbildung eines einheitlichen Binnenmarktes gerichteten wirtschaftlichen Notwendigkeiten mit einem einzigen nationalen Willen der hier lebenden Menschen identisch seien, sondern in der Regel mit dem wirtschaftlichen Machtstreben der herrschenden Nationalität, die mit ihrem Kampf um die Beseitigung nationaler Besonderheiten bei "Fremdstämmigen" zugleich auch einen Kampf gegen bürgerliche Konkurrenten führe (13).

Als Quintessenz ergab sich im Hinblick auf den Nationalismus für die Gegenwart in den Augen Kossovskijs also eine ambivalente historische Wirkung: Einerseits schuf er die "Gefahr der Entnationalisierung", während er andererseits zugleich auch das Gegengift, die "moderne nationale Idee" (14), erzeugte, in der sich das erwachende gesellschaftliche Bewußtsein der Volksmassen widerspiegelte (15).

Kautskys "drei Faktoren" für die Herausbildung dieser Idee: das Streben der bürgerlichen Klasse nach dem Nationalstaat zur Sicherung des inneren Marktes, das Streben des gesamten Volkes nach politischer Freiheit (Volks-

souveränität) und das Streben der Massen nach Kultur (Nationalliteratur), die er alle gleichermaßen für die menschliche Gesellschaft als entwicklungsbedingt und deshalb auch für die Arbeiterschaft als historisch notwendig bezeichnete (16), fanden für Kossovskij in der politischen und kulturellen Bewußtseinsbildung der jüdischen Volksmassen in Rußland ihren beispielhaften Ausdruck und veranlaßten ihn zu der Feststellung, daß innerhalb der kapitalistischen Klassengesellschaft eines Nationalitätenstaates nicht die "Assimilation" der kleinen Nationalitäten, sondern die Wahrung ihrer "nationale Individualität" auf der zukünftigen Tagesordnung der Geschichte stünden (17).

Aksel'rod (Ortodoks), die den Juden Rußlands - im Gegensatz zu Lenin (18) - wenigstens "spezifische rassische und psychologische Züge" zugestanden hatte, wenn sie ihnen auch wegen des Fehlens eines "eigenen Territoriums" als notwendiger ökonomischer Existenzgrundlage die Fähigkeit zur politischen Selbständigkeit als Nationalität absprach (19), übertrug deshalb nach Auffassung Kossovskijs westeuropäische Verhältnisse auf historisch ganz anders gelagerte Entwicklungen in Osteuropa, wo die "Idee der Nation als politische Einheit" keine Allgemeingültigkeit besitze, weil hier Nationalitäten ein unbezweifelbares Lebensrecht beanspruchten, die weder mit dem gesamten Staat noch mit irgendeinem Territorium identisch seien (20).

Es stand für Kossovskij außer Frage, daß das osteuropäische Nationalitätenproblem mit westeuropäischen Vorstellungen vom historisch gewachsenen Nationalstaat theoretisch und politisch nicht in den Griff zu bekommen war. Dies galt seines Erachtens auch für die Behandlung des Selbstbestimmungsrechts innerhalb der Sozialistischen Internationale, die vom Kongreß in London (1896) bis hin zur vorliegenden Diskussion in den Spalten der "Iskra" nicht anderes gebracht habe als eine ständig fortschreitende Sinnentleerung des "traditionellen Begriffs der Nationalität", wie es B-v mit seiner subjektiven Bestimmung unternahm, oder rein schematische Übertragungen, wie es Lenin und Aksel'rod (Ortodoks) versuchten.

Ließ sich aber die "alte Definition des Begriffs der Nationalität" nicht mehr allgemein verbindlich anwenden, so mußte sie im Hinblick auf Osteuropa unter Berücksichtigung der dortigen historischen Gegebenheiten neu bestimmt werden (21).

Hierzu waren für die jüdische wie für jede andere Nationalität als "objektive Merkmale" aufzunehmen: 1. eine "bestimmte Gesamtheit rassischer und psychologischer Eigenschaften", 2. das "Zugehörigkeitsbewußtsein zu einem gesellschaftlichen Organismus" und 3. die Differenzierung dieser Gesellschaft in Klassen (22).

Ebenso wenig historischen Realitätsgehalt wie der Begriff der Nationalität besaß bei den "Iskristen" nach der Meinung Kossovskijs, vom sozialdemokratischen Standpunkt aus betrachtet, auch deren These von der historischen Unabänderlichkeit der Assimilation der Juden in Rußland (23).

Ausgehend von Bruno Bauers Vorschlägen zur Lösung der Judenfrage aus dem Jahre 1843 (24) kam er zu dem Schluß, daß ein halbes Jahrhundert

später in den Spalten der "Iskra" noch immer dessen assimilatorische Auffassung vorzufinden sei, die davon ausgehe, daß sich die "chimärische Nationalität" der Juden, indem sie sich bewußt von jeglicher "wirklichen Nationalität" fernhalte, außerhalb der Geschichte stelle (25).

Unter Anführung der Marx'schen Kritik an Bruno Bauer (26), der dessen "Grundfehler" darin zu erkennen vermeinte, daß dieser die politische mit der allgemeinen Emanzipation der Menschheit gleichgesetzt habe (27), glaubte Kossovskij nachweisen zu können, daß Marx zwischen einer Emanzipation der Juden im politischen Sinne und ihrem Verzicht auf religiöse Eigenart keinen Wesenszusammenhang gesehen habe. Er übersah allerdings geflissentlich, daß Marx das demokratische Recht der freien Religionsausübung nicht auf das Judentum als nationale Individualität, sondern auf den einzelnen Juden als menschliches Individuum bezogen hatte (28).

Kossovskij stimmte auch mit Marx gegen Bruno Bauer darin überein, daß die jüdische Religion nicht den Inhalt des Judentums bestimme, lehnte aber zugleich dessen Gleichsetzung des Judentums mit einem "antisozialen Wesen" ab (29). Marx verlagerte das jüdische Problem aus dem ideologischen in den ökonomischen Bereich und bestimmte das "antisoziale Wesen" als durch die Jahrhunderte konservierten kaufmännischen Egoismus, der in der bürgerlichen Gesellschaft mit deren spezifischen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zur allgemeinen Ideologie wurde, so daß bei der nunmehrigen Identität zwischen Judentum und Christentum die "gesellschaftliche Emanzipation der Juden" nur noch in der "Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum" liegen könne (30). Mit dieser Definition des Judentums begab er sich für Kossovskij außerhalb des eigenen "materialistischen Geschichtsverständnisses" bzw. zeigte er, daß er zum damaligen Zeitpunkt (1844) von idealistischen Implikationen noch nicht völlig frei war (31).

Das "Suchen nach dem "Wesen" des Judentums", in dem er Marx letztlich mit Bruno Bauer vereint fand, bildete für Kossovskij immer die theoretische Ausgangsbasis für eine Lösung der Judenfrage mittels der Assimilation, weil hier nicht die jüdische Nationalität als lebender gesellschaftlicher Organismus, sondern als historisches Fossil betrachtet wurde, das einen der Mühe enthob, dessen soziale Differenziertheit aufzuspüren (32).

Wenn nun Franz Mehring mehr als ein halbes Jahrhundert später mit diesen Marx'schen Ausführungen übereinstimmte und deshalb das jüdische Emanzipationsproblem noch immer auf dieselbe Weise gelöst sehen wollte (33), so beging er für Kossovskij nicht nur denselben, sondern einen noch schwerer wiegenden Fehler, weil sich der damals erst beginnende "Prozeß der Klassendifferenzierung" innerhalb des Judentums gegenwärtig in vollem Gange befinde (34).

In Mehring sah Kossovskij deshalb nicht zu Unrecht den eigentlichen Urheber jenes sich wie ein roter Faden durch die gesamte sozialdemokratische Literatur der damaligen Zeit bis hin zur "Iskra" ziehenden Vorurteils, daß die Juden keine Nationalität, sondern nur eine (Ausbeuter-) "Klasse" darstellten, so daß man sich auch keine Mühe zu machen brauche, innerhalb

des Judentums eine gesellschaftliche Bewegung festzustellen (35).

Es war dann vor allem Karl Kautsky, der - nach Kossovskij - durch Unterstützung der "Iskra"-Position zur weiteren Stärkung dieses Vorurteils beigetragen hatte, indem er den Antisemitismus in Rußland mit der Unkultur der dortigen Volksmassen erklärte und seine Beseitigung erst mit der historisch notwendigen Assimilation der Juden an die christliche Bevölkerung, d.h. mit der Aufgabe ihrer nationalen Eigenart, für möglich hielt (36). In Anbetracht der Tatsache, daß Kautsky die Nationalitätenkonflikte in Österreich auf dasselbe Moment der Unkultur zurückführte, dort aber zur Lösung eine "Föderation nationaler Autonomien" empfahl (37), stelle er unter Beweis, daß er aus durchaus richtigen Prämissen (Unkultur der Volksmassen) hinsichtlich der Juden in Rußland eine falsche Schlußfolgerung zog (38).

Die Rechtfertigung eines solchen Trugschlusses mit dem Hinweis auf die Existenz einer "jüdischen Abschließung" (39) verwarf somit für Kossovskij die "Assimilation als Universalmittel zur Lösung nationaler Konflikte im allgemeinen" und wertete allein das Judentum als reaktionär ab, d.h. gab es zur Beseitigung durch Assimilation, zur Vernichtung seiner nationalen Individualität, frei (40).

Gegen Kautsky, dessen theoretische Einstellung gegenüber der Judenfrage er zu Recht ebenfalls auf der Marx'schen aus dem Jahre 1844 gegründet fand und den er darüber hinaus durchaus mit gutem Grund der Unkenntnis über das gegenwärtige Judentum in Rußland bezichtigte, postulierte Kossovskij seinerseits die einleuchtende, wenn auch in keiner Weise ausreichend begründete These, daß nur derjenige die Assimilation des Judentums fordern dürfe, der zugleich nachweise, daß das "neue Judentum" der "allgemeinen europäischen Kulturentwicklung" (41) widerspreche (42).

Unter Einbeziehung der Äußerungen Lenins (43) und Aksel'rods (Ortodoks) (44) zur Frage der Assimilation der Juden, wobei er in denjenigen des ersteren eine - in vergrößerter Weise durchgeführte - "buchstäbliche Wiederholung" der Ansichten Kautskys erblickte, während er diejenigen der letzteren als einen absurden Versuch betrachtete, Kautsky insoweit zu "vertiefen", als sie nunmehr die sozialdemokratische Bewegung der jüdischen Arbeiterschaft infolge der Loslösung von den nationalen Traditionen des alten Judentums bereits als "Resultat der Assimilation" analysierte, obgleich sich doch alle Arbeiter Rußlands von alten nationalen Vorurteilen befreien (45), konnte Kossovskij zur Stützung seiner These von der Existenz einer modernen jüdischen Nationalität allerdings nur die mit dem "kommunistischen Manifest" sicherlich formal zu rechtfertigende Behauptung aufstellen, daß die jüdische Arbeiterbewegung eben nicht nur einen Teil der gesamtstaatlichen in Rußland darstelle, sondern zugleich auch aus einem spezifisch nationalen Milieu erwachsen sei und mit diesem organisch verbunden bleibe, so daß eo ipso die historische Realität einer jüdischen Nationalität und nicht die Assimilation der Juden im Interesse der Sozialdemokratie Rußlands liegen müsse (46).

Schließlich war es V.D. Medem (1879-1923), der innerhalb des "Bund" als

erster mit einer umfassenden marxistischen Analyse des Nationalitätenproblems in Rußland den Teufelskreis der bisherigen Argumentation über die historische Berechtigung einer selbständigen jüdischen Arbeiterbewegung durchbrach. Er führte einerseits den theoretischen Nachweis der Legitimität einer positiven Einstellung der Arbeiterschaft zur nationalen Frage und erhob andererseits die nationale Autonomie zur konkreten politischen Tagesforderung der Sozialdemokratie Rußlands (47).

In Medems eigener Wandlung vom kosmopolitisch eingestellten Angehörigen der russifizierten "Litwaki"-Intelligencija der Jahrhundertwende, der das Jiddische nur mit Mühe verstehen konnte und außerhalb des jüdischen Milieus lebte, zu einem hartnäckigen Verfechter eines jüdischen Gemeinwesens auf russischem Territorium, das vom altjüdischen Klerikalismus, vom Zionismus und von Assimilationsbestrebungen gleichermaßen bewußt abgegrenzt wurde, spiegeln sich etwa ab 1910 und insbesondere während des 1. Weltkrieges (1916) exemplarisch die ideologischen Veränderungen im nationalen Selbstverständnis des "Bund" als jüdischer sozialdemokratischer Organisation (48). Medem, der um 1900 seinem Freund Jasha Kaplan die Frage, ob die "Juden eine Nation" seien oder nicht, nicht zu beantworten vermochte, weil ihn das Problem einer jüdischen Nationalität zumindest im Zusammenhang mit demjenigen einer jüdischen Arbeiterbewegung nie beschäftigt hatte (49), fühlte sich bereits 1903 auf einer Diskussionsveranstaltung russischer Sozialdemokraten in Karlsruhe über die jüdische Frage im Gegensatz zum ebenfalls anwesenden Trockij, der nur Sozialdemokrat und nichts anderes sein wollte, als Jude und als Sozialdemokrat (50), was er auch als Delegierter des "Bund" auf dem II. Parteitag der RSDRP durch sein persönliches Engagement in der im Zusammenhang mit der Frage einer nationalen sozialdemokratischen Organisation des jüdischen Proletariats aufgeworfenen Problematik einer jüdischen Nationalität nachdrücklich unterstrich (51).

In seiner 1904 verfaßten Abhandlung ging er von der innerhalb der Sozialdemokratie herrschenden Meinung aus, daß die nationale Frage inhaltlich der bürgerlichen Ideologie zuzuordnen sei und untersuchte deshalb auch folgerichtig zunächst diese Position (52).

Er unterschied formal zwischen "Assimilationspolitik" gegenüber den Juden und "Nationalismus" gegenüber allen anderen Völkern. Beide waren für ihn gleichermaßen unmittelbar aus den auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse erwachsenen neuen gesellschaftlichen Organisationen, den Nationalitäten, erzeugt, die durch die Verbindung von Staat und Kultur zu "nationalen politischen Individualitäten", die die bürgerliche Gleichberechtigung aller ihrer Angehörigen garantierten, zusammengewachsen seien (53).

Innerhalb dieser Nationalitäten herrsche das Bürgertum, und der zwischen diesen gesellschaftlichen Kollektiven geführte Kampf finde als Nationalismus seinen politischen Ausdruck, wobei es irrelevant sei, ob er sich als nationale Unterdrückung oder als nationaler Befreiungskampf äußere, da nicht diese politischen Erscheinungsformen, zwischen denen es keinen inhaltli-

chen Unterschied gebe, die "Grundmerkmale des Nationalismus" bildeten, sondern - wie es bereits Kossovsky gesehen hatte, auf den sich Medem be-rief (54) - die kapitalistische Wirtschaftsstruktur. Sie bedinge diesen un-ter nationalen Vorzeichen geführten Kampf, der letztlich ein Kampf der herr-schenden Nationalität um die Monopolisierung des inneren Marktes mit Hil-fe der politischen Macht sei (55). Der "Kampf um den Markt" ideologisiere sich zum "Kampf um die Nationalität", bei dem das Bürgertum der herr-schenden Nationalität im Kampf um neue Absatzmärkte bemüht sei, die Kon-sumenten der anderen Nationalitäten durch Staatsgewalt in ihre eigene "na-tionale Farbe umzufärben", während sich das Bürgertum der unterdrückten Nationalitäten auf Grund seiner politischen Schwäche auf die Verteidigung des eigenen Marktes, d.h. der Erhaltung der nationalen Eigenart seiner Konsumenten, beschränken müsse (56). Zwischen den nationalen Anschauun-gen des Bürgertums der herrschenden und der unterdrückten Nationalität bestand bei einer solchen Sehweise kein qualitativer Unterschied, da allein das bestehende politische Kräfteverhältnis die unterschiedlichen Rollen dik-tiere, die bei einer quantitativen Änderung der Mächtekonstellation jeder-zeit wechseln könnten (57). Wichtiger sei deshalb für die Sozialdemokratie, daß im Zusammenhang mit der Verteidigung der "Nationalidee", hinter der sich letztlich immer nur ein "Marktinteresse" verberge, seitens des Bür-gertums die Klassegegensätze innerhalb der eigenen Nationalität von den Gegensätzen zwischen den nationalen Individualitäten überlagert und aufge-hoben gesehen würden (58). Zwischen einem Nationalisten und einem Assi-milator bestehe in diesem Zusammenhang nur der formale Unterschied, daß ersterer "seine nationale Physiognomie im Gegensatz zu einer fremden" be-stimme, während letzterer - als "nach innen gewendeter Nationalist" - die eigene "zum Ruhme einer fremden" auszurotten gewillt sei. Beide aber ver-kündeten gleichermaßen wiederum die "Solidarität des gesamten Volkes" un-ter Verzicht auf jeglichen Klassenkampf, um die politische und ökonomische Hegemonie des Bürgertums über die Arbeiterschaft zu sichern (59).

Die Sozialdemokratie, die sich auch in bezug auf das Nationalitätenproblem in Theorie und Praxis nur vom Klasseninteresse der Arbeiterschaft leiten-lassen dürfe, konnte nach Medem an diesem aus dem Kampf um Absatzmärkte resultierenden "nationalen Fetischismus" des Bürgertums nicht interes-siert sein; denn weder der "Kult der nationalen Eigenart" (Nationalismus) noch die "Anbetung der nationalen Entpersönlichung" (Assimilation) stelle einen integralen Bestandteil ihrer Ideologie dar (60).

Wenn die Sozialdemokratie aber ihr Augenmerk allein auf den Klassenanta-gonismus innerhalb einer Gesellschaft und nicht auf die nationalen Unter-schiede zwischen historisch gewachsenen, einmaligen menschlichen Gemein-schaften richte, existiere für sie auch keine "Nationalkultur" mit einem "eigentümlichen Inhalt", sondern nur eine "eigentümliche Form", in der der "allgemeinmenschliche Inhalt eine bestimmte Gestalt" annehme (61). Indem Medem nun nicht von nationalen Inhalten, sondern von nationalen Formen ausging und damit allen Gesellschaftsverhältnissen immer dassel-be "Schema des kulturellen Lebens" zugrunde legte, nahmen zwar für ihn

die sozialen Kämpfe auch nationale Färbungen an. Sie würden jedoch keineswegs zu spezifischen Ausdrucksformen einer einzigen Gesellschaft, so daß das nationale Moment niemals in die Kategorie sozialdemokratischer "Zielsetzungen" gehöre, sondern vielmehr als zufälliges "Resultat" zu berücksichtigen sei. Nationalisten und Assimilatoren hingegen verfielen immer wieder in den alten Fehler, in umgekehrter Weise das Nationale von einer Akzidents des Klassenkampfes zu einer Kategorie des gesellschaftlichen Lebens der Menschheit aufzuwerten (62).

Gegenüber den politischen Tendenzen zur Assimilation des Judentums fordere deshalb eine solche theoretische Einstellung zum Problem des Nationalen die Sozialdemokratie zur Neutralität auf; denn sollte aus historischen Notwendigkeit heraus ein Prozeß der Angleichung der Juden an die sie umgebende christliche Bevölkerung erfolgen, so sei die Sozialdemokratie nicht dazu berufen, diesen zu beschleunigen oder zu hemmen: "Mag die Geschichte den Juden die Blüte einer eigenen Kultur verheißen; wir werden nicht dafür sorgen, die Originalität zu verhindern, wir werden uns auch nicht um ihren Erfolg bemühen. Wir sind neutral. Wir sind zwar gegen die Nationalisten, die sich ihren Kult zur Aufgabe stellen. Aber wir sind nicht deshalb gegen sie, weil uns die nationale Färbung nicht wünschenswert erscheint, sondern deshalb, weil wir ihre Kultivierung nicht als Aufgabe anerkennen. Wir sind nicht gegen den nationalen Charakter der Kultur, wir sind gegen eine nationalistische Politik" (63).

Festzuhalten bleibt freilich, daß sich dieses neutrale Verhalten der Sozialdemokratie eindeutig auf eine nationale Problematik bezog, die "für die Bourgeoisie charakteristisch" sei, so daß letztlich nur eine negative Einstellung gegenüber dem Nationalismus als politischer Ausformung des dem kapitalistischen Wirtschaftssystem eigenen ökonomischen Expansionsstrebens manifestiert wurde (64). Wurde der kulturelle Entwicklungsprozeß im Innern einer Nationalität von außen her behindert, so mußte die nationale Frage auch für die Sozialdemokratie eine soziale und politische Relevanz erhalten; denn ein in Reaktion auf eine gewaltsame äußere Einwirkung ausbrechender nationaler Befreiungskampf, der - "frei von bourgeois-nationalistischem Beigeschmack" - als ein "rein emanzipatorisches, wahrhaft progressives Werk" zu deuten war, stellte in den Augen Medems "noch keinen Nationalismus" dar. In diesem Falle bestünde für die Arbeiterschaft, die als unterste Klasse der unterdrückten Nationalität in zweifacher Weise von der nationalen Unfreiheit betroffen sei ein legitimes Klasseninteresse an seiner aktiven Unterstützung, weil sowohl seine kulturelle, d.h. seine gesellschaftliche Emanzipation verhindert als auch der Klassenkampf innerhalb der eigenen Nationalität durch den nationalen Kampf des gesamten Volkes gegen den äußeren Feind überdeckt würde (65). In einem solchen Falle stünde die nationale Frage aber nicht wie bei den kleinbürgerlichen Nationaldemokraten im Mittelpunkt des politischen Programms der Sozialdemokratie, sondern sie sei nur ein politisches Problem unter anderen (66).

Im Gegensatz zur Haltung der "Iskristen" gegenüber dem Nationalitätenproblem in Rußland, die sich entweder mit der prinzipiellen Anerkennung

des Rechts auf nationale Selbstbestimmung begnügten (67) oder - wie Lenin - dieses Prinzip sogar nur in einer Negativformulierung als zulässig anerkannten (68), gehörte deshalb für Medem die Lösung nationaler Fragen zum "Programm-Minimum" der RSDRP; wenn sie in der bürgerlichen Demokratie mittels einer Verbesserung der gesellschaftlichen Lage der Arbeiterschaft auch nur ihre provisorische Bewältigung erfahren konnten (69).

Grundsätzlich unterschied Medem zwei Aspekte des nationalen Problems:

1. die Frage der staatlichen Unabhängigkeit einer Nationalität;
2. die Frage der politischen Regelung des friedlichen Zusammenlebens mehrerer Nationalitäten innerhalb eines Staates.

Nach seiner Ansicht waren durch die staatliche Unabhängigkeit eines Territoriums nationale Fragen in der Gegenwart nicht mehr zu lösen. Auf Grund der Tatsache, daß keine "ausschließlich von einer Nationalität" besiedelten und gleichzeitig in ihrer Gesamtheit national unterdrückten Gebiete mehr existierten, würde in einem solchen Falle der "nationalen Befreiung" einer Nationalität für die anderen nur der nationale Unterdrücker wechseln (70).

War durch Geschichte und bourgeoises Ideologie der erste Aspekt so stark in den Vordergrund gerückt worden, daß jetzt selbst bei der Sozialdemokratie nationale Befreiung mit staatlicher Unabhängigkeit gleichgesetzt würde, so konnte für Medem das Nationalitätenproblem in einem Staat wie Rußland dennoch nicht durch "staatlichen Separatismus" gelöst werden; denn das Nationalitätsprinzip gestehe Nationalitäten ohne eigenstaatliche Traditionen, wie den Juden, eine selbständige nationale Existenz weder außerstaatlich (Nationalstaat) noch innerstaatlich (nationale Autonomie) zu (71).

In diesem Zusammenhang kam Medem auf das Kernproblem der Nationalitätenfrage überhaupt zu sprechen. Abgesehen von der historischen Tatsache, daß die erfolgreiche Durchsetzung des Nationalitätenprinzips letztlich von der jeweiligen Mähtekonstellatlon in Europa abhängig sei, müsse sie für Rußland innerhalb eines Vielvölkerstaates gelöst werden. Richte man sich dabei nach dem innenpolitischen Patentrezept der "Iskristen", der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, so lege man eine gefährliche Ignoranz an den Tag; denn nicht die Beseitigung existierender staatlicher Unterdrückungsmechanismen garantiere auf Dauer die Freiheit der einzelnen Nationalitäten, sondern ein spezifisches Gesetzeswerk mit daraus resultierenden demokratischen Exekutivorganen (72).

Zu Recht konstatierte Medem, daß der einzelne Staatsbürger nicht nur in seinen individuellen Rechten vom Staat geschützt werden müsse, sondern, was in einem Nationalitätenstaat von besonderem Belang sei, auch vom Nießbrauch staatlicher Dienstleistungen nicht ausgeschlossen werden dürfe. Das hieß für ihn u.a., daß die "Freiheit der Bildung" als "Recht der ersten Kategorie" durch die "Zugänglichkeit der Bildung" als "Recht der zweiten Kategorie" zu ergänzen sei (73).

Realisierten jedoch in Wahrheit erst die "Kollektivorgane" des Staates die "individuell-atomistischen Rechte" des Staatsbürgers, so bedeute dies, daß die Einführung einer Konstitution in Rußland mit einem Katalog abstrakter Individualrechte, wie z.B. das der bürgerlichen Gleichberechtigung, die nationale Unterdrückung konkret nicht beseitige, solange seitens des Staates weder Gesetze noch Institutionen bestünden, die auch die Gleichberechtigung der Nationalitäten durch die Garantierung ihrer freien kulturellen Entwicklung verwirklichten (74).

Für Medem galt es deshalb, von der idealtypisch liberalen Vorstellung abzukommen, daß sich in dem demokratischen Rußland der Zukunft eine national homogene Arbeiterschaft einem ebenso ausgerichteten Bürgertum im "reinen und unvermischten Klassenkampf" gegenüberstünde. Wenn auch die Arbeiterschaft von Natur her zum Internationalismus neige, so zerfalle doch das Bürgertum in der Regel in "miteinander konkurrierende nationale Fraktionen", so daß von der Annahme auszugehen sei, daß in einem bürgerlichen Rußland neben dem Klassen- auch der Nationalitätenkampf fortbestehe. Nichts hindere das großrussische Bürgertum in einer Demokratie daran, auf Grund seiner ökonomischen Stärke und mit Hilfe des Staates die Russifizierung seiner Klassengenossen aus den übrigen Nationalitäten weiter zu betreiben (75).

Solange nun - wie im § 8 des Programms der RSDRP und bereits im § 19 des österreichischen Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 (76) - das Recht auf Bildung in der Muttersprache und die Bereitstellung der hierfür notwendigen öffentlichen Institutionen nur allgemein gefordert werde, sei deshalb realiter die Bildung der staatstragenden bürgerlichen Klasse, die mit der der herrschenden Nationalität identisch sei, überlassen, und die freie kulturelle Entwicklung der anderen Nationalitäten bleibe eine "absolute Utopie" (77). Die faktische Unterdrückung nationaler Minderheiten bei nomineller Gleichberechtigung aller Staatsbürger könne offensichtlich nur dann beseitigt werden, wenn die Fragen der Bildung und Kultur aus dem Bereich des Staates herausgenommen und den einzelnen Nationalitäten zugewiesen würden (78).

Wodurch erhielt nun aber der auf die Nationalitäten bezogene formale Kulturbegriff - im Gegensatz zum auf den Gesamtstaat bezogenen Begriff der bürgerlichen Gleichberechtigung - seine auf die Arbeiterschaft und die sozialdemokratische Ideologie bezogene unmittelbare politische Bedeutung? Im Vordergrund der Medem'schen Argumentation stand immer wieder die bereits bekannte Befürchtung einer zukünftigen Überlagerung der Klassegegensätze zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft durch den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zwischen nationalen bürgerlichen Gruppen, der politisch innerhalb eines Kulturkampfes seinen Niederschlag fände, durch den beide Klassen der unterlegenen Nationalität in ihrer kulturellen Entwicklung entscheidend gehemmt würden (79). Assimilation der Juden bzw. Russifizierung der anderen Nationalitäten bedeuteten für Medem den Wegfall gesellschaftlicher Aufklärung und in Verbindung damit die Verhinderung der Entwicklung eines proletarischen Klassenbewußtseins und, was vom sozialdemo-

kratischen Standpunkt aus noch weit gefährlicher war, sie trieb die Arbeiterschaft der bedrohten Nationalität in die Arme des eigenen Bürgertums zur Verteidigung der gemeinsamen Nationalkultur, wodurch das Klassen- durch das Nationalbewußtsein verdrängt und überhöht würde (80).

Es gilt somit zunächst festzuhalten, daß - zumindest in bezug auf einen Nationalitätenstaat wie Rußland - von Medem - im Gegensatz zur "Iskra" - der Begriff der Gesellschaft nicht im politischen Sinne auf den Staat, sondern auf die Nationalität angewandt wurde. Allerdings wurde letztere in einem so abstrakten Sinne (Sprache und Bildung) als kulturelle Einheit interpretiert, daß darunter wohl kaum eine Zivilisationseinheit zu verstehen war.

Ging er des weiteren davon aus, daß zur Beseitigung der historischen Ursachen der Nationalitätenstreitigkeiten innerhalb eines Vielvölkerstaates die allgemeinen kulturellen Einrichtungen zugunsten nationaler abgebaut werden müßten, so kam Medem einer solchen Vorstellung von der Gesellschaft als zivilisatorischer Einheit dennoch ziemlich nahe. Jede Nationalität sollte zur Verwaltung der eigenen kulturellen Angelegenheiten nämlich ein "kollektives juristisches Ganzes" bilden, während alle Nationalitäten zusammen zur Bewältigung der kulturellen Aufgaben, die ihnen allen gleichermaßen eigen waren, einen "föderativen Bund nationaler Sejms" zu bilden hätten (81).

Die Interpretation einer solchen auf die eigenen kulturellen Belange beschränkten "nationalen Autonomie", die als "kollektive Einheit" nicht territorial, sondern personal zu verstehen war, d. h. als ein in sich abgeschlossener nationaler gesellschaftlicher Organismus, war letztlich selbst dann gegeben, wenn man berücksichtigte, daß alle anderen administrativen Aufgaben dem Gesamtstaat und seinen territorialen Untergliederungen, dem die Mitglieder der einzelnen Nationalitäten nur als Individuen angehören sollten, überlassen blieben (82).

Ohne Zweifel wurde Medem in seiner personal verstandenen nationalkulturellen Autonomie von dem Deutschösterreicher Karl Renner (1870-1950) beeinflusst, der nicht als erster Sozialdemokrat das Personalitätsprinzip in die Diskussion über das Nationalitätenproblem eingeführt (83), der aber diesem Prinzip eine ausreichende staatsrechtliche Begründung gegeben hatte, ohne daß er zugleich allzu viel Mühe darauf verwendete, dessen ökonomische und soziale Begleiterscheinungen mit Hilfe der Marx'schen Theorie zu analysieren (84).

Schon Renner lehnte die "atomistisch - zentralistische Auffassung", die die Nationalität zum bloßen "subjektiven Grundrecht des Individuums" innerhalb des Staatsganzen machte, zugunsten einer "kollektivistisch - föderalistischen" ab, die Staat und Nationalität zu staatsrechtlich selbständigen Einheiten erhebe. Die Organisation des Gesamtstaates nach dem Territorial-, die der einzelnen Nationalitäten aber nach dem Personalitätsprinzip wollte er indessen ebenfalls nur auf kulturelle Fragen beschränkt wissen (85).

Grundsätzliche Voraussetzung für eine solche staatsrechtliche Lösung des Nationalitätenproblems in Österreich bildete für Renner die politische Mündigkeit der Arbeiterklasse, durch die die Ablösung des Nationalismus als dem "Staatsprinzip der Bourgeoisie" vom Internationalismus als dem "Staatsprinzip des Proletariats", d.h. die historische Weiterentwicklung dieser Problematik von einer bloßen Macht- zu einer Kulturfrage der Menschheit, erst möglich werde (86). Mit der fortschreitenden "Demokratisierung und Sozialisierung" im Verlauf der immer intensiver werdenden Vergesellschaftung des Menschen begann nach seiner Auffassung ein immer stärkerer Prozeß der Loslösung der Nationalität als Kultureinheit vom Staat als ökonomischer und sozialer Einheit der Gesamtheit aller Staatsbürger, der wegen der immer weiteren Entpolitisierung des Nationalitätsprinzips, dem nur als bourgeoise Machtfrage "ökonomische und soziologische Momente" zugrunde lägen, auf dieser höheren Stufe der allgemeinkulturellen Emanzipation der Menschheit zugleich wiederum die Möglichkeit zur erneuten Integration der Nationalität in den Staat durch die staatsrechtliche Form der nationalen Autonomie eröffne (87).

Renner ging es in diesem Zusammenhang nicht um den Nachweis der allgemeinen Unhaltbarkeit einer Verbindung der nationalen Frage mit dem Territorialprinzip - blieb doch letzteres weiter die "Formel für die Nationalstaatenbildung", dem "Ideal jeder Nation", weil der Nationalstaat das "Staatswesen geringster innerer Reibungswiderstände" darstelle -, er betrachtete dieses Prinzip nur als "eine der denkbaren Lösungsarten der nationalen Frage", die auf Österreich eben nicht anwendbar sei, weil sie seine staatliche Auflösung und nicht seine Erhaltung voraussetze (88).

Für Renner bedeutete die nationalkulturelle Autonomie auf der Grundlage des Personalitätsprinzips den Versuch einer juristischen Lösung des Nationalitätenproblems "im Rahmen des historisch gegebenen, ökonomisch und sozial notwendigen österreichischen Einheitsstaates" (89) im Zeitalter der bürgerlichen Nationalstaatsidee.

Genau hier trafen sich seine Intentionen mit denjenigen Medems, aber die Motivationen beider waren letztlich grundsätzlich verschiedener Art. Renner wollte Österreich nicht in seiner historischen Gestalt, aber in seinem historischen Umfang erhalten, um innerhalb eines künftigen demokratischen Staatswesens unter staatsrechtlicher Berücksichtigung der nationalen Autonomie der geschichtlichen wie der geschichtslosen Völkerschaften den vom Liberalismus ererbten kulturellen Führungsanspruch des dortigen Deutschtums gegenüber dem Slawentum neu zu definieren. Zugleich betrachtete er diesen Staat als Keimzelle eines supranationalen Europas, das in den Kampf der Wirtschaftsgiganten der Zukunft: England, USA und Rußland um die Weltherrschaft erfolgreich werden eingreifen könne (90). Für Medem kam es bei seiner Definition der nationalkulturellen Autonomie auf der Grundlage des Personalitätsprinzips hingegen darauf an, angesichts des zu erwartenden und erhofften Zusammenbruchs der Autokratie in einem zukünftigen demokratischen Rußland rechtliche Sicherungen zum Schutze der Juden als Nationalität einzubauen, wobei die Ablehnung des Territorial-

prinzips in Verbindung mit der nationalen Autonomie und das Festhalten am vorgegebenen Staatsrahmen allein dazu diene, die eigenstaatlichen Ansprüche der historischen Nationalitäten bzw. der Völkerschaften mit einem eigenen Territorium abzuweisen, die die Juden wiederum nur zur nationalen Minderheit innerhalb neuer Nationalitätenstaaten machen würden.

Im Rückblick auf die gesamte Kontroverse zwischen "Iskra" und "Bund" über die für die Juden Rußlands gegebene Alternative: Assimilation oder Anerkennung als Nationalität läßt sich jedoch feststellen, daß beide Seiten an einer theoretischen Auseinandersetzung über die historischen Gegebenheiten des Nationalitätenproblems im allgemeinen wie der Judenfrage im besonderen letztlich wenig erkennbares Interesse zeigten, sondern sich lieber damit begnügten, die Forderung nach bürgerlicher Gleichberechtigung zur demokratischen Bewältigung dieser Problematik entweder für ausreichend zu erklären ("Iskra") oder sie durch die zusätzlich erhobene Forderung nach nationaler Gleichberechtigung mit einer spezifischen Modifikation (national-kulturelle Autonomie) insbesondere hinsichtlich der Juden abzusichern ("Bund").

Da man sich beiderseits derselben dogmatischen Auslegung der Marx'schen Theorie nach dem Vorbild Kautskys verpflichtet fühlte, blieb trotz der unterschiedlichen Interessenlage in der nationalen Frage der historisch vorgegebene russische Staat die Ausgangsbasis für alle Überlegungen, die sich wiederum mit der Einsicht in die historische Notwendigkeit seiner Erhaltung in scheinbarer Übereinstimmung trafen. Auf seiten der "Iskra" stand man dabei diesem Staat positiv gegenüber, weil man glaubte, das Nationalitätenproblem ignorieren zu können, während man ihn auf seiten des "Bund" gerade aus Furcht vor einem unter den Völkerschaften Rußlands historisch wirksam werdenden Nationalitätsprinzip nicht negieren durfte.

Indem man jedoch auf der einen wie auf der anderen Seite von ökonomischen, sozialen und politischen Voraussetzungen ausging, die sich eher an der historischen Realität Westeuropas und im günstigsten Falle an derjenigen Österreichs orientierten, erhielten die Auseinandersetzungen über die Judenfrage in Rußland einen so hohen Abstraktionsgrad, daß man fast von einem völligen Verlust an Wirklichkeit sprechen kann. Die Ursache lag vor allem in der totalen Negation des Nationalismus als eines eigenen Ideologieproblems, der sich letztlich auch Medem - trotz seines "Neutralismus" - noch nicht konsequent entziehen wollte. Die Gleichsetzung dieses gesellschaftsintegrierenden Faktors mit den ökonomischen und den politischen Intentionen der bürgerlichen Klasse führten zu seiner fast vollständigen Eliminierung aus dem eigenen Demokratieverständnis, so daß selbst der Kampf gegen nationale Unterdrückung als Voraussetzung für die gesellschaftliche Emanzipation der Arbeiterklasse bei seinen positiven, wenn auch wiederum in bezug auf die Judenfrage konträren Interpreteten, Lenin und Medem, nur formal in das eigene sozialdemokratische Selbstverständnis aufgenommen wurde.

Die ideologische Bezogenheit der Gesellschaft auf den Staat und nicht auf

die Nationalitäten ließ die politischen Auffassungen beider Gruppierungen sich im luftleeren Raum bewegen und sich nicht an den Realitäten des russischen Vielvölkerreiches stoßen. Selbst bei Medem ist erkennbar, daß er Sprache und Bildung bzw. Nationalkultur nur sehr abstrakt mit einem Begriff von Gesellschaft (Zivilisation) gleichsetzt, während dies sonst im "Bund" nur im Zusammenhang mit der behaupteten sozialen Bewußtwerdung der jüdischen Arbeiter innerhalb ihrer Nationalität sehr allgemein berührt wurde. Nicht einmal der eigene Klassengegner, das jüdische Bürgertum, wurde trotz des seiner Ideologiesphäre zugewiesenen Zionismus mit spezifischen nationalen Merkmalen versehen.

Von um so größerem Interesse ist deshalb die Frage, inwieweit man sich im Zusammenhang mit der Revolution von 1905 veranlaßt bzw. gezwungen sah, den Nationalismus in die Theorie und Praxis des eigenen revolutionären Sozialdemokratismus einzubeziehen.

IV. DIE AUSWIRKUNGEN DER IN DER REVOLUTION VON 1905 ERHOBE- NEN NATIONALEN FORDERUNGEN DER NICHTRUSSISCHEN, INSBESONDERE DER JÜDISCHEN REVOLUTIONÄREN GRUPPIERUNGEN AUF DIE THEORETISCHEN ANSICHTEN DER RUSSISCHEN SOZIAL- DEMOKRATEN UND SOZIALREVOLUTIONÄRE

Als die in spontaner Reaktion auf den "Blutigen Sonntag" in St. Petersburg (9./22. Januar 1905) im Russischen Reich ausbrechende Streikwelle aller Welt die verheerenden wirtschaftlichen Folgen der russischen Niederlagen im Fernen Osten gegen Japan signalisierte, offenbarte zugleich auch eine breite Front oppositioneller und revolutionärer Bewegungen unter Russen wie Nichtrussen den desolaten Zustand des autokratisch regierten Staates.

Der russisch-japanische Krieg war der Anlaß gewesen, die Ursache lag in der innenpolitischen Schwäche der Selbstherrschaft, die seit Alexander III. (1881-1894) alles darangesetzt hatte, den Abstand zwischen sich und der Gesellschaft wiederum unüberbrückbar zu machen. Die Autokratie verschloß sich von neuem gegenüber allen notwendigen sozialen Reformen und jeglicher politischer Liberalisierung, war aber dennoch gezwungen, ihre absolutistische Herrschaftsauffassung den historischen Gegebenheiten anzupassen. In bezug auf die vorliegende Problematik bedeutete dies, daß ihr im Grunde wertfreier Zentralismus in Verbindung mit Russifizierungsbestrebungen manchmal den Scheincharakter eines großrussischen Nationalismus annahm.

Die während der revolutionären Ereignisse vor allem unter den Randvölkern des europäischen Teils Rußlands erhobenen nationalen Forderungen standen daher anfangs nur sehr indirekt in einem Zusammenhang mit einer bewußten Reaktion auf einen jahrzehntelangen großrussischen Chauvinismus. Vielmehr boten die Russifizierungstendenzen die Hauptangriffsfläche; sie wurden von der Mehrzahl der politischen Gruppen der betroffenen Nationalitäten wie auch von den demokratischen und sozialistischen Gruppen innerhalb der Großrussen selbst in erster Linie als politische Folgeerscheinung eines perversierten bürokratischen Systems gedeutet und wohl auch zunächst so empfunden (1).

Die oppositionellen und revolutionären Gruppierungen der Großrussen fanden sich vor 1905 mit denen der anderen Nationalitäten Rußlands im gemeinsamen Kampf gegen die Selbstherrschaft, weil sie von der politischen Freiheit die Lösung aller Probleme erwarteten. Konsequenter verband man deshalb allgemein die nationale mit der konstitutionellen Frage, aber erst die Realität der revolutionären Aktionen in Verbindung mit den Reaktionen der russischen Regierung in den Jahren 1905-1907 konkretisierte die nationalen Anschauungen der Großrussen wie diejenigen der anderen Nationali-

täten Rußlands zu politischen Forderungen und setzte sie zur historischen Realität des russischen Staates in Beziehung.

Innerhalb der nichtrussischen Nationalitäten - von denen mit einer eigenen Staatlichkeit in ihrer Geschichte, wie den Polen, bis hin zu den "geschichtslosen" Völkerschaften, wie den Burjaten, Jakuten, Kirgisen, Kalmüken u.a., im offiziellen Sprachgebrauch "inorodcy" (Fremdstämmige) genannt, zu denen auch die Juden gezählt wurden - läßt sich die Vielzahl der nationalen Freiheitsbestrebungen unter der allgemeinen Forderung nach Autonomie subsumieren (2). An den verschiedenen Auslegungen dieses Begriffs - von politischer bis zu bloßer nationalkultureller Autonomie - vermag man einerseits die unterschiedlich hohe Entwicklungsstufe des nationalen Selbstverständnisses der nichtrussischen Nationalitäten abzulesen, andererseits darf man aber nicht außer acht lassen, daß diese Autonomieforderungen gerade im Hinblick auf die zukünftige Verfassung Rußlands formuliert bzw. modifiziert wurden (3).

Erst nach der Verkündung des "Oktober-Manifests" (17./30. Oktober 1905), das bürgerliche Freiheiten und Wahlen zu einem Parlament (Duma) versprach (4), zerbrach die oppositionelle Einheitsfront, weil Teile der großrussischen Liberalen, die "Oktobristen", mit dieser unverbindlichen Zusage ihre politischen Wünsche bereits für erfüllt hielten. Zugleich formierte sich eine großrussische Rechte zum Kampf gegen diese vagen konstitutionellen Zugeständnisse und für die Wiederherstellung der alten politischen Verhältnisse.

Aus einer liberal-konservativen Grundhaltung heraus wünschten die "Oktobristen" zwar eine Anpassung der Herrschaftsverhältnisse in Rußland an die Erfordernisse des Industriezeitalters; sie trafen sich aber mit den Monarchisten in jenem "feinfühligem Verständnis der historischen Mission unseres Vaterlandes", das sie daran hinderte, weiterhin mit den "vom Geist des Kosmopolitismus durchdrungenen Kreisen" politisch zusammenzuarbeiten (5). Sie gingen deshalb auch von Anfang an von der "Einheit und Unteilbarkeit" Rußlands aus. Dies implizierte konkret - außer für Finnland - die Ablehnung jeglicher Autonomievorstellungen. Wenn sie auch bereit waren, die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Religionen prinzipiell anzuerkennen, ging es ihnen doch letztlich nur um eine verfassungsrechtliche Legitimierung der politischen Führungsrolle der Großrussen.

Ein Großteil der Mitglieder der Zemstvobewegung und der radikalen nicht-sozialistischen "Intelligencija" fand sich in der "Partija narodnoj svobody" wieder. Diese "Partei der konstitutionellen Demokraten" ("Kadetten") vereinigte in sich eine für westeuropäische Verhältnisse ungewöhnliche Mischung liberaler und radikaldemokratischer Strömungen.

Trotz grundsätzlicher Anerkennung des "Rechts der freien kulturellen Selbstbestimmung" und ihrer konkreten Forderung nach "örtlicher Selbstverwaltung" für den "gesamten russischen Staat", nahmen die "Kadetten" jedoch in der Nationalitätenfrage bestenfalls eine kosmopolitische Stellung ein (6).

Rußland schien für sie weder ein "vollkommen homogener "Nationalstaat"" noch ein "Nationalitätenstaat" wie Österreich oder die Türkei zu sein. Allerdings konstatierten sie ein in der Geschichte gewachsenes Solidaritätsgefühl aller Völkerschaften, was sie dazu veranlaßte, auch von deren gemeinsamen Interesse am Fortbestand des Russischen Reiches auszugehen (7).

Es konnte deshalb nicht ausbleiben, daß sie in der Revolution von 1905 die seitens der nichtrussischen Nationalitäten erhobenen unterschiedlichen Autonomieforderungen allesamt zugleich als ein Votum für den Fortbestand eines allerdings demokratischen russischen Gesamtstaates interpretierten (8).

Die praktische politische Arbeit in den beiden ersten Dumen, in denen sie jeweils die stärkste Fraktion stellten und generell die Unterstützung der nichtrussischen Delegierten besaßen (9), bewies dann auch vor allem am Beispiel der dilatorischen Behandlung der Frage der Autonomie Polens, daß die "Kadetten" wenig bereit waren, sich über Fragen der allgemeinen bürgerlichen, religiösen und nationalen Gleichberechtigung und der anfänglich starken Dezentralisierungsbestrebungen hinaus mit den nationalen Minderheiten zu beschäftigen. Seitens dieser Nationalitäten meinte man im Laufe der Zeit deshalb in der Haltung der "Kadetten" zur nationalen Frage zumindest eine abstrakte oder gleichgültige, wenn nicht gar eine nationalistische Einstellung zu erkennen (10).

Auch innerhalb der jüdischen nichtsozialistischen Intelligencija in Rußland machte sich während dieser ersten revolutionären Periode eine immer stärker werdende Beschäftigung mit den eigenen jüdischen Problemen im Zusammenhang mit dem zukünftigen Schicksal des russischen Staates bemerkbar. Die Aktualität der Frage der allgemeinen politischen Freiheit in ihrer grundrechtlichen Absicherung und gesetzlichen Konkretisierung besaß für sie zwei herausragende Aspekte: den der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden und den ihrer Anerkennung als Nationalität.

Was alle bürgerlichen, zionistischen und zionistisch-sozialistischen Gruppierungen dabei besonders auszeichnete, war die Tatsache, daß sie bei ihren unterschiedlichen nationalen Forderungen, die von der nach bloßer bürgerlicher Gleichberechtigung bis zu der nach einem eigenen Nationalstaat reichten, nunmehr allesamt von der spezifischen sozialkulturellen und sozialökonomischen Umwelt der Juden in Rußland ausgingen (11).

1. Die Autonomievorstellungen der "Evrejskaja socialističeskaja rabočaja partija" (SERP)

Unter den in Rußland wirkenden zionistischen Arbeiterparteien nahm die "Evrejskaja socialističeskaja rabočaja partija" (SERP) eine eigenständige Stellung ein. Das resultierte insbesondere aus dem Umstand, daß sie im Unterschied zu der "Sionistko-socialističeskaja rabočaja partija" (S.-S.) und der "Evrejskaja social-demokratičeskaja rabočaja partija" ("Poale Zion") neben dem ökonomischen auch dem nationalen Faktor eine gesell-

schaftsbildende Rolle in der Geschichte zubilligte. Zu dieser theoretischen Anerkennung der ideologischen Gleichwertigkeit sozialökonomischer und sozialpolitischer Bedingungen bei praktischer Überbetonung des nationalen Momentes für die jüdische Arbeiterschaft kam außerdem hinzu, daß sie sich deren gesellschaftliche Emanzipation zur Klasse nur innerhalb eines eigenen nationalen Organismus in Rußland selbst vorstellen konnte.

Die SERP, die im April 1906 in Kiev von der Gruppe "Vozroždenie" gegründet wurde (1), hatte während der Revolutionsperiode einen nicht unbedeutenden Anteil an der Organisierung der jüdischen Arbeiter im Süden und Südwesten Rußlands, während sie in Litauen - dem Haupttätigkeitsgebiet des "Bund" - weniger erfolgreich war (2). Der ideologische Grundkern der Partei formierte sich bereits auf der Konferenz "Vozroždenie" im September 1903 in Kiev, an der ca. 15 jüdische Sozialisten (Zionisten, Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre) teilnahmen (3).

Die Verschiedenheit der ideologischen Richtungen und theoretischen Denkansätze ließ die Teilnehmer zu nur ganz allgemeinen Stellungnahmen kommen, die jedoch trotz allem eine deutliche Distanz sowohl gegenüber der deutschen, polnischen und russischen Sozialdemokratie als auch gegenüber dem "Bund" und den Zionisten erkennen ließen (4).

Der ersteren machte man die "Ignorierung des nationalen Problems bei den unterdrückten Nationalitäten" zugunsten eines auf dem historischen Materialismus in Verbindung mit einem "falsch verstandenen Internationalismus" begründeten "Sozialismus der herrschenden Nationen" zum Vorwurf, der sich gegenüber dem jüdischen Proletariat ausschließlich durch Assimilationsbestrebungen äußere. Deshalb könne es mit ihr nur in den allgemeinen politischen und sozialen Fragen Gemeinsamkeiten geben (5). Dem "Bund" hingegen lastete man in erster Linie an, daß er in unzulässiger Weise die "politischen und ökonomischen Interessen der jüdischen werktätigen Massen und des russischen Proletariats" miteinander vermische und aus diesem Grunde die historische Entwicklung der jüdischen Arbeiterschaft nicht theoretisch eindeutig zu definieren vermöge. Dies resultiere letztlich aus der Tatsache, daß diese Organisation weder in der jüdischen Frage noch im allgemeinen über nationale Vorstellungen verfüge, die es erlaubten, das jüdische Volk unter Beachtung der "konkreten Bedingungen" und der "historischen Kräfte" zu einem "normalen nationalen Leben" zu führen (6). Von einer Solidarität mit dem "Bund" konnte deshalb nur insoweit die Rede sein, als man seinen Kampf um die politische Emanzipation der jüdischen Werktätigen zu unterstützen bereit war.

Gegenüber den Zionisten, die alles das an nationalem Impetus zu besitzen schienen, was man beim "Bund" so sehr vermißte, verhielt man sich weit positiver, nur daß man bei ihnen ein falsches Realitätsbewußtsein in den nationalen Zielen konstatierte, das im Zusammenhang mit einer "reaktionären Taktik" die "kulturelle Entwicklung der jüdischen Nation" zu verhindern drohe (7).

Auf der Konferenz kristallisierten sich zwei Richtungen des Arbeiterzionis-

mus heraus: die späteren S. -S. um die Gruppe "Herut" (Freiheit), die insbesondere den Territorialismus und die aktive Beteiligung am Kampf um die politische Freiheit in der Diaspora vertraten, ohne daß sie an eine dortige nationale und soziale Selbstverwirklichung der jüdischen Massen glaubte (8), sowie ihre Opponenten um die spätere Gruppe "Vozroždenie", die in dem Territorialismus der "Herut" nur einen nationalistisch übertünchten dogmatischen Marxismus sahen und die nationale Autonomie der Juden im "Galut" selbst forderten (9).

Das nationale Selbstverständnis der SERP wurde bereits in den Jahren 1903-1905 im Ausland durch das "Vozroždenie" in einer Zeitung desselben Namens in seinen Grundmerkmalen festgelegt (10).

Man verstand sich zu gleichen Teilen als sozialistisch und als jüdisch und betrachtete für die Gegenwart den Klassen- und den nationalen Kampf als die beiden geschichtsbestimmenden Faktoren; nicht der Staat in seiner engsten politischen und ökonomischen Auslegung, wie er seit Marx' und Engels' und noch immer bei den russischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären sowie den "Bundisten" vertreten werde, sondern die Nationalität, innerhalb deren kultureller und sozialer Einzigartigkeit sich allein die Persönlichkeit in jeglicher Hinsicht harmonisch zu emanzipieren vermöge, bestimme die revolutionäre Realität der gesellschaftlichen Bewegung der jüdischen wie jeglicher anderer Arbeiterschaft (11).

Im Mittelpunkt eines solchen "revolutionären Sozialismus" stand im Zusammenhang mit der Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung für jede Nationalität der Begriff eines demokratischen Nationalismus, der unter Rekurrirung auf den Sozialrevolutionär Černov (12) in Absetzung von konservativem Nationalismus und liberalem Kosmopolitismus als "Form der Aneignung und Verkörperung des Welt-, des gesamt menschlichen Fortschritts" (13) bestimmt wurde, die nur innerhalb nationaler Individualitäten zum Tragen komme. Es müsse daher die Aufgabe eines jeden Sozialisten sein, die historischen Voraussetzungen für die Entfaltung dieser "völligen Freiheit der Selbstbestimmung der Persönlichkeit und der Gesellschaft" innerhalb jeglicher Nationalität zu schaffen (14).

Wenn nun die "Iskra" einen solchen "konkreten Inhalt" des Rechts auf nationale Selbstbestimmung vor allem hinsichtlich der russischen Juden außer acht lasse, wie es in ihrer Polemik gegen die Autonomie des "Bund" zum Ausdruck gekommen sei, dann verhielt sie sich in den Augen des "Vozroždenie" (Zilberfarb) gegenüber unterdrückten Nationalitäten ähnlich wie die deutsche Sozialdemokratie gegenüber der preußischen PPS (15).

Man ignoriere den "nationalen Charakter" der Arbeiterbewegungen in diesen Nationalitäten durch die bewußte Vernachlässigung des historischen Faktums, daß eine klassenbewußte Arbeiterschaft zum "Träger nicht nur der sozialistischen Idee, sondern auch der Idee der nationalpolitischen Befreiung" werde. Indem man ihnen das Recht verweigere, zugleich auch den nationalen Befreiungskampf für die "politische und kulturelle Wiedergeburt"

zu führen, relativiere man deren "absoluten Wert" zur zusätzlichen "revolutionären Energie" und plane sie ausschließlich "zum Nutzen der gesamten proletarischen Bewegung des Landes" ein. Dies bedeute aber nichts anderes, als daß die Arbeiterschaft der unterdrückten Nationalitäten zugunsten derjenigen der herrschenden Nationalität auf die "Möglichkeit einer normalen nationalen Entwicklung" Verzicht leisten sollte (16).

In Auseinandersetzung mit der innerhalb der "Iskra" nach dem II. Parteitag der RSDRP geführten Diskussion über die historische Notwendigkeit der Assimilation der Juden, insbesondere mit den Ansichten Aksel'rods (Ortodoks) (17), präziserte Zilberfarb seine Vorstellungen über die nationale Wiedergeburt der Juden dahingehend, daß er "mit dem Maße der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens", die immer breitere Volksschichten zu politischen Aktivitäten ermuntere, eine immer stärkere Verlagerung des "Gravitationszentrum des nationalen Bewußtseins" zur Arbeiterschaft annahm. Die Assimilationsbestrebungen der "Iskristen" stellten deshalb eine "reaktionäre Utopie" dar; denn nur "politische Freiheit nach innen und nationale Selbständigkeit nach außen" (18) schaffe jenen wahren sozialistischen Internationalismus, der sich in der Identität des "allgemeinmenschlichen Fortschritt" mit dem "Triumph des nationalen Prinzips" äußere (19).

Was aber den "Bund" anbetraf, so gab dieser durch seine ausschließliche Berücksichtigung der jüdischen Frage im Zusammenhang mit der Frage der politischen Freiheit der jüdischen Arbeiterschaft in Rußland aus der Sicht des "Vozroždenie" kein "konkretes historisches Ideal" (20). Der "dürftige sozialpolitische Inhalt" seines Begriffs der "nationalen Autonomie" genüge in keiner Weise, jene "Formen des nationalkulturellen Lebens", wie "Sprache, Literatur, Sitten usw.", zu erhalten und fortzuentwickeln, die den Juden ihre "nationale Individualität" bewahrten (21).

Für einen anderen Anhänger des "Vozroždenie" (Ben-Ader) beschränkten sich die "nationalen Interessen", die der "Bund" der jüdischen Arbeiterschaft zugestand, auf die Schaffung einer "nationalen sozialpolitischen Basis" zur freien Entfaltung eines "nationalen Lebens" und einer "nationalen Kultur". Da im Sinne des historischen Materialismus davon ausgegangen werden müsse, daß die "Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins" durch die "Formen des sozialen Seins" geprägt würden, sei es unbestritten, daß auch die "nationalen Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins gerade durch nationale Formen des sozialen Seins bestimmt werden" müßten. Die "nationale Autonomie" des "Bund", die "nicht auf die Schaffung einer selbständigen nationalen sozialpolitischen Basis gerichtet" sei, könne deshalb keinen Realitätsanspruch erheben (22). "Formal" sei zwar nicht zu Unrecht von einer "Analogie zwischen der sozialen Befreiung der Proletarier-Klasse und der nationalen Befreiung der Proletarier-Nation", wie sie der "Bund" verstehe, auszugehen, die notwendige historische Voraussetzung für beides bilde jedoch einerseits der Besitz von "gesellschaftlichem Eigentum, Produktionsmitteln" zur Schaffung jener "sozialpolitischen Grundlage", die eine "Conditio sine qua non für die freie gesellschaftliche Entwicklung" des

Proletariats zur Klasse darstelle, sowie andererseits der Besitz von "nationalem Eigentum", d.h. eines "Territoriums" zur Herstellung jenes "nationalen sozialpolitischen Fundaments", das erst die "nationale Freiheit" zur Wirklichkeit werden lasse (23).

Jedoch nicht nur mit dem "Bund", sondern auch mit dem "offiziellen Zionismus" stellte man innerhalb des "Vozroždenie" keinerlei Gemeinsamkeiten fest, obgleich man es letzterem als Verdienst anrechnete, daß er der Welt die jüdische Frage zuerst "als selbständiges nationales Problem" bewußt gemacht habe (24). Sein idealistisches Streben nach einem Territorium für das jüdische Volk in der Zukunft bei gleichzeitiger völliger Passivität in der Frage der Entwicklung nationaler und sozialer Voraussetzungen für die jüdische Nationalität in der Diaspora auf der Grundlage der objektiven Gegebenheiten disqualifizierte ihn allerdings in den Augen des "Vozroždenie" als politisch wirksame jüdische Ideologie und stempelte ihn zur bloßen Utopie (25).

Dennoch sah man sich dem Zionismus und insbesondere seinen rein ökonomisch begründeten Strömungen verpflichtet, weil sie das jüdische Leben nationalisierten und einen logischen, wenn auch noch keinen Realitätsbezug zwischen "Nationalbewußtsein" und "Streben nach nationaler Selbständigkeit" hergestellt hätten (26), so daß mit der Gruppe "Poale Zion", zu der man die größte Affinität empfand, nur ganz allgemeine nationale und sozialistische Gemeinsamkeiten bei gleichzeitigen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten konstatiert wurden (27).

Zur theoretischen Ausformung der Ideologie der SERP trugen in erster Linie die "subjektive Methode" Michajlovskijs (28), die durch den Neukantianismus beeinflusste Rechtsphilosophie Rudolf Stammers (29) und der spezifische Galut-Nationalismus Chaim Žitlovskijs (30) wesentlich bei. Innerhalb der Partei folgte man freilich weder Michajlovskijs Theorie des "Kampfes um die Individualität" als eines "Kampfes für irgendeinen abstrakten biologischen Typus (31)" noch Stammers Vorstellung vom "sozialen Leben" als eines nur "äußerlich geregelten Zusammenlebens von Menschen" (32). Man stimmte mit beiden Theoretikern in der Ablehnung einer mechanischen, allein auf ökonomischen Gesetzmäßigkeiten beruhenden und aus diesem Grunde mit historischer Notwendigkeit ablaufenden Menschheitsgeschichte überein, war indessen nicht gewillt, ihren auf Determinismus und Subjektivismus (Notwendigkeit und Freiheit) gleichermaßen beruhenden individuellen bzw. gesellschaftlichen Abstraktionsprozessen zu folgen. Der von Michajlovskij postulierte "Kampf um die Individualität" wurde zu einem "Kampf für die konkrete, reale menschliche Persönlichkeit" als dem "Produkt einer (spezifischen, der Verfasser) sozialen Umwelt" (33) deklariert und Stammers durch äußere Normen bestimmtes gesellschaftliches Zusammenleben der Menschen (34) durch die Hinzufügung der inneren Zwänge "ethischer Normen" konkretisiert (35), so daß die Nationalität und nicht die Einzelpersönlichkeit oder die Klasse zum bestimmenden historischen Faktor avancierte.

Die historische Entwicklung führte nach Auffassung Ben-Aders die Menschen

zu einer immer stärkeren Formierung innerhalb eines gesellschaftlichen Organismus, dessen allgemeine Normen die spezifischen Bedürfnisse des Individuums befriedigten und überhöhten, d.h. zu einem sozialen Bewußtsein objektivierten, und dadurch in einem immer größeren Maße ein soziales Verhalten innerhalb einer besonderen sozialen Umwelt produzierten (36). Diese allgemeinen Normen waren jedoch nicht wie bei Stämmen bloße äußere Rechtsnormen, sondern eben in erster Linie "ethische Normen", deren Inhalt (Sitten, Gebräuche u.a.) das gesellschaftliche Leben in seiner Gesamtheit formalisierten, während die Sprache die "universale Form" eines solchen kollektiven Organismus der Menschheit darstellte (37).

Befriedigte ein solches gesellschaftliches Ganzes einerseits die individuellen Bedürfnisse der Menschen, und erzeugte es andererseits die Bedingungen für deren Vereinigung zu einer sozialen Einheit (38), so beruhte das "Wesen des nationalen Moments" in dem Faktum, daß sich die Konkretisierung des gesellschaftlichen Lebens mit dem Maße seiner Komplizierung im Laufe der historischen Entwicklung in immer individuelleren nationalen Formen vollzog (39).

Unter Rekurrirung auf Žitlovskij bestimmte Ben-Ader deshalb eine Nation als eine "Gruppe von Personen, die während ihres langen historischen Lebens alle ihre sozialen Probleme autonom entschieden und sich auf einem solchen Wege individuelle, originelle Formen des sozialen Lebens geschaffen hat" (40).

Es war auch Žitlovskij gewesen, der einen solchen Nationalitätsbegriff entscheidend mitformte. Žitlovskij, der in den Anfangsjahren die Ideologie der russischen Sozialrevolutionäre mitbestimmte (41) und auch die nationalen Vorstellungen des "Bund" beeinflusste (42), hatte sich anscheinend vor allem unter dem Eindruck des Kišinever Progroms (1903) dem Territorialismus zugewandt (43).

1899 betrachtete Žitlovskij nur den "Unterschied in der Lösung der kulturellen Probleme" als Ursache für die Entstehung nationaler Differenzierungen innerhalb der Menschheit (44). Mit der Hervorhebung der "Absonderung und Selbständigkeit", des "inneren Unterschieds" und der "psychophysischen Originalität" als den drei konstitutiven Momenten einer Nationalität (45) hatte er aber bereits damals die spätere nationale Ideologie der SERP entscheidend vorgeprägt.

Innerhalb der SERP selbst stellten die Nationalitäten bereits mehr als kulturelle Individualitäten der Menschheit dar, da "jegliche Wechselwirkung zwischen Persönlichkeit und sozialer Umwelt" nunmehr als "ausschließlich in der nationalen Sphäre" erfolgend gesehen wurde. Die menschliche Persönlichkeit war das Produkt ihrer sozialen Umwelt, "die in der gegebenen nationalen Form Gestalt annahm", wie sie selbst wiederum auch nicht irgendeine "soziale, sondern die sozialnationale Umwelt" mitbestimmte und fortentwickelte (46).

Eine weitere Vervollständigung und Absicherung dieser Theorie von der ausschließlichen Realisierung des sozialen Lebens der Menschheit innerhalb nationaler Formen gab M.B. Ratner (47).

Ratner kam im Anschluß an Ernest Renan (48), Fr. J. Neumann (49) und Georg Jellinek (50) zu der Schlußfolgerung, daß keinerlei objektive Merkmale, wie Sprache, Rasse, Religion, Territorium, Staat, Dynastie oder "Gemeinsamkeiten der Interessen und des historischen Schicksals, der Sitten und Gewohnheiten", sondern allein ihre "subjektive Natur", "etwas wesentlich Subjektives, d.h. die Eigenschaft eines bestimmten Bewußtseinsinhaltes" (Jellinek) (51), ein "Gefühl der Zusammengehörigkeit" (Neumann) (52) bzw. ein "princip spirituel" (Renan) (53) innerhalb einer gesellschaftlich formierten Gruppe von Menschen, das wesensbestimmende Moment einer Nation und einer Nationalität ausmachten (54).

Er bestimmte aus diesem Grunde die Nationalität als "besondere, innere individuelle Natur der menschlichen Existenz" und betrachtete sie als "geistige Form, in die die gesamte Materie des sozialhistorischen Lebens der Völker gegossen wird", als das "notwendige Attribut der normalen menschlichen Persönlichkeit" zu seiner Individualisierung wie Vergesellschaftung, während er die Nation als "Gruppe von Personen" definierte, die auf Grund ihrer "gemeinsamen historischen Existenz" ihr "soziales Sein" in einer unwiederholbaren spezifischen Form realisierte, d.h. als Nationalität individualisierte (55).

Notwendigerweise war innerhalb eines solchen theoretischen Verständnisses des Nationalen, wie es bei der SERP artikuliert wurde, ein "internationales Leben" nur als eine "reine Abstraktion" (56) vorstellbar, so daß die Frage nach dem Stellenwert der beiden Begriffe: Internationalismus und Klassenkampf innerhalb der sozialistischen Ideologie dieser Partei zur wichtigsten Schlüsselfrage im Zusammenhang mit unserer Thematik wird.

In Polemik gegen den orthodoxen Marxismus der deutschen und russischen Sozialdemokratie mit seiner totalen Negation der historischen Berechtigung nationaler Individualitäten, soweit sie sich nicht auf der Grundlage der ökonomischen Gesetzmäßigkeit der historischen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und ihrer Markterfordernisse als Staatsrahmen für den nationalen Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat auswiesen, formulierten die "Serpisty" einen Internationalismusbegriff (57), der sich einerseits von jeglichem Nationalismus und jeglichem Kosmopolitismus absetzte, andererseits aber ihre "Synthese" darstellen sollte, wie man sie innerhalb der ehemaligen "Internationalen Arbeiterassoziation" im Prinzip vorzufinden glaubte (58).

Weder die totale Nivellierung nationaler Unterschiede noch die Verabsolutierung der Nationalitäten entsprach nach Auffassung Žitlovskijs den natürlichen Beziehungen innerhalb der Menschheit. Vielmehr gewährleistete dies allein ein Internationalismus, für den die Weltbevölkerung "kein Konglomerat einzelner Individuen, aber auch keine mechanische Vermischung untereinander völlig unabhängiger Nationen" sei, sondern eine "Familie der Völ-

ker", innerhalb derer jede nationale Form als legitime Konkretisierung des gesamten sozialen Inhalts des menschlichen Lebens respektiert werde (59).

Die Anerkennung des nationalen Prinzips war also nicht mit einem "Abfall vom Prinzip der Internationalität" gleichzusetzen; sie bedeutete im Gegenteil erst seine Verwirklichung, so daß sich für eine sozialistische Internationale der Kampf gegen jegliche nationale Unterdrückung von selbst rechtfertige, wie es auch die Erste Internationale praktiziert habe (60).

Wenn nun Marx und Engels das nationale Moment für das internationale Proletariat als konstitutives Merkmal glaubten vernachlässigen zu können, so resultierte dies für Ratner - von den damaligen historischen Gegebenheiten und den subjektiven Erfahrungen eines Emigrantendaseins abgesehen - aus ihrem einseitig politisch verstandenen Nationsbegriff, der Nationalität und Staat gleichsetze und deshalb auch das Klassenprinzip als alleiniges wesensbestimmendes Moment für die Arbeiterschaft postuliere, wie es bereits das "Kommunistische Manifest" verdeutliche (61).

Dessen soziologische Globallösung: "Die Arbeiter haben kein Vaterland", ergo: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" führte Ratner zu der Schlußfolgerung, daß die von Marx und Engels ignorierte soziale Wechselbeziehung zwischen Klassen- und nationaler Frage zur politischen Stellungnahme beider zum Problem eines deutschen Nationalstaats historisch zu relativieren sei, auch wenn sie von der deutschen Sozialdemokratie zum Bestandteil des internationalen Sozialdemokratismus gemacht wurde. Aus der historischen Zufälligkeit einer fast vollständigen Kongruenz der Nationalität mit dem Staat entstand somit das theoretisch nicht zu rechtfertigende Prinzip eines Internationalismus für alle sozialdemokratischen Parteien, das nichts anderes sei als ein chauvinistisch eingefärbter Kosmopolitismus der Arbeiterklasse der in den gegenwärtigen Staaten herrschenden Nationalitäten (62).

Den besten Beweis hierfür stellte - nach Ratner - das "Erfurter Programm" (1891) dar; denn weder in diesem selbst noch in seinem verbindlichen Kommentar durch Kautsky habe die nationale Frage auf irgendeine Weise jenen ideologischen Eigenwert zugesprochen erhalten, der es erlaube, der unverbindlichen Phrase über die nationale Gleichberechtigung konkrete politische Schritte zur Beseitigung dieser Ungleichheit unter den Nationalitäten folgen zu lassen (63).

Entgegen der Theorie des historischen Materialismus fand nach Auffassung der SERP der gegenwärtige Fortschritt der Menschheit eben nicht nur auf dem Boden des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie statt, sondern dieser innergesellschaftliche Antagonismus erhielt innerhalb der verschiedenen nationalen Formen überhaupt erst seinen historischen Realitätscharakter, so daß Klassen- und nationale Frage in einem ursächlichen Zusammenhang zu sehen waren (64).

Die im orthodoxen Marxismus selbstverständliche These von der Teilung der vergesellschafteten Menschheit in Klassen wurde dabei durch die The-

se von der Teilung in Klassen und Nationalitäten ergänzt und überlagert. An die Stelle der Eindimensionalität der sozialen Frage trat bei den "Serpisty" ein aus Vertikalen (Nationalitäten) und Horizontalen (Klassen) bestehendes soziales Spannungsfeld (65).

Nationalbewußtsein war somit sowohl der Bourgeoisie als auch dem Proletariat eigen, so daß bei beiden Klassen immer zuerst zu unterscheiden war, ob sie einer herrschenden oder einer unterdrückten Nationalität angehörten, ehe man überhaupt zur Klassenfrage vorstoßen konnte (66). Bestand aber in bezug auf das Bürgertum und auf die Arbeiterschaft eine Identität zwischen Klassen- und Nationalbewußtsein (67), so mußte davon ausgegangen werden, daß sich der Klassenkampf des Proletariats "in Abhängigkeit von den objektiven nationalen Bedingungen" befand, unter denen die jeweilige Arbeiterschaft lebte (68), weil erst die Befriedigung der nationalen Bedürfnisse die Schaffung jener "materiellen Basis" zur Folge hatte, auf der ein solcher Kampf erfolgreich durchführbar war (69). Die Unterstützung des englischen Imperialismus durch das englische Proletariat, der Fremdenhaß der Arbeiter in der Schweiz, Österreich, England, den USA und Australien gegen zuwandernde Lohndrücker und auch der Antisemitismus wurden in diesem Zusammenhang als schlagende Beweise angeführt (70).

Aus der Tatsache heraus, daß nicht nur das Kapital, sondern auch die Arbeit ein nationales Eigeninteresse nach innen wie nach außen geltend machten, so daß Groß- und Kleinbürgertum sowie Arbeiterschaft nationales und soziales Bewußtsein gleichermaßen artikulierten (71), mußte deshalb in Zweifel gezogen werden, daß sich das Proletariat in ständiger Antipodendstellung zur eigenen Bourgeoisie befand, gleichgültig ob es nun zu einer herrschenden oder zu einer unterdrückten Nationalität gehörte (72).

Diese in erster Linie aber auf die Arbeiterschaft aller herrschenden Nationalitäten übertragbare Feststellung veranlaßte Žitlovskij zu der allgemeinen Schlußfolgerung, daß, wenn die nationalen Gegensätze immer zugleich auch den Klassenkampf des Proletariats entscheidend beeinflussten, diese Antagonismen zwischen den Nationalitäten beseitigt werden müßten. Nach seiner Auffassung hatte das nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn alle Völker der Welt "als Nationen und nicht allein als Menschen" betrachtet würden (73).

Dies treffe vor allem auch auf einen Nationalitätenstaat zu; denn hier gelte im Prinzip dasselbe, nur mit der spezifischen Variante, daß das Proletariat der dort herrschenden Nationalität mit der Devise des Kosmopolitismus für den politischen Kampf mit der eigenen Bourgeoisie die Unterstützung des Proletariats der unterdrückten Nationalitäten suche und sogar mit diesem eine gesamtstaatliche, nicht nach Nationalitäten gegliederte Parteiorganisation zu bilden bestrebt sei, im ökonomischen Kampf jedoch den sozialen Vorteil, der herrschenden Nationalität anzugehören, gegen die eigenen Klassengenossen innerhalb der unterdrückten Nationalitäten weidlich ausnütze (74).

Der abstrakte Begriff des Proletariats existierte für Žitlovskij ebenso

wenig wie derjenige des Menschen, da die Zugehörigkeit zu einer Nationalität nichts Akzidentelles wie etwa die Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft sei, so daß Kosmopolitismus innerhalb eines Nationalitätenstaates mit Assimilation der unterdrückten Nationalität an die herrschende gleichzusetzen sei. Dies brachte in den Augen Žitlovskijs allerdings allein der letzteren politische und ökonomische Vorteile und ging deshalb eindeutig zu Lasten der Arbeiterschaft der unterdrückten Nationalitäten, die dem politischen Kampf der Arbeiterklasse der herrschenden Nationalität gegen deren bürgerliche Klasse zweifellos größere Effizienz geben könne, zugleich aber im Vergleich zu diesem höher entwickelten Proletariat größere ökonomische Nachteile zu erwarten habe, als sie sie - innerhalb der eigenen Nationalität selbständig organisiert - bisher von der eigenen Bourgeoisie erdulden müsse (75).

Für Žitlovskij fanden die Ideale der bürgerlichen Freiheit und Gleichheit innerhalb des Proletariats dort ihre reale Grenze, wo innerhalb eines Staates herrschende und unterdrückte Nationalitäten und somit auch unterschiedlich privilegierte Arbeiterklassen existierten; denn da nicht nur die Klassen-, sondern auch die Nationalitätszugehörigkeit die konkrete Politik der Arbeiterschaft bestimmten, bedeutete jede Diskriminierung des Nationalismus als klassenfeindlich seitens der Ideologen des Proletariats der herrschenden Nationalität in ihrer Auseinandersetzung mit den proletarischen Parteien der unterdrückten Nationalitäten nur den Versuch einer weiteren Hintansetzung der "nationalen Interessen der national-unterjochten Arbeiterklassen" zugunsten der "national-ökonomischen des herrschenden Proletariats" (76).

Eine grundsätzliche Änderung dieser Sachlage konnte nach Žitlovskij nur die Arbeiterschaft der unterdrückten Nationalitäten selbst herbeiführen, indem sie im Verlauf ihres gesellschaftlichen Emanzipationsprozesses neben dem Klassen- auch ein Nationalbewußtsein unter Wahrung des Klassenantagonismus gegenüber dem eigenen Bürgertum entwickelte. In bezug auf die nationale Frage gelte allerdings, daß an ihrer Lösung nicht unbedingt "alle Klassen" beteiligt sein müßten; sie aber andererseits "für das gesamte Volk" und "nicht nur für eine Klasse" erfolge (77).

Gab es demnach in der nationalen Frage zwischen den beiden antagonistischen Klassen einer unterdrückten Nationalität "zeitweilige Übereinstimmungen", so organisierte sich das Proletariat dennoch völlig selbständig, um nicht zum "Lakaien der eigenen Bourgeoisie" zu werden, wie es ebenso wenig in feste organisatorische Beziehungen mit dem Proletariat der herrschenden Nationalität treten durfte, um nicht zum "Lakaien eines fremden Volkes" herabzusinken (78).

Konkret beinhaltete ein solches politisches Verhalten für das Proletariat einer unterdrückten Nationalität den konsequenten Kampf gegen die kosmopolitisch kaschierten Assimilationsforderungen und Entnationalisierungsbestrebungen der Bourgeoisie und des Proletariats der herrschenden Nationalität bei gleichzeitiger Entwicklung eines bewußt "nationalen Programms", das sich vom Nationalismus der eigenen wie der herrschenden

Bourgeoisie wesentlich dadurch zu unterscheiden hatte, daß es durch die Berücksichtigung der "Wechselbeziehung zwischen dem Nationalismus und der Klassenpolitik des Proletariats" jenes höchste gesellschaftliche Entwicklungsstadium der Menschheit zu erreichen versuchte, in welchem zwischen "dem Klassen- und dem nationalen Element keinerlei Antagonismus" mehr vorhanden war (79). Zur Herstellung einer solchen internationalen Solidarität des Proletariats auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Nationalitäten bildete innerhalb eines Nationalitätenstaates die Föderation national selbständiger proletarischer Parteien eine unabdingbare Voraussetzung (80).

Im Gegensatz zur innerhalb der deutschen und russischen Sozialdemokratie herrschenden Meinung bedingten somit nach Ansicht der SERP die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als endgültigen formalen gesellschaftlichen Überbau nicht notwendigerweise eine "Zentralisation des ökonomischen, politischen und kulturellen Lebens"; vielmehr bewiese gerade die nationale Befreiungsbewegung der Arbeiterschaft der unterdrückten Nationalitäten, daß der Weg vom Zentralismus zum Föderalismus führe, so daß Assimilationsbestrebungen nur eine Übergangserscheinung hin auf diesem Weg zur völligen Harmonie der verschiedenen nationalen Formen des sozialen Lebens der Menschheit darstellten. Sozialismus bedeute dann letztlich, daß das Klassenprinzip, das die Menschheit differenziere, indem sie ihr soziales Leben zerstöre, von dem nationalen Prinzip, dessen historischer Träger das Proletariat der einzelnen Nationalitäten sei, abgelöst werde (81). Erst wenn an die Stelle der Disharmonie des Klassenkampfes die Harmonie voneinander völlig unabhängiger sozialer Organismen nationaler Formen getreten sei, beginne die ungehemmte allgemeine Emanzipation des Individuums zur Persönlichkeit (82).

Auf einen Nationalitätenstaat wie Rußland bezogen beinhalte eine solche Einschätzung des nationalen Faktors, daß politische Forderungen nach bürgerlicher Gleichberechtigung oder nach nationaler Selbstbestimmung, wie sie in ihrer Unverbindlichkeit allen voran von der russischen Sozialdemokratie erhoben würden, nur "schablonenhafte Formeln" seien, die weder für die nationale Freiheit der einzelnen Nationalität noch für das friedliche Zusammenleben aller Nationalitäten in Rußland verbindliches materielles Recht herstellten (83).

Die westeuropäischen Konstitutionen sanktionierten bloß die bürgerliche Gleichberechtigung, so daß auch sie nicht als Vorbild zu gebrauchen seien (84). Eines Vergleiches wert bleibe allein das österreichische "Staatsgrundgesetz" (1867) mit seinem § 19, in dem zumindest eine ungestörte Entwicklung der Nationalitäten und insbesondere ihrer Sprache staatsrechtlich garantiert werde. Aber mit Jellinek (85) und Herrnritt (86) konstatierte Rattner in diesem Paragraphen nur eine abstrakte Formel ohne konkreten Rechtsinhalt, und er stimmt mit Jellinek (87) des weiteren darin überein, daß es nicht mehr genüge, die nationale Gleichberechtigung als ein allgemeines Menschenrecht zu deklarieren (88).

Konkreter Ausgangspunkt für die eigenen Überlegungen zu einem materiellen Nationalitätenrecht waren innerhalb der SERP die Rechtsvorstellungen Karl Renners (89).

Renners Begriff der personalen nationalen Autonomie verstand Ratner im Gegensatz zu den "Bundisten" (Medem, Gejlikman) (90) jedoch nicht nur im Sinne einer "Kulturgemeinschaft", wie er auch im Gegensatz zu Renner selbst die Nationalität nicht allein auf dem "Personalitätsprinzip" rechtlich begründet sehen wollte (91).

Ebenso lehnte er angesichts der teilweisen Überlagerung der Nationalitäten in Rußland, die eindeutige territoriale Abgrenzungen ohne Zurücklassung nationaler Minderheiten unmöglich machte, die Gebietsautonomie "als ausschließliches Verfahren" (92) zur Lösung der nationalen Frage unter bürgerlichen Gesellschaftsverhältnissen mit dem ihnen immanenten wirtschaftlichen Konkurrenzdenken ab (93). Dabei konnte er sich hinsichtlich des russischen Vielvölkerreiches nicht nur auf bundistische Stimmen (Medem (94), Gejlikman (95)), sondern auch auf Kautsky (96) selbst berufen. Von Renner ausgehend und diesen, dem es letztlich allein um die Erhaltung der staatlichen Einheit des Habsburgerreiches ging (97), viel absoluter interpretierend, betrachtete er aber die "logische Verbindung" (98) zwischen nationaler und territorialer Autonomie als das ideale Mittel zur endgültigen Bewältigung jeglichen Nationalitätenproblems (99).

Für Ratner bestand kein Zweifel, daß es dort, wo Nationalität und Territorium kongruent waren, nichts anderes als die territoriale Autonomie für die Nationalität geben durfte; denn wollte man "im Rahmen der möglichen geschichtlichen Vorsehung" bleiben und sich nicht utopischen Vorstellungen über die zukünftige Staatsstruktur hingeben, so konnte als "feste reale Grundlage für die ungehinderte Entwicklung der materiellen und der kulturellen Kräfte" der Nationalität in einem solchen günstigen Falle nur das Territorium gelten (100).

Anders mußte für Ratner unter den gegebenen historischen Verhältnissen die Lösung der nationalen Frage jener Nationalitäten aussehen, die - wie das jüdische Volk - über kein geschlossenes Gebiet als materiellen Ausgangspunkt für ihre eigene nationale Selbstbewußtwerdung verfügten (101). Es bestand für ihn in dieser Hinsicht kein Zweifel, daß der subjektive Wille dieser Nationalitäten und die objektiven Gegebenheiten ihrer weiteren historischen Entwicklung ihnen im Verlaufe einer unbestimmten und unterschiedlichen Zeit zu einem eigenen Territorium verhelfen würden. Eine personale Autonomie für alle diese Nationalitäten stelle deshalb nur das in der Gegenwart durchsetzbare "Programm-Minimum" dar, während die Idee der territorialen Autonomie das "regulative Prinzip" auf dem weiteren Weg zur endgültigen nationalen Selbstfindung sei (102).

Auf die nationalen Belange der jüdischen Bevölkerung in Rußland bezogen bedeutete die Anwendung des Rennerschen Personalitätsprinzip für die SERP konkret, daß man sich - im Gegensatz zu den S.-S. und der ESDRP

("Poale Zion") - die nationale Wiedergeburt des Judentums, d.h. seine neu-erworbene Fähigkeit, durch eigene politische Entscheidungen "alle sozialen Probleme: sowohl die staatsrechtlichen als auch die sozialökonomischen als auch die kulturell-aufklärerischen für sich" (103) zu lösen, "nicht als einen phantastischen Sprung vom "Nichts" in das "Alles"", sondern nur als Ergebnis eines langen historischen Prozesses der "allmählichen sozialökonomischen und kulturellen Konsolidierung" vorstellen konnte (104).

Für die SERP bildete die jüdische Diaspora kein von der historischen Entwicklung längst überholtes und deshalb ökonomisch gar nicht mehr regenerationsfähiges soziales und politisches Zwangsgefängnis. Sie teilte diesen extremen "Galut-Pessimismus" der beiden anderen zionistischen Arbeiterparteien nicht. Im Gegensatz zu diesen Parteien erhielt bei ihr die Diaspora in Rußland die politische Qualität des neben derjenigen in den USA gegenwärtig vitalsten sozialen und kulturellen Zentrums des Judentums in der Welt und wurde dadurch bereits als eine der nationalen Formen des sozialen Willens der Juden definiert (105).

Während die S.-S. und die ESDRP die unvollständige Verproletarisierung der jüdischen Massen ausschließlich mit dem Fehlen einer nationalen Produktion auf eigenem Territorium in Zusammenhang brachten, sah man innerhalb der SERP die Ursache einer solchen historischen Anomalie in erster Linie in der nationalen Unterdrückung der Juden in der "čerta osedlosti" und setzte an Stelle der auf orthodoxer Auslegung des Marxismus beruhenden ökonomischen Determiniertheit der Dialektik der Geschichte den tätigen sozialen Willen der Juden selbst, der durch die Erringung einer personalen nationalen Autonomie für die jüdische Nationalität in Rußland die erste Etappe auf dem Wege zur nationalen Selbstfindung und -organisation, d.h. letztlich auch zur Entwicklung eines proletarischen Klassenbewußtseins durch Abkehr von der nationalen Solidarität mit der eigenen Bourgeoisie, zurückzulegen hatte (106).

Mit dieser positiven Bestimmung der jüdischen Diaspora als Ort der "Regeneration" und nicht der "Degeneration" des jüdischen Proletariats (107) wurden gleichzeitig ihre bis dahin als historisch längst überholt angesehenen sozialen Einrichtungen der jüdischen Gemeinde (Kahal) (108) zum Ausgangspunkt konkreter Überlegungen über die zukünftige politische Organisation der sozialen und kulturellen Bestrebungen der Juden in Rußland (109).

Im Zusammenhang mit dem auf die über ganz Rußland und insbesondere in der "čerta osedlosti" verstreut lebenden Juden angewandten Prinzip der personalen nationalen Autonomie sollte nach dem nationalen Selbstverständnis der SERP die auf demokratischer Grundlage reorganisierte jüdische Gemeinde zur politischen und administrativen Grundeinheit dieser Autonomie werden, während ein gewählter "Vserossijskij evrejskij nacional'nyj sejm" - mit dem Rennerschen "Nationalrat" vergleichbar - als allen diesen Gemeinden übergeordnetes Rechtssubjekt die öffentlich- und privatrechtliche Vertretung des gesamten Judentums in Rußland in allen "allgemeinen nationalen Angelegenheiten" nach außen zu übernehmen hatte (110).

Die theoretischen Anleihen bei Karl Renner sind augenfällig; dennoch erfolgte eine wesensbestimmende Umdeutung seines Personalitätsprinzips. Im Grunde bestand von Anfang an nur eine formale Übereinstimmung. Die "Sejmisty", wie sie auch genannt wurden, gingen ebenfalls davon aus, daß sich innerhalb eines Nationalitätenstaates jeder Staatsbürger mit einer der Nationalitäten identifizierte, und daß jede dieser Nationalitäten ihre nationalen Angelegenheiten auf der Basis eines eigenen Budgets selbst regelte (111).

Hier endete aber bereits die Gemeinsamkeit; denn im Inhaltlichen ging man innerhalb der SERP über Renner hinaus, der, indem er die Nationalität als "Culturgemeinschaft" (112) definierte und das bürgerliche Nationalitätsprinzip als "staatsbildendes Prinzip" (113) für die Arbeiterschaft, für die das nationale Problem von einer "Machtfrage zur Culturfrage" (114) werde, nicht anerkannte, den Staat als "souveräne Gebietskörperschaft", dem als "universelle Interessengemeinschaft" alle ökonomischen und sozialen Wesensmerkmale anhafteten, d.h. als Repräsentanten des Gesamtwillens seiner Bürger bezeichnete (115), während er die Nationalität als "Personalverband", als bloße kulturelle Interessenvertretung einer "Gemeinschaft von Individuen" verstanden wissen wollte, die durch ein gemeinsames, allein auf der Nationalkultur basierendes Nationalbewußtsein verbunden seien, das die staatliche Sphäre nicht entscheidend tangiere (116).

Im Gegensatz zu Renner konnten die "Serpisty", denen es letztlich nicht um die Erhaltung des russischen Staates, sondern um die nationale Wiedergeburt des Judentums ging, nicht daran interessiert sein, die staatsfreie Sphäre für die jüdische Nationalität möglichst klein, d.h. allein auf den kulturellen Sektor beschränkt zu halten. Schon aus ihrem ganz anderen Verständnis des nationalen Prinzips heraus, das sich zumindest formal, aber auch z.T. inhaltlich mit der von Renner in bezug auf den Nationalitätenstaat disqualifizierten bürgerlichen Nationalstaatsidee (117) deckte und aus diesem Grunde auch ein eigenes Territorium als *Conditio sine qua non* für die Entwicklung einer nationaljüdischen Form des gesamten sozialen und nicht nur des kulturellen Inhalts der menschlichen Zivilisation voraussetzte, mußten die staatlichen Wesensmerkmale der angestrebten personalen nationalen Autonomie für die Juden Rußlands möglichst groß sein.

Nicht die "national-kulturelle Autonomie", wie sie der "Bund" seit 1905 auch offiziell zu seiner Programmforderung gemacht hatte (118), repräsentierte deshalb den nationalen Willen des Judentums adäquat, sondern allein die "national-politische Autonomie" entsprach im Zusammenhang mit "ihr analogen nationalstaatlichen Einrichtungen in Rußland, Österreich-Ungarn und anderen Ländern, wo die Juden in kompakten Massen leben", in staatsrechtlicher Hinsicht den nationalen Bedürfnissen für die Gegenwart als Provisorium auf dem Weg zur "territorialen Autonomie" in der Zukunft (119). Das kulturelle Moment (Sprache und Bildung) - so polemisierte man vor allem gegen den "Bund" und auch gegen den "geistigen" Nationalismus Dubnovs (120) - durfte nicht aus dem sozialen Leben des Judentums künstlich herausgelöst werden, da es - wie "Technik, ökonomische Tätigkeit, juristische Institutionen und die politisch-soziale Struktur" - einen integrierenden Bestandteil dieses Organismus darstelle (121).

Der Programmwurf der SERP, der auf dem Gründungsparteitag (April 1906) in Auftrag gegeben wurde, forderte deshalb als Programm-Minimum im Hinblick auf ein demokratisches Rußland neben der bürgerlichen Gleichberechtigung und weitestgehender Gebietsautonomie "für alle Gebiete, die sich durch besondere geographische, ökonomische und historische Lebensbedingungen hervorheben", zur Sicherung der nationalen Interessen jeder einzelnen der innerhalb Rußlands existierenden Nationalität und "unabhängig von dem durch sie eingenommenen Territorium" die personale Autonomie. Demokratisch gewählte Organe hatten darüber hinaus als "Korrektive" zu fungieren, die die "Interessen aller in den Grenzen des jeweiligen Gebietes lebenden Nationalitäten" wahrten.

In Anwendung auf die jüdische Nationalität sollte eine solche Autonomie neben Institutionen zur Schulbildung und zur Entwicklung der Nationalkultur auch die "berufliche Ausbildung", die "Fürsorge und Volksgesundheit", die "gegenseitige Arbeitshilfe", die "Verbreitung landwirtschaftlicher Kenntnisse", statistische Erhebungen über die Juden und insbesondere die "Leitung der Emigrations- und Umsiedlungsangelegenheiten" zur systematischen Vorbereitung und Durchführung der "territorialen Konzentration" der jüdischen Volksmassen implizieren (122).

Das alleinige "objektive Kriterium" zur Unterscheidung der administrativen Aufgaben des Gesamtstaates, der Gebiets- und der nationalen Autonomie bildete für die "Serpisty" die eigene theoretische Einstellung zum Nationalen (123), so daß von dieser Auffassung her die nationale Autonomie der Juden in Rußland mit dem größtmöglichen politischen Spielraum ausgeführt werden mußte. Er erlaubte es dann auch, in ständiger Erweiterung der administrativen Kompetenzen zur allmählichen Konzentration der Juden auf einem einzigen zusammenhängenden Territorium, d.h. letztlich zur Realisierung eines jüdischen Nationalstaats zu kommen, in dessen Rahmen im Grunde erst der ungehinderte Klassenkampf des jüdischen Proletariats gegen die eigene Bourgeoisie begann (124), bis in der "zukünftigen Weltföderation sozialistischer Republiken" - und zwar jeweils innerhalb der einzelnen "autonomen Gesellschaften" - jegliche nationale, politische und ökonomische Unterdrückung zu existieren aufhörte (125).

2. Autonomie und Föderation als Prinzipien staatlicher Dezentralisation und gesellschaftlicher Integration. Die Ideologie der russischen Sozialrevolutionäre und die Nationalitätenfrage in der ersten russischen Revolution

a) Vor dem I. Parteikongreß der russischen Sozialrevolutionäre (1903-1905)

Zwischen der SERP und den russischen Sozialrevolutionären bestanden von Anfang an enge Beziehungen, die sich nicht nur aus einer beiderseitigen Affinität zu einer voluntaristischen Ideologie auf der Grundlage der "subjektiven Methode" in der Soziologie Lavrovs und vor allem Michajlovskijs erklären lassen, sondern auch aus personellen Querverbindungen resultierten. Žitlovskij und Ratner gehörten zu den Mitbegründern und Führern der P.S. -R. und blieben auch nach der Gründung der SERP weiterhin innerhalb der ersteren aktiv (1). Frühzeitig bemühte man sich darüber hinaus auch um offizielle organisatorische Verbindungen auf einer föderativen Grundlage, die im Herbst 1906 auf einer Konferenz der SERP beschlossen und von den Sozialrevolutionären auf ihrem außerordentlichen Parteitag (12./25. - 15./28. Februar 1907) prinzipiell akzeptiert wurden (2).

Es war aber letztlich die von einem "engen Doktrinarismus" freie Einstellung der P.S. -R. gegenüber dem Problem der nationalen Befreiung der unterdrückten Nationalitäten, die die SERP zu dem Entschluß kommen ließ, sich gerade mit dieser Partei zu solidarisieren (3), obgleich man sich im Zusammenhang mit den eigenen nationalen Vorstellungen im Grunde von den Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären Rußlands gleichweit entfernt empfand und sich eher zur österreichischen Sozialdemokratie, die in bezug auf das Nationalitätenproblem eigenständige theoretische Auffassungen entwickelt und praktische Beschlüsse verabschiedet hatte, hingezogen fühlte (3a).

Diese Haltung der P.S. -R., die das organisatorische Konzept der "Iskra" in den Jahren 1902/03 insbesondere hinsichtlich der PPS empfindlich gestört hatte und die auch in den folgenden Jahren nicht modifiziert wurde, blieb genauso stereotyp wie diejenige der RSDRP. Man beschränkte sich auf die bloße Propagierung des föderativen Prinzips als Alternative zum sozialdemokratischen Zentralismus und stellte mehr oder weniger lapidar einen wesensbestimmenden Zusammenhang zwischen der Lösung der Nationalitätenfrage und dem Kampf für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung fest (4).

Da man seitens der P.S. -R. nicht wie bei den russischen Sozialdemokraten demokratische Nahziele (Programm-Minimum) und sozialistische Fernziele (Programm-Maximum) unterschied, sondern alle anstehenden politischen, sozialen und ökonomischen Probleme einem Sofortprogramm anheimgab, galt es die "historischen Aufgaben" in der Gegenwart auf "zweierlei Art" zu lösen, wie es E.K. Breško-Breškovskaja (5) formulierte (6).

Hatten die Fragen der Propagierung des Sozialismus allgemeinen Charakter, weil sie die "Vereinigung der Menschen" unabhängig von nationalen

Unterschieden und politischen Verhältnissen forcierten, und waren sie deshalb der ersten Kategorie der historischen Aufgaben zuzurechnen, so gehörten die Fragen der nationalen Selbstbestimmung, die keine "unmittelbare Vereinigungseigenschaft" für die Menschheit besaßen, weil sie zunächst spezifische nationale Aneignungsformen für allgemeinmenschliche soziale Inhalte bereitzustellen hatten, zur zweiten Kategorie, der im Gegensatz zur ersten ein individueller Charakter innewohne (7).

Die Lösung dieser historischen Aufgaben hänge in einem hohen Maße von dem Bewußtseinsgrad der sozialistischen Parteien der einzelnen Nationalitäten und insbesondere ihrer Führer ab, die unter Berücksichtigung der Rolle der nationalen Frage innerhalb der revolutionären Bewegung für den Abbau der aus den Erfahrungen der Geschichte gewonnenen nationalen Vorurteile der Volksmassen sorgen müßten (8).

Die "gegenwärtige Psychologie der Völkerschaften, der Arbeitermassen und besonders der Arbeitermassen, die einer ausländischen Macht unterworfen sind", erfordere aus diesem Grunde notwendigerweise die "nationale Individualisierung in bestimmten Grenzen" in Programm- und Organisationsfragen (9). Dies hieß konkret, daß der Erfolg der sozialrevolutionären Arbeit in Rußland mit der Befreiung der Nationalitäten in den Randgebieten Rußlands aus der politischen Abhängigkeit von der Autokratie eng verflochten war; denn nach Breško-Breškovskaja konnte nur der revolutionäre Kampf im gesamten Russischen Reich erfolgreich sein, der seine Feindschaft gegen den Zarismus mit der Befreiung der von diesem unterdrückten Nationalitäten verbinde (10).

Es war deshalb für Breško-Breškovskaja eine unleugbare Tatsache, daß zugleich mit dem kontinuierlichen Anwachsen der sozialrevolutionären Bewegung unter allen Bewohnern des Russischen Reiches innerhalb der nichtrussischen Nationalitäten die nationale Frage immer stärker in den Vordergrund rückte, so daß sie in der Gegenwart nicht nur die sozialistische Ideologie, sondern auch die Erkenntnis der Notwendigkeit eines gemeinsamen demokratischen Kampfes gegen die Autokratie zu überwuchern drohe (11). Bestes Beispiel für diese Verschärfung der Nationalitätenfrage boten in ihren Augen die durch den dieses Problem völlig mitachtenden orthodoxen Marxismus der russischen Sozialdemokratie hervorgerufenen ideologischen und organisatorischen Streitigkeiten zwischen den revolutionären Gruppierungen verschiedener Nationalitäten in Rußland (12).

War es aus der Geschichte heraus verständlich, daß die Randvölker Rußlands alle Russen ohne Unterschied und nicht nur den Zaren für ihre nationale Unfreiheit verantwortlich machten, so existierten für die Sozialrevolutionäre dennoch keinerlei logische Rechtfertigungsgründe für ein solches Kollektivurteil; denn nicht zuletzt beweise die Realität, daß die werktätigen Massen innerhalb des russischen Volkes in demselben Maße wie die nichtrussischen Nationalitäten politisch unterdrückt würden (13). Das Gebot der Stunde heiße deshalb Herstellung einer Vertrauensbasis zwischen den russischen und den nichtrussischen Revolutionären zum gemeinsamen

Kampf für die politische Freiheit und zugleich auch Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung, wie es der Tradition der russischen revolutionären Bewegung des 19. Jahrhunderts - von Herzen und Bakunin bis zur "Narodnaja Wolja" - entspreche, so daß in der revolutionären Praxis die Frage des Sturzes der Autokratie mit einer klaren Konzeption über die Bewältigung des Nationalitätenproblems in einem demokratischen Rußland gekoppelt werden müsse (14).

Basierend auf einem direkten Theorie-Praxis-Bezug, den Breškovskaja für die Ideologie der Sozialrevolutionäre als immanent voraussetzte, galt es bei der Verwirklichung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung nicht auf den Sozialismus zu warten, sondern damit sofort zu beginnen (15). Da der Sozialismus die Freiheit der Persönlichkeit impliziere, müsse er zwangsläufig auch diejenige der Nationen beinhalten, wollte er die Entwicklung der Menschheit, wie er es für sich beanspruchte, tatsächlich von allen äußeren Zwängen befreien. Dies bedeutete für Breškovskaja in der Gegenwart die Anerkennung der unwiderlegbaren Tatsache, "daß alle lebensfähigen Nationalitäten sich klar und bestimmt für Unabhängigkeit, für Autonomie ausgesprochen haben", so daß der tägliche Kampf für den Sozialismus notwendigerweise mit einer schrittweisen Lösung der nationalen Frage in Einklang zu bringen sei (16).

Nationale Selbstbestimmung und Separatismus in sozialen und kulturellen Fragen wurden damit jedoch für sie nicht zu Synonymen; denn gerade die Garantie der nationalen Freiheit, die den staatlichen Zentralismus beseitige, sollte der zentrifugalen Kraft des Nationalismus unter den nichtrussischen Nationalitäten entgegenwirken, indem sie durch die Schaffung eines föderativ gegliederten demokratischen Rußlands auch die praktischen politischen Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben aller Nationalitäten schaffe (17).

Die unterschiedliche historische Entwicklung der Nationalitäten innerhalb des Russischen Reiches verlange die Berücksichtigung verschiedenartiger politischer und sozialer Befreiungsbewegungen unter Aufgabe der Vorstellung von einer zentralgesteuerten revolutionären Einheitsbewegung, womit nicht zuletzt die Existenz eines gesamtrussischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, von der man seitens der anderen russischen Parteien bis hin zu den Sozialdemokraten wie selbstverständlich ausgehe, anscheinend negiert werde. Aber die Gewährung der vollständigen nationalen Freiheit sei mit der Gewißheit eines späteren freiwilligen Zusammenschlusses aller dieser Nationalitäten mit der russischen in einem föderativen System zum gemeinsamen Weg in den Sozialismus verbunden (18).

Es war nur natürlich, daß eine solche weitherzige Einstellung der P.S.-R. gegenüber den nationalen Hoffnungen der Randvölker Rußlands, die den gemeinsamen politischen Kampf gegen die Autokratie und nicht - wie die russischen Sozialdemokraten - den Klassenstandpunkt zur Grundlage etwaiger Kampfverbände oder sogar organisatorische Vereinigungen mit den revolutionären Gruppierungen der nichtrussischen Nationalitäten machte, seine

besondere Attraktivität auf diese Organisationen nicht verfehlte, zumal sich die Sozialrevolutionäre als einzige russische Partei für das unbedingte Recht auf nationale Selbstbestimmung ausgesprochen hatten und jegliche Bildung revolutionärer Gruppen innerhalb dieser Nationalitäten mit Sympathie begrüßten, ohne zugleich mit ideologischen Abgrenzungen zu beginnen, wie es bei der RSDRP an der Tagesordnung war (19).

Die erste feste multilaterale Absprache über die Koordinierung der revolutionären Arbeit zwischen den russischen Sozialrevolutionären und Gruppierungen der nichtrussischen Nationalitäten brachte bereits die auf Initiative der "Finnländischen Partei des aktiven Widerstands" nach Paris einberufene "Konferenz oppositioneller und revolutionärer Organisationen des russischen Staates" im November 1904, an der die ebenfalls eingeladenen sozialdemokratischen Parteien (RSDRP, "Bund", SDKPiL, Latyškaja SDRP und Revoljucionnaja ukrainskaja partija) entweder demonstrativ nicht teilnahmen bzw., wie die Vertreter der LSDRP, die dort verabschiedeten Resolutionen nur unter dem Vorbehalt einer späteren Bestätigung durch die Parteimitglieder annahmen (20).

Die Demokratisierung Rußlands, das Nationalitätenproblem und die Strategie des Kampfes gegen die Autokratie dienten auf dieser Konferenz als Ausgangspunkte für gemeinsame theoretische Überlegungen und praktische Koordinierungsgespräche. Die nationale Frage wurde allerdings nur sehr allgemein behandelt und keineswegs als ein staatsrechtliches Problem mit der zukünftigen Staatsstruktur eines demokratischen Rußlands in einen konkreten Zusammenhang gebracht, so daß es mit einer pauschalen Anerkennung des "Rechts auf nationale Selbstbestimmung" und der "Freiheit der nationalen Entwicklung" bei Ablehnung jeglicher gewaltsamer Russifizierungsbestrebungen sein Bewenden hatte (21).

Ging es im Grunde nur darum, einmal vor aller Welt die Existenz einer möglichst großen politischen Bewegung gegen den Zarismus aufzuzeigen, so fanden am Rande der Konferenz doch verbindliche Absprachen statt, die als der faktische Beginn einer engeren Zusammenarbeit zwischen der P.S.-R. und den revolutionären Organisationen der nichtrussischen Nationalitäten zu bezeichnen sind (22).

Mit dem gemeinsamen Aufruf der Zentralkomitees der P.S.-R., der PPS, der georgischen Partei der sozialistisch-föderalistischen Revolutionäre und des "Latyškij socialdemokratičeskij sojuz" an die Arbeiter Rußlands zu Solidarität im politischen und sozialen Kampf unter weitestgehender Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts - sei es nun in bezug auf eine bloße nationale Autonomie im Rahmen eines föderativ gegliederten russischen Staates, oder sei es sogar im Hinblick auf den polnischen Wunsch nach staatlicher Unabhängigkeit - folgten bald darauf die ersten konkreten Schritte (23).

Auf der zweiten Konferenz, die im April 1905 in Paris auf Initiative des Popen Gapon zustande kam, wurde diese Linie der revolutionären Zusammenarbeit seitens der russischen Sozialrevolutionäre weiterhin strikt eingehalten (24).

Während die sozialdemokratischen Parteien und Gruppen diese Konferenz entweder, wie die Menschewiki ("Iskra"), von vornherein kategorisch ablehnten, weil sie nicht als alleiniger offizieller Vertreter der RSDRP eingeladen worden seien (15) oder, wie die Bolschewiki ("Vpered"), der "Bund", die Latyšskaja SDRP und die Armjanskaja socialdemokratičeskaja rabočaja organizacija, bereits vor Beginn der Tagesordnung ihre Mitarbeit unter dem Vorwand der Anwesenheit einer "fiktiven Gruppe", des "Latyšskij social-demokratičeskij sojuz", aufkündigten, wenn sie auch prinzipiell die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen allen revolutionären Organisationen im Kampf gegen die Autokratie anerkannten (26), verfaßten die auf der Konferenz verbliebenen Parteien (27) zwei Deklarationen (28).

Die erste Deklaration, der alle anwesenden Organisationen zustimmten, beinhaltete das politische Sofortprogramm und forderte die demokratische Umgestaltung Rußlands auf der Grundlage der Einberufung einer Verfassung gebenden Versammlung in St. Petersburg für alle Teile des Reiches mit Ausnahme Finnlands und Polens. Während für Finnland die Wiederherstellung seiner alten verfassungs- und staatsrechtlichen Stellung als "autonomer konstitutioneller Staat" vorgesehen war, sollten durch die Einberufung eines Sejms in Warschau zwischen Rußland und Polen ebenfalls politische Beziehungen mit staatlichem Souveränitätscharakter hergestellt werden. Der Kaukasus sollte ein "autonomer, mit Rußland föderativ vereinigter Teil" mit einer eigenen Konstituante werden und seine "innere Verfassung" nach "demokratisch-föderativen Grundsätzen" gestalten. Für die anderen "Nationalitäten und nach nationalkulturellen Bedingungen abgesonderten Gebiete" waren ähnliche konstitutionelle Voraussetzungen für ihre ungehinderte Entwicklung vorgesehen (28a).

Die zweite Deklaration, die das sozialistische Grundsatzprogramm im Kampf gegen den Kapitalismus formulierte, forderte darüber hinaus - ganz im Sinne der russischen Sozialrevolutionäre von der Untrennbarkeit politischer und sozialer Postulate in der Revolution ausgehend - u. a. neben einer "weitgehenden Autonomie der Gebiete und Gemeinden", die "Anwendung des föderativen Prinzips in den Beziehungen zwischen den Nationalitäten, die unter einem Staatsdach verbleiben", die "Einrichtung einer obligatorischen und für alle gleichen allgemeinen weltlichen Bildung auf öffentliche Kosten und in der Muttersprache", die "Gleichberechtigung der Sprachen und die Zulassung der örtlichen Sprachen vor Gericht und in der Verwaltung" und "in Gebieten mit gemischter Bevölkerung das Recht jeder Nationalität auf einen seiner Zahl nach proportionalen Anteil am Kulturbudget" (28b).

Von den auf der Konferenz anwesenden Organisationen wurde außerdem die Errichtung eines gemeinsamen Auslandssekretariats und die Zusammenarbeit aller Parteikomitees auf regionaler und lokaler Basis vereinbart, so daß auch eine weitere organisatorische Annäherung erfolgt zu sein schien (28c).

Hatten auf dieser Konferenz die Vorschläge der Organisationen der nicht-russischen Nationalitäten vor allem in bezug auf die nationale Frage damit ihre größtmögliche Berücksichtigung gebunden (28d), so paßte dies mehr

als je zuvor in das revolutionäre Konzept der russischen Sozialrevolutionäre, die diese Linie weitestgehender Zugeständnisse gegenüber den nationalen Forderungen der revolutionären Parteien der Randvölker Rußlands, insbesondere des Kaukasus, bei gleichzeitig großzügiger Auslegung ihrer Vorstellungen vom Sozialismus im Interesse eines erfolgreichen Kampfes gegen die Autokratie auch in der Folgezeit konsequent fortsetzen (28e).

b) Der I. Kongreß der russischen Sozialrevolutionäre in Imatra/Finnland
(29. Dezember 1905/11. Januar 1906 - 4./17. Januar 1906)

Innerhalb der P.S. -R. wurde die soziale und kulturelle Emanzipation der Nationalitäten - den theoretischen Ansichten nach zu schließen - in demselben Maße wie diejenige der menschlichen Persönlichkeit als eine unabdingbare historische Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus betrachtet; außerdem konnte man in der Praxis anhand der ernsthaften Bemühungen um eine enge Zusammenarbeit mit den revolutionären Organisationen der nicht-russischen Nationalitäten in Verbindung mit weitreichenden Zugeständnissen in der nationalen Frage konstatieren, daß innerhalb der russischen Sozialrevolutionäre nicht - wie bei der RSDRP - durch eine auf den russischen Vielvölkerstaat nicht so ohne weiteres übertragbare westeuropäische Nationalismuskonzeption im Sinne des orthodoxen Marxismus mit abschließend ökonomischen Prämissen der Klassenstandpunkt zum alleinigen Gradmesser des revolutionären und des sozialistischen Bewußtseins in Rußland gemacht wurde. Trotzdem offenbarten die Diskussionen auf dem Parteikongreß ein im Grunde nur sehr geringes Interesse am Nationalitätenproblem.

Zwar entwickelte Tučkin (V. Černov), der Theoretiker der Partei, bei der Vorstellung des von ihm konzipierten Programmentwurfs (29) vor den Delegierten des Kongresses in bewußter Absetzung vom Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie und von Kautskys dazu verfaßtem offiziellen Kommentar, die beide sehr stark auf die Programmvorstellungen der RSDRP eingewirkt hatten, ein "sozial-politisches credo", das - entgegen dem "metaphysischen Absolutismus" Hegels und Marx', bei dem der erstere den Standpunkt einer "absoluten Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Entwicklung jeder historischen Nationalität" einnehme, während der letztere die These von der "absoluten Einheit der historischen Entwicklung der einzelnen Länder" postuliere - die "realistische Auffassung" vertrat, daß sowohl die "allgemeinen Entwicklungstendenzen" als auch die "eigentümlichen Evolutionsbedingungen Rußlands" gesellschaftliche Relevanz besäßen (30).

Zu dieser theoretischen Besonderheit des sozialrevolutionären "credo" fügte Černov als weitere Eigentümlichkeit die aus der soziologischen Schule Lavrovs und Michajlovskijs stammende "ethische und historische, subjektive und objektive Begründung des Sozialismus", die aus der "unzertrennlichen Vereinigung zweier Momente: der theoretischen Charakteristik der

Formen des gesellschaftlichen Systems und ihrer Einschätzung vom Standpunkt der Interessen der Entwicklung der Persönlichkeit und der gesellschaftlichen Solidarität" resultiere (31).

Schließlich hob Černov als drittes theoretisches Unterscheidungsmerkmal gegenüber einem sozialdemokratischen Programm in der Nachfolge desjenigen der deutschen Sozialdemokratie die Beachtung sowohl des "genetischen, elementarischen Gangs der Ereignisse" als auch - im Gegensatz zum historischen Materialismus - des "zweckgerichteten, bewußten Eingriffs der organisierten gesellschaftlichen Kräfte" hervor (32).

Untersucht man aber den allgemeinen Teil des Programmentwurfs darauf hin, ob und inwieweit die Vielgestaltigkeit und außerordentliche Kompliziertheit der nationalen Frage in Rußland unter der Beachtung dieser theoretischen Prämissen tatsächlich ihre Berücksichtigung fand, so stößt man auf lapidare Formeln, die sich nur unwesentlich von sozialdemokratischen Vorstellungen unterscheiden:

1. Chauvinismus, Nationalismus sowie religiöser und Rassenhaß sind politische Mittel der herrschenden Klassen (33).
2. Die internationale Solidarität der unterdrückten Klassen ohne Rassen-, Religions- und Nationalitätsunterschiede ist eine selbstverständliche historische Voraussetzung für den Sozialismus (34).
3. In Rußland existiert eine Interessengemeinschaft zwischen Autokratie und Bürgertum zur fortdauernden gewaltsamen Niederhaltung der unterdrückten Nationalitäten unter ständiger Anreizung nationaler, religiöser und rassischer Gegensätze, um die Entwicklung eines Klassenbewußtseins innerhalb der werktätigen Massen zu verhindern (35).

Im praktischen Teil ging das Programm ebenfalls nicht über sehr allgemein gefaßte politische Forderungen hinaus, die hinsichtlich der nationalen Frage pauschal die "Errichtung einer demokratischen Republik und weitgehender Autonomie der Gebiete und Gemeinden", die "möglichst umfassende Anwendung des föderativen Prinzips auf die Beziehungen zwischen den einzelnen Nationalitäten", die "Anerkennung ihres unbedingten Rechts auf Selbstbestimmung", ihre "proportionale Vertretung" und die allgemeine nationale Gleichberechtigung der Staatsbürger und der Sprachen (36) beinhalteten (37).

Am Postulat des "unbedingten Rechts auf Selbstbestimmung" schieden sich jedoch auf dem Parteitag die Geister (38). Wenn auch nur drei Delegierte für die Streichung des Wortes "unbedingt" stimmten (39), so zeigte doch der Verlauf der Diskussion über diese für die Beziehungen zwischen den russischen Sozialrevolutionären und den revolutionären Organisationen der nichtrussischen Nationalitäten außerordentlich bedeutsame Schlüsselfrage, daß die Sozialrevolutionäre keinerlei konkrete Vorstellungen über die Bewältigung des Nationalitätenproblems nach dem Sturz der Autokratie besaßen (40).

Die Anhänger des "unbedingten" Rechts auf Selbstbestimmung unter den De-

legierten machten vor allem geltend, daß sie als Sozialisten und Demokraten weder für eine Fortsetzung der bestehenden Zwangsordnung gegenüber den Nationalitäten noch für den Zentralismus im allgemeinen eintreten könnten und lehnten aus diesem Grunde jegliche politischen Repressivmittel hinsichtlich der Nationalitätenfrage kategorisch ab (41). Allerdings äußerte sich nur ein einziger unter ihnen über diese globalen Bemerkungen hinaus detaillierter und differenzierter. Er unterschied zwischen dem mit Unterdrückungsmechanismen befrachteten Nationalismus der herrschenden Klassen und einem zur gesellschaftlichen Emanzipation historisch notwendigen Nationalismus, der die internationale Solidarität der werktätigen Massen nicht verhindere, sondern diese im Gegenteil geradezu voraussetze; zugleich forderte er dessen alleinige Anwendung durch die P.S. -R. unter Ein-schluß der Einsicht, daß das Recht auf nationale Selbstbestimmung in seiner unbedingten Auslegung nicht nur Frankreich, Deutschland und Rußland, sondern ebenso Polen, Litauen und dem Judentum zugestanden werden müsse (42).

Die Gegner der Formel von der Unbedingtheit des Selbstbestimmungsrechts vertraten demgegenüber die Ansicht, daß die Gewährung der allgemeinen Menschen - und Bürgerrechte und ihre Garantie durch Verfassung und Parlament des Gesamtstaates bereits das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten Rußlands beinhalteten und forderten deshalb den Verbleib eines "Minimums an politischen Rechten" beim demokratischen Gesamtstaat der Zukunft (43).

Roščin (V. V. Rudnev), einer der Führer des rechten Flügels der P.S. -R. im Jahre 1917 (44), ging trotz prinzipieller Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts sogar soweit, seine Anwendung selbst hinsichtlich Polens und Finnlands von den "zukünftigen inneren und äußeren ökonomischen und politischen Bedingungen" und von der "großen Weltaufgabe" und der "allgemein-menschlichen Mission" der russischen Revolution mit ihrem daraus erwachsenden "Recht der Diktatur der Revolution", das nicht nur die Souveränität der Völkerschaften Rußlands, sondern auch die aller Völker der Welt brechen werde, abhängig zu machen (45). Andere hingegen, die von weniger revolutionärem Pathos erfüllt waren, befürchteten durch die Postulierung des "unbedingten" Rechts auf nationale Selbstbestimmung nach der Revolution reaktionäre Gegenströmungen innerhalb der Nationalitäten (46) oder zumindest die Errichtung neuer Zollgrenzen bzw. den Verlust des kaukasischen Erdöls (47).

Es ist schwierig, anhand der auf dem Kongreß zur Forderung nach dem "unbedingten" Recht auf nationale Selbstbestimmung vorgebrachten Argumente und Gegenargumente zu bestimmen, inwieweit die russischen Sozialrevolutionäre selbst nationalistischen Vorstellungen unterlagen. Genauso übereilt wäre es aber, aus der Tatsache von nur drei Gegenstimmen ein fast völliges Fehlen derartiger Ansichten ableiten zu wollen, und dies um so mehr, wenn man sich die Verschiedenheit der Meinungen vor Augen hält, die angesichts der Realität separatistischer Bestrebungen unter den Nationalitäten Rußlands im Jahre 1917 innerhalb der P.S. -R. zum Ausdruck kamen (48).

Eine Schlußfolgerung, die ihre Prämissen auf eine solche Art "kurzschließt", analysiert an der damaligen historischen Sachlage vorbei. Bringt man nämlich die obigen Diskussionsergebnisse und das Parteiprogramm mit der bisher offenbar gewordenen Theorie und Praxis der P.S. -R. in der Nationalitätenfrage vor dem Parteikongreß in Zusammenhang, so beweisen diese zunächst nichts anderes - was bei den revolutionären Organisationen der nicht-russischen Nationalitäten ebenfalls nicht unbemerkt blieb (49) -, als daß die russischen Sozialrevolutionäre ein ebensolches ideologisches "Unverhältnis" zur Nationalitätenfrage in Rußland besaßen wie alle anderen oppositionellen und revolutionären Gruppierungen innerhalb der Großrussen; es wurde bei ihnen nur - im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und den Kadetten - durch ihre gegen den Staat - den westeuropäischen zentralen Einheitsstaat absolutistischer wie demokratischer Prägung - gerichteten Autonomie- und Föderalismusvorstellungen weitgehend verdeckt.

Da man letztlich von der Annahme ausging, daß das Nationalitätenproblem mit dem Sturz der Autokratie und der darauf folgenden allgemeinen Demokratisierung des politischen Lebens in Rußland gelöst werde, wurde selbst die nationale Selbstbestimmung Finnlands, Polens und des Kaukasus in ihrer unterschiedlichen Abstufung, wie sie die zweite Konferenz der revolutionären Organisationen gefordert hatte, nicht so ohne weiteres als selbstverständlich angesehen (50), wenn es auch zumindest die nationale Unabhängigkeit Polens als ein Vermächtnis der Revolutionäre des 19. Jahrhunderts aus Gründen der moralischen Verantwortung ernster zu nehmen galt (51).

Von der RSDRP unterschied man sich infolgedessen in der theoretischen Einschätzung der Nationalitätenfrage für Rußland nur wenig. Die Differenzen lagen vielmehr auf dem Gebiet verschiedener Auffassungen über den zukünftigen Staats- bzw. Gesellschaftsaufbau Rußlands; denn von einer Vereinbarkeit zwischen den sozialen und nationalen Momenten der Entwicklung der Menschheit außerhalb des bürgerlichen Nationalismus, wie sie anscheinend zum ideologischen Grundmuster der P.S. -R. gehörte, war auf dem Kongreß im Hinblick auf die nichtrussischen Nationalitäten eher taktisch als prinzipiell die Rede.

Prüft man diese Unterstellung anhand der unseres Wissens nach einzigen umfassenden theoretischen Begründung und Interpretation der sozialrevolutionären Programmpunkte zur nationalen Frage, die seitens der Sozialrevolutionäre erfolgte, so verstärkt sich auch hier der Eindruck einer nur indirekten ideologischen Bezugnahme auf das Nationalitätenproblem (52).

Eingangs wurde die Frage nach den konstitutiven Merkmalen einer Nationalität mit der Aufzählung rassischer, sprachlicher, historischer und territorialer Gemeinsamkeiten beantwortet und zugleich als einschränkende Bemerkung hinzugefügt, daß das Rassenprinzip nur für die Anfangszeit der Herausbildung einer Nationalität bestimmend sei, während das Territorialprinzip zumindest in bezug auf Lebensbedingungen der Nationalitäten in Rußland als akzidentuell betrachtet wurde (53). Der Sozialrevolutionär Novotoržskij kam nun bei näherer Bestimmung dieser historischen Merk-

male, denen er materielle (ökonomische), politische und kulturelle Momente vindizierte (54), im Anschluß an Werner Sombart (55) und somit im Gegensatz zu Karl Marx zu der Schlußfolgerung, daß sowohl die sozialen als auch die nationalen Gegensätze die geschichtliche Entwicklung der Menschheit bestimmten; zugleich erweiterte er diese Aussage mit der Feststellung, daß beim Kampf der Nationalitäten und dem Kampf der Klassen innerhalb der Nationalitäten noch der Kampf der Persönlichkeiten innerhalb der Klassen berücksichtigt werden müsse (56). Für Novotoržskij verlor der nationale Kampf mit der Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats seine die Menschheitsgeschichte prägende Kraft. An seine Stelle trete immer stärker der soziale Kampf, da durch die eindeutig internationalen Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung der die Klassengegensätze überwölbende Kampf nationaler Wirtschaftsorganismen aufgehoben werde (57). Novotoržskij, der sich mit dieser Schlußfolgerung wiederum marxistischen Vorstellungen näherte (58), bestimmte als das Wesen einer Nationalität "eine Rasse, die eine Sprache spricht, die durch die Gemeinsamkeit der historischen Vergangenheit verbunden und politisch und wirtschaftlich auf einem Territorium vereinigt ist", wobei er allerdings als unabdingbare inhaltliche Bestandteile der Nationalität weiterhin nur die "Gemeinsamkeit der Sprache und der historischen Tradition" gelten ließ (59). Die Crux der logischen Einordnung der nationalen Frage in die sozialrevolutionäre Ideologie deutete sich hier auch theoretisch an; denn, wie auch die folgenden Äußerungen zu dieser Problematik aufzeigen, fand Novotoržskij keine plausible Erklärung für die Berücksichtigung des nationalen Moments als einer Kategorie der sozialrevolutionären Ideologie. Das dortige Subjekt-Objekt-Verhältnis der sozialen Entwicklung der Menschheit, das im Gegensatz zum historischen Materialismus neben den ökonomischen Bedingungen auch die menschliche Persönlichkeit als gleichrangig geschichtsrelevant betrachtete, war doch auf einen Nationalstaat und nicht auf einen Nationalitätenstaat wie Rußland hin konzipiert, innerhalb dessen historisch vorgegebenen sozioökonomischen Organismus sich die nichtrussischen Nationalitäten anschickten, ebensolche abgeschlossenen Organismen auf der Grundlage des Nationalitätsprinzip zu bilden, obgleich doch das "Wesen der nationalen Frage" - nach seiner Auffassung - gerade darin bestand, daß es auf Kosten des Klassenkampfes, der sich im Rahmen des Gesamtstaates zu vollziehen hatte, bei Arbeitern und Bauern ein Nationalbewußtsein erzeugte, das sie auf die Seite der Besitzenden ihrer Nationalität zog (60).

Da der Sozialismus eine Gesellschaftsordnung anstrebte, die die internationale Solidarität der Menschen implizierte, konnte für ihn aus sozialrevolutionärer Sicht Lösung der nationalen Frage nur heißen, daß als Vorläufer dieser universalen Vereinigung aller Menschen ein "brüderlicher Bund der Völker" auf der Grundlage von Föderation und Autonomie geschaffen werden müsse (61). Dies beinhaltete unausgesprochen, daß die Nationalitäten innerhalb des Russischen Reiches im Falle des erfolgreichen Kampfes gegen die Autokratie von den russischen Sozialrevolutionären nur unter Einbeziehung dieser sozialistischen Perspektiven eine Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung erwarten durften. .

Notoržskijs sozialrevolutionärem Autonomiebegriff lag die freie Selbstbestimmung der Persönlichkeit zugrunde (62). Die Persönlichkeit sei ein Teil der gesellschaftlichen Kollektive und gehöre gleichwertig "Familie, Gemeinde, Stand, verschiedenen privaten Bünden, Staat, Nationalität" (63) an, so daß sie neben den Einflüssen der Nationalität auch anderen Einwirkungen gesellschaftlicher Organismen der Menschheit unterliege (64).

Der Kampf einer Nationalität um ihre soziale und kulturelle Emanzipation in einem sie unterdrückenden Staat wie Rußland, sei deshalb als progressiver Beitrag zur Entwicklung der Menschheit anzusehen, weil "zumindest bis jetzt" jede der Nationalitäten, dadurch, daß sie die menschliche Persönlichkeit durch ihre Kultur zu schöpferischer Leistung anrege, "irgend etwas in die Wertschatzkammer der Menschheit" einbringe (65). Die nationale Autonomie schaffe die Voraussetzungen für eine solche "Produktivität der nationalen Schöpfung" (66). Darüber hinaus sei der Klassenkampf des Proletariats innerhalb der eigenen freien Nationalität durch den damit verbundenen Wegfall der nationalen Solidarität mit den besitzenden Klassen bei weitem effektiver, so daß die Arbeiterschaft Österreichs und Rußlands als Klasse "für jede Nationalität die Anerkennung des Rechts auf völlige nationale Selbstbestimmung" nicht nur aus Gründen der Moral verlangen müsse (67).

War die Forderung nach der Autonomie der menschlichen Persönlichkeit aus diesem Grunde in der Gegenwart noch mit derjenigen nach nationaler Autonomie gleichzusetzen, so konkretisierte Novotoržskij im folgenden diesen Autonomiebegriff im Hinblick auf Rußland als staatsrechtliches Instrument "weitestgehender Dezentralisation" auf der Grundlage "weitestgehender Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltung" (68).

Der Autonomiebegriff wurde sowohl national als auch territorial interpretiert. Bei Identität zwischen Territorium und Nationalität fielen beide Begriffe zusammen, so daß sie nur dort, wo, wie in Polen, neben einer herrschenden Nationalität (Polen) noch eine nationale Minderheit (Juden) existiere, divergent seien (69).

Ein solches Minderheitenproblem könne nur mittels der nationalkulturellen, nicht aber der territorialen Autonomie gelöst werden, worunter Novotoržskij den proportionalen Anteil an Verwaltung und Kulturbudget eines Gebietes verstand. Nationalitäten, die in mehreren Gebieten Rußlands in der Minorität seien, sollten dabei berechtigt sein, einen "nationalen Bund" zu bilden, der in den betreffenden Gebieten die Interessen dieser Nationalitäten auf der Basis der Selbstverwaltung wahrzunehmen habe (70). Nähere Einzelheiten wurden von Novotoržskij nicht gegeben. Wichtig war in diesem Zusammenhang aber die konkrete Feststellung, daß "nationale Gebietsautonomie" und "nationalkulturelle Autonomie" von unterschiedlicher staatsrechtlicher Qualität seien (71).

Eine Föderation sollte wiederum als "natürliche und direkte Ergänzung zur Autonomie" diese autonomen nationalen Gebiete umschließen und letztlich nicht mehr darstellen als eine - im Interesse der Arbeiter- und Bauern-

schaft - die Nationalkultur fördernde und den nationalen Antagonismus aufhebende Übergangserscheinung auf dem Wege zum Sozialismus, an dessen Ende die "Weltbruderschaft der Werktätigen" und nicht etwa eine Weltföderation der Nationalitäten stünde (72).

Die Entwicklung der Nationalkultur durch die unterdrückten Klassen in Reaktion auf den Nationalismus der herrschenden Klassen wurde bei Novotoržskij somit für die Gegenwart zum funktionalen Instrument, um allgemeine Freiheit und Gleichheit unter den Menschen herzustellen. Eine geschichtsprägende Kraft besaß das nationale Element jedoch für ihn nicht mehr, weil es mit dem Sozialismus substantiell gar nicht vereinbar sei.

Bezogen auf das zur Lösung anstehende Nationalitätenproblem in Rußland bedeutete dies, daß aus der Sicht Novotoržskijs die Herstellung der nationalen Gleichberechtigung auf der Grundlage der nationalen Selbstbestimmung der unterdrückten Nationalitäten im Kampf gegen die Autokratie nur einen Teilaspekt der allgemeinen sozialen Bewußtwerdung der unterdrückten Klassen darstellte, der bei Arbeiter- und Bauernschaft der großrussischen Nationalität zunächst zur Erkenntnis der Klassensolidarität mit den unterdrückten Klassen der anderen Nationalitäten und bei diesen selbst über die nationale Selbstbewußtwerdung zum Klassenbewußtsein führen müsse (73). Die Interessen der großrussischen werktätigen Klassen sowie diejenigen der unterdrückten Nationalitäten erforderten die Autonomie und Föderation zur Herstellung eines "brüderlichen Bundes unabhängiger und gleichberechtigter Völkerschaften", der der "Einheit Rußlands" eine weitaus festere Grundlage als unter der gegenwärtigen Gewaltherrschaft schaffen werde (74). Aber auch der Zerfall Rußlands in eine "Reihe selbständiger Staaten" war für Novotoržskij immer noch besser als der autokratische Zentralismus; besaß doch allein der Klassenkampf emanzipatorische Funktion für die großrussische werktätige Klasse (75).

Ein auf diese Weise interpretierter Begriff von Autonomie und Föderation befand sich, als sozialrevolutionärer Beitrag zur Lösung des Nationalitätenproblems in Rußland verstanden, nach Novotoržskij aber nicht nur im Gegensatz zu den zentralistischen Auffassungen der RSDRP, sondern auch zu "anarchistischen" Vorstellungen von einer totalen Möglichkeit der Absonderung, die soweit gingen, selbst einzelnen Gemeinden und Gebieten die Lösung vom gegenwärtigen Staat zu gestatten (76). Die weitestgehende Anwendung des Autonomie- und des Föderationsprinzips, wie sie das sozialrevolutionäre Programm forderte, besaß für ihn nämlich nur dann Realitätsgehalt, wenn berücksichtigt wurde, daß das menschliche Leben gesellschaftsbezogen sei und somit auch gesellschaftlich organisiert werden müsse. Eine Menschheit hingegen, die ohne Zwänge existiere, wie sie sich die Anarchisten vorstellten, blieb in seinen Augen ein "absolutes Ideal", dem sich auch unter dem Sozialismus die Menschheit immer nur annähern könne (77). Nichts hinderte aber nach Novotoržskij die Sozialrevolutionäre daran, ihre spezifischen Vorstellungen über die Anwendung der Autonomie und der Föderation "im Notfalle" in jeglicher Hinsicht, soweit es beide Begriffe prinzipiell zuließen, weiter zu entwickeln (78).

Überblickt man das zuvor Aufgezeigte in seiner Gesamtheit, so verstärkt sich der Eindruck, daß die Nationalitätenfrage für die russischen Sozialrevolutionäre keinerlei prinzipiellen Charakter besaß, weil sie in ihre theoretischen Überlegungen gar nicht hineinpaßte. Zwar wurden die werktätigen Massen dazu angehalten, eine "bestimmte nationale Politik" zu betreiben, aber da das "Endziel" die Errichtung einer "Weltbruderschaft der Werktätigen" war, galt der "brüderliche Bund unabhängiger Völkerschaften" als Nahziel letztlich der alleinigen Herstellung gleicher sozialer Bedingungen für die unterdrückten Klassen jeder Nationalität in Rußland durch Negation des Nationalismus der herrschenden Klassen auf der Grundlage einer ungehinderten Entwicklung der jeweiligen Nationalkultur zur Schaffung der "günstigsten Bedingungen für den Klassenkampf" innerhalb jeder Nationalität und der Voraussetzungen für die internationale Solidarität aller Werktätigen gegen den Kapitalismus (79). Es war dabei keineswegs davon die Rede, daß dieses Nahziel in einem so intensiven Maße zu erfüllen sei, daß Autonomie und Föderation tatsächlich den besonderen Gegebenheiten eines Nationalitätenstaates wie Rußland angepaßt und die gegenwärtigen nationalen Belange der einzelnen Nationalitäten so peinlich genau berücksichtigt werden müßten, daß der Abbau der nationalen Gegensätze nach der Revolution nur noch eine Frage der Zeit sei.

Ernsthaft dachte auch Novotoržskij nicht an die Zertrümmerung des historisch vorgegebenen russischen Staates durch eine "unbedingte" Erfüllung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung. Selbst für Finnland und Polen stellte er sich nur die Gewährung der Autonomie vor. Für den Kaukasus mit seinen Minderheitenproblemen schien ihm selbst das kaum realisierbar; ganz zu schweigen von einer Autonomie für die Ukraine, Sibirien oder Großrußland, die für ihn von vornherein bloß als "Autonomie zweiten Grades" vorstellbar und außerdem allein "nach dem Maß der Notwendigkeit" praktikabel war (80).

c) Die Konferenz der nationalen sozialistischen Parteien Rußlands in Finnland (16./29. April - 20. April/3. Mai 1907)

War letztlich weder auf dem I. Parteikongreß der russischen Sozialrevolutionäre noch bei Novotoržskij eine direkte Auseinandersetzung mit der Nationalitätenfrage in Rußland feststellbar gewesen, so traf dies um so mehr auf die jüdische Frage zu. Auf dem Kongreß wußte zwar Serov die Tatsache zu würdigen, daß gerade die Juden als Nationalität ohne eigenes Territorium ein revolutionäres Proletariat hervorgebracht haben, dem nur die Polen ein ähnlich heroisches im Kampf gegen die Autokratie zur Seite zu stellen vermögen, was von den Delegierten auch mit "leidenschaftlichem Applaus" bedacht wurde (81). Indessen erklärte sich nur Novotoržskij in seiner Abhandlung etwas eingehender zum Judenproblem, indem er den Juden als einer Nationalität ohne Territorium die nationalkulturelle, nicht aber die Gebietsautonomie zuzubilligen bereit war, weil sie weder aus der Geschichte noch auf Grund ihres unvollständigen sozialen Organismus, innerhalb dessen die Bauern fehlten, einen anderen Anspruch auf nationale Selbstbestimmung erheben könnten (82).

Selbst auf dem außerordentlichen Parteikongreß der russischen Sozialrevolutionäre (12./25.-15./28. Februar 1907), auf dem immerhin die "Notwendigkeit eines detaillierten Meinungsaustausches zur nationalen Frage" konstatiert wurde (83), blieb es dem mit beratender Stimme anwesenden Delegierten der SERP überlassen, aus dieser Feststellung auch eine Konsequenz zu ziehen und den Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz "mehr oder weniger in ihrer sozialistischen Richtung gleichartiger Parteien" (84), d.h. angesichts der faktischen Trennung zwischen Sozialrevolutionismus und Sozialdemokratismus in Rußland nur der zu ersterem tendierenden Organisationen (85) zu unterbreiten. Auf ihr sollte die Frage der Autonomie, der Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms zur nationalen Frage und die Herstellung organisatorischer Beziehungen auf multinationaler Ebene zur Debatte gestellt werden. Da die Sozialrevolutionäre dem Vorschlag zustimmten (86), fand vom 16./29. April bis 20. April/3. Mai 1907 in Finnland eine "Konferenz nationaler sozialistischer Parteien Rußlands" statt. Teilnehmer waren neben der P.S.-R. und der SERP die PPS (revolutionäre Fraktion), die Belorusskaja revoljucionnaja gromada, die Georgische Partei der sozialistisch-föderalistischen Revolutionäre und die Armjanskaja revoljucionnaja federacija ("Daśnakcjutjun"), während ein Vertreter des Latyskiskij social-demokratičeskij sojuz erst zum Ende des Kongresses eintraf (87). Auch diese Konferenz zeitigte jedoch auf seiten der russischen Sozialrevolutionäre keine prinzipielle Änderung in ihrem "Unverhältnis" zum Nationalitätenproblem in Rußland.

Zwar verwies Gajdarov (Černov) in seiner Eröffnungsrede auf diese "akuteste Frage der gegenwärtigen sozialistischen Idee und Praxis", zugleich aber wartete er nur mit der bereits bekannten unverbindlichen Stereotype vom internationalen Sozialismus als dem zukünftigen Überwinder des bürgerlichen Nationalismus als Lösungsvorschlag auf (88). In seinem Grundsatzreferat zum Tagungsordnungspunkt "Sozialismus und nationale Frage" verlies er diesen abgesteckten theoretischen Rahmen ebenfalls nicht (89).

Seiner Auffassung nach besaßen konservative Parteien eine chauvinistische, liberale Parteien eine kosmopolitische und sozialistische Parteien eine internationalistische Einstellung zur nationalen Frage, wobei der Internationalismus als Antwort des Sozialismus die nationale Aneignung der allgemeinen sozialen Entwicklung der Menschheit förderte, während Kosmopolitismus und Chauvinismus das erstere bzw. das letztere ignorierten (90).

Kosmopolitische Tendenzen innerhalb der Sozialisten ließen sich nach Černov darauf zurückführen, daß man erstens die menschliche Kultur nach "Inhalt und Form" für gleichartig, zweitens sie allein von den ökonomischen Bedingungen, die im Kapitalismus überall gleich waren, als abhängig (Kautsky) und es drittens als bewiesen ansah, und dies war sicherlich in erster Linie auf die eigenen Parteigenossen bezogen, daß zwischen der Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit und derjenigen der Nationalität keinerlei Zusammenhang bestünde (91). Im Gegensatz dazu stand für ihn die Entwicklung der persönlichen und der nationalen Individualität in einer Wechselbeziehung; diese äußerte sich gerade darin, daß mit zunehmendem

Entwicklungsgrad bei einer menschlichen Persönlichkeit auch die Neigung zur Aufgabe der eigenen Nationalität, d.h. zur Assimilation geringer werde (92). Ferner könne keine Rede davon sein, daß der "allgemein-menschliche Fortschritt" die "Vernichtung der Nationalitäten" voraussetze; sei es doch das 19. Jahrhundert gewesen, das die "nationale Absonderung" der Völker dadurch beseitigt habe, daß sie ihrer nationalen Individualität einen "allgemeinmenschlichen Gehalt" gab und somit ihre politische und nationale Selbständigkeit zur historischen Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Menschheit machte, so daß eine Aufhebung der Nationalitäten im Laufe der Geschichte nur "als Prozeß der Entwicklung und Festigung der allgemeinmenschlichen Prinzipien innerhalb jeder Nationalität" vorstellbar sei (93). Aufgabe des Sozialismus sei es jedoch nicht, einen solchen Prozeß zu forcieren, sondern im Gegenteil die freie Entwicklung jeder Nationalität zu garantieren (94).

In diesem Zusammenhang betonte Černov, daß ein solches Streben der Nationalität nach Teilnahme am gesamt menschlichen Fortschritt durchaus mit dem Klassenkampf der Werktätigen vereinbar sei, zumal ihm in der Gegenwart eine "kulturelle Entwicklung der Menschheit ohne bestimmte nationale Formen" gar nicht vorstellbar schien (95).

In der an Černovs Referat anschließenden Debatte bildeten sich im wesentlichen zwei Gruppen heraus, die einerseits von den russischen Sozialrevolutionären und andererseits von den "Serpisty" angeführt wurden (96).

Die Sozialrevolutionäre vertraten in ihren Diskussionsbeiträgen im allgemeinen eine Auffassung, die sich grundsätzlich kaum von derjenigen der Sozialdemokraten gegenüber dem Nationalitätenproblem unterschied: Die realen Klassengegensätze und keinerlei nationale Ideale, die das gesellschaftliche Bewußtsein des werktätigen Volkes nur verdunkelten, sollten die Grundlage der sozialistischen Agitation sein, da nur die beiden Nationen: Ausbeuter und Ausgebeutete existierten (97). Aber im Gegensatz zu den Sozialdemokraten betrachtete man das Vorhandensein nationaler Besonderheiten als ein Faktum, dem auch innerhalb der eigenen Agitation Rechnung zu tragen sei (98). Bezogen auf die Nationalkultur bedeutete dies jedoch, daß man sie - ähnlich wie die Sozialdemokraten - bestenfalls negativ bestimmte, d.h. in ihrer Unterdrückung einen allgemeinen gesellschaftlichen Pressionsfaktor sah, der zur Stellungnahme zwingte (99).

Die "Serpisty" hingegen unterstrichen die Wechselbeziehung zwischen nationalem und sozialistischem Bewußtsein (100) und verwiesen auf die historische Tatsache des Nationalismus (101), der ihrer Auffassung nach innerhalb der sozialistischen Theorie und Praxis der einzelnen Staaten und Nationalitäten Differenzierungen zur Folge hatte (102), die aus den unterschiedlichen ökonomischen Bedingungen, denen diese gesellschaftlichen Organismen ausgesetzt seien, resultierten (103).

In seinem Schlußwort präzierte Černov seine Vorstellungen noch dahingehend, daß er im Anschluß an Žitlovskij (104) zwischen dem Inhalt und der

Form einer Nationalkultur unterschied und deren beider Bedeutung im Hinblick auf den allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt unterschiedlich einschätzte (105).

Der Inhalt der Nationalkultur, worunter er alle wissenschaftlichen, technischen, ökonomischen und sozialen Errungenschaften sowie rechtliche und ethische Normen zählte, unterlag für ihn immer mehr allgemeinmenschlichen Tendenzen; zugleich aber würden alle dem "nationalen Typ" spezifisch eigenen und keineswegs auf die gesamte Menschheit übertragbaren "psychophysiologischen" Elemente, wie "Poesie, Kunst, Religion und Philosophie, Sprache", in einem immer stärkeren Maße aktiviert, so daß jede Nationalität dort zu unterschiedlichen und unverwechselbaren "Schaffensformen", zu einem besonderen "geistig-sittlichen Typ", komme, der gerade durch die Beteiligung der Volksmassen an der kulturellen Entwicklung entscheidend mitbestimmt werde (106).

Für den Sozialismus konnte es zwischen Klassenkampf und einem solchen Nationalismus somit keinerlei Diskrepanzen geben; denn der Kampf der werktätigen Massen für den sozialen Fortschritt als dem Inhalt menschlichen Strebens fand immer zugleich innerhalb einer nationalen Kulturform seinen spezifischen Ausdruck, wobei es durchaus dazu kommen konnte, daß dort, wo ein Volk noch um seine nationale Unabhängigkeit kämpfen mußte, "widernatürliche" und "zeitweilige" Bündnisse auf Zeit zwischen dem Bürgertum und den werktätigen Massen unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Klassenantagonismus abgeschlossen würden (107).

Unter Berücksichtigung der Haltung der russischen Sozialrevolutionäre zum Nationalitätenproblem, wie sie auch auf dieser Konferenz zutage trat, war es nicht weiter verwunderlich, daß es dem "Serpisten" Borisov (Ratner) überlassen blieb, die praktischen Konsequenzen aus diesen allgemeinen Überlegungen Černovs zu ziehen (108).

Ausgangspunkt seines Referates "Über die territoriale und die nationale Autonomie" war das Faktum einer in Rußland existenten Unterdrückung der nichtrussischen Nationalitäten, auf die die Sozialisten nicht global, sondern jeweils nur speziell zu reagieren hätten (109).

Ratner sah im Gegensatz zu Černov durchaus die Gefahr einer durch die nationale Unterdrückung verursachten nationalen Solidarisierung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft bei Aufhebung ihres natürlichen Klassengegensatzes, so daß es für ihn zur selbstverständlichen Aufgabe eines Sozialisten gehörte, durch Herstellung gleichrangiger Beziehungen zwischen den Nationalitäten unter Wahrung ihrer nationalen Integrität die "künstliche Verkettung des nationalen und des Klassenkampfes" aufzulösen und somit das "nationale Moment" zu verselbständigen (110).

Dieses "nationale Moment", das bei Ratner nicht nur als bürgerlicher Nationalismus das historische Ergebnis kapitalistischer Produktionsverhältnisse, sondern in erster Linie das Merkmal der durch den Kapitalismus bedingten sozialen und kulturellen Emanzipation der Volksmassen war, in-

dividualisiere sich nur innerhalb nationaler Formen, d.h., wie es Werner Sombart (111) und Černov (112) formuliert hatten, als "nationale Typen der sozialen Bewegung" (113).

Indem jede Nationalität ihre eigene Wirtschaftsform, ihre eigenen Klassenverhältnisse und ihr eigenes, aus beiden abgeleitetes politisches System besaß, mußten diese nationalen Lebensformen zum konkreten Ausgangspunkt sozialistischer Agitation werden, weil für Ratner - im Gegensatz zu den russischen Sozialrevolutionären und selbst zu Černov - unter den gegebenen historischen Bedingungen die nationalen Befreiungsbewegungen unter den Völkern Rußlands selbst einen originären revolutionären Prozeß darstellten, dessen Grundtendenzen die Dezentralisation, die Autonomie und überhaupt die Selbstverwaltung bildeten (114).

Im folgenden wiederholte Ratner nur die bekannten Auffassungen der SERP von der konkreten Lösung des Nationalitätenproblems auf der Basis der öffentlich-rechtlichen Anerkennung der exterritorialen nationalen Autonomie für jede Nationalität Rußlands, die neben kulturellen auch "ökonomischen und politischen Charakter" haben solle, so daß einem solchen Nationalitätsbegriff die "Gesamtheit aller kulturellen, ökonomischen und politischen Besonderheiten" zugrunde liege (115). Ein "Allheilmittel" zur Beilegung des Nationalitätenhaders und zur Organisierung des sozialen Lebens der einzelnen Nationalitäten im nachrevolutionären Rußland stellte diese nationale Autonomie im öffentlich-rechtlichen Verbund mit allgemeinstaatlichen und Gebietsinstitutionen für Ratner jedoch nach wie vor nicht dar, da hierzu letztlich ein eigenes Territorium für jede der Nationalitäten die historische Voraussetzung sei, aber sie bleibe für die Gegenwart das einzig wirksame "Korrektiv" zur Wahrung der Interessen nationaler Minderheiten (116).

Richtete auch Ratner im Schlußteil seiner Rede an die Delegierten der Konferenz den eindringlichen Appell, auf dieser konkreten Grundlage nun endlich mit den "schablonenhaften allgemeinen Gesprächen über Korrekative" aufzuhören (117), so bewiesen die anschließenden Diskussionsbeiträge einmal mehr, daß in der Sache keinerlei Fortschritte zu erzielen waren (118).

Während die russischen Sozialrevolutionäre indirekt, die PPS (revolutionäre Fraktion) und auch die Georgische Partei der sozialistisch-föderalistischen Revolutionäre direkt als Angehörige der herrschenden Nationalität bzw. solcher Nationalitäten, die ein eigenes abgeschlossenes Territorium besaßen, weiterhin eine territoriale Lösung der Nationalitätenfrage für Rußland favorisierten, sprachen sich SERP, Belorusskaja revoljucionnaja gromada und "Dašnakcjutjun" als Angehörige von Nationalitäten, die entweder über gar kein oder nur über ein umstrittenes Territorium verfügten, für eine nationale Autonomie auf der Grundlage des Personalitätsprinzips aus (119), so daß Ratner in seinem Schlußwort treffend feststellen konnte, daß der Grad der Zustimmung zum Projekt der SERP bei den Vertretern der anwesenden revolutionären Parteien der nichtrussischen Nationalitäten davon abhängе, inwieweit sie sich eine reale Möglichkeit zur territorialen Lösung ihrer eigenen nationalen Frage auszurechnen könn-

ten, während die russischen Sozialrevolutionäre dem gesamten Nationalitätenproblem mit dem Unverständnis und der Überlegenheit des Nichtbetroffenen gegenüberstünden (120).

Ausgangspunkt prinzipieller Überlegungen der Delegierten der P.S.-R. blieb das Territorium und nicht die Nationalität; war doch für sie ein soziales Leben der Menschheit unter öffentlich-rechtlichen Normen nur in Verbindung mit ersterem denkbar (121), ohne daß innerhalb einer solchen territorialen Autonomie dem nationalen Moment politische Relevanz beigemessen wurde (122). Selbst dort, wo anerkannt wurde, daß der Einzelmensch nicht nur einem Territorium, sondern auch einer Nationalität angehöre und letzterer gegenüber ihren Angehörigen durchaus administrative Vollmachten zugebilligt wurden, orientierte man sich dennoch am Territorium und, soweit es sich um Gebiete handelte, die von mehreren Nationalitäten bewohnt wurden, eher an der einzelnen autonomen Gemeinde als an nationalen Sejms im Sinne der SERP (123).

Die territoriale nationale Autonomie mit öffentlich-rechtlichem Zwangscharakter und personale nationale Bünde auf freiwilliger Basis lösten in den Augen der russischen Sozialrevolutionäre im Hinblick auf Klassenkampf und Sozialismus die nationalen Aufgaben der Arbeiterschaft vollständig, ohne daß damit die Nationalitätenfrage als Ideologie-Problem überhaupt akzeptiert wurde; denn ihre politischen und ökonomischen Momente sah man allein am Territorialen und an den Menschen im allgemeinen fixiert, während ihr kulturelles Moment, daß man mit dem Nationalen identifizierte, weiterhin zu einer Akzidens des sozialen Lebens der Menschheit reduziert blieb (124).

Die "Serpisty" hingegen sahen von ihrem Standpunkt der ausschließlichen Bindung des Einzelmenschen an die Nationalität als dem jeweiligen Rahmen eines spezifischen sozialen Organismus der Menschheit in der territorialen Lösung des Nationalitätenproblems für Rußland nur die zukünftige Gefahr eines forcierten Antagonismus zwischen den Nationalitäten auf Kosten einer weiteren Verdeckung der Klassengegensätze (125), wobei man mit Recht darauf hinwies, daß es doch zunächst einmal um die Errichtung einer bürgerlichen und nicht einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gehe (126). Im Zeitalter der bürgerlichen Nationalstaatsidee löste ihrer Ansicht nach die territoriale nationale Autonomie die Frage nationaler Minderheiten nicht, so daß die Errichtung nationaler Bünde mit öffentlich-rechtlichem Zwangscharakter auf der Grundlage des Personalitätsprinzips nicht, wie von sozialrevolutionärer Seite behauptet werde (127), die nationale Frage zuspitze, sondern - im Einklang mit den historischen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und im Gegensatz zu den bourgeoisen Vorstellungen, die die politische Vereinigung von Nationalitäten auf "Manchester-Art" betrieb - den proletarischen Interessen entspreche, die darauf gerichtet seien, die Klassensolidarität der Arbeiter aller Nationalitäten innerhalb Rußlands herzustellen und gleichzeitig die nationalen Belange der Arbeiterschaft jeder einzelnen der Nationalitäten zu schützen (128).

Die auf der Konferenz verabschiedeten Resolutionen verdeutlichten noch einmal Gemeinsamkeiten und Diskrepanzen in der Nationalitätenfrage zwischen den anwesenden Parteien (129).

Über die Notwendigkeit einer Garantie der Rechte nationaler Minoritäten - zumindest insoweit sie den Erfordernissen des Klassenkampfes entsprachen - gab es keinerlei Meinungsverschiedenheiten (130).

An der Frage der Autonomie jedoch schieden sich die Geister. Einstimmig wurde allein der unverbindlich und allgemein gehaltene Resolutionsentwurf Stellers (P.S. -R.) angenommen, der die nationale Autonomie auf der Grundlage des Personalitätsprinzips im Hinblick auf Rußland zwar theoretisch für geeignet hielt, zugleich aber feststellte, "daß diese Frage gegenwärtig noch nicht völlig das Gebiet der Diskussionen verlassen habe", und deshalb ihre weitere Abklärung "sowohl auf Versammlungen als auch in der Parteiliteratur" empfahl (131).

Bei Stimmenthaltung der P.S. -R. und der PPS (revolutionäre Fraktion) wurde darüber hinaus von den übrigen vier Organisationen eine von Černov formulierte weitergehende Resolution angenommen, in der unzweideutig ausgesagt wurde, daß nur eine solche Autonomie imstande sei, die Nationalitätenfrage in Rußland vollständig zu lösen und dadurch die Arbeiter aller Nationalitäten endgültig aus jedweder nationalen Solidarität mit dem eigenen Bürgertum herauszureißen (132).

Außer dieser grundsätzlichen Zustimmung enthielt die zweite Resolution jedoch keinerlei konkrete Aussagen über Aufbau und Kompetenzen derartiger extritoritorialer nationaler Bünde mit öffentlich-rechtlichem Zwangscharakter bzw. über ihre Abgrenzung gegenüber den Kompetenzen der örtlichen und der Gebietsselbstverwaltung einerseits und denjenigen der gesamtstaatlichen Institutionen andererseits (133). Dies alles sollte im Zusammenhang mit den Fragen des gemeinsamen Klassenkampfes der Arbeiterschaft aller Nationalitäten Rußlands ebenfalls erst in der Parteipresse erörtert werden (134).

Weitere Resolutionen befaßten sich mit der Notwendigkeit einer "periodischen Einberufung" von Kongressen der nationalen sozialistischen Parteien Rußlands, die "zumindest einmal im Jahr" erfolgen sollten (135), mit der Einrichtung eines "ständigen Sekretariats für nationale sozialistische Fragen", das sich u.a. mit der "Herausgabe eines Organs zur Erörterung der nationalen Frage vom sozialistischen Standpunkt aus" zu befassen hatte (136) und mit dem Auftrag an die Duma-Abgeordneten der russischen Sozialrevolutionäre zur Erarbeitung einer Gesetzesinitiative in bezug auf die Fragen der "Gebiets- und nationalen Autonomie" (137).

Von allen diesen Vorhaben wurde außer der Wahl des Sekretariats, das sich allerdings bald darauf wieder auflöste, nichts realisiert (138). Selbst die Erörterung der Nationalitätenfrage auf Versammlungen oder in der Parteipresse der russischen Sozialrevolutionäre sollte erst nach 1910 wieder einsetzen (139).

3. Die offizielle Forderung des "Bund" nach national-kultureller Autonomie für die Juden Rußlands

Die Aktivitäten des "Bund" als der größten und einflußreichsten jüdischen Organisation in der "čerta osedlosti" während der revolutionären Ereignisse im Russischen Reich vermittelten von Anfang an das Bild einer streng nach den Regeln des revolutionären Sozialdemokratismus ausgerichteten Partei, die zu taktischen Zugeständnissen an die jeweilige politische Situation nur insoweit bereit war, als die prinzipiellen Momente der eigenen Ideologie nicht in Frage gestellt wurden.

Aus diesem Grunde konnte für den "Bund" auch eine Beteiligung an der auf die Initiative der Finnländischen Partei des aktiven Widerstands zurückgehenden Pariser Konferenz nicht in Frage kommen; vielmehr traf er mit anderen sozialdemokratischen Organisationen Rußlands am Rande des Internationalen Sozialisten-Kongresses in Amsterdam (August 1904) eine Absprache über deren Boykott (1).

Die in diesem Zusammenhang abgegebenen offiziellen Stellungnahmen des ZK des "Bund" ließen deutlich erkennen, daß man nicht um jeden Preis gewillt war, die selbstgewählte Isolation aufzugeben (2). Zwar hielt man es prinzipiell für notwendig, jegliche oppositionelle und revolutionäre Bewegung gegen die Autokratie zu unterstützen, aber diese Bereitschaft erstreckte sich nicht auf die Zusammenarbeit mit Organisationen, die den revolutionären Kampf weder bis zur völligen Demokratisierung Rußlands noch als Klassenkampf der gesamten Arbeiterschaft dieses Staates zu führen gewillt waren (3).

Diese eindeutige theoretische und praktische Abgrenzung gegenüber dem Liberalismus wie auch gegenüber revolutionären Organisationen der nichtrussischen Nationalitäten ohne sozialdemokratischen Charakter vor dem Ausbruch der Revolution steckte einen taktischen Rahmen ab, den man auch in der Folgezeit nicht verließ.

Bereits in der Periode der Bankette gab man darüber hinaus erkennen, daß man nach wie vor nicht gewillt sei, die auf dem IV. Kongreß (1901) eingeschlagene politische Linie aufzugeben, obgleich man auch weiterhin die Forderung nach nationalkultureller Autonomie nicht offiziell erhob (4).

Die als unmittelbar bevorstehend angesehene politische Realität eines von der Autokratie nicht mehr verfälschten offenen Klassenkampfes zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, in dem die bürgerliche Klasse Rußlands in bezug auf ihren Klassengegner keinerlei nationale Differenzierungen treffen werde, und der gleichzeitig vor dem Ausbruch stehende ungehinderte Kampf des Bürgertums jeder einzelnen Nationalität um die "ökonomische Vorherrschaft" ließen das ZK des "Bund" zu der Ansicht kommen, daß im Kampf um die politische Nachfolge der Selbstherrschaft jene Klasse als Sieger hervorgehe, die die meisten politischen Rechte auf sich vereinigen könne (5). Die Arbeiterschaft Rußlands bestehe diese Auseinandersetzung nur dann erfolgreich, wenn es ihr gelinge, die bürgerliche und die nationale

Gleichberechtigung aller Arbeiter in die Tat umzusetzen (6). Hierfür reiche allerdings die von Sozialdemokraten wie Liberalen gleichermaßen aufgestellte Formel von der bürgerlichen und nationalen Gleichberechtigung nicht aus. Die einzelnen Nationalitäten müßten selbst dafür sorgen, daß die politische Reaktion diese Rechte nicht wieder beseitige (7).

Da aber - so argumentierte der "Bund" weiter - im Gegensatz zum russischen das jüdische Bürgertum auch jetzt noch nicht mit politischen Forderungen gegenüber der Autokratie hervortrete, sondern weiterhin ihren zionistischen Träumereien nachhänge, bleibe es der jüdischen Arbeiterklasse allein überlassen, die für den allgemeinen Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie notwendige politische Freiheit für die jüdische Nationalität zu erringen, für die die bürgerliche Gleichberechtigung nicht genüge; denn erst die Befriedigung ihrer spezifischen nationalen Bedürfnisse befreie die jüdischen Arbeiter von allen für die Entwicklung des eigenen Klassenbewußtseins schädlichen nationalistischen Tendenzen, und setze sie dadurch den Arbeitern der herrschenden russischen Nationalität gleich (8).

Konkreter Ausgangspunkt für die Erlangung der nationalen Gleichberechtigung mußte jedoch in den Augen des "Bund" nach wie vor die öffentlich-rechtliche Garantie der "Freiheit der kulturellen Entwicklung" durch "entsprechende Institutionen" des Gesamtstaates und der örtlichen Selbstverwaltung sowie der uneingeschränkte Gebrauch der Muttersprache "in allen staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen" sein (9).

Es lag somit auf der Hand, daß der "Bund" im Augenblick des unmittelbar bevorstehenden Sturzes der Autokratie alles daransetzen würde, um innerhalb des erwarteten ungehemmten Klassen- und Nationalitätenkampfes die Solidarität des gesamten Proletariats Rußlands unter Berücksichtigung dieser spezifischen nationalen Forderungen im Rahmen des zukünftigen demokratischen Gesamtstaates sicherzustellen.

Im Januar 1905 kam es auf Initiative des ZK des "Bund" in Riga zu einer zweiten Konferenz verschiedener sozialdemokratischer Organisationen (10).

Diese Konferenz, die seitens des "Bund" "als erster Schritt auf dem Wege zur tatsächlichen Vereinigung der bewußten Proletarier aller Nationalitäten Rußlands" (11) verstanden wurde, strebte als unmittelbares Ziel die gegenseitige Abstimmung der revolutionären Aktionen der einzelnen Parteien insbesondere in der "čerta osedlosti" durch ein gemeinsames Zentrum unter Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit an (12). Unmißverständlich machte der "Bund" in diesem Zusammenhang seine Führungsrolle in diesem Gebiet geltend; denn als einzige schlagkräftige sozialdemokratische Organisation Rußlands war er von Anfang an in der Lage gewesen, die nach dem "Blutigen Sonntag" im ganzen Lande ausbrechenden spontanen Streiks in seinem Tätigkeitsgebiet unter Kontrolle zu bringen (13).

Nicht nur die beiden auf der Konferenz verabschiedeten Resolutionen, die im Interesse des gemeinsamen politischen Kampfes gegen die Autokratie "koordinierte Aktionen" mit den bürgerlichen Parteien zur Einberufung

einer Konstituante unter Wahrung des Klassenstandpunkts und der organisatorischen Selbständigkeit der Arbeiterschaft befürworteten und die gleichzeitig noch einmal die negative Einstellung der sozialdemokratischen Organisationen gegenüber dem Pariser "Block" unterstrichen (14), trugen dabei maßgeblich die Handschrift des "Bund", sondern auch die Proklamation "K proletariatu vsej Rossii!", in der in Verbindung mit der Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung für Rußland u.a. die "weiteste örtliche Selbstverwaltung", die "territoriale Selbstverwaltung für diejenigen Gebiete, die sich durch besondere Lebensbedingungen und Bevölkerungs- zusammensetzung auszeichnen" und die "gesetzlich garantierte Freiheit der kulturellen Entwicklung für jede Nationalität" bei gleichzeitiger "Abschaffung aller Ausnahmegesetze gegen einzelne Nationalitäten" und Zulassung des unbeschränkten Gebrauchs der Muttersprache verlangt wurden (15).

Im Vergleich zu den entsprechenden Paragraphen des Parteiprogramms der RSDRP (§§ 3 und 8) wurde hier die politische Selbstverwaltung der Randgebiete Rußlands und die nationalkulturelle Autonomie der Nationalitäten als demokratische Alternative zum autokratischen Einheitsstaat gefordert, und es bleibt festzuhalten, daß das damalige menschowistische ZK der RSDRP diesem Aufruf ebenfalls zustimmte (16).

Als der "Bund" auf seiner VI. Konferenz in Dvinsk (11. 24. Februar-17. Februar 2. März 1905) die Januar-Ereignisse bilanzierte, zeigten seine im Anschluß daran angestellten theoretischen und taktischen Überlegungen, die in verschiedenen Resolutionen ihren konkreten Niederschlag fanden, daß man nicht gewillt war, die aus der organisatorischen Schwäche der RSDRP in der "čerta osedlosti" resultierende faktische sozialdemokratische Alleinvertretung des "Bund" zu relativieren, sondern man bemühte sich bewußt um eine nationale sozialdemokratische Politik (17).

Die den Resolutionen zugrunde liegende Strategie, die bis zum VI. Kongreß des "Bund" im Oktober 1905 strikt durchgehalten wurde, bewies indirekt, daß man das Prinzip der nationalkulturellen Autonomie zum selbstverständlichen Ausgangspunkt aller weiteren Parteiarbeit machte: denn alle agitatorischen und propagandistischen Überlegungen nahmen ausschließlich auf das jüdische Proletariat (18) und die jüdische Bourgeoisie (19) Bezug. Darüber hinaus warb man intensiv gerade um den Teil der jüdischen Arbeiterschaft, der in den polnischen Gebieten und im Süden Rußlands durchaus auch den dort vorhandenen polnischen bzw. russischen sozialdemokratischen Ortskomitees hätte beitreten können (20), während man die nichtjüdischen Arbeiter im Kerngebiet der "čerta osedlosti" zwar als ein Objekt sozialdemokratischer Arbeit betrachtete, zugleich aber zu vermeiden bemüht war, daß durch organisatorische Eingliederung dieser Arbeiter in den "Bund" beim Erstarken der RSDRP praktische Ansatzpunkte zur Nivellierung der eigenen Partei zu einer Gebietsorganisation der RSDRP geschaffen wurden (21).

Die praktische Zusammenarbeit mit den übrigen sozialdemokratischen Organisationen Rußlands sollte sich allein auf der Grundlage der Ergebnisse der Januar-Konferenz vollziehen. Das bedeutete konkret, daß man seitens des

"Bund" nicht gewillt war, mit sozialdemokratischen Parteien zusammenzuarbeiten, deren "spezielles Ziel" die Zertrümmerung einer selbständigen jüdischen Arbeiterbewegung war, wenn nicht die revolutionäre Situation eine Aktionseinheit aller sozialdemokratischen Organisationen notwendig machte, während man mit den übrigen "revolutionären Organisationen" den gemeinsamen Kampf gegen die Autokratie weiterhin nur dann bei gleichzeitiger prinzipieller Abgrenzung zeitweilig zu koordinieren bereit war, wenn diese die Einberufung einer Konstituante befürworteten (22). Die negative Einstellung des "Bund" gegenüber der durch den Popen Gapon nach Paris einberufenen Konferenz russischer revolutionärer Parteien (April 1905) (23) sowie die eigene aktive Beteiligung an der Konferenz sozialdemokratischer Organisationen in Riga (September 1905) (24) lagen ganz auf der Linie dieser Resolutionen.

In seiner nationalen Politik sah sich der "Bund" durch die Entwicklung innerhalb des russischen Judentums während des Jahres 1905 weitgehend bestätigt. War man "damals völlig allein" gewesen, als man auf dem IV. Kongreß (1901) das Prinzip der nationalen Autonomie für die Juden Rußlands theoretisch anerkannte, so konnte man nun mit Genugtuung feststellen, daß diese Formel zur "aktuellen politischen Lösung" der jüdischen Bourgeoisie geworden sei (25).

Indem man dem Faktum, daß sich die oppositionellen und radikalen Kräfte des jüdischen Bürgertums in dieser Frage auf die Seite des "Bund" schlugen, "symptomatische Bedeutung" beimaß, nahm man allerdings davon Abstand, dem jüdischen Liberalismus eine eigenständige politische Rolle zuzubilligen oder gar eine nationale Solidarität zu konstatieren; ging es doch allein um das Erbringen des Nachweises gesellschaftlicher Bewegungen im Judentum selbst (26).

Es war deshalb nur konsequent, daß man die Gründung einer bürgerlichen jüdischen Partei wie der "Evrejskaja demokratičeskaja gruppā" als "Geburt einer jüdischen bourgeoisen Demokratie" und als Beendigung der apolitischen Haltung des jüdischen Bürgertums begrüßte, weil man von nun an überzeugt war, daß der Zionismus als Ausdruck einer gesellschaftlich indifferenten Ghettonmentalität endgültig historisch bedingten politischen Formen bourgeoisen Denkens und Handelns gewichen sei (27).

Die politische Wandlung im russischen Zionismus und selbst seine sozialistischen Gruppierungen wurden in diesem Zusammenhang nur als ein unaufgeklärter Versuch zur Verhinderung dieses historisch notwendigen sozialen Differenzierungsprozesses innerhalb des Judentums betrachtet, der letztlich nur immer stärker den bürgerlichen Charakter dieser Bewegung offenbare, während das ebenfalls beanspruchte proletarische Element zu einer fiktiven Größe reduziert werde; denn in Wahrheit verbarg sich für den "Bund" hinter der allmählichen politischen Konkretisierung der zionistischen Utopien nur ein kleinbürgerlicher Nationalismus (28).

Die nunmehrige Existenz einer Klassenpartei der jüdischen Bourgeoisie,

wie sie die "Evrejskaja demokratičeskaja gruppa" darstelle, bewies jedoch nach Auffassung des "Bund", daß die ideologische Trennung zwischen der bourgeoisen und der proletarischen Sphäre innerhalb des Judentums bereits zu einem Faktum geworden sei, so daß auf Grund dieses fortgeschrittenen sozialen Differenzierungsprozesses für den "Bund" selbst nur noch sehr geringe politische Einwirkungsmöglichkeiten auf dieses politisierte jüdische Bürgertum bestünden (29).

Bei aller prinzipiellen Abgrenzung derartiger politischer Organisationen, deren Vorhandensein man innerhalb des "Bund" mit Erleichterung registrierte (30), weil man von nun an statt der stickigen Luft des Zionismus die schneidende Kälte des Klassenfeindes zu spüren glaubte, womit der Klassenantagonismus im Judentum seine dialektische Schärfe auch in der Realität anzunehmen versprach, fühlte man sich dennoch als Geburtshelfer des bürgerlichen jüdischen Selbstverständnisses und hoffte deshalb noch über die von der russischen Sozialdemokratie (Plechanov, Lenin) angemaßte proletarische Hegemonialstellung über die Bourgeoisie Rußlands hinaus eine direkte ideologische Abhängigkeit des jüdischen Bürgertums von den nationalen Vorstellungen des "Bund" konstruieren zu können, die die Befreiung der jüdischen Bourgeoisie von ihrer Assimilationsmentalität und die Entwicklung ihres nationaljüdischen Bewußtseins im Rahmen des russischen Staates zur eigenen historischen Aufgabe deklarierte (31).

Erkenne das jüdische Bürgertum schon den freien Gebrauch des Jiddischen und spezifische Formen einer jüdischen Nationalkultur als ein notwendiges nationales Bedürfnis an, wodurch es das jüdische Element politisiere, dann müsse es jetzt als zweites begreifen lernen, daß die jüdische Frage wie jede andere nationale Frage, etwa die polnische oder die litauische, nicht allein durch die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden als Individuen, sondern nur in Verbindung mit der gleichzeitigen öffentlich-rechtlichen Garantie ihrer Freiheit als Nationalität zu lösen sei und auch danach handeln (32). Aufgabe des "Bund" war es dabei, darüber zu wachen, daß die jüdische Bourgeoisie dieser Forderung nach nationalkultureller Autonomie nicht ihre politische Brisanz nehme, indem sie sie entweder zur bloßen Privatangelegenheit der Juden innerhalb eines freiwilligen nationalen Bundes zu reduzieren versuche (33) oder sie nur an die einzelnen jüdischen Gemeinden binden wolle (34).

Als Beweis für die Tatsache, daß liberale bürgerliche Kreise innerhalb der Juden nunmehr ihr ausschließlich auf das Kapital ausgerichtetes Klassenbewußtsein durch ein nationales Selbstverständnis zu überhöhen trachteten, wertete man seitens des "Bund" u. a. die Tatsache, daß man dort in die "Duma" "keine jüdischen Deputierten, sondern deputierte Juden" entsenden wollte. Dies beinhaltete aber - nach bundistischer Auffassung - die Aufgabe der nationalen Solidarität mit dem gesamten Judentum zugunsten der eigenen bürgerlichen Klasseninteressen. Im Gegensatz dazu vertrete die jüdische Sozialdemokratie mit den Interessen der eigenen Arbeiterklasse auch die der gesamten Nationalität. Indem es hier aber in erster Linie darum gehe, die politische Rechtlosigkeit der Klasse und nicht der Natio-

nalität zu bekämpfen, müsse man hier unter umgekehrten Vorzeichen darüber wachen, daß nationale Parolen den Klassenstandpunkt nicht verdunkeln (35).

Eine von allen zionistischen Beimengungen gereinigte klassenbewußte jüdische Bourgeoisie rechtfertigte in den Augen des "Bund" durch ihre Beteiligung an der oppositionellen und revolutionären Bewegung gegen die Autokratie (36) im Hinblick auf ein zukünftiges demokratisches Rußland die Forderung nach Anerkennung einer jüdischen Nationalität und dadurch auch die organisatorische Eigenständigkeit des jüdischen Proletariats. Ihre Unterstützung der Forderung nach nationalkultureller Autonomie signalisiere zugleich die Wendung zum politischen Realismus; denn der Verzicht auf den Territorialismus als dem "Herrschaftsprinzip" der bürgerlichen Klasse einer herrschenden Nationalität beinhalte die Abkehr von der Jagd des Zionismus nach einem "leblosen Phantom" (37).

Auf dem VI. Kongreß des "Bund" in Zürich (13. -22. Oktober 1905) erweiterte man das eigene nationale Programm nun auch offiziell durch die Forderung nach nationalkultureller Autonomie (38). Den seit dem IV. Kongreß (1901) vorgebrachten Argumenten zu diesem Problemkomplex wurden dabei keine neuen hinzugefügt (39). An der Resolution selbst ist vor allem ihr hoher Abstraktionsgrad bemerkenswert, der nur sehr schwer einen konkreten Bezugspunkt zu den revolutionären Ereignissen wie überhaupt zur russischen Wirklichkeit erkennen läßt.

Indem man von der allgemeinen Feststellung ausging, daß die nationale Unterdrückung die gesellschaftliche Emanzipation der Arbeiterklasse verhindere und somit dem proletarischen Klassenkampf schade, verlangte man von der Sozialdemokratie innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung neben dem Kampf für ein dort mögliches Höchstmaß an sozialer Gleichheit mit derselben Intensität auch denjenigen nach nationaler Freiheit, obgleich man sich nach wie vor bewußt war, daß jegliche soziale und auch nationale Herrschaft erst durch den Sozialismus beseitigt werden würde (40).

Da in einem Nationalitätenstaat wie Rußland, in dem eine "territoriale Abgrenzung" der einzelnen Nationalitäten nicht zuletzt durch die erhöhte Mobilität der Arbeiter (Binnenwanderung) auf Grund der ökonomischen und sozialen Folgen der Entwicklung des Kapitalismus immer unmöglicher wurde (41), ein solches Maximum an Garantien für die nationale Freiheit durch eine "allgemeine Demokratisierung des Staatssystems" und die in diesem Zusammenhang üblichen verfassungsrechtlichen Zusicherungen an bürgerlicher und nationaler Gleichberechtigung nicht erreichbar sei, forderte man zusätzliche öffentlich-rechtliche Absicherungen der freien kulturellen Entwicklung jeder Nationalität durch die "exterritoriale Form der national-kulturellen Autonomie" (42).

Im bezug auf die Juden Rußlands verlangte der VI. Kongreß aus diesem Grunde neben der "völligen bürgerlichen und politischen Gleichberechtigung" und der "gesetzlich garantierten Möglichkeit des Gebrauchs der Muttersprache"

vor Gericht und in allen öffentlichen Einrichtungen nun auch eine aus der Kompetenz des Gesamtstaates und der örtlichen sowie der Gebiets selbstverwaltung herausgelöste und der Verwaltung der einzelnen Nationalitäten direkt übertragene "nationalkulturelle Autonomie" in "Fragen der Kultur (Volksbildung u. a.)" mit entsprechenden örtlichen und zentralen Institutionen, wobei allerdings "die Pflicht der Elementarbildung, der weltliche Charakter des Unterrichts u. a. und die Kontrollrechte zur Einhaltung dieser Normen" von der "zentralen Gesetzgebungsmacht" in einer für alle Nationalitäten Rußlands gleichermaßen verbindlichen Weise wahrgenommen werden sollten (43).

Die Frage, warum der VI. Kongreß erst jetzt "in Übereinstimmung mit der allgemeinen Position" (44) des IV. Kongresses (1901) die nationalkulturelle Autonomie offiziell forderte, läßt sich vordergründig mit den zum damaligen Zeitpunkt noch vorhandenen Widerständen in den eigenen Reihen, mit dem taktischen Lavieren innerhalb des Spannungsfeldes zwischen den von außen an die jüdische Sozialdemokratie herangetragenen Assimilationsforderungen ("Iskra") und dem Zionismus innerhalb des Judentums selbst in der Folgezeit und nicht zuletzt mit dem Hinweis auf die bis zum Januar 1905 überhaupt nicht gegebene politische Möglichkeit zur Realisierung einer solchen Forderung beantworten (45).

Schwieriger gestaltet sich die Suche nach einer konkreten Rechtfertigung für die bloße Identifizierung des Begriffes der nationalkulturellen Autonomie mit den formalen Elementen der Sprache und der Bildung angesichts der bedeutend weitergehenden Interpretation innerhalb der jüdischen Sozialisten selbst, wie sie vor allem von der SERP gegeben wurde,

Die SERP bemerkte im Hinblick auf die betreffenden Resolutionen des IV. und des VI. Kongresses des "Bund" zu Recht eine Konkretisierung des Nationalitätenproblems, die von der Sorge, daß der Nationalismus im allgemeinen das Klassenbewußtsein des Proletariats überlagern könne, ebenso wie von der Einsicht getragen sei, daß die nationale Unterdrückung den sozialen Emanzipationsprozeß innerhalb der Arbeiterklasse der einzelnen Nationalitäten aufhalte. Zugleich wurde auch das wichtigste Moment im Verhältnis des "Bund" zu dieser Frage aufgezeigt, nämlich die am orthodoxen Marxismus weiterhin konsequent orientierte theoretische Ausgangsposition, wonach es sich beim Nationalismus um eine politische Erscheinungsform des Kapitalismus handle, die vom Standpunkt des Proletariats nur unter der Berücksichtigung der sozialdemokratischen Prinzipien des Internationalismus und des Klassenkampfes bewältigt werden dürfe (46)

Um aber dies leisten zu können, mußte die innerhalb der internationalen Sozialdemokratie nach Ansicht des "Bund" fast unreflektiert vertretene These widerlegt werden, daß auch in einem Nationalitätenstaat wie Rußland die nivellierenden ökonomischen, sozialen und politischen Tendenzen des Kapitalismus in derselben Weise wie in Westeuropa mit historischer Notwendigkeit eine national homogene Bevölkerung schaffen würden, nur daß für eine Übergangsphase unter Umständen starke Nationalitäten (Polen) aus dem

Staat herausbrechen bzw. sich zunächst eine Föderation aus derartigen Nationalitäten (Polen, Letten, Kaukasier, Russen) bilden könne. Es galt dabei insbesondere der daran anschließenden Auffassung entgegenzutreten, daß die Assimilation der mit diesen starken Nationalitäten auf ein und demselben Gebiet lebenden nationalen Minderheiten auf Grund der ökonomischen Schwäche der letzteren im Einklang mit dem historischen Fortschritt sei und deshalb auch für deren kulturelle Entwicklung vor der Geschichte keinerlei Berechtigung mehr bestünde; wurde doch dem Personalitätsprinzip gegenüber dem Territorialitätsprinzip im Hinblick auf ein vom Zarismus befreites Rußland bzw. Polen dadurch von Anfang an keine politische Relevanz zuerkannt (47).

Seitens des "Bund" führte Kossovskij gegen dieses den herrschenden Nationalitäten allein günstige Vorurteil ins Feld, daß die Nationalstaatsidee nicht notwendigerweise die einzige politische Komponente zu den ökonomischen Erfordernissen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse darstelle, sondern daß diese in Wahrheit einen "zweifachen Prozeß" in Gang setzten, der einerseits zwar eine Nivellierung der ökonomischen und politischen Unterschiede innerhalb des historisch vorgegebenen Staates und somit auch eine Aufhebung territorialer Isolierungen und eine daraus resultierende Vermischung der Nationalitäten untereinander mit sich bringe, andererseits aber auch innerhalb der Volksmassen selbst wiederum ein nationales Selbstverständnis in Verbindung mit dem Streben nach politischer Freiheit auf der Grundlage der Volkssouveränität erzeuge (48). Für Kossovskij ergab sich aus diesen beiden Prämissen die Schlußfolgerung, daß der Kapitalismus die "Nation als politische Kategorie" beseitige, indem er das Territorialitätsprinzip und in seiner Nachfolge auch jeglichen staatlichen Separatismus zerschlage, zugleich aber die Nation als eine vom Territorium unabhängige "kulturpsychologische Kategorie" neu schaffe (49).

Den Beweis für die historische Wirksamkeit der ersten politischen Komponente des Kapitalismus in Rußland erbrachte für Kossovskij der Verzicht der PPS auf die Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit Polens im Laufe des Jahres 1905, während die politische Realität der zweiten Komponente durch das gleichzeitige Aufkommen nationaler Bewegungen unter den Nationalitäten Rußlands, wie den Litauern und Juden, bewiesen werde (50).

Vom proletarischen Klassenstandpunkt aus betrachtet, hatte dieser politischer Doppelleffekt der ökonomischen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in einem Nationalitätenstaat wie Rußland nach Kossovskij zum Ergebnis, daß die hieraus resultierenden zentralisierenden Tendenzen mit ihrer auf dem Territorialitätsprinzip beruhenden Nationalstaatsidee allein den bürgerlichen Interessen entsprachen, die differenzierenden Tendenzen hingegen mit den Klasseninteressen der Arbeiterschaft konform gingen (51). Stimmte jedoch die Arbeiterklasse Rußlands mit den "Interessen einer abstrakten ökonomischen Entwicklung" überein, indem sie das westeuropäische Nationalitätsprinzip automatisch zur Maxime ihres politischen Handelns machte, so stellte sie sich aus der Sicht Kossovskijs ihrem

eigenen Klassenauftrag entgegen und identifizierte sich statt dessen mit dem Klassenstandpunkt der Bourgeoisie (52).

Da Rußland aber nur durch eine "weitgehende Dezentralisierung unter der Bedingung einer umfassenden Selbstverwaltung für die Territorien (Polen, Litauen, Baltikum, Kaukasus u.a.)" überhaupt zu verwalten sei, andererseits aber die Nationalitäten dort zumeist in Gemengelage existierten, so daß Territorium und Nationalität nirgends identisch seien, garantierte für Kossovskij rechtlich allein das Personalitätsprinzip in der theoretischen Konzeption Karl Renners eine "freie kulturelle Entwicklung" und ein "friedliches Zusammenleben" aller Nationalitäten (53). Für den "Bund" bedeute dies freilich noch nicht, daß dieses Prinzip der exterritorialen nationalkulturellen Autonomie eine spezifisch proletarische Forderung darstelle, sondern es bilde, vom "konsequent demokratischen Standpunkt" aus betrachtet, nur die "beste Antwort" auf die nationale Frage innerhalb eines bürgerlichen Nationalitätenstaates, so daß sie natürlicherweise auch eine Adhäsionskraft auf die bürgerlichen Klassen unterdrückter Nationalitäten ausübe (54).

Es war in erster Linie dann G. Gejlikman, der neben Medem diese theoretische Auffassung des "Bund" eingehender begründete (55), daß die Sozialdemokratie als "demokratische Partei par excellence" einzig und allein zum Zwecke einer ungehinderten Entwicklung des Klassenkampfes für die Beseitigung der politischen und nationalen Ungleichheit unter den Nationalitäten Rußlands Sorge zu tragen habe.

Da Gejlikman von der Annahme ausging, daß in der Periode des Kapitalismus zwischen wirtschaftlichem Konkurrenzkampf und Nationalismus immer eine Wechselbeziehung bestünde, sah er im Hinblick auf Rußland die Gefahr der Entnationalisierung der nationalen Minderheiten im ökonomischen Kampf gegen die starken Nationalitäten (56).

Dieser historische Sachverhalt wurde für ihn in der Gegenwart dadurch besonders politisch wirksam, daß in Rußland die Autokratie zur Majorisierung der nichtrussischen Nationalitäten ihren gesamten zentralistischen Verwaltungsapparat einzusetze, während im zukünftigen demokratischen russischen Staat die Ausschaltung der bürgerlichen Klassen dieser Nationalitäten im Kampf um den Markt durch die großrussische Bourgeoisie auf Grund der dann gegebenen bürgerlichen Gleichberechtigung nur noch durch sprachliche und kulturelle Diskriminierungen (Assimilation) erfolgen könne (57).

Nach wie vor blieb somit das Hauptargument des "Bund" gegenüber den russischen und polnischen Sozialdemokraten für die Einbeziehung der nationalen Frage in das eigene Klassenkampfdenken, daß der Sturz der Selbstherrschaft das Nationalitätenproblem nicht liquidiere, sondern ihm im Gegenteil erst zu seiner eigentlichen politischen Qualität ver helfe, die es ja nur innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung erreiche (58).

Wie die Germanisierungstendenzen und die Abwehrmaßnahmen der betroffenen Nationalitäten in Deutschland und Österreich bereits deutlich bewiesen, könne die nationale Frage auch im zukünftigen Rußland die Entwick-

lung des Klassenbewußtseins des Proletariats auf zweifache Weise negativ beeinflussen: Erstens verhindere die sprachliche und kulturelle Diskriminierung nationaler Minderheiten die gesellschaftliche Solidarisierung der Arbeiterschaft; denn bei Gejlikman wurde gerade das Nationalbewußtsein zum entscheidenden ideologischen Erkenntnisfaktor sozialer Interessenskoinzidenz. Zweitens diene der nach außen gerichtete Nationalismus (Chauvinismus) des Bürgertums als politisches Mittel zur Verwischung der Klassegegensätze im Innern der eigenen Nationalität sowie zur Verhinderung einer internationalen Vereinigung aller Arbeiter (59).

Für die weitestgehende Ausschaltung dieser nationalen Konfliktmöglichkeiten galt es nun nach Gejlikman, ein Sachprogramm zu erarbeiten, das nicht - wie etwa die pauschale Forderung nach nationaler Selbstbestimmung - gleichermaßen zum Instrument bourgeoiser und proletarischer Politik werden könne, wobei im Anbetracht des Fehlens konkreter Vorstellungen innerhalb der Arbeiterklasse berücksichtigt werden müsse, daß die extreme Politisierung dieser Problematik seitens der bürgerlichen Klasse eindeutig zu Lasten der Arbeiterschaft gehe (60).

Mit seiner Forderung nach Beseitigung nationaler Streitigkeiten durch Verfassungsgarantien und positives Recht (61) blieb Gejlikman dabei ganz auf der Generallinie des "Bund". Auch er ging von der theoretischen Auffassung aus, daß das Territorialitätsprinzip im Hinblick auf einen Nationalitätenstaat wie Rußland, in dem keine säuberliche Trennung der Nationalitäten voneinander gegeben sei, wie besonders das Beispiel Polens beweise, durch die Gefahr einer Majorisierung der nationalen Minderheiten den Nationalitätenhader eher zuspitze als dämpfe, so daß der Klassenkampf des Proletariats durch derartige nationale Barrieren entscheidend geschwächt werde (62).

Gejlikman glaubte sich in seinen Schlußfolgerungen mit Kautsky (62a) in Übereinstimmung. Unter dem Eindruck der nationalen Bestrebungen der Randvölker Rußlands im Kampf gegen die Selbstherrschaft ging Kautsky immer mehr davon aus, daß dort keine Lösung der nationalen Frage im Sinne der westeuropäischen Nationalstaatsbildung erfolgen könne. Zumindest auf absehbare Zeit rechnete er nicht mit einer Identität zwischen nationaler und staatlicher Gemeinschaft auf der Grundlage einer gleichförmigen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Er verwarf infolgedessen das Territorialitätsprinzip als Regulativ zum friedlichen Zusammenleben der Nationalitäten in diesem Staate, weil es - unmittelbar dem wirtschaftlichen Konkurrenzdenken entspringend - als konstitutives Element der bürgerlichen Ideologie nach Absonderung und Individualisierung strebe. Allerdings sprach Kautsky in diesem Zusammenhang nach wie vor nur von "nationaler oder sprachlicher Gemeinschaft", was Gejlikman nicht anzu-merken gewillt war. Kautsky konstatierte deshalb noch bei weitem abstrakter, als das beim "Bund" selbst vorzufinden war, daß die Sprache das "wichtigste gesellschaftliche Bindemittel" darstelle (63).

Für Gejlikman, der unter den "nationalkulturellen Angelegenheiten" außer

der Sprache auch "Sitten und Gebräuche" und "kulturpsychologische Eigenschaften" verstand und der sich mit Karl Renner darin einig wußte, daß die Nationalität "ihrer inneren Natur nach keine Beziehung zum Gebiet" (64) habe, schien eine territoriale Autonomie der Randgebiete Rußlands allein "aus der Notwendigkeit einer administrativen Dezentralisierung" nicht aber zur "Regulierung der nationalkulturellen Angelegenheiten" gerechtfertigt (65).

Er machte dabei deutlich, daß für ihn zwischen der Erhaltung der staatlichen Einheit und der Einrichtung der nationalkulturellen Autonomie für alle Nationalitäten im Hinblick auf den proletarischen Klassenkampf ein wesensbestimmender Zusammenhang bestehe. Indem er "Differenzierung im Namen der Integration, teilweise Abgrenzung im Namen der allgemeinen Vereinigung, nationalkulturelle Autonomie im Namen der staatlichen Einheit" proklamierte, wollte er ganz auf der Generallinie des "Bund" durch ein staatliches Miteinander der Nationalitäten bei gleichzeitiger nationaler Absonderung den "gleichartigen sozialen Gruppen" der Nationalitäten zur internationalen Klassensolidarität verhelfen, aber dafür mußte zunächst einmal prinzipiell auf den "Fetisch des Territorialismus" verzichtet werden (66).

Mit Renner stimmte Gejlikman deshalb auch darin überein, daß sich die Nationalitäten zur Ausschaltung des Nationalismus als bürgerlichem Herrschaftsprinzip als "Personalverbände" und nicht als "Gebietsherrschaften", d. h. als "exterritoriale nationale Bünde" mit öffentlich-rechtlichem Charakter, konstituieren sollten; sah er doch in einer solchen nationalen Autonomie in Verbindung mit der vom nationalen Moment losgelösten Gebietsautonomie unterhalb der Organe des Gesamtstaats jenes neutralisierende Moment geschaffen, das im Sinne Kautskys (67) einerseits separatistische Tendenzen und Hegemonialbestrebungen der starken Nationalitäten ausschalte und andererseits den Klassenantagonismus zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft von jeglichen nationalistischen Implikationen befreie (68).

Es verstand sich in diesem Zusammenhang von selbst, daß die nationalkulturelle Autonomie gerade aus dem Grunde, weil sie mit der bürgerlichen Nationalstaatsidee nichts gemein hatte, auch auf die Juden in Rußland ihre Anwendung finden mußte, da für Gejlikman das jüdische Proletariat nicht durch das bürgerliche Ansinnen der Assimilation, sondern allein durch eine solche nationale Autonomie jenes europäische Zivilisationsniveau erreichen konnte, das ihm seine internationale Klassensolidarität mit den Arbeitern aller Nationalitäten innerhalb und außerhalb Rußlands bewußt mache (69).

Die zukünftige bürgerliche Gleichberechtigung und die weitere Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unterwarfen deshalb nach Gejlikman nicht eine in der "čerta osedlosti" künstlich erhaltene jüdische Nationalität ihrer historisch notwendigen Absorption innerhalb der sie umgebenden Bevölkerung, sondern sie schufen erst die historischen Voraussetzungen für eine jüdische Nationalität; denn mit Kautsky, der dies allerdings bekanntlich keineswegs auch auf die Juden angewendet sehen wollte (70), konstatierte er die Entwicklung von Sprache und Literatur als ein soziales Emanzipationsphänomen der Volksmassen, dem auch die jüdische Arbeiterschaft gleichermaßen ausgesetzt sei (71).

Betrachtet man vor dem Hintergrund dieser bundistischen Interpretationen des Begriffs der nationalkulturellen Autonomie die betreffende Resolution zur nationalen Frage des VI. Kongresses des "Bund" (1905) isoliert und, wie es der "Bund" selbst nicht abließ zu versichern, allein als Präventivmaßnahme zur Absicherung der völligen Entfaltung des Klassenkampfes, da er sich hinsichtlich der Arbeiterschaft nicht einmal dazu finden wollte, nationalkulturellen Entwicklungstendenzen Ideologiecharakter im Sinne eines von jeglicher bürgerlicher Machtpolitik freien und ausschließlich die Emanzipation der Menschheit fördernden Nationalismus zuzuerkennen (72), so stand sie natürlicherweise im Gegensatz zu den übrigen sozialistischen Gruppierungen innerhalb des Judentums in Rußland und insbesondere zur SERP, von der sich der "Bund" vor allem im Hinblick auf den "Neutralismus" Me-dem den Vorwurf des Opportunismus gefallenlassen mußte (73).

Analysiert man jedoch die obige Resolution nicht losgelöst, sondern in Verbindung mit den Resolutionen "Über die Wiederherstellung Polens" (74), "Über gesonderte verfassungsgebende Versammlungen" (75) und "Über die verschiedenen zionistisch-sozialistischen Fraktionen" (76) desselben Kongresses, dann erhält diese so abstrakt scheinende bundistische Stellungnahme gegenüber der jüdischen Frage im Jahre 1905 ihre unmittelbar politische Bedeutung.

In ihrer Gesamtheit genommen und in diesem inhaltlichen Zusammenhang wiederum einzeln betrachtet, ergeben nämlich alle diese Resolutionen für 1905 eine wirklichkeitsbezogene Antwort auf das Nationalitätenproblem in Rußland unter besonderer Berücksichtigung der Judenfrage, deren theoretische Grundkonzeption bereits in den zurückliegenden Jahren prinzipiell festgelegt wurde, wobei alle diese Überlegungen von Anfang an mit Bezug auf die Frage nach der ungehinderten gesellschaftlichen Emanzipation der jüdischen Arbeiterschaft in einem freien Rußland angestellt wurden, obgleich man erst im Laufe der Zeit immer selbstverständlicher davon ausgegangen war, für die dafür geforderte nationale Gleichberechtigung auf der Grundlage einer exterritorialen nationalkulturellen Autonomie öffentlich-rechtliche Garantien zu fordern.

Da aber für die Arbeiterklasse einer Nationalität ohne ein eigenes Territorium - nach Auffassung des "Bund" - der vorgegebene Staatsrahmen im Grunde den einzig realen Weg zur sozialen Bewußtseinsbildung darstellte, bestand zunächst vor allem im Hinblick auf Polen nach wie vor ein essentielles politisches Interesse an der Abwehr der unter den dortigen sozialistischen Parteien in erster Linie von der PPS angestrebten nationalen Absonderung.

Mit der nunmehr erneut erhobenen Forderung nach Integration der polnischen in die gesamtrussische Arbeiterbewegung zur Vermeidung einer Überwölbung bzw. Ausschaltung des proletarischen Klassen- durch das bürgerliche Nationalbewußtsein und mit der hieran anschließenden Forderung nach der Demokratisierung Rußlands bei gleichzeitiger Einführung von Gebiets- und nationalkultureller Autonomie versuchte man den eigenen nationalen

Vorstellungen durch flankierende politische Postulate erhöhten Realitätscharakter zu verleihen (77).

Nicht anders verhielt es sich mit der Ablehnung "gesonderter" Konstituenten, die sich wiederum ausschließlich gegen polnische Vorstellungen richtete, nur daß auf sozialistischer Seite damit nicht allein die PPS, sondern auch, wenngleich im eingeschränkten Maße, die SDKPiL (78) getroffen werden sollte; sah man doch in einem polnischen Sejm, der mit letzter Konsequenz auch nur das Bestreben nach einem polnischen Nationalstaat implizierte, die Gefahr einer Polonisierung der jüdischen Nationalität und damit auch der jüdischen Arbeiterschaft, so daß man den Kompetenzbereich der Gebietsautonomie innerhalb des zukünftigen demokratischen russischen Staates lieber von einem gesamtrussischen Parlament inhaltlich festgelegt sehen wollte (79).

Der angesichts dieser beiden Resolutionen seitens der SERP gegen den "Bund" erhobene Vorwurf einer "äußerst verworrenen Anschauung" über die nationalkulturelle Autonomie (80), die man auf Grund der Frontstellung des "Bund" gegen "gesonderte konstituierende Versammlungen", die man in erster Linie nicht gegen den polnischen Separatismus, sondern gegen jegliche nationalen Vertretungen und insbesondere gegen einen jüdischen Sejm gerichtet empfand, nur als eine bewußte Reduktion auf eine von allem nationalem Substrat losgelöste wertfreie Volksbildung interpretierte, ging deshalb ebenfalls von falschen Voraussetzungen aus (81). Der "Bund", der gerade in seiner Auseinandersetzung mit den zionistisch-sozialistischen Gruppierungen deutlich machte, daß es sich bei seiner Auffassung des Nationalen weder um einen jüdisch eingefärbten "Kosmopolitismus" (82) noch um eine "spezifisch nationalistische Blüte einer kleinbürgerlichen Ideologie" (83) handele, negierte nur die zionistische Auffassung von der objektiven Möglichkeit bzw. der historischen Notwendigkeit einer "Konzentration der Juden auf einem selbständigen Territorium", nicht aber die historische Realität einer jüdischen Arbeiterbewegung in Rußland, zu deren völliger Entfaltung die nationalkulturelle Autonomie des Judentums im Rahmen eines demokratischen gesamtrussischen Staates eine unabdingbare historische Voraussetzung sei (84).

In einer solchen konsequenten Nationalisierung der eigenen Arbeiterbewegung lag für den "Bund" die sozialdemokratische Einschätzung des nationalen Momentes letztlich begründet, so daß die Forderung nach nationalkultureller Autonomie zunächst weiterhin nichts anderes war als die politische Absicherung der Eigenständigkeit einer jüdischen Sozialdemokratie innerhalb einer nach Nationalitäten föderativ gegliederten RSDRP (85).

Es bleibt somit festzuhalten, daß es dem "Bund" nach wie vor hauptsächlich um die ungehinderte Entwicklung des Klassenkampfes der jüdischen Arbeiterschaft innerhalb ihrer eigenen Nationalität ging, den es gegen Assimilationsbestrebungen nach außen und gegen den Zionismus im Innern abzusichern galt. Die Jahre 1905/06 bewiesen darüber hinaus, daß man dieses "eigenartige sozialpolitische Milieu" (86), innerhalb dessen die Juden in Rußland lebten, für die Zukunft nicht allein im Zusammenhang mit der

Abwehr jeglichen bourgeois Nationalismus inner- und außerhalb des Judentums einerseits bzw. der Hegemonialbestrebungen russischer und polnischer Sozialdemokraten und Sozialisten andererseits als nationalkulturelle Einheit materiell zu bestimmen gewillt war. Die Entdeckung der jüdischen "obščina" durch die Bundisten, die gerade in diesen Jahren erfolgte, und in der man jetzt nicht mehr ein "Rudiment des Alten", sondern ein "Embryo des Neuen" sah, das durchaus das lebenskräftige Grundelement einer nationalkulturellen Autonomie der Juden in Rußland werden könne, signalisierte die endgültige Identifikation mit der Realität des Judentums in Rußland, aus der es nun praktische Konsequenzen zu ziehen galt (87).

Bereits auf der VII. Konferenz des "Bund" in Zürich (22. März-7. April 1906) vermochte man nur mit Mühe zu verhindern, daß die Frage der jüdischen "obščina" zum Tagungsordnungspunkt bestimmt wurde (88). In der Folgezeit, insbesondere nach der Wahlkampfkampagne für die zweite Duma, während der man mit den jüdischen Massen in engen Kontakt gekommen war, wurde diese Frage in der bundistischen Presse immer intensiver erörtert (89). Anfang 1908 wurde sie auf einer Konferenz von Parteifunktionären bereits als Gegenstand der Agitation und Propaganda akzeptiert (90), aber erst auf der VIII. Konferenz des "Bund" im Jahre 1910 sprachen sich die dortigen Delegierten für eine offizielle Betätigung innerhalb der jüdischen "obščina" aus, wobei allerdings die Demokratisierung ihrer bisherigen oligarchischen Verfaßtheit vorausgesetzt wurde (91).

Dennoch wäre die Darstellung der Haltung des "Bund" gegenüber der Forderung nach nationalkultureller Autonomie in den Jahren 1905-1907 unvollständig, wenn dieses Postulat, soweit es den "Bund" betrifft, nicht auch in diesem Zeitraum in einem engen Zusammenhang mit dem Verhältnis der PPS, der SDKPiL und der RSDRP zu dieser nationalen Organisation der jüdischen Arbeiterschaft betrachtet und analysiert würde.

Die im Laufe des Jahres 1905 erfolgte Abkehr der PPS vom sofortigen nationalen Unabhängigkeitskampf in Verbindung mit der nunmehrigen Bereitschaft zur Beteiligung am Kampf um eine allgemeine Demokratisierung Rußlands, in deren Folge zunächst nur die politische Autonomie Polens auf der Grundlage einer eigenen Konstituante in Warschau gefordert werden sollte (92), konstatierte man innerhalb des "Bund" mit Genugtuung, wenn man auch an die Stelle der Jagd nach dem "Phantom" eines polnischen Nationalstaats mit der ebenfalls mit dem Recht auf nationale Selbstbestimmung motivierten Autonomieforderung nur einen "Syllogismus" getreten fand; denn auf dem von den Polen beanspruchten Gebiet lebten außer ihnen noch Deutsche, Russen und Juden, so daß diese unlogische Verknüpfung der Nationalität mit einem Territorium bzw. einem Staat für Rußland zu einer Folge unsinniger Forderungen nach verfassunggebenden Versammlungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts überall dort führen würde, wo sich Nationalitäten zu Recht oder zu Unrecht mit einem Territorium auf Kosten nationaler Minderheiten identifizierten (93).

Vordergründig prangerte man seitens des "Bund" diesen für die historischen

Verhältnisse innerhalb des Nationalitätenstaates Rußland widersinnigen Weg zur politischen Freiheit vor allem deshalb an, weil man eine Verlagerung der revolutionären Kräfte, deren radikalste Elemente nicht zuletzt unter den nichtrussischen Nationalitäten zu finden seien, vom Petersburger Zentrum in die Randgebiete befürchtete, was letztlich nur in unverantwortlicher Weise zum Erstarken der Reaktion beitrage (94). In Wahrheit ging es jedoch in erster Linie um die erneute Zurückweisung eines nunmehr modifizierten, aber dennoch weiterhin aufrechterhaltenen Hegemonialanspruchs der PPS über die in Polen lebende jüdische Arbeiterschaft, von dem diese polnische Organisation auch während des Jahres 1905 nicht ablasse, wie sie durch ihre Agitation und Propaganda sowie durch die Förderung eigener jüdischer Gruppen nachdrücklich unter Beweis stelle (95).

Zwar war man innerhalb der PPS in Verbindung mit der Abwandlung der eigenen politischen Forderungen jetzt bereit, die "ungehinderte kulturelle Eigenentwicklung für die jüdische Bevölkerung und alle anderen nationalen Minderheiten" neben der bürgerlichen Gleichberechtigung zu garantieren (96); man hielt aber diese Frage hinsichtlich der Juden allein im Zusammenhang mit der politischen Selbständigkeit Polens für lösbar (97).

Für den "Bund" war damit nur alter Wein in neue Schläuche abgefüllt worden, und er bezeichnete deshalb auch auf seinem VI. Kongreß (1905) weiterhin "demokratische Umgestaltung des gesamtrussischen Staates, weite Gebietsselbstverwaltung und nationalkulturelle Autonomie" als die einzigen legitimen Forderungen der polnischen Arbeiterklasse (98), während er "abgesonderte verfassungsgebende Versammlungen" als Forderungen der Konterrevolution disqualifizierte (99), die letztlich sogar dem Klasseninteresse des Bürgertums widersprächen, das Rußland als Absatzmarkt für seine industrielle Produktion dringend benötige (100).

Indem die polnische Arbeiterschaft vom "Bund" dazu aufgerufen wurde, den Kampf gegen die Autokratie sowie ihren Klassenkampf mit der übrigen Arbeiterschaft Rußlands gemeinsam zu führen und dabei wie alle anderen Nationalitäten ihre eigenen nationalen Vorstellungen auf die Forderung nach nationalkultureller Autonomie zu reduzieren (101), wurde eine politische Autonomie Polens ebenso wie zuvor ein polnischer Nationalstaat prinzipiell negiert, woraus sich in der Folgezeit eine heftige Polemik zwischen "Bund" und PPS entspann (102).

Die PPS, die sich auch weiterhin als die Partei der Arbeiterklasse Polens und nicht der polnischen Arbeiter verstand, behandelte die jüdische Frage nach wie vor ausschließlich als ein durch die russische Judengesetzgebung künstlich geschaffenes nationales Problem, dem durch die Gewährung der nationalen neben der bürgerlichen Gleichberechtigung abzuhelpen sei (103). Konkret hieß das, daß den Juden die freie Entwicklung ihrer Nationalkultur und der uneingeschränkte Gebrauch der Muttersprache prinzipiell garantiert wurde. Es beinhaltete das Recht auf Bildung in der eigenen Sprache, jedoch im Rahmen eines gesamtstaatlichen, d.h. polnischen Bildungsprogramms, zu dem die einzelnen Nationalitäten noch einen zusätzlichen nationalen Geschichtsunterricht hinzufügen durften. Die Unterrichtung der Sprachen der

nationalen Minderheiten sollte in den Schulen außerdem nur fakultativ, die der Sprache der nationalen Mehrheit, das Polnische, aber obligatorisch sein, während die Diskriminierung einzelner Sprachen im öffentlichen Leben, vor Gericht und in den Fabriken ausgeschlossen werden sollte (104).

Die Verwirklichung dieser Forderungen löste nach Auffassung der PPS die "politische Seite der jüdischen Frage" völlig und entschied zugleich auch die Frage einer jüdischen Nationalität und ihrer zukünftigen Existenzberechtigung endgültig (105). Die Forderungen des "Bund" nach nationalkultureller Autonomie und nach alleiniger Vertretung der Interessen der jüdischen Arbeiterschaft erschienen ihr hingegen unrealistisch, zumal sie durch das gleichzeitige Festhalten an einem Staats- und Organisationszentrismus jeglichen Autonomiebestrebungen, die gerade das allgemeine revolutionäre Moment im Russischen Reich ausmachten, zuwiderliefen (106).

Wie diese Lösung der jüdischen Frage in der Praxis des revolutionären Kampfes gegen die Autokratie auszusehen hatte, bewies die PPS in der Folgezeit mehr als deutlich durch ihre rigorose Ablehnung jeder organisatorischen Vereinigung der jüdischen Arbeiter auf nationaler Grundlage (107) bei parallellaufender intensiver Förderung der eigenen jüdischen Sektionen (108), die sie im Jahre 1906 durch die Einrichtung eines "Jüdischen Komitees" beim ZK noch weiter aufwertete; sollte doch in Reaktion auf die Ansprüche des "Bund" bzw. der zionistischen Arbeiterparteien auf die gesamte jüdische Arbeiterschaft Rußlands die in Polen lebende jüdische Arbeiterschaft, die ihrer Auffassung nach nur mit den dortigen polnischen Arbeitern ein gemeinsames soziales Bewußtsein entwickeln konnte (109), noch eigenständiger, d.h. noch "polnischer" gemacht werden (110).

Eine konkrete Zusammenarbeit schien sich für den "Bund" in diesen Jahren mit der konsequent internationalistisch, aber auch territorialistisch ausgerichteten SDKPiL anzubahnen; denn, obgleich diese nach wie vor grundsätzlich die Vereinigung aller Arbeiter Polens und Rußlands anstrebte (111), zeigte sie andeutungsweise ihre Bereitschaft zur nachträglichen Zustimmung zum Januar-Aufruf der nationalen sozialdemokratischen Parteien Rußlands (112) und ging selbst soweit, zusammen mit dem "Bund" und auf dessen Vorschlag hin für Juli 1905 eine Konferenz zur Koordinierung der revolutionären Tätigkeit und zur Aufstellung bestimmter gemeinsamer Prinzipien einzuberufen (113).

Auf der Konferenz, die vom 15. bis 20. Juli 1905 stattfand, wurde in der nationalen Frage ohne Schwierigkeiten ein modus vivendi zwischen beiden Organisationen gefunden, da der "Bund" bereitwillig die ablehnende Haltung der SDKPiL gegenüber einer polnischen Unabhängigkeit und damit auch gegenüber der PPS akzeptierte, während sich die SDKPiL nach anfänglichem Zögern ihrerseits bereit erklärte, der bundistischen Forderung nach öffentlich-rechtlicher Garantie der "Freiheit der kulturellen Entwicklung" für jede Nationalität zuzustimmen (114).

In der Organisationsfrage blieben allerdings die prinzipiellen Meinungsver-

schiedenheiten weiterhin unüberbrückbar. Der "Bund" ging zwar wie die SDKPiL von der Notwendigkeit einer einzigen Partei des gesamten Proletariats Rußlands aus, verlangte aber zugleich auf Grund der "besonderen gesellschaftlich-historischen Bedingungen", die den politischen und sozialen Befreiungskampf der Arbeiterklasse jeder Nationalität anders akzentuierten, nach wie vor ihre föderative Untergliederung in nationale Organisationen, während die SDKPiL an ihrer Auffassung festhielt, daß der Klassenkampf der Arbeiterklasse Rußlands trotz der unterschiedlichen nationalen Nuancierungen innerhalb einer möglichst einheitlichen Partei stattfinden solle (115).

Da man aber auf beiden Seiten dem Umstand Rechnung zu tragen gewillt war, daß die revolutionäre Arbeit unter den Arbeitern der einzelnen Nationalitäten von Anfang an durch "selbständig entstandene abgesonderte Organisationen" geleistet worden war, was sich auch in der Praxis auf Grund der nationalen Besonderheiten jeder dieser Arbeiterklassen als notwendig erwiesen habe, berührte man die prinzipiellen Momente der Organisationsfrage nicht weiter und sprach sich im Interesse einer engeren Zusammenarbeit nur ganz allgemein für die Notwendigkeit einer Berücksichtigung nationaler Spielarten der organisatorischen Selbständigkeit innerhalb der Gesamtpartei aus (116).

Zu konkreten Ergebnissen kam es auf der Konferenz in dieser Frage jedoch nur im Hinblick auf eine zukünftige gegenseitige Absprache über die Zusammensetzung künftiger Konferenzen zwischen Parteiorganisationen in Rußland und über etwaige bilaterale Übereinkünfte mit dritten Parteien. Darüber hinaus erkannte man die Notwendigkeit periodischer Zusammenkünfte zwischen den Zentralstellen beider Organisationen und der gegenseitigen Abstimmung der örtlichen Parteiarbeit an (117).

Zu einer offiziellen Sanktionierung aller dieser Absprachen bzw. zu ihrer Realisierung kam es jedoch niemals (118). Der unmittelbare Anlaß für die so baldige Abkühlung der beiderseitigen Beziehungen in der Folgezeit beruhte in erster Linie auf dem selbstbewußten Verhalten des "Bund", der sowohl mit der SDKPiL als auch mit PPS auf örtlicher Ebene zusammenarbeitete und dabei vor allem darauf bedacht war, seinen Anspruch auf das gesamte jüdische Proletariat Rußlands und seine organisatorische Eigenständigkeit als dessen nationaler sozialdemokratischer Vertreter zu wahren (119).

Die SDKPiL, die bereits auf dem II. Parteikongreß der RSDRP deutlich gemacht hatte, daß sie in ihrem Tätigkeitsgebiet in allen Agitations- und Organisationsfragen völlige Handlungsfreiheit besitzen müsse und die zugleich gefordert hatte, daß andere Organisationen innerhalb dieses Gebietes nur über sie der RSDRP beitreten könnten (120), war natürlich auch in diesen Jahren nicht gewillt, in einem so weitgehenden Maße mit dem "Bund" Kompromisse zu schließen und trat deshalb zum Gegenangriff an.

Zwar existierten auch im Rahmen der SDKPiL bereits vor 1905 besonders eine deutsche, aber auch eine jüdische Sektion auf autonomer Basis; man

war jedoch seitens der Zentralstellen der Partei immer bestrebt gewesen, dieses organisatorische Eigenleben nationaler Gruppen, das man für die internationale Klassensolidarität des Proletariats als äußerst abträglich empfand, nur als eine vorübergehende Erscheinung anzusehen (121). Erst im Jahre 1906 begann man sich über eine gesonderte "Jüdische Kommission" intensiv um die jüdische Arbeiterschaft in Polen und in den nordwestlichen Gebieten Rußlands zu bemühen, und diese gezielte Arbeit ließ sich trotz der erbitterten Widerstandes des "Bund" und der PPS so erfolgreich an, daß man bereits im Juli 1906 die "Erste Konferenz jüdischer Agitatoren der SDKPiL" nach Warschau einberufen konnte.

Diese Konferenz machte deutlich, daß man seitens der SDKPiL nach wie vor als "Grundprinzip" allein die "Organisierung des Proletariats nach Territorien und nicht nach Nationalitäten" anerkannte, wenn man auch "in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Gesamtpartei" wenigstens "gesonderte Organisationen" für notwendig hielt, die die "spezifischen Lebensbedingungen des jüdischen Proletariats" berücksichtigen sollten (122).

Keineswegs beabsichtigte man aber damit, nun auch im eigenen Hause eine Keimzelle für eine jüdische Arbeiterpartei zu schaffen, sondern man dachte nur an eine beschränkte Selbständigkeit im Sinne der von der "Iskra" gegenüber dem "Bund" früher eingeräumten technischen Autonomie, d.h. die einzelnen jüdischen Gruppen sollten "entsprechend den örtlichen Bedingungen" ihre organisatorischen Beziehungen zur SDKPiL selbständig regeln (123).

Es war deshalb auch für die SDKPiL selbstverständlich, daß es mit den zionistischen Arbeiterparteien, deren sozialistische Ideologie man als nationalistisch brandmarkte, keinerlei Gemeinsamkeiten geben durfte (124).

Selbst dem "Bund" gegenüber war man seitens der SDKPiL nicht mehr gewillt, irgendwelche Zugeständnisse in der Organisationsfrage zu machen (125). Indem man von nun an davon ausging, daß jegliche Zusammenarbeit mit dieser jüdischen Organisation von ihrem "Eintritt oder Nichteintritt" in die eigene Partei abhängen sollte (126), besaß die betreffende Resolution selbst, die unter den gegebenen politischen Verhältnissen noch von der Notwendigkeit einer "Abweichung von unseren Organisationsprinzipien" im Hinblick auf die "Vereinigung des gesamten Proletariats in einer gemeinsamen Partei" sprach, zugleich aber einen Beitritt des "Bund" als einen bedeutenden Fortschritt "in Richtung auf eine völlige Vereinigung des jüdischen mit dem nichtjüdischen Proletariat", seine Weigerung aber als eine "Verstärkung separatistischer Tendenzen" wertete, angesichts der prinzipiellen Einstellung des "Bund" in der Organisationsfrage nur noch formalen Charakter (127).

Auf dem V. Kongreß der SDKPiL in Zakopane (18.-25. Juni 1906) war darum auch im Grunde bereits der endgültige Schlußstrich unter die eigenen Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit dem "Bund" unter Respektierung seiner kontroversen Auffassungen in bezug auf die jüdische Arbeiterschaft gezogen worden (128).

Unter Berücksichtigung der eigenen Forderungen nach "Autonomie Polens" sowie nach "örtlicher Selbstverwaltung Litauens", die auf der Grundlage einer allgemeinen Demokratisierung des russischen Staates unter den historischen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die "kulturelle Entwicklung der nationalen Minderheiten" am besten garantieren könnten (129), währenddessen die Forderung des "Bund" nach nationalkultureller Autonomie den proletarischen Interessen zuwiderlaufe, weil sie entgegen der geschichtlichen Entwicklung eine jüdische Nationalität nicht nur künstlich schaffe, sondern zugleich auch durch die organisatorische Absonderung der Arbeiterschaft dieser Nationalität die "notwendige Einigkeit der politischen Organisation des Proletariats auf dem gegebenen Territorium" zerstöre, schlug die "Hauptverwaltung" dem Kongreß vor, die nationalkulturelle Autonomie abzulehnen und statt dessen nur für die "völlige Gleichberechtigung der Nationalitäten" und für die "Freiheit der Schaffung jeglicher Art von Institutionen (außer staatsrechtlicher und territorialer) einzutreten, die den nationalen Minderheiten die Freiheit der kulturellen Entwicklung (Schulen, Universitäten, Museen usw.) garantieren" sollten (130).

Eine organisatorische Zusammenarbeit beider Parteien war damit an dem prinzipiell bereits vorher gegebenen territorialen Standpunkt der einen und dem nationalen der anderen endgültig gescheitert.

4. Die Reaktion der RSDRP auf die während der ersten russischen Revolution erhobenen nationalen Forderungen der Randvölker Rußlands

a) Die theoretische Ausgangsposition der Menschewiki und ihre Festigung in den ersten Monaten des Jahres 1905 anhand der kaukasischen Frage

Auch innerhalb der RSDRP glaubte der "Bund" unter dem Eindruck der revolutionären Bewegungen in den Grenzgebieten des europäischen Teils Rußlands "Anzeichen eines Umschwungs" feststellen zu können, die sie nunmehr zur Herstellung einer "positiven Beziehung" zum Nationalitätenproblem und damit zur Aufgabe der prinzipiellen Negation dieser Frage vom Standpunkt des revolutionären Sozialdemokratismus in Verbindung mit ihrer Disqualifizierung als "bourgeoiser Erfindung" veranlassen würde (1).

Es war das damals von Menschewisten besetzte ZK der RSDRP gewesen, das durch seine Teilnahme an der Januar-Konferenz nationaler sozialdemokratischer Organisationen Rußlands sowie durch seine Zustimmung zur dort verfaßten Proklamation "An das Proletariat Rußlands!", in der u.a. die "gesetzlich garantierte Freiheit der kulturellen Entwicklung für jede Nationalität" gefordert wurde, dem "Bund" Hoffnungen auf eine Annäherung an die eigene Position in der nationalen Frage seitens der RSDRP machte, zumal man auch neuerdings mit Genugtuung ein Fehlen der Erörterungen über die "Erwünschtheit und Notwendigkeit der Assimilation der Juden" konstatierte (2).

Untersucht man jedoch für den damaligen Zeitpunkt die Einstellung der

Menschewiki zum Nationalitätenproblem, so lassen sich allgemeine Rückschlüsse im Grunde nur im Zusammenhang mit dem Kaukasus ziehen, so daß die uns in erster Linie beschäftigende jüdische Frage zunächst nur indirekt zur Sprache kommen kann.

Für die Menschewiki bildete die bereits auf dem II. Kongreß der RSDRP (1903) auf Antrag der kaukasischen Genossen gebilligte Gebietsorganisation, der "Kavkazkij sojuz", die sich in der Folgezeit im Gegensatz zum "Bund" trotz der Erlangung einer ähnlich großen politischen Wirksamkeit in einem Gebiet, innerhalb dessen die Rivalitäten unter den Nationalitäten ebenfalls besonders hervortraten, immer konsequent internationalistisch und gesamtrussisch verhalten hatte (3), die einzig legitime sozialdemokratische Organisation im Kaukasus (4).

Somit galten nicht nur die zu den russischen Sozialrevolutionären tendierenden nationalen sozialistischen Organisationen des Kaukasus von Anfang an als nationalistische Ableger des dortigen Bürgertums der einzelnen Nationalitäten, d. h. als "äußere" Feinde der RSDRP, sondern auch eine Gruppe armenischer Sozialdemokraten, die sich in ihrem "Manifest" gegen den "absoluten Zentralismus" der RSDRP und des "Kavkazkij sojuz" wandte und deshalb sowohl in bezug auf die Organisations- als auch auf die Nationalitätenfrage für den Kaukasus die Einführung des Föderationsprinzips forderte, konnte nur als ein neuer Parteigänger des "Bund" gelten und war aus diesem Grunde zwangsläufig zu den "inneren" Feinden der RSDRP zu zählen (5).

Für einen konsequenten Sozialdemokraten des Kaukasus, für den Nationalitätenfragen überhaupt nur im Zusammenhang mit der ungehinderten Entwicklung des Klassenbewußtseins des dortigen Proletariats und dessen notwendiger Hinwendung zum "internationalen Sozialdemokratismus" politische Bedeutung haben durften, reichte nach wie vor das Programm der RSDRP mit seinen Forderungen nach "Gebietselbstverwaltung der Randgebiete", nach "Gleichberechtigung der Sprachen" und nach dem "Recht auf Selbstbestimmung der Nationen" als theoretische Grundlage völlig aus. Jeglicher Föderalismus hingegen entsprach allein bourgeoisen nationalistischen Vorstellungen, womit bereits vor dem Ausbruch der Revolution gegenüber allen revolutionären Organisationen der nichtrussischen Nationalitäten, die dieses Prinzip vertraten und sich somit den Programm- und Organisationsvorstellungen der RSDRP nicht bedingungslos unterwarfen, jene negative Haltung eingenommen wurde, die es dann auch während der revolutionären Ereignisse des Jahres 1905 nicht einmal erlauben sollte, gegenüber den nationalen Forderungen der Randvölker Rußlands irgendwelche taktischen Zugeständnisse zu machen; denn solche Organisationen wie die "Partei der sozialistisch-föderalistischen Revolutionäre Georgiens" oder die "Armenische revolutionäre Föderation" ("Drošak", "Dašnakcjun") konnten nichts anderes als chauvinistische Interessenvertreter des Kleinbürgertums dieser Nationalitäten sein und waren deshalb ebensowenig als revolutionäre Mitstreiter akzeptabel wie ihr großrussischer Mentor, die russischen Sozialrevolutionäre, die PPS oder der "Bund" (6).

Es war vor allem Martov gewesen, der für eine solche pauschale Einschätzung jeder prononciert nationalen revolutionären Gruppierung innerhalb der nichtrussischen Nationalitäten und insbesondere hinsichtlich derjenigen des Kaukasus schon frühzeitig die Weichen stellte (7).

Anlaß waren die Resolutionen der "Ersten Konferenz georgischer revolutionärer Fraktionen", die im April 1904 auf Initiative der Gruppe "Sakartvelo", dem Vorläufer der im Anschluß an diese Konferenz gegründeten "Partei der sozialistisch-föderalistischen Revolutionäre Georgiens", einberufen worden war, und an der sich die georgischen Sozialdemokraten einzig und allein deshalb beteiligt hatten, um von vornherein die Verabschiedung irgendwelcher Resolutionen zu verhindern (8).

Für Martov stellte diese Konferenz, an der neben diesen beiden Gruppen noch Sozialrevolutionäre und Anarchisten teilgenommen hatten, den "ersten Versuch einer Konsolidierung der kleinbürgerlich-demokratischen Elemente der georgischen Gesellschaft für den Kampf mit dem organisierten georgischen Proletariat" dar. Die bewußt außerhalb der Sozialdemokratie stehende revolutionäre Intelligencija konnte trotz ihres unterschiedlichen ideologischen Standpunkts nach seiner Auffassung letztlich nichts anderes als eine aus ihrer gemeinsamen bürgerlichen Klassenlage resultierende einheitliche politische Linie, d.h. einen sozialistisch verbrämten "kleinbourgeoisen Nationalismus reinsten Wassers" vertreten (9).

Die auf der Konferenz verabschiedete Resolution "Über Separatismus, Autonomie und Föderation", die unter Zugrundelegung der Annahme einer allgemeinen historischen Entwicklungstendenz innerhalb der Menschheit "zur Solidarisierung zwischen freien Nationen und zu ihrer Vereinigung" eine "Föderation autonomer Nationalitäten" für Rußland als adäquate politische Forderung postulierte und deshalb auch im Hinblick auf Georgien nur eine Autonomie, nicht aber separatistische Bestrebungen, die weder der "freien kulturellen Entwicklung" der eigenen Nationalität noch der "Solidarität zwischen den Völkern" nützten, befürwortete (10), war für Martov schon deshalb, weil sie den Begriff der "freien Nationen" in seinem politischen Inhalt völlig unbestimmt ließ und sich nur damit begnügte, ihn mit den Fragen "Autonomie und Föderation" und nicht mit derjenigen der Demokratie in Zusammenhang zu bringen, aber auch dann, wenn sie dies geleistet hätte, "von Anfang bis Ende von der bourgeoisen Ideologie durchdrungen"; förderte doch in seiner Vorstellung ein solches politisches Ziel nicht den internationalen Zusammenschluß der Menschheit, sondern bewirkte gerade im Gegenteil erst den "'nationalen" Antagonismus" zwischen "nationalen Organisationen" (11).

Wenn die Delegierten des Kongresses mit dieser Art der staatlichen und gesellschaftlichen Organisation der Menschheit zugleich auch noch eine "ökonomische Gleichheit" (12) herstellen wollten, so war dies für Martov der stärkste Beweis für die völlige Außerachtlassung des Klassenstandpunkts bei allen ihren Überlegungen, da "demokratische Nationalstaaten" bzw. ihre föderative Vereinigung als die politische Ausdrucksform des Ka-

pitalismus mit seinen ihm immanenten Klassengegensätzen weder eine Solidarisierung der Nationalitäten noch - hieraus resultierend - ihre ökonomische Nivellierung zu bewirkten (13).

Verband man jedoch den Begriff der "ökonomischen Gleichheit" mit demjenigen des Sozialismus, dann wurde in einem solchen historischen Zusammenhang für Martov die Forderung nach Autonomie und Föderation der Nationalitäten sowieso zu einer quantité négligeable; denn nicht sie, sondern die Forderung nach "politischer Demokratie" innerhalb des zentralistischen Staates als dem historisch notwendigen Organisationsrahmen für den Klassenkampf des Proletariats bildete eine der historischen Voraussetzungen für den Sozialismus (14).

War nach Ansicht der Kongreßteilnehmer darüber hinaus aber nicht nur der gegenwärtige Zarismus, sondern auch diese in der Zukunft "mögliche demokratische Republik" als ein "Hindernis für die soziale, ökonomische und nationale Befreiung des georgischen Volkes" im Zusammenhang mit der revolutionären Taktik zu berücksichtigen (15), so sah Martov im Hinblick auf diesen zukünftigen Staat nur insoweit ein "Hindernis für die soziale Befreiung der Arbeiterklasse", als er sich als bürgerlicher Klassenstaat repräsentieren würde, innerhalb dessen dann erst die soziale Emanzipation des Proletariats erfolgen müsse (16).

Da für Martov der Kampf gegen die Autokratie um die Demokratie und derjenige gegen die Bourgeoisie innerhalb dieser Demokratie um den Sozialismus zwei untrennbare konstitutive Momente der proletaristischen Klassenideologie darstellten, bedeutete in seinen Augen die revolutionäre Absichtserklärung des Kongresses nach dem Sturz der Selbstherrschaft gegen eine "bestimmte historisch gegebene Form der politischen Demokratie (die zentralistische Republik)" anzukämpfen, eine Abkehr von den Klasseninteressen des georgischen Proletariats und eine Hinwendung zu einem kleinbürgerlichen georgischen Nationalismus, der seine historische Berechtigung doch nur aus dem gegenwärtigen Bestehen eines "Antagonismus zwischen der Autokratie und den nationalen Interessen der unterdrückten Völkerschaften" ableiten konnte (17).

Die Konferenz machte demgegenüber in ihrem weiteren Verlauf der RSDRP in einer Resolution eine Bezugnahme auf deren die Freiheitsbestrebungen der Nationalitäten bescheidende Postulierung des zentralistischen Prinzips den Vorwurf einer dem "Wesen des Sozialismus" widersprechenden Beschränkung der "freien Entwicklung der Arbeiterbewegung", deren reaktionäre Grundhaltung man daraus ableitete, daß die russische Sozialdemokratie "einerseits durch Dogmen erstarrt und andererseits vom Chauvinismus durchdrungen" sei, so daß die ihrem ZK "sklavisch unterworfenen" georgischen Sozialdemokraten sogar "anstelle der freien Solidarität die gewaltsame Form der Einigung des russischen mit dem georgischen Proletariat" proklamierten (18). Martov begegnete dieser "verlogenen Beschuldigung" mit dem Hinweis auf das im Programm seiner Partei geforderte Recht auf nationale Selbstbestimmung, das diese verpflichte, den unter-

drückten Nationalitäten in ihrem Kampf gegen die Autokratie beizustehen, ihr allerdings nicht "immer und überall" zugleich auch als obligatorisch auferlege, diese Befreiung ausschließlich auf dem Wege der Autonomie und der Föderation durchzuführen; denn, da nicht die kulturelle Emanzipation einer Nationalität, sondern allein der Klassenkampf des Proletariats Aufgabe eines Sozialisten sei, hätten die Delegierten der Konferenz bei einer intensiveren Beschäftigung mit der Problematik der nationalen Befreiung zu der Schlußfolgerung kommen müssen, daß nicht nur der Separatismus, sondern auch die Föderation immer nur mit den Interessen des Bürgertums der unterdrückten Nationalitäten identisch sei. Eine Befürwortung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung für das Proletariat einer unterdrückten Nationalität dürfe sich deshalb nicht in der Unterstützung der nationalen Forderungen der eigenen Bourgeoisie erschöpfen, sondern müsse in erster Linie die Organisation des eigenen Klassenkampfes im Auge behalten (19).

Für die russischen Sozialrevolutionäre galten hingegen diese georgischen Resolutionen ausschließlich als Reaktion auf die "zentralistischen Tendenzen der "Iskra"" und somit als ein weiterer Beweis für deren tiefes Zerwürfnis mit allen sozialistischen Gruppen innerhalb der nichtrussischen Nationalitäten (20). Martov blieb nichts schuldig. Er interpretierte die taktische Linie der "Nachfahren der zentralistischen Narodvol'cy", im Kampf um die Gunst der nationalen Organisationen zeitweilig als "Föderalisten" aufzutreten und die RSDRP chauvinistischer Tendenzen gegenüber den Arbeitern der nichtrussischen Nationalitäten zu bezichtigen, nur als ein weiteres Zeichen für die "Evolution des demokratischen Nationalismus" in Rußland, von der die georgische Konferenz bereits Kenntnis gegeben habe. Für ihn stand außer Zweifel, daß die Entstehung starker proletarischer Strömungen in den Randgebieten diese "neuesten nationalrevolutionären Bewegungen" verursacht hatte, in denen er "zwei Tendenzen" festzustellen glaubte: den als progressiv zu bezeichnenden nunmehrigen "revolutionären Protest der Kleinbourgeoisie gegen die Autokratie" und den gegen das Proletariat gerichteten reaktionären Versuch zu dessen "politischer Isolierung" durch Absonderung von den Volksmassen bzw. durch Integration in "'außerhalb der Klassen stehende" Parteien" (21).

Letztere Tendenz konnte nach Martov von der Arbeiterschaft der einzelnen Nationalitäten nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn sie "auf derselben konkreten Basis" wie die kleinbürgerlichen Parteien (PPS, sozialistisch-föderalistische Partei Georgiens, "Dašnakcjutjun", Poale Zion) innerhalb eigener Organisationen um ihre Selbständigkeit als Klasse kämpfte. Dafür sei allerdings nur eine "genügend autonome Organisation" notwendig, um in dieser Weise politisch zu reagieren, d.h. das Programm der RSDRP auf die jeweiligen spezifischen Verhältnisse umzusetzen; denn es stand für ihn außer Frage, daß diese proletarischen Organisationen sich im Kampf mit denjenigen des Kleinbürgertums um die Gunst der Volksmassen nicht gleichermaßen nationalistisch, sondern nur "als Teile" der die Klasseninteressen des gesamten Proletariats Rußlands vertretenden RSDRP geben durften (22). Martov ließ in diesem Zusammenhang keinen Zweifel aufkommen,

daß es sich bei dieser Gesamtpartei nur um eine straff zentralistisch ausgerichtete Organisation handeln konnte; übte doch allein eine solche jenen unerläßlichen Druck auf ihre einzelnen Gliedorganisationen aus, der die Gefahr des Opportunismus ausschaltete, die im Falle eines föderativen Aufbaus der Partei gegeben sei (23). Die "kleinbourgeois nationalen Parteien" hingegen bedürften gerade einer solchen föderativen Vereinigung bei gleichzeitiger Wahrung ihrer politischen Eigenständigkeit, weil ihre revolutionäre Solidarität nur auf den Sturz der Autokratie ausgerichtet, d.h. auf Zeit angelegt sei. Dem entgegen ergebe sich die zentralistische Vereinigung der proletarischen Organisationen gerade aus der "unbedingten und völligen Gemeinsamkeit der Klasseninteressen" der Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands, die die "zeitweiligen Interessen des heutigen Kampfes mit einer bestimmten politischen Form" überwölbten und "so absolut" seien, daß nur "von außen aufgezwungene staatliche Institutionen" diese Solidarität in ihrer politischen Ausformung verhindern könnten (24).

Überblickt man die Ausführungen Martovs in ihrer Gesamtheit, so läßt sich zweifellos innerhalb der RSDRP eine weitere dogmatische Verhärtung der theoretischen Vorstellungen über das Nationalitätenproblem feststellen; denn die völlige Ausklammerung der nationalen Frage aus der sozialdemokratischen Ideologie durch die schablonenhaften Formeln: national = bourgeois, international = proletarisch in Verbindung mit einer konkreten politischen Haltung, die alle sozialistischen und revolutionären Gruppierungen der nichtrussischen Nationalitäten ohne nähere Überprüfung ihrer theoretischen Rechtfertigungen und der ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse innerhalb der einzelnen Nationalitäten von vornherein als kleinbürgerlich diskriminierte und nichts unversucht ließ, sie von der Arbeiterschaft zu isolieren, verbaute dem menschewistischen Teil der RSDRP bereits vor dem Ausbruch nationaler Bewegungen in den Randgebieten Rußlands im Verlauf der Revolution von 1905 jegliche Möglichkeit eines elastischen Taktierens in der Nationalitätenfrage unter Hinweis auf die revolutionären Gemeinsamkeiten im Kampf gegen die Autokratie, ohne damit gleichzeitig sozialdemokratische Prinzipien zu "verraten", so daß man es sich gerade wegen dieser nicht an die politischen und historischen Verhältnisse Rußlands angepaßten Klassenkampfdenkens, das darüber hinaus der Demokratisierung des Staates wenig konkreten Wert beizumessen schien, seitens der nichtrussischen Revolutionäre zu Recht gefallen lassen mußte, in die Rolle eines chauvinistischen Vertreters des Großrussentums gedrängt zu werden.

Gerade am Beispiel der politischen Einstellung der Menschewiki gegenüber dem Nationalitätenproblem im Kaukasus während des Jahres 1905, das in erster Linie durch den nationalen Gegensatz zwischen Armeniern und Tataren seinen besonderen Akzent erhielt, läßt sich aufzeigen, daß man sich auch während der revolutionären Periode bestenfalls um eine eng an den Inhalt, wenn nicht sogar nur an den Wortlaut der §§ 3, 7, 8, 9 des Parteiprogramms angelehnte Interpretation des eigenen sozialdemokratischen Standpunkts zur Nationalitätenfrage in Rußland herbeiließ, wenn man es über-

haupt einmal für notwendig hielt, die gegenüber dieser Frage prinzipiell gewahrte Distanz aufzugeben.

Die im Kaukasus wie auch in den anderen Randgebieten von den revolutionären Organisationen der starken Nationalitäten erhobene Forderung nach "nationalterritorialer Autonomie" konnte darum auch seitens der menschewistischen Führung nur als eine "neue Melodie nach der alten Tonart der bourgeois-nationalistischen Demokratie" angesehen werden (25), so daß die auf Initiative des Tifliser Komitees der RSDRP im April 1905 einberufene Gebietskonferenz der den Menschewiki nahestehenden kaukasischen sozialdemokratischen Organisationen (26) dann auch ganz in diesem orthodoxen Sinne gegenüber einer solchen Autonomie negativ Stellung bezog (27).

Man ging hierbei von den durchaus richtigen Prämissen aus, daß in einem Gebiet wie dem Kaukasus, in dem mehrere Nationalitäten untereinander vermischt lebten, die Errichtung einer derartigen Autonomie für eine dieser Nationalitäten unter Vermeidung ihrer gleichzeitigen politischen und kulturellen Hegemonie über mit ihr dasselbe Territorium besiedelnde Nationalitäten unmöglich sei. Es würden nur "künstliche Hindernisse" für die Vereinigung aller dieser Nationalitäten errichtet und der "nationale Antagonismus" erst richtig entfacht, was allein dem Bürgertum zugute komme, während das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft durch den hierdurch entstehenden Nationalismus getrübt werde. Die Schlußfolgerung bestand letztlich aus dem, was man bereits im Parteiprogramm sinngemäß genauso lapidar vorfinden konnte, d.h. "einheitliche internationale Gebietsselbstverwaltung für den gesamten Kaukasus" auf der Grundlage eines demokratisch gewählten "Zentralorgans", in dem jeder das Recht besitzen sollte, sich seiner Muttersprache zu bedienen, und dessen Kompetenzbereich ausschließlich im Rahmen einer gesamtrossischen Gesetzgebung abgesteckt werden durfte (28).

Der menschewistischen Führungsspitze war aber selbst diese formale Anwendung der entsprechenden Paragraphen des Parteiprogramms auf die politischen Verhältnisse im Kaukasus noch zu weitgehend (29).

Man hob zwar gerade den "konkreten Charakter der Argumentation dieser Resolution" als positiven Beweis für die Schädlichkeit der nationalterritorialen Autonomie im Hinblick auf die Arbeiterklasse des Kaukasus unter den gegebenen historischen Verhältnissen hervor, sah aber zugleich in der Übernahme der betreffenden Paragraphen des "nicht für die örtlichen kaukasischen Bedingungen" gedachten allgemeinen Parteiprogramms durch die kaukasischen Genossen, die hierbei von "Argumenten rein örtlichen Charakters" ausgingen, "bei anderen örtlichen Bedingungen" aber anscheinend auch andere Lösungen für möglich hielten, ohne daß Programm der RSDRP außer Kraft zu setzen, gerade angesichts der ständigen Angriffe des "bourgeois-" "sozialistischen" "Blocks" unter der Ägide der russischen Sozialrevolutionäre gegen das nationale Programm der RSDRP ein unrechtmäßiges Vorgehen der Konferenz; sei doch dieses allgemeinverbindlich formuliert, wobei der § 9, der das Recht auf nationale Selbstbestimmung für alle

Nationalitäten Rußlands formulierte, als "bloße Dekoration" zu interpretieren sei, da ihm die §§ 3, 7 und 8 vorausgingen, die die inhaltliche Festlegung enthielten, indem sie auf eine "völlig bestimmte Art und Weise" das zukünftige Verhältnis zwischen einem demokratischen russischen Gesamtstaat und seinen Nationalitäten dadurch regelten, daß sie die "Möglichkeit der freien nationalen Entwicklung" nicht auf der Grundlage der "nationalen Autonomie", sondern auf derjenigen einer weitgefaßten "Gebietsselbstverwaltung" garantierten (30).

Hielt man seitens der P.S. -R. und der ihr nahestehenden revolutionären Organisationen der nichtrussischen Nationalitäten eine solche Auslegung des Selbstbestimmungsrechts innerhalb Rußlands für unrechtmäßig, weil es prinzipiell nur mit einer Föderation vereinbar sei, so betrachtete man auf menschewistischer Seite den eigenen Standpunkt, der die Regelung des Verhältnisses zwischen den Nationalitäten dem Gesamtstaat zuwies, wie den gegnerischen, der dies der Obhut der Nationalitäten selbst anvertrauen wollte, nur als zwei Lösungsvorschläge für das Nationalitätenproblem unter anderen. Man sah im Grunde keinerlei Veranlassung zu einem Prinzipienstreit, da nicht das nationale Interesse einer beliebigen oder dasjenige aller Nationalitäten für die RSDRP der Ausgangspunkt für ihre "bestimmte Lösung der nationalen Frage" sei, wie sie die betreffenden Paragraphen (§§ 3, 7 und 8) des Parteiprogramms darstellten, sondern allein die "Interessen des gesamten Proletariats Rußlands" (31).

In diesem Zusammenhang wurde die Hereinnahme des Selbstbestimmungsrechts in das Programm (§9) im Anschluß an die obigen Paragraphen mit der Absicht der Partei motiviert, die Willensfreiheit keiner Nationalität von Anfang an einzuschränken. Man sei allerdings nur dann bereit, diese auch zu berücksichtigen, wenn sie von der Arbeiterklasse, die "allein die tatsächlichen Interessen der gesamten Nation" repräsentiere, inhaltlich bestimmt werde (32). Durch diese Beschränkung der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts auf die Arbeiterschaft als des alleinigen historisch berechtigten Kämpfers für die "innere Wiedergeburt" einer Nationalität wurde dieses Postulat aus dem Katalog der demokratischen Gegenwartsforderungen herausgenommen und zu einer sozialistischen Maxime hochstilisiert, die auf Grund der als selbstverständlich angenommenen internationalen Solidarität der Arbeiterklasse inner- und außerhalb Rußlands theoretisch und durch die erwähnten Paragraphen des Parteiprogramms praktisch nur einen deklamatorischen Charakter besaß (33).

Folglich ist festzuhalten, daß für die Menschewiki auch während der Revolution von 1905 das den historischen Bestand des russischen Staates bedrohende, jedoch mit jeder demokratischen Revolution eng verknüpfte Prinzip der nationalen Selbstbestimmung nur eine reaktionäre Forderung darstellte, selbst wenn es seitens revolutionärer sozialistischer Gruppierungen der nichtrussischen Nationalitäten erhoben wurde. Dabei war es völlig unwesentlich, ob diese sich größtenteils noch im Status nascendi befindenden Organisationen in Wahrheit sozialdemokratische, sozialrevolutionäre oder radikal demokratische Auffassungen vertraten; denn ausschließlich die Her-

stellung einer politischen Verbindung zwischen Sozialismus und nationaler Frage in der Gegenwart durch die Aufstellung der Forderung nach nationaler Selbstbestimmung - und sei es konkret nur bezogen auf die nationale Autonomie - genügte, vor allem wenn sie mit der gleichzeitigen Ablehnung des überspitzten Organisationszentrismus der RSDRP einherging, um sie als Interessenvertreter des Kleinbürgertums zu diskriminieren. Die russischen Sozialrevolutionäre stellten in Anbetracht dieser Tatsache deshalb zu Recht fest, daß immer dann, wenn versucht werde, der "leeren Formel" der russischen Sozialdemokratie vom Recht auf nationale Selbstbestimmung "irgendeinen beliebigen klaren (und) konkreten Inhalt" zu geben, dies seitens der RSDRP sofort und unbesehen als Ausfluß einer nationalistischen Ideologie angeprangert werde (34).

Für die Menschewiki bewies der Kaukasus als "lehrreiches Bild", daß angesichts des fortgeschrittenen Entwicklungsgrades der dortigen kapitalistischen Produktionsverhältnisse die ökonomischen Bedingungen für die gesellschaftliche Organisation der Arbeiterschaft aller Nationalitäten schon soweit geschaffen seien, daß die Forderung nach nationalterritorialer Autonomie, wie sie die Georgier für sich erhoben, nur noch einen politischen Anachronismus darstelle, der in Anbetracht der faktischen Unmöglichkeit einer territorialen Abgrenzung der Nationalitäten untereinander in diesem Gebiet des russischen Staates auch nach dem Sturz der Autokratie bloß den großrussischen durch einen georgischen Nationalismus ablösen würde (35). Da der Arbeiterschaft des Kaukasus mit einer solchen Lösung des Nationalitätenproblems nicht gedient sei, müsse die Entscheidung der dortigen Sozialdemokraten gegen eine solche Autonomie nicht nur folgerichtig sein, sondern auch den historischen Gegebenheiten entsprechen. Letzlich mußte man aber zugestehen, daß schon auf Grund der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung von einer Arbeiterbewegung in einem nennenswerten Umfang gar nicht die Rede sein konnte, wobei noch hinzukam, daß die kaukasischen kapitalistischen Unternehmen zumeist in russischer oder armenischer Hand waren, während sich das georgische Bürgertum erst am Anfang seiner sozialen und politischen Selbstbewußtwerdung befand (36).

Ließ somit nach menschewistischer Auffassung die historische Tendenz der ökonomischen Entwicklung oder auch nur die Existenz der RSDRP ergebener georgischer Sozialdemokraten im Kaukasus nicht mehr zu, daß sich die Georgier im revolutionären Kampf gegen die Selbstherrschaft ihrer eigenen Nationalität bewußt wurden, so daß es auch der georgischen Arbeiterschaft für die Zukunft verwehrt bleiben mußte, einen nationalen Klassenkampf zu organisieren, dann galt dies alles in einem noch viel stärkeren Maße und mit noch weit größerer historischer Berechtigung für die Armenier.

Die Armenier lebten vor allem in Gebieten, die gleichzeitig von Tataren und Türken bewohnt wurden und stellten selbst in ihrem Zentrum, dem Gouvernement Erivan, nur 53 % der Gesamtbevölkerung. Im Gegensatz zu den Georgiern, die in kompakter Masse zusammengeballt waren und nur zu 9,3% nicht auf dem Lande lebten, bildeten sie 21,4% der Stadtbewohner des Kaukasus und waren deshalb auch mehr als doppelt soviel wie die Geor-

gier in Handel und Industrie beschäftigt, obgleich beide Nationalitäten vorwiegend aus Bauern bestanden (37). Hinzu kam, daß die Armenier auch auf türkischem Gebiet, in Ostanatolien, lebten, wo sie mit türkischen Völkerschaften ebenfalls vermisch siedelten. Hier wie dort aber bildeten sie eine soziale Schicht, die auch unter den Georgiern, Tataren und Türken z.T. das Bürgertum darstellte, so daß sie - in ähnlicher Weise wie die Juden in der "žerta osedlosti" - im Vergleich zur übrigen Bevölkerung des Kaukasus und Ostanatoliens einen fortgeschritteneren sozialen Kern bildeten (38) und deshalb auch wie die Juden ethnischen Diskriminierungen und Pogromen unterworfen wurden.

Tendenzen nationaler Selbstbewußtwerdung zeigten sich bei den Armeniern anfangs nur auf Grund der grausamen Verfolgungen, denen diese Nationalität in der Türkei besonders gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausgesetzt war. Obgleich der armenische Nationalismus eindeutig nach außen fixiert war (39), ergriff die russische Bürokratie aus Furcht vor einem politischen Separatismus ihrerseits ebenfalls Maßnahmen zur Unterdrückung der Armenier ihres Herrschaftsbereichs, die sich bereits seit Mitte der 70er Jahre gegen nationale armenische Kulturinstitutionen, insbesondere gegen die armenischen Schulen richteten, jedoch erst seit 1897 unter dem Fürsten G.S.Golicyn systematischen Charakter erhielten und mit dem am 12./25. Juni 1903 vom Ministerkomitee erlassenen Gesetz über die Säkularisation der Güter der armenischen gregorianischen Kirche, dem nationalen Kulturträger, ihren Höhepunkt erreichten (40).

Es blieb den Menschewiki unverständlich, daß man seitens der "Dašnakcjun" und selbst der sozialdemokratischen Gruppe "Gnčak" (41) auf diese Repressionspolitik nationalistisch, d.h. - ihrer Ansicht nach - unpolitisch reagierte und sogar in der Haltung der RSDRP gegenüber der Nationalitätenfrage nur eine Unterstützung jener Russifizierungsbestrebungen sah (42). Als durch die grausamen Pogrome gegen die Armenier des Kaukasus, die die Tataren während der Revolution von 1905 durchführten, die armenische Frage in einem solchen Maße aktualisiert wurde, daß sie selbst von den dortigen menschewistischen Sozialdemokraten nicht mehr länger ignoriert werden konnte, wußte man nichts anderes anzubieten als das Allheilmittel des internationalen Sozialdemokratismus, für den ein "nationaler Streit" zwischen der Arbeiterschaft zweier Nationalitäten gar nicht existent sei, so daß für diese Auseinandersetzungen allein das Fehlen einer sozialdemokratischen Bewegung in den überwiegend agrarisch strukturierten armenisch-tatarischen Gebieten und das deshalb mangelnde revolutionäre Bewußtsein, das sich im solidarischen Kampf gegen die Autokratie hätte ausdrücken müssen, verantwortlich gemacht wurden (43). Jeder armenische Nationalismus aber, und suchte er sich auch wie bei der "Gnčak" sozialdemokratisch zu geben, konnte nur bürgerlicher Herkunft und somit nach wie vor nur reaktionärer Natur sein (44), obgleich doch nach Ansicht der russischen Sozialrevolutionäre den Sozialdemokraten im Hinblick auf den Sozialismus die demokratische Pflicht obliegen mußte, den Nationalitäten zu nationalem Selbstbewußtsein zu verhelfen, um gerade diesen bürgerlichen Nationalismus, der die internationale Solidarität verhindere, zu überwinden (45).

Man ging jedoch weiter von der Auffassung aus, daß nationale Streitigkeiten wie diejenigen zwischen Armeniern und Tataren allein der Autokratie zugute kämen, während sie der Sozialdemokratie schaden, und man stellte sich ihre Überwindung nur durch die Integration der Arbeiter und Bauern beider Nationalitäten in den "Kavkazkij sojuz" vor (46), ein Gebietskomitee der RSDRP, das auch noch 1905 fast ausschließlich von Georgiern beherrscht wurde und in Agitation und Propaganda hauptsächlich auf die georgischen Verhältnisse zugeschnitten war, so daß diese nach den zentralistischen Prinzipien der Gesamtpartei ausgerichtete Organisation für die armenischen Sozialdemokraten eher den Charakter eines nationalistischen als eines internationalen sozialdemokratischen Gebietskomitees besaß (47).

Eine solch unflexible Einstellung der Menschewiki in der armenischen Frage war nicht allein angesichts der damaligen politischen Brisanz des Nationalitätenproblems im Kaukasus, sondern auch vom ideologischen Standpunkt aus unverständlich; hatte doch selbst ein so orthodoxer Marxist wie Karl Kautsky, dessen theoretische Ansichten die russischen Sozialdemokratie auch zu diesem Zeitpunkt noch fast unreflektiert übernahm, bereits im April 1905, gerade im Hinblick auf die Frage einer armenischen Nationalität, eine viel differenziertere Stellungnahme abgegeben, in der er den Armeniern sogar dasselbe Recht auf nationale Einheit wie den Polen zugestand, ohne dabei allerdings im Interesse des notwendigen internationalen Zusammenwirkens des Proletariats aller Nationalitäten im gemeinsamen revolutionären Kampf gegen die Autokratie so weit zu gehen, hierfür bereits einen staatsrechtlichen Rahmen genauer abzustecken (48). Eines aber mußte für ihn eine im Kaukasus "auf internationaler Solidarität begründete sozialdemokratische Organisation" bereits exemplarisch vorwegnehmen, was auch nach dem Sturz der Selbstherrschaft für den Kaukasus zur politischen Realität werden sollte, nämlich die Autonomie "nicht bloß des Landes, sondern auch der Nationen" zur Herstellung einer tatsächlichen Einheit der Arbeiterklasse (49).

b) Revolutionsstrategie und Nationalitätenfragen aus der Sicht Lenins während des Jahres 1905

Waren die Menschewiki im ersten Halbjahr der Revolution nicht bereit, die revolutionären Aktionen mit nationalen Aspekten in den Randgebieten Rußlands wenigstens unter taktischen Gesichtspunkten im eigenen Revolutionskonzept zu berücksichtigen, so zeigten sich die Bolschewiki unter der Führung Lenins bei aller prinzipiellen Abgrenzung von jeglichem bürgerlichen Nationalismus in dieser Beziehung von Anfang an flexibler.

Im Hinblick auf den Kaukasus bedeutete dies, daß die dortigen Bolschewiki zwar nach wie vor an der "weiten Gebietsselbstverwaltung" und der Gleichberechtigung der dortigen Nationalitäten im Sinne des für den Kaukasus auf dem II. Parteitag der RSDRP (1903) beschlossenen nationalen Programms festhielten, weil sie befürchteten, daß durch die Errichtung einer "födera-

tiven Autonomie" die großrussische Vorherrschaft nur durch die Hegemonie einer der dortigen Nationalitäten abgelöst und die internationale Klassensolidarität des kaukasischen Proletariats dadurch geschwächt werde (50). Bei aller Distanz gegenüber den kaukasischen Föderalisten, der "Partei der sozialistisch-föderalistischen Revolutionäre Georgiens" und der armenischen "Dašnacjutjun", waren sie aber im Gegensatz zu den Menschewiki zumindest anfänglich gewillt, mit den sich ohne Vorbehalte zum sozialdemokratischen Programm bekennenden "Gnčakisten" zusammenzuarbeiten (51).

Lenin ging bei aller Betonung eines untrennbaren Zusammenhangs zwischen den demokratischen und den sozialistischen Aufgaben für die Sozialdemokratie in bezug auf das autokratische Rußland dennoch nur von der Parallelität der "sozialistischen und der demokratischen Propaganda und Agitation" aus, so daß es für ihn selbstverständlich war, daß das Proletariat in seinem "ökonomischen Kampf" ohne Helfershelfer aus den übrigen Klassen auskommen müsse; "im demokratischen, politischen Kampf" gegen die Selbstherrschaft jedoch durch "alle politisch oppositionellen Elemente, Bevölkerungsschichten und Klassen" unterstützt werde. Dazu gehörten nach seiner Lesart auch die "vom Absolutismus verfolgten Völkerschaften", deren revolutionären Elan gegen den Zarismus es auszunutzen und nicht bloß auf seinen Klassencharakter hin zu überprüfen galt (52).

Da sich Lenin immer bewußt war, daß letztlich die "Klassengegensätze" und nicht die "Solidarität aller Klassen" innerhalb der nichtrussischen Nationalitäten den demokratischen Kampf gegen die Autokratie bestimmten, so daß nur die Arbeiterschaft an einer vollständigen Demokratisierung des russischen Staates interessiert sei, und es deshalb auch in der sogenannten bürgerlichen Revolution die politische Hegemonialrolle beanspruchen müsse (53), sprach sich die von ihm verfaßte Resolution über die "provisorische revolutionäre Regierung" des III. Kongresses der RSDRP (Bolschewiki), der vom 12./25. April bis 27. April/10. Mai 1905 in London stattfand, für die unmittelbare Beteiligung an der politischen Macht aus, um diese Revolution soweit wie irgend möglich voranzutreiben (54), während zum selben Zeitpunkt die Menschewiki auf ihrer "Ersten allrussischen Konferenz der Parteifunktionäre" in Genf wie auch auf der bereits erwähnten "Konferenz der kaukasischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen" in Tiflis in ähnlichen Resolutionen jegliche Beteiligung der Sozialdemokratie an der Exekutive der bürgerlichen Demokratie von vornherein ablehnten und der Partei des Proletariats nur die Rolle der "äußersten revolutionären Opposition" zubilligten (55).

Lenin prägte die Formel von der "revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" und sprach darüber hinaus auch der "ländlichen und städtischen Kleinbourgeoisie" die politische Qualität einer vollständigen revolutionären Kraft zu, so daß für ihn das "Volk", auf das es nunmehr bestimmenden Einfluß zu nehmen galt, den Kampf gegen die Autokratie führte (56). Die Menschewiki hingegen beschränkten sich darauf, das

Bürgertum Rußlands an seine historische Aufgabe, die demokratische Revolution, mit Nachdruck zu erinnern und die Arbeiterschaft in einer Klassenpartei zu organisieren (57).

Indem er bereits die bürgerliche Revolution als "für das Proletariat im höchsten Grade vorteilhaft", "unbedingt notwendig" und "in einem gewissen Sinne" außerdem "vorteilhafter" als für die Bourgeoisie selbst betrachtete, mußte für Lenin ein konsequent zu Ende geführter demokratischer Umsturz letztlich vom "proletarisch-bäuerlichen Stempel" geprägt sein, der zwar nichts daran zu verändern vermochte, daß in Rußland eine bürgerliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bestehen blieb, der aber entscheidend dazu beitragen konnte, diese von allen ihren feudalen Überkrustungen vollständig zu befreien und darüber hinaus den revolutionären Brand in Europa zu entfachen, der dann aus den ökonomisch und sozial weiterentwickelten Staaten Westeuropas als sozialistische Revolution wieder nach Rußland selbst zurückschlagen würde (58).

Für eine solche demokratische Revolution in Reinkultur nach dem Muster der französischen Revolution von 1789 bedurfte es nach Lenin, der sich dabei auf Marx berief (59), des Bündnisses der Arbeiterschaft mit dem demokratischen Teil des Bürgertums, dem Kleinbürgertum, zu dem Lenin auch die Bauernschaft zählte, so daß es bei aller ideologischen Abgrenzung für ihn durchaus keine prinzipielle Ablehnung einer revolutionären Aktionsgemeinschaft mit radikaldemokratischen Parteien geben mußte, wie sie von den Menschewiki praktiziert wurde.

Die revolutionäre Rolle der Nationalitäten im Kampf gegen die Autokratie schätzte er "natürlich bei weitem nicht so absolut" ein, daß sie für den Revolutionstypus von 1789 ausschlaggebend werden konnte. Vor allem befürchtete er, daß in Reaktion auf die den staatlichen Bestand des Russischen Reiches bedrohenden nationalen Bewegungen das großrussische Groß- und Kleinbürgertum antirevolutionäre Tendenzen zeitigen würde. Deshalb trug gerade auch das Nationalitätenproblem bei seiner Suche nach einer realistischen Antwort auf die Frage, ob die russische Revolution nun "vom Typus 1789 oder vom Typus 1848" sei, d.h. zur Republik oder nur zur konstitutionellen Monarchie führe, entscheidend dazu bei, daß er es letztlich der Geschichte überließ, "alle diese + und - gegeneinander abzuwägen", und daß er die Aufgabe der Sozialdemokratie darauf beschränkte, die bürgerliche Revolution "soweit wie möglich voranzutreiben" und dabei nicht die "selbständige Organisation des Proletariats" zu vergessen (60).

Im Interesse dieser organisatorischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse Rußlands lag für ihn auch die Vermeidung nationaler Rivalitäten unter den Arbeitern, die nur der Autokratie oder dem Kleinbürgertum nützten. Nach wie vor war er davon überzeugt, daß allein die internationale Solidarität der Arbeiterschaft im Kampf für den Sozialismus dem Nationalismus seine historische Grundlage entzöge (61).

Aus diesem Grunde bestätigte die Resolution des III. Kongresses der RSDRP (Bolschewiki) über die Beziehungen zu den nationalen sozialdemokratischen

Organisationen die negative Einstellung des II. Kongresses zur "Frage des Föderalismus", indem sie weiterhin die "Vereinigung aller sozialdemokratischen Parteien zu einer einheitlichen RSDRP" forderte (62).

Während der Erörterung des Resolutionsentwurfs, an der sich Lenin nicht beteiligte, sprachen sich fast alle Diskussionsredner für die Wiederaufnahme des "Bund" in die RSDRP aus; sie hielten jedoch seinen erneuten Eintritt in die Gesamtpartei nach wie vor nur dann für gerechtfertigt, wenn er zugleich auf seine Autonomiebestrebungen verzichtete (63).

War hierbei über die Rolle der nationalen Organisationen während der ersten Monate der Revolution nicht gesprochen worden (64), so berührte Lenin diese Problematik bei der Behandlung der "Frage über praktische Übereinkünfte mit den Sozialrevolutionären" im Zusammenhang mit der auf Betreiben des Popen Gapon im April 1905 in Paris zustande gekommenen Konferenz sozialistischer Organisationen (65).

Obgleich er in seinem Rechenschaftsbericht hervorhob, daß auf dieser Konferenz die nationale Frage eine dominierende Rolle spielte, vermied Lenin dennoch eine prinzipielle Stellungnahme (66). Zwar galt ihm die PPS, die die "Frage mehrerer konstituierender Versammlungen" aufgeworfen hatte, als Musterbeispiel für die Notwendigkeit des Fernbleibens von derartigen Konferenzen; er hielt aber trotz aller "prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten" eine Beteiligung grundsätzlich weiterhin für möglich, wenn man sich auf der Gegenseite bereiterkläre, "eben nur rein sachliche Fragen" zu erörtern (67).

Die gemeinsame Erklärung der anwesenden sozialdemokratischen Organisationen (68) habe einerseits die Notwendigkeit einer "praktischen Übereinkunft" zwischen den "im Lande wirkenden sozialdemokratischen und revolutionär - demokratischen Parteien und Organisationen" im Kampf gegen die Selbstherrschaft hervorgehoben, andererseits sei durch sie auch festgestellt worden, daß nur dann ein "realer Erfolg" eintreten könne, wenn die an der Konferenz teilnehmenden Organisationen in Rußland eine "wirkliche reale Kraft" darstellten (69). Wegen der damaligen Anwesenheit des "Latyšskij socialdemokratičeskij sojuz" hätten die wirklichen sozialdemokratischen Organisationen sodann die Konferenz vor ihrem Beginn wieder verlassen (70). Dies sei geschehen, weil "praktische Übereinkommen" mit "allen revolutionären Parteien" unter Berücksichtigung des gegenwärtig erreichbaren Grades an Hegemonie des revolutionären Sozialdemokratismus im Kampf gegen die Autokratie nur bei gleichzeitig weitestgehender Paralisierung der konkurrierenden sozialrevolutionären Organisationen denkbar seien (71).

Bei der Analyse der beiden von der Konferenz verabschiedeten Deklarationen verallgemeinerte Lenin vor dem Parteitag diesen Standpunkt noch einmal in eindeutiger Weise, wobei zugleich offener als im Zusammenhang mit der lettischen Frage wurde, daß gerade die nationale Frage eine solche Abgrenzung veranlaßte, nahmen doch alle Zitate, die er seinen Delegierten wörtlich vortrug, ausschließlich auf diese Problematik Bezug (72).

Die "Anwendung des föderativen Prinzips auf die Beziehungen zwischen den Nationalitäten, die in einem Staat verbleiben", die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung für Rußland "mit Ausnahme von Polen und Finnland" und einer besonderen Konstituante für den Kaukasus "als eines autonomen, mit Rußland föderativ verbundenen Teils" sowie die Delegation der "Sozialisierung" der Landwirtschaft in den Kompetenzbereich der "Parteien der einzelnen Nationalitäten" bestätigten ihm, daß man es mit einer "Kopie des sozialrevolutionären Programms mit allen möglichen Zugeständnissen an die nationalistischen nichtproletarischen Parteien" zutun hatte, so daß diese Deklarationen selbst noch einmal das Verlassen der Konferenz rechtfertigten; denn ohne die Anwesenheit "nationaler proletarischer Parteien" - wie etwa der SDKPiL - seien alle diese Fragen, wenn sie schon unnötigerweise zur Debatte gestellt wurden, sowieso von vornherein nicht zu lösen (73). Dennoch hielt er auch jetzt daran fest, daß trotz aller vorhandenen gegensätzlichen Auffassungen zwischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären praktische Absprachen untereinander durchaus möglich seien, solange diese nur in Rußland selbst stattfänden, von "realen Kräften" getragen würden und vor allem "unter Ausschaltung der nationalen Fragen". Gegenüber deren jeweiligen politischen Bedeutung verhielt Lenin sich bewußt neutral, wenn er sie auch in ihrer Gesamtheit durch das im Parteiprogramm anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten ideologisch für ausreichend abgedeckt erachtete. Erwiesen sich Einzelerörterungen dennoch als unumgänglich, sollten sie zumindest unter Hinzuziehung von "Vertretern der Lokalkomitees jener Landesteile" vonstatten gehen, in denen es eine nichtrussische Bevölkerung und nationale sozialdemokratische und sozialrevolutionäre Parteiorganisationen gab (74).

Bei aller Aufrechterhaltung der kompromißlos negativen Einstellung gegenüber dem Föderationsprinzip in organisatorischer wie in staatsrechtlicher Beziehung, die er mit den Menschewiki teilte, waren demnach im Gegensatz zu der Einstellung der letzteren für Lenin im Hinblick auf den gemeinsamen revolutionären Kampf gegen die Autokratie praktische Übereinkünfte mit "nationalen proletarischen" wie mit "nationalistischen nichtproletarischen" Organisationen der nichtrussischen Nationalitäten durchaus denkbar.

Somit wurde von Lenin nicht nur das Kleinbürgertum, wie erwähnt, in der eigenen Revolutionskonzeption als natürlicher Bundesgenosse auf Zeit berücksichtigt, sondern auch die sozialdemokratischen und sozialistischen Organisationen der nichtrussischen Nationalitäten wurden trotz der für ihn kleinbürgerlichen Tendenzen in der Organisations- und in der Nationalitätenfrage als proletarische Kampfgefährten auf Zeit akzeptiert. Allerdings sollte immer zugleich versucht werden, diesen ideologischen und organisatorischen Opportunismus dadurch auszuschalten, daß man zur proletarischen Basis dieser Nationalitäten über Ortskomitees der RSDRP direkt vorstieß, da erst dann der von allen nationalistischen Implikationen freie proletarische Internationalismus entstünde.

Offenkundig wird diese taktische Einstellung am Beispiel der jüdischen Fra-

ge. Obgleich sich der "Bund" in der "čerta osedlosti" nach wie vor in einer ungleich stärkeren Position als die RSDRP befand (75), was man auch innerhalb der Bolschewiki anerkannte (76), durfte es letztlich nur die Isolation der jüdischen Arbeiter von dieser jüdischen sozialdemokratischen Organisation bei gleichzeitiger völliger Integration dieser Arbeiterschaft in die Gesamtpartei geben (77), die dann auch nach dem III. Parteikongreß seitens der Bolschewiki verstärkt in Angriff genommen wurde (78).

Lenin ließ es sich nicht nehmen, den jüdischen Arbeitern die Ergebnisse seines Parteitags selbst zu kommentieren, ohne daß er auch nur einmal den alten "Iskra"-Standpunkt in der jüdischen Frage verließ. Der Anführung der sozialdemokratischen Maxime "Vereinheitlichung der Taktik der internationalen Sozialdemokratie" und "Herstellung der organisatorischen Einheit unter den Proletariern der verschiedenen Nationalitäten" unter Voranstellung der Losung "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" folgte bei ihm nur die relativierende Feststellung, daß die Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands und insbesondere die jüdischen durch die Autokratie gleichermaßen unterdrückt würden, so daß sich aus dieser historischen Sachlage heraus die "Notwendigkeit einer möglichst engen Vereinigung der Proletarier der verschiedenen Nationalitäten" ergeben müsse, wozu der Zusammenschluß "aller zersplitterten sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Nationalitäten" die vordringlichste sozialdemokratische Aufgabe sei (79).

Unter Hinweis auf den prinzipiell internationalen Charakter der RSDRP und die "nationalistischen Ideen" des "Bund", die die Einheit der Sozialdemokratie Rußlands zerstörten, war für Lenin die Korrektur dieses Fehlers das Gebot der Stunde. Durch Bildung von Ortskomitees, in denen jüdische und nichtjüdische Arbeiter gemeinsam organisiert werden sollten, galt es nunmehr den Nationalismus des "Bund" zu unterlaufen, da nur eine "wirklich einige" RSDRP den Gang der Revolution so wesentlich mitbestimmen könne, daß am Ende auch tatsächlich die "Freiheit aller Klassen und Völker Rußlands" gewonnen werden könne (80).

Auf der ersten Gebietskonferenz der bolschewistisch beherrschten (81) "Nordwestlichen Komitees" im August 1905 stand darum auch die Organisationsfrage in diesem Sinne zur Debatte (82).

Neben den Problemen der Wiedervereinigung beider Fraktionen der RSDRP sowie der Einberufung interparteilicher sozialdemokratischer Konferenzen wurde dabei auch die prinzipielle Stellung gegenüber den nationalen sozialdemokratischen Organisationen (83) erörtert. Die dazu verabschiedete Resolution hob ausdrücklich hervor, daß es in dieser Frage nur um eine Bestätigung des "Standpunkts des II. Parteikongresses" gehen dürfe, d. h. um die Vereinigung der Arbeiter aller Nationalitäten "unter dem Banner der RSDRP". Im Interesse eines gemeinsamen revolutionären Kampfes gegen die Selbstherrschaft sollte in der Praxis allerdings über eine "notwendige Übereinkunft zwischen RSDRP und den nationalen sozialdemokratischen Parteien" im Augenblick nicht hinausgegangen werden, so daß nur die Ein-

berufung periodischer Konferenzen zwischen Vertretern aller sozialdemokratischen Organisationen Rußlands und die Einrichtung "zeitweiliger oder ständiger Kommissionen aus Vertretern der örtlichen sozialdemokratischen Organisationen an den Orten" selbst als konkrete Schritte vorgeschlagen wurden (84).

Daß es in der "čerta osedlosti" nicht auch zu Absprachen mit "nationalistischen nichtproletarischen" Gruppierungen wie den zionistischen Arbeiterparteien kam (85), lag an der Tatsache, daß durch die Existenz einer "nationalen proletarischen" Partei, wie sie der "Bund" darstellte, ein solch weitgehendes Zugeständnis an die historische Wirklichkeit nicht mehr notwendig erschien. Die Frage nach der politischen Wirksamkeit einer derartigen taktischen Einengung der eigenen Revolutionskonzeption wurde nicht gestellt; denn das polnische Beispiel bewies, daß selbst eine Partei wie die PPS, die "im Vergleich zur SDKPiL allmächtig" war, auf Grund des bloßen Vorhandenseins der letzteren nicht mehr als Bundesgenosse in Frage kommen durfte. Lenin selbst hatte das unterbunden, als er einen auf dem III. Parteikongreß vorgelegten Resolutionsentwurf über ein Bündnis mit der PPS unter Aufrechterhaltung aller sozialdemokratischen Prinzipien als "im höchsten Grade taktlos" gegenüber den Genossen von der SDKPiL verurteilte (86).

Im Verlauf des Sommers 1905 gab Lenin im Zusammenhang mit dem Boykott der Buljginschen Duma und der Frage des bewaffneten Aufstands noch stärker zu erkennen, daß die Nationalitätenfrage für ihn zumindest kein Hindernis bei der Suche nach Bundesgenossen im sozialdemokratischen Lager darstellte. Hatte er noch im Frühjahr diese gesamte Problematik durch die prinzipielle Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung für alle Nationalitäten für ausreichend berücksichtigt erachtet (87), so erfolgten zwar auch jetzt keine konkreten Zugeständnisse, aber doch wenigstens eine nicht unbedeutende Akzentverlagerung.

Zu den "sechs . . . Hauptpunkten eines demokratischen Minimalprogramms", die "jede revolutionäre Regierung" in Rußland zu beachten hätte, gehörte seiner Auffassung nach auch die "volle Freiheit für die unterdrückten und nicht vollberechtigten Völkerschaften", unter der er die "Anerkennung nicht nur ihrer kulturellen, sondern auch ihrer politischen Selbstbestimmung" verstand (88).

Bemerkenswert war hierbei seine im Anschluß daran erfolgte indirekte Bezugnahme auf Engels moralisch gewichtigen Satz: "Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren. Die Macht, deren es zur Unterdrückung der anderen bedarf, wendet sich schließlich immer gegen es selbst" (89). Lenin variierte ihn in der Weise, daß er in bezug auf Rußland postulierte, daß "das russische Volk sich die Freiheit nicht erobern (kann), wenn es nicht für die Freiheit der anderen Völker kämpft" (90).

Zur selben Zeit zeigte er im Hinblick auf die Ergebnisse der Konferenz sozialdemokratischer Organisationen in Riga (7./20.-9./22. September 1905), an der neben den Bolschewiki (ZK der RSDRP), der "Bund", die "Latyšskaja SDRP", die SDKPiL und die "Revoljucionnaja ukrainskaja partija" teilnah-

men, während die Menschewiki ("Organisationskommission") nur durch inoffizielle Delegierte vertreten waren, auf Grund der Tatsache, daß der aktive Dumaboykott und der bewaffnete Aufstand (91), die Hauptkriterien einer "revolutionären Sozialdemokratie ohne Unterschied der Nationalität", beschlossen wurden, trotz vorheriger Bedenken gegenüber den Intentionen des "Bund" (92) sogar ein gewisses Maß an prinzipieller Flexibilität in der Organisationsfrage (93).

Opportunistisch, d.h. letztlich bourgeois, war für ihn im Augenblick des revolutionären Kampfes gegen die Selbstherrschaft nunmehr nicht mehr in erster Linie ein Abweichen von den zentralistischen Organisationsprinzipien, sondern allein die von den Menschewiki auf ihrer "konstituierenden" Konferenz der südrussischen Organisationen beschlossene "äußerst unkluge und ihrer prinzipiellen Bedeutung nach opportunistische" Resolution über die Reichsduma (94), so daß von nun an für ihn die Dumafrage zum ideologischen Scheidewasser geworden war, mit dem er "drei soziale Grund- und Hauptkräfte" innerhalb der gegenwärtigen revolutionären Bewegung analysierte: die die Autokratie stützenden Schwarzhundertschaften, die bürgerlichen Liberalen und die proletarischen Revolutionäre (95).

Da nach Lenin die Duma für die Schwarzhundertschaften das "einzig denkbare Mittel" zur Rettung der Selbstherrschaft und für die Liberalen ein Instrument zur Herstellung eines politischen Interessenausgleichs mit dem Zarismus war, mußten die revolutionären Volksmassen unter Führung des Proletariats die offene bewaffnete Auseinandersetzung mit der bestehenden staatlichen Ordnung suchen (96), so daß es seiner Auffassung nach nur die Alternative: für die Duma und für den Zaren oder gegen die Duma und für den Sieg der Revolution geben konnte (97).

Daß der "opportunistische Flügel" der RSDRP, die Menschewiki, dieses "einheitliche Bild der klaren Klassengruppierung" durchbrochen hatte, führte Lenin auf die von ihm selbst vorausgesagte "Gesetzmäßigkeit" einer Vereinigung der revolutionären Sozialdemokraten mit der "äußersten Linken der revolutionären bürgerlichen Demokratie" und derjenigen der opportunistischen Sozialdemokraten mit der "äußersten Rechten der bürgerlichen Demokratie" in der Dumataktik zurück. Hierdurch wurde für ihn nur das bestätigt, was er bereits aus den Resolutionen der Parteikonferenz der Menschewiki vom Frühjahr dieses Jahres analysiert zu haben glaubte, nämlich das allmähliche Herabsinken dieser Fraktion der RSDRP "auf das Niveau der liberalen Bourgeoisie", während die Bolschewiki immer stärker das "revolutionäre Kleinbürgertum" an sich heranzögen (98).

Den Menschewiki, die im Gegensatz dazu die Ergebnisse der September-Konferenz als "Früchte des Zirkelwesens" bezeichneten (99), hielt Lenin entgegen, daß sie es doch allein gewesen seien, die bewußt darauf verzichtet hätten, diese Abmachung der revolutionären Organisationen "sämmtlicher Völker Rußlands" zu akzeptieren (100). Ein Lamento nach dieser Niederlage auf der Konferenz "über die Schädlichkeit des vom "Bund" und anderen nationalen sozialdemokratischen Gruppen gehätschelten Föderalismus in

der Organisation", dessen desorganisierende Momente doch gerade sie selbst zuvor beim "Bund", der Lаты́сская SDRP und der SDKPiL durch ihren Kampf gegen das bolschewistische Organisationsmodell gefördert hätten, war nach seiner Auffassung fehl am Platze, weil es augenblicklich nicht um föderalistische Organisationsprinzipien, sondern um die notwendige Abgrenzung aller nationalen sozialdemokratischen Organisationen von der menschowistischen Dumataktik ging (101).

In diesem Zusammenhang kam er dann auch zu der allgemeinen Schlußfolgerung, daß sich nicht etwa die Bolschewiki den Opportunismus der jüdischen, lettischen und polnischen Sozialdemokraten in der Organisationsfrage zueigen gemacht hätten, sondern daß im Gegenteil alle diese sozialdemokratischen Organisationen "unter dem Einfluß der objektiven Logik der revolutionären Ereignisse" nunmehr zu der den historischen Verhältnissen in Rußland schon immer entsprechenden ideologischen Position der Bolschewiki gelangt seien (102).

Die Tatsache, daß es zu keiner "bundistisch-neuiskristischen Konferenz" gekommen war, weil sich der "Bund" und die anderen Organisationen mit den Bolschewiki gegen die "Organisationskommission" gestellt hatten, um den revolutionären Kampf weiterzuführen, ließ Lenin in der Folgezeit die Gefahr des "Bundismus" mit seinen desorganisierenden Tendenzen für gering erachten, vor der er kurz zuvor, als er noch ein Zusammengehen des "Bund" mit den Menschewiki in der Dumafrage befürchten mußte, besonders eindringlich gewarnt hatte (103).

c) Der Wiedereintritt des "Bund" in die RSDRP auf dem IV. (Vereinigungs-) Kongreß der RSDRP in Stockholm (10./23. April-25. April/8. Mai 1906)

In der Tat war der "Bund" in der Frage des Dumaboykotts und des bewaffneten Aufstandes im Laufe des Septembers und Oktobers des Jahres 1905 immer mehr auf die Seite der Bolschewiki getreten (104). Dies lag hauptsächlich in seiner Sorge begründet, daß durch die Absichten der Menschewiki, eine demokratische Bewegung auf breitester Grundlage nach westeuropäischen Revolutionsmuster zu schaffen, auf Grund der überaus schmalen gesellschaftlichen Basis für eine solche politische Entwicklung in Rußland ein verfassungsrechtlicher Zustand hergestellt würde, der zwar die allgemeine Rechtlosigkeit aller Untertanen durch Einschränkung der absoluten Herrschaftsgewalt der Autokratie abschaffen, nicht aber zugleich auch die bürgerliche und nationale Gleichberechtigung durch entsprechende demokratische Einrichtungen öffentlich-rechtlich absichern würde. Hierunter müsse niemand mehr als die nationalen und sozialen Randgruppen, zu denen in erster Linie die Juden gehörten, leiden, weil ihre spezifische Rechtlosigkeit erst dann politisch zum Ausdruck käme (105).

Für den "Bund" stellte die Bulyginische Duma wie jegliche andere Duma nichts anderes als die "politische Form einer Koalition zwischen Selbstherrschaft und besitzenden Klassen gegen die Volksmassen" dar (106).

Daran konnte für ihn weder die gleichzeitige Einrichtung einer "revolutionären Selbstverwaltung" von unten - etwa auf der Grundlage des auf Vorstellungen P. B. Aksel'rods zurückgehenden "Allgemeinen russischen Arbeiterkongresses" (107) - noch die in den "Tagen der Freiheit" zwischen Oktober-Streik und Moskauer Dezemberaufstand vor allem entstandenen "Sowjets der Arbeiterdelegierten", in denen häufig die Menschewiki die politische Führungsrolle innehatten, etwas Entscheidendes ändern (108).

Im Kampf gegen die Versuche der Menschewiki, durch das politische Instrument der unmittelbaren Demokratie nicht nur die Autokratie zu unterlaufen, sondern gleichzeitig auch der Partei wie den Gewerkschaften zu einer Massenbasis zu verhelfen (109), gab es zwischen "Bund" und Bolschewiki keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten; denn nichts konnte für ersteren gefährlicher sein, als eine der realen politischen Situation kaum entsprechende Demokratisierungswelle, die die eigene konspirative zentralistische Organisation aushöhlte, ohne daß die politischen Freiheiten für den Aufbau einer legalen Partei- und Gewerkschaftsorganisation tatsächlich gegeben waren, zumal der in Reaktion auf das "Oktober-Manifest" (17. / 30. Oktober 1905) ausbrechende exzessive Gegenterror der von der Bürokratie wohlwollend tolerierten "Schwarzhundertschaften", der sich insbesondere in grausamen Pogromen gegen die Juden austobte, bewies, daß gerade die nationalen Randgruppen am meisten gefährdet waren.

Untersucht man in diesem politischen Gesamtzusammenhang die Frage des Wiedereintritts des "Bund" in die RSDRP, so wird sofort verständlich, daß sich diese Partei nach ihrem eigenen sozialdemokratischen Selbstverständnis nach wie vor nur als nationale Organisation der jüdischen Arbeiterschaft für integrierbar in die Gesamtpartei halten konnte. Für den "Bund" galt es dabei erst wieder zu erproben, ob die russische Sozialdemokratie nunmehr ernsthaft daran dachte, sich als Sozialdemokratie Rußlands zu begreifen.

Auf seinem VI. Kongreß in Zürich (13. - 22. Oktober 1905) wurde deshalb auch ausdrücklich die Haltung der bundistischen Delegation auf dem II. Parteitag der RSDRP (1903) gebilligt und noch einmal mit Nachdruck die "prinzipielle Position des V. Kongresses des "Bund" in der Organisationsfrage" bestätigt (110).

Dieser Kongreß, auf dem auch durch die jetzige offizielle Aufstellung der Forderung nach nationalkultureller Autonomie zu erkennen gegeben wurde, daß man nicht gewillt war, irgendwelche Zugeständnisse grundsätzlicher Art zu machen, legte deshalb nur von neuem etwas inhaltlich fest, worauf man auch während des Jahres 1905 in der praktischen Arbeit niemals verzichtet hatte, nämlich die vollständige organisatorische Selbständigkeit der jüdischen Arbeiterschaft, aus der allein eine föderative Beziehung zur RSDRP erwachsen könne (111).

Hatte man diese Haltung bekanntlich stets gegenüber der PPS und der SDKPiL eingenommen (112), so bestimmte sie erst recht die Frage einer Vereinigung mit den beiden Fraktionen der RSDRP, die zumindest seit der September-Konferenz mit den Bolschewiki realisierbar schien, wenn auch als ideo-

logische Klammer zunächst nur ein - beider Auffassung nach - konsequent revolutionärer Sozialdemokratismus vorhanden war.

Als aber nach dem Scheitern des Moskauer Dezemberaufstandes und im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Herstellung einer gemeinsamen sozialdemokratischen Basis im Hinblick auf die Wahlen zur I. Duma seitens der Menschewiki wie der Bolschewiki die Frage einer Wiedervereinigung der RSDRP durch Verschmelzung von ZK und "Organisationskommission" immer stärker in den Vordergrund gerückt wurde (113), mußte man sich auch innerhalb des "Bund" mit dieser Problematik intensiver auseinander setzen, wollte man nicht in die Isolation geraten.

Auf seiten des "Bund" sah man weder in der Frage des eigenen nationalen Programms noch in der Organisationsfrage unüberwindliche Hindernisse für die Redintegration der RSDRP unter Einbeziehung der eigenen Organisation; schien doch die Forderung nach nationalkultureller Autonomie nichts anderes als das "konkretisierte Minimum" der prinzipiellen Forderung nach nationaler Selbstbestimmung im Programm der RSDRP zu sein, während in der Frage der Stellung des "Bund" innerhalb der Gesamtpartei eine Kompromißformel zu finden sein mußte, die dem "Bund" das Zugeständnis abgewann, daß es sich bei der RSDRP nunmehr tatsächlich um die Partei der Sozialdemokratie Rußlands und nicht mehr nur um eine russische sozialdemokratische Organisation handelte. Andererseits erwartete man die Anerkennung der politischen Realität einer nationalen sozialdemokratischen Organisation des jüdischen Proletariats zumindest unter den gegebenen historischen Verhältnissen (114). In der Frage des "Bund" als "einziger Vertretung" des jüdischen Proletariats innerhalb der RSDRP glaubte man darüber hinaus auf Grund der großen Erfolge der eigenen Organisation in der "certa osedlosti" genug Selbstbewußtsein zu besitzen, um auf die Errichtung einer "Chinesischen Mauer" verzichten zu können (115).

Die unter den Mitgliedern des "Bund" vorherrschende Meinung ging freilich von der Annahme nach wie vor bestehender grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Organisationen aus, an denen auch die im Verlauf des Jahres 1905 erfolgten politischen Veränderungen nichts Grundlegendes geändert hätten, so daß nur die Möglichkeit einer taktischen Übereinkunft auf Zeit gegeben sei, während die prinzipielle Frage nach dem organisatorischen Status des "Bund" innerhalb der RSDRP - föderativer oder autonomer Teil - möglichst offengelassen werden sollte (116).

Es war Medem, der an der Spitze der Befürworter eines Wiedereintritts des "Bund" in die RSDRP stand. Die Differenzen mit den Gegnern (Zel'cer) entzündeten sich dabei insbesondere an der Frage der Vereinigungsbedingungen und hier wiederum in erster Linie an der bereits vor dem II. Kongreß der RSDRP erhobenen ultimativen Forderung nach der Anerkennung des "Bund" als der "einzigen Vertretung" der jüdischen Arbeiterschaft Rußlands (117).

Auf der VII. Konferenz des "Bund", die kurz vor dem IV. Kongreß der RSDRP vom 22. März bis 7. April 1906 in Zürich stattfand, stand deshalb auch die

Frage der Aufrechterhaltung dieses Ultimatums als *Conditio sine qua non* für die Rückkehr des "Bund" in die RSDRP im Mittelpunkt der Erörterungen, wobei sich die Mehrheit der Delegierten bei aller grundsätzlicher Solidarisierung mit dieser Forderung dennoch für ihre Herausnahme aus der Reihe der ultimativen Vereinigungsbedingungen, wie sie der V. Kongreß des "Bund" (1903) formuliert hatte, aussprach, um ein Übereinkommen mit den russischen Sozialdemokraten nicht von vornherein unmöglich zu machen (118).

Die Konferenz nahm aus diesem Grunde auch eine Resolution zur Frage der Vereinigung mit der RSDRP an, in der zwar weiterhin die Anerkennung der eigenen Partei als einer "in ihrer Tätigkeit durch keinerlei Gebietsgrenzen eingeschränkten sozialdemokratischen Organisation des jüdischen Proletariats" und außerdem die Billigung des eigenen "Programms zur nationalen Frage", wie man es auf dem VI. Kongreß des "Bund" angenommen hatte, ultimatativ gefordert wurde (119). Zur Frage der "einzigen Vertretung" stellte man jedoch in einer gesonderten Resolution die gegenwärtige Inopportunität einer weiteren Aufrechterhaltung dieser Forderung in ultimativer Form im Sinne des Beschlusses des V. Kongresses des "Bund" fest. Allerdings bekannte man sich nach wie vor zu ihrer inhaltlichen Füllung, indem man weiterhin davon ausging, daß eine "normale Verbindung zwischen der jüdischen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie Rußlands" letztlich nur dann realisiert werden könne, wenn der "Bund" "als alleiniger Vertreter des jüdischen Proletariats" innerhalb der Gesamtpartei anerkannt werde (120).

Für Medem lag die Motivation der Mehrheit der Konferenz für dieses wichtige taktische Zugeständnis allein in der Einsicht begründet, daß das faktische Beharren auf jenem prinzipiellen Standpunkt eine Wiedervereinigung von vornherein unmöglich gemacht hätte, die für den "Bund" zur Überwindung seiner organisatorischen Isolation notwendig sei; denn grundsätzlich halte man auch weiterhin wie die Minderheit an der Auffassung fest, daß dem "Idealtyp der Organisationsbeziehungen" die "Abgrenzung nach Nationalitäten" entspreche, genauso wie man ebenfalls nach wie vor der Auffassung sei, daß nur der Verzicht der RSDRP auf eine direkte Agitation unter den jüdischen Arbeitern erkennen lasse, daß man auf der anderen Seite nunmehr bereit sei, sich "von einer territorialen in eine nationalrussische" Arbeiterpartei zu verwandeln, wie es die historischen Bedingungen erforderten (121).

Der seit dem Oktober 1905 andauernde Kampf des "Bund" um fest mit der eigenen Partei verbundene jüdische Gewerkschaften, den er wie die SDKPiL (122) und die Litovskaja SDRP vor allem deshalb unternahm, um die Kontakte zu den sozialdemokratischen Arbeitern zu intensivieren (123), während Menschewiki und Bolschewiki gleichermaßen für parteilose Gewerkschaften eintraten, wurde gerade auf dieser Konferenz mit der noch weitergehenden Forderung nach in "nationale Sektionen" gegliederte Gewerkschaftsorganisationen innerhalb Rußlands zur Berücksichtigung der "nationalen Besonderheiten" der Arbeiterschaft auf eindeutige Weise konkretisiert. Ein solches Verhalten bewies, daß man auf seiten des "Bund" auch weiterhin nichts zu unterlassen gewillt war, was zur Durchsetzung des Rechts auf Alleinvertretung der jüdischen Arbeiterschaft führen konnte (124).

War der "Bund" im Hinblick auf den IV. Kongreß der RSDRP bei aller taktischen Beweglichkeit dennoch letztlich so verfahren, daß zumindest im Zusammenhang mit der Frage seines Wiedereintritts in die Gesamtpartei auch die nationale Frage von neuem auf die Tagesordnung gesetzt wurde, wenn sie auch bei gleicher taktischer Flexibilität auf der Gegenseite nicht sofort wieder zu einer sozialdemokratischen Prinzipienfrage zu werden brauchte, so fällt auf, daß die Resolutionsentwürfe der Menschewiki für den Parteitag sich weder mit dem Nationalitätenproblem im allgemeinen noch mit der Frage der nationalen sozialdemokratischen Organisationen im besonderem befaßten (125), während sich ein von Lenin verfaßter Resolutionsentwurf der Bolschewiki wenigstens mit letzterer beschäftigte (126).

Lenin ging dabei von der Annahme aus, daß durch die Solidarisierung aller Nationalitäten und insbesondere durch die Bildung von Kampfgemeinschaften unter den "verschiedenen nationalen sozialdemokratischen Parteien" im Verlauf des Jahres 1905 sowie durch die gegenwärtige Abstinenz der "meisten" dieser Organisationen vom "Prinzip der Föderation" gegenwärtig reale Voraussetzungen für eine "Verschmelzung aller sozialdemokratischen Parteien Rußlands zu einer einheitlichen RSDRP" geschaffen seien (127).

Seine taktische Linie war eindeutig. Da er befürchten mußte, daß der kommende Parteikongreß eine menschewistische Mehrheit präsentieren würde, faßte er die Möglichkeit einer Neugründung der Gesamtpartei aus den nationalen sozialdemokratischen Organisationen Rußlands ins Auge, zu denen er dem Sinne nach auch die existierende RSDRP mit ihren beiden Fraktionen als nationale russische Partei zählte. Er kam damit den Intentionen des "Bund" entgegen (128), nur daß er diese Absicht nicht aus neugewonnener Einsicht in den realen Zusammenhang zwischen demokratischer Revolution und nationaler Frage in Rußland vertrat, sondern aus Gründen der eigenen revolutionären Taktik, der die nationalen sozialdemokratischen Organisationen, wie es sich gezeigt hatte, bei weitem näherstanden als die Menschewiki. Allerdings ließ die sogenannte "Verschmelzung", die seiner Auffassung nach mit der "völligen Verschmelzung aller sozialdemokratischen Organisationen jedes Ortes" beginnen sollte (128a), auf lange Sicht nicht allzu viel organisatorische Freiheiten für die einzelnen nationalen sozialdemokratischen Gruppierungen erwarten.

Lenin ging jedoch insoweit von den historischen Gegebenheiten aus, als er den Status quo der organisatorischen Verhältnisse innerhalb der Sozialdemokratie Rußlands seinen weiteren praktischen Überlegungen zugrunde legte. Dies bedeutete für ihn, daß die Befriedigung "aller Parteiinteressen und -bedürfnisse des sozialdemokratischen Proletariats der jeweiligen Nationalität" auch unter Berücksichtigung seiner "Besonderheiten in Kultur und Lebensweise" erfolgen müsse, wofür jedoch "besondere Konferenzen der Sozialdemokraten der betreffenden Nationalität", die "Vertretung nationaler Minderheiten in den lokalen, regionalen und zentralen Körperschaften der Partei" und die "Bildung besonderer Schriftsteller-, Verleger- und Agitatorengruppen" ausreichen sollten (129).

An eine nationale Untergliederung der zukünftigen RSDRP war aus seiner Sicht dabei nicht gedacht; denn auch bei diesen von ihm nur als Übergangsstadium gedachten Institutionalisierungen nationaler Notwendigkeiten ging er weiterhin vom Territorium und nicht von der jeweiligen Nationalität aus (130).

Das im Hinblick auf den IV. Kongreß der RSDRP, der vom 10./23. April bis 25. April/8. Mai 1906 in Stockholm stattfand, gebildete ZK aus beiden Fraktionen der RSDRP berücksichtigte bei der Aufstellung der Tagungsordnung in zwei Punkten die nationale Problematik direkt: in der Frage der "Beziehung zur Forderung einer besonderen konstituierenden Versammlung für Polen" (131) und in derjenigen einer "Vereinigung mit den nationalen sozialdemokratischen Organisationen (SDKPiL, LSDRP, Bund)". Zumindest indirekt war sie darüber hinaus auch in den Tagungsordnungspunkten "Beziehung zu den verschiedenen nichtsozialdemokratischen Parteien und Organisationen" sowie "Gewerkschaften" angesprochen (132).

Aus Zeitmangel, der Kongreß beschäftigte sich in erster Linie mit der Einschätzung der gegenwärtigen revolutionären Situation, mit der Agrar- und Dumafrage sowie mit den Fragen des bewaffneten Aufstands und der Vereinigung mit den nationalen sozialdemokratischen Organisationen, wurde das polnische Problem ganz von der Tagungsordnung abgesetzt (133).

In der Frage der Einstellung gegenüber den revolutionären Gruppierungen, die nicht zur Sozialdemokratie tendierten, gelang es der menschewistischen Mehrheit auf dem Kongreß durchzusetzen, daß auf diese Organisationen der allgemeine Beschluß des Amsterdamer Sozialistenkongresses (1904) über das Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien angewendet werden sollte (134).

Zur Gewerkschaftsfrage wurde ohne Diskussion bei zwei Stimmenthaltungen eine Resolution angenommen, die von "parteilosen" Gewerkschaften ausging (135), und in einem Zusatzantrag, den der Bolschewik I. O. Pušas (Aleksievskij) vorgelegt hatte, sprach sich der Kongreß außerdem einstimmig bei zehn Enthaltungen gegen nationale Gewerkschaftsorganisationen auf der Grundlage des Nationalitätsprinzips aus (136).

Im Zusammenhang mit der Erörterung der Tagesordnung fehlte es weder auf bolschewistischer noch auf menschewistischer Seite an Versuchen einzelner - insbesondere kaukasischer - Delegierter, die nationale Frage als gesonderten Tagungsordnungspunkt aufzustellen. Hierbei waren es in erster Linie die menschewistischen Parteigänger, die Georgier N. G. Čičinadze (Kartvelov), N. N. Žordanija (Kostrov), I. I. Ramišvili (Beriev) und Žakov, die sich u. a. im Gegensatz zu dem armenischen Delegierten der Bolschewiki S. G. Šaumjan (Surenin), der davon ausging, daß die nationale Frage im Programm der RSDRP "niemals Zweifel" innerhalb der kaukasischen Sozialdemokraten erweckt habe, genauso wie "für alle" die etwaige Frage einer Autonomie des Kaukasus längst "im negativen Sinne" beantwortet sei, für eine den veränderten historischen Umständen entsprechende Behandlung der nationalen Frage aus taktischen wie aus prinzipiellen Gründen aussprachen (137).

Der Bundist M. I. Goł'dman (Liber) aber hoffte zu früh, daß damit die in den letzten Jahren innerhalb der RSDRP immer wieder betonte "Zufriedenheit mit den Gemeinplätzen" des Parteiprogramms in bezug auf die Nationalitätenfrage ihr Ende gefunden habe (138). Die Mehrheit der Delegierten lehnte eine eingehendere Erörterung dieser Problematik nach wie vor prinzipiell ab und erklärte sich auf Betreiben Čičinadzes und Lenins nur dazu bereit, im Zusammenhang mit der Frage einer Konstituante für Polen das eigene Parteiprogramm zu überprüfen, wozu es bekanntlich nicht mehr kommen sollte (139). War damit die Nationalitätenfrage für Menschewiki wie Bolschewiki gleichermaßen einmal mehr von der Tagesordnung abgesetzt bzw. auf die polnische Frage beschränkt worden, der gegenüber man sich innerhalb der RSDRP schon immer zu prinzipiellen Zugeständnissen bereitgefunden hatte, so gab es im Hinblick auf die Aufnahme nationaler sozialdemokratischer Organisationen in die Gesamtpartei zwischen beiden Fraktionen Gegensätze grundsätzlicher Art. Vom Tagungsbüro aus war bestimmt worden, daß sich die Vertreter dieser Organisationen als Gäste und ohne Stimmrecht an den Diskussionen auf dem Kongreß beteiligen durften (140). Es mußte deshalb den Bolschewiki, deren Bundesgenossen die SDKPiL, die Łatyśkaja SDRP und der "Bund" in der Dumafrage mehr oder weniger waren (141), angesichts der Mehrheitsverhältnisse auf dem Parteitag daran gelegen sein (142), über die Vereinigungsfrage möglichst vor der Erörterung aller anderen anstehenden Fragen zu verhandeln. Den Menschewiki gelang es jedoch auf Grund des zu ihren Gunsten bestehenden Stimmenverhältnisses, auf Vorschlag F. I. Dans (F. I. Gurvič) hin diese Frage zunächst einer ad hoc zu bildenden Kommission zu überweisen, die sich außerdem auch mit der polnischen Frage beschäftigen sollte, so daß die Erörterung der vom Kongreß anerkannten nationalen Probleme an das Ende der Tagesordnung gesetzt wurde (143).

In der Diskussion über die Einladung der Ukrainskaja SDRP (144) zum Parteitag, die ebenfalls auf der September-Konferenz (1905) der bolschewistischen Auffassung nähergestanden hatte, schlugen die Menschewiki dieselbe Taktik ein (145). Die durch den "Bund" vorgebrachte Bitte des ZK der USDRP, im Hinblick auf eine spätere Vereinigung mit der RSDRP am Kongreß mit beratender Stimme teilnehmen zu dürfen (146), wurde zwar seitens der Menschewiki mit dem Hinweis auf ihre Bedeutungslosigkeit und Lebensunfähigkeit, "weil das ukrainische Proletariat völlig russifiziert ist", abgelehnt (147), dennoch aber vom Kongreß mit knapper Mehrheit angenommen (148).

Die Forderung des Vertreters der USDRP, M. Poř (Čapskij), hingegen, daß in Anbetracht der Einladung nunmehr auch über die Aufnahme seiner Organisation in die RSDRP gesprochen werden müsse, stieß auf den konsequenten Widerstand der Menschewiki, die mit dieser Angelegenheit im Höchstfalle das Zentralkomitee beauftragen wollten, während die Bolschewiki auch diese Vereinigungsfrage sofort auf dem Kongreß entschieden sehen wollten (149).

Die beiden Projekte einer Vereinigung mit der SDKPiL und der Łatyśkaja

SDRP wurden vom ZK und der mit dieser Aufgabe betrauten Kommission, in der zwei Menschewiki und drei Bolschewiki saßen, (150) einstimmig angenommen (151), während es bei der Behandlung des Beitritts des "Bund" innerhalb der Kommission zu unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten kam (152).

Die Aufnahme der beiden ersteren Organisationen war für beide Fraktionen der RSDRP grundsätzlich unproblematisch, da sich SDKPiL und LSDRP gleichermaßen als territoriale Organisationen begriffen, so daß es auch der Kommission wie dem ZK nicht schwerfiel, beide Vorhaben zu billigen; denn, wie der Sprecher der Kommission, der Menschewik B.D. Vigilev (Litvinov) mit Genugtuung feststellte, handele es sich bei beiden in Wahrheit um Gebietsorganisationen, womit ihre Eingliederung in die RSDRP in keiner Weise den auf dem II. Parteitag (1903) aufgestellten Organisationsprinzipien widerspreche (153).

Bestand bei der Luxemburg-Gruppe keinerlei Zweifel darüber, daß sie sich in erster Linie als sozialdemokratische und nicht als autonome nationale Arbeiterorganisation verstanden wissen wollte, was sie gerade gegenüber PPS und "Bund" durch die Betonung ihres konsequent internationalistischen Charakters immer unterstrichen hatte, so lagen die Auffassungen zwischen RSDRP und LSDRP in der Vereinigungsfrage vor dem Hintergrund des Nationalitätenproblems durchaus nicht auf derselben prinzipiellen Linie.

Die Anerkennung dieser nationalen sozialdemokratischen Organisation als Vertreterin des lettischen Randgebietes implizierte nämlich trotz des Vorbehalts, daß ihre endgültige Bezeichnung einem "allgemeinen Kongreß aller sich vereinigenden sozialdemokratischen Organisationen" dieses Territoriums unter Offenlassung der Frage überlassen bleiben sollte, ob hierzu letztlich "nur das lettische Gebiet" oder "auch andere Gebiete" gehörten (154), wie es der ehemalige Bundist und nunmehr unter den lettischen Sozialdemokraten tätige Bolschewist M. M. Borodin - Gruzenberg (Vanjušin) richtig interpretierte, die offizielle Anerkennung einer Lettischen Sozialdemokratischen Partei. Eine Sozialdemokratische Partei des "Lettischen Gebietes" konnte für ihn schon deswegen nicht mit einer Gebietsorganisation der RSDRP identisch sein, weil in Rußland eine solche historisch vorgegebene territoriale Verwaltungseinheit gar nicht existiere, so daß seiner Auffassung nach aus einem "Konglomerat nach Kultur- und Lebensbedingungen verschiedener Gebiete" erst ein historisches Territorium für die lettische Nationalität künstlich geschaffen würde, obgleich die drei Gouvernements des "Baltischen Gebietes" "nach ihren historisch gewachsenen Kultur- und Lebensbesonderheiten" und auf Grund der damit verbundenen technischen Bedürfnisse einer mehrsprachigen Agitation und Propaganda angesichts des dortigen Vorhandenseins einer sich aus mehreren Nationalitäten zusammensetzenden Arbeiterschaft doch nur die Bildung einer baltischen und keiner lettischen Gebietsorganisation der RSDRP rechtfertigten (155).

Ebenso war sein Einwand nicht unberechtigt, daß die Punkte 4, 6 und 7 des Entwurfs, in denen den Arbeitern der einzelnen Nationalitäten innerhalb

der örtlichen Organisationen der LSDRP das "Recht auf proportionale Vertretung", und der LSDRP wiederum eine eigenständige Vertretung innerhalb des ZK der RSDRP wie innerhalb der Delegation der RSDRP auf den Internationalen Sozialistenkongressen gewährt werden sollte (156), nur dazu dienen könne, dem föderalistischen Prinzip "durch die Hintertür Einlaß zu verschaffen" und damit die LSDRP zu einer "selbständigen" nationalen sozialdemokratischen Partei aufzuwerten (157).

Wenn auch Ja. P. Ozol (Gartman) als Vertreter der LSDRP vorschlug, den Terminus "territoriale Organisation" durch "sozialdemokratische" zu ergänzen, was er als Beweis dafür gewertet sehen wollte, daß man innerhalb seiner Partei ein "Gegner der Föderation" sei, und wenn er auch in bezug auf die Punkte 4, 6, 7 des Entwurfs keinerlei Anhaltspunkte für die Vermutungen Borodin-Gruzenbergs zu sehen vermochte (158), so war sein nachfolgender Einwand gegen letzteren in der "Frage der Bezeichnung unserer Gebietsorganisation", bei der man zu berücksichtigen habe, daß eine "lettische SDRP, aber keine baltische" existiere (159), ein um so schwerwiegenderer Beweis für die Befürchtungen Borodin-Gruzenbergs, als diese Frage in der Praxis bereits in diesem Sinne entschieden war. Daran vermochte auch die Herausnahme des Punktes 4 über die "proportionale Vertretung" der einzelnen Nationalitäten in den örtlichen Komitees aus dem Vereinigungsstatut, die in erster Linie auf den Vorschlag kaukasischer Delegierter zurückging (160), in der Zukunft nichts mehr zu ändern, so daß man von lettischer Seite darauf zumindest so lange gelassen reagieren konnte, wie dies seitens der RSDRP nicht auch ausdrücklich verboten wurde (161).

Der Beschluß der "Frühlings"-Konferenz der LSDRP vom März 1906 hatte im Hinblick auf die Vereinigung mit der RSDRP ausschließlich das "Territorialprinzip" vertreten und die Beseitigung nationaler sozialdemokratischer Organisationen gefordert (162), was vom Parteitag der RSDRP auch mit sichtlicher Befriedigung registriert worden war (163). Der II. Kongreß der LSDRP im Sommer 1905 war indessen bereits davon ausgegangen, daß zwar alle Arbeiter in Rußland "unter dem Joch des Kapitals und der Selbstherrschaft" litten, jede Nationalität aber zugleich auch "unter besonderen ökonomischen und historischen Bedingungen" lebe, "ihre besondere Sprache und Kultur" besitze und wegen der unterschiedlichen ökonomischen Ausgangslage sogar über eine ihr ganz eigentümliche "Klassenzusammensetzung" verfüge. Ein Zusammenschluß mit der RSDRP wurde infolgedessen nur dann für gegeben betrachtet, wenn die LSDRP u. a. "ihre innere Selbständigkeit" bewahren könne. Dies setze allerdings voraus, daß sich andere innerhalb ihres Tätigkeitsgebiets existierende sozialdemokratische Organisationen nur über sie an die lettischen Arbeiter wenden dürften, sie selbst die "einzige Vertreterin des lettischen Proletariats" bleibe und an Orten, wo Arbeiter verschiedener Nationalitäten lebten, "föderative Komitees aus Vertretern der örtlichen sozialdemokratischen Organisationen" gebildet würden (164).

Da der IV. Kongreß der RSDRP nunmehr selbst diesen weitergehenden Vorstellungen der Letten im großen und ganzen zugestimmt hatte, zumin-

dest ihnen sehr entgegengekommen war (165), sah der III. Kongreß der LSDRP im Sommer 1906 dann auch keinerlei Veranlassung mehr, von einem Eintritt in die RSDRP Abstand zu nehmen (166); glaubte man doch jetzt auch innerhalb der Gesamtpartei das an notwendiger nationaler Selbständigkeit verwirklichen zu können, was man im Jahre 1905 nur in enge Verbindung mit anderen nationalen sozialdemokratischen Organisationen gewährleistet gesehen hatte (167).

Vergleicht man die beiden Vereinigungsstatute, die auf dem IV. Kongreß der RSDRP mit SDKPiL (168) und LSDRP (169) ausgehandelt wurden, mit der ursprünglichen Ausgangsposition der Vertragspartner, so ist vor allem bemerkenswert, daß Menschewiki wie Bolschewiki den Organisationsvorstellungen beider nationaler sozialdemokratischer Gruppierungen bis an die Grenze des Möglichen entgegengekommen waren; die auf dem II. Kongreß der RSDRP (1903) noch so kompromißlos gehandhabten eigenen zentralistischen Organisationsprinzipien wurden zumindest so weit relativiert, daß auch diese beiden Parteien noch unter den Begriff einer Gebietsorganisation der RSDRP subsumiert werden konnten.

Waren auch die SDKPiL als "territoriale Organisation der RSDRP" und die LSDRP als "autonome territoriale sozialdemokratische Organisation" anerkannt worden, und hatte man auch beiden Parteien das Recht zugestanden, für das "Proletariat aller Nationalitäten ihres Gebietes" zu sprechen und die "Tätigkeit aller Parteiorganisationen" ihres Gebietes zu vereinigen (170), so deutete auf der anderen Seite die Verweigerung seitens der SDKPiL wie der LSDRP (171) beanspruchter Hegemonialrechte über den "Bund" und das Offenlassen der "Frage der Beibehaltung Litauens im Tätigkeitsgebiet der SDKPiL" (172) sowie derjenigen der Abgrenzung des "Tätigkeitsgebietes" und der "Bezeichnung" der LSDRP (173) an, daß innerhalb der RSDRP selbst die Tendenz feststellbar war, in den Randgebieten Rußlands anstelle der Gebietskomitees auch territoriale Organisationen der einzelnen Nationalitäten zu akzeptieren oder sogar, wie das Beispiel der SDKPiL zeigte, zu fördern, wenn es die Realitäten der organisatorischen Arbeit erforderten. Dabei stand allerdings außer Frage, daß mit der Tolerierung solcher Organisationen nicht zugleich auch die Existenz einer innerhalb Rußlands gegebenen Nationalitätenfrage anerkannt wurde; denn selbst in der polnischen Frage, der gegenüber man sich seitens beider Fraktionen der RSDRP immer aufgeschlossen gezeigt hatte, war auf dem Parteitag eine direkte Stellungnahme ausgeblieben (174).

Enthielten die Vereinbarungen mit der SDKPiL und der LSDRP in manchen ihrer Punkte für einen Teil der Delegierten der RSDRP Kompromisse, die zwar "keinen prinzipiellen Charakter" besaßen, aber dennoch unumgänglich waren, um das polnische und das lettische Proletariat nicht vorsätzlich von der gesamtrussischen Arbeiterbewegung zu isolieren (175), so zwangen die Beitrittsverhandlungen mit dem "Bund" Bolschewiki wie Menschewiki zu einer differenzierteren Stellungnahme, wenn nicht direkt zur Nationalitäten- bzw. Judenfrage so doch wenigstens zur Organisationsfrage (176).

Die unterschiedlichen taktischen Einstellungen beider Fraktionen zeichneten sich dabei schon in der Kommission deutlich ab; kam es doch bereits dort zu unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten (177).

Hinter dem von der Kommission erarbeiteten Projekt (178) standen nämlich letztlich nur die beiden bolschewistischen Mitglieder Bazarov-Rudnev (Matveev) und Teodorovič (Panov), während der Menschewist Vigilev (Litvinov) sogar mit einem Gegenentwurf selbständig vor den Parteikongreß trat (179).

Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder billigte in Übereinstimmung mit dem "Bund" und dem ZK den für den "Bund" ultimativen Punkt des Eintritts in die RSDRP "als einer in ihrer Tätigkeit durch keine Gebietsgrenzen eingeschränkten sozialdemokratischen Organisation des jüdischen Proletariats" und erkannte außerdem dem "Bund" das Recht auf Beibehaltung des "eigenen Programms in der nationalen Frage" mit der darin enthaltenen Forderung nach nationalkultureller Autonomie für die Juden Rußlands zu (180). Weiterhin wurden dem "Bund" für die Zukunft "Selbständigkeit in den Fragen der Agitation, Organisation und Propaganda" sowie "eigene Ortsorganisationen, Zentralstellen und Kongresse" gewährt und ihm darüber hinaus zugestanden, daß alle der RSDRP beitretenden sozialdemokratischen Organisationen eines Ortes ein "einheitliches leitendes Stadtkomitee der RSDRP auf der Grundlage der proportionalen Vertretung" bilden sollten (181). Hinzu kamen die Akzeptierung einer direkten Vertretung des "Bund" im ZK der RSDRP und innerhalb der Delegationen der RSDRP für die Internationalen Sozialistenkongresse (182).

Nach den Vorstellungen des Bolschewiken Bazarov-Rudnevs (Matveev) bewiesen alle diese Punkte, die die Delegation des "Bund" vor dem Parteitag im Sinne der betreffenden Resolution ihrer VII. Konferenz als ultimativ bezeichnet hatten (183), daß sich der "Bund" "in allen Grundfragen" den Prinzipien der RSDRP unterwarf (184). Daran änderte für ihn auch die Tatsache nichts, daß in der Frage der Anerkennung des "Bund" "als sozialdemokratischer Organisation des jüdischen Proletariats" beide Seiten weiterhin auf ihren früheren konträren Standpunkten beharrten (185).

Bazarov-Rudnev ging es in erster Linie um die Hereinnahme dieses Organisationskonflikts in die Gesamtpartei, genauso wie auch die Auseinandersetzung mit den nationalen Vorstellungen des "Bund" innerhalb der RSDRP erfolgen sollte, weil man seiner Ansicht nach faktisch gar nicht in der Lage war, den "offenen Konflikt" zu suchen. Das bedeutete für ihn jedoch nicht, daß man nach wie vor von der prinzipiellen Vorstellung auszugehen hatte, daß der "Bund" nichts anderes darstellen dürfe als eine "technische Organisation" zur besseren sozialdemokratischen Betreuung der jüdischen Arbeiter (186).

Die menschowistische Gegenposition formulierte Vigilev (Litvinov). Er beharrte auf dem "Standpunkt der territorialen Autonomie" und glaubte im Kompromiß der Kommission prinzipielle Zugeständnisse zu erkennen, die man bei den Beitrittsverhandlungen mit der SDKPiL und der LSDRP nicht zu machen brauchte, nämlich die Sanktionierung einer "nationalen sozial-

demokratischen Organisation", was für ihn einer "Abkehr vom Organisationsprinzip des Proletariats ohne Unterschied der Nationalität" gleichkam, für die in bezug auf den "Bund" keinerlei Veranlassung bestanden habe, da durch die Vereinigung mit den beiden anderen Organisationen das Gebiet in dem eine jüdisches Arbeiterchaft lebe, bereits in den Rahmen der RSDRP miteinbezogen worden sei (187).

Im Gegensatz zu Bazarov-Rudnev (Matveev) sah Vigilev (Litvinov) in dem von der Mehrheit der Kommission vorgelegten Vereinigungsstatut die Anerkennung des "Prinzips einer Organisation der Partei nach Nationalitäten" sowie des "Prinzips der Föderation"; Organisationsprinzipien also, die seit dem II. Parteitag (1903) innerhalb der RSDRP kategorisch abgelehnt würden. Er schlug deshalb auch nur eine einfache "Fusion" des "Bund" mit der Gesamtpartei vor, für die seiner Auffassung nach ein Übergangsstatut ausreichte, dessen zeitweilige Notwendigkeit keinerlei prinzipielle Zugeständnisse in der Organisationsfrage verlange (188).

Trafen sich die bolschewistische und die menschowistische Ausgangsposition trotz der verschiedenartigen taktischen Überlegungen über die Opportunität eines Wiedereintritts des "Bund" in die RSDRP für das eigene revolutionäre Konzept letztlich doch bei ein und derselben theoretischen Einschätzung des Organisationsproblems, die auch durch die Tatsache der revolutionären Eigengewichtigkeit nationaler sozialdemokratischer Organisationen prinzipiell unmodifiziert geblieben war, so sprach für das grundlegende Gegenargument des Wortführers des "Bund", Gol'dmann (Liber), (189) daß sich der gemeinsame Klassenkampf des Proletariats in Rußland zwar "im Rahmen eines politischen Organismus", bei jeder Nationalität aber "in verschiedenartigen Formen" und "mit unterschiedlichem Tempo" entwickle, die revolutionäre Wirklichkeit des Jahres 1905 mit ihren nationalen sozialdemokratischen Organisationen. Diese schufen durch die jeweilige Individualisierung des gesamtstaatlichen Klassenkampfes innerhalb der eigenen Nationalität erst die Voraussetzung für die Arbeit der RSDRP, so daß das Gebot der Stunde nicht ihr Zurücktreten in die Anonymität der Gesamtpartei, sondern im Gegenteil ihre organisatorische Anerkennung und der daraus resultierende föderative Aufbau der RSDRP sei (190). Eine solche Sozialdemokratie Rußlands brauchte dann auch in Libers Augen nicht mehr auf "nur in ihrer Phantasie existierende Massen" zu rekurrieren, sondern besitze, indem sie sich auf die "proletarischen Massen jeder Nationalität" faktisch zu stützen vermöge, die so sehnlichst herbeigewünschte Massenbasis auch in der Realität (191).

In der Praxis bedeutete dies für ihn, daß mit der Aufgabe der bundistischen Ausgangsposition für den II. Kongreß der RSDRP (1903), die den Alleinanspruch auf die "Massenarbeit innerhalb des jüdischen Proletariats" erhoben habe, und dem nunmehrigen Kompromißvorschlag, der davon ausgehe, daß der "Bund" als die dafür "am besten vorbereitete Organisation" diese Aufgabe "am zweckmäßigsten und fruchtbringendsten" lösen könne, die Organisationsquerelen mit der RSDRP beendet seien; von nun an solle angesichts der Sachlage, daß der Parteikongreß die Organisationsfrage nicht

prinzipiell bewältigen könne, im Sinne des Mehrheitsentwurfs der Vereinigungskommission die "reale unmittelbare Arbeit" an den einzelnen Orten selbst entscheiden, ob die jüdische Arbeiterschaft in der Zukunft mittelbar durch den "Bund" oder unmittelbar durch die betreffenden Ortskomitees der RSDRP, die in seinem Ansiedlungsrayon existierten, vertreten werden solle (192).

Erst gegen Ende seiner Ausführungen kam Liber jedoch auf den Kern der Sache zu sprechen. Gleich Vigilev (Litvinov) negierte er die Anwendbarkeit des der SDKPiL und der LSDRP zugesprochenen Autonomiestatus innerhalb der RSDRP auf den "Bund"; aber im Gegensatz zu diesem vermochte er daraus nicht den Schluß der Notwendigkeit einer direkten Fusion des "Bund" mit der RSDRP zu ziehen, zumal sich seiner Auffassung nach dadurch die grundsätzliche Anerkennung des alten Assimilationsstandpunkts der RSDRP gegenüber den Juden Rußlands ergab. Liber folgerte vielmehr in taktisch kluger Umkehrung der durch Litvinov vorgegebenen Prämissen, daß aus dem Problem einer offensichtlich fehlenden Kongurenz keine prinzipielle Frage, sondern nur eine der "konkreten Bedingungen" erwachsen könne, die von der bestehenden Ungleichartigkeit der für SDKPiL und LSDRP gegebenen historischen Voraussetzungen mit denjenigen des "Bund" ausgehen müsse. Hierbei stelle sich die darin implizierte Frage der seitens der RSDRP allein anerkannten territorialen Autonomie für den "Bund" gar nicht, weil dieser im Hinblick auf seine Tätigkeit über kein "bestimmtes Territorium" verfüge; denn weder das "nordwestliche Gebiet" noch der "Süden Rußlands" könnten als ein solches angesehen werden (193). Indem er darauf hinwies, daß das historische Faktum einer Existenz der Juden in Rußland "unter Ausnahmebedingungen" und nicht eine andere theoretische, sprich: nationalistische Auffassung den "Bund" zur Negation des Territorialprinzips in der Organisationsfrage gezwungen habe, brachte Liber geschickt ins Spiel, daß die Anerkennung dieses Prinzips innerhalb der RSDRP zwar zur Liquidierung des "Bund" führe, nicht aber zugleich auch verhindere, daß SDKPiL und LSDRP zu unabhängigen nationalen Organisationen ihres Proletariats würden, die in der Folgezeit die historische Notwendigkeit eines polnischen bzw. eines lettischen Staates postulierten, womit dann das Nationalitätenproblem erst seinen Eingang in die RSDRP gefunden hätte (194).

Liber lag jedoch nichts daran, nunmehr seitens des "Bund" den im Kommissionsprojekt gefundenen Kompromiß durch praktische Überlegungen zu torpedieren. Für ihn ging es ausschließlich um die Verdeutlichung der Tatsache, daß die Frage des Eintritts des "Bund" in die RSDRP "unabhängig von anderen Parteien" behandelt werden müsse, und gerade dies sah er durch diesen Entwurf gewährleistet (195).

Mit der Formel vom "Bund" als einer "sozialdemokratischen Organisation" innerhalb der RSDRP, wie sie in Punkt 1 des Vereinigungsentwurfs der Mehrheit ihren Eingang gefunden hatte (196), glaubte Liber jene tagespolitisch wichtige Übereinkunft hergestellt, die es beiden Seiten erlaube, ohne Gesichtsverlust auf ihren kontroversen Standpunkten in der Organisationsfrage zu beharren, wie sie vor allem der II. Kongreß der RSDRP mit dem

Ausschluß des "Bund" aus der Gesamtpartei aller Welt offenkundig gemacht habe, und dennoch so weit flexibel zu werden, daß die notwendige organisatorische Einheit innerhalb der Sozialdemokratie Rußlands unter Ausklammerung dieser grundsätzlichen Fragen hergestellt werden könne (197). Daß er in diesem Zusammenhang außerdem auf das Beispiel der deutschen Sozialdemokratie verwies, die im April 1906 der preußischen PPS zugestanden hatte, innerhalb der eigenen straff zentralistisch ausgerichteten Organisation eine nationale Unterorganisation zu bilden (198), war angesichts der Autorität, die die SPD (199) gerade unter den Sozialdemokraten Rußlands genoß, ein weiterer nicht ungeschickter taktischer Schritt (200).

Überschaut man die anschließenden Diskussionsbeiträge zu den Vereinigungsprojekten in bezug auf den "Bund", so fällt in erster Linie auf, daß, wie es auch Liber bemerkt hatte (201), die Führer beider Fraktionen der RSDRP nicht persönlich in die Debatten eingriffen. Das Feld blieb denjenigen überlassen, die sich vor allem betroffen fühlen mußten: den Genossen aus dem Kaukasus und denen aus jenen Gebieten, in denen auch der "Bund" tätig war. Während die ersteren sich unabhängig davon, ob sie sich den Menschewisten oder den Bolschewisten zurechneten, fast ausschließlich für den Entwurf Litvinovs entschieden, weil sie gleich ihm das Prinzip einer Vertretung nach Nationalitäten mit der Annahme des Mehrheitsentwurfs der Kommission in die RSDRP Eingang finden sahen, was nach ihrer Auffassung gerade für den "Kavkazskij sojuz" mit seinen nicht nach Nationalitäten zusammengesetzten Ortskomitees angesichts der nationalistischen Tendenzen im Kaukasus höchste Gefahr bedeute und darüber hinaus auch der organisatorische Einheit des gesamten Proletariats Rußlands abträglich sei (202), sprachen sich die letzteren, wiederum Menschewisten und Bolschewisten gleichermaßen, für den Entwurf der Kommission aus (203). Aus ihren an Ort und Stelle gewonnenen praktischen Erfahrungen heraus wußten sie, daß es für die Gesamtpartei besser war, den Prinzipienstreit intern zu regeln, als ihn im selbstzerstörerischen Kampf gegeneinander auf offenem Markt auszutragen (204). Einerseits war es für sie einfach ein Faktum, daß sich in Gebieten mit jüdischen Arbeitern trotz der Existenz örtlicher Komitees der RSDRP selbständige Organisationen des "Bund" herausgebildet hatten, wie ja auch gerade hier ebenso selbständige sozialdemokratische Gruppierungen der Polen und Litauer existierten (205), und andererseits wußten sie, daß beim Fehlschlagen der Vereinigungsbemühungen weder der "Bund" noch die RSDRP, sondern allein die zionistischen Parteien ihren Einfluß auf die jüdische Arbeiterschaft verstärken würden (206).

Bei der namentlichen Abstimmung über den gesamten Vereinigungsentwurf der Kommission zeigte sich dieselbe Frontstellung, die sich bereits während der Diskussion über dieses Projekt offenbart hatte: Für die Annahme waren beinahe alle stimmberechtigten bolschewistischen Delegierten und ein Teil derjenigen menschewistischen Parteigänger, die in den Orten und Gebieten tätig waren, wo es auch den "Bund" als Konkurrenten gab, während sich fast ausschließlich menschewistische Delegierte, darunter vor allem die Georgier, dagegen aussprachen (207).

Die anschließende Erörterung der einzelnen Punkte des Entwurfs wurde in erster Linie von den Menschewisten geführt, die nun versuchten, durch Abänderungsanträge zu den einzelnen Paragraphen die Vereinbarung so weit zu verwässern, daß nichts Prinzipielles innerhalb der Einzelvereinbarungen zugunsten der organisatorischen und nationalen Vorstellungen des "Bund" für die Zukunft präjudiziert wurde (208).

Mißlang ihnen das im Hinblick auf ihren Versuch, die organisatorische Selbständigkeit des "Bund" auf ihrem damaligen Stand einzufrieren (209) und dessen höchstmögliche Integration innerhalb der Zentralstellen der RSDRP festzulegen (210), so buchten sie jedoch bei ihrem Bemühen, das letztere innerhalb der Ortskomitees der Gesamtpartei zu erreichen, unter Beihilfe bolschewistischer Delegierter aus dem Kaukasus und der Vertreter der SDKPiL und der LSDRP den Erfolg, daß diese Komitees einer Stadt, in die "alle örtlichen Organisationen" einzutreten hatten, sich nicht, wie im Entwurf vorgesehen, "auf der Grundlage der proportionalen Vertretung", sondern "auf der Grundlage allgemeiner Wahlen, ohne Unterschied der Nationalität der Parteimitglieder" bilden sollten (211).

Einen weiteren Teilsieg erreichten sie in bezug auf Punkt 2 des Entwurfs, wo es gelang, anstelle der Zuerkennung der Beibehaltung des "eigenen Programms zur nationalen Frage" für den "Bund" nur die allgemeine Offenhaltung der nationalen Frage überhaupt "angesichts ihrer Nichterörterung" auf dem gegenwärtigen Kongreß einzusetzen (212).

Über diese Versuche hinaus, die materielle Füllung des Vertragsinhaltes, wenn nicht eindeutiger zugunsten der Organisations- und Programmprinzipien des II. Parteitags der RSDRP zu interpretieren, so doch wenigstens insoweit zu neutralisieren, daß keinerlei Entscheidungen getroffen wurden, die nicht mehr rückgängig zu machen waren, bemühte man sich auf seiten der Delegierten der RSDRP, durch ergänzende Resolutionen eine möglichst eingrenzende Interpretation des gesamten Vertrages auf den vorliegenden konkreten Einzelfall hin zu erreichen (212a).

Der menschewistische Vertreter der Feodosijaer Organisation Lur'e (Larin) hatte bereits vor der Erörterung des Projekts gefordert, durch den Kongreß den Verzicht des "Bund" auf das föderative Prinzip feststellen zu lassen (213).

Hatte er damit auch bei den Delegierten keine wesentliche Resonanz gefunden (214), so konnten die beiden Anträge Šaumjans und des menschewistischen Delegierten der Vitebsker Organisation, Ostrovskij, eine große Anzahl der Stimmen auf sich vereinigen (215).

Ging es Šaumjan in seiner Resolution, die die offizielle Stellungnahme der Bolschewiki enthielt (216) und die mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde (217), um die Feststellung der Tatsache, daß die Vereinigungsbedingungen trotz der Anerkennung des "Bund" "als autonomer Organisation des jüdischen Proletariats" dessen faktische, prinzipielle und historisch notwendige Integration in die RSDRP bedeuteten, die letztlich "unausbleiblich zur

vollständigen Durchführung des zentralen Organisationsprinzips", auf dem die Gesamtpartei nach wie vor beharre, führten (218), so sprach diejenige Ostrovskijs, die von den Delegierten des Kongresses angenommen wurde (219), weniger entschieden allein davon, daß mit der Annahme des Vereinigungsprojekts die "Organisation des Proletariats nach Nationalitäten" innerhalb der RSDRP in keiner Weise präjudiziert werde. Außerdem motivierte sie das Unterfangen ausschließlich mit der Intention der Delegierten des Kongresses, "dem Kampf der Anhänger zweier Organisationsprinzipien einen normaleren Charakter zu geben" (200).

Nimmt man beide Resolutionen zum Ausgangspunkt einer resümierenden Betrachtung über das taktische und prinzipielle Verhalten der Menschewiki und der Bolschewiki in der Organisationsfrage und auch in der in diesem Zusammenhang konkret aufgeworfenen Frage der nationalkulturellen Autonomie für die Juden Rußlands, so lassen diese - "dem Sinn nach gleichen" (221) - Entschlüsse bereits erkennen, daß keine der beiden Fraktionen zu dem damaligen Zeitpunkt gewillt war, von den auf dem II. Parteitag der RSDRP gerade gegenüber dem "Bund" so konsequent verfochtenen Organisationsvorstellungen über eine nach Gebieten und nicht nach Nationalitäten gegliederte, zentralistische sozialdemokratische Partei Rußlands abzurücken.

Dennoch sind gerade auf bolschewistischer Seite wiederum Akzentverschiebungen feststellbar, die allerdings nur in den tagespolitischen Entscheidungen über die im Augenblick günstigste revolutionäre Taktik ihre Ursache hatten; einer Taktik, die nach Lenin die "praktische Einheit des klassenbewußten Proletariats ganz Rußlands, aller seiner Nationalitäten" (222), einfach erforderte. Denn die "praktische Bedeutung" des Kompromisses mit dem "Bund" in der Organisationsfrage beinhaltete für ihn zugleich auch die Anerkennung der Notwendigkeit des unermüdlichen Kampfes "für einen engeren Zusammenschluß der proletarischen Kräfte auf neuer Grundlage" (223).

Lenins engster nichtrussischer Kampfgenosse, der Armenier Šaumjan, konnte schon als Kaukasier den Zusammenschluß mit den polnischen, lettischen und jüdischen sozialdemokratischen Gruppierungen nur als Überwindung des Nationalismus in der Organisationsfrage betrachten, der für ihn in Rußland allein in der nationalistischen Politik der Autokratie sowie der bürgerlichen Parteien aller Nationalitäten begründet lag. Aus diesem Grunde deutete er auch die Vereinigung mit der SDKPiL und der LSDRP als Anerkennung des "Territorialprinzips gemischter Organisationen" und somit als völligen Verzicht auf ein "nationales Organisationsprinzip" seitens dieser beiden Gruppen. Der "Bund" hingegen wurde seiner Auffassung nach wenigstens soweit gebracht, das "Prinzip gemeinsamer Komitees gemischter Organisationen" anzuerkennen, so daß für die Praxis auch hier das nationale Moment ausgeschaltet sei. Für ihn war die dieser Gruppe zugestandene Bezeichnung "Sozialdemokratische Organisation des jüdischen Proletariats" nur noch als "zeitlich begrenzt" zu verstehen und allein deshalb gewährt worden, "um eine Organisation von vierzigtausend Arbeitern nicht auf einmal zu zerschlagen" (224). Lenin selbst betrachtete die Lösungen

in der Organisationsfrage wie die vor und während des Parteitags geführten Diskussionen zu diesem Gegenstand weniger mechanisch und insbesondere unter dem Gesichtspunkt mit Genugtuung, daß letztlich das Organisationsprinzip der RSDRP auf seinem "früheren antiföderalistischen Prinzip der vermischten und vereinigten Organisationen" (225) erhalten geblieben sei.

In Auseinandersetzung mit dem seitens der Menschewiki gerade im Zusammenhang mit der Frage der Vereinigung mit dem "Bund" gegen die bolschewistische Fraktion auf dem Parteitag erhobenen Vorwurf der "Abkehr von den Prinzipien des II. Parteitages" machte Lenin gegenüber seinen Anhängern noch einmal ausdrücklich darauf aufmerksam, daß man auf bolschewistischer Seite in einem der eigenen Resolutionsentwürfe für den Kongreß zu einer "Reihe weiterer Zugeständnisse an alle nationalen sozialdemokratischen Parteien" bis einschließlich einer "proportionalen Vertretung in den lokalen, regionalen und zentralen Körperschaften der Partei" (226) bereit gewesen sei, und daß man nunmehr nach der Schaffung der praktischen Voraussetzungen für die Vereinigung mit den nationalen sozialdemokratischen Organisationen in dieser Tatsache nur eine Stärkung der Partei sehen könne, die mit dazu beitrage, "die letzten Spuren des Zirkelwesens auszutilgen" (227).

Hält man sich in diesem Zusammenhang vor Augen, daß für Lenin in seinen Stellungnahmen zur Organisationsfrage innerhalb der RSDRP das Prinzipielle gegenüber dem Technischen von Anfang an eindeutig das Übergewicht hatte, daß er sogar durch die eigenen Organisationsvorstellungen in erster Linie immer den Grundsätzen des revolutionären Sozialdemokratismus gegenüber jeglichen revisionistischen bzw. opportunistischen Einflüssen zum Sieg verhelfen wollte, so erhebt sich die Frage, inwieweit seine in den Vereinigungsverhandlungen signalisierte taktische Beweglichkeit den eigenen sozialdemokratischen Prinzipien zuwiderlief. Diese Frage ist unschwer zu beantworten mit dem Hinweis, daß nicht die letztlich technische Frage der Organisationsstruktur, sondern die Frage des zentralistischen Prinzips eben diesen Grundsätzen zugrunde gelegen hatte und weiterhin lag, wobei über das Nationalitätenproblem, das in den Organisationsfragen impliziert war und gerade vom "Bund" in diesem Zusammenhang auch ständig angesprochen wurde, durch Lenin keinerlei Aussagen gemacht wurden, ja nicht einmal der Versuch unternommen wurde, es mit dem innerhalb der RSDRP anerkannten Recht auf nationale Selbstbestimmung positiv oder negativ in Beziehung zu setzen.

Dennoch läßt sich aus den Diskussionen um Punkt 2 des Vereinigungsprojekts der RSDRP mit dem "Bund" feststellen, daß man seitens der bolschewistischen Delegierten der Forderung nach nationalkultureller Autonomie für die Juden Rußlands zumindest gleichgültiger gegenübergestanden hatte als die Menschewiki, die sich erfolgreich bemühten, die nationale Frage offenzuhalten (228).

Von einem Abweichen der bolschewistischen Fraktion, die sich für die Auf-

nahme des "Bund" in die RSDRP stark engagiert hatte, von den Prinzipien des II. Parteitages konnte aber nicht die Rede sein; ging es doch für sie, wie es Bazarov-Rudnev (Matveev) eindeutig formuliert hatte, allein um "Zustandnisse gegenüber einer gegebenen, konkreten Organisation" angesichts historischer Umstände, die einen solchen Kompromiß notwendig machten (229).

Der "Bund" andererseits stellte nach der Annahme des Vereinigungsentwurfs noch einmal eindeutig fest, daß er, geleitet von den Grundsätzen seines V. und VI. Kongresses und denjenigen seiner VII. Konferenz, die Punkte 1, 2, 4, 5, 7 und 8 zur "unabdingbaren Voraussetzung" seiner Existenz innerhalb der RSDRP mache und daß jede Abänderung dieser Punkte durch einen Parteitag der RSDRP "ohne Zustimmung des "Bund"" seinen sofortigen Austritt aus der Gesamtpartei nach sich ziehen werde (230).

Das ZK des "Bund", dem die endgültige Zustimmung zu den Vereinigungsbedingungen vorbehalten blieb (231), sah sich eigens aus diesem Grunde veranlaßt, einen Parteikongreß einzuberufen und im Hinblick darauf unter allen Parteimitgliedern eine möglichst offene Diskussion zu entfachen, die dann auch während des gesamten Sommers mit einer solchen Leidenschaftlichkeit geführt wurde, daß alle anderen Probleme völlig in den Hintergrund traten (232).

Waren sich auch die "Harten" und die "Weichen", die Gegner und die Befürworter des Vereinigungsstatuts, im Grunde darin einig, daß es den eigenen Vorstellungen in nur unbefriedigendem Maße entspreche, so machte Medem, der Wortführer der "Weichen", gegenüber seinem Hauptkontrahenten Zel'cer-Grosser geltend, daß man trotz prinzipieller Vorbehalte die Tatsache einfach nicht aus den Augen verlieren dürfe, daß man nunmehr im Jahre 1906 lebe und unter revolutionären Bedingungen, die den "Bund" zur Aufgabe seiner Isolation zwingen, wolle er nicht Gefahr laufen, einerseits den Anschluß an die revolutionäre und an die gesamtproletarische Bewegung in Rußland zu verlieren und andererseits von der gesellschaftlichen Entwicklung im Judentum selbst überrollt zu werden (233).

Da das ZK des "Bund" die Wahlen zum VII. Kongreß des "Bund", der vom 5./18. August bis 26. August/8. September 1906 in Lemberg stattfand, unter dem Gesichtspunkt der Vereinigungsfrage durchführen ließ, zeigte der Kongreß bereits durch seine äußere Zusammensetzung, daß die Entscheidung mit deutlicher Mehrheit für den Zusammenschluß mit der RSDRP gefallen war (234).

Obgleich der Kongreß dieser Tatsache Rechnung trug, indem er jeweils nur den "Hauptredner" jeder Richtung zu Wort kommen lassen wollte, zogen sich dennoch die Diskussionen über mehrere Sitzungen hin (235). Am Ende wurde die Resolution zur Vereinigungsfrage mit denselben Mehrheitsverhältnissen angenommen, wie sie die Auswahl der Delegierten für den Kongreß erbracht hatte (236).

Die Resolution (237) ging von der Annahme aus, daß zum Vorteil einer Stärkung der Stellung des Proletariats in Rußland in der gegenwärtigen revolu-

tionären Situation, an der RSDRP wie "Bund" gleichermaßen gelegen sei, ein essentielles Eigeninteresse bestünde, den Streit über die Organisations- und die nationale Frage "in den Rahmen einer einheitlichen Partei zu verlegen" (238).

Sie hob aber zugleich auch den prinzipiell gegensätzlichen Standpunkt in diesen Fragen gegenüber der RSDRP hervor, indem sie entgegen den Auffassungen der Gesamtpartei weiterhin betonte, daß nur eine auf der Grundlage nationaler Organisationen aufgebaute Sozialdemokratie Rußlands den "unterschiedlichen Existenzbedingungen des Proletariats der verschiedenen Nationalitäten" entspreche. Deshalb müsse letztlich immer berücksichtigt werden, daß die Arbeiterklasse jeder Nationalität ausschließlich durch ihre eigene Organisation in den Zentralstellen und den Ortskomitees der Gesamtpartei vertreten werden dürfe, genauso wie diese nationalen Organisationen die dort getroffenen politischen Entscheidungen "selbständig" auf die eigenen nationalen und sozialen Verhältnisse umzusetzen hätten, wie sie ja auch die politischen und gesellschaftlichen Probleme, die aus diesen unterschiedlichen historischen Gegebenheiten erwachsen, ebenfalls "selbständig" lösen müßten (239).

Ferner verwies die Resolution auf die "Widersprüche und Inkonsistenzen" des Vereinigungsstatuts, die vor allem darin beruhten, daß trotz der Anerkennung des "Bund" als "sozialdemokratischer Organisation des jüdischen Proletariats" die Gesamtpartei innerhalb ihrer eigenen Organisation das Nationalitätenprinzip dennoch grundsätzlich ablehne, so daß der "Bund" der "desorganisierenden Tätigkeit einiger Teile der Partei inmitten des jüdischen Proletariats" ausgesetzt sei. Außerdem würden die "vereinigten örtlichen Komitees" nicht auf der Grundlage des proportionalen Vertretungsrechts der einzelnen Organisationen gebildet und dem "Bund" auch nicht das Recht der Juden auf nationalkulturelle Autonomie ausdrücklich zuerkannt (240).

Ging die Resolution auf Grund dieser prinzipiellen Erwägungen und konkreten Bedenken von dem Standpunkt aus, daß das Statut "nicht die für ein normales Parteileben notwendigen Bedingungen" geschaffen habe, so akzeptierte sie es jedoch als eine "Übergangsform der Vereinigung", weil es einerseits den "Bund" wenigstens insoweit als "selbständige Organisation des jüdischen Proletariats" bestätigte, als es diesem Einfluß innerhalb der Zentralstellen der Gesamtpartei und zugleich uneingeschränkte eigene propagandistische, agitatorische und organisatorische Tätigkeit gewähre, und weil andererseits die objektiven Gegebenheiten der historischen Entwicklung in Rußland sowieso eine zunehmende nationale Differenzierung innerhalb der Arbeiterschaft Rußlands deutlich machten, der die RSDRP durch eine organisatorische Umstrukturierung nach nationalen Gesichtspunkten, zu der mit der Aufnahme der SDKPiL, der LSDRP und des "Bund" jetzt bereits der Anfang gemacht worden sei, über kurz oder lang auch prinzipiell Rechnung tragen müsse (241).

Mit der Anerkennung der Opportunität eines Beitritts zur RSDRP fühlte sich

der "Bund" somit in keiner Weise daran gehindert, die eigenen Ansichten über die Organisations- und die nationale Frage innerhalb der Gesamtpartei zu propagieren. Dementsprechend wurde durch den Kongreß zugleich als "nächste Aufgabe" der Kampf für das "Prinzip der proportionalen Vertretung nach Organisationen" in den Ortskomitees der RSDRP und gegen Versuche seitens der örtlichen wie der zentralen Stellen der Gesamtpartei, die Kompetenzen der entsprechenden Institutionen des "Bund" einzuschränken, ins Auge gefaßt (242).

Dies hieß von nun an für die Praxis, daß der "Bund" "als Teil einer einheitlichen Partei Gesamtrußlands und gleichzeitig als selbständige proletarische Organisation des jüdischen Volkes" zu agieren hatte, und dies bedeutete letztlich nichts anderes als den konsequenten Kampf für den Aufbau einer nach Nationalitäten gegliederten RSDRP und für die Anerkennung der nationalkulturellen Autonomie als nationalem Programm der Gesamtpartei für alle Völker Rußlands (243).

Es ist darum auch nicht weiter verwunderlich, daß auf Grund einer solchen Einstellung des "Bund" zur Vereinigungsfrage in der Folgezeit nur der Eintritt in das ZK der RSDRP durch die Entsendung eigener Vertreter vollzogen wurde, während man gleichzeitig alles unterließ, was zu einer Fusion auf örtlicher Ebene führen konnte (244).

d) Der V. Kongreß der RSDRP in London (30. April/13. Mai-19. Mai/1. Juni 1907)

Lenin betrachtete in Kenntnis des vollen Wortlauts der Resolutionen des VII. Kongresses des "Bund" dessen Beitritt zur RSDRP als Schlußstein der Bemühungen um eine "wirklich ganz Rußland umfassende einheitliche Partei", und er zweifelte nicht daran, daß der bereits erfolgten Entsendung bundistischer Vertreter in das ZK der Gesamtpartei die Vereinigung beider Organisationen auf örtlicher Ebene in absehbarer Zeit folgen werde (244a).

Mit Genugtuung konstatierte er außerdem, daß es auch in der von ihm seit der Auflösung der I. Duma nunmehr eingehaltenen taktischen Linie einer bedingten Ablehnung des weiteren Dumaboykotts keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten mit dem "Bund" zu geben schien; denn gleich den Bolschewiki wollte sich jener nur dann an den Wahlen zur II. Duma beteiligen, wenn die RSDRP in der Wahlkampagne "als selbständige Partei" und unter eindeutig revolutionären Aspekten hervortreten könne (245). Die hierfür benötigte "ganz bestimmte, klar abgegrenzte Klassenbasis" bestand für Lenin dabei in erster Linie aus dem Zusammenschluß des gesamten Proletariats aller Nationalitäten Rußlands und aller nationalen sozialdemokratischen Organisationen innerhalb der Gesamtpartei (246).

Die "Erste gesamtrussische Konferenz" in Tammersfors (3. /16. -7. /20. November 1906) offenbarte jedoch größere Meinungsverschiedenheiten zwischen Bolschewiki und "Bund" in der Frage der Taktik der RSDRP im Hinblick auf die bevorstehenden Dumawahlen. Während der "Bund" zusammen

mit den Menschewiki unter bestimmten Umständen "örtliche Absprachen mit revolutionären und oppositionell-demokratischen Parteien" gegen die Rechtsparteien nicht von Anfang ausschließen wollte (247), sprachen sich Bolschewiki, SDKPiL und LSDRP nur für Teilabkommen auf örtlicher Basis zum Zwecke der Mandatssicherung aus. Die hierfür geeigneten Parteien sollten außerdem "unter dem Gesichtspunkt der demokratischen Konsequenz und Entscheidung" ausgesucht werden, was nichts anderes bedeutete, als daß man am ehesten noch mit den Sozialrevolutionären, der PPS und etwa auch den zionistischen Arbeiterparteien bedingt zusammenarbeiten wollte, die Kadetten aber nur im äußersten Falle einer solchen Berücksichtigung für wert erachtete (248).

Sprachen sich die Delegierten des "Bund" zusammen mit den Bolschewiki hinsichtlich der vom mit menschewistischer Mehrheit besetzten ZK vorgelegten "Wahlplattform" (249) auch für die Republik, für den bewaffneten Aufstand und für die ausschließliche Beurteilung der konkreten Handlungen der revolutionären und oppositionellen Parteien in Rußland - von den Sozialrevolutionären bis zu den Kadetten - vom proletarischen Klassenstandpunkt, wie ihn die Sozialdemokratie vertrete, aus (250), so war doch für Lenin von nun an der "ideologische Block aller menschewistischen Sozialdemokraten - einschließlich der Bundisten - mit den Kadetten" zu einem Faktum geworden (251).

Auf dem V. Parteitag der RSDRP in London (30. April/13. Mai-19. Mai/1. Juni 1907) nahm der "Bund" offiziell die "Stellung eines neutralen Zentrums" zwischen den beiden Fraktionen ein, um ein erneutes Auseinanderfallen der RSDRP zu verhindern, aber er stimmte letztlich in den meisten Fragen der Taktik mit den Menschewiki, während die Delegierten der SDKPiL und der LSDRP fast ausschließlich die bolschewistische Gegenposition unterstützten (252), so daß auf Grund dieser Mehrheitsverhältnisse (253) in den entscheidenden Fragen, insbesondere denen der prinzipiellen Einstellung gegenüber den bürgerlichen Parteien (254) und der Duma (255) sowie gegenüber dem "Arbeiterkongreß" (256) und den Gewerkschaften (257), dennoch die Leninschen Auffassungen in den betreffenden Resolutionen ebenso ihren Niederschlag fanden, wie sich Lenin auch in der Frage der zukünftigen Zusammensetzung des ZK mit Hilfe dieser auf dem Kongreß gegebenen Mehrheiten völlig durchzusetzen (258).

Angesichts dieser starken Position der nationalen sozialdemokratischen Organisationen auf dem Parteitag und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß innerhalb der Menschewiki die Ukrainer und Kaukasier eine ausschlaggebende Stellung einnahmen (259), erscheint das erneute Unterlassen einer prinzipiellen Erörterung des Nationalitätenproblems auf dem Kongreß zunächst in einem merkwürdigen Licht.

Hatte auch das ZK der RSDRP diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt (260), so tauchte er in den Tagungsordnungsentwürfen der Bolschewiki und der SDKPiL (261) überhaupt nicht auf, während auf menschewistischer Seite führende Vertreter, wie Martov und Martynov, bzw. direkt betroffene

Organisationen in der Ukraine und im Nordwesten Rußlands, wie die "Spilka", sogar für seine Absetzung von der Tagesordnung plädierten (262).

Da es ebenso nicht im Interesse des "Bund" liegen konnte, diese Problematik ohne vorherige eingehende Erörterung in den Zentralstellen der Gesamtpartei wie in der Parteipresse auf dem Parteitag zu diskutieren, da er vor allem nicht Gefahr laufen wollte, die in seinem Vereinigungsstatut mit der RSDRP ausgehandelte weitgehende praktische Tolerierung der eigenen nationalen Ansichten erneut von den Mehrheitsverhältnissen eines Kongresses abhängig zu machen, für den die Nationalitätenfrage in Rußland letztlich noch immer nicht existent war, sprachen sich auch seine Delegierten dagegen aus (263).

In der Debatte über den Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Dumafraktion kam Medem jedoch insoweit auf die Erörterung des Nationalitätenproblems zurück, als er die praktische Einschätzung dieser Frage innerhalb der Dumapolitik der RSDRP geklärt sehen wollte (264).

Während er in erster Linie die Duma-Fraktion selbst und dabei vor allem deren menschewistische Mitglieder, die der Duma doch im Rahmen ihrer Strategie eine "besonders große organisatorisch-agitatorische Bedeutung" zugemessen hatten, dafür verantwortlich machte, daß bei ihr die "alte Krankheit der Partei", die Ignorierung der in Rußland alltäglich seitens der Autokratie praktizierten nationalen Unterdrückung mit ihrer speziellen Spielart, dem Antisemitismus, festzustellen sei (265), sah Liber die Schuld eindeutig bei der Gesamtpartei, die sich noch immer nicht von ihrem "akademischen Verhältnis zur nationalen Frage" befreit habe, so daß es der Fraktion allein überlassen wurde, von Fall zu Fall einen Standpunkt in dieser Frage zu formulieren. Das habe dazu geführt, daß die RSDRP noch nicht einmal in der Lage gewesen sei, ihre Position gegenüber den anderen Parteien festzulegen (266).

Seitens der übrigen Delegierten des Kongresses fühlte sich niemand betroffen, so daß Reaktionen ausblieben. Allein Dan und Plechanov hielten es überhaupt für wert, das Thema wenigstens aufzunehmen. Während ersterer darauf hinwies, daß es doch letztlich die Aufgabe des Vertreters des "Bund" innerhalb der Duma-Fraktion der RSDRP gewesen sei, im jeweiligen Falle konkreter Diskriminierungen der Juden die anderen Mitglieder zu entsprechenden Demonstrationen aufzufordern (267), besaß für letzteren dieses Problem ebenfalls "keine prinzipielle Bedeutung" (268); denn in einer Fraktion, in der es neben Großrussen, die zwar nicht die nationale, aber dafür "andere Arten der Unterdrückung" zu erdulden hätten, auch "Georgier, Armenier, Letten und Juden" gebe, könne eine solche Unterlassung nur aus zeitweiligen Mißverständnissen und nicht aus echten Meinungsverschiedenheiten resultieren (269). Der offiziellen Rüge des "Bund" an die Duma-Fraktion, daß sie es versäumt habe, in ihrer konkreten Tagespolitik der nationalen Frage den ihr gebührenden Rang einzuräumen und somit den Kontakt mit den werktätigen Massen innerhalb der Nationalitäten nicht genügend gepflegt habe, verbunden mit der Aufforderung zur zukünftigen Berücksichti-

gung des politischen Stellungwertes dieser Problematik (270), schloß sich der Parteitag darum auch ohne Gegenstimme bei einigen Enthaltungen guten Gewissens an (271); war man doch alle Zeit ein Gegner jeglicher Unterdrückung gewesen.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der Tätigkeit der Duma-Fraktion wurde noch an einer anderen Stelle indirekt die nationale Frage angesprochen. Es ging um die Klärung des Verhältnisses zu den polnischen Nationaldemokraten; hierbei zeigte es sich, daß außer dem "Bund" keiner der anderen unmittelbar Betroffenen darin zugleich auch die polnische Frage überhaupt tangiert sah. Für Bolschewiki und SDKPiL stand im Vordergrund allein die Postulierung ihrer prinzipiell negativen Einstellung gegenüber den bürgerlichen Parteien anhand eines konkreten, insbesondere für die ersten zufällig polnischen Falles (272), während die Menschewiki aus ihrer entgegengesetzten taktischen Position heraus die polnischen Nationaldemokraten wie die mit ihnen zeitweilig eng verbundenen russischen Kadetten (273) allein am Grade ihrer oppositionellen Haltung gegenüber der Autokratie messen wollten und deshalb wenig Interesse zeigten zu unterscheiden, inwieweit diese Partei in Polen selbst für die dortigen polnischen und jüdischen Sozialdemokraten politisch akzeptabel sei (274). Den Bundisten hingegen, die in der taktischen Frage interfraktioneller Absprachen mit den Kadetten und den polnischen Nationaldemokraten innerhalb der Duma den Menschewiki näher als den Bolschewiki standen, schien angesichts des Nationalismus der Dmowski-Partei mit seinem deutlichen Antisemitismus in den polnischen Gebieten dennoch eine prinzipielle Ablehnung direkter Verbindungen zu dieser polnischen Partei opportuner zu sein (275).

Bei beiden, im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Fraktion der RSDRP innerhalb der II. Duma aufgeworfenen Problemen gab es letztlich keinen unmittelbaren Anlaß zu einer prinzipiellen Erörterung der Nationalitätenfrage, so daß die Delegierten ihre bereits zu Beginn des Parteitages signalisierte Unlust an einer derartigen Beschäftigung nicht aufzugeben brauchten. Anders schien der Fall des Aufnahmeantrages der Armenischen Sozialdemokratischen Arbeiterorganisation gelagert zu sein; denn wie keine andere nationale sozialdemokratische Organisation Rußlands, die am Eintritt in die RSDRP ein essentielles Interesse zeigte, ähnelte gerade diese Partei in ihren organisatorischen Bestrebungen und nationalen Ansichten dem "Bund", der sie aus diesem Grunde vor seiner Vereinigung mit der RSDRP ständig favorisiert hatte, weshalb sie auch von Menschewiki wie Bolschewiki gleichermaßen von Anfang an mit Mißtrauen betrachtet wurde (276).

Zwar betonte G. G. Ter-Gazarjan (Lerr), indem er taktisch geschickt das eigene nationale Programm unerwähnt ließ, das neben der Forderung nach unbeschränkter Gebietsselbstverwaltung für den Kaukasus und nach politischer Gleichberechtigung für alle dortigen Nationalitäten auch die Berücksichtigung der nationalen Eigentümlichkeiten einer jeden dieser Nationalitäten enthielt (277), nur allgemein die Feindschaft gegenüber jeglichem armenischen Nationalismus, der vor allem durch die "Daşnakcjutjun" reprä-

sentiert werde und ausschließlich bürgerliche Klasseninteressen verfolge (278). Die im Katalog der eigenen Bedingungen für die Vereinigung implizierte Forderung nach Anerkennung der eigenen Partei "als Organisation des armenischen Proletariats, die in ihren Angelegenheiten autonom ist", sowie die Ablehnung des im Programm der RSDRP anerkannten Rechts auf nationale Selbstbestimmung machten indessen unmißverständlich darauf aufmerksam, daß man wie der "Bund" nicht gewillt war, die eigenen organisatorischen und nationalen Vorstellungen aufzugeben (279).

Im Frühjahr 1907 hatte man sich im Bericht an das I.S.B. noch eindeutiger gegeben, das eigene Organisationssystem mit demjenigen des "Bund", der SDKPiL und der LSDRP gleichgesetzt und es nicht als zentralistisch, sondern als demokratisch apostrophiert, was nach eigener Aussage nichts anderes bedeuten sollte, als daß man das Proletariat jeder Nationalität insoweit "einheitlich und selbständig auf nationalem Boden organisiert" sehen wollte, wie sich die "ganze soziale Struktur und die Klassenverhältnisse" der Nationalitäten voneinander unterschieden (280).

Etwas anderes hatte auch der "Bund" niemals gewollt, und die Entscheidung über das Aufnahmebegehren dieser armenischen Gruppe durch den Parteitag mußte demnach zugleich Klarheit über die gegenwärtigen Organisationsvorstellungen geben, die man zwar immer noch an den Prinzipien des II. Parteikongresses (1903) orientierte, die man aber auch zumindest in bezug auf den "Bund" bereits auf dem Stockholmer Parteitag (1906) bewußt durchbrochen hatte.

Die Behandlung des Antrags der Armenischen Sozialdemokratischen Arbeiterorganisation in der dafür zuständigen Kommission machte deutlich, daß Bolschewiki und Menschewiki ihre auf dem vorigen Parteitag eingenommene Haltung zur Frage des Beitritts nationaler sozialdemokratischer Parteien zur RSDRP auf diesem Parteitag im wesentlichen beibehielten.

Für die Bolschewiki war es deshalb auch keine Frage von grundsätzlicher, sondern eher von taktischer Bedeutung, der Aufnahme einer solchen Organisation, die den eigenen politischen Ansichten nicht deutlich entgegenarbeitete, zuzustimmen; zumal deren Vertreter innerhalb der Kommission zu erkennen gegeben hatte, daß man nicht weiterhin auf der anfangs geforderten Nichtanerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung sowie auf Alleinvertretung des gesamten armenischen Proletariats beharre und sich mit der Gewährung der Autonomie in "inneren Angelegenheiten" sowie Selbständigkeit in "Fragen der Propaganda, der Agitation und der Organisation" innerhalb der Generallinie der Gesamtpartei zufriedengebe (281).

Berücksichtigt man allerdings dabei, daß es sich bei dieser nationalen sozialdemokratischen Gruppierung in ähnlicher Weise wie beim "Bund" um eine Partei handelte, die die Arbeiterschaft einer Nationalität, die über kein eigenes zusammenhängendes Territorium verfügte, politisch repräsentieren wollte, so wird sichtbar, daß mit der Aufnahme dieser Organisation das Gebietsprinzip, das der IV. Parteitag gegenüber der SDKPiL und der LSDRP noch ausdrücklich gewahrt sehen wollte, grundsätzlich in Frage ge-

stellt wurde; denn die Gewährung eines gesonderten Statuts für den "Bund" als nationaler sozialdemokratischer Organisation sollte nur als eine vorübergehende Ausnahme von der Regel gelten.

Niemand erkannte deshalb die Gunst der Stunde zur endgültigen Durchsetzung eines föderativen Aufbaus der RSDRP nach Nationalitäten dann auch besser als der "Bund", der sofort bestrebt war, dem von der Kommission gebilligten Vereinigungsentwurf prinzipielle Bedeutung und nicht - wie in ähnlicher Weise auf dem vorhergegangenen Parteitag in bezug auf die eigene Organisation - nur den Charakter eines taktischen Kompromisses zuzumessen (282). Die SDKPiL hingegen, die keinen weiteren Präzedenzfall zulassen wollte, hielt gerade deshalb dieses Projekt, weil es "weder die Föderation noch die Autonomie" beinhalte, für "prinzipiell unannehmbar" (283).

Es blieb allerdings den Menschewiki, d. h. ihren georgischen Parteigängern (Žordanija), überlassen, expressis verbis in diesem dem ZK zur Realisierung überwiesenen Statut (284) die Durchführung des "vollständigen Prinzips der nationalen Organisationen" und somit die Verallgemeinerung des vom IV. Kongreß nur auf den "Bund" speziell gemünzten Ausnahmebeschlusses auf Zeit zu sehen (285). Žordanija machte aus diesem Grunde auch den Vorschlag, das Projekt an das ZK zur weiteren Erörterung unter Hinzuziehung der kaukasischen Organisationen der RSDRP zurückzuüberweisen (286). Als dieses Verzögerungsmanöver durch den Kongreß abgelehnt wurde, erklärten die direkt betroffenen georgischen Delegierten der menschewistischen Fraktion, daß bei Vollzug der Vereinigung mit der Armenischen Sozialdemokratischen Arbeiterorganisation "ohne Zustimmung der kaukasischen Organisationen" letztere sich nicht veranlaßt sähen, diesem Beschluß in ihrem Gebiet Folge zu leisten (287).

Es waren also einmal mehr die Menschewiki gewesen, die die Aufnahme betont nationaler sozialdemokratischer Organisationen in die RSDRP wenn irgend möglich zu verhindern suchten, wobei sich allerdings auf diesem Parteitag angesichts der für sie günstigeren Einstellung des "Bund" gegenüber den tagespolitischen Fragen bei ihnen taktische Überlegungen einerseits und die prinzipiellen Vorbehalte ihrer ukrainischen (288) und georgischen Delegierten in der Nationalitätenfrage andererseits die Waage hielten.

Aber auch auf bolschewistischer Seite war das Interesse an einer weiteren Suche nach Bundesgenossen unter den nationalen Organisationen merklich zurückgegangen, und dies sicherlich weniger auf Grund deren spezifischen nationalen Forderungen als wegen der gewährten Distanz des "Bund" gegenüber den politischen Ansichten der Fraktion Lenins auf dem Parteitag. Sie schien aufzuzeigen, daß vorübergehende Zugeständnisse in der Organisationsfrage bei geflissentlicher Außerachtlassung damit zusammenhängender nationaler Vorstellungen nicht unbedingt und auf Dauer mit gemeinsamer parteipolitischer Komplizenschaft gegen die Menschewiki belohnt wurden, so daß für die Bolschewiki, wie es zumindest ihr Parteigänger Zinovev als Referent der Organisationskommission aussprach, eine Notwendigkeit zur Aufnahme der armenischen Organisation nur noch insoweit gesehen wurde, als man sie nun einmal zur Vereinigung eingeladen hatte (289).

Es bleibt somit festzuhalten, daß im Jahre 1907 weder auf seiten der Menschewiki noch der Bolschewiki irgendein Interesse an einem weiteren Engagement für den Eintritt in die RSDRP begehrende nationale sozialdemokratische Organisationen bestand, die nicht prinzipiell die Organisationsvorstellungen des II. Parteitags (1903) zu akzeptieren bereit waren, wie es die Armenische Sozialdemokratische Arbeiterorganisation in der Nachfolge des "Bund" (290) im Zusammenhang mit ihrem Aufnahmebegehren von Anfang an unmißverständlich deutlich gemacht hatte.

In der Folgezeit wurde der Beschluß des Parteitags hinsichtlich der Vereinigung mit der armenischen Organisation durch das ZK nicht realisiert (291), und zu weiteren Beitrittsverhandlungen kam es überhaupt nicht, obgleich sich bereits auf diesem Parteitag noch eine weitere nationale sozialdemokratische Organisation, die Litauische Sozialdemokratische Partei (LSD), darum bemüht hatte (292), und selbst die Menschewiki - allerdings entgegen den organisatorischen Abmachungen mit der SDKPiL auf dem IV. Parteitag (1906) - mit der Befürwortung einer Aufnahme der PPS (Lewica) in die Gesamtpartei den taktischen Vorteil einer Bundesgenossenschaft mit den nationalen sozialdemokratischen Organisationen bei den Auseinandersetzungen mit den Bolschewiki über ein bloßes engeres Zusammenarbeiten mit dem "Bund" hinaus für sich zu entdecken begannen (293).

Hierbei muß auch erwähnt werden, daß es der RSDRP nicht gelang, eine tatsächliche Vereinigung mit den drei nationalen sozialdemokratischen Organisationen, die sie als Mitglieder akzeptiert hatte, zu vollziehen, so daß in Wahrheit mit der SDKPiL, der LSDRP und dem "Bund" nur eine lose föderative Verbindung bestand. Bolschewiki und Menschewiki gelang es auf Grund ihrer völligen Divergenz in allen prinzipiellen Fragen sowie in der organisatorischen Arbeit in den folgenden Jahren sowieso nicht, ein ernstzunehmendes Gegengewicht durch Schaffung eines festgefügt zentralistischen Kerns innerhalb der RSDRP auf der Basis der von ihnen gleichermaßen theoretisch niemals aufgegebenen Organisationsvorstellungen des II. Parteitags herzustellen (294).

Lenin mußte deshalb auch einige Jahre später eingestehen, daß die revolutionäre Periode, die Jahre 1905-1907, keine einheitliche und schlagkräftige Gesamtpartei, sondern nur "drei getrennte, autonome, nationale sozialdemokratische Organisationen und zwei Fraktionen im engeren Sinne" hinterlassen hatte (295).

In diesem Zusammenhang muß vor allem darauf hingewiesen werden, daß während dieser Zeitspanne außer dem engen Vertrauten Lenins, Šaumjan, niemand aus den Reihen der Bolschewiki wie der Menschewiki den ernsthaften Versuch zu einer theoretischen Bewältigung der Problematik "Nationale Frage und Sozialdemokratie" (296) im Hinblick auf Rußland machte. Dabei muß allerdings der allgemeine Aussagewert der Vorstellungen Šaumjans sehr stark relativiert werden, weil seine Untersuchung innerhalb der Sozialdemokratie Rußlands selbst so gut wie unbekannt blieb, so daß sie als nützlicher Denkansatz gar nicht so ohne weiteres beachtet zu werden brauchte, selbst wenn dazu Bereitschaft bestanden hätte (297).

Šaumjan zweifelte an der Kausalität zwischen kapitalistischer Gesellschaftsordnung und nationaler Frage ebenso wenig wie an dem einschränkenden politischen Vorbehalt, daß nur die Arbeiterschaft und nicht ihr gesellschaftlicher Protagonist, das Bürgertum, als die die historische Weiterentwicklung der Menschheit bestimmende Klasse hinsichtlich dieser Problematik politisches Realitätsbewußtsein besitzen könne (298).

Ausgehend von Kautskys Postulat eines notwendigen Widerspruches zwischen einheitsstaatlichen und nationalen Gegensätzen innerhalb eines sich zu einem kapitalistischen Großraumstaat formierenden Vielvölkerstaates wie Rußland (299), wobei allerdings für ihn außer der Sprache noch "Religion, nationale Traditionen, Sitten und Gebräuche usw." als konstitutive Momente für die Bildung einer Nationalität hinzukamen, folgerte Šaumjan, daß für die Arbeiterschaft gegenüber den nationalen Interessen einer herrschenden wie einer unterdrückten Nationalität keinerlei natürliche Affinität bestehe, weil nicht Konkurrenz, sondern Solidarität und deshalb auch nicht das Prinzip des Nationalismus, sondern allein dasjenige des Internationalismus dessen gesellschaftliches Bewußtsein beherrsche (300).

Wenn jedoch bei Kautsky die Sozialdemokratie in ihrer politischen Praxis innerhalb eines Staates nationale Bestrebungen genauso wie ökonomische Tendenzen - wenn auch nicht aus einem bourgeoisen, so doch aus einem proletarischen Demokratieverständnis heraus - zu berücksichtigen hatte, weil über die endgültige staatsrechtliche Form eines Nationalitätenstaates nicht von vornherein allgemeingültige Aussagen gemacht werden könnten (301), so beförderte Šaumjan diese historisch vorgegebenen Vielvölkerstaaten ohne Zögern zu modernen Großraum- und Einheitsstaaten. Dadurch konnte er von Anfang an ihre Atomisierung bzw. Föderalisierung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der einzelnen Nationalitäten als der historischen Entwicklung entgegenlaufend ablehnen und sich höchstens zu solchen politischen Überlegungen bereit finden, die einen praktischen Ausgleich der in diesen Staaten mit der kapitalistischen Entwicklung notwendigerweise entstehenden Nationalitätenkonflikte anstrebten (302). Šaumjan stellte der politischen Realität der innerhalb eines solchen Staates existenten nationalen Unterdrückungen die "Idee der Demokratie" entgegen, die in ihrer konkreten Füllung für ihn aus der Forderung nach "völliger bürgerlicher Gleichberechtigung für alle Untertanen", nach "völliger Freiheit der Entwicklung der Nationalkultur" und nach dem "Recht auf politische Selbstbestimmung für alle Nationen" zu bestehen hatte (303). Mit der ersten Forderung wollte er die Beseitigung der Möglichkeit jeglicher gesetzlichen Diskriminierung von Nationalitäten innerhalb des Staates beseitigen, mit der zweiten durch die Garantie der ungehinderten Entwicklung der Kultur jeder Nationalität, worunter er vor allem den freien Gebrauch der Muttersprache in sämtlichen gesellschaftlichen Institutionen verstand, die Voraussetzungen für ihre gegenseitige friedliche Assimilation in dem vorgegebenen Staatsrahmen schaffen (304).

Die dritte Forderung wurde dadurch bei ihm zu einem Ausnahmerecht. Separatismus und Föderalismus lehnte er zwar nicht prinzipiell ab, aber ihre

politische Verwirklichung, der die Sozialdemokratie im als notwendig anerkannten Einzelfall, der nicht näher konkretisiert, aber anscheinend nur auf die Möglichkeit der Lostrennung bezogen wurde, nicht entgegenarbeiten durfte, lief den "realen und objektiven Interessen" der betreffenden Nationalität im Grunde entgegen und war allein deshalb denkbar, weil es sich bei dem historisch vorgegebenen Staat um ein bürgerliches Gesellschaftssystem mit ausschließlich diesem immanenten ökonomischen und politischen Repressionsmöglichkeiten handele (305).

Bemerkenswert war jedoch, daß Šaumjan seine allgemeinen Aussagen am Beispiel der Nationalitätenproblematik des Russischen Reiches in einem positiveren Sinne relativierte.

Die Forderung einer Nationalität nach staatlicher Unabhängigkeit oder nach Föderation bzw. nach Autonomie konnte auf Rußland bezogen durchaus auch durch ökonomische und durch daraus resultierende gesellschaftliche Unverträglichkeiten mit anderen dort lebenden Nationalitäten objektiv bedingt sein, so daß eine nationalstaatliche Absonderung für ihn dort historisch denkbar war (306). Föderalismus oder Zentralismus hatten für einen Sozialdemokraten in diesem historischen Zusammenhang nicht als prinzipielle Gegensätze zu gelten, da hier allein die "Frage der politischen Zweckmäßigkeit" für die Organisation des Staates ausschlaggebend sei (307).

Waren nach Šaumjan ausschließlich die "ökonomische und kulturelle Blüte des Landes" und der "Wohlstand der Menschen", die beide wiederum mit den konkreten nationalen und internationalen Klasseninteressen der Arbeiterschaft abzustimmen seien, Richtschnur sozialdemokratischer Politik (308), so bedeutete dies für ihn auf Rußland bezogen, daß die dortige Sozialdemokratie nicht nur "politische Zentralisation", sondern auch "administrative Dezentralisation", wie sie das Programm der RSDRP mit der Forderung nach "Gebietsselbstverwaltung" bereits postuliert habe, innerhalb des zukünftigen demokratischen Staatswesens für die Arbeiterklasse erkämpfen müsse (309).

Da seiner Auffassung nach Föderation und territoriale bzw. nationale Autonomie durch die Verlagerung des politischen Gewichts vom Gesamtstaat auf die einzelnen Nationalitäten Rußlands einer inneren Zerreißprobe aussetzen würden, der es letztlich nicht standhalten könne, betrachtete Šaumjan die Gebietsselbstverwaltung im Sinne des Parteiprogramms für den Kaukasus, Sibirien und andere Teile Rußlands als das eigentliche staatsrechtliche Instrument zur politischen Ausschaltung der aus wirtschaftlichem Konkurrenzdenken des Bürgertums der kleineren Nationalitäten resultierenden nationalen Unabhängigkeitskämpfe (310), während er die §§ 7,8,9 des Parteiprogramms nur in jenem prinzipiellen Sinne erfüllt sehen wollte, wie er es im allgemeinen Teil seiner theoretischen Überlegungen ausgeführt hatte (311).

Die historische Möglichkeit der Föderation, der "Vereinigten Staaten von Rußland", wie sie Kautsky als demokratische Alternative zum Zentralismus der Autokratie und als wirksames politisches Gegenmittel gegen den Separatismus der nichtrussischen Nationalitäten im Interesse des gemeinsamen

revolutionären Kampfes gegen die Selbstherrschaft und der internationalen Klassensolidarität des Proletariats empfahl (312), wurde von Šaumjan gar nicht erst in Erwägung gezogen.

V. SCHLUSSFOLGERUNG

Ausgerechnet mit dem Jahr 1907 unsere Betrachtung zum Thema: Revolutionärer Sozialismus und nationale Frage in der Spätzeit des kaiserlichen Rußlands abubrechen und an sie eine allgemeine Schlußfolgerung über den ideologischen Stellenwert des Nationalismus innerhalb des theoretisch-politischen Gesamtkonzepts der russischen und jüdischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre anzuknüpfen, rechtfertigt sich aus zwei Gründen: Zum einen markierte die gewaltsame Auflösung der II. Duma durch Oktroyierung eines einschränkenden Wahlrechts (3./16. Juni 1907) eine Zäsur in Rußland selbst, weil hiermit auch formal die erste demokratische Phase ihren endgültigen Abschluß fand; zum anderen - und dies scheint für einen historischen Vergleich ungleich wichtiger - offenbarte der etwa zur selben Zeit abgehaltene Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart (18.-24. August 1907) ein deutliches Anwachsen nationaler Vorstellungen innerhalb der Parteien der Zweiten Internationale.

Die Frage nach dem Verhältnis zum eigenen Staat, die sich vor allem die deutschen und französischen Delegierten gegenseitig stellten, als es um die Verabschiedung der Resolutionen über "Militarismus und internationale Konflikte", über die "Kolonialfrage" und über die "Ein- und Auswanderung der Arbeiter" ging (1), veranlaßte nämlich so aufmerksame Beobachter wie den russischen Sozialrevolutionär Černov angesichts der zumeist positiven Antworten zu der sicherlich zutreffenden Feststellung, daß zwar "die nationale Frage nicht auf dem ordre du jour des Kongresses" gestanden, aber "ihr Geist über allen seinen Aktivitäten" geschwebt habe (2).

Fast einmütig widersprachen Kongreßteilnehmer aus den westeuropäischen Nationalstaaten der These Gustave Hervés, daß des dem Proletariat "gleichgültig" sein müsse, "in und unter welcher National- und Regierungsmarke die Kapitalisten es ausbeuten", weil seine Interessen ebenso internationalistisch ausgerichtet seien wie diejenigen seines Klassengegners, der Bourgeoisie (3).

Für den Belgier Vandervelde wie für die Deutschen Bebel und Vollmar, für die Franzosen Vaillant und Jaurès wie für den Schweden Branting und den Italiener Costa bestand "vollkommene Einmütigkeit" in der Auffassung, "daß Nationalität und Internationalität keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen sind" (Branting) (4).

Am Faktum einer so weitgehenden Identifizierung mit dem Staats- und Gesellschaftssystem der eigenen Nationalität vermochte die gleichzeitige Versicherung der totalen Abgrenzung von den Zielen und Praktiken des eigenen Bürgertums wie des Kapitalismus überhaupt faktisch nichts zu ändern. Denn was bedeutete schon die nach wie vor geäußerte Überzeugung von der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse angesichts des nunmehr unverhohlenen Stolzes auf die nationalen kulturellen und zivilisatorischen Leistungen, wie ihn vor allem Jaurès und Vollmar zum Ausdruck brachten,

oder wie er im Zusammenhang mit der Kolonialfrage von holländischen, deutschen und englischen Delegierten (van Kol, Bernstein, David, Mac Donald) bzw. in der Einwanderungsfrage von den australischen und nord-amerikanischen Delegierten gegenüber der gelben Rasse unter Beweis gestellt wurde (5). Kurzum es war nur noch schwerlich an den internationalen Charakter der sozialistischen Bewegung zu glauben.

Eine Umfrage der französischen Zeitschrift "La Vie Socialiste" aus dem Jahre 1905, bei der anlässlich der damaligen Polemik zwischen Hervé und Jaurès an führende europäische Sozialisten, darunter Bernstein, Vaillant, Vandervelde, Bebel, Hervé, Kautsky, Quelch, Plechanov, die Frage nach der Vereinbarkeit von Patriotismus und Internationalismus gerade im Hinblick auf solche Probleme wie Militarismus, Kolonialpolitik, internationale Beziehungen und Krieg, die dann auch auf dem Stuttgarter Kongreß zur Debatte standen, gestellt worden war, hatte deshalb auch schon zu Tage gefördert, daß man innerhalb der Zweiten Internationale wenig gewillt war, die These des "Kommunistischen Manifest" von der Vaterlandslosigkeit des Proletariats weiterhin unreflektiert zu übernehmen oder sogar eingehender theoretisch zu begründen (6).

Abgesehen vom "anarchistischen" Standpunkt Hervés (7) sowie von der differenzierteren Stellungnahme Kautskys, der beiden Begriffen wechselnden gesellschaftlichen Ideologiekarakter zusprach und somit auch für die Arbeiterschaft Vaterland und Internationalität zumindest für die damalige Gegenwart zu essentiellen Momenten ihres Klassenbewußtseins machte (8), war es ausschließlich Plechanov gewesen, der die von Jaurès behauptete historische Individualität des Vaterlandes negierte, weil er das Individuum als "biologische Kategorie" und nur die Nationalität als "historische Kategorie" gelten ließ, so daß für ihn "diese beiden Begriffe nicht vergleichbar" waren (9).

Plechanov ging von der Annahme aus, daß die "kulturellen Errungenschaften eines Volkes, seine Zivilisation etwas anderes als das "Vaterland"" darstellten, wie ja auch "Kapital" und "Produktionsmittel" etwas Verschiedenartiges seien. Somit mußte für ihn das Proletariat, dem im kapitalistischen Vaterland der Bourgeoisie ein Eigentum an Produktionsmitteln verwehrt bleibe, in seinem gesellschaftlichen Emanzipationskampf zu einer höheren Gesellschaftsideologie als derjenigen des Nationalismus gelangen, d.h. es mußte mit historischer Notwendigkeit zur "unvergleichbar weiteren Idee der Menschheit" vorstoßen (10).

Für Plechanov konnte ein "reiner Patriotismus" im Sinne einer nationalen Solidarität aller Klassen nur unter zwei historischen Bedingungen überhaupt möglich sein: erstens bei einem "unterentwickelten Zustand des Klassenkampfes" und zweitens beim "Fehlen einer großen und offensichtlichen Gleichartigkeit in der Situation der unterdrückten Klassen zweier oder einiger "Vaterländer"" (11).

In einer revolutionären Phase des Klassenkampfes wie der gegenwärtigen

jedoch, in der das Proletariat als die unterdrückte Klasse sich seiner sozialen Interessenidentität mit der Arbeiterklasse der anderen Nationalitäten immer bewußter werde, so daß der gesellschaftliche Klassenantagonismus gegenüber der Bourgeoisie der eigenen Nationalität immer stärker seine politischen Vorstellungen zu prägen beginne, verlor in der Vorstellung Plechanovs die "Idee des Vaterlandes" ihren ideologischen Realitätscharakter (12).

Wenn der Kapitalismus selbst darüber hinaus letztlich nach dem Weltmarkt strebte und damit den nationalen Rahmen sprengte, dann mußte nach Auffassung Plechanovs die sozialistische Revolution, die dieser bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein Ende setzen werde, notwendigerweise im Weltmaßstab ablaufen und ihr historischer Träger, die Arbeiter-schaft, mußte den Patriotismus zugunsten der "unendlich weiteren Idee der Solidarität der Menschheit, d.h. "der Proletarier aller Länder"" aufgeben; denn mit dem Anwachsen der Arbeiterbewegung weiche die "Psychologie des Patriotismus" immer mehr der "Psychologie des Internationalismus" (13).

War somit in allen außenpolitischen Fragen, die die Staaten in der Gegenwart beherrschten, für die internationale Arbeiterklasse: "Salus revolutionae-suprema lex" (14), dann gab es in den Augen Plechanovs für sie im Hinblick auf die Möglichkeit eines "Krieges zwischen zivilisierten Völkern" nur zwei politische Alternativen, die beide einen Militärstreik im Sinne Hervès ausschlossen: Im Falle eines Krieges zwischen gesellschaftlich unterschiedlich hoch entwickelten Staaten müsse die Gefahr ausgeschlossen werden, daß der rückständige Staat den Sieg davontrage (15); im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung unter Staaten mit einer "beträchtlich entwickelte Arbeiterbewegung" sei indessen ein solcher Streik ein untaugliches Mittel, da daß "revolutionäre Proletariat... doch immer und sogar unabhängig om Krieg die Revolution anstreben" solle, so daß die Frage des geeigneten Zeitpunkts für den revolutionären Kampf nicht von der Zufälligkeit eines Krieges, sondern vielmehr vom gesellschaftlichen Reifegrad der Arbeiterklasse selbst abhängig sei und deshalb auch nicht durch eine solche "stereotype Formel" für immer und überall beantwortet werden könne (16).

Im Vergleich zu seinen Ausführungen auf dem Züricher Sozialistenkongreß (1893) zur selben Problematik fällt bei Plechanov seine jetzt abgewogenere Stellungnahme zur Problematik des politischen Engagements der Arbeiterklasse im Kriegsfall auf. Weil er damals seine völlig negative Einstellung gegenüber dem Militärstreik ausschließlich mit dem Hinweis auf die Existenz des Zarenreiches begründete (17), erhebt sich die Frage, inwieweit Plechanov sich nunmehr bereits mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in Rußland identifizierte, wie es bei ihm zu Beginn des 1. Weltkriegs in direkter Umkehrung seiner politischen und sozialen Prämissen von 1893 dann deutlich hervortreten sollte (18).

Für einen solchen Sinneswandel lassen sich jedoch jetzt noch keinerlei Ansätze finden, obgleich dies unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse

in Rußland in der Mitte des Jahres 1905 durchaus natürlich gewesen wäre; denn dort, wo es direkt um Rußland ging, war seine Haltung zumindest noch während des russisch-japanischen Krieges fast wortwörtlich dieselbe wie 1893 (19), und auch für die folgenden Jahre lassen sich hierfür keinerlei Anhaltspunkte auffinden (20).

Da der so streng internationalistisch ausgerichtete Sozialdemokrat Plechanov jedoch andererseits in folgerichtiger Auslegung des "Kommunistischen Manifests" davon ausging, "daß das bewußte Proletariat überhaupt nicht im bourgeoisien Sinne dieses Wortes national ist", er aber dennoch, weil "das Proletariat vor allem mit seiner eigenen Bourgeoisie zurechtkommen muß", einen "proletarischen "Nationalismus"" als historisch berechtigt anerkannte, dem durchaus der bürgerliche Nationalstaat, d.h. die Nation, die "durch geographische und politische und überhaupt nicht durch Volksstammes- oder Rassenmerkmale bestimmt" sei, zugrunde liege (21), läßt sich aus dem zuvor Aufgezeigten erschließen, daß bei ihm der Nationalismus als gesellschaftlicher Integrationsfaktor noch immer keine ideologische Bedeutung besaß.

Nichts anderes läßt sich bei anderen russischen Sozialdemokraten feststellen.

Martov benutzte auf dem Amsterdamer Sozialistenkongreß (1904) den Vorwurf des belgischen Delegierten Anseele, daß es den Sozialisten Rußlands, Bulgariens, Spaniens, Polens, Japans "sehr leicht" falle, "die Verantwortlichkeit für die Regierung abzulehnen", weil für sie als Minorität im eigenen Lande eine solche "sozialistische Praxis" noch gar keinen Realitätscharakter besitze (22), um gegen einen solchen "nationalen Sozialismus", der in Wahrheit für ihn eine Abkehr vom internationalen Sozialismus bedeutete, ins Feld zu führen, daß die Frage: "nationaler oder internationaler Sozialismus" ausschließlich die Alternative: Opportunismus oder revolutionärer Sozialdemokratismus beinhalte. Für die Vertreter des Proletariats Rußlands sei aus diesem Grunde nach wie vor nur die "Entwicklung des universalen Klassenkampfes für die sozialistische Revolution" von wesentlichem Interesse, und dies bedeutete für ihn zunächst einmal den weiterhin unbittlichen Kampf gegen den "schlimmsten Feind des Weltsozialismus - die russische Selbstherrschaft" (23).

Verhinderte aber die fortschrittsfeindliche Existenz einer historisch überholten Gesellschaftsordnung in Rußland für dessen Sozialdemokratie jegliches positive Verhältnis zu einem spezifisch russischen Nationalismus, dann mußte der revolutionäre Kampf gegen die Autokratie selbst notwendigerweise dieses gesellschaftsintegrierende ideologische Moment beinhalten. Insbesondere A.N.Potresov machte das deutlich, als er 1904 konstatierte: "Die patriotische Initiative der Unterdrückten ist die primäre Form der politischen Agitation der Bürger" (24).

Im Hinblick auf Rußland sah Potresov eine historische Wechselbeziehung und Identität zwischen dem Patriotismus des Volkes und der gesellschaftlichen Bewegung gegen die Autokratie, die mit dem Auftritt der Arbeiter-

klasse auf der politischen Bühne ihren revolutionären Höhepunkt erreicht habe. Abschließend folgerte er: "Der Revolutionismus wurde zum notwendigen Attribut des Patriotismus; der Patriotismus ging im Revolutionismus auf" (25).

Die Sozialdemokratie Rußlands als die Partei des Proletariats handelte somit für ihn "patriotisch par excellence" weil sie, obgleich sie "ihrem Wesen nach international" sei, durch ihre nationale Aufgabe, den patriotischen Kampf gegen die Autokratie, ihrer "internationalen Sache" zum Sieg verhelfe; denn nur der Patriotismus stelle seine historische Legitimität unter Beweis, der das eigene Volk in einem möglichst großen Umfange am "universalen Prozeß der gesellschaftlichen Umgestaltung" beteilige (26).

Ebenso war für Lenin im Zusammenhang mit seiner Hoffnung auf eine militärische Niederlage Rußlands im russisch-japanischen Krieg diese Kausalverknüpfung zwischen der "Sache der russischen Freiheit" und dem "Kampf des russischen (und des internationalen) Proletariats für den Sozialismus" weiterhin gegeben; wurde doch auch bei ihm der Fall des "sichersten Bollwerks der europäischen Reaktion", der Autokratie, mit einem "neuen revolutionären Aufschwung des europäischen Proletariats" gleichgesetzt (27).

Indem er für diesen Krieg nicht das "russische Volk", sondern allein die "Selbstherrschaft" verantwortlich machte und den Sieg Japans im Einklang mit dem historischen Fortschritt der menschlichen Zivilisation und somit auch in Übereinstimmung mit dem nationalen Interesse der Arbeiterklasse Rußlands sah (28), legte auch er jenen negativen Nationalismus an den Tag, der einem revolutionären Internationalismus entsprechen sollte, aber letztlich nichts anderes war als ein unspezifischer Kosmopolitismus. Dieser erhielt jedoch dort seine ideologische Qualität als zukünftiger integraler Nationalismus, wo Lenin die "russische Revolution" zum "Vorspiel einer europäischen Revolution" (29) umdeutete, weil hiermit zumindest ansatzweise das Erreichen des europäischen Zivilisationsniveaus angedeutet wurde, auf dessen Grundlage die Arbeiterschaft Rußlands ab jetzt ein nationales Bewußtsein entwickeln konnte, das nach der Revolution die in Rußland bestehende Kluft zwischen Gesellschaft und Staat zu überwinden imstande war.

Die von Rosa Luxemburg, Lenin und Martov auf dem Stuttgarter Sozialistenkongreß eingebrachten Abänderungsvorschläge zur Bebel'schen Resolution zum Tagungsordnungspunkt "Militarismus und internationale Konflikte", die u. a. dazu aufriefen, die im Falle von Kriegen entstehende "wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen" (30), bewiesen nicht zuletzt, daß für Bolschewiki und Menschewiki gleichermaßen auch nach ihrer konkreten revolutionären Tätigkeit in den zurückliegenden Jahren nicht der geringste Anlaß bestand, ihren revolutionären Absolutheitsanspruch auf Grund eigener nationaler Vorstellungen zu relativieren, wie es bei den meisten westeuropäischen sozialistischen Parteien praktisch längst der Fall war.

Lenin machte dies ein Jahr später noch einmal unmißverständlich deutlich, als er sich im Rückblick auf den Stuttgarter Kongreß mit den schädlichen Einflüssen auf das "sozialistische Proletariat in Westeuropa" beschäftigte, die insbesondere in den "opportunistischen Tendenzen" innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und in der "anarchistischen Phrasendrescherei" der Gruppe um Hervé zutage getreten seien (31). Indem er weder die durch Bebel und Vollmar geforderte Vaterlandsverteidigung im Falle eines Angriffskrieges noch die Hervé'sche These von der völligen Losgelöstheit der Arbeiterklasse vom eigenen Vaterland zu akzeptieren gewillt war, da für ihn das "gegebene politische, kulturelle und soziale Milieu" den "stärksten Faktor im Klassenkampf des Proletariats" darstellte (32), zeigte er auf, daß auch für die Sozialdemokratie Rußlands die Frage der Identifizierung mit dem eigenen Vaterland bei aller Negation eines "bürgerlichen" Nationalismus in erster Linie eine Frage des Entwicklungsgrades der eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse war.

Aus der fehlenden Aktualität eines Nationalismus, der noch völlig im revolutionären Kampf gegen die Selbstherrschaft aufging, ergab sich deshalb auch das abstrakte Demokratieverständnis der RSDRP. Ihr fortbestehendes Unverhältnis zur Nationalitätenfrage in Rußland war infolgedessen trotz aller negativen Stellungnahmen nach wie vor nicht aus einem spezifisch russischen Nationalismus zu erklären, sondern aus der totalen Diskrepanz ihrer politischen und sozialen Vorstellungen mit den historischen Gegebenheiten in Rußland, die einen revolutionären Absolutheitsanspruch provozieren mußte.

Das im Eingangskapitel konstatierte Defizit an praktischen demokratischen Vorstellungen in bezug auf Rußland, das pauschal durch den internationalen Kampf für eine sozialistische Gesellschaftsordnung kompensiert worden war, läßt sich somit auch in dem von uns näher betrachteten Zeitraum als symptomatisch nachweisen. Es beweist deutlich, welche Kluft die RSDRP noch zu überwinden hatte, um in der Wirklichkeit des damaligen russischen Staates Fuß fassen zu können; denn eine bloße theoretische oder praktische Gleichsetzung der demokratischen und sozialistischen Phase im Hinblick auf die Zeit nach dem Sturz der Autokratie auf der Grundlage eines auf der Höhe der geschichtlichen Entwicklung stehenden sozialistischen Internationalismus implizierte einen so hohen Abstraktionsgrad im Vergleich zu der konkreten inner- und außerrussischen Entwicklung, daß man hinsichtlich der nationalen Frage sicherlich nicht zu unrecht davon sprechen kann, daß sich der innerhalb der RSDRP verfochtene Zentralismus im Grunde noch im revolutionären Vorfeld der für Rußland tatsächlich zu entscheidenden politischen Alternative: Nationalstaat oder Nationalitätenstaat bewegte.

Nicht anders verhielt es sich mit den russischen Sozialrevolutionären, deren allgemein am werktätigen Volk orientierter revolutionärer Aktionismus mit seinem Ad-hoc-Sozialismus zwar weniger auf marxistische Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit Rücksicht zu

nehmen brauchte, so daß Černov den Sieg des Nationalismus auf dem Stuttgarter Kongreß auch als einen Beweis für die Richtigkeit der Vereinbarkeit der sozialrevolutionären Vorstellungen von der historischen Individualität der Nationalitäten mit dem sozialistischen Internationalismus feiern konnte (33). In der Praxis jedoch war ihr Verhältnis zum demokratischen Recht auf nationale Selbstbestimmung trotz der uneingeschränkten Unterstützung der revolutionären Bewegungen innerhalb der nichtrussischen Nationalitäten ebenso abstrakt geblieben wie dasjenige ihres sozialdemokratischen Konkurrenten; denn die von ihnen aufgestellten Forderungen nach Autonomie und Föderation trafen sich mit dem Zentralismus der RSDRP ebenfalls im revolutionären Vorfeld des Nationalismus und waren im Hinblick auf die Alternative der Zukunft: Nationalstaat oder Nationalitätenstaat damit gleich diesem vorerst noch ohne konkreten Inhalt.



ANMERKUNGEN

Vorwort

- 1) Nationalism. A Report by a Study Group of Members of the Royal Institute of International Affairs, London 1963², XIII, XVII f;
- 2) Krockow, Christian Graf von, Nationalismus als deutsches Problem, München 1970, S. 18;
- 3) s. vor allem: Deutsch, Karl W., Nationalism and Social Communication, Cambridge (Mass.) 1953, 1966² (s. dazu auch: Mommsen, Hans, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. IV, Freiburg/i. B. 1971, S. 644 - 647);
- 4) Meinecke, Friedrich, Weltbürgertum und Nationalstaat, München 1962, S. 10 - 21;

I. Der Nationalismus als Ideologieproblem innerhalb des russischen Sozialismus

- 1) Zum Begriff der "intelligencija" s. Malia, Martin, Was ist die Intelligentsia ? in: Pipes, R., Die russische Intelligentsia, Stuttgart 1962, S. 11 - 32 u. Müller, Otto W., Intelligencija. Untersuchungen zur Geschichte eines politischen Schlagworts, Frankfurt/M. 1971;
- 2) Lemberg, Hans, Die nationale Gedankenwelt der Dekabristen, Köln-Graz 1963, S. 34;
- 3) s. im einzelnen die obige Arbeit Hans Lembergs;
- 4) Nationalism, A Report, S. 67;
- 5) Stökl, Günther, Russische Geschichte, 2. erw. Aufl., Stuttgart 1965, S. 452;
- 6) s. Lemberg, Hans, a.a.O., S. 19 (Dort auch Verweis auf weiterführende Literatur) und Anm. 27, S. 28;
- 7) Pfalzgraf, Konrad, Die Politisierung und Radikalisierung des Problems Rußland und Europa bei N.J. Danilevskij; in: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte, Bd. 1 (1954), S. 60;
- 8) Kohn, Hans, Die Slawen und der Westen, Wien-München 1956, S. 123;
- 9) Haxthausen, August, Fhr. v., Studien über die inneren Zustände, das Volksleben und insbesondere die ländlichen Einrichtungen Rußlands, Hannover, Bd. I, II 1847, Bd. III 1852;
- 10) Gercen (Herzen), A.J., La Russie (An G. Herwegh, 25. August 1849); in: Gercen, A.J., Sobranie sočinenij v tricati tomach, t. VI, Moskva 1955, S. 163. Über die "obščina" s. vor allem: Ders., Du développement des idées révolutionnaires en Russie; in: ebenda, t. VII, Moskva 1956, S. 128 - 132;

ANMERKUNGEN zu Kap. I

- 11) Gercen (Herzen), *Le peuple russe et la socialisme. Lettre à Monsieur J. Michelet* (22. Sept. 1851); in: ebenda, t. VII, Moskva 1956, S. 291;
- 12) Gercen (Herzen), *La Russie*; in: a.a.O., S. 168;
- 13) a.a.O., S. 171, 182 f;
- 14) a.a.O., S. 183, s. dazu auch: Ders., *Du développement des idées révolutionnaires en Russie*; in: ebenda, t. VII, S. 9 - 132;
- 15) s.u.a. seinen in Köthen nach dem Slawenkongreß in Prag verfaßten "Aufruf an die Slawen"; s. Rauch, *Rußland: Staatliche Einheit und nationale Vielfalt*, München 1953, S. 85; s. auch: Posse, V., *Nacional' naja avtonomija i vseмирnaja avtonomija*, S.-Peterburg 1906, S. 46 - 50;
- 16) Gercen (Herzen), *La Russie*; in: a.a.O., S. 183 - 185, 228 u. Ders., *Le peuple Russe et le socialisme*; in: a.a.O., S. 277 - 281;
- 17) Gercen (Herzen), *Le peuple Russe et le socialisme*; in: a.a.O., S. 287 - 291;
- 18) a.a.O., S. 281;
- 19) s. im folg. Lawrow, Peter, *Historische Briefe*, Berlin-Bern 1901;
- 20) a.a.O., S. 111 (Brief 5 "Das Wirken der Persönlichkeiten");
- 21) a.a.O., S. 112;
- 22) a.a.O., S. 125;
- 23) ebenda;
- 24) a.a.O., S. 128 (Brief 6 "Cultur und Gedanke");
- 25) a.a.O., S. 138 f;
- 26) a.a.O., S. 147 f (Brief 7 "Die Persönlichkeiten und die Gesellschaftsformen");
- 27) a.a.O., S. 208 f (Brief 11 "Die Nationalitäten in der Geschichte");
- 28) a.a.O., S. 209;
- 29) a.a.O., S. 210;
- 30) a.a.O., S. 211 - 217;
- 31) a.a.O., S. 217;
- 32) a.a.O., S. 219 - 222;
- 33) a.a.O., S. 220 - 222;
- 34) s. dazu vor allem, a.a.O., S. 240 - 270 (Brief 13 "Der Staat");
- 35) a.a.O., S. 274 - 285 (Brief 14 "Die natürlichen Grenzen des Staates");
- 36) Abstrakt aus dem Grunde, weil eine fortschrittliche Nationalität immer auch zugleich mit der Mehrheit einer solchen Nationalität, die sich zu separieren versucht, übereinstimmt und somit nur gegen eine Minderheit, die die Mehrheit vom Fortschritt abzuhalten versucht, ankämpft. (Kampf gegen eine Klasse nicht gegen die gesamte Nationalität), a.a.O., S. 284;
- 37) a.a.O., S. 283 - 285;

ANMERKUNGEN zu Kap. I

- 38) s. Thun, Alphons, Die Geschichte der revolutionären Bewegungen in Rußland, Leipzig 1883, S. 71;
- 39) s. Pipes, Richard, Russian Marxism and Its Populist Background: The late Nineteenth Century; in: Russian Review, vol. 19, No. 4 (Oktober 1960), S. 326 f;
- 40) s. dazu vor allem das Programm des "Vpered" (1873) und überhaupt die in dieser Zeitschrift in den Jahren 1873 - 1876 entwickelten Vorstellungen; s. Thun, a.a.O., S. 70 - 72; Pipes, a.a.O., S. 326 f;
- 41) Plechanov, G.V., Naši raznoglasija (1884); in: Plechanov, Izbrannye filosofskie proizvedenija, Moskva 1956, t. I, S. 196 - 198;
- 42) a.a.O., S. 198;
- 43) K šestidesjatoj godovščine smerti Ggelja (1891), in: a.a.O., S. 450;
- 44) Pervye fazy učenija o klassovoj borbe (1898), in: ebenda, t. II, S. 478 f;
- 45) Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 4, Berlin 1964, S. 462;
- 46) s. Sombart, Werner, Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert, Wien 1966, S. 15 f (Sombart hielt diese Vortragsreihe 1896 in Zürich);
- 47) Plechanov, a.a.O., S. 479;
- 48) (Plechanov) Ot redakcii; in: Černyj peredel, Nr. 1 (15. Jan. 1880). Wiederabgedruckt in: Plechanov, Sočinenija, Moskva-Petrograd 1923, t. I, S. 108 f;
- 49) s. die sozialdemokratischen Programmentwürfe Plechanovs aus den Jahren 1884 und 1887; in: Plechanov, (Izbrannye filosofskie proizvedenija, t. I, S. 373 bzw. 378;
- 50) ebenda;
- 51) a.a.O., S. 379;
- 52) a.a.O., S. 374 bzw. 380;
- 53) Plechanov, Socializm i političeskaja bor'ba (1883); in ebenda, S. 110;
- 54) ebenda; s. Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 493;
- 55) ebenda;
- 56) s. das erste Vorwort Marx' zum "Kapital" (1867), in: MEW, Bd. 23, S. 12;
- 57) Plechanov, Naši raznoglasija (1884), in: ebenda, S. 135 f; bei Marx: "Eine Nation soll und kann von der anderen lernen. Auch wenn die Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist - und es ist der letzte Endzweck dieses Werks, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen -, kann sie

ANMERKUNGEN zu Kap. I

naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern", a. a. O. S. 15 f;

- 58) Plechanov, a. a. O., S. 353;
- 59) ebenda; vgl. dazu Engels' Vorbemerkung zur 3. Auflage seiner Schrift "Der deutsche Bauernkrieg" (1875); in MEW, Bd. 18, S. 516 f, vgl. dazu auch Lenin unten S. 23 f;
- 60) Plechanov, Vnutrennee obozrenie (Russkaja žizn' v 1890 g); in: Plechanov, Sočinenija, t. III, 285;
- 61) ebenda;
- 62) Plechanov, Novyj zaščitnik samodržavija, ili gore g. L. Tichomirova (1889); in: Plechanov, Izbr. fil. proizvedenija, t. I, S. 403 f;
- 63) Plechanov, Reč na Meždunarodnom rabočem socialističeskom kongresse v Pariže (1889); in: ebenda, S. 418 - 421;
- 64) ebenda;
- 65) Im Zusammenhang mit der Revolution 1848/49, dem Panslawismus und dem Krimkrieg s. MEW, Bd. 6, S. 171 f, 286 u. 513 - 515; Bd. 8, S. 53 f; Bd. 9, S. 17, 236 f; Bd. 11, S. 197; Bd. 16, S. 157 - 159; mit der Polenfrage: Bd. 4, S. 524; Bd. 5, S. 322 - 334; Bd. 16, S. 155 - 159, 204; Bd. 18, S. 526 f, 574 f; Bd. 34, S. 175; mit der deutschen Frage: Bd. 5, S. 42, 105, 202, 397; Bd. 13, 604 f; 610 f; Bd. 29, S. 432; Bd. 30, S. 334 f. Vgl. auch: Rjasanoff, N., Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Rußlands in Europa; in: Ergänzungshefte zur Neuen Zeit, Nr. 5 (1908/09); Krause, Helmut, Marx und Engels und das zeitgenössische Rußland. Gießen 1958; Rubel, M., La Russie dans l'oeuvre de Marx et d'Engels; in: La Revue Socialiste, Nouvelle Série 48 (1951), S. 219 - 235. Zu Bebel und Liebknecht s. in erster Linie: Bebel, A., Deutschland, Rußland und die orientalische Frage; in: Neue Zeit (NZ) (1886), S. 502 - 515 u. Liebknecht, W., Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosakisch werden? Leipzig 1878²;
- 66) Plechanov, Voennyj vopros na Kongresse v Cjuriche (1893); in: Plechanov, Sočinenija, t. IV, S. 161 - 165 bzw. Iz protokolov meždunarodnogo socialističeskogo rabočego kongressa v Cjuriche 6 - 12 avgusta 1893 g.; in: a. a. O., S. 329 - 332; s. auch: Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in der Tonhalle Zürich v. 6. - 12. 8. 1893, Zürich 1894, S. 20 f und 29 f;
- 67) Iz protokolov ...; in: a. a. O., S. 329; Protokoll ..., S. 20;
- 68) Plechanov, Voennyj vopros ..., in: a. a. O., S. 161 f; Iz protokolov ...; in: a. a. O., S. 330 f; Protokoll ..., S. 20 f;
- 69) Plechanov, Voennyj vopros ...; in: a. a. O., S. 163 f; Iz protokolov ...; in: a. a. O., S. 330 - 332; Protokoll ... S. 29 f;

ANMERKUNGEN zu Kap. I

- 70) Plechanov, Voennyj vopros ...; in: a.a.O., S. 163 f; Iz protokolov ...; in: a.a.O., S. 331; Protokoll ... S. 29;
- 71) Plechanov, Voennyj vopros ...; in: a.a.O., S. 164 ("In unserem unglücklichen Land liegen die Interessen der Nation den Interessen der Regierung diametral gegenüber. Alles was zum Nutzen der letzteren unternommen wird, ist ein Verlust für die Nation und umgekehrt alles, was die Regierung untergräbt, ist von Nutzen für das Volk");
- 72) s. Geyer, Dietrich, Lenin in der russischen Sozialdemokratie. Köln-Graz 1962, S. 1 - 15;
- 73) Lenin, Was sind die "Volksfreunde" und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten ? (1894); in: Lenin, Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 152;
- 74) s. Plechanov, Izbr. fil. proizvedenija, t. I, S. 66;
- 75) Lenin, a.a.O., S. 272;
- 76) ebenda;
- 77) Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates (1884);
- 78) s. insbesondere Michajlovskij, N.K., Literatura i žizn', in: Russkoe bogatstvo, Nr. 1 (1894), S. 102 - 122;
- 79) Lenin, a.a.O., S. 145;
- 80) Michajlovskij, a.a.O., S. 109; s. Lenin, a.a.O., S. 145 f;
- 81) Lenin, a.a.O., S. 146 f. "Da es die kapitalistischen Kaufleute waren, die diesen Prozeß lenkten und beherrschten, so bedeutete die Schaffung dieser nationalen Bindung nichts anderes als die Schaffung bürgerlicher Bindungen", Lenin, a.a.O., S. 147; s. auch Lenin, Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik (1897); in: Lenin, Werke, Bd. 2, S. 209 f;
- 82) Michajlovskij, a.a.O., S. 109 f; Lenin, a.a.O., S. 147. Über diesen "Dämon" s. Michajlovskij, Literatura i žizn', in: Russkoe bogatstvo, Nr. 11 (1893), S. 52 - 77;
- 83) Lenin, a.a.O., S. 147;
- 84) Lenin a.a.O., S. 148; s. auch Lenin, Entwurf und Erläuterung des Programms der sozialdemokratischen Partei; in: Lenin, Werke Bd. 2, S. 88 und 101 f;
- 85) Lenin, Auf welches Erbe verzichten wir ? (1897); in: Lenin, Werke Bd. 2, S. 528 - 537. "Bei seinem Kampf gegen den Kapitalismus, den er vom romantischen kleinbürgerlichen Standpunkt aus führt, wirft der Volksführer allen historischen Realismus über Bord und stellt stets neben die kapitalistische Wirklichkeit eine Fiktion vorkapitalistischer Zustände", Lenin, a.a.O., S. 529;
- 86) Lenin, Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten (1897); in: Lenin Werke, Bd. 2, S. 335 f; s. auch Lenin, Werke Bd. 2, S. 89 und Bd. 4,

ANMERKUNGEN zu Kap. I

- S. 171 und im folgenden auch: Entwurf und Erläuterung des Programms der Sozialdemokratie Rußlands (1895/96); in: Lenin, Werke, Bd. 2, S. 87 - 114;
- 87) Lenin, a.a.O., S. 337;
- 88) a.a.O., S. 338;
- 89) ebenda;
- 90) a.a.O., S. 338 f;
- 91) Lenin, Unser Programm (1899); in: Lenin, Werke, Bd. 4, S. 208;
- 92) Lenin, Entwurf und Erläuterung des Programms der sozialdemokratischen Partei; in: Lenin, Werke, Bd. 2, S. 89;
- 93) a.a.O., S. 88;
- 94) a.a.O., S. 101 f;
- 95) Lenin, Friedrich Engels; in: Lenin, Werke, Bd. 2, S. 13;
- 96) Lenin, a.a.O., S. 13 f; s. auch: Lenin, Der China-Krieg (1900); in: Werke, Bd. 4, S. 371 - 376 und Der Protest des finnischen Volkes (1901), in: Werke, Bd. 5, S. 311 - 316;
- 97) s. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 357 - 551;
- 98) a.a.O., S. 379;
- 99) a.a.O., S. 380. War damit auch in erster Linie der Ökonomismus gemeint, so zeigte die Erweiterung dieses Begriffes zum Opportunismus, unter den besonders Lenin auch den Nationalismus nichtrussische Sozialdemokraten subsumierte, s. Hauptteil, daß es sich um ein und dieselbe ideologische Wurzel handelte;
- 100) ebenda;
- 101) ebenda;
- 102) s. F. Engels' Vorbemerkung zur 3. Auflage seines Buches "Der deutsche Bauernkrieg" von 1875; in: MEW, Bd. 18, S. 516 f;
- 103) Lenin, a.a.O., S. 381 - 383;
- 104) Kautskij, Karl (Kautsky, Karl), Slavjane i revoljucija; in: "Iskra", Nr. 18 (10./23. März 1902). Deutscher Originaltext in: Märzfeier 1902, Festschrift der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand zum Gedenktag der Revolution von 1848.
Im Gegensatz zu Dietrich Geyer, Lenin und der deutsche Sozialismus; in: Markert, Werner (Hrg.), Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart, Stuttgart 1964, S. 86 f, nimmt der Verfasser nicht zuletzt wegen des durchaus selbständigen Bezugs auf Engel an, auf den auch Plechanov bereits in ähnlicher Weise rekurrierte, daß Lenin die Kautskysche Argumentation allenfalls noch als eine nachträgliche Rechtfertigung seiner Thesen berücksichtigte, zumal er ihn nicht wie sonst namentlich erwähnte;
- 105) ebenda;
- 106) ebenda;
- 107) ebenda;

II. Die divergierenden Auffassungen zwischen "Iskra" und "Bund" in der Organisationsfrage vor dem Hintergrund des jüdischen Nationalitätsproblems in Rußland bis zum II. Parteitag der RSDRP (1903)

1. Die jüdische Frage in Rußland und ihre Widerspiegelung in den politischen Vorstellungen der russischen und jüdischen Marxisten bzw. Sozialdemokraten bis zur Gründung des "Bund" (1897) und der RSDRP (1898)

- 1) Nach dem Stand von 1897 lebten im Zarenreich mehr als 5,2 Millionen Juden (= 4,1 % der Gesamtbevölkerung), wovon 4,9 Millionen im jüdischen Ansiedlungsrayon ("čerta osedlosti") zwangsweise wohnten. Sie bildeten dort 11,6 % der Gesamtbevölkerung und in Polen sowie in den litauischen und weißrussischen Provinzen sogar mehr als 14 %, wobei noch zu berücksichtigen bleibt, daß die jüdische Bevölkerung fast nur in den Städten ein Aufenthaltsrecht besaß; s. u. a. Gitelman, Zvi Y., *Jewish Nationality and Soviet Politics*, Princeton/New Jersey 1972, S. 18;
- 2) Greenberg, Louis, *The Jews in Russia*, Vol. I, New Haven 1944, S. 8;
- 3) a. a. O., S. 9 - 11, 29 - 55, 73 - 100;
- 4) Greenberg, ebenda, Vol. II, New Haven 1951, S. 19 - 47;
- 5) a. a. O., S. 29 - 47; s. auch die "delikate" Behandlung dieser Problematik bei Maurach, Reinhart, *Russische Judenpolitik*. Berlin 1939, S. 301 - 434. Kurze Zusammenfassung der Restriktionsmaßnahmen gegenüber den Juden; in: Patkin, A. L., *The Origins of the Russian-Jewish Labor Movement*, Melbourne-London 1947, S. 267 - 271;
- 6) Zalevskij, K. Nacional'nye dviženija; in: *Obščestvennoe dviženie v Rossii v načale XX-go veka*. Pod redakciej L. Martova, P. Maslova i A. Potresova (im folg. zit.: *Obšč. dviž. v Rossii*), t. IV, 2, S-Peterburg 1911, S. 210; Lenskij, Z. Nacional'noe dviženie; in: ebenda, t. I, S-Peterburg 1909, S. 265-267; Patkin, a. a. O., S. 89 f; Menes, A., *The Jewish Socialist Movement in Russia and Poland (From the 1870's to the Founding of the Bund in 1897)*; in: *The Jewish People. Past and Present*, Vol. II, New York 1956, S. 362 - 365; Ratner, M. B., *Evoljucija nacional'no-političeskoj mysli v russkom evrejsťve*; in: *SERP*, II, S-Peterburg 1907, S. 5 - 35;
- 7) Aksel'rod, P. B., *O zadačach evrejsko-socialističeskoj intelligencii* (1882); in: *Iz archiva P. B. Aksel'roda*. Russkij revoljucionnyj archiv. Berlin 1924, S. 217 f. "Eigentlich existiert doch die jüdische Frage nicht, und es gilt nur die Frage der Befreiung der Arbeitermassen aller Nationen, darunter auch der jüdischen. Zusammen mit dem Beginn des Triumphes des Sozialismus wird die sogenannte jüdische Frage entschieden." Aksel'rod, a. a. O., S. 217; Kopelson, T. M., *Evrejskoe rabočee dviženie v konca 80-ch i načale 90-ch godov.*; in: *Revoljucionnoe dviženie sredi evreev*. Moskva 1935, I, S. 71; zit. bei Tobias, Henry J., *The Bund and Lenin Until 1903*;

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 1

- in: Russian Review, 20 (1961), 4, S. 344 f; Thun, A., Die Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland. Basel 1883, S. 323 f; Pinson, Koppel S., Arkady Kremer, Vladimir Medem, and the Ideology of the Jewish "Bund"; in: Jewish Social Studies, Vol VII, 3 (July 1945) S. 235 f; Patkin, a.a.O., S. 89;
- 8) s. Šub, D., Evrei v russkoj revolucii; in: Ders., Političeskie dejateli Rossii (1850-ych - 1920-ych gg.). Sbornik statej. New York 1969, S. 359 - 362. Einleitung zu Aksel' rod, a.a.O., S. 215 - 217; Patkin, a.a.O., S. 89 und bereits Ratner, a.a.O., S. 26;
 - 9) Aksel' rod, a.a.O., S. 217 - 227; Thun, a.a.O., S. 324; Šub, a.a.O., S. 364 - 366;
 - 10) Aksel' rod, a.a.O., S. 220 f;
 - 11) a.a.O., S. 221;
 - 12) a.a.O., S. 225 f;
 - 13) a.a.O., S. 226;
 - 14) s. Einleitung zu Aksel' rod, a.a.O., S. 216 f;
 - 15) Plechanov, G. V., Neudačnaja istorija partii "Narodnoj Voli"; in: Sovremennij mir, Nr. 5 (1912); wiederabgedruckt, in: Plechanov, Sočinenija, t. XXIV, S. 157 f. Plechanov berichtet von dem Plan nach dem Vorbild seiner Arbeit "Socializm i političeskaja borba" (1883) eine Broschüre mit dem Titel "Socializm i antisemitičeskoe dviženie" zu veröffentlichen: "... ich schrieb einen sehr großen Teil der Broschüre: Dieser Teil wurde zusammengestellt, aber dann hielt ich ein, weil es mir unerträglich peinlich war, die buchstäbliche Wahrheit zu beweisen. Ich bekenne, daß ich damals nicht dachte, daß die Pogrome bei uns periodisch würden. Im entgegengesetzten Fall hätte ich mich natürlich nicht vor der buchstäblichen Wahrheit geschämt und hätte meine Broschüre veröffentlicht." Plechanov, a.a.O., S. 158; s. auch Einleitung zu Aksel' rod a.a.O., S. 216;
 - 16) Plechanov, Programm der sozialdemokratischen Gruppe "Osvoboždenie truda" (1884); in: Plechanov, Izbr. fil. proizvedenija, t. I, S. 374; Ders., Vnutrennee obozrenie (1890); in: Plechanov, Sočinenija, t. III, S. 285;
 - 17) Plechanov, Programm ..., ebenda; Ders., Vnutrennee obozrenie, ebenda;
 - 18) Plechanov, Rabočee dviženie v 1891 godu; in: ebenda, t. IV, S. 103 - 106; Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel, 16. bis 23.8.1891. Berlin 1891, S. 15 f; Mendelsohn, Ezra, The Jewish Socialist Movement and the Second International, 1889 - 1914: The struggle for Recognition; in: Jewish Social Studies, Vol. XXVI, 3 (July 1964), S. 133 f;
 - 19) Plechanov, a.a.O., S. 104 f;
 - 20) a.a.O., S. 105 f;

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 1

- 21) Umfaßte die 15 Gouvernements des westl., südwestl. und südl. Teils des europäischen Rußlands. Erstmals im Ukaz Katharinas II. vom 23. Dez. 1791/3. Jan. 1792 erwähnt. Außerhalb dieses Gebietes durften seit Alexander II. jüdische Kaufleute der ersten Gilde, Juden mit Hochschulbildung, jüdische Handwerker und Juden, die Militärdienst geleistet hatten, leben. Unter Alexander III. wurde seit 3./15. Mai 1882 den Juden sogar u. a. verboten, außerhalb der Städte und der größeren Ortschaften zu wohnen, s. Brockhaus-Efron, Bd. 21, S-Peterburg 1893, S. 456 - 458 u. Maurach, a. a. O., S. 400 - 415;
- 22) s. hierzu u. zum Vorhergehenden: Buchbinder N. A., Istorija evrejskogo rabočego dviženija v Rossii. Leningrad 1925, S. 49 - 67; Ders., I s-ezd "Vseobščego evrejskogo rabočego sojuza" "Bund", in: Proletarskaja Revoljucija, Nr. 11 (34) (1924), S. 203 - 208; Patkin, a. a. O., S. 119 - 135; Pinson, a. a. O., S. 236 f; 242 - 244; Kremer, A., Osnovanie Bunda; in: Proletarskaja Revoljucija, Nr. 11 (1922), S. 51 f; Menes, A., The Jewish Socialist Movement in Russia and Poland; in: The Jewish People, Past and Present, Vol. II, New York 1956, S. 366 - 368; Geyer, D., Lenin in der russischen Sozialdemokratie, Köln-Graz, 1962, S. 51 f; Tobias, H. J., The Jewish Bund in Russia. Stanford, California, 1972, S. 11 - 34;
- 23) s. (Martov, L.) Povorotnyj punkt v istorii Evrejskago rabočago dviženija. Ženeva 1900;
- 24) Menes, a. a. O., S. 367;
- 25) Pinson, a. a. O., S. 238 f; Patkin, a. a. O., S. 132;
- 26) (Martov), a. a. O., S. 8 f u. 11;
- 27) a. a. O., S. 17;
- 28) a. a. O., S. 18;
- 29) ebenda;
- 30) a. a. O., S. 18 f;
- 31) a. a. O., S. 19;
- 32) a. a. O., S. 19 f;
- 33) a. a. O., S. 20;
- 34) a. a. O., S. 20 f;
- 35) Buchbinder, I s-ezd..., S. 203; Tobias, a. a. O., S. 61 f;
- 36) "Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Rußland, Polen und Litauen" (Litauen wurde erst einige Zeit später hinzugefügt.);
- 37) Zur Gründung des "Bund" s. u. a. Kremer, a. a. O., S. 50 - 56; Buchbinder, a. a. O., S. 203 - 208; Ders., Istorija evr. rab. dviž..., S. 69 - 73; Abramovitch, R., The Jewish Socialist Movement in Russia and Poland (1897 - 1919); in: The Jewish People. Past and Present, Vol. II, S. 369 f; Tobias, a. a. O., S. 62 - 69;
- 38) Buchbinder, I s-ezd..., S. 205; Pinson, a. a. O., S. 245;
- 39) s. Kremer, a. a. O., S. 53;

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 1/2

- 40) Buchbinder, a.a.O., S. 206; Ders., Istorija evr. rab. dviž. ..., S. 71 f;
- 41) Kremer, a.a.O., S. 54 - 56; Geyer, a.a.O., S. 105;
- 42) Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands;
- 43) Pervyj s-ezd RSDRP. Dokumenty i materialy. Moskva 1958, S. 82; s. auch Tobias, a.a.O., S. 76 - 80;

2. Der jüdische "Bund" zwischen "Iskra" und PPS bis 1901

- 1) Zur "Iskra"-Gruppe, zu der G.V. Plechanov, P.B. Aksel'rod, Vera Zasulič, Lenin, Martov und A.N. Potressov als führende Mitglieder gehörten, und zum Problem des revolutionären Sozialdemokratismus, s. Geyer, Lenin in der russischen Sozialdemokratie. Köln u. Graz 1962;
- 2) Lenin, Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie; in: Werke, Bd. 4, S. 250 u. 274;
- 3) Lenin an P.B. Aksel'rod (25. Mai 1901); in: Werke, Bd. 34, S. 53;
- 4) (Martov, L.) Iz partii; in: Iskra, Nr. 7 (August 1901), S. 6;
- 5) Zuerst in: Arbeiter Stimme, Nr. 9 - 10 bzw. 11 (1898); wiederabgedruckt, in: Rabotnik, Nr. 5 - 6 (1899), S. 95 - 103;
- 6) So Liber (Gol'dman) auf dem II. Parteikongreß der RSDRP (1903); s. Vtoroj s-ezd RSDRP. Protokoly. Moskva 1959, S. 319;
- 7) "Rabotnik", a.a.O., S. 95;
- 8) a.a.O., S. 96;
- 9) ebenda;
- 10) a.a.O., S. 98;
- 11) a.a.O., S. 99;
- 12) Über das damalige Verhältnis zw. Bundisten und Zionisten in der "čerta osedlosti", s. Patkin, a.a.O., S. 136 - 138;
- 13) s. Rabotnik, a.a.O., S. 98 und L.M., "Arbeiter Stimme" i evrejskoe rabočee dviženie; in: Arbeiter Stimme, Nr. 25 (Dez. 1901), S. 17 f;
- 14) s. Abramovitch, a.a.O., S. 582 - 584; B. Lo., Stichwort: Arbeiterbewegung; in: Encyclopedia Judaica, Bd. 3, Berlin 1929, S. 155. Daß diese Ansichten noch immer vor allem vom Ausland her an den "Bund" herangetragen wurden, dafür spricht, daß Mil' (Džon) vom Auslandskomitee des "Bund" in Genf das Referat zur nationalen Frage hielt; s. hierzu: Tobias, a.a.O., S. 137 ("The impulse to identify the Bund as a national party was stranger abroad than in Russia."). Zur Rolle Mil's auf dem Kongreß s. ebenda, S. 106 - 109, 111;
- 15) Tretij s-ezd Vseobščago Evrejskago Rabočago Sojuza v Rossii i Pol'se; in: Rabočee Delo, Nr. 7 (August 1900), S. 51 f; Buchbinder, Istorija evr. rab. dviž. ..., S. 84 f;

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 2

- 16) a.a.O., S. 52 bzw. a.a.O., S. 85;
- 17) a.a.O., S. 53 bzw. a.a.O., S. 85 f;
- 18) Buchbinder, a.a.O., S. 88. Zur Entwicklung zwischen III. und IV. Kongreß; s. Tobias, a.a.O., S. 136 - 138;
- 19) s. a.a.O., S. 88 - 91 u. Kričevskij; B., Po povodu IV go s-ezda "Bunda"; in: Rabočee Delo, Nr. 11/12 (1902), S. 119;
- 20) s. unten S. 57;
- 21) s. unten S. 45 - 47;
- 22) Buchbinder, a.a.O., S. 88;
- 23) 4-j s-ezd Vseobščago Evrejskago Rabočago Sojuza v Litve, Pol' še i Rossii. Ženeva 1901, S. 12; zit. bei Buchbinder, a.a.O., S. 89 f; s. auch: Tobias, a.a.O., S. 163;
- 24) ebenda; Buchbinder, a.a.O., S. 88 f;
- 25) a.a.O., S. 12 f; Buchbinder, a.a.O., S. 90 f; Kričevskij, a.a.O., S. 119; Tobias, a.a.O., S. 162 f;
- 25a) Irrtümlich wurde aus der Resolution "national" weggelassen; s. Tobias, a.a.O., S. 164 und vgl. den Brief des ZK des "Bund" an die "Iskra"; in: Iskra, Nr. 8 (10./23. Sept. 1901), S. 6; s. auch unten S. 40 f;
- 26) Wortlaut der Resolution, in: Buchbinder, a.a.O., S. 93; 4-j s-ezd Vseobščago Evrejskago Rabočago Sojuza v Rossii i Pol' še; in: Rabočee Delo, Nr. 10 (Sept. 1901), S. 124; Vtoroj s-ezd RSDRP. Protokoly. Moskva 1959, S. 703;
- 27) ebenda. Der Kongreß nahm in der nationalen Frage abschließend die mittlere Position ein. Libers Position blieb somit noch die eines Außenseiters; s. hierzu: Tobias, a.a.O., S. 164;
- 28) Buchbinder, a.a.O., S. 94; 4-j s-ezd...; in: a.a.O., S. 125 f. Nach Tobias, a.a.O., S. 127 - 130, beschäftigte die "Bundisten" zum damaligen Zeitpunkt stark das Eindringen zionistischer Agitation in die jüdische Arbeiterschaft;
- 29) s. die Resolution des Kongresses über die Tätigkeit des "Bund" in Südrußland; in: Buchbinder, a.a.O., S. 95 f; 4-j s-ezd...; in: Rabočee Delo, a.a.O., S. 125;
- 30) s. die Resolution über die Beziehung des "Bund" zur RSDRP, in: Buchbinder, a.a.O., S. 94; 4-j s-ezd...; in: a.a.O., S. 125;
- 31) (Martov) Iz partii; in: Iskra, Nr. 7 (August 1901), S. 6;
- 32) ebenda;
- 33) Geyer, Lenin in der russischen Sozialdemokratie, S. 348;
- 34) (Martov) a.a.O., S. 6;
- 35) s. (Martov) Povorotnyj punkt...;
- 36) (Martov) Iz partii, a.a.O., S. 6;

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 2

- 37) s. Lemberg, Hans, Die nationale Gedankenwelt der Dekabristen. Köln-Graz 1963. S. 132 - 138;
- 38) im einzelnen s. unten S. 54 - 56;
- 39) Haustein, Ulrich, Sozialismus und nationale Frage in Polen. Köln-Wien 1969, S. 137 - 142;
- 40) a.a.O., S. 86 f; 94 f;
- 41) a.a.O., S. 97 - 100, 113 - 118;
- 42) Wortlaut der Resolutionen s. Haustein, a.a.O., S. 188 f;
- 43) Kremer, a.a.O., S. 54;
- 44) (Martov), Povorotnyj punkt..., S. 18 - 20;
- 45) Haustein, a.a.O., S. 94, 117 f, 240; Zetterbaum, M., Probleme der jüdisch-proletarischen Bewegung; in: NZ, XIX, 1 (1901), S. 372;
- 46) Probleme der jüdisch-proletarischen Bewegung; in: NZ, XIX, 1 (1901), S. 606;
- 47) s. die betreffende Resolution zur Judenfrage; in: Haustein, a.a.O., S. 189; s. auch Feldman W., Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795 - 1914). Osnabrück 1964 (Neudruck der Ausgabe von 1917), S. 337;
- 48) s. die Resolutionen zur litauischen u. zur jüdischen Frage; in: Haustein, a.a.O., S. 189; s. auch: (Kossovskij; Vl.) Bor'ba "Pol'skoj socialističeskoj partii "protiv" Evrejskago rabočago sojuza"; in: Rabotnik, Nr. 5 - 6 (1899), S. 77;
- 49) s. unten S. 52 f;
- 50) (Kossovskij) a.a.O., S. 78 - 81, 86 f; s. auch: Naši celi, in: a.a.O., S. 100;
- 51) a.a.O., S. 82;
- 52) a.a.O., S. 83 - 85;
- 53) a.a.O., S. 89 f; 91 f;
- 54) a.a.O., S. 92 - 94;
- 55) s. Haustein, a.a.O., S. 189;
- 56) Wortlaut der Resolutionen; in: Tretij s-ezd Vseobšč. Evr. Rab. Sojuza...; in: a.a.O., S. 53 bzw. 4-j s-ezd Vseobšč. Evr. Rab. Sojuza...; in: a.a.O., S. 125 u. Buchbinder, Istorija evr. rab. dviž..., S. 87 bzw. 94;
- 57) ebenda und Probleme der jüdisch-proletarischen Bewegung; in: a.a.O., S. 607;
- 58) zu dieser Partei und ihren ideologischen Vorstellungen, s. unten S. 59 - 66;
- 59) 4-j s-ezd..., S. 125 bzw. Buchbinder, a.a.O., S. 94;

3. Die Reaktion der "Iskra" auf den IV. Kongreß des "Bund" (1901) und die weitere Konkretisierung des nationalen Programms des "Bund"

- 1) s. die Resolutionen des IV. Kongresses des "Bund" (1901) zur nationalen Frage und zum Verhältnis zur RSDRP;
- 2) vgl. auch: Notizen; in: NZ, XXVI, 1 (1908), S. 144 und Patkin, a. a. O., S. 147 - 152;
- 3) s. (Martov) Iz partii; in: Iskra, Nr. 7 (August 1901), S. 6. Vgl. auch: Tobias; in: Russian Review, 20 (1961), S. 347 - 349;
- 4) s. im folg. Iz partii (Brief des ZK des "Bund" an die "Iskra"-Redaktion vom 29. August/11. Sept. 1901); in: Iskra, Nr. 8 (10./23. Sept. 1901), S. 6;
- 5) Dieser Rechenschaftsbericht war dem Verfasser leider nicht zugänglich. Wesentliche Teile der interessierenden Fragen werden aber in dem Brief des ZK des "Bund" dargelegt;
- 6) s. S. 11 des Rechenschaftsberichtes; hier; in: a. a. O., S. 6;
- 7) a. a. O., S. 6;
- 8) (Martov) Iz partii; in: a. a. O.; vgl. auch: Tobias, The Jewish Bund in Russia, S. 170 f;
- 9) Iz partii; in: "Iskra", Nr. 8, S. 6;
- 10) ebenda;
- 11) s. die Stellungnahme der "Iskra"-Redaktion zum Brief des ZK des "Bund"; in: ebenda. "Die Umwandlung Rußlands in eine Föderation der Nationalitäten bedeutet die Absonderung jeder Nation in ein besonderes, in den festgesetzten Grenzen sich selbstverwaltendes Ganzes, das dem Wesen der föderativen Struktur nach nicht umhinkommt, auf ein festgesetztes Territorium abgestimmt zu werden"; in: ebenda;
- 12) s. (Martov) Iz partii; in: a. a. O.;
- 13) Iz partii; in: Iskra, Nr. 8, S. 6;
- 14) ebenda;
- 15) Stellungnahme der "Iskra"; in: ebenda;
- 16) ebenda. Im März 1902 kam es in Bialystok zu einem vor allem auf die Initiative des "Bund" zurückgehenden Kongreß der RSDRP, der allerdings nicht zuletzt durch die Bemühungen des Vertreters der "Iskra" in eine Vorbereitungskonferenz umgewandelt wurde. Auf ihr wurde ein Organisationskomitee zur Vorbereitung eines Kongresses gewählt, das bald zum Instrument der "Iskra" und vor allem Lenins gegen den "Bund" werden sollte; s. Tobias; in: Russian Review 20 (1961), S. 349 - 357;
- 17) Lenin, Was tun ? (1902); in: Werke, Bd. 5, S. 515, 517;

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 3

- 18) s. im folgenden: K. K. (Davidzon, I. L.) O evrejskom rabočem dviženii v Rossii; in: Zarja, Nr. 4 (August 1902), S. 40 - 54. Die Analyse geht von dem bereits oben erwähnten Rechenschaftsbericht des IV. Kongreß des "Bund" aus; s. ebenda, S. 230. Vgl. auch: Tobias, The Jewish Bund in Russia, S. 171 f;
- 19) a. a. O., S. 40 - 42;
- 20) a. a. O., S. 42; 44 f;
- 21) ebenda;
- 22) a. a. O., S. 42 f;
- 23) a. a. O., S. 44 f;
- 24) a. a. O., S. 46 f;
- 25) a. a. O., S. 47;
- 26) a. a. O., S. 47 f;
- 27) a. a. O., S. 49 f;
- 28) s. unten S.
- 29) a. a. O., S. 50;
- 30) ebenda;
- 31) a. a. O., S. 50 f;
- 32) a. a. O., S. 51;
- 33) ebenda;
- 34) ebenda;
- 35) ebenda;
- 36) a. a. O., S. 52;
- 37) (Kossovskij, V.) K voprosu o nacional'noj avtonomii i preobrazovanii Rossijskoj Social-demokratičeskoj Rabočej Partii na federativnach načalach. London, Februar 1902 (Rezension vom "Iskra"-Standpunkt; in: Zarja, Nr. 4 (August 1902) S. 228 - 230); hier zitiert nach: Kossovskij, Vl., Voprosy nacional'nosti. Nacional'no-kul' turnaja avtonomija; in: Ders., Voprosy nacional'nosti. Vil'na 1907, S. 5 - 29. Vgl. auch: Geyer, Lenin in der russischen Sozialdemokratie, S. 350 - 352 und Tobias, a. a. O., S. 166 f;
- 38) Polemik gegen (Martov), Iz partii; in: "Iskra", Nr. 7;
- 39) Kossovsky, a. a. O., S. 9 - 11;
- 40) a. a. O., S. 11 f;
- 41) a. a. O., S. 12;
- 42) s. a. a. O., S. 12 - 29;
- 43) s. Verhandlungen des Gesamtparteitages der Sozialdemokratie in Österreich, abgehalten zu Brunn vom 24. bis 26. Sept. 1899 im "Arbeiterheim". Nach dem stenographischen Protokolle. Wien 1899, S. XIV - XVI, 74 - 95, 104 - 108. Zur Entstehungsgeschichte der Resolutionen s. Mommsen, Hans, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im Habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien 1963, S. 314 - 338 und Kann, Robert A., Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Zweite, erw. Aufl. Köln-Graz 1964, S. 160 - 162;

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 3/4

- 44) vgl. im einzelnen: Mommsen, a.a.O., S. 295 - 313;
- 45) Verhandlungen..., S. 74;
- 46) a.a.O., S. XV;
- 47) Mommsen, a.a.O., S. 331;
- 48) a.a.O., S. 333;
- 49) a.a.O., S. 332 f;
- 50) Verhandlungen..., S. 104; vgl. auch: Mommsen, a.a.O., S. 333;
- 51) Kossovskij; a.a.O., S. 16 f;
- 52) a.a.O., S. 17 f; vgl. "Iskra", Nr. 8 (10./23. Sept. 1901);
- 53) s. Iskra, Nr. 8, S. 6;
- 54) Kossovskij, a.a.O., S. 18 f;
- 55) Iskra, Nr. 8, S. 6;
- 56) Kossovskij, a.a.O., S. 20;
- 57) a.a.O., S. 20 f;
- 58) s. Kossovskijs Polemik gegen den Artikel "Bund o nezavisimosti Pol'si", in: Rabotnik, Nr. 41, in: Kossovskij, a.a.O., S. 21 - 25 (Anmerkung);
- 59) a.a.O., S. 25;
- 60) Kossovskij zitiert hierbei den deutschösterreichischen Sozialdemokraten Seeliger, s. Verhandlungen..., S. 78;
- 61) Kossovskij, a.a.O., S. 23;
- 62) a.a.O., S. 25 f;
- 63) a.a.O., S. 26 f;
- 64) a.a.O., S. 27;
- 65) a.a.O., S. 27 - 29;

4. Die Reduzierung der jüdischen Frage zu einem Organisationsproblem durch "Iskra" und PPS

- 1) Über die direkten Auseinandersetzungen um das OK zwischen "Bund" und "Iskra" s. Tobias; in: Russian Review 20 (1961), S. 349 - 356 und Ders., The Jewish Bund in Russia, S. 176 - 206. In einem weiteren Rahmen wird der Kampf der "Iskra" um die Wiederbelebung der RSDRP bei Geyer, a.a.O., S. 317 - 348, dargestellt;
- 2) Zajavlenie OK Bunda k "Izvešččeniju ob obrazovanii Organizacionnago Komiteta"; in: Poslednija izvestija, Nr. 106 (3. Febr./21. Jan. 1903), S. 1 f. Vgl. auch Geyer, a.a.O., S. 358;
- 3) Lenin, Zur Erklärung des "Bund"; zuerst in: Iskra, Nr. 33 (1./14. Febr. 1903); hier in: Werke, Bd. 6, S. 314 - 316. Vgl. auch Geyer, a.a.O., S. 359;
- 4) Lenin, a.a.O., S. 316;
- 5) a.a.O., S. 319;

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 4

- 6) s. die direkte Erwiderung: "Iskra" o Bunde; in: Poslednija izvestija, Nr. 109 (26. /13. Febr. 1903), S. 1 - 4;
- 7) a.a.O., S. 4;
- 8) Lenin, Das Manifest der armenischen Sozialdemokraten; zuerst in: Iskra, Nr. 33 (1. /14. Febr. 1903); s. Werke, Bd. 6, S. 320 - 323; s. unten S. 68 f;
- 9) "Iskra" o Bunde; in: a.a.O., S. 4; s. auch Lenin, a.a.O., S. 322;
- 10) s. Lenin, Zur Erklärung des "Bund", in: a.a.O., S. 316;
- 11) "Iskra" o Bunde; in: a.a.O., S. 4;
- 12) s. Buchbinder, Istorija evr. rab. dviž. v Rossii, S. 97 - 178;
- 13) s. die Resolution "Über die Tätigkeit des "Bund" im Süden Rußlands", in: 4-j s-ezd. . . , in: a.a.O., S. 125 u. in: Buchbinder, Istorija evr. rab. dviž. . . , S. 95;
- 14) s. Lenin, Braucht das jüdische Proletariat eine "selbständige politische Partei ? "; zuerst in: Iskra, Nr. 34 (15. /28. Febr. 1903); in: Werke, Bd. 6, S. 324 - 329;
- 15) Po povodu odnoj proklamarii; in: Poslednija izvestija, Nr. 105 (28. /15. Jan. 1903), S. 1 f;
- 16) Po povodu . . . , S. 1;
- 17) Lenin, a.a.O., S. 324 f;
- 18) a.a.O., S. 326 f;
- 19) Kautsky, Karl, Die soziale Revolution, Berlin 1902;
- 20) Lenin, a.a.O., S. 327 f;
- 21) a.a.O., S. 328 f;
- 22) a.a.O., S. 329;
- 23) s. Serditoe bezsilie; in: Poslednija izvestija, Nr. 112 (14. /1. März 1903), S. 1;
- 24) Hierbei verwies Martov unter Bezugnahme auf: Lenin, Zur Erklärung des "Bund"; in: Werke, Bd. 6, S. 316, vor allem auf: Lenin, Was tun ?. in: Werke, Bd. 5, S. 416 und auf K.K. (Davidzon, I.L.), Ob evrejskom rabočem dviženii; in: Zarja, Nr. 3 - 4, S. 42 u. 45 f;
- 25) s. Po povodu odnoj proklamarii; in: a.a.O., S. 1;
- 26) (Martov) Edinaja russkaja socialdemokratija i interesy evrejskago proletariata; in: Iskra, Nr. 36 (15. /28. März 1903), S. 2 - 4;
- 27) a.a.O., S. 3;
- 28) ebenda;
- 29) a.a.O., S. 3 f;
- 30) a.a.O., S. 4;
- 31) s. Serditoe bezsilie; in: a.a.O., S. 1;
- 32) (Martov), a.a.O., S. 4;

- 33) s. Martow (Martov), J., Geschichte der russischen Sozialdemokratie, Berlin 1926, S. 66;
 - 34) s. oben S. 37 f;
 - 35) Martov, a.a.O., S. 86;
 - 36) s. oben S. 37 - 39, 54 f bzw. unten S. 57 - 66;
 - 37) s. Kapitel I;
 - 38) s. Haustein, a.a.O., S. 189;
 - 39) s. die Resolution des VI. Kongresses über die "sozialistische Bewegung unter den Juden"; in: Pol'skaja socialističeskaja partija o evrejskom rabočem dviženii. London, März 1903, S. 3, 4 f, 11, 13, 15;
 - 40) a.a.O., S. 3;
 - 41) a.a.O., S. 4 f; 11;
 - 42) a.a.O., S. 11;
 - 43) a.a.O., S. 13;
 - 44) a.a.O., S. 16 f;
 - 45) a.a.O., S. 15 - 19;
 - 46) a.a.O., S. 19;
 - 47) a.a.O., S. 9 f;
 - 48) a.a.O., S. 10 - 12;
 - 49) a.a.O., S. 10 - 14;
 - 50) a.a.O., S. 14 f;
 - 51) a.a.O., S. 15 - 19;
 - 52) a.a.O., S. 19;
5. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung und die "Iskra" in ihrem Verhältnis zu den sozialistischen polnischen Parteien
- 1) Przedświt, Nr. 6 (1901); s. Pol'skaja socialističeskaja partija o evrejskom rabočem dviženii. London 1903, S. 17;
 - 2) Pervyj s-ezd RSDRP. Moskva 1958, S. 83;
 - 3) Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaft-Kongresses zu London vom 27. Juli bis 1. August 1896. Berlin 1896, S. 18. Über die Zusammenhänge s. Ejdel'man, B., Pervyj s-ezd RSDRP. Moskva 1926, S. 77 f; wiedergegeben, in: Pervyj s-ezd RSDRP, S. 203 f; s. auch: Leder, B. Nacional'nyj vopros v pol'skoj i ruskoj social-demokratii; in: Proletarskaja Revoljucija, Nr. 2 - 3 (1927), S. 148;
 - 4) Pervyj s-ezd RSDRP, S. 83;
 - 5) Unbestimmter sieht es Leder, a.a.O., S. 148 f;
 - 6) Ejdel'man, a.a.O., S. 197; s. auch: Kremer, A., Osnovanie Bunda; in: a.a.O., S. 55. Aus der Sicht der PPS: Plochockij, L. (Pseudonym

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 5

- f. Wasilewski, Leon), *Vzaimnyja otnošenija pol'skich i russkich socialistov*. London 1902, S. 20; s. auch: Hausteин, a.a.O., S. 234;
- 7) Wortlaut der Resolution s. Hausteин, a.a.O., S. 188; s. auch: Plochockij, a.a.O., S. 18;
- 8) Plochockij, a.a.O., S. 20;
- 9) So sah es zumindest J.K. Pilsudski im Zusammenhang mit der Gründung der RSDRP; zit. bei Hausteин, a.a.O., S. 233 - 235;
- 10) s. Plochockij, a.a.O., S. 17 f u. Pilsudski, zit. bei Hausteин, a.a.O., S. 232;
- 11) Vgl. den Aufruf des ZK des "Proletariat" an das Exekutivkomitee der "Narodnaja volja", dessen Antwort und das Abkommen über die Zusammenarbeit in: Strobel, Georg, W., *Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen 1878 - 1918*. Köln 1968, S. 171 - 177; s. auch: Hausteин, a.a.O., S. 43 - 48. Aus der Sicht der PPS: s. Plochockij, a.a.O., S. 6 - 13 u. (Jodko-Narkiewicz, W.) *Zur Taktik der polnischen Sozialdemokratie*; in: *Vorwärts*, Nr. 163 - 165 (15. - 17. 7. 1896);
- 12) Plochockij, a.a.O., S. 18 f; (Jodko-Narkiewicz), a.a.O.;
- 13) Plochockij, a.a.O., S. 13 - 18; (Jodko-Narkiewicz) a.a.O.; s. auch Hausteин, a.a.O., S. 118, 142, 172 f, 174 - 176;
- 14) Plochockij, a.a.O., S. 15 - 17; (Jodko-Narkiewicz) a.a.O.; s. Hausteин, a.a.O., S. 227 - 232;
- 15) Plochockij, a.a.O., S. 19; (Jodko-Narkiewicz) a.a.O.;
- 16) s. Geyer, *Lenin in der russischen Sozialdemokratie*, S. 107;
- 17) In einem solchen Sinne Aksel'rod (1893) s. *Perepiska G. V. Plechanova i P. B. Aksel'roda*, I, Moskva 1925, S. 143; s. auch: Geyer, a.a.O., S. 125. Ebenso Plechanov s. Lunatscharski (Lunačarskij), A. W., *Profile der Revolution*. Frankf./M. 1968, S. 70 bzw. 72;
- 18) Plechanov, *Sočinenija*, t. IV, S. 164 u. 331 f;
- 19) So Plechanov in einem Brief an Friedrich Engels (16. Mai 1894); s. Rjazanov (Hrg.), *Pis'ma G. V. Plechanova k F. Engel'su i R. Fišeru*; in: *Pod znamenem marksizma*, Nr. 11 - 12 (1923). In Auszügen wiedergegeben bei: Hausteин, a.a.O., S. 201 f; s. auch: *Perepiska ...* S. 143 u. Geyer, a.a.O., S. 125. Über Engels positive Einstellung zur PPS (Mendelson, Jodko-Narkiewicz) u. seine vor allem durch die Einwirkung Plechanovs hervorgerufene ablehnende Haltung gegenüber der SDKP (s. Plechanovs Brief v. 16. Mai 1894) s. Hausteин, a.a.O., S. 198 - 202. Zu den Auseinandersetzungen auf dem Kongreß; s. Hausteин, a.a.O., S. 152 f; Strobel, a.a.O., S. 30 und Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in der Tonhalle Zürich vom 6. bis 12. August 1893. Zürich 1894, S. 14 f. Über die Be-

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 5

- deutung dieses Kongresses für den "polnischen internationalistischen Sozialismus"; s. neuerdings: Strobel, G.W., Die Partei Rosa Luxemburgs, Lenin und die SPD. Wiesbaden 1974, S. 86 - 93;
- 20) (Luxemburg, R.) Bericht an den III. Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongreß in Zürich 1893 über den Stand und Verlauf der sozialistischen Bewegung in Russisch-Polen 1889 - 1893. o.O. o.J. Wiederabgedruckt in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. I, 1, Berlin 1972, S. 5 - 13;
 - 21) Seit 1900 "Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauen" (SDKPiL). Zur Geschichte der SDKP bzw. SDKPiL in den ersten Jahren s. Haustein, a.a.O., S. 150 - 157, 182 - 185; Strobel, a.a.O., S. 31 - 56; Feldman, W., Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795 - 1914). Osnabrück 1964 (Neudruck der Ausgabe von 1917), S. 340 f und Strobel, Die Partei Rosa Luxemburgs ..., S. 94 - 203;
 - 22) s. Beschluß des I. Kongresses der SDKP über die Unabhängigkeit Polens; in: Strobel, Quellen ..., S. 188 f und Ders., Die Partei Rosa Luxemburgs ..., S. 103;
 - 23) s. Plechanovs Grußadresse an den II. Kongreß der PPS (1894); in: Literaturnoe nasledie Plechanova, Sbornik I, Moskva 1934, S. 193;
 - 24) ebenda;
 - 25) s. Plechanovs Grußadresse an die Gesellschaft polnischer Emigranten in Genf zum Jahrestag der polnischen Revolution von 1830 (November 1893) und seine Rede zur 100-Jahr-Feier des Kościuszko-Aufstandes am 14. Mai 1894 in Zürich; in: ebenda bzw. a.a.O., S. 194. Über die negative Reaktion seitens der SDKP auf Plechanovs Vorhaben zur Kościuszko-Feier eine Rede zu halten, s. Aksel'rod an Plechanov (Ende März 1894); in: Perepiska..., I, S. 102; vgl. auch: Literaturnoe nasledie Plechanova, I, S. 192;
 - 26) Eine Zusammenstellung der wichtigsten Äußerungen beider zur poln. Frage; in: Rjazanov, N.K., Karl Marx und Friedrich Engels über die Polenfrage; in: Archiv f.d. Gesch. d. Soz. u. der Arbeiterbeweg., VI (1916), S. 175 - 221. Zur Problematik s. Einleitung bei: Conze, Werner und Hertz-Eichenrode, Dieter (Hrsg.), Karl Marx, Manuskripte über die polnische Frage (1863 - 1864). S-Gravenhage 1961; Wehler, Hans-Ulrich, Sozialdemokratie und Nationalstaat. Würzburg 1962, S. 17 - 23. Erwähnt sei noch: Bobińska, Celina, Marx i Engels a sprawy polskie do osiemdziesiątych lat XIX wieku. Warschau 1955² (Dt. Übers. Marx und Engels über polnische Probleme. Berlin 1958). Dazu s. Wehler, a.a.O., S. 17;
 - 27) Vgl. hierzu Wehler a.a.O., S. 15 und 23; s. auch: Rothfels, Hans, Marxismus und auswärtige Politik; in: Deutscher Staat und deutsche

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 5

- Parteien. Friedrich Meinecke zum 60. Geburtstag dargebracht. München und Berlin 1922, S. 308 - 341. "Ihre Sympathie galt nicht der nationalen, sondern der revolutionären Bewegung". a.a.O., S. 325; positiver mit Hinweis auf eine bei Marx und Engels "wenigstens in den Umrissen erkennbare politische Theorie zu den Fragen der Nation, der nationalen Bewegung und der Nationalitäten in der revolutionären Epoche Europas", Conze u. Hertz-Eichenrode, a.a.O., S. 16;
- 28) So während des 48er Jahres, s.u.a. Engels, F., Die Polendebatte in Frankfurt (NRhZ, Nr. 70 v. 9. August 1848); in: MEW, Bd. 5, S. 332 - 335; dann wieder vor allem nach 1863, s.u.a. Engels, Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun? (Geschr. Ende Jan. bis 6. April 1866); in: MEW, Bd. 16, S. 153 - 163; Ders., Flüchtlingsliteratur. Eine polnische Proklamation (Der Volksstaat, 17. Juni 1874); in: MEW, Bd. 18, S. 526 f; Marx, Für Polen (Der Volksstaat, 24. März 1875); in: MEW Bd. 18, S. 574; Engels an Walery Wroblewski (4. Dez. 1875), in: MEW, Bd. 34, S. 175; Engels, Vorrede zur poln. Ausgabe des "Manifest der Kommunistischen Partei" (1892), in: MEW, Bd. 22, S. 282 f;
 - 29) So vor allem zu Beginn der 50er Jahre: Engels an Marx (23. Mai 1851); in: MEW, Bd. 27, S. 266 f; Ders. in: N.Y. Daily Tribune (5. März 1852), in: MEW, Bd. 8, S. 49 - 51;
 - 30) s. Engels, Vorrede zur polnischen Ausgabe des "Manifest der Kommunistischen Partei" (1892); in: MEW, Bd. 22, S. 283; s. auch: Ders., An den italienischen Leser (1893); in: ebenda, S. 366;
 - 31) Engels, Die auswärtige Politik des russischen Zarentums (Geschr. Dez. 1889 - Febr. 1890); in: MEW, Bd. 22, S. 13 - 48. Engels zog in diesem, im Mai 1890 in der "Neuen Zeit" veröffentlichten Aufsatz eine Bilanz seiner und Marx' Stellung gegenüber Rußland seit 1848. Zu dem Gesamtkomplex der Einstellung Marx' und Engels' gegenüber Rußland s. Krause, Helmut, Marx und Engels und das zeitgenössische Rußland. Gießen 1958; s. auch Rjasanoff, N., Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Rußlands in Europa; in: Ergänzungshefte zur Neuen Zeit, Nr. 5, Stuttgart 1908/09 und Rubel, Maximilien, La Russie dans l'oeuvre de Marx et d'Engels. La Nouvelle Gazette Rhénane et la Russie 1848 - 1850; in: La Revue Socialiste, Nouvelle Série 48 (1951), S. 219 - 235;
 - 32) Engels, a.a.O., S. 13, 46 f;
 - 33) vgl. seine bereits erwähnten Reden auf dem Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongreß in Zürich (1893) und zum 100. Jahrestag des Kościuszko-Aufstandes in Zürich (1894);
 - 34) s. Haustein, a.a.O., S. 205 - 220;
 - 35) s. Luxemburg, Rosa, Neue Strömungen in der polnischen sozialistischen Bewegung in Deutschland und Österreich; in: NZ, XIV, 2, S. 176 - 181, 206 - 216; Entgegnungen von seiten der PPS: (Jodko-Narkiewicz, Witold)

- Zur Taktik der polnischen Sozialdemokratie; in: Vorwärts, Nr. 163 - 165 (15. - 17. Juli 1896); Häcker, S., Der Sozialismus in Polen; in: NZ, XIV, 2, 1896, S. 324 - 332. In Erwiderung auf Häcker: Luxemburg, Rosa, Der Sozialpatriotismus in Polen; in: NZ, XIV, 2, 1896, S. 459 - 470. Stellungnahme Kautskys zu Luxemburgs Auffassung: Kautsky, Karl, Finis Poloniae ?; in: NZ, XIV, 2, 1896, S. 484 - 491, 513 - 525. Über das Verhältnis der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten zu PPS und Rosa Luxemburg in bezug auf die polnische Frage vor dem Londoner Sozialistenkongreß (1896) s. Haustein, a.a.O., S. 198 - 205; Wehler, a.a.O., S. 126 - 129;
- 36) Luxemburg, NZ, XIV, 2, 1896, S. 176 f, 180, 210 f, 214, 216, 463 - 469. Über ihre ökonomische Beweisführung s. auch Rosa Luxemburgs in Zürich angefertigte Dissertation: "Die industrielle Entwicklung in Polen". Leipzig 1898. Wiederabgedruckt; in: R. Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. I, 1, S. 113 - 216;
- 37) Luxemburg, Neue Strömungen..., in: a.a.O., S. 178 f; s. auch: Dies., Der Sozialpatriotismus in Polen, in: a.a.O., S. 460 u. 469;
- 38) a.a.O., S. 180 f;
- 39) a.a.O., S. 206 - 211;
- 40) a.a.O., S. 212 - 214; s. auch: Der Sozialpatriotismus in Polen, in: a.a.O., S. 466 - 469;
- 41) Der Sozialpatriotismus..., in: a.a.O., S. 459;
- 42) a.a.O., S. 468 f;
- 43) Text der Resolution zitiert; in: a.a.O., S. 461;
- 44) a.a.O., S. 462; s. auch die in demselben Sinne abgefaßte Resolution der SDKP für den Londoner Kongreß; zit. bei: Haustein, a.a.O., S. 222;
- 45) a.a.O., S. 463 u. 469 f; s. auch Text der Resolution, zit. bei Haustein, a.a.O., S. 223;
- 46) Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses zu London vom 27. Juli bis 1. August 1896. Berlin 1886, S. 18. Über die Reaktionen Rosa Luxemburgs und der PPS auf die Resolution s. Haustein, a.a.O., S. 223 - 225;
- 47) So machte Plechanov der SDKP durch einen Mittelsmann das Anerbieten, sich der russischen Delegation auf dem Kongreß anzuschließen, das aber von Rosa Luxemburg abgelehnt wurde, da diese Delegation "... in polnischen Fragen auf nationalistischen Boden steht und sich bei jedem Schritt in der Praxis mit den Feinden der polnischen Sozialdemokratie verbindet", s. Z pola walki, Moskwa, Nr. 9 - 10 (1930), S. 153; zit. nach: Kurbatowa I.N., J.W. Plechanov a polski ruch robotniczny; in: ebenda, Warszawa, Nr. 2 (1959), bei: Haustein, a.a.

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 5

- O., S. 221; Vgl. dazu auch: Strobel, Die Partei Rosa Luxemburgs..., S. 110 f;
- 48) s. (Jodko-Narkiewicz, Witold) Zur Taktik der polnischen Sozialdemokratie...; in: "Vorwärts", Nr. 163 - 165 (15. - 17. Juli 1896) und Plechanovs Stellungnahme mit dem gleichen Titel; in: "Vorwärts", Nr. 170 (23. Juli 1896); s. auch: Haustein, a.a.O., S. 226. Über die kurz zuvor erfolgte abwertende Beurteilung des St. Petersburger Streiks durch die PPS, "die von Plechanov mit Befremden registriert wurde"; s. Haustein, a.a.O., S. 231 f; s. auch Plechanovs zu Lebzeiten nicht veröffentlichten Artikel "Zweifel am Bündnis mit der PPS"; in: Gruppe "Osvoboždenie truda", III, Moskva 1928, S. 312 f; s. Kurbatowa, a.a.O., S. 17 u. daher: Haustein, a.a.O., S. 227;
- 49) So wäre beinahe die Aufnahme des mit den Ansichten Rosa Luxemburgs sympathisierenden A. Helphand (Parvus) in die russische Kongreßdelegation gescheitert, weil dieser sich in den polnischen Angelegenheiten dem von Plechanov verordneten Fraktionszwang bei allen Abstimmungen in polnischen Fragen nicht unterordnen wollte; s. Perepiska G.V. Plechanova i P.B. Akselroda, t. I., S. 142 f; vgl. auch Geyer, a.a.O., S. 125 und Strobel, a.a.O., S. 100;
- 50) s. oben S. 37 f;
- 51) s. Aksel'rod an Plechanov; in: Perepiska..., t. II, S. 5 und 10; s. auch die Proteste der "Litovskaja S.-D. Partija" und des "Bund"; in: Rabotnik, Nr. 5 - 6 (1899): "Otkrytoe pis'mo k Pol'skoj Socialističeskoj Partii" und (Kossovskij, Vl.) Bor'ba "Pol'skoj socialističeskoj partii" protiv "Evrejskago rabočego sojuza";
- 52) s. Aksel'rod an Plechanov (25. April 1898); in: Perepiska..., t. II., S. 10;
- 53) s. oben S. 33 - 40, 54 - 56;
- 54) So beschwerte sich Leon Wasilewski bei Plechanov (21. März 1898), daß im vom "Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" hrsg. "Rabotnik" nur Informationen über den "Bund", nicht aber über die PPS zu finden seien; s. Kurbatowa, a.a.O., S. 17 und wiederum: Haustein, a.a.O., S. 226 f;
- 55) s. im Gegensatz hierzu Geyer, der diese Handlungsweise Plechanovs u. Aksel'rods mit "mangelnder Solidarität im russischen Exil" erklärt; Geyer, a.a.O., S. 126;
- 56) Lenin, Entwurf des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (1902) in: Lenin, Werke, Bd. 6, S. 15 und Plechanov, Kommentarii k proektu programmy Rossijskoj Social-Demokratičeskoj Rabočej Partii (1902); in: Plechanov, Sočinenija, t.XII, S. 238;
- 57) Über die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der SDKPiL in den ersten Jahren; s. Strobel, a.a.O., S. 123 - 203;

- 58) s. a.a.O., S. 156 f;
 - 59) s. Iz partii; in: Iskra, Nr. 7 (August 1901), S. 6 (Kommentarlose inhaltliche Wiedergabe des Aufrufs der SDKPiL "An die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Rußlands"). Gesamter Wortlaut dieses im März 1901 verfaßten Aufrufs; in: Strobel, Quellen..., S. 206 - 215; vgl. dazu auch: Ders., Die Partei Rosa Luxemburgs..., S. 157 f;
 - 60) s. Strobel, Die Partei Rosa Luxemburgs..., S. 160;
 - 61) In bezug auf die "Iskra"; s. a.a.O., S. 178 - 182;
 - 62) s. Vorwort der "Iskra"-Redaktion; in: Ob organizacii i nacional'nosti; in: "Iskra", Nr. 37 (1./14. April 1903), S. 3;
 - 63) Ob Organizacii i nacional'nosti; in: Iskra, Nr. 37 (1./14. April 1903), S. 3 f. Über die Auffassung der SPD s. Wehler, Hans-Ulrich, Sozialdemokratie und Nationalstaat. Würzburg 1962, S. 122;
 - 64) Aus der Sicht der SDKPiL s. Ob organizacii... S. 3 f; Über die gesamte Problematik des Verhältnisses zwischen SPD und preußischer PPS in dem hier besonders interessierenden Zeitraum (1893 - 1903), s. Wehler, a.a.O., S. 121 - 151;
 - 65) Ob organizacii i nacional'nosti, a.a.O., S. 4;
 - 66) ebenda;
 - 67) s. im folg. R.L., Pol'skie socialdemokraty o "Bunde"; in: Iskra, Nr. 41 (1./14. Juni 1903), S. 3 f (Polemik gegen die bereits bekannte Broschüre des "Bund": Pol'skaja socialističeskaja partija o evrejskom rabočem dviženii. London 1903). Vgl. dazu auch vom "Iskra"-Standpunkt: Mobilizacija reakcionnych sil i naši zadači; in: ebenda, S. 1 f. Über die personelle Hilfe des "Bund" beim Aufbau der SDKPiL sowie über die organisatorische Zusammenarbeit und über die besonders von Jogiches ausgehende Aversion gegen die bundistische Forderung nach nationaler Autonomie bis 1903; s. Strobel, a.a.O., S. 123 - 129, 137 f, 138 f, 161, 162, 172 f;
 - 68) a.a.O., S. 3;
 - 69) ebenda;
 - 70) ebenda;
 - 71) a.a.O., S. 4;
 - 72) ebenda;
 - 73) vgl. dazu Strobel, a.a.O., S. 172 f, 178 - 181;
6. Zentralisation oder Föderation. Das "Iskra"-Modell im Gegensatz zu den Auffassungen der russischen Sozialrevolutionäre und der PPS vor dem II. Parteikongreß der RSDRP (1903)

- 1) s. Geyer, a.a.O., S. 334;

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 6

- 2) Lenin, Über die Berichte des Komitees und Gruppen der SDAPR an den allgemeinen Parteitag (Dez. 1902/Jan. 1903); in: Werke, Bd. 6, S. 290 f;
- 3) ebenda;
- 4) s. Lenins Brief an das OK (31. März 1903) und Lenins Brief an J. M. Alexandrova (22. Mai 1903); in: Lenin Werke, Bd. 34, S. 141 bzw. 146;
- 5) ebenda;
- 6) Lenin an Alexandrova, a.a.O., S. 146;
- 7) Lenin an G. M. Kržižanovskij (3. April 1903); in: a.a.O., S. 142;
- 8) Zuerst veröffentlicht in armenischer Sprache; in: Proletariat, Nr. 1 (Oktober 1902). Erstmals vollständig in russ. Sprache erschienen in: Šaumjan, S. G., Izbrannye proizvedenija v dvuch tomach, t. I (1902 - 1916), Moskva 1957, S. 14 - 18. Auszüge; s. auch: Lenin, Das Manifest der armenischen Sozialdemokraten (Iskra, Nr. 33, 1. Febr. 1903); in: Werke, Bd. 6, S. 320 - 323;
- 9) Šaumjan, a.a.O., S. 14; Lenin, a.a.O., S. 320;
- 10) Šaumjan, a.a.O., S. 16;
- 11) a.a.O., S. 17 f; Lenin, a.a.O., S. 321 f;
- 12) Lenin, a.a.O., S. 322 f;
- 13) a.a.O., S. 323;
- 14) ebenda;
- 15) ebenda;
- 16) Stosunek socyalnej demokracji rosyjskiej do kwestyi narodowościowej; in: Przedświt, Nr. 3 (März 1903), S. 86 f;
- 17) a.a.O., S. 87;
- 18) Zur Geschichte der P.S.-R. in den Anfangsjahren: s. Geyer, Lenin in der russischen Sozialdemokratie, S. 247 - 272; Radkey, Oliver H., The Agrarian Foes of Bolshevism. Columbia University Press 1962², S. 3 und 87; Treadgold, Donald H., Lenin and his Rivals. London 1955, S. 60 - 82, 138 - 153; Maslov, P. P., Narodničeskija partii; in: Obščestvennoe dviženie v Rossii v načale XX-go veka, t. III, 5, S-Peterburg 1914, S. 96 - 107; Egorov, A., Zaroždenie političeskich partij i ich dejatel'nost'; in: ebenda, t. I, S-Peterburg 1909, S. 414 - 421; Potresov, A., Evoljucija obščestvenno-političeskoj mysli v predrevoljucionnuju epochu; in: ebenda, S. 630 - 634;
- 19) s. Protokoly pervago s-ezda partii socialistov-revoljucionerov, 1906, S. 83, 99 f, 128, 143;
- 19a) s. Geyer, a.a.O., S. 247 - 272;
- 20) Evoljucija russkoj socialističeskoj mysli; in: Vestnik russkoj revoljucii, Nr. 3 (März 1903), S. 11; s. Geyer, a.a.O., S. 256 f;
- 21) Evoljucija russkoj socialističeskoj mysli; in: a.a.O., S. 32;

- 22) vgl. Stosunek socyalnej demokracji rosyjskiej..., in: a.a.O., S. 87f;
- 23) s. Posse, a.a.O., S. 46 - 63 und Ratner, M. B., Nacional'nyj vopros v svete socialističeskago mirovozzrenija; in: Russkoe bogatstvo, Nr. 4 (1908), S. 174 - 178. Vgl. auch: Rauch, Georg v., Rußland: Staatliche Einheit und nationale Vielfalt. München 1953, S. 100 - 102, 111; Beyme, Klaus v., Politische Soziologie im zaristischen Rußland. Wiesbaden 1965, S. 125 f;
- 24) Osnovnyja položenija programmy Sojuza Socialistov-Revoljucionerov (1898), izd. 2-oe, London 1900, S. 56. Hier nach Geyer, a.a.O., S. 362; s. auch: Kulczycki, Ludwik, Geschichte der russischen Revolution, Bd. 3, Gotha 1914, S. 460 f. Vgl. auch das Programm des "Narodnoe Pravo", eines Vorläufers der P.S.-R., aus dem Jahre 1893; s. Kulczycki, a.a.O., S. 393 f;
- 25) Naša programma; in: Vestnik russkoj revoljucii, Nr. 1 (Juli 1901), S. 4;
- 26) a.a.O., S. 13 f; s. auch: Pol'sko-russkija revoljucionnyja otnošenija; in: Vestnik russkoj revoljucii, Nr. 2 (Februar 1902), otel II, S. 1 f;
- 27) (Černov, V.) Nacional'noe poraboščenie i revoljucionnyj socializm; in: Revoljucionnaja Rossija, Nr. 18 (15. Febr. 1903), S. 2 f;
- 28) a.a.O., S. 3 f;
- 29) ebenda;
- 30) a.a.O., S. 4;
- 31) ebenda;
- 32) ebenda;
- 33) (Černov, V.) Nacional'nyj vopros i revoljucija; in: ebenda, Nr. 35 (1. Nov. 1903), S. 1 - 3;
- 34) a.a.O., S. 2; s. Lenin, Das Manifest der armenischen Sozialdemokraten; in: a.a.O., S. 322;
- 35) (Černov), a.a.O., S. 2;
- 36) ebenda;
- 37) Nimmt Bezug auf: Lenin, Die nationale Frage in unserem Programm (Iskra, Nr. 44, 15. Juli 1903), s. Werke, Bd. 6, S. 452;
- 38) (Černov), a.a.O., S. 2 f;
- 39) s. Lenins Auseinandersetzung mit Černovs Artikel "Nacional'noe poraboščenie..."; in: a.a.O., in: Lenin, Die nationale Frage in unserem Programm; a.a.O., S. 454. Lenin bezieht sich hierbei auf: Kautsky, Karl, Finis Poloniae ?; in: NZ, XIV, 2 (1896), S. 520;
- 40) (Černov) a.a.O., S. 3;
- 41) ebenda;

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 6

- 42) ebenda; s. Lenin, Das Manifest der armenischen Sozialdemokraten, in: a. a. O., S. 323;
- 43) ebenda; s. die Antwort des EK der "Narodnaja Volja" (1. März 1884) auf den Aufruf des ZK des "Proletariat", in: Stobel, a. a. O., S. 174; s. oben S. 58;
- 44) ebenda. Über die Bemühungen der P. S -R. um diese nationalen sozialistischen Organisationen, denen man sogar die eigene Presse zur Verfügung stellte, während der Zeit des iskristischen Kampfes um eine einheitliche zentralistische s.-d. Organisation für Gesamtrußland; s. auch Privet Bunda; in: Revoljucionnaja Rossija, Nr. 4 (Febr. 1902), S. 6; Pjataja konferencija Bunda; in: ebenda, Nr. 13 (Nov. 1902), S. 6; Revoljucionnoe dviženie v Malorossii; in: ebd., Nr. 20 (15. März 1903), S. 11; Ljusnja, Michail (poln. Luśnia Michal, Pseud. f. Kelles-Krauz, Kazimierz) (PPS), Pol' sko-russkija revoljucionnyja otnošenija; in: Vestnik russkoj revoljucii, Nr. 2 (Febr. 1902), otd. II, S. 1 - 14; Ders., Pis'mo v redakciju; in: ebenda, Nr. 3 (März 1903), otd. II, S. 168 - 170;
- 45) Ljusnja, a. a. O.;
- 46) Vestnik russkoj revoljucii, Nr. 2 (Februar 1902), S. 1;
- 47) Iskra, Nr. 21 (1. Juni 1902); wiederabgedruckt; in: Vtoroj s-ezd RSDRP. Protokoly, S. 719 - 723;
- 48) Lenin, Die nationale Frage in unserem Programm; in: a. a. O., S. 452 - 461;
- 49) Stosunek socyalnej demokracji rosyjskiej... in: a. a. O., S. 81 - 88;
- 50) Lenin, Das Manifest der armenischen Sozialdemokraten, in: a. a. O.;
- 51) Lenin, Die nationale Frage..., in: a. a. O., S. 452;
- 52) ebenda; s. auch: Lenin, Das Manifest..., in: ebenda, S. 322 f; vgl. auch Černov, Nacional'nyj vopros...; in: a. a. O., S. 3;
- 53) Stosunek socyalnej demokracji rosyjskiej...; in: a. a. O., S. 86;
- 54) Lenin, Die nationale Frage...; in: a. a. O., S. 453;
- 55) Lenin verwies dabei auf: (Černov), Nacional'noe poraboščenie...; in: a. a. O.;
- 56) Lenin, a. a. O., S. 453 f;
- 57) s. Luxemburg, Neue Strömungen in der polnischen sozialistischen Bewegung...; a. a. O., und Dies., Der Sozialpatriotismus in Polen; in: a. a. O.;
- 58) Kautsky, K., Finis Poloniae ?; in: NZ, XIV, 2 (1896), S. 484 - 491, 513 - 525;
- 59) Lenin, a. a. O., S. 454 - 456;

- 60) a.a.O., S. 455 f. Lenin verwies hierbei auf die entsprechenden Artikel in der NRhZ (3.IX.1848 und 9.VIII.1848);
 - 61) a.a.O., S. 456;
 - 62) a.a.O., S. 456 f; s. Kautsky, a.a.O., S. 489; vgl. auch: Ders., Slavjane i revolucija; in: a.a.O.;
 - 63) a.a.O., S. 457 f; s. Franz Mehrings Einleitung zum 3. Band des von ihm hrsg. Aus dem literarischen Nachlaß von K. Marx und F. Engels, 1841 - 1850. Stuttgart 1902, S. 44;
 - 64) a.a.O., S. 458;
 - 65) a.a.O., S. 458 f;
 - 66) s. Lenin, Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanovs; in: Lenin, Werke, Bd. 6, S. 36;
 - 67) Plechanov, G.V., Kommentarii k proektu programmy Rossijskoj Social-Demokratičeskoj Rabočej Partij (1902); in: Plechanov, Sočinenija, t. XII, S. 238;
 - 68) Lenin, Die nationale Frage...; in: a.a.O., S. 459;
 - 69) a.a.O., S. 459 f; vgl. dazu Plechanov, a.a.O., S. 238, der gerade in der Unterstützung der Forderung nach nationaler Selbstbestimmung den Beweis für eine ehrliche Abkehr von jeglichem russischen Chauvinismus erblickte;
 - 70) a.a.O., S. 460;
 - 71) a.a.O., S. 460 f;
 - 72) s. oben S. 62 f;
7. Der endgültige Fehlschlag der Eingliederung nationaler sozialdemokratischer Organisationen in eine zentralistisch strukturierte RSDRP nach dem "Iskra"-Modell auf dem II. Parteitag der RSDRP (17./30. Juli - 10./23. August 1903)
- 1) s. im folg. Položenija Bunda v Rossijskoj Social-Demokratičeskoj Rabočej Partii. Sonderdruck aus "Arbejterštimme", Nr. 34 (1903);
 - 2) a.a.O., S. 1;
 - 3) Bezug genommen wurde dabei auf: Mobilizacija reakcionnych sil i naši zadači; in: Iskra, Nr. 41 (1. Juni 1903), S. 1 f und R. L., Pol'skie social-demokraty o "Bunde"; in: ebenda, S. 3 f;
 - 4) Položenija Bunda..., S. 2 - 7;
 - 5) Položenija Bunda..., S. 2 - 4;
 - 6) Gegen: Mobilizacija reakcionnych sil...; in: a.a.O., S. 1;
 - 7) a.a.O., S. 5 - 7;
 - 8) a.a.O., S. 7 - 13;

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 7

- 9) s. im folg.: V-yj s-ezd Vseobščago Evrejskago Rabočago Sojuza v Litve, Pol'se i Rossii. London 1903. Auf dem Kongreß existierten noch immer die assimilatatorische und die mehr nationale Richtung, wobei T. M. Kopelson und Franz Kurskij der ersteren und Liber, Medem und Kossovskij der letzteren zuneigten; s. Gitelman, Jewish Nationality and Soviet Politics, S. 40;
- 10) a. a. O., S. 4 f;
- 11) a. a. O., S. 5;
- 12) a. a. O., S. 6 f; Begründung der einzelnen Paragraphen: a. a. O., S. 8 - 20;
- 13) s. § 1, a. a. O., S. 6;
- 14) s. besonders den ersten Teil des § 2 und die §§ 3, 4; in: a. a. O., S. 6 und die Kommentare; in: a. a. O., S. 7 - 9, 12 - 15;
- 15) a. a. O., S. 20 f;
- 16) a. a. O., S. 5;
- 17) a. a. O., S. 24 (Anmerkung);
- 18) ebenda;
- 19) a. a. O., S. 13; s. auch: "Der "Bund" ist weder eine örtliche Organisation, noch eine Gebietsvereinigung oder eine technische Gruppe, der "Bund" ist die jüdische Sozialdemokratie; ebenda;
- 20) a. a. O., S. 25;
- 21) a. a. O., S. 21 - 23;
- 22) a. a. O., S. 23 - 25;
- 23) a. a. O., S. 25 f; s. auch: Položenija Bunda..., S. 6;
- 24) a. a. O., S. 26 f;
- 25) "Der "Bund" ist die in ihrer Tätigkeit durch keinerlei Rajonsgrenzen eingeschränkte sozialdemokratische Organisation des jüdischen Proletariats und tritt in die Partei als sein alleiniger Vertreter ein, ...", a. a. O., S. 26; s. auch: a. a. O., S. 6;
- 26) a. a. O., S. 7 - 9;
- 27) a. a. O., S. 6 f und 26 f;
- 28) a. a. O., S. 27 - 33;
- 29) Mobilizacija reakcionnych sil..., a. a. O., S. 1 f;
- 30) Lenin, Das letzte Wort des bundistischen Nationalismus (Iskra, Nr. 46, 15. August 1903); in: Werke, Bd. 6, S. 517 - 520;
- 31) ebenda;
- 32) Vtoroj s-ezd RSDRP. Protokoly. Moskva 1959, S. 18 - 23;
- 33) a. a. O., S. 23;
- 34) a. a. O., S. 22 f (besonders Trockij und Plechanov) und a. a. O., S. 98 - 106 (s. besonders Martov, a. a. O., S. 100);
- 35) a. a. O., S. 50 - 54;
- 36) ebenda;

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 7

- 37) a.a.O., S. 54;
- 38) a.a.O., S. 54 f;
- 39) a.a.O., S. 55;
- 40) a.a.O., S. 55 f;
- 41) Frage Libers zum Begriff "Rassen": "Unter welchen "verschiedenen" Rassen lebt das jüdische Proletariat ? Soviel bekannt ist, lebt es nicht unter Rassen, sondern unter Nationen". Erwiderung Plechanovs: "In der gegenwärtigen Wissenschaft gibt es zumindest keine genaue Bestimmung der Begriffe: Rasse und Nation; man kann als identisch sagen: litauische Rasse und litauische Nation"; a.a.O., S. 105. Vgl. auch: II s-ezd Rossijskoj S.-D.R. Partii, Otčet delegacii Bunda. London 1903, S. 20 f;
- 42) Letzteres im Sinne der betreffenden Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses zu Brüssel (1891);
- 43) a.a.O., S. 57 f; s. auch: II s-ezd..., S. 10 f;
- 44) a.a.O., S. 57;
- 45) a.a.O., S. 60 - 107;
- 46) Der Ekaterinoslaver Delegierte Orlov (L.D. Machlin) ging sogar soweit, die "Notwendigkeit einer gesonderten jüdischen Organisation" überhaupt zu bestreiten; s. a.a.O., S. 69;
- 47) s. a.a.O., S. 65, 81 (s. dagegen Akimov (V.P. Machnovec), a.a.O., S. 81 f);
- 48) s. vor allem auch: Egorov (E. Ja. Levin) von der Gruppe "Južnyj Rabocij", a.a.O., S. 92 - 95;
- 49) a.a.O., S. 65 f; 70 - 81; 85 - 97; 91 f;
- 50) a.a.O., S. 88 - 91; s. auch Lenin, Werke, Bd. 6, S. 485 - 487;
- 51) a.a.O., S. 91 f;
- 52) Lenin, Werke Bd. 6, S. 485 f;
- 53) a.a.O., S. 486 f;
- 54) s. Lenin, Resolutionsentwurf über die Stellung des "Bund" in der Partei (geschr. Juni - Juli 1903) (unvollendet); in: a.a.O., S. 468 f;
- 55) a.a.O., S. 487;
- 56) ebenda;
- 57) Lenin, Resolutionsentwurf...; in: ebenda; S. 468;
- 58) s. Lenins auf dem Parteitag nicht eingebrachten Resolutionsentwurf zum Austritt des "Bund"; in: a.a.O., S. 478;
- 59) Vtoroj s-ezd RSDRP. Protokoly, S. 91;
- 60) ebenda;
- 61) Die "profession de foi" wurde nach Libers Aussage bereits in der Polemik zwischen "Bund" und PPS gefunden und kam besonders zum Aus-

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 7

druck in den beiden Artikeln: "Bor' ba "Pol' skoj Socialističeskoj Partii" protiv "Evrejskago Rabočago Sojuza"" und "Naši celi"; in Rabotnik, Nr. 5 - 6 (1899), S. 72 - 94 bzw. 95 - 103;

- 62) Vtoroj s-ezd RSDRP., S. 91 f;
- 63) a.a.O., S. 92;
- 64) ebenda;
- 65) Vgl. den von Liber vorgetragenen und interpretierten Statutenentwurf (a.a.O., S. 96 f) mit dem vom V. Kongreß verabschiedeten (a.a.O., S. 51);
- 66) a.a.O., S. 107;
- 67) a.a.O., S. 57;
- 68) ebenda;
- 69) s. II s-ezd Rossijskoj S.-D.R. Partii. Otcet delegacii Bunda, S. 23;
- 70) Vtoroj s-ezd RSDRP..., S. 97;
- 71) a.a.O., S. 316 f;
- 72) a.a.O., S. 317;
- 73) ebenda (Martov versuchte dies vor allem anhand eines Briefes aus Riga zu dokumentieren, s. a.a.O.; S. 703 - 705);
- 74) ebenda;
- 75) Als "historische Dokumente" zitierte Liber:
 1. (Martov) Povorotnyj punkt v istorii evrejskago rabočago dviženija, S. 19;
 2. "Bor' ba "Pol' skoj Socialističeskoj Partii" protiv "Evrejskago Rabočago Sojuza"", in: a.a.O., S. 72;
 3. "Naši celi"; in: a.a.O., S. 96 und 103;
- 76) a.a.O., S. 317 - 320;
- 77) a.a.O., S. 321; s. auch die schriftliche Begründung: "Zajavlenie delegacii Bunda II s-ezda RSDRP, a.a.O., S. 713 - 715;
- 78) a.a.O., S. 329 - 340;
- 79) a.a.O., S. 335;
- 80) a.a.O., S. 336 f;
- 81) a.a.O., S. 340;
- 82) s. Arkomed, S. T., Rabočee dviženie i social-demokratija na Kavkaze (s 80-x g. g. po 1903 g.). Moskva-Petrograd 1923² (1. Aufl. 1910), S. 53 u. Anm. 1, S. 179 - 181; Avalov, Z., Gruziny; in: Kasteljanskij, Formy..., S. 485 f; Stankevič, V., Sud' by narodov Rossii. Berlin 1921, S. 222; vgl. auch Pipes, The Formation of the Soviet Union. Cambridge/Mass. 1964², S. 17 f;
- 83) Vtoroj s-ezd RSDRP, S. 40 - 42; vgl. auch: II s-ezd Rossijskoj S.-D. R. Partii. Otcet delegacii Bunda, S. 3 f;
- 84) s. oben S. 63; Iz partii; in: Iskra, Nr. 7 (August 1901). S. 5 f; vgl. auch Geyer, a.a.O., 353 u. 385 und insbes. Strobel, Die Partei Rosa

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 7

Luxemburgs..., S. 178 - 185;

- 85) s. Vtoroj s-ezd RSDRP, S. 763 (Anm. 43); Geyer, a.a.O., S. 385.
Aus der Sicht der SDKPiL: s. Strobel, a.a.O., S. 182 - 185;
- 86) s. Strobel, a.a.O., S. 227; Vtoroj s-ezd RSDRP, S. 140. Zum Verlauf des Kongresses s. insbes. Strobel, a.a.O., S. 185 - 188; s. auch Geyer, a.a.O., S. 386;
- 87) Vtoroj s-ezd RSDRP, S. 47;
- 88) a.a.O., S. 40 - 42; vgl. Geyer, a.a.O., S. 386 - 388;
- 89) a.a.O., S. 140; vgl. Geyer, a.a.O., S. 388;
- 90) ebenda; Strobel, a.a.O., S. 228; Geyer, a.a.O., S. 386;
- 91) Dieser § 7 (im endgültigen Programm § 9) lautete zunächst: "Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen, die zum Staate gehören"; in: a.a.O., S. 721;
- 92) a.a.O., S. 140 f; Strobel, a.a.O., S. 228; Geyer, a.a.O., S. 387;
- 93) a.a.O., S. 141;
- 94) s. dazu vor allem: Luxemburg, Rosa, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie; in: NZ, XXII, 2 (1904), S. 484 - 492 u. 529 - 535;
- 95) s. Leder, V. Nacional'nyj vopros v pol'skoj i russkoj social-demokratii; in: Proletarskaja Revoljucija, Nr. 2 - 3 (1902), S. 166;
- 96) a.a.O., S. 167;
- 97) s. Lenin, Das Manifest der armenischen Sozialdemokraten; s. oben S. 68 f;
- 98) "Przegląd Socialdemokratyczny", Nr. 8 (August 1903); zit. nach: Leder, a.a.O., S. 167;
- 99) ebenda, Nr. 2 (Febr. 1903); zit. nach: Leder, a.a.O., S. 169;
- 100) Leder, a.a.O., S. 174; Geyer, a.a.O., S. 389; vgl. auch Strobel, a.a.O., S. 188 - 190;
- 101) Lenin, Die nationale Frage in unserem Programm; s. oben S. 74 - 78;
- 102) R. Luxemburg an Warski (5. August 1903); in: Z pola walki, Nr. 7- 8 (1929), S. 184 - 188; zit. nach: Geyer, a.a.O., S. 390;
- 103) Telegramm Warskis an R. Luxemburg (undatiert); in: a.a.O., S. 189; zit. nach Geyer, ebenda;
- 104) Telegramm R. Luxemburgs u. L. Jogiches; in: a.a.O., S. 190; zit. nach Geyer, a.a.O., S. 391;
- 105) Leder, a.a.O., S. 174; Geyer, a.a.O., S. 391;
- 106) Vtoroj s-ezd RSDRP, S. 713;

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 7

- 107) a.a.O., S. 714. Vorgeschlagener Wortlaut für § 7: "Institutionen garantieren allen zum Bestand des Staates gehörenden Nationen völlige Freiheit der kulturellen Entwicklung";
- 108) a.a.O., S. 714 f;
- 109) In der Redaktion der Programmkommission § 8; in der endgültigen Fassung § 9; a.a.O., S. 421;
- 110) a.a.O., S. 190;
- 111) II s-ezd Rossijskoj S.-D.R. Partii. Otčet delegacii Bunda, S. 31;
- 112) Vtoroj s-ezd RSDRP, S. 190 f;
- 113) s. den § 3 des Parteiprogramms, a.a.O., S. 182 - 184; s. weiter unten;
- 114) a.a.O., S. 191;
- 115) ebenda;
- 116) Medem: "... und Schaffung von Institutionen, die ihnen die völlige Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren". Liber: "... und Freiheit ihrer kulturellen Entwicklung"; a.a.O., S. 191 bzw. 192;
- 117) a.a.O., S. 192;
- 118) Nicht im Programmentwurf der "Iskra" und "Zarja" enthalten; s. a.a.O., S. 721. Der Punkt über die "Gebietselbstverwaltung" war durch den Delegierten des "Bund" innerhalb der Kommission eingebracht worden; s. II s-ezd RSDRP. Otčet delegacii Bunda, S. 27 (Anmerkung);
- 119) a.a.O., S. 183;
- 120) ebenda; s. Medem, a.a.O., S. 190 f;
- 121) so vor allem der spätere Bolschewik Rusov (B.M. Knunjanin) unter Bezugnahme auf die Organisation "Gruzija" um die Zeitung "Sakartvelo", die die Autonomie Georgiens forderte; a.a.O., S. 183 f;
- 122) a.a.O., S. 183 f; s. auch: II s-ezd RSDRP. Otčet delegacii Bunda, S. 27 (Anmerkung). Endgültige Fassung des § 3: "Weitgehende örtliche Selbstverwaltung; Gebietsselbstverwaltung für alle Gegenden, die sich durch besondere Lebensbedingungen und Zusammensetzung der Bevölkerung auszeichnen."; s. a.a.O., S. 421;
- 123) a.a.O., S. 185 - 193, 255 f; s. auch II s-ezd RSDRP. Otčet delegacii Bunda, S. 26 - 31;
- 124) § 5 (im "Iskra"-Entwurf § 4); "uneingeschränkte Gewissens-, Rede-, Presse-, Versammlungs-, Streik- und Vereinsfreiheit"; a.a.O., S. 421;
- 125) § 6 (im Programmentwurf der "Iskra"): "Abschaffung der Stände und völlige Gleichberechtigung aller Bürger, unabhängig von Geschlecht, Religion und Rasse"; a.a.O., S. 721;
§ 7 (in der Redaktion der Programmkommission): "..., unabhängig

ANMERKUNGEN zu Kap. II, Punkt 7

von Geschlecht, Religion, Rasse, Nationalität und Sprache (letzteres auf Vorschlag Lenins)"; a.a.O., S. 185;

§ 7 (endgültige Fassung) "... , unabhängig von Geschlecht, Religion, Rasse und Nationalität", a.a.O., S. 421;

126) a.a.O., S. 185;

127) ebenda;

128) ebenda;

129) a.a.O., S. 185 - 190, 225 f; § 8 (endgültige Fassung): "Das Recht der Bevölkerung auf Bildung in der Muttersprache, garantiert durch die Schaffung der hierfür erforderlichen Schulen auf Kosten des Staates und der Selbstverwaltungsorgane; das Recht jedes Bürgers, auf Versammlungen in der Muttersprache zu sprechen; die gleichberechtigte Einführung der Muttersprache neben der Staatssprache in allen örtlichen gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen"; a.a.O., S. 421;

130) a.a.O., S. 259 - 281; s. auch Geyer, a.a.O., S. 392 - 408;

III. Assimilation oder Anerkennung als Nationalität ? Die jüdische Frage in ihrer theoretischen Grundlegung bei RSDRP und "Bund" zwischen dem II. Parteitag der RSDRP (1903) und der Revolution von 1905

1. Lenins theoretische Ausgangsposition und ihre Modifizierungen innerhalb der "Iskra"

- 1) "Vom iskristischen Standpunkt aus, den Plechanov, Martov, Trotzki und ich verteidigten, konnte hierüber kein Zweifel bestehen"; s. Lenin, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (Die Krise unserer Partei) (geschr. Febr. - Mai 1904); in: Lenin, Werke, Bd. 7, S. 209;
- 2) a.a.O., S. 210;
- 3) Lenin, Ein Maximum von Schamlosigkeit und ein Minimum von Logik; zuerst in: "Iskra", Nr. 49 (1. Okt. 1903); hier in: Lenin, Werke, Bd. 7, S. 50;
- 4) a.a.O., S. 51 f;
- 5) Lenin, Die Stellung des "Bund" in der Partei ("Iskra", Nr. 51, 22. Okt. 1903); in: Lenin, Werke, Bd. 7, S. 82 - 93. Lenin bezog sich hierbei auf den bereits bekannten Artikel des "Bund": "Položenija Bunda v Rossijskoj Social-Demokratičeskoj Rabočej Partii" aus Nr. 34 der "Arbeiterstimme", den er als "offiziellen Kommentar" der Beschlüsse des V. Kongresses des "Bund" betrachtete; s. a.a.O., S. 82;
- 6) a.a.O., S. 83;
- 7) a.a.O., S. 84;
- 8) Položenija Bunda...; in: a.a.O., S. 3;
- 9) a.a.O., S. 7;
- 10) Lenin, a.a.O., S. 84 f;
- 11) a.a.O., S. 85;
- 12) a.a.O., S. 86;
- 13) ebenda;
- 14) Položenija Bunda..., S. 2 f;
- 15) a.a.O., S. 86 f;
- 16) a.a.O., S. 87 - 89;
- 17) a.a.O., S. 89 - 93;
- 18) Kautsky, Karl, Das Massaker von Kischineff und die Judenfrage; in: NZ, XXI, 2 (1903), S. 303 - 309, bes. 305 und Ders., Die Krisis in Österreich; in: NZ, XXII, 1 (1904), S. 39 - 46, 72 - 79;
- 19) In: La Petite République (24. September 1903) (Dieser Artikel war dem Verfasser nicht zugänglich);
- 20) Lenin, a.a.O., S. 90 f;
- 21) a.a.O., S. 91;
- 22) ebenda;
- 23) Le judaisme comme race et comme religion; in: Discours et Conférences par Ernest Renan. Paris 1887, bes. S. 369 - 374;

ANMERKUNGEN zu Kap. III, Punkt 1

- 24) Kautsky, Karl, Das Massaker von Kischineff...; in: a.a.O., bes. S. 305 - 307;
- 25) Lenin, a.a.O., S. 91 f;
- 26) vgl. Položenija Bunda..., S. 11;
- 27) Lenin, a.a.O., S. 92 f;
- 28) (Aksel' rod (Ortodoks), L.) Otkrytoe pis'mo evreja k evrejam; in: "Iskra", Nr. 52, (7. Nov. 1903), S. 2. Wiederabgedruckt in: Aksel' rod (Ortodoks), L., K nacional'nomu voprosu. S-Peterburg 1906, S. 5 - 13;
- 29) s. das Vorwort zur Broschüre: Aksel' rod (Ortodoks), L., K nacional'nomu voprosu;
- 30) "Iskra", Nr. 52, S. 2;
- 31) ebenda;
- 32) ebenda;
- 33) ebenda;
- 34) ebenda;
- 35) ebenda;
- 36) Aksel' rod (Ortodoks) zitiert hierbei (Kossovskij, Vl.) K voprosu o nacional'noj avtonomii i preobrazovanii Rossijskoj Socialdemokratičeskoj Rabočej Partii na federativnych načalach, London 1902;
- 37) Aksel' rod (Ortodoks), a.a.O., S. 2;
- 38) ebenda;
- 39) B-v, V., Antisemitizm, assimiljacija i proletarskaja bor'ba; in: Iskra, Nr. 55 (12. Dez. 1903), S. 3 f;
- 40) Ab Nr. 52 (7. Nov. 1903) gehörte Lenin nicht mehr der Redaktion an;
- 41) Ot redakcii; in: Iskra, Nr. 55, S. 4;
- 42) B-v, a.a.O., S. 3;
- 43) s. Lenin, Die Stellung des "Bund" in der Partei, a.a.O.;
- 44) B-v, a.a.O., S. 3;
- 45) s. Kautsky, Das Massaker von Kischineff..., a.a.O.;
- 46) B-v, a.a.O., S. 3;
- 47) s. Lenin, a.a.O., S. 92;
- 48) s. Kautsky, a.a.O., S. 306 - 309;
- 49) B-v, a.a.O., S. 3;
- 50) s. Kautsky, a.a.O., S. 305 - 307;
- 51) B-v, a.a.O., S. 3;
- 52) ebenda;
- 53) ebenda;
- 54) a.a.O., S. 3 f;
- 55) s. Aksel' rod (Ortodoks), a.a.O.;
- 56) B-v, a.a.O., S. 4;
- 57) ebenda;
- 58) Ot redakcii, ebenda;
- 59) ebenda;

ANMERKUNGEN zu Kap. III, Punkt 1/2

- 60) Evrej (Aksel' rod (Ortodoks), L.) Nesko l' ko slov v otvet tovarišču B-vu; in: Priloženie k No. 58 "Iskry", S. 1 f. Wiederabgedruckt in: Aksel' rod (Ortodoks), L., K nacional'nomu voprosu, S-Peterburg 1906, S. 13 - 24;
- 61) s. in erster Linie: Lenin, Das Manifest der armenischen Sozialdemokraten, a.a.O., S. 323;
- 62) Evrej (Aksel' rod (Ortodoks)), a.a.O., S. 1;
- 63) s. Lenin, Die Stellung des "Bund" in der Partei, a.a.O.;
- 64) Evrej (Aksel' rod (Ortodoks)), a.a.O., S. 1;
- 65) ebenda;
- 66) s. Kautsky, Das Massaker von Kischineff..., a.a.O.;
- 67) Evrej (Aksel' rod (Ortodoks)), a.a.O., S. 1 f.;
- 68) s. (Aksel' rod (Ortodoks)) Otkrytoe pis' mo..., in: a.a.O.;
- 69) K. (Bržezovskij, A.P.) Nekotoryja zamečanja k "nacional'nomu voprosu"; in: Priloženie k No.58 "Iskry", S. 2;
- 70) ebenda;
- 71) ebenda;
- 72) ebenda;
- 73) ebenda;
- 74) ebenda;
- 75) ebenda;
- 76) Ot redakcii; in: ebenda;
- 77) (Troickij, L.) Razloženie sionizma i ego vozmožnye preemniki; in: Iskra, Nr. 56 (1. Jan. 1904), S. 2;

2. Die theoretische Begründung der Forderung nach nationalkultureller Autonomie für die Juden Rußlands durch den "Bund"

- 1) Po povodu vystuplenija Bunda iz Rossijskoj Socialdemokratičeskoj Rabočej Partii; in: Poslednija izvestija, Nr. 162 (13. Jan. 1904), S. 1;
- 2) ebenda;
- 3) (Kossovskij, Vl.) Nacional 'nost' i assimilacija; in: Vestnik Bunda, Nr. 1 - 2, 3 (Jan./Febr. - Juni 1904), S. 2 - 9 und 1 - 6. Wiederabgedruckt in: Kossovskij; Vl., Voprosy nacional'nosti. Vil'na 1907, S. 30 - 72;
- 4) (Kossovskij) a.a.O., S. 2; s. Lenin, die Stellung des "Bund" in der Partei; in: a.a.O.;
- 5) Kautsky, Die Krisis in Österreich; in: NZ, XXII, 1 (1904) S. 39 - 43;
- 6) Lenin, a.a.O., S. 89;
- 7) (Kossovskij) a.a.O., S. 2. Kossovskij verwies in diesem Zusammenhang auch auf widersprüchliche Äußerungen Kautskys in der Frage des

ANMERKUNGEN zu Kap. III, Punkt 2

Territoriums; in: Krisis in Österreich, a.a.O., S. 39 - 43 bzw. Mas-saker von Kischineff ..., S. 305 und in der Frage der Sprache; in: Kri-sis in Österreich, a.a.O., S. 39 - 42; s. (Kossovskij) a.a.O., S. 4;

- 8) ebenda;
- 9) Kautsky, a.a.O., S. 41 - 46, 72 - 79;
- 10) a.a.O., S. 72 - 79;
- 10a) (Kossovskij) a.a.O., S. 2 f;
- 11) a.a.O., S. 2 - 4;
- 12) a.a.O., S. 4;
- 13) a.a.O., S. 4 f;
- 14) s. Kautsky, Karl, Der Kampf der Nationalitäten und das Staatsrecht in Österreich; in: NZ, XVI, 1 (1898), S. 517 f;
- 15) (Kossovskij) a.a.O., S. 5;
- 16) Kautsky, a.a.O., S. 517;
- 17) (Kossovskij) a.a.O., S. 5 f;
- 18) s. Lenin, a.a.O., S. 91 f;
- 19) (Aksel' rod (Ortodoks), L.) Otkrytoe pis'mo evreja k evrejam; in: a.a.O.;
- 20) (Kossovskij) a.a.O., S. 7 f;
- 21) a.a.O., S. 8;
- 22) a.a.O., S. 8 f. Vgl. dazu auch: Basin, A., Nacija li evrei? (Pis'mo v redakciju); in: Vestnik Bunda, Nr. 1 - 2 (Jan. - Febr. 1904), S. 12 - 14;
- 23) a.a.O., S. 9; s. im folg. Vestnik Bunda, Nr. 3, S. 1 - 6;
- 24) s. Bauer, Bruno, Die Judenfrage, Braunschweig 1843 u. Ders., Die Fähigkeit der heutigen Juden und Christen frei zu werden. Zürich u. Winterthur 1843. Kossovskij kannte beide Schriften, wie sich unschwer aus dem folgenden erschließen läßt, offensichtlich nur aus den Rezensionen Karl Marx'; in: Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, hrsg. v. Franz Mehring, Bd. 1, Stuttgart 1902, S. 399 - 431;
- 25) (Kossovskij) a.a.O., S. 1 f; Aus dem liter. Nachlaß..., S. 399 f;
- 26) Marx, Karl, Die Judenfrage (1844); in: Aus dem liter. Nachlaß..., S. 399 - 431;
- 27) a.a.O., S. 403;
- 28) (Kossovskij) a.a.O., S. 2; Marx, a.a.O., S. 415 - 424;
- 29) (Kossovsky) ebenda; Marx, a.a.O., S. 426;
- 30) Marx, a.a.O., S. 426 - 431;
- 31) (Kossovskij) a.a.O., S. 2 f;
- 32) a.a.O., S. 3;
- 33) s. Aus dem liter. Nachlaß..., Bd. 1, S. 356;

ANMERKUNGEN zu Kap. III, Punkt 2

- 34) (Kossovskij) a.a.O., S. 3 f;
- 35) a.a.O., S. 4;
- 36) Kautsky, Das Massaker von Kischineff...; in: a.a.O., S. 305 f;
- 37) Ders., Die Krisis in Österreich; in: a.a.O., S. 78;
- 38) (Kossovskij) a.a.O., S. 4;
- 39) Kautsky, Das Massaker von Kischineff...; in: a.a.O., S. 306;
- 40) (Kossovskij) a.a.O., S. 4 f;
- 41) Kautsky, Das Massaker von Kischineff...; in: a.a.O., S. 307;
- 42) (Kossovskij) a.a.O., S. 6;
- 43) s. Lenin, Die Stellung des "Bund" in der Partei; in: a.a.O.;
- 44) s. Evrej (Aksel' rod (Ortodoks)), Neskol'ko slov v otvet tovarišču B-vu; in: a.a.O.;
- 45) (Kossovskij) a.a.O., S. 5;
- 46) a.a.O., S. 6;
- 47) (Medem, V.) Socialdemokratija i nacional'nyj vopros; in: Vestnik Bunda, No 4 (Juli 1904), S. 1 - 10 und No 5 (November 1904), S. 7 - 14. Wiederabgedruckt in: Medem V., Socialdemokratija i nacionalnyj vopros. S-Peterburg 1906.
- 48) Über Medem s. neben seiner Autobiographie "Fun mein leben", 2 Bde N.J. 1928, die dem Verfasser leider nicht zur Verfügung stand: Patkin, A.L., The Origins of the Russian-Jewish Labour Movement, Melbourne and London 1947, S. 196, 198 - 214; Pinson, Koppel S., Arkady Kremer, Vladimir Medem and the Ideologie of the Jewish "Bund"; in: Jewish Social Studies, Vol. VII, 3 (July 1945), S. 246 - 264;
- 49) Medem, Fun mein leben, Bd. 1, S. 226; zit. nach: Patkin, a.a.O., S. 196;
- 50) Pinson, a.a.O., S. 250;
- 51) s. oben S. 92;
- 52) (Medem) a.a.O., S. 1 - 6;
- 53) a.a.O., S. 1 - 3;
- 54) (Kossovskij) Nacional 'nost' i assimiljacija; in: a.a.O., S. 4 f;
- 55) (Medem) a.a.O., S. 3;
- 56) a.a.O., S. 3 f;
- 57) a.a.O., S. 4;
- 58) a.a.O., S. 4 f;
- 59) a.a.O., S. 5 f;
- 60) a.a.O., S. 6 f;
- 61) a.a.O., S. 7 f;
- 62) a.a.O., S. 8;
- 63) ebenda. Über den "Neutralismus" Medems und seine ab 1910 erfolgende inhaltlich positivere Bestimmung des nationalen jüdischen Lebens in Rußland; s. Medem, Natsionalizm oder "neutralizm"; in Tseit fragn.

Vilna 1910; s. Pinson, Arkady Kremer, Vladimir Medem and the Ideologie of the Jewish Bund; in: a.a.O., S. 254 - 259; Patkin, The Origins of the Russian-Jewish Labour Movement, S. 210 - 217 und Gitelman, Zvi J., Jewish Nationality and Soviet Politics. The Jewish Sections of the CPSU, 1917 - 1930. Princeton, New Jersey 1972, S. 57 f;

- 64) ebenda;
- 65) a.a.O., S. 8 f;
- 66) a.a.O., S. 9;
- 67) Medem zitierte: K. K. (Davidzon), O evrejskom rabočem dviženii v Rossii; in: a.a.O., S. 50;
- 68) Lenin, Das Manifest der armenischen Sozialdemokraten; in: a.a.O., S. 323;
- 69) (Medem) a.a.O., S. 9 f und Vestnik Bunda, Nr. 5, S. 7;
- 70) a.a.O., S. 7 f;
- 71) a.a.O., S. 8;
- 72) ebenda;
- 73) a.a.O., S. 9 f;
- 74) a.a.O., S. 10 f;
- 75) a.a.O., S. 11;
- 76) vgl. Hugelmann, Karl Gottfried (Hrg.), Das Nationalitätenrecht des alten Österreich. Wien-Leipzig 1934, S. 81 - 96;
- 77) (Medem) a.a.O., S. 11;
- 78) a.a.O., S. 11 f;
- 79) a.a.O., S. 12 f;
- 80) a.a.O., S. 13;
- 81) ebenda;
- 82) ebenda;
- 83) Der Slowene Etbin Kristan von der südslaw. Exekutive hatte bereits 1898 in dem Aufsatz; "Nationalismus und Sozialdemokratie in Österreich" in: Akademie. Socialisticka Revue, der dem Verfasser leider nicht zugänglich war, dieses Prinzip aufgestellt; s. Mommsen, a.a.O., S. 325 - 327; vgl. auch: Verhandlungen des Gesamtparteitags der Sozialdemokratie in Österreich, abgehalten zu Brunn vom 24. bis 29. Sept. 1899, S. 86;
- 84) Über Renner s. Mommsen, a.a.O., S. 327 - 329 u. Kann, a.a.O., Bd. 2, S. 162 - 172;
- 85) Synopticus (Renner, Karl), Staat und Revolution. Wien 1899, S. 2 - 19; Springer, Rudolf (Renner, Karl), Der Kampf der österreichischen Nationalitäten um den Staat. Leipzig und Wien 1902, S. 10 - 92;
- 86) Synopticus, a.a.O., S. 10; Springer, a.a.O., S. 79 u. 170;

ANMERKUNGEN zu Kap. III, Punkt 2

- 87) Springer, a.a.O., S. 26 f; 169 - 173;
- 88) Synopticus, a.a.O., S. 20; Springer, a.a.O., S. 56 - 62;
- 89) Springer, a.a.O., S. 62;
- 90) Springer, a.a.O., S. 170 - 173;

IV. Die Auswirkungen der in der Revolution von 1905 erhobenen nationalen Forderungen der nichtrussischen, insbesondere der jüdischen revolutionären Gruppierungen auf die theoretischen Ansichten der russischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre

- 1) s.u.a. Lenskij, Z., Nacional'noe dviženie; in: Obščestvennoe dviženie v Rossii v načale XX-go veka, t. I, S-Peterburg 1909, S. 351 f; Lednickij, A.R., Nacional'nyj vopros v gosudarstvennoj dume; in: Pervaja gosudarstvennaja дума, S-Peterburg 1907, S. 154; Kazimirov, I., Novyja pozicii rossijskoj buržuazii; in: SERP, I, Moskva 1907, S. 179, 191 f; 198 f; vgl. auch: Miliukow (Miljukov), P., Rußlands Zusammenbruch, Berlin 1925, S. 100, 102, 103 f und bereits (Jodko-Narkiewicz, Witold) Zur Taktik der polnischen Sozialdemokratie; in: Vorwärts, Nr. 163 - 165 (15. - 17. Juli 1896);
- 2) s. hierzu vor allem: Kasteljanskij, A.J., Formy nacional'no go dviženija v sovremennych gosudarstvach, S-Peterburg 1910; Lenskij, Z., Nacional'noe dviženie; in: Obščestvennoe dviženie... t. I, S-Peterburg 1909, S. 349 - 371; Zalevskij, K., Nacional'nye partii v Rossii; in: ebenda, t. III, 5, S-Peterburg 1914; S. 227 - 344; Ders., Nacional'nye dviženija; in: ebenda, t. IV, 2, S-Peterburg 1911, S. 151 - 242;
- 3) Daß den konkreten nationalen Forderungen in einigen Teilen Rußlands, wie den Ostseeprovinzen und dem Kaukasus, im Zusammenhang mit Agrarfrage und örtlicher Selbstverwaltung auch teilweise soziale Momente zugrunde lagen, bleibt in unserer Abhandlung unberücksichtigt, da dies nur in einem indirekten Zusammenhang mit unserer Thematik steht und vor allem den Rahmen der Arbeit sprengen würde;
- 4) s. Palme, A., Die russische Verfassung. Berlin 1910, S. 80 f;
- 5) So einer der Führer des "Sojuz 17-go oktjabra", A.J. Gučkov; in: Kazimirov, J., Novyja pozicii rossijskoj buržuazii; in: Serp, I, S. 185; s. auch a.a.O., S. 195;
- 6) Auf der im November 1904 stattgefundenen geheimen Konferenz hatte sich der "Sojuz osvoboždenija", der Vorläufer der "Partija narodnoj svobody", zusammen mit verschiedenen Parteien nichtrussischer Nationalitäten neben dieser Forderung auch ausdrücklich für das "Recht auf nationale Selbstbestimmung" ausgesprochen; s. Meždupartijnaja konferencija; in: Revoljucionnaja Rossija, Nr. 56 (Dez. 1904), S. 8 f. Zur Unverbindlichkeit dieser Forderung aus der Sicht der "Kadetten", s. Miljukov, Nacional'nyj vopros. (Prag) 1925, S. 163;
- 7) Miliukow (Miljukov), a.a.O., S. 94, 100;
- 8) a.a.O., S. 103 - 105; s. auch Miljukov, P.N., Nacional'nyj vopros. (Prag) 1925, S. 163 - 174;
- 9) Walsh, Warren B., Political Parties in the Russian Dumas; in: The Journal of Modern History, 22 (1950), S. 145, 146; s. auch Kazimirov, a.a.O., S. 197;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 1

- 10) s. Lednickij, A.R., Nacional'nyj vopros v gosudarstvennoj dume; in: Pervaja gosudarstvennaja дума. Sbornik statej, I, S-Peterburg 1907, S. 154 - 167; Harcave, Sidney S., The Jewish Question in the First Russian Duma; in: Jewish Social Studies, Vol. VI, 2 (April 1944), S. 155 - 176; Miliukow (Miljukov), a.a.O., S. 103; Borisov, M. (Ratner), Naši zadači, in: SERP, I, S. 9, 15 f; Dubnov, S., Evrei; in: Kasteljanskij, Formy nacional'nago dviženija..., S. 420 f; Slavinskij, a.a.O., S. 299 f; vgl. auch Pipes, Richard, The Formation of the Soviet Union, S. 30 und Bräker, Hans, Die muslimische Erneuerungsbewegung in Rußland; in: Rußlands Aufbruch ins 20. Jahrhundert. Olten 1970, S. 194;
- 11) Zur Entwicklung des Autonomiebegriffs innerhalb der bürgerlichen, zionistischen und zionistisch-sozialistischen Gruppierungen des Judentums in Rußland in den Jahren 1905 - 1907 s. den demnächst in den Jahrbüchern für Geschichte Osteuropas erscheinenden Aufsatz des Verfassers;

1. Die Autonomievorstellungen der "Evrejskaja socialističeskaja rabočaja partija" (SERP)

- 1) Materialy k istorii evrejskago rabočago dviženija; in: SERP, I, Moskva 1907, S. 258 f; 1905. Evr. rab. dviž., S. 189 f;
- 2) 1905. Evr. rab. dviž., S. 190 - 192; Buchbinder, Istorija evr. rab. dviž. v Rosii, S. 352 f;
- 3) Zu den Anwesenden gehörten u.a. Moses Zilberfarb (Bazin) (1876 - 1934), Mark Borisovič Ratner (M. Borisov) (1871 - 1917) und A. Rozin (Ben-Ader) (1878 - 1942), die neben Chajm Žitlovskij (1865 - 1943), dem eigentlichen theoretischen Begründer des Galut-Nationalismus und des Jiddischismus, die spätere Ideologie der SERP prägten; s. Patkin, a.a.O., S. 237 und Buchbinder, a.a.O., S. 350 f;
- 4) Materialy k istorii evr. rab. dviž; in: SERP, I, S. 248 - 256; Konferencija "Vozroždenija" in: SERP, II, S-Peterburg 1907, S. 382 - 384;
- 5) a.a.O., S. 256 bzw. a.a.O., S. 382 f;
- 6) a.a.O., S. 257 bzw. a.a.O., S. 383;
- 7) ebenda bzw. ebenda;
- 8) s. Perelman, A., Avtonomizm; in: Evrejskaja Enciklopedija, t. I, S. 362;
- 9) Ben-Adir, Modern Currents in Jewish Social and National Life; in: The Jewish People. Past and Present, Vol. II, New York 1956, S. 308 f;
- 10) Vozroždenie, Nr. 1 - 2 (Jan. - Febr. 1904) und Nr. 3 - 4 (Nov. 1904).

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 1

Die erste und zweite Nummer erschienen in London, während die beiden letzten Nummern in Paris herauskamen;

- 11) s. "Naši zadači"; in: Vozroždenie, Nr. 1 - 2, S. 1 - 9;
- 12) (Černov, V.) Nacional'noe poraboščenie i revoljucionnyj socializm; in: Revoljucionnaja Rossija, Nr. 18 (15. Febr. 1903), S. 1 - 4; s. oben S. 71 f;
- 13) a.a.O., S. 3;
- 14) Bazin (Zilberfarb, M), O evrejskom voprose na stranicach socialističeskoj pečati; in: Vozroždenie, Nr. 1 - 2, S. 13 f;
- 15) a.a.O., S. 14 - 19;
- 16) a.a.O., S. 18 f;
- 17) s. Otkrytoe pis'mo evreja k evrejam; in: a.a.O. und Neskol'ko slov v otvet tovarišču B-vu; in: a.a.O.;
- 18) s. die Zeitschrift der deutschen Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation, "Der Vorbote", Nr. 2 (1866), S. 170;
- 19) Bazin (Zilberfarb), O evrejskom voprose na stranicach sozialističeskoj pečati; in: Vozroždenie, Nr. 3 - 4, S. 47 - 51;
- 20) "Naši zadači", in: a.a.O., S. 5. Zur Kritik des "Bund" am sozialistischen Zionismus" der SERP; s. insbes. Gejlikman, G., O "Vozroždenii"; in: Naše slovo, Nr. 2, 4 - 5 (1906);
- 21) Bazin (Zilberfarb) a.a.O., in: Vozroždenie, Nr. 1 - 2, S. 15;
- 22) Ben-Ader (Rozin, A.), Smelost' slova i trusost' mysli (Po povodu "nacionalizma" Bunda); in: Vozroždenie, Nr. 1 - 2, S. 21;
- 23) a.a.O., S. 22; s. auch: Ders., Ograblennaja tema; in: ebenda, Nr. 3 - 4, S. 58 und Dynin, Ch., "Travlja Bunda" na II-om s-ezde Rossijskoj social-Demokr. Rabočej Partii; in: ebenda, Nr. 1 - 2, S. 26 f;
- 24) "Naši zadači"; in: ebenda, Nr. 1 - 2, S. 5; s. auch: Teodor Gercl; in: ebenda, Nr. 3 - 4, S. 37;
- 25) a.a.O., S. 5 f; s. auch: Ap-s, Koe-što o VI-m Kongresse sionistov i o sionistkom dviženii voobščee; in: ebenda, S. 9 - 13; Stol'berg, M., Vzbalomučennoe more; in: ebenda, S. 27 - 29 und vor allem "Naš nacional'nyj ideal i naše nacional'noe dviženie"; in: ebenda, S. 38 - 42;
- 26) Ben Ader (Rozin, A.), Ograblennaja tema; in: ebenda, Nr. 3 - 4, S. 57 f;
- 27) "Chronika sionistskago rabočago dviženija"; in: ebenda, S. 71;
- 28) s. Materialy k istorii evrejskago rabočago dviženija; in: SERP, I, S. 253 - 256;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 1

- 29) Ben-Ader, Naši kritiki; in: ebenda, S. 151 - 173 und Ben-Ader, "Naš nacional'nyj ideal i naše nacional'noe dviženie" in: Vozroždenie. Sbornik statej. Moskva 1905, S. 4 - 10; vgl. hierzu: Stammler, Rudolf, Wirtschaft und Recht. Berlin-Leipzig 1896, 1924⁵;
- 30) zu Chaim Žitlovskij s. weiter unten !
- 31) Materialy... (Referat: "Klassy i nacii s točki zrenija bor'by za individualnost" auf der Konferenz "Vozroždenie" in Kiev 1903); in: SERP, I, S. 253;
- 32) Ben-Ader, a.a.O., S. 161; s. Stammler, a.a.O., S. 82;
- 33) Materialy..., in: a.a.O., S. 253 - 256;
- 34) Stammler, a.a.O., S. 75 - 107 und 271 - 273;
- 35) Ben-Ader, a.a.O., S. 161 f;
- 36) Ben-Ader, a.a.O., S. 157 - 160; s. bereits "Naš nacional'nyj ideal ..."; in: a.a.O., S. 6 f;
- 37) a.a.O., S. 160 - 162 bzw. a.a.O., S. 6;
- 38) a.a.O., S. 160 bzw. a.a.O., S. 7 f;
- 39) a.a.O., S. 174 bzw. a.a.O., S. 9 f;
- 40) ebenda bzw. a.a.O., S. 9. Ben-Ader stützte sich dabei auf: Ben Ehud'a (Žitlovskij, Ch.), Der Socialismus und die Nationalitätenfrage; in: Deutsche Worte (August/Sept. 1899). Vollständig abgedruckt; in: Žitlovskij, Ch., Socializm i nacional'nyj vopros. Kiev-Peterburg 1906. Bei Žitlovskij lautet die Stelle: "Eine Nationalität ist eine Gruppe von Personen, die im Laufe vieler Geschlechter alle kulturellen Aufgaben der Menschheit für sich und einige von ihnen anders als andere Menschengruppen, mit denen sie in Konflikt geriet oder konkurrierte, löste, so daß sich infolge dessen bei ihr besondere, "nationale" Schöpfungsformen herausbildeten"; a.a.O., S. 37;
- 41) s. Geyer, Lenin in der russischen Sozialdemokratie, S. 248;
- 42) s. Patkin, The Origins of the Russian-Jewish Labour Movement, S. 153 - 156; Tobias, The Jewish Bund in Russia, S. 106, 108, 127, 136;
- 43) Žitlovskij, Socializm i nacional'nyj vopros, S. 4;
- 44) a.a.O., S. 33 und 37 (s. dazu Anm. 35);
- 45) a.a.O., S. 38;
- 46) Materialy... (Referat "Klassy i nacii..."); in: a.a.O., S. 255; s. auch: Ben-Ader, Naši kritiki; in: SERP, I, S. 174 und "Naš nacional'nyj ideal ..." in: Vozroždenie, S. 9 f;
- 47) s. vor allem: Ratner, M. B., O nacional'noj i territorial'noj avtonomii. Kiev-Peterburg 1906, S. 10 - 17; Borisov, M (Ratner, M. B.), Naši zadači; in: SERP, I, S. 20 f; Ratner, M. B., Nacional'nyj vopros v

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 1

svete socialističeskago mirovoztrenija; in: Russkoe bogatstvo, No 4 (1908), S. 156 - 164;

- 48) Renan, Ernest, Qu'est-ce qu'une nation ? (1882); in: Renan, Discours et conferences. Paris 1887;
- 49) Neumann, Fr. J., Volk und Nation ? Leipzig 1888;
- 50) Jellinek, Georg, Das Recht des modernen Staates. Berlin 1900 (russ. Übers. S-Peterburg 1903);
- 51) a.a.O., S. 105 f. In der russ. Ausgabe S. 75;
- 52) Neumann, a.a.O., S. 61; s. auch: S. 61 - 74;
- 53) Renan, a.a.O., S. 306; s. auch: S. 306 - 310;
- 54) Ratner, O nacional'noj i territorial'noj avtonomii, S. 10 - 16; Borisov (Ratner), Nasi zadači; in: a.a.O., S. 20 f; Ratner, Nacional'nyj vopros ..., in: a.a.O., S. 158 - 163; vgl. dazu auch bereits: Žitlovskij, Socializm i nacional'nyj vopros, S. 44 - 48;
- 55) Ratner, a.a.O., 16 f bzw. a.a.O., S. 21 bzw. vor allem a.a.O., S. 163 f; vgl. dazu bereits Žitlovskij, a.a.O., S. 37 und Ben-Adler, a.a.O., S. 174 bzw. a.a.O., S. 9;
- 56) s. das Referat "Klassy i nacii...", in: a.a.O., S. 254;
- 57) s. vor allem Žitlovskij, a.a.O., S. 8 - 18, 42 - 50 u. 64 - 87 und im Anschluß an diesen: Ratner, Evoljucija socialističeskoj mysli v nacional'nom voprose. Vorwort zu: Debaty po nacional'nomu voprosu na Brjunskom partejtage, Kiev-Peterburg 1906 und Ders., Nacional'nyj vopros..., in: a.a.O., Nr. 2 (1908), S. 40 - 54;
- 58) Žitlovskij, a.a.O., S. 12 - 17; Ratner, a.a.O., S. 10 bzw. a.a.O., S. 40;
- 59) Žitlovskij, a.a.O., S. 8 - 12, 42 f;
- 60) a.a.O., S. 13 - 18;
- 61) Ratner, a.a.O., S. 7 - 9, 15 bzw. a.a.O., S. 40 - 45. Ratner verweist in diesem Zusammenhang auf Masaryk, Th. G., Die philosophischen und sociologischen Grundlagen des Marxismus. Wien 1899 (Neudruck: Osnabrück 1964), S. 430 f;
- 62) Ratner, a.a.O., S. 9 f bzw. a.a.O., S. 41 f; s. bereits Žitlovskij, a.a.O., S. 18 - 21;
- 63) a.a.O., S. 10 - 14 bzw. a.a.O., S. 45 - 47;
- 64) s. hierzu im folgenden vor allem: Žitlovskij, Nacionalizm i klassovaja politika proletariata; in: SERP, I, S. 55 - 90; Ders., Ekonomičeskij materializm i nacional'nyj vopros; in: SERP, II, S. 63 - 85 und Ionin, N., Nacional'nyja čerty narodnago chozjajstva; in: ebenda, S. 86 - 114;
- 65) Žitlovskij, a.a.O., S. 57 bzw. a.a.O., S. 68;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 1

- 66) a.a.O., S. 65 f;
- 67) a.a.O., S. 65 - 68 bzw. a.a.O., S. 71;
- 68) "Naš nacional'nyj ideal i naše nacional'noe dviženie"; in: Vozroždenie. Moskva 1905, S. 32. Hier findet sich auch der Hinweis auf Werner Sombarts Schrift "Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert" (1896) und zwar auf das Kapitel "Die Entfaltung der nationalen Eigenarten" (In der Ausgabe: Wien 1966, S. 49 - 63). Die materialistische Begründung für die Nationalisierung der Arbeiterklasse im Gegensatz zur Devise des "Kommunistischen Manifests" "Die Arbeiter haben kein Vaterland" stammt aber wohl in erster Linie von Eduard Bernstein, dessen Revisionismus zumindest Ch. Žitlovskij gegen Kautskys orthodoxen Marxismus nachdrücklich unterstützte; s. Patkin, a.a.O., S. 153. Zu unserer Problematik vgl. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgabe der Sozialdemokratie. Reinbek bei Hamburg 1969, S. 175 - 181 (Wehrfrage, auswärtige Politik und Kolonialfrage);
- 69) Žitlovskij, a.a.O., S. 70 bzw. a.a.O., S. 66 f; Ionin, a.a.O., S. 103 - 114;
- 70) Žitlovskij, a.a.O., S. 70 f; bzw. a.a.O., S. 67 f und 69 f; Ionin, ebenda;
- 71) s. vor allem Ionin, a.a.O., S. 91 - 114;
- 72) a.a.O., S. 112 - 114; Žitlovskij, a.a.O., S. 68 - 90;
- 73) Žitlovskij, a.a.O., S. 71;
- 74) a.a.O., S. 71 f;
- 75) a.a.O., S. 72 - 74;
- 76) a.a.O., S. 74 - 77;
- 77) a.a.O., S. 77 - 83. "Als zwei verschiedene Klassen müssen Proletariat und Bourgeoisie ihren unausweichlichen historischen Kampf führen; als zwei Teile ein und derselben Nationalität müssen sie dort solidarisch auftreten, wo sich ihre nationalen Interessen als identisch erweisen", a.a.O., S. 81;
- 78) a.a.O., S. 85 - 87
- 79) a.a.O., S. 87 - 90;
- 80) a.a.O., S. 89 f;
- 81) Borisov (Ratner), Naši zadaći; in: SERP, I, S. 23;
- 82) Referat "Klassy i nacii..."; in: ebenda, S. 254 - 256 und "Naš nacional'nyj ideal i naše nacional'noe dviženie"; in: Vozroždenie. Moskva 1905, S. 36, 47 - 50;
- 83) Ratner, O nacional'noj i territorial'noj avtonomii (Vmesto predislovija k russkomu izdaniju Sinoptikusa) Kiev-Peterburg 1906, S. 5 f;
- 84) a.a.O., S. 6; s. auch: Ders., Nacional'nyj vopros v svete socialističeskago mirovoztrenija; in: Russkoe bogatstvo, Nr. 2 (1908), S. 33 f;
- 85) Jellinek, Georg, System der subjektiven öffentlichen Rechte. Tübingen 1905², S. 99 f;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 1

- 86) Herrnritt, Rudolf, Nationalität und Recht. Wien 1899, S. 52 - 56;
- 87) Jellinek, Georg, Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. München-Leipzig 19193, S. 1 - 5;
- 88) Ratner, O nacional'noj i territorial'noj avtonomii, S. 8 f; Ders., Nacional'nyj vopros... in: a.a.O., S. 35 f;
- 89) s. Synopticus, Staat und Nation. Wien 1899 und Springer, Rudolf, Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat. Leipzig u. Wien 1902, s. auch oben S. 116 f;
- 90) Medem, Socialdemokratija i nacional'nyj vopros; s. auch oben S. 110 - 118 und Gejlikman, G., Nacional'nyj vopros i proletariat; in: Jtogi i perspektivy. Sbornik statej. Moskva 1906, S. 115 - 139; s. vor allem S. 164 - 166;
- 91) s. im folgenden: Ratner, O nacional'noj i territorial'noj avtonomii, S. 16 - 29; Borisov (Ratner), Naši zadači; in: SERP, I, S. 8 - 19, 24 - 53; Ratner, Nacional'nyj vopros...; in: Russkoe bogatstvo, No 4 (1908), S. 164 - 186 u. No 5 (1908), S. 62 - 70; "Naš nacional'nyj ideal i naše nacional'noe dviženie", in: Vozroždenie. Moskva 1905, S. 55 - 59;
- 92) Ratner, O nacional'noj i territorial'noj avtonomii, S. 23;
- 93) a.a.O., S. 20 - 23; Borisov (Ratner), a.a.O., S. 11 - 15; Ratner, Nacional'nyj vopros...; in: a.a.O., S. 5, S. 62 - 66;
- 94) Medem, a.a.O., in: Vestnik Bunda, Nr. 5 (1904), S. 13 f;
- 95) Gejlikman, a.a.O., S. 122;
- 96) Kautskij, Karl, O nacional'nom voprose v Rossii; in: Poslednija izvestija, Nr. 252 (10. Okt./27. Sept. 1905), S. 3 (Bei Ratner nach der Ausgabe: S-Peterburg 1906, S. 63 f); s. Ratner, a.a.O., S. 24 f; Borisov (Ratner) a.a.O., S. 29 f; Ratner, a.a.O., in: Russkoe bogatstvo, Nr. 4, S. 167 f. Zu Kautskys Artikel s. vor allem S. 184;
- 97) s. oben S. 117;
- 98) Ratner, a.a.O., S. 27;
- 99) Ratner, a.a.O., S. 25 - 29 und a.a.O.; in: Russkoe bogatstvo, Nr. 4, S. 164 - 171;
- 100) Ratner, a.a.O., S. 25 f;
- 101) a.a.O., S. 28 f;
- 102) a.a.O., S. 29; s. hierzu auch Žitlovskijs Vorwort aus dem Jahre 1904 zum Wiederabdruck seiner 1899 in deutscher Sprache erschienenen Abhandlung "Der Socialismus und die Nationalitätenfrage"; in: Vožrozdienie, Nr. 3 - 4 (1904), S. 42 bzw. als Sonderdruck, Kiev-Peterburg 1906, S. 4;
- 103) "Naš nacional'nyj ideal..."; in: Vozroždenie. Moskva 1905, S. 56;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 1

- 104) Ben-Adir (Ben-Ader), *Modern Currents in Jewish Social and National Life*; in: *The Jewish People. Past and Present*, Vol. II, New York 1948, S. 310;
- 105) a.a.O., S. 309 f; Ratner, Markus, *Die nationale Frage in den jüdischen sozialistischen Parteien*; in: *Sozialistische Monatshefte*, XII, 3 (1908), S. 153 f; vgl. auch Patkin, a.a.O., S. 238;
- 106) "Naš nacional'nyj ideal i naše nacional'noe dviženie", in: *Vozroždenie*. Moskva 1905, S. 11 - 46; Žitlovskij, Ch., *Ekonomičeskij materializm i nacional'nyj vopros*; in: *SERP*, II, S. 71 - 77; Borisov (Ratner), *Naši zadači*; in: *SERP*, I, S. 30 - 35; Ratner, *Die nationale Frage in den jüdischen sozialistischen Parteien*; in: a.a.O., S. 1538 f; Ben-Adir (Ben-Ader) a.a.O., S. 309 f; vgl. auch Patkin, a.a.O., S. 237 f;
- 107) Ratner, *Die nationale Frage in den jüdischen sozialistischen Parteien*; in: a.a.O., S. 1538;
- 108) Bereits unter Alexander I (Statut vom 9. /21. Dez. 1804) wurde die Autonomie des Kahal durch den Entzug der Gerichtsbarkeit entscheidend eingeschränkt. Nach Einführung der Militärpflicht wurde er mit der Rekrutierung der Juden beauftragt. Das "Judenstatut" von 1835 wertete ihn zur Steuereinzugsinstanz und zum Kontrolleur der Einhaltung der Vorschriften der kaiserlichen Bürokratie ab. Durch Ukaz vom 19. /31. Dez. 1844 über die "Abschaffung der Kahale" befahl Nikolaus I. die Unterordnung der Juden unter die allgemeinen Verwaltungsbehörden, so daß die Kahale im Grunde keinen öffentlich-rechtlichen Charakter mehr besaßen, auch wenn sie noch für die Einziehung von Steuern und Rekruten verantwortlich blieben. Aus der Sicht der SERP; s. Bazin (Zilberfarb), *Trebovanija momenta i zadači evr. proletariata*; in: *SERP*, II, S. 158 - 165;
- 109) Borisov (Ratner), a.a.O., S. 35 - 49; Bazin (Zilberfarb), a.a.O., S. 149 - 166; s. auch "Naš nacional'nyj ideal...", in: a.a.O., S. 66 (Anm. 1);
- 110) "Naš nacional'nyj ideal..."; in: a.a.O., S. 65 - 70; Borisov (Ratner), a.a.O., S. 36 - 49 und *Proekt programmy Evrejskoj Socialističeskoj Rabočej Partii* (1906); in: ebenda, S. 270 - 272;
- 111) vgl. im folgenden *Synopticus* (Renner), *Staat und Nation* und *Springer* (Renner), *Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat*;
- 112) *Synopticus*, a.a.O., S. 8, 12 f; *Springer* a.a.O., S. 55, 65;
- 113) *Springer*, a.a.O., S. 79, 171;
- 114) *Synopticus*, a.a.O., S. 10;
- 115) *Synopticus*, a.a.O., S. 13; *Springer*, a.a.O., S. 55;
- 116) *Synopticus*, a.a.O., S. 12 f; *Springer*, a.a.O., S. 55 f;
- 117) s. oben S. 117;
- 118) s. unten S. 161;

- 119) "Naš nacional'nyj ideal..."; in: a.a.O., S. 77;
- 120) s. Žitlovskijs Rezension zu Dubnovs "Pis'ma o starom i novom evrejstve (1897 - 1907), S-Peterburg 1907; in: SERP II, S. 292 - 310;
- 121) Zur Polemik gegen den "Bund" s. vor allem: Ratner, M. B., Evoljucija nacional'no-političeskoj mysli v russkom evrejstve; in: SERP, II, S. 36 - 49, insbes. S. 46 f; Ders., Nacional'nyj vopros...; in: Russkoe bogatstvo, Nr. 5 (1908), S. 66 - 68, 70; Ben-Ader, Naši kritiki; in: SERP, II, S. 115 - 128;
- 122) Proekt programmy Evrejskoj Socialističeskoj Rabočej Partii; in: SERP, I, S. 267, 269 - 272; s. auch: "Naš nacional'nyj ideal...", in: a.a.O., S. 65 - 69; Borisov (Ratner), Naši zadači; in: a.a.O., S. 38 - 48;
- 123) Borisov (Ratner), a.a.O., S. 48 f;
- 124) a.a.O., S. 49 - 53; "Naš nacional'nyj ideal...", in: a.a.O., S. 70 - 77. Im Hinblick auf die Gegenwart des revolutionären Kampfes gegen die Autokratie vermochte man sich allerdings eine Zusammenarbeit mit den "demokratischen und liberalen Fraktionen der jüdischen Bourgeoisie" vorzustellen, wenn sie das "nationale und demokratische Programm-Minimum" der SERP anerkannten und unterstützten; s. Liberal'nja, demokratičeskaja i nacional'nja tečenija v evrejskoj buržuazii; in: Vozroždenie. Moskva 1905, S. 78 - 98, insbes. S. 96 - 98;
- 125) "Naš nacional'nyj ideal...", in: a.a.O., S. 36 f;

2. Autonomie und Föderation als Prinzipien staatlicher Dezentralisation und gesellschaftlicher Integration. Die Ideologie der russischen Sozialrevolutionäre und die Nationalitätenfrage in der ersten russischen Revolution

a) Vor dem I. Parteikongreß der russischen Sozialrevolutionäre (1903 - 1905)

- 1) 1905. Evr. rab. dviž., S. 173; s. auch Patkin, a.a.O., S. 237; Geyer, Lenin in der russ. Sozialdemokratie, S. 248; Kulczycki, Ludwik, Geschichte der russ. Revolution, Bd. 3, Gotha 1914, S. 447 f;
- 2) 1905. Evr. rab. dviž., S. 192; Buchbinder, Istorija evr. rab. dviž. v Rossii, S. 351 f;
- 3) 1905. Evr. rab. dviž., ebenda (Anm. 2);
- 3a) s. Borisov (Ratner), Kto my?; in: SERP, II, S. 283 - 291, insbes. S. 290;
- 4) s. Breškovskaja, E., K nacional'nomu voprosu; in: Revoljucionnaja Rossija, Nr. 36 (15. Nov. 1903), S. 5 - 7; Dieselbe, Ešče o nacional'nom voprose; in: ebenda, Nr. 43 (15. März 1904), S. 4 - 7;
- 5) Die "Großmutter der Revolution" oder der "Heilige Geist der Revolution" genannt. Sie hatte maßgebend zur Gründung der P.S.-R. beigetragen.

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 2

tragen; s. Kulczycki, a.a.O., S. 453; Radkey, The Agrarian Foes of Bolshevism, S. 52;

- 6) Breško-Breškovskaja, a.a.O., in: Rev. Rossija, Nr. 36, S. 5;
- 7) ebenda;
- 8) a.a.O., S. 6;
- 9) ebenda;
- 10) a.a.O., S. 7;
- 11) Breškovskaja, a.a.O.; in: Revoljucionnoja Rossija, Nr. 43, S. 4;
- 12) ebenda;
- 13) ebenda;
- 14) a.a.O., S. 4 f;
- 15) a.a.O., S. 6;
- 16) ebenda;
- 17) ebenda;
- 18) vgl. ebenda;
- 19) s. außer den Bemühungen um die PPS und den jüd. "Bund", die bereits oben aufgezeigt wurden, die Einstellung gegenüber der "Revoljucionnaja Ukrainskaja Partija"; s. Revoljucionnoe dviženie v Malorussi"; in: Rev. Rossija, Nr. 20 (15. März 1903), S. 11; gegenüber der "Armjanskaja revoljucionnaja federacija"; s. "Revoljucionnaja solidarnost"; in: Rev. Rossija, Nr. 46 (Mai 1904), S. 24 und gegenüber der Georgischen Partei der sozialistisch-föderalistischen Revolutionäre ("Sakartvelo"); in: ebenda; S. 8 - 11;
- 20) s. hierzu: "Meždupartijnaja konferencija"; in: Rev. Rossija, Nr. 56 (5. Dezember 1904), S. 7 - 9. Aus der späteren Sicht der RSDRP (Menschewiki); s. Egorov, Obšč. dviž. v Rossii..., t.I, S. 420 f und Maslov, P.P., Narodničeskija partii, t. III, 5, S. 103 f. Anwesend waren: P.S.-R, PPS, Latyšskaja SDRP, Georgische Partei der sozialist.-föderalistischen Revolutionäre ("Sakartvelo"), Armjanskaja revoljucionnaja federacija, polnische Liga Narodowa, Finnländische Partei des aktiven Widerstandes und der Sojuz osvoboždenija. Die "Belorusskaja revoljucionnaja gromada" bekannte sich später zu den Ergebnissen der Konferenz; s. Rev. Rossija, Nr. 56, S. 8;
- 21) Rev. Rossija, Nr. 56, S. 8 f; s. auch Miljukov, P.N., Nacional'nyj vopros. (Prag) 1925, S. 163;
- 22) Egorov, a.a.O., S. 421; Maslov, a.a.O., S. 104;
- 23) "Ko vsem rabočim"; in: Revoljucionnaja Rossija, Nr. 56, S. 1 f;
- 24) "Novaja meždupartijnaja konferencija"; in: Rev. Rossija, Nr. 65 (25. April 1905), S. 3 - 7; s. auch "Eine Konferenz von russischen Revolutionären"; in: Arbeiter-Zeitung. Wien (5. Mai 1905), S. 2 f und "Konferenz russischer Revolutionäre"; in Vorwärts, Nr. 100 (29. April 1905), S. 6; vgl. auch Lenin, Werke, Bd. 8, S. 413 - 418;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 2

- 25) Rev. Rossija, Nr. 65, S. 4; Arbeiter-Zeitung a.a.O., S. 3 und Maslov, a.a.O., S. 104;
 - 26) Lenin, Werke, S. 415 f; Rev. Rossija, Nr. 65, S. 4 - 6; Arbeiter-Zeitung, S. 3;
 - 27) An der Konferenz, zu der diesmal nur revolutionäre Organisationen eingeladen worden waren, nahmen neben der P.S.-R. die PPS, die "Armjanskaja revoljucionnaja federacija" (Drošak"); die Georgische Partei der sozialistisch-föderalistischen Revolutionäre, die Finnländische Partei des aktiven Widerstands, der Lатыškij s.-d. sojuz und die Weißrussische Sozialistische Gromada teil.
 - 28) s. im folg. Dokumenty meždupartijnoj konferencii; in: Rev. Rossija, Nr. 65, S. 1 - 3; Arbeiter-Zeitung, a.a.O., S. 21; Vorwärts a.a.O., S. 6;
 - 28a) Rev. Rossija, a.a.o., S. 1 f; Arbeiter-Zeitung, a.a.O., S. 2; Vorwärts, a.a.O., S. 6;
 - 28b) Rev. Rossija, a.a.O., S. 2 f; Arbeiter-Zeitung, a.a.O., S. 2 f; (Der zweiten Deklaration stimmte die Finnländische Partei des aktiven Widerstands nicht zu, weil sie sich nur als revolutionäre und nicht als sozialistische Organisation verstand; s. Rev. Rossija, a.a.O., S. 6);
 - 28c) Arbeiter-Zeitung, a.a.O., S. 3;
 - 28d) vgl. auch Lenin, Werke, Bd. 8, S. 414;
 - 28e) Rev. Rossija, a.a.O., S. 6 f; "Armjanskaja revoljucionnaja federacija pred sudom "ortodoksalnago" nedomyslija"; in: ebenda; Nr. 63 (April 1905); S. 2 - 5; "K revoljucionnym partijam Rossii"; in: ebenda; Nr. 71 (15. Juli 1905), S. 11 - 13 (vgl. dazu auch Radkey, Oliver H., The Agrarian Foes of Bolshevism. New York and London 1962², S. 38); s. auch bereits vorher "Pervaja konferencija gruzinskich revoljucionnych frakcij; in: ebenda, Nr. 49 (Mai 1904), S. 8 - 11; "Ko vsem narodam Kavkaza"; in: ebenda, Nr. 62 (März 1905), S. 9. Über die Behandlung des Nationalitätenproblems in bezug auf den Kaukasus bei Sozialrevolutionären und Sozialdemokraten s. im einzelnen S. 174 - 184;
- b) Der I. Kongreß der russischen Sozialrevolutionäre in Imatra/Finnland
(29. Dezember 1905/11. Januar 1905 - 4./17. Januar 1906)
- 29) s. Protokoly pervago s-ezda partii socialistov-revoljucionerov. 1906, s. 69 - 79; zuerst veröffentlicht; in: Revoljucionnaja Rossija, Nr. 46 (5./18. Mai 1904), mit geringen Abweichungen gegenüber der Endfassung, in der der ideolog. Begründung größere Aufmerksamkeit gewidmet wurde (s. hierzu: Tučkin (Černov); in: Protokoly..., S. 84;
 - 30) Protokoly..., S. 81 f;
 - 31) a.a.O., S. 82 f;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 2

- 32) a.a.O., S. 83 f;
- 33) a.a.O., S. 71;
- 34) ebenda;
- 35) a.a.O., S. 74;
- 36) In dem vom Parteitag verabschiedeten Programm in bezug auf die Gleichberechtigung der Sprachen: "Einführung der Muttersprache in allen örtlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen"; s. a.a.O., S. 361 und "In Gebieten mit vermischter Bevölkerung Recht jeder Nationalität auf einen ihrer Zahl proportionalen Teil am Budget für kulturelle Bildungsziele und Verfügung über diese Mittel auf der Grundlage der Selbstverwaltung"; s. a.a.O., S. 362;
- 37) a.a.O., S. 75 f;
- 38) s. a.a.O., S. 163 - 177; vgl. auch: Radkey, O.H., An Alternative to Bolshevism: The Program of Russian Social Revolutionism; in: The Journal of Modern History, Vol. XXV (March 1953) S. 34 f; Ders., The Agrarian Foes of Bolshevism, S. 39 f;
- 39) s. Dobavlenie k protokolam pervago s-ezda P.S.-R., S. 8 ff, das dem Verfasser leider nicht zugänglich war, s. hierzu: Radkey, The Program..., S. 35 bzw. Agrarian Foes..., S. 40;
- 40) s. im folgenden: Protokoly..., S. 163 - 177;
- 41) s. Krasov, a.a.O., S. 165; Orlovskij, a.a.O., S. 166; Norring, a. a.O., S. 168; Pomorcev, a.a.O., S. 172 f; Sobolevskij, a.a.O., S. 174 f;
- 42) s. Šević, a.a.O., S. 166 f;
- 43) Roslavlev, a.a.O., S. 164 bes. 169 f; Krymskij, a.a.O., S. 165 f u. 173; Ivanenkov, a.a.O., S. 166, Porošin, a.a.O., S. 168 f; Gorodeckij, a.a.O., S. 170 f;
- 44) s. Radkey, The Program..., S. 34; Ders., The Agrarian Foes..., S. 39;
- 45) Protokoly..., S. 171 f;
- 46) Krymskij, a.a.O., S. 165 f und 173;
- 47) Roslavcev, a.a.O., S. 169 f;
- 48) vgl. hierzu Radkey, The Program..., S. 35; Ders., The Agrarian Foes..., S. 39 f;
- 49) s. Slavinskij, Nacional'naja struktura Rossii i velikorossy in: Formy ..., S. 298. Für die SERP s. u.a. Borisov (Ratner) Naši zadači; in: SERP, I, S. 15; positiver: Ratner, Nacional'nyj vopros...; in: Russ koe bogatstvo, Nr. 4 (1908), S. 182 f;
- 50) s. Protokoly..., dafür: S. 164, 170, 172; dagegen: S. 166, 167, 173, 174 f;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 2

- 51) so V. Černov; s. Radkey, The Program..., S. 35; Ders., The Agrarian Foes..., S. 40;
- 52) s. im folgenden: Novotoržskij, G., Nacional'nyj vopros, avtonomija i federacija. Kiev 1917 (1. Auflage 1906);
- 53) s. a.a.O., S. 3 - 6;
- 54) a.a.O., S. 4 f;
- 55) s. Sombart, Werner, Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert. Wien 1966, S. 15 f; 49 - 63; s. auch oben S.
- 56) Novotoržskij, a.a.O., S. 6 f;
- 57) a.a.O., S. 6 f;
- 58) vgl. Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei; in: MEW, Bd. 4, S. 479;
- 59) Novotoržskij, a.a.O., S. 7;
- 60) a.a.O., S. 7 f;
- 61) a.a.O., S. 8 f;
- 62) a.a.O., S. 9 f;
- 63) a.a.O., S. 11;
- 64) ebenda;
- 65) a.a.O., S. 11 f;
- 66) a.a.O., S. 12;
- 67) a.a.O., S. 12 f;
- 68) a.a.O., S. 14;
- 69) a.a.O., S. 15;
- 70) ebenda;
- 71) ebenda;
- 72) a.a.O., S. 15 - 17;
- 73) a.a.O., S. 17 - 20;
- 74) a.a.O., S. 20 - 25;
- 75) a.a.O., S. 25;
- 76) s. a.a.O., S. 26 - 29; Novotoržskij setzt sich dabei mit der Auffassung über eine prinzipielle Anwendung des Autonomie- und Föderationsbegriffs auseinander, wie sie V.A. Posse, Nacional'naja avtonomija i vseмирnaja federacija, S-Peterburg 1906, vertrat.
- 77) a.a.O., S. 28 f;
- 78) a.a.O., S. 29;
- 79) a.a.O., S. 31 f;
- 80) a.a.O., S. 23;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 2

c) Die Konferenz der nationalen sozialistischen Parteien Rußlands in Finnland (16./29. April - 20. April/3. Mai 1907)

- 81) Protokoly pervago s-ezda..., S. 176 f;
- 82) Novotoržskij, a.a.O., S. 5, 15, 22 (Novotoržskij sah sich hierbei in Übereinstimmung mit den theoretischen Vorstellungen des "Bund" und im Gegensatz zu denjenigen der "Sionistko-socialističeskaja rabočaja partija" ("Poale Zion"), a.a.O., S. 22);
- 83) Protokoly konferencii Rossijskich Nacional'no-Socialističeskich Partii 16 - 20 Aprelja 1907. S-Peterburg 1908, S. 3 (Im folg. zitiert: Protokoly konferencii...);
- 84) Protokoly konferencii..., S. 3;
- 85) Borisov (Ratner), Konferencija rossijskich nacional'no-socialističeskich partij; in: SERP, II, S. 296;
- 86) Buchbinder, Istorija evr. rab. dviž..., S. 352; 1905. Evr. rab. dviž., S. 192;
- 87) Eingeladen worden waren außerdem: "Dašnakcjutjun" (junge Richtung), PPS (Levica); s. Protokoly konferencii..., S. 4; Borisov (Ratner), a.a.O., S. 269;
- 88) a.a.O., S. 7;
- 89) s. im folg. a.a.O., S. 10 - 14;
- 90) a.a.O., S. 12 f;
- 91) a.a.O., S. 12;
- 92) a.a.O., S. 12 f;
- 93) a.a.O., S. 13;
- 94) ebenda;
- 95) a.a.O., S. 13 f;
- 96) a.a.O., S. 14 - 20; vgl. auch Borisov (Ratner), a.a.O., S. 270 f;
- 97) Sidorov, a.a.O., S. 14 f; Bobrov, a.a.O., S. 16 - 18;
- 98) Ivanov, a.a.O., S. 16; Bobrov, a.a.O., S. 17 und 20; Sidorov, a.a.O., S. 20;
- 99) Vagner, a.a.O., S. 18;
- 100) Ezrov, a.a.O., S. 15 f; Borisov (Ratner), a.a.O., S. 20;
- 101) Borisov (Ratner), a.a.O., S. 18;
- 102) Lazov, a.a.O., S. 16;
- 103) Samojlov, a.a.O., S. 19;
- 104) Žitlovskij, Ch., Socializm i nacional'nyj vopros;
- 105) Protokoly konferencii..., S. 20 f;
- 106) a.a.O., S. 22;
- 107) a.a.O., S. 22 - 24;
- 108) s. im folg. a.a.O., S. 40 - 51;
- 109) a.a.O., S. 40 f; vgl. auch: Borisov (Ratner), a.a.O., S. 271;

- 110) a.a.O., S. 41 f;
- 111) s. oben S. 15;
- 112) s. oben S. 150 f;
- 113) Protokoly konferencii..., S. 42;
- 114) a.a.O., S. 42 f;
- 115) a.a.O., S. 43 - 49;
- 116) a.a.O., S. 45 - 50;
- 117) a.a.O., S. 50;
- 118) s. im folg. a.a.O., S. 45 - 51;
- 119) ebenda; s. auch das erst gegen Ende des Kongresses eingetroffene Referat des Georgiers Tavisupalis, a.a.O., S. 145 - 151;
- 120) a.a.O., S. 68;
- 121) Vagner, a.a.O., S. 54 f; Bobrov, a.a.O., S. 58; Steller, a.a.O., S. 58 f; Sidorov, a.a.O., S. 62 f; Bobrov, a.a.O., S. 65 und selbst Gajdarov (Černov), a.a.O., S. 58;
- 122) Vagner, a.a.O., S. 54 f; Bobrov, a.a.O., S. 58; Sidorov, a.a.O., S. 62 f; Bobrov, a.a.O., S. 65;
- 123) Gajdarov (Černov), a.a.O., S. 57 f; s. auch Steller, a.a.O., S. 59;
- 124) Vagner, a.a.O., S. 54; Bobrov, a.a.O., S. 58; Sidorov, a.a.O., S. 62 f; Bobrov, a.a.O., S. 65 f;
- 125) Ezrov, a.a.O., S. 55; Samojlov, a.a.O., S. 56 f; Ezrov, a.a.O., S. 64 f;
- 126) Samojlov, a.a.O., S. 66;
- 127) Sidorov, a.a.O., S. 62 f;
- 128) Samojlov, a.a.O., S. 66 f;
- 129) a.a.O., S. 143 - 145;
- 130) s. Resolution zur Frage des Schutzes der Rechte nationaler Minderheiten, a.a.O., S. 143;
- 131) a.a.O., S. 143;
- 132) a.a.O., S. 143 f (Zur Diskussion über den Resolutionsentwurf Gajdarovs (Černov), a.a.O., S. 75 - 77);
- 133) a.a.O., S. 144;
- 134) ebenda;
- 135) ebenda;
- 136) a.a.O., S. 145;
- 137) ebenda;
- 138) Buchbinder, Istorija evr. rab. dviž., S. 354;
- 139) s. u.a. Savin, A., Nacional'nyj vopros Partija Š.-R; in: Socialist-revoljucioner, Nr. 3, Paris 1911, S. 95 - 146; Černov, V., Edinobrazie ili šablon?; in: ebenda, S. 147 - 160;

3. Die offizielle Forderung des "Bund" nach national-kultureller Autonomie für die Juden Rußlands

- 1) 1905. Evr. rab. dviž., S. 61;
- 2) a.a.O., S. 61 f und 345; s. auch Poslednija Izvestija, Nr. 202 (23. Nov./6. Dez. 1904);
- 3) ebenda;
- 4) "Čego nam ne sleduet zabyvat'"; in: Poslednija izvestija, Nr. 209 (25./12. Jan. 1905), S. 1 f; vgl. auch Medem, V.D., Nacional'noe dviženie i nacional'nyja socialističeskija partii v Rossii; in: Formy nacional'nago dviženija..., S. 773 f;
- 5) a.a.O., S. 1;
- 6) ebenda;
- 7) ebenda;
- 8) ebenda;
- 9) ebenda; s. auch: "K borbe !"; in: ebenda, Nr. 214 (9. Febr./27. Jan. 1905), S. 1;
- 10) Eingeladen wurden neben der Latyškaja SDRP, die sich an der Initiative beteiligt hatte, das ZK der RSDRP (Menschiwiki), die Revoljucionnaja ukrainskaja partija, die polnischen Organisationen: PPS, SDKPiL und "Proletariat" und die Armjanskaja SDRP. Anwesend waren neben dem "Bund" und der Latyškaja SDRP das ZK der RSDRP (Menschiwiki) und die Revoljucionnaja ukrainskaja partija; s. 1905. Evr. rab. dviž., S. 84;
- 11) "VI Konferencija Bunda"; in: Poslednija izvestija, Nr. 221 (15./2. März 1905), S. 2;
- 12) 1905. Evr. rab. dviž., S. 84; s. auch a.a.O., S. 82 - 84;
- 13) a.a.O., S. 71 - 84;
- 14) s. "Iskra", Nr. 89 (24. Febr. 1905), S. 7 f und "Vorwärts", Nr. 61 (12. März 1905), S. 1 f (Diesen beiden Resolutionen stimmte nachträglich auch die polnische Organisation "Proletariat" zu);
- 15) a.a.O., S. 7 und "Vorwärts", Nr. 62 (14. März 1905), S. 2 (Dieser Proklamation war auch die SDKPiL nachträglich bereit zuzustimmen);
- 16) vgl. auch (Kossovskij), Priznaki povorota ("Poslednija izvestija", Nr. 251 (3. Okt./20. Sept. 1905)); wiederabgedruckt in: Kossovskij, Vl., Voprosy nacional'nosti. Vil'na 1907, S. 78;
- 17) "VI konferencija Bunda"; in: Poslednija izvestija, Nr. 221 (2./15. März 1905), S. 1 - 3 und 1905. Evr. rab. dviž., S. 86 f und 347 - 351;
- 18) a.a.O., S. 1 f bzw. a.a.O., S. 347 f;
- 19) a.a.O., S. 2 bzw. a.a.O., S. 348 f;
- 20) ebenda bzw. a.a.O., S. 349;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 3

- 21) ebenda bzw. a.a.O., S. 350;
- 22) a.a.O., S. 2 f bzw. a.a.O., S. 350 f;
- 23) s. oben S.140 f und unten S. 187 f;
- 24) s. unten S. 190 f;
- 25) "Sovremennyj političeskij moment i naši nacional'nyja trebovanija; in: "Poslednija izvestija"; Nr. 250 (25./12. Sept. 1905), S. 1;
- 26) ebenda;
- 27) s. vor allem: (Kossovskij), Naroždenie evrejskoj buržuačnoj demokratii; in: Poslednija izvestija, Nr. 225 (24. März/6. April 1905), S. 1 f (Wiederabgedruckt in: Kossovskij, VI., Voprosy nacional'nosti, S. 80 - 87) und auch den Abdruck des Gründungsaufrufs dieser Partei; in: ebenda, S. 2 - 4;
- 28) s. neben (Kossovskij) a.a.O., S. 1 und "Sovremennyj moment..."; in: a.a.O., S. 1; vor allem "Po povodu VII-go sionističeskago kongressa"; in: ebenda; Nr. 246 (9./22. August 1905), S. 1 - 3; 1905, Evr. rab. dviž., S. 180 und die Resolution "O različnych sionistko-socialističeskich frakcijach" des VI. Kongresses des "Bund"; s. 1905. Evr. rab. dviž., S. 360;
- 29) (Kossovskij) ebenda;
- 30) s. die März-Proklamation des ZK des "Bund": "My i oni"; in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 142;
- 31) "Sovremennyj političeskij moment...", in: a.a.O., S. 1 f; (Kossovskij), a.a.O., S. 2;
- 32) a.a.O., S. 2;
- 33) ebenda; s. auch die Kritik Kossovskijs am nationalen Programm der "Evrejskaja demokratičeskaja grupa"; in: (Kossovskij) a.a.O., S. 1 f;
- 34) In Auseinandersetzung mit einem zionistischen Kommentar zum Programm des "Sojuz dlja dostiženija polnopravija..."; in: "Sovremennyj političeskij moment...", in: a.a.O., S. 2;
- 35) s. Der Bund, Nr. 8 (Juli 1905); zit. nach: 1905. Evr. rab. dviž., S. 143 f;
- 36) s. hierzu den Artikel "Po povodu s-ezda delegatov sojuza dlja dostiženija polnopravija evrejskago naroda"; in: Evrejskij rabočij, Nr. 1 (30. Dez. 1905/12. Jan. 1906). In Auszügen abgedruckt in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 251;
- 37) s. "Ešče k voprosu o našich nacional'nych trebovanijach; in: Poslednija izvestija, Nr. 254 (30. Okt. 1905), S. 4 f;
- 38) s. die mit 25 Stimmen bei einer Enthaltung angenommene Resolution "Po nacional'nomu voprosu"; in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 358 f und

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 3

- Kossovskij, Voprosy nacional'nosti, S. 107 f. Deutsche Übersetzung in: Ratner, M., Die nationale Frage in den jüdischen sozialistischen Parteien; in: Socialistische Monatshefte, XII, 3 (1908), S. 1535;
- 39) 1905. Evr. rab. dviž., S. 358 f;
- 40) a.a.O., S. 358;
- 41) vgl. dazu: Kautsky, Die Krisis in Österreich; in: NZ, XXII, 1 (1904), S. 45;
- 42) 1905. Evr. rab. dviž., S. 358;
- 43) ebenda;
- 44) ebenda;
- 45) vgl. Medem, Nacional'noe dviženie...; in: Formy nacional'nago dviženija..., S. 773 f und 777;
- 46) Aus der negativen Sicht der SERP; s. vor allem: Ratner, M.B., Evoljucija nacional'no-političeskoj mysli v russkom evrejstve; in: SERP, II, S. 41 - 49. Zur Auffassung des "Bund"; s. A.L., Die prinzipielle Stellung des "Jüdischen Arbeiterbundes"; in: NZ, XXIV, 2 (1906), S. 702 und Medem, a.a.O., S. 774 f;
- 47) Kossovskij, VI., Priznaki povorota (Poslednija izvestija, Nr. 251 (2. Sept./3. Okt. 1905)); wiederabgedruckt in: Ders., Voprosy nacional'nosti, S. 73 f;
- 48) a.a.O., S. 75. Kossovskij bezog sich hierbei auf: Kautsky, Der Kampf der Nationalitäten und das Staatsrecht in Österreich; in: NZ, XVI, 1 (1898), S. 517;
- 49) ebenda;
- 50) a.a.O., S. 76 f; dazu auch: Kossovskij, Krušenje "revoljucionnago romantizma" s. unten S. 169f.;
- 51) a.a.O., S. 75 f und "Ešče k voprosu o našich nacional'nych trebovanijach"; in: Poslednija izvestija, Nr. 254 (30. Okt. 1905), S. 4;
- 52) a.a.O., S. 76;
- 53) a.a.O., S. 77; s. auch "Sovremennyy političeskij moment..."; in: a.a.O., S. 2 f; A.L., Die prinzipielle Stellung des "Jüdischen Arbeiterbundes"; in: a.a.O., S. 703, Medem, a.a.O., S. 775 f;
- 54) "Ešče k voprosu o našich nacional'nych trebovanijach"; in: a.a.O., S. 4;
- 55) Gejlikman, G., Nacional'nyj vopros i proletariat; in: Itogi i perspektivi, Moskva 1906, S. 115 - 139. Zu Medem s. seine bereits oben analysierte Abhandlung "Socialdemokratija i nacional'nyj vopros";
- 56) a.a.O., S. 117 - 119;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 3

- 57) a.a.O., S. 119 f; vgl. auch: A.L., Die prinzipielle Stellung des "Jüdischen Arbeiterbundes", in: a.a.O., S. 703;
- 58) a.a.O., S. 120;
- 59) a.a.O., S. 121 f; vgl. auch A.L., a.a.O., S. 702 f;
- 60) a.a.O., S. 122; vgl. auch A.L., a.a.O., S. 703;
- 61) ebenda;
- 62) a.a.O., S. 122 f;
- 62a) s. die Vorrede Karl Kautskys zur armenischen Ausgabe des Erfurter Programms bzw. seines Kommentars. In deutscher Sprache als 4. Beilage der "Leipziger Volkszeitung", Nr. 98 (29. April 1905) unter dem Titel "Die Nationalitätenfrage in Rußland" abgedruckt. Der "Bund" veröffentlichte einen Teilauszug in russischer Sprache; in: Poslednija izvestija", Nr. 252 (27. Sept./10. Okt. 1905), S. 1 - 3;
- 63) Gejlikman, a.a.O., S. 123; s. Kautsky, a.a.O., S. 1 bzw. "Poslednija izvestija, a.a.O., S. 1;
- 64) Springer, Rudolf (Renner, Karl), Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat, S. 35;
- 65) Gejlikman, a.a.O., S. 127 f;
- 66) a.a.O., S. 128;
- 67) Kautsky, Karl, Der Kampf der Nationalitäten und das Staatsrecht in Österreich; in: NZ, XVI, 1 (1898), S. 562 (Kautsky, der in diesem Zusammenhang u.a. schrieb: "Die Selbständigkeit der Nation ist die naturnotwendige Grundlage jedes modernen Klassenkampfes..." und einige Zeilen weiter unten "Die proletarische Internationalität bedeutet nicht Nationslosigkeit, sondern Freiheit und Gleichheit der Nationen", ging dabei aber von der nationalen Gebietsautonomie und prinzipiell von der staatlichen Unabhängigkeit der einzelnen Nationalitäten aus);
- 68) Gejlikman, a.a.O., S. 128 - 132;
- 69) a.a.O., S. 133 f;
- 70) s. oben S. 98;
- 71) a.a.O., S. 134 - 136; vgl. dazu Kautsky, Der Kampf der Nationalitäten..., in: a.a.O., S. 517 f;
- 72) A.L., Die prinzipielle Stellung des "Jüdischen Arbeiterbundes"; in: a.a.O., S. 703 f; s. auch Medem, a.a.O., S. 774 f;
- 73) Ratner, Evoljucija nacional'no-političeskoj mysli v ruskom evrejstve; in: a.a.O., S. 45 und positiver: Ratner, O nacional'noj i territorial'noj avtonomii, S. 25 (Zum Neutralismus-Begriff Medems; s. Medem, Socialdemokratija i nacional'nyj vopros, s. oben S. 113;
- 74) 1905. Evr. rab. dviž., S. 359;
- 75) a.a.O., S. 359 f;
- 76) a.a.O., S. 360 f;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 3

- 77) s. die Resolution "Po povodu o vostanovlenii Pol' š; in: a.a.O., S. 359;
- 78) vgl. dazu Strobel, Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen 1878 - 1918, S. 238 bzw. S. 247 (Die Landeskonferenz der SDKPiL in Warschau (28. - 30. November) forderte in ihrem Programm für die Partei nur einen "Landessejm" neben einem "gesamtstaatlichen Parlament");
- 79) s. die Resolution "Ob otdel'nych učreditel'nych sobranjach"; in: a.a.O., S. 360 f;
- 80) Hierbei hatte man bes. Punkt 3 der Resolution des "Bund" zur nationalen Frage im Auge, der u.a. von der Übergabe der nationalen Angelegenheiten "an die Nation in Gestalt besonderer Institutionen, örtlicher und zentraler, die durch alle ihre Mitglieder auf der Grundlage allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Abstimmung gewählt werden" ausging; s. Ratner, M.B., Evoljucija nacional'no-političeskoj mysli..., in: Serp, II, S. 47;
- 81) a.a.O., S. 47 f;
- 82) so a.a.O., S. 48;
- 83) s. die Resolution des "Bund" "O različnych sionistko-socialističeskich frankcijach"; in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 360;
- 84) ebenda, s. auch a.a.O., S. 145 f;
- 85) vgl. A.L., Die prinzipielle Stellung des "Jüdischen Arbeiterbundes"; in: a.a.O., S. 702 - 705;
- 86) a.a.O., S. 704;
- 87) Medem, Nacional'noe dviženie...; in: a.a.O., S. 777 f;
- 88) a.a.O., S. 777;
- 89) ebenda; s. auch 1905. Evr. rab. dviž., S. 146;
- 90) ebenda;
- 91) s. die betreffende Resolution, die mit 15 gegen 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen wurde. In russ. Übers.; in: Otčet o VIII Konferencii Bunda. Genf 1911, S. 83 f. Zur Diskussion über diesen Tagesordnungspunkt; s. a.a.O., S. 61 - 74;
- 92) Dieses nur noch theoretische Festhalten an einer polnischen Unabhängigkeit wurde auf dem im Juni 1905 abgehaltenen Kongreß der "Rada" beim ZK der PPS gegen starken Widerstand seitens einer Minderheit, die dies als "Opportunismus" brandmarkte, beschlossen. Vgl. dazu: Kossovskij, Vl., Krušenje "revoljucionnago romantizma"; in: Ders., Voprosy nacional'nosti, S. 88 - 93 (Zuerst veröffentlicht in: Poslednija izvestija, Nr. 253 (4./17. Okt. 1905) und Medem, Nacional'noe dviženie...; in: a.a.O., S. 763 f);
- 93) Kossovskij, a.a.O., S. 95 - 98;

- 94) a.a.O., S. 98 f;
- 95) Über die Arbeit der PPS unter den jüdischen Arbeitern während der Jahre 1905/06; s. 1905. Evr. rab. dviž., S. 165 - 171, 365 - 368;
- 96) s. "Unsere politische Deklaration" vom 28. Januar 1905, in der das Warschauer Komitee diese Forderung neben derjenigen nach einer politischen Autonomie Polens aufstellte; in: Strobel, Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen, S. 232 f; s. auch Zalevskij, K., Nacional'nyja dviženija; in: Obščestvenoe dviženie v Rossii v načale XX-go veka, t. IV, 2, S-Peterburg 1911, S. 159 f;
- 97) 1905. Evr. rab. dviž., S. 167 f;
- 98) s. die Resolution "Po povodu o vosstanovlenii Pol'šii"; in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 359;
- 99) s. die Resolution "Ob otdel'nych učreditel'nych sobranijach"; in: ebenda, S. 359 f;
- 100) s. Auszüge eines Artikels aus: "Der Bund", Nr. 11 (Dez. 1905); in: ebenda, S. 146 f;
- 101) ebenda;
- 102) Dieser Streit wurde vor allem in den beiden in jiddischer Sprache gedruckten Parteiorganen, "Der Bund" ("Bund") und "Der Arbeiter" (PPS), geführt; s. a.a.O., S. 147;
- 103) s. den Artikel "Die Beziehung der PPS zur jüdischen Frage"; in "Der Arbeiter", Nr. 12 (1905); in Auszügen wiederabgedruckt; in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 168 - 170;
- 104) a.a.O., S. 169;
- 105) a.a.O., S. 169 f;
- 106) s. die Reaktion der PPS auf den Beschluß des VII. Kongresses des "Bund" (1906) zum Wiedereintritt in die RSDRP; zuerst in: "Der Arbeiter", Nr. 48 (1906); in Auszügen wiederabgedruckt; in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 170 f;
- 107) 1905. Evr. rab. dviž., S. 171;
- 108) a.a.O., S. 167 u. 365 - 369;
- 109) s. dazu den Leitartikel in: "Der Arbeiter", Nr. 28 (1906); in Auszügen wiederabgedruckt; in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 336;
- 110) 1905. Evr. rab. dviž., S. 167;
- 111) Leder, Nacional'nyj vopros v pol'skoj i russkoj socialdemokratii; in: Proletarskaja Revoljucija Nr. 2 - 3 (1927), S. 178. Zum Gesamtkomplex des Verhältnisses "Bund" - SDKPiL im Jahre 1905; s. neuerdings: Strobel, Die Partei Rosa Luxemburgs...; S. 242 - 247;
- 112) s. Anm. 15; s. auch: Strobel, a.a.O., S. 244;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 3

- 113) 1905. Evr. rab. dviž., S. 162 f;
- 114) a.a.O., S. 162; s. auch: Strobel, a.a.O., S. 246;
- 115) ebenda;
- 116) a.a.O., S. 162 f;
- 117) a.a.O., S. 163; s. auch: Strobel, ebenda;
- 118) ebenda; s. auch: Strobel, a.a.O., S. 246 f;
- 119) ebenda;
- 120) s. oben S. 90;
- 121) Strobel, Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen, S. 58; s. auch 1905. Evr. rab. dviž., S. 159;
- 122) s. die Resolution "Über die Organisationsformen"; in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 364. Zur Arbeit der SDKPiL unter den Juden; s. auch: Strobel, Die Partei Rosa Luxemburgs..., S. 314 - 316;
- 123) s. einen Auszug in russischer Sprache des Artikels "Die erste jüdische Konferenz" aus der jiddischsprachigen Zeitung der SDKPiL "Di Roite Fon", Nr. 3 (1906) in: Evr. rab. dviž., S. 161;
- 124) s. die Resolution "Über die jüdischen nationalen sozialistischen Parteien"; in: Evr. rab. dviž., S. 364 und auch S. 161;
- 125) s. die Resolution "Über die Vereinigung mit dem Bund"; in: Evr. rab. dviž., S. 364, s. auch a.a.O., S. 161;
- 126) a.a.O., S. 161;
- 127) a.a.O., S. 364;
- 128) s. den entsprechenden Resolutionsentwurf; in: Evr. rab. dviž., S. 163 f;
- 129) Bereits auf der Landeskonferenz der SDKPiL in Warschau (28. - 30. November 1905) hatte die "Hauptverwaltung" für Polen die Autonomie und für alle Nationalitäten Rußland die "freie kulturelle Entfaltung" gefordert; s. Strobel, Quellen..., S. 246 f und auch das damals verabschiedete Programm; in: Strobel, a.a.O., S. 238. In ihrer Anfang 1906 in Warschau herausgegebenen Programmbroschüre "Czego Chcemy ?" ("Was wollen wir ?") forderte Rosa Luxemburg die Schaffung von "Institutionen" in Rußland, "die allen Nationalitäten freies geistiges Leben und frei kulturelle Entwicklung sichern", d.h. in erster Linie Freiheit des Gebrauchs der Muttersprache in Schule und Öffentlichkeit. Zugleich aber verlangte sie die Autonomie Polens im Hinblick darauf, daß "unser Land innerhalb des russischen Reiches eine besondere Einheit bildet, die sich in ihrem kulturellen und zum Teil wirtschaftlich-gesellschaftlichen Leben vom Rest des Reiches unterscheidet", wenn auch im weiteren konkret nur von Verwaltungs-, Schul- und Gerichtshoheit, nicht aber von eigener Gesetzgebung die Rede ist, die von anderen Mitgliedern der SDKPiL in den Wochen vor dem VI. Kongreß darüber hinaus gefordert wurde; s.

Luxemburg, R., Internationalismus und Klassenkampf. Die polnischen Schriften. Neuwied und Berlin 1971, S. 98 f und Zalevskij, K., Nacional'nye dviženija; in: a.a.O., S. 172 f. Auf dem VI. Kongreß setzte sich dann die Auffassung Rosa Luxemburgs durch, s. Zalevskij, a.a.O., S. 173;

130) 1905. Evr. rab. dviž., S. 163 f;

4. Die Reaktion der RSDRP auf die während der ersten russischen Revolution erhobenen nationalen Forderungen der Randvölker Rußlands

a) Die theoretische Ausgangsposition der Menschewiki und ihre Festigung in den ersten Monaten des Jahres 1905 anhand der kaukasischen Frage

- 1) Kossovskij, Priznaki povorota; in: Ders., Voprosy nacional'nosti, S. 73;
- 2) a.a.O., S. 73 f, 77 - 79;
- 3) Egorov, A. (Martov, Ju.), Zaroždenie političeskich partii i ich dejatel'nost'; in: Obščestvenoe dviženie v Rossii..., t. I, S. 411;
- 4) B., Novye sojuzniki "Bunda"; in: Iskra, Nr. 72 (25. August 1904), S. 4;
- 5) ebenda; vgl. dazu Arkomed, S.T., Rabočee dviženie i social-demokratija na Kavkaze. Moskva-Petrograd 1923², S. 90;
- 6) s. dazu vor allem: (Martov, L.) Revoljucionnyj nacionalizm i social-demokratija; in: "Iskra", Nr. 66, S. 1 f; "Iz armjanskoj dejstvitel'nosti"; in: ebenda, Nr. 78, S. 7.
Aus der Sicht der russischen Sozialrevolutionäre vgl. hierzu "Pervaja konferencija gruzinskich revoljucionnych frakcii; in: Revoljucionnaja Rossija, Nr. 46, S. 8 - 11; "Armjanskaja revoljucionnaja federacija pred sudom "ortodoksal'nago nedomyslija", Nr. 63, S. 3 - 5; "Novaja meždupartijnaja konferencija"; in: ebenda, Nr. 65, S. 6 f; "K revoljucionnym partijam Rossii"; in: ebenda, Nr. 71, S. 12 f;
- 7) (Martov, L.) Revoljucionnyj nacionalizm i socialdemokratija; in: Iskra, Nr. 66 (15. Mai 1904), S. 1 f;
- 8) s. dazu "Pervaja konferencija gruzinskich revoljucionnych frakcii; in: Revoljucionnaja Rossija, Nr. 46 (Mai 1904), S. 8;
- 9) (Martov) a.a.O., S. 1;
- 10) ebenda; s. auch Revoljucionnaja Rossija, Nr. 46, S. 8;
- 11) ebenda;
- 12) ebenda; s. auch Revoljucionnaja Rossija, a.a.O.;
- 13) ebenda;
- 14) ebenda;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

- 15) s. die Resolution "Zur revolutionären Kampftaktik"; vollständig abgedruckt; in: Revoljucionnaja Rossija, a.a.O., S. 9;
- 16) (Martov) a.a.O., S. 1;
- 17) ebenda;
- 18) ebenda; s. auch Revoljucionnaja Rossija, a.a.O., S. 9;
- 19) ebenda;
- 20) Revoljucionnaja Rossija, a.a.O., S. 9;
- 21) (Martov) a.a.O., S. 1;
- 22) a.a.O., S. 1 f;
- 23) a.a.O., S. 2;
- 24) ebenda;
- 25) Ot redakcii; in: Konferencija kavkazskich socialdemokratičeskich rabočich organizacii. Genf 1905;
- 26) a.a.O., S. 1 - 3; s. auch "Revoljucionnye uprazdniteli" i tiflissnij proletariat. Vsem tiflisskim rabočim !"; in: Iskra, Nr. 89 (24. Februar 1905), S. 8;
- 27) s. die Resolution "O nacional'no-territorial'noj avtonomii"; in: Konferencija..., S. 3 f; s. auch: Z., Gruzinskie nacionalisty i proletariat; in: Iskra, Nr. 103 (21. Juni 1905), S. 3;
- 28) ebenda;
- 29) s. im folg. Z., Gruzinskie nacionalisty i proletariat; in: a.a.O., S. 3 f;
- 30) a.a.O., S. 3;
- 31) ebenda;
- 32) ebenda;
- 33) ebenda;
- 34) s. "Armjanskaja revoljucionnaja federacija pred sudom "ortodoksalnago" nedomyслиja"; in: Revoljucionnago Rossija, Nr. 63 (April 1905), S. 3;
- 35) Z., Gruzinskie nacionalisty...; in: a.a.O., S. 3 f;
- 36) ebenda;
- 37) Nach der Volkszählung von 1897 waren 82,47 % der Georgier und 71,27 % der Armenier Bauern, während 8,13 % der Georgier und 19,06 % der Armenier im Handel und in der Industrie tätig waren; s. Stankevič, V., Sud'by narodov Rossii. Berlin 1921, S. 209 - 216; Evrejnov, G.A., Nacional'nye voprosy na inorodčeskich okrainach Rossii. S-Peterburg 1908, S. 108 - 111, 113 - 115; Pipes, R., The Formation of the Soviet Union - Cambridge/Massachusetts 1964, S. 15 - 18;
- 38) Evrejnov, a.a.O., S. 114; Pipes, a.a.O., S. 18 f;

- 39) Stankevič, a.a.O., S. 228 - 235; Evrejnov, a.a.O., S. 115 - 117, 119; Arkomed, a.a.O., S. 53; Lenskij, Nacional'noe dviženie, in: Obščestvennoe dviženie..., t. I, S. 369, Pipes, a.a.O., S. 18;
 - 40) Stankevič, a.a.O., S. 234 f; Evrejnov, a.a.O., S. 117 - 119; Lenskij, a.a.O., S. 253 f; Zalevskij, Nacional'nye dviženija, in: Obščestvennoe dviženie..., t. IV, 2, S. 227 f;
 - 41) Zur "Gnčak"; s. Zalevskij, Nacional'nye partii v Rossii; in: Obščestvennoe dviženie..., t. III, 5, S. 313 f; Ders., Nacional'noe dviženija, in: a.a.O., S. 232; Medem, Nacional'noe dviženie i 'nacional'nyja socialističeskija partii v Rossii, in: Formy nacional'nago dviženija ..., S. 787;
 - 42) Vgl. dazu die in bezug auf diese beiden armenischen Organisationen bereits im April 1905 auf der Konferenz der kaukasischen sozialdemokratischen Organisationen der menschwistischen Fraktion verabschiedeten Resolutionen; in: Konferencija kavkazskich socialdemokratičeskich rabočich organizacii, S. 4 f, die auch von der menschwist. Führung nicht korrigiert wurden; in: ebenda, S. 1 f ("Ot redakcii");
 - 43) s. "Kavkazskie tovarišči o nacional'noj borbe"; in: Socialdemokrat (Rabočaja Gazeta), Nr. 8 (24. Juni 1905), S. 16 (wiederabgedruckt aus dem in georgischer Sprache erscheinenden "Sozialdemokrat", Nr. 3);
 - 44) ebenda; s. auch Tretij s-ezd RSDRP. Protokoly. Moskva 1959, S. 369;
 - 45) In Auseinandersetzung mit dem betreffenden Artikel, s. "K revoljucionnym partijam Rossii"; in: Revoljucionnaja Rossija, Nr. 71 (15. Juli 1905), S. 12 f;
 - 46) "Kakazskie tovarišči...", in: a.a.O., S. 16;
 - 47) s. Arkomed, a.a.O., S. 179 - 181 (Anm. zu S. 53);
 - 48) Kautsky, Die Nationalitätenfrage in Rußland; in: a.a.O.;
 - 49) ebenda;
- b) Revolutionsstrategie und Nationalitätenfragen aus der Sicht Lenins während des Jahres 1905
- 50) Listovki bakinskich bol'ševikov 1905 - 1907 g.g. Baku 1955, S. 259 f; zit. nach: Burmistrova, T. Ju., Nacional'naja politika bol'ševikov v pervoj russkoj revoljucii 1905 - 1907 gg. S. 195;
 - 51) P.A. Džaparidze (Golubin) auf dem III. Kongreß der RSDRP (Bolschewiki); s. Tretij s-ezd RSDRP. Protokoly., S. 369;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

- 52) Lenin, Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten (1897); in: Lenin, Werke, Bd. 2, S. 334 - 336; s. auch oben S. 21 f;
- 53) a.a.O., S. 337 - 339; s. auch oben S. 22;
- 54) s. Lenin, Werke, Bd. 8, S. 393 f und Bd. 9, S. 9 f;
- 55) s. Pervaja obsčerusskaja konferencija partijnych rabotnikov. Otdel'noe priloženie k Nr. 100 "Iskry". Genf 1905 (Dem Verfasser leider nicht zugänglich gewesen). Vollständig wiedergegeben; in: Lenin, Werke, Bd. 9, S. 18 f; 25, 31, 67 und 71 bzw. Konferencija kavkazskich socialdemokratičeskich rabočich organizacii. Genf 1905, S. 3. Teilweise abgedruckt; in: Lenin, a.a.O., S. 83;
- 56) s. u.a. Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution (Juli 1905) in: Lenin, Werke, Bd. 9, S. 3 - 130;
- 57) Über die revolutionäre Konzeption der Menschewiki zu Beginn der Revolution von 1905, die anfangs vor allem von Martynov, Dve diktatury, Genf 1905, bestimmt wurde, s. Anweiler, Oskar, Die Rätebewegung in Rußland 1905 - 1921. Leiden 1958, S. 80 - 82;
- 58) Lenin, Zwei Taktiken ... in: a.a.O., S. 35 - 49. Die erwähnte menschewist. Resolution sprach von einer vorübergehenden aktiven Beteiligung am Kampf gegen den Zarismus und nur im Falle des Überspringens des revolutionären Funkens auf Westeuropa und seines Entfachsens der sozialistischen Weltrevolution auch von der Ergreifung der politischen Macht; s. Lenin, a.a.O., S. 67 u. 71. Hier war die Nähe zum Plechanovschen Determinismus stärker spürbar als bei Lenin, der aber ebenfalls noch prinzipiell an dieser Zwei-Revolutionen-Theorie festhielt (s. Plechanov, Socializm i političeskaja bor'ba; in: a.a.O., S. 110; s. oben S. 16-18; vgl. auch Anweiler, a.a.O., S. 80). Lenin: "Die eine Resolution spiegelt die Mentalität des aktiven Kampfes, die andere die des passiven Zuschauens wider ...", Lenin, a.a.O., S. 26;
- 59) Lenin, a.a.O., S. 121 - 130; s. auch: Ders., Über die provisorische revolutionäre Regierung; in: Lenin, Werke, Bd. 8, S. 461 - 472;
- 60) Lenin, Eine Revolution vom Typus 1789 oder vom Typus 1848 ? (Geschr. März - April 1905); in: Lenin, Werke, Bd. 8, S. 248 - 250;
- 61) Lenin, Werke, Bd. 8, S. 193 u. 343;
- 62) Tretij s-ezd RSDRP. Protokoly. Moskva 1959, S. 455;
- 63) a.a.O., S. 365 - 371; s. auch 1905. Evr. rab. dviž., S. 153 - 156;
- 64) Von einer Nebenbemerkung über die nationalen Organisationen im Kaukasus abgesehen; s. a.a.O., S. 369;
- 65) a.a.O., S. 378 - 382 und Lenin, Werke, Bd. 8, S. 413 - 418;
- 66) a.a.O., S. 380; Lenin, a.a.O., S. 414;
- 67) ebenda; Lenin, a.a.O., S. 414 f;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

- 68) Latyšškaja SDRP, "Vpered" (Bolschewiki), "Bund", Armjanskaja s.-d. rabočaja Organissacija;
- 69) Tretij s-ezd RSDRP. Protokoly., S. 380; Lenin, a.a.O., S. 415;
- 70) s. auch oben S. 141;
- 71) Tretij s-ezd RSDRP. Protokoly, S. 380 f; Lenin, a.a.O., S. 415 f;
- 72) a.a.O., S. 381; Lenin, a.a.O., S. 416 f. Vgl. den vollständigen Wortlaut beider Deklarationen; in: Revoljucionnaja Rossija, Nr. 65 (25. April 1905), S. 1 - 3, s. oben S. 141;
- 73) ebenda; Lenin, ebenda;
- 74) a.a.O., S. 382; Lenin, a.a.O., S. 417; s. auch a.a.O., S. 380; Lenin, a.a.O., S. 415. Über die viel distanziertere, wenn nicht sogar völlig negative Haltung seiner Parteigenossen gegenüber den russischen Sozialrevolutionären; s. a.a.O., S. 383 - 390;
- 75) Über die Arbeit der RSDRP im "Nordwestlichen Gebiet" nach dem II. Parteikongreß (1903); s. Evr. rab. dviž., S. 148 - 153;
- 76) s. hierzu die Debatte über den Resolutionsentwurf, der sich mit den Beziehungen zu den nationalen sozialdemokratischen Organisationen befaßte; in: Tretij s-ezd RSDRP. Protokoly, S. 365 - 371;
- 77) s. neben der obigen Debatte die Stellungnahme D.S. Postolovskijs (Michajlov), der sich als Delegierter des "Nordwestlichen Komitees" im Zusammenhang mit der Erörterung des Resolutionsentwurfs "Über Propaganda und Agitation" für die ausdrückliche Hereinnahme des Passus aussprach, daß sowohl Jiddisch als auch andere Sprachen bei der Parteiarbeit verwendet werden sollten, was dann auch mit Einschränkungen gebilligt wurde; s. a.a.O., S. 394 und 405 sowie 1905. Evr. rab. dviž., S. 156;
- 78) 1905. Evr. rab. dviž., S. 156 - 159;
- 79) Lenin, An die jüdischen Arbeiter (Geschr. Ende Mai/Anfang Juni 1905); in: Lenin, Werke, Bd. 8, S. 496 f;
- 80) a.a.O., S. 497, 499;
- 81) s. Četvertyj (ob-edinitel'nyj) s-ezd RSDRP. Protokoly. Moskva 1959, S. 593 (Anm. 8); s. auch Burmistrova, a.a.O., S. 101;
- 82) 1905. Evr. rab. dviž., S. 157 f;
- 83) Gemeint waren hierbei vor allem der "Bund" und die "Latyšškaja SDRP";
- 84) 1905. Evr. rab. dviž., S. 157;
- 85) a.a.O., S. 158;
- 86) Tretij s-ezd RSDRP. Protokoly, S. 382 f; 389. Vgl. dazu auch die bereits aufgezeigte Behandlung der lettischen Frage auf der Pariser Konferenz

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

- ferenz im April 1905 durch die sozialdemokratischen Organisationen;
- 87) Lenin, Werke, Bd. 8, S. 417;
- 88) Lenin, Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung; in: Lenin, Werke, Bd. 8, S. 570 und Ders., Der Boykott der Bulyginschen Duma und der Aufstand; in: ebenda, Bd. 9, S. 176;
- 89) s. Engels, Flüchtlingsliteratur. Eine polnische Proklamation; in: MEW, Bd. 18, S. 527; Lenin, Werke, Bd. 9, S. 176;
- 90) Lenin, Werke, Bd. 9, S. 176;
- 91) s. "Isveščenie o konferencii socialdemokratičeskich organizacij Rossii"; in: Poslednija izvestija, Nr. 253 (17./4. Okt. 1905), S. 1 f; s. auch: KPSS v rezolucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CK, t. I, Moskva 1953, S. 91 - 94. Die "Armjanskaja s.-d. rabočaja organizacija" stimmte der Resolution nachträglich zu, s. Poslednija izvestija, a.a.O., S. 1;
- 92) s. Lenins Brief an das ZK der RSDRP vom 7./20. September 1905; in: Lenin, Werke, Bd. 34, S. 324 f, s. auch unten S. 192 (Anm. 103);
- 93) Lenin, Die ersten Ergebnisse der politischen Gruppierung; in: Lenin, Werke, Bd. 9, S. 396;
- 94) Lenin, a.a.O., S. 397; s. auch Ders., Das letzte Wort der "iskrischen" Taktik oder eine Wahlkomödie als neuer Impuls, der zum Aufstand anregt (Dort auch Wortlaut der menschewistischen Resolution über die Reichsduma); in: a.a.O., S. 354 - 372;
- 95) a.a.O., S. 398;
- 96) ebenda;
- 97) a.a.O., S. 402;
- 98) ebenda;
- 99) "Plody kružkovščiny"; in: Iskra, Nr. 112 (8. Okt. 1905);
- 100) Lenin, Hysterie der Unterlegenen; in: Lenin, Werke, Bd. 9, S. 405 f;
- 101) a.a.O., S. 406;
- 102) a.a.O., S. 406 f;
- 103) s. Lenins Brief an das ZK der RSDRP (7./20. Sept. 1905); in: Lenin, Werke, Bd. 34, S. 324 f. Der "Bund" hatte sich zunächst im menschewistischen Sinne gegen eine Beteiligung an einer "Provisorischen revolutionären Regierung", wie sie Lenin befürwortete, ausgesprochen. Allerdings wurde diese taktische Linie seitens des "Bund" bereits auf seinem VI. Kongreß (Oktober 1905) endgültig aufgegeben; s. 1905. Evr. rab. dviž., S. 144.
- Lenin hatte zum damaligen Zeitpunkt den Artikel "Duma kontrrevoljucii"; in: Poslednija izvestija, Nr. 247 (19. August/1. September 1905) im Auge, in dem in einem Vergleich des Artikels "Verteidigung oder Angriff?"; in: Iskra, Nr. 106, mit dem Leninschen Artikel "Der Boykott

der Bulyginschen Duma und der Aufstand", der sich mit dem "Iskra"-Artikel auseinandersetzte; in: Proletarij, Nr. 12 (s. Lenin, Werke, Bd. 9, S. 172 - 180), zumindest insoweit der menschwistischen Richtung zugestimmt worden war, als man eine Duma im Sinne einer "Verfassungsgebenden Versammlung" auch ohne vorherige Errichtung einer "Provisorischen revolutionären Regierung", d.h. ohne vorherige Durchführung eines bewaffneten Aufstands, für möglich hielt, s. Poslednija izvestija, Nr. 247, S. 3 f;

- c) Der Wiedereintritt des "Bund" in die RSDRP auf dem IV. (Vereinigungs-) Kongreß der RSDRP in Stockholm (10./23. April - 25. April/8. Mai 1906)
- 104) Zur Genesis dieser Einstellung gegenüber der Bulyginschen Duma; s. "Duma kontr-revoljucii"; in: Nr. 247, "Duma i bojkot"; in: Nr. 248. "Bojkotirovat' ili ne bojkotirovat' Gosudarstvennuju Dumu"; in: Nr. 249, "Resoljucija central' nago komiteta o Gosudarstvennoj Dume"; in: Nr. 253 und "Bojkot Gosudarstvennoj Dumy" (Proklamation des ZK des "Bund"); in: Nr. 254 der "Poslednija izvestija";
 - 105) s. vor allem "Duma i bojkot"; in: a.a.O., S. 2 - 4. Im Dumaprojekt Bulygins, das am 6./19. August 1905 durch kaiserlichen Erlaß Gesetzeskraft erhielt, war den Juden das Wahlrecht versagt;
 - 106) s. "Duma kontr-revoljucii"; in: a.a.O., S. 4;
 - 107) s. Aksel' rod, P.B., Narodnaja duma i rabočij s-ezd. Genf 1905; zweite, durch ein Vorwort ergänzte Auflage. S-Peterburg 1907. Vgl. hierzu: Schwarz, Salomon M., Revolution of 1905. Chicago and London 1967, S. 230 - 245;
 - 108) s. u.a. die Resolution einer Versammlung von Vertretern des "Bund" aus dem südlichen Rajon; in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 385 f; s. auch a.a.O., S. 144, 234 - 238 und Buchbinder, Istorija evr. rab. dviž...., S. 334 - 336;
 - 109) vgl. dazu im einzelnen: Anweiler, a.a.O., S. 80 - 89;
 - 110) s. Po povodu otčeta delegacii Bunda na II s-ezde RSDRP; abgedruckt; in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 358;
 - 111) s. oben S. 156 - 174;
 - 112) s. oben S. 37 - 39, 54 - 56, 78 f, 88 f, 169 - 174;
 - 113) s. die Vereinigungsresolution der Menschewiki, die auf ihrer "Zweiten allrussischen Konferenz der Parteifunktionäre" im November 1905 in Peterburg verabschiedet wurde; in: Lenin, sämtl. Werke, Bd. 8, Wien-Berlin 1931, S. 604 f, sowie diejenige der Bolschewiki, die auf ihrer Konferenz in Tammersfors im Dezember 1905 abgefaßt wurde; in: KPSS v resoljucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CK, t. I (1898 - 1917), Moskva 1970, S. 135 f;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

- 114) so P. Anman (Pavel Rozental') in der Artikelreihe "Bund i RSDRP"; in: Der Veker, Nr. 16, 25 und 26. In Auszügen zit.; in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 324 f;
- 115) a.a.O., S. 325;
- 116) so P. Anman (Pavel Rozental'); in: Der Veker, Nr. 23, a.a.O., S. 325;
- 117) s. hierzu insbes. Medem, V., Ob-edinenie Bunda s Ros. Soc.-Dem. Rab. Partiej; in: Naše slovo, Nr. 1 - 4 (1906); Zel'cer, S., K voprosu ob ob-edinii; in: ebenda, Nr. 3 und 5 (1906) und Medem, V., Dva otveta; in: ebenda, Nr. 7 (1906): vgl. auch: Buchbinder, a.a.O., S. 317 f;
- 118) s. K voprosu ob ob-edinenii Bunda s RSDRP. Izvlečenie iz protokolov VII konferencii Bunda (11, 12, 13, 14 u. 15 zasedanija). S-Peterburg 1906; s. auch 1905. Evr. rab. dviž., S. 326;
- 119) K voprosu ob ob-edinenii..., S. 1; 1905. Evr. rab. dviž., S. 327;
- 120) a.a.O., S. 2 bzw. a.a.O., S. 326 f;
- 121) s. Medem, VI., Ob-edinenie "Bunda" s RSDRP; in: Naše Slovo, Nr. 2 (1906), S. 3; s. auch: Buchbinder, a.a.O., S. 318;
- 122) Die SDKPiL ging hierbei vom territorialen und nicht vom nationalen Prinzip aus. Über ihre distanzierte bzw. negative Haltung gegenüber dem Standpunkt des "Bund", die mit der über die bereits erwähnte Einstellung in der Frage der Parteioorganisation identisch war; s. 1905. Evr. rab. dviž., S. 160 - 162;
- 123) s. die Resolutionsentwürfe der Fraktionen zur Gewerkschaftsfrage für den IV. Parteikongreß; in: Čertvertij (ob-edinitel'nyj) s-ezd RSDRP, Protokoly, Moskva 1959, S. 487 bzw. S. 570 f;
- 124) s. die betreffende Resolution der VII. Konferenz; in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 392 f und Buchbinder, a.a.O., S. 323 f. Über die Aktivitäten des "Bund" und anderer sozialdemokrat. bzw. sozialist. Organisationen in der "Čerta osedlosti" in der Gewerkschaftsfrage seit Oktober 1905; s. 1905. Evr. rab. dviž., S. 229 - 233, 282 - 301; Buchbinder, a.a.O., S. 322 - 334;
- 125) s. Projekt rezoljucii k predstojaščemu s-ezdu, vyrobotannyj gruppoj "men' ševikov" s učastiem redaktorov "Iskry"; in: Partijnye izvestija, Nr. 2 (20. März/2. April 1906). Wiederabgedruckt in: Četvertij ob-edinitel'nyj s-ezd RSDRP, S. 565 - 572. Selbst mit dem die Frage der nationalen s.-d. Organisationen behandelnden Resolutionsentwurf der Bolschewiki fand keine Auseinandersetzung statt; s. Lenin, Werke, Bd. 10, S. 375;
- 126) s. Lenin, Werke, Bd. 10, S. 152 f;
- 127) a.a.O., S. 152;
- 128) s. Medem, s. Anm. 121;
- 128a) Lenin, a.a.O., S. 152;
- 129) ebenda;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

- 130) s. Anmerkung Lenins, a.a.O., S. 152 f;
- 131) Auf Insistieren der SDKPiL hin; s. A.S. Varskij (Varšavskij); Četvertyj... s-ezd, S. 20;
- 132) Četvertyj (ob-editel'nyj) s-ezd RSDRP. Protokoly S. 7 f;
- 133) Dieser Tagesordnungspunkt sollte nach dem mit großer Mehrheit angenommenen Vorschlag des Menschewiken N.G. Čičinadze und Lenins "in Verbindung mit der nationalen Frage in Parteiprogramm" erörtert werden; s. a.a.O., S. 24, während der Vorschlag des Menschewiken N.N. Žordanija (Kostrov), anstelle der polnischen die "nationale Frage" im allgemeinen zu erörtern, abgelehnt wurde; s. ebenda und a.a.O., S. 407; ebenso wie der von der Kommission für die Vereinigung mit den nationalen s.-d. Organisationen und dem Vereinigungs-ZK vorgebrachte Vorschlag einer Anerkennung der Autonomie Polens (a.a.O., S. 404 und 407), so daß auf seiten einiger Delegierter der SDKPiL der Eindruck entstanden war, daß zumindest die Autonomie Polens durch den Parteitag gebilligt worden sei; s. a.a.O., S. 636 f. (Anm. 141); s. dazu auch: Strobel, Quellen..., S. 249 (Anm. 1); s. auch: Šaumjan S.G., Nacional'nyj vopros i social-demokratija; in: Ders., Izbr. proizvedenija, t. I., S. 158, der als bolschewistischer Kongreßdelegierter 1906 ebenfalls von der Akzeptierung der Autonomie Polens durch den IV. Parteitag ausging;
- 134) a.a.O., S. 470 f; Wortlaut der Resolution des IV. Parteitages, a.a.O., S. 533. In den beiden dem Kongreß vorliegenden Resolutionsentwürfen der Menschewiki und der Bolschewiki war allerdings das nationale Problem in keiner Weise erwähnt worden; s. a.a.O., S. 568 f ("Ob otnošenii k liberal'no-demokratičeskim partijam") bzw. a.a.O., S. 484 (Lenin, Werke, Bd. 10, S. 150 f) ("Otnošenje k buržuaznym partijam");
- 135) a.a.O., S. 455;
- 136) ebenda;
- 137) s. a.a.O., S. 18, 22, 23, 24;
- 138) a.a.O., S. 24;
- 139) ebenda, s. auch Anm. 132;
- 140) a.a.O., S. 17;
- 141) Die RUP hatte sich auf ihrem II. Kongreß (Dez. 1905) in USDRP umbenannt;
- 142) Četvertyj (ob-edinitel'nyj) s-ezd, S. 26 - 29, 37 - 40;
- 143) Die menschewistischen Delegierten verfügten über fast ein Drittel mehr an Stimmen als die bolschewistischen; s. a.a.O., S. 537 - 540;
- 144) s. die betreffenden Resolutionen von SDKPiL und LSDRP; in: a.a.O., S. 577 - 579 und die des "Bund"; in: 1905. Evr. rab. dviž., S. 391 f;
- 145) a.a.O., S. 31 - 34;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

- 146) a.a.O., S. 31 f;
- 147) a.a.O., S. 33. Letztere Behauptung wurde seitens I.M. Melenevskijs (Samojlović), der zum "Ukrainskij social-demokratičeskij sojuz ("Spilka")" gehörte, erhoben. Die "Spilka" hatte sich im Dezember 1904 von der RUP abgespalten und den Menschewiki als autonome Organisation angeschlossen, weil sie weder mit der Forderung nach einer "selbständigen Ukraine" noch mit der von der Mehrheit unter Führung M. Porš's erhobenen Forderung nach einer Vereinigung mit der RSDRP auf föderativer Grundlage weiterhin einverstanden war. Im Gegensatz zur Mehrheit wollte sie die Autonomie der Ukraine, die seit ihrem II. Kongreß (Dez. 1905) auch von der USDRP nur noch gefordert wurde; s. a.a.O., S. 595. Weitere Lit.: Zalevskij, Nacional'nye partii...; in: a.a.O., S. 294 - 298; Ders., Nacional'nye dviženija...; in: a.a.O., S. 201 - 203; Medem, Nacional'noe dviženie... in: Formy ... S. 783 - 785;
- 148) Četvertyj... s-ezd, S. 361 f;
- 149) a.a.O., S. 361 f;
- 150) Der Kommission gehörten die Menschewiki: Čičinadze (Kartvelo), für den später Devboriani (Dianov) hinzukam, Vigilev (Litvinov), Ostrovskij und die Bolschewiki: Teodorovič (Panov) und Bazarov-Rudnev (Matveev) an; s. a.a.O., S. 40 und 118;
- 151) a.a.O., S. 403;
- 152) ebenda;
- 153) s. a.a.O., S. 404 und 412;
- 154) a.a.O., S. 412;
- 155) a.a.O., S. 414 f;
- 156) a.a.O., S. 413;
- 157) a.a.O., S. 415 f;
- 158) a.a.O., S. 416 f;
- 159) a.a.O., S. 417;
- 160) a.a.O., S. 418;
- 161) ebenda;
- 162) a.a.O., S. 637 (Anm. 142);
- 163) so Dan, s. a.a.O., S. 417;
- 164) s. die "Resolution über das Verhältnis zu den nationalen sozialdemokratischen Organisationen"; in: Poslednija Izvestija, Nr. 255 (Dez. 1905), S. 11 f;
- 165) s. die endgültige Fassung des Vereinigungsvertrags; in: Četvertyj... s-ezd, a.a.O., S. 530 f;
- 166) a.a.O., S. 637 (Anm. 142);
- 167) Poslednja izvestija, Nr. 255, S. 12;
- 168) Četvertyj... s-ezd S. 529 f (Die Delegation der SDKPiL war die einzige der zum Beitritt eingeladenen nationalen s.-d. Organisationen,

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

die bevollmächtigt gewesen war, die Vereinigung mit der RSDRP bereits auf dem Parteitag zu vollziehen; a.a.O., S. 403;

- 169) a.a.O., S. 530 f;
- 170) a.a.O., S. 529 und 530;
- 171) Die Beziehungen beider Organisationen zum "Bund" sollten "im Einverständnis mit der RSDRP" hergestellt werden und ihnen in Eigenregie nur in den "konkreten Fällen eines gemeinsamen örtlichen Auftretens" überlassen bleiben, s. a.a.O., S. 530 bzw. 531;
- 172) Diese Frage sollte "durch das ZK der RSDRP und die Hauptverwaltung der SDKPiL unter Hinzuziehung aller örtlichen Organisationen, die an dieser Frage interessiert sind", entschieden werden, a.a.O., S. 530;
- 173) a.a.O., S. 531;
- 174) Zur Frage der Anerkennung der Autonomie Polens im Zusammenhang mit dem Vereinigungsstatut, s. oben S. 197 (insbes. Anm. 133);
- 175) so der Menschewik Vigilev (Litvinov), a.a.O., S. 425;
- 176) s. im folg. a.a.O., S. 422 - 451;
- 177) s. a.a.O., S. 422 - 426;
- 178) a.a.O., S. 422 - 424;
- 179) a.a.O., S. 424 - 426;
- 180) a.a.O., S. 422;
- 181) a.a.O., S. 423;
- 182) ebenda;
- 183) a.a.O., S. 424;
- 184) ebenda;
- 185) a.a.O., S. 423 f;
- 186) s. a.a.O., S. 422, 423 f;
- 187) a.a.O., S. 424 f;
- 188) a.a.O., S. 425 f. Vigilevs (Litvinovs) Entwurf: "1.) Der "Bund" tritt in die Partei ein. 2.) Die Ortsorganisationen des "Bund" und der RSDRP vereinigen sich auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus"; a.a.O., S. 426;
- 189) s. im folg. S. 426 - 432;
- 190) a.a.O., S. 428 f;
- 191) a.a.O., S. 428 f;
- 192) a.a.O., S. 429 f;
- 193) a.a.O., S. 430;
- 194) ebenda;
- 195) ebenda;
- 196) s. oben S.
- 197) a.a.O., S. 431 f;
- 198) s. hierzu: Wehler, Sozialdemokratie und Nationalstaat, S. 155;
- 199) s. dazu V.A. Bazarov-Rudnev (Matveev) a.a.O., S. 443;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

- 200) Četvertyj... s-ezd, S. 431 f;
- 201) a.a.O., S. 444;
- 202) s. a.a.O., S. 432 f, 434 f, 435, 436, 440 f (Allein Stalin sprach sich für den Mehrheitsentwurf aus; s. a.a.O., S. 442); s. auch 1905. Evr. rab. dviž., S. 328;
- 203) Außer den Menschewisten Ostrovskij, a.a.O., S. 433 f, A. Limanov (Naumov), a.a.O., S. 440 und Petrunin, a.a.O., S. 440, die sich weiterhin für die Prinzipien des II. Kongresses der RSDRP aussprachen und das Vereinigungsprojekt der Kommission kategorisch ablehnten, weil sie davon ausgingen, daß damit das Föderationsprinzip und die Organisierung des Proletariats nach Nationalitäten in der RSDRP Eingang finden würde.
- 204) s. Mikulin (B), a.a.O., S. 434; Polozov (B), a.a.O., S. 437; R.A. Cejtlin (Verov) (M), a.a.O., S. 437; Kisljanskij (Antonov) (M), a.a.O., S. 441; M.J. Gubelman (Jaroslavskij) (B), a.a.O., S. 441 f; s. auch 1905. Evr. rab. dviž., S. 328;
- 205) Gubelman (Jaroslavskij), a.a.O., S. 441 f;
- 206) Cejtlin (Verov), a.a.O., S. 437;
- 207) 58 Delegierte (42 Bolschewisten - unter ihnen Lenin und von den kaukasischen Delegierten Šaumjan und Stalin - und 16 Menschewisten) stimmten für die Annahme, 40 Delegierte (38 Menschewisten und 2 Bolschewisten) entschieden sich dagegen und 9 Delegierte (8 Menschewisten und 1 Bolschewist) enthielten sich der Stimme; s. a.a.O., S. 446 f;
- 208) s. a.a.O., S. 448 - 450;
- 209) s. hierzu die von der Mehrheit des Kongresses abgelehnten Anträge menschewistischer Delegierter des Charkover, Nikolaevsker und des Georgischen Komitees, Petrunin, Limanov (Naumov) und Lomtatidze (Vorob'ev) zu Punkt 1, die die Bildung weiterer Ortskomitees des "Bund" möglichst unterbinden wollten; s. a.a.O., S. 448;
- 210) s. die ebenfalls abgelehnten Abänderungsanträge der menschewisten Delegierten des Nikolaevsker und des Smorgonsker Komitees, Limanov (Naumov) und Binasik (Novosedskij), zu Punkt 4, der dem "Bund" "im Rahmen der allgemeinen Beschlüsse und der allgemeinen Direktiven des ZK der Partei" die so wichtige "Selbständigkeit in Fragen der Agitation der Organisation und der Propaganda" zubilligte; s. a.a.O., S. 449, und den Vorschlag des menschewist. Delegierten des Tifliser Komitees, Žordanija (Kostrov), Punkt 8, der dem "Bund" eine direkte "Vertretung im ZK der RSDRP" zusprach, ganz zu entfernen.
- 211) Hieran beteiligten sich außer menschewisten und bolschewistischen Delegierten auch die Vertreter der SDKPiL und der LSDRP, wobei der Vorschlag der beiden bolschewistischen Delegierten, Sakvarelidze

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

(Sakarelov) des Bakuer und Šaumjan (Surenin) des Eriwaner Komitees aus Punkt 6 über die Zusammensetzung der Ortskomitees zu eliminieren: "auf der Grundlage einer proportionalen Vertretung" und der Vorschlag Varskij (Varšavskij), hierfür den Passus "auf der Grundlage allgemeiner Wahlen, ohne Unterschied der Nationalität der Parteimitglieder" einzusetzen, vom Kongreß angenommen wurde; s. a. a. O., S. 449 f. Zu Punkt 7, der die Entsendung von Vertretern des "Bund" auf die Parteitage und -konferenzen der RSDRP "auf den Grundlagen, die mit denen der übrigen Organisationen der RSDRP identisch sind", regelte, sollte die Anmerkung, die die Zulässigkeit von Wahlen für den Parteitag der Gesamtpartei "mit Zustimmung der örtlichen Organisationen" auch "auf allgemeinen Wahlversammlungen" anerkannte, auf Vorschlag der Menschewiken Limanov (Naumov) und Devdoriani (Dianov), Vertreter des Bakuer Komitees, der abgelehnt wurde, gestrichen werden und solche "allgemeinen Wahlversammlungen" für diesen Zweck obligatorisch gemacht werden; s. a. a. O., S. 450. Liber sah darin den Versuch des Ausschlusses einer "gesonderten Vertretung des "Bund"" für die Parteitage der RSDRP, für den sich Vigilev (Litvinov) auch ebenso offen aussprach; s. ebenda, wie ihn der Vertreter der SDKPiL, Varskij (Varšavskij), direkt ablehnte; s. ebenda;

212) u. a. Petrunin, Vertreter des Charkover Komitees und Menschewik, machte den Vorschlag Punkt 2 zu ergänzen durch den Zusatz "bis zum nächsten Kongreß der Partei, wenn auf ihm die nationale Frage aufgeworfen wird" (mit 48 : 32 abgelehnt), während Alt'šuler (Galín), Vertreter der Saratover Organisation und Menschewik, vorschlug zu ergänzen: "Die Frage des nationalen Programms bleibt angesichts ihrer Nichterörterung auf dem Vereinigungskongreß offen" (mit 50 gegen 32 angenommen), so daß hiermit zumindest der Passus "Dem "Bund" wird das Recht zuerkannt, das eigene Programm zur nationalen Frage zu behalten, das auf dem VI. Kongreß des "Bund" angenommen wurde" (s. a. a. O., S. 422), aus dem Vereinigungsprojekt herausgenommen war; s. a. a. O., S. 448 f. In dieser abgeänderten Form zur Abstimmung gestellt wurde das Vereinigungsprojekt mit dem "Bund" mit 66 gegen 32 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen; s. a. a. O., S. 450;

212a) s. a. a. O., S. 446 f u. 454 f;

213) s. a. a. O., S. 447;

214) a. a. O., S. 455 (9 Stimmen dafür);

215) a. a. O., S. 455 (Jeder Antrag erhielt 45 Stimmen);

216) s. Lenin, Werke, Bd. 10, S. 375;

217) ebenda (Erhielt bei der zweiten Abstimmung nur 41 Stimmen);

218) a. a. O., S. 446 f;

219) a. a. O., S. 455 (Erhielt bei der zweiten Abstimmung 50 Stimmen);

220) a. a. O., S. 454 f;

221) Lenin, Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR (geschr. im Mai 1906); in: Lenin, Werke, Bd. 10, S. 375;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

- 222) Lenin in seinem Appell an die Delegierten seiner Fraktion (geschr. 25./26. April bzw. 8./9. Mai 1906); s. Lenin, Werke, Bd. 10, S. 311;
- 223) Lenin, Bericht über den Vereinigungsparteitag..., s. Lenin, Werke, Bd. 10, S. 374;
- 224) Šaumjan, S. G., Ob-edinitel'nyj s-ezd RSDRP (Zuerst veröffentl. in der armenischsprachigen Zeitung "Kajc" (Funke), Nr. 17 u. 18 vom 21. u. 24. Mai 1906); in: Ders., Izbrannye proizvedenija, t. I, Moskva 1957, S. 99 - 102;
- 225) a.a.O., S. 102;
- 226) s. oben S. 196 f; s. Lenin, Werke, Bd. 10, S. 152 f;
- 227) Lenin, Bericht über den Vereinigungsparteitag..., in: Werke, Bd. 10, S. 374 f und 379;
- 228) s. oben S. 206. Wie man unter zu Hilfenahme desselben Quellenmaterials aus diesem Sachverhalt konstruieren kann, daß die auf dem IV. Parteikongreß anwesende menschewistische Mehrheit hiermit "faktisch" die Beschlüsse des II. Parteikongresses revidierte und sich den Standpunkt des "Bund" zur nationalkulturellen Autonomie zu eigen machte (s. Burmistrova, T. Ju., Nacional'naja politika partii bolševikov v pervoj russskoj revoljucii 1905 - 1907 gody). Leningrad 1962, S. 171, entzieht sich dem Begriffsvermögen des Verfassers;
- 229) Četvertyj... s-ezd..., S. 442;
- 230) s. die betreffende Erklärung der Delegation des "Bund" vor dem Parteitag, in: a.a.O., S. 451;
- 231) s. a.a.O., S. 455;
- 232) 1905. Evr. rab. dviž., S. 330 f;
- 233) so Medem; in: "Naše slovo", Nr. 3, 4 (1906); s. auch Evr. rab. dviž., S. 331 - 333;
- 234) 48 Delegierte dafür, 20 Delegierte dagegen; s. Evr. rab. dviž., S. 333;
- 235) s. Evr. rab. dviž., S. 334;
- 236) ebenda;
- 237) Zuerst veröffentlicht in der "Folkszeitung", Nr. 157 (1906); wiederabgedruckt; in: Evr. rab. dviž., S. 397 - 399; deutsche Übersetzung; in: NZ, XXV, 1 (1907), S. 100 f;
- 238) a.a.O., S. 397 bzw. a.a.O., S. 100;
- 239) a.a.O., S. 398 bzw. a.a.O., S. 100;
- 240) ebenda bzw. ebenda;
- 241) a.a.O., S. 398 f bzw. a.a.O., S. 101;
- 242) a.a.O., S. 399;
- 243) s. den Aufruf des ZK des "Bund"; in: Volkszeitung, Nr. 165 (1906). Russ. Übers.; in: Evr. rab. dviž., S. 402 f;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

244) Evr. rab. dviž., S. 336 f;

d) Der V. Kongreß der RSDRP in London (30. April/13. Mai - 19. Mai/1. Juni 1907)

- 244a) Lenin, Die Vereinigung des "Bund" mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (geschr. im Sept. 1906); in: Werke, Bd. 11, S. 182;
- 245) Lenin, Die Vereinigung des "Bund", in: Werke, Bd. 11, S. 182 f; s. vor allem auch die Resolution "O taktike" des VI. Kongresses des "Bund"; in: Evr. rab. dviž; S. 399 f;
- 246) Lenin, Sozialdemokratie und Wahlabkommen (geschr. Ende Okt. 1906); in: Werke, Bd. 11, S. 274, und Wen soll man in die Reichsduma wählen ? (veröffentlicht am 23. Nov./6. Dez. 1906); in: ebenda, S. 321;
- 247) s. die mit den 11 Stimmen der Menschewiki und den 7 Stimmen des "Bund" angenommene Resolution "O taktike RSDRP v izbiratel'noj kampanii"; in: KPSS v resoljucijach i rešenijach, t. I (1898 - 1917) Moskva 1970, S. 188 f;
- 248) s. das von den 6 Bolschewiki, den 5 Vertretern der SDKPiL und den 3 Vertretern der LSDRP abgegebene "Osoboe mnenie"; S. 292 - 294;
- 249) Abgedruckt in: Lenin, Sämtliche Werke, Bd. 10, Wien-Berlin 1930, S. 542 - 547;
- 250) s. Popravka k proektu izbiratel'noj platformy, predložennomu central'nym komitetom; in a.a.O., S. 189 f; s. auch Lenin, Zu einem Artikel im Organ des "Bund"; in: Werke, Bd. 11, S. 377;
- 251) Lenin, Zu einem Artikel..., in: a.a.O., S. 382;
- 252) s. Martow, J., Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Berlin 1926, S. 218 f;
- 253) Auf dem Kongreß waren 177 stimmberechtigte Delegierte der RSDRP (89 Bolschewiki und 88 Menschewiki), 45 der SDKPiL, 26 der LSDRP und 55 des "Bund" anwesend; s. KPSS v resoljucijach i rešenijach t. I., S. 203;
- 254) Pjatyj (Londonskij)s-ezd RSDRP. Protokoly. Moskva 1963, S. 610 - 612;
- 255) a.a.O., S. 613 f;
- 256) a.a.O., S. 612 f;
- 257) a.a.O., S. 615;
- 258) a.a.O., S. 827 (Anm. 260); s. auch a.a.O., S. 597 - 602;
- 259) "Der Kern der menschewistischen Delegation bestand aus Vertretern der ukrainischen Parteiorganisation, sowie aus Vertretern des Donez-

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

Gebietes und des Kaukasus...", s. Martow, Gesch. der russ. Sozialdemokratie, S. 218; s. auch Anm. 12 in: Pjatyj... s-ezd, S. 756;

- 260) Pjatyj... s-ezd RSDRP, S. 22;
261) a.a.O., S. 22 f;
262) a.a.O., S. 23, 25;
263) a.a.O., S. 23 f. Die nationale Frage wurde als Tagesordnungspunkt "ohne Debatte" vom Kongreß fallengelassen; s. a.a.O., S. 53;
264) a.a.O., S. 271 f;
265) ebenda;
266) a.a.O., S. 296;
267) a.a.O., S. 280; s. dazu die Rechtfertigung des Bundisten Abramovič, der eine Reihe konkreter Fälle der Vernachlässigung der jüd. Frage durch die Fraktion aufzählte; s. a.a.O., S. 312;
268) s. dazu auch die einleitende Bemerkung Lenins nach der Rede Medems: "Ich möchte wiederum die Diskussion zu der prinzipiellen Einschätzung der Politik der Dumafraktion zurückführen"; a.a.O., S. 272;
269) a.a.O., S. 299;
270) s. auch a.a.O., S. 315 und die zur Abstimmung vorgelegte Resolution "Über die nationale Frage in Verbindung mit der Tätigkeit der Dumafraktion"; a.a.O., S. 577;
271) a.a.O., S. 577;
272) so G.A. Aleksinskij, a.a.O., S. 165, 213 f; N.A. Rožkov (Vjačeslav), a.a.O., S. 247 f; Lenin, a.a.O., S. 274 und von der SDKPiL: Leo Jogiches (Tyszka), a.a.O., S. 251 - 257; Trusiewicz (Zalewski), a.a.O., S. 269 f; Marchlewski, a.a.O., S. 298; Rubinstein (Malecki) a.a.O., S. 317 f; s. auch die vom Kongreß mit 2 Gegenstimmen bei 27 Enthaltungen angenommene Resolution, "O narodovoj demokratii", a.a.O., S. 575 f bzw. 614 f;
273) s. oben S. 121 f;
274) Cereteli; a.a.O., S. 194 und 337; Džaparidze, a.a.O., S. 237 f; Dan, a.a.O., S. 279;
275) Abramovič, a.a.O., S. 169, 312; Medem, a.a.O., S. 272; Liber, a.a.O., S. 296; s. auch den Resolutionsentwurf des "Bund" zu dieser Frage, der vom Kongreß abgelehnt wurde, a.a.O., S. 642 f;
276) s. bereits: B., Novye sojuzniki "Bunda"; in: Iskra, Nr. 72 (25. August 1904), S. 4 und Lenins Warnung im Zusammenhang mit dieser Partei vor einem "kaukasischen Bundismus"; in: Lenin, Werke, Bd. 34, S. 325;
277) s. Bericht der Armenischen Sozialdemokratischen Arbeiterorganisation (im Kaukasus) an das Internationale Sozialistische Bureau; in: NZ,
- 306

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

- XXV, 2 (1907), S. 135 f; s. auch: Pjatij... s-ezd, RSDRP, S. 816 (Anm. 218) und Zalevskij, Nacional'nye partii...; in: a.a.O., S. 315;
- 278) Pjatij... s-ezd RSDRP, S. 448 - 450;
- 279) s. das von der Arm. Sozialdemokrat. Arbeiterorg. vorgelegte Vereinigungsprojekt; in: a.a.O., S. 652 f;
- 280) Bericht der Armenischen Sozialdemokrat. Arbeiterorganisation (im Kaukasus) an das ISB; in: NZ, XXV, 2 (1907), S. 135 f;
- 281) s. den von der Organisationskommission angenommenen Entwurf und den Kommentar ihres Referenten, des Bolschewiken Zinov'ev, a.a.O., S. 588 - 590;
- 282) s. den Bericht des Beauftragten der OK, des Bolschewiken Zinov'ev, und auch die Bemerkung des Mitglieds des ZK des "Bund", Vajnštejn (Rachmilevič); in: a.a.O., S. 589;
- 283) Dobranickij, ebenda (Innerhalb der Kommission enthielt sich deshalb der Vertreter der SDKPiL der Stimme, ebenda);
- 284) s. dazu auch die im folgenden durch den Kongreß verabschiedete Resolution; a.a.O., S. 589 f;
- 285) Žordanija, a.a.O., S. 590;
- 286) a.a.O., S. 590;
- 287) a.a.O., S. 673. Die Erklärung trug u.a. die Unterschrift Žordanijas, Ramišvilis u. Mgeladzes;
- 288) Im Laufe des Jahres 1906 hatte das von den Menschewiki beherrschte ZK der RSDRP bereits die Aufnahmeanträge der USDRP und der Litauischen Sozialdemokratie (LSD) abgelehnt; s. a.a.O., S. 86 f;
- 289) a.a.O., S. 589;
- 290) s. Medem, Nacionalnoe dviženie...; in: Formy..., S. 787;
- 291) s. die Resolution "Ob-edinenie na Kavkaze s armjanskoj organizaciej" des Plenums des ZK der RSDRP in Paris (21., 27. - 29. Dez. 1908/ 3., 9. - 11. Jan. 1909); in: KPSS v resoljucijach i rešenijach, I, S. 261;
- 292) Pjatij... s-ezd, S. 5 - 8 und im folg. die Resolution "Ob ob-edinenii s social'demokratičeskoj partiej Litvy" der Fünften (gesamtruss.) Konferenz der RSDRP in Paris (21. - 27. Dez. 1908/ 3. - 9. Jan. 1909);
- 293) s. Resolution "Ob ob-edinenii s "levicej" PPS" der Fünften (gesamtruss.) Konferenz, in der in Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse auf der Konferenz (5 Bolschewiki, 3 Menschewiki, 5 von der SDKPiL und 3 vom "Bund") der Vorschlag der menschewist. Delegierten nur zur Kenntnis genommen wurde; in: a.a.O., S. 258; s. hierzu auch: Strobel, Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen, S. 92;

ANMERKUNGEN zu Kap. IV, Punkt 4

- 294) Zu den Bemühungen der von den Bolschewiki beherrschten Konferenzen der RSDRP und der Plena des ZK der Gesamtpartei zw. 1907 und 1909 um eine Stärkung der organisatorischen Einheit; s. die betreffenden Resolutionen; in: KPSS v rezoljucijach i rešenijach, I, S. 238 f, 242 - 244, 257;
- 295) Lenin, Die Lösung der Parteikrise (Sozial-Demokrat, Nr. 25 (8./21. Dez. 1911)); in: Werke, Bd. 17, S. 332;
- 296) Šaumjan, S. G., Nacional'nyj vopros i social-demokratija, in: Ders., Izbrannye proizvedenija. Moskva 1957, t. I, S. 132 - 161;
- 297) Diese Abhandlung Šaumjans wurde von ihm 1906 zuerst in mehreren Zeitschriftenaufsätzen, dann als Broschüre in armenischer Sprache publiziert, und erst 1957 erschien mit der Herausgabe eines Teiles seiner Schriften diese Abhandlung in russischer Übersetzung; s. Anm. 34, a.a.O., S. 529 u. Burmistrova, Nacional'naja politika partii bol'shevikov, S. 62 (Anm. 174);
- 298) a.a.O., S. 132 f, 137;
- 299) Šaumjan bezog sich hierbei auf: Kautsky, Die Nationalitätenfrage in Rußland;
- 300) Šaumjan, a.a.O., S. 138 - 147;
- 301) Kautsky, a.a.O.;
- 302) Šaumjan, a.a.O., S. 147;
- 303) a.a.O., S. 147 f;
- 304) a.a.O., S. 148;
- 305) a.a.O., S. 148 - 150;
- 306) a.a.O., S. 150 f;
- 307) a.a.O., S. 151, 157 f;
- 308) a.a.O., S. 152;
- 309) a.a.O., S. 152 - 154;
- 310) a.a.O., S. 154 - 157;
- 311) a.a.O., S. 157;
- 312) s. Kautsky, a.a.O.;

V. Schlußfolgerung

- 1) s. Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart 18. - 24. August 1907. Berlin 1907;
- 2) Gajdarov, N. (Černov, V.) Stuttgartschij Kongreß; in: SERP, II, S. 239;
- 3) s. Hervés Resolutionsentwurf zum Tagesordnungspunkt "Militarismus und internationale Konflikte"; in: Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, S. 87;
- 4) s. a.a.O., S. 66 - 70, 81 - 83, 87 - 93, 102 f;
- 5) s. die betreffenden Stellen a.a.O.;
- 6) s. La Vie Socialiste, Nr.Nr. 14 - 19 (20. Mai - 5. August 1905);
- 7) ebenda, Nr. 16 (20. Juni 1905), S. 970 - 975;
- 8) s. ebenda, Nr. 17 (5. Juli 1905), S. 4 - 22. In deutscher Sprache: Kautsky, Karl, Patriotismus, Krieg und Sozialdemokratie; in: NZ, XXIII, 2 (1905), S. 343 - 348, 364 - 371;
- 9) s. ebenda, Nr. 18 (20. Juli 1905), S. 65 - 76. Hier zit. nach: Plechanov, G.V., Patriotizm i socializm; in: Plechanov, Izbrannye filosofskie proizvedenija, t. III, S. 90 f und 93;
- 10) a.a.O., S. 92 f;
- 11) a.a.O., S. 94;
- 12) ebenda;
- 13) a.a.O., S. 94 f;
- 14) a.a.O., S. 95;
- 15) Plechanov nahm hierbei denselben konsequent negativen Standpunkt in der Frage des Militärstreiks ein, den er bereits gegenüber Domela Nieuwenhuis auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Zürich (1893) zum Ausdruck gebracht hatte; s. oben S. 19;
- 16) Plechanov, Patriotizm i socializm; in: a.a.O., S. 96 f;
- 17) s. oben S. 19;
- 18) s. insbesondere: Plechanov, G.V., O vojne. Otvét tovarišču Z.P. Paris 1914;
- 19) s. Plechanov, Pis'mo v redakciju "Mouvement socialist" (29. April 1904); in: Plechanov, Sočinenija, t. XIII, S. 74 - 80; Ders., "Strogost' neobchodima..." ("Iskra", Nr. 65, 1. Mai 1904); in: ebenda, S. 94 - 100. Siehe vor allem auch seine Rede zur Eröffnung des Amsterdamer Sozialistenkongresses; in: Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam 14. bis 20. August 1904. Berlin 1904, S. 10 und seine Entwürfe für diese Rede; in: Plechanov, Sočinenija, t. XIII, S. 373 f; s. auch Plechanov, V Amsterdame, in: ebenda, t. XVI, S. 311 f;
- 20) Vgl. auch Baron, Samuel H., Plekhanov. The Father of Russian Marxism. London 1963, S. 318;

ANMERKUNGEN zu Kap. V

- 21) Plechanov, *Meždunarodnoe Tovariščestvo Rabočich* (1904); in: Plechanov, *Sočinenija*, t. XVI, S. 307;
- 22) Martov, *Byt' li socializmu nacional'nym ?* ("Iskra", Nr. 72 (25. August 1904)); wiederabgedruckt; in: *Za dva goda. Sbornik statej iz "Iskry"*. S-Peterburg 1906, t. II, S. 28 f; vgl. auch: Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam v. 14. - 20.8.1904. Berlin 1904, S. 48;
- 23) Martov, a.a.O., S. 36 - 38;
- 24) Starover (Potresov, A.N.), *O patriotizme* ("Iskra", Nr. 62 (15. März 1904)); wiederabgedruckt; in: *Za dva goda*, t. I, S. 652;
- 25) a.a.O., S. 652 - 656;
- 26) a.a.O., S. 656;
- 27) Lenin, *Der Fall von Port Arthur* ("Vpered", Nr. 2 (14. Jan. 1905)); in: Lenin, *Werke*, Bd. 8, S. 35 und 39 f;
- 28) a.a.O., S. 40 f;
- 29) a.a.O., S. 41; s. auch Lenin, *Der Beginn der Revolution in Rußland* ("Vpered", Nr. 4 (31. Jan. 1905)); in: ebenda, S. 88;
- 30) Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart..., S. 102;
- 31) Lenin, *Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie* ("Proletarij", Nr. 33 (23. Juli 1908)); in: Lenin, *Werke*, Bd. 15, S. 189 f;
- 32) ebenda. In diesem Zusammenhang wäre zumindest auch eine eingehendere Interpretation der Stellungnahme Martovs zum Stuttgarter Kongreß notwendig gewesen. Martovs Ausführungen, s. "Za rubezem". *Mezdunarod. socialist. kongress v Stuttgarte s prilozeniem stat. Martova "Kongress v Stuttgarte"*. S-Peterburg 1907 waren dem Verfasser jedoch nicht zugänglich;
- 33) s. Černov, a.a.O., insbes. S. 265;

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I. Quellen

1. Kongreßprotokolle und Konferenzberichte

Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel, 16. bis 22. 8. 1891. Berlin 1891.

Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in der Tonhalle Zürich v. 6. - 12. 8. 1893, Zürich 1894.

Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses zu London v. 27. 7. - 1. 8. 1896. Berlin 1896.

Pervyj s-ezd RSDRP. Mart 1898 goda. Dokumenty i materialy. Moskva 1958.

Verhandlungen des Gesamtparteitages der Sozialdemokratie in Österreich, abgehalten zu Brünn vom 24. bis 26. September 1899 im "Arbeiterheim". Nach dem stenographischen Protokolle. Wien 1899.

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Paris, 23. - 27. 9. 1900. Berlin 1900.

4-j s-ezd Vseobščago Evrejskago Rabočago Sojuza v Litve, Pol'se i Rossii. Ženeva 1901.

V-yj s-ezd Vseobšč. Evr. Rab. Sojuza v Litve, Pol'se i Rossii. London 1903.

Vtoroj s-ezd RSDRP. Ijul'-avgust 1903 g. Protokoly. Moskva 1959.

II s-ezd Rossijskoj S.-D. R. Partii. Otčet delegacii Bunda. London 1903.

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam v. 14. - 20. 8. 1904. Berlin 1904.

Konferencija kavkazkich social'demokratičeskich rabočich organizacii. Genf 1905.

Tretij s-ezd RSDRP. Aprel' - Maj 1905 goda. Protokoly. Moskva 1959.

K voprosu ob ob-edinenii Bunda s R. S. D. R. P. Izvlečenie iz protokolov VII konferencii Bunda (11, 12, 13, 14 i 15 zasedanija). S.-Peterburg 1906.

Četvertyj (Ob-edinetel'nyj) s-ezd RSDRP. Aprel' (Aprel' - Maj) 1906 goda. Protokoly. Moskva 1959.

Protokoly pervago s-ezda Partii Socialistov-Revolucionerov. 1906.

Pjatyj (Londonskij) s-ezd RSDRP. Aprel' - Maj 1907 goda. Protokoly. Moskva 1963.

Protokoly vtorago (ekstrennago) s-ezda Partii Socialistov-Revoljucionerov. S.-Peterburg 1907.

Protokoly Konferencii Rossijskich Nacional'no-Socialističeskich Partij
16 - 20 Aprilja 1907 g. S-Peterburg 1908.

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18. - 24. 8. 1907. Berlin
1907.

Protokoly pervoj obščepartijnoj konferencii P.S. -R. Avgust 1908. Izdanie
central'nago komiteta P.S. -R. Pariž 1908.

Izveščenie o V-m s-ezde Soveta Partii Socialistov-Revoljucionerov. 1909.
Otčet o VIII konferencii Bunda. Geneve 1911.

2. Zeitungen und Zeitschriften

Arbejter Štimme (Rabočij golos). London, V, Nr. 25 (Dezember 1901) (Ein-
zige in russ. Sprache erschienene Nummer).

Informacionnyj listok zagraničnoj organizacii Bunda. Genf, Nr. 1 - 11
(1911 - 1916).

Iskra. Genf, München, London, Nr. 1 - 112, Dezember 1901 - 8. Oktober
1905.

Luć. St. Petersburg, Nr. 1 (16. September 1912) - Nr. 237 (5. Juli 1913).

Naše slovo. Vil'no, Nr. 1 - 9 (Juni - August 1906).

Die Neue Zeit. Stuttgart, 1883 - 1923.

Naša zarja. St. Petersburg, 1910 - 1913 (12 Nummern im Jahr), 1914,
Nr. 1 - Nr. 7/9.

Otkliki Bunda. Genf, Nr. 1 - 5 (1909 - 1911).

Poslednija izvestija. London, Genf, Nr. 1 - 256 (1901 - Januar 1906).

Rabočee delo. Genf, Nr. 1 (April 1899) - Nr. 11/12 (Februar 1902).

Rabočaja mysl'. St. Petersburg, Nr. 1 (September 1897) - Nr. 16 (Novem-
ber/Dezember 1902).

Rabotnik. Genf, Nr. 1/2 (1896), Nr. 3/4 (1897), Nr. 5/6 (1899).

Revoljucionnaja Rossija. Paris, London, Nr. 1 - 77 (1900 - Oktober 1905).

Socialist - revoljucioner. Paris Nr. 1 - 4 (1910 - 1912).

Sozialistische Monatshefte. Berlin, 1897 - 1933.

Vestnik Bunda. Genf, Nr. 1 - 5 (Januar 1904 - November 1904).

Vestnik russkoj revoljucii. Genf Nr. 1 - 4 (Juli 1901 - März 1905).

La Vie Socialiste. Paris, Nr. 14 (20. Mai 1905) - Nr. 19 (5. August 1905).

Der Vorbote. Genf, Januar 1866 - Dezember 1871.

Vozroždenie. Organ evrejskoj revoljucionnoj mysli. London, Paris, Nr. Nr. 1 - 2, 3 - 4 (Januar/Februar 1904 - November 1904).

Zarja. Social'demokratičeskij naučno-političeskij žurnal. Stuttgart Nr. 1 - 4 (April 1901 - August 1902).

Znamja truda. Paris Nr. 1 - 11, 13 - 53 (1907 - 1914).

Außerdem verschiedene Berichte, Artikel und Abhandlungen in:

Arbeiter-Zeitung. Wien 1889 ff; Der Kampf. Wien 1907 ff; Leipziger Volkszeitung. Leipzig 1894 ff; Novoe slovo. St. Petersburg, 1897 ff; Przedświt. Genf-Leipzig-London-Paris-Warschau-Krakau 1881 ff; Rabočee delo. Genf 1899 ff; Russkaja mysl'. Moskau 1880 ff; Russkoe bogatsvo. St. Petersburg 1876 ff; Socialdemokrat. Genf 1904 f; Sovremennyj mir. St. Petersburg 1906 ff; Vestnik Evropy. St. Petersburg 1866 ff; Vorwärts. Berlin 1891 ff;

3. Briefsammlungen, Broschüren, Bücher, Dokumentationen, Gesammelte Schriften, Memoiren, Sammelbände

ADLER, Victor: Briefwechsel mit A. Bebel und K. Kautsky sowie Briefe von und an I. Auer, E. Bernstein, A. Braun, H. Dietz, F. Ebert, W. Liebknecht, H. Müller und P. Singer, ges. u. erläut. v. Friedrich Adler. Wien 1954.

AKSEL' ROD, L. I.: K nacional'nomu voprosu. S-Peterburg 1906.

AKSEL' ROD, P. B.: Narodnaja дума i rabočij s-ezd. Genf 1905. Zweite, durch ein Vorwort ergänzte Auflage, S-Peterburg 1907.

AXELROD, Paul: Die Krise und die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie. Zürich 1915.

AKSEL' ROD, P. B.: Perežitoe i peredumannoe, t. I, Berlin 1923.

ANIN, Maxim: Die Nationalitätenprobleme der Gegenwart. Riga 1910.

ARKOMED, S. T.: Rabočee dviženie i social-demokratija na Kavkaze. Ženeva 1910; 2. Auflage, Moskva-Petrograd 1923.

Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lasalle. Hrsg. v. Franz Mehring, 4 Bde, Stuttgart 1902.

BAUER, Bruno: Die Judenfrage. Braunschweig 1843.

BAUER, Bruno: Die Fähigkeit der heutigen Juden und Christen frei zu werden. Zürich-Winterthur 1843.

BAUER, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. Wien 1907, 1924².

BERNSTEIN, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart 1898. Neuauflage: Reinbek bei Hamburg 1969.

- DUBNOW, S. M.: Die Grundlagen des Nationaljudentums. Berlin 1905.
- DUBNOV, S.: Avtonomizacij v evrejskom istoriji in Evrejskaja Enciklopedija, t. I, S-Peterburg 1906 - 1913, S. 367 - 371.
- Dumskij sbornik. 1. Gosudarstvennaja duma pervago sozyva (27 aprila - 8 ijulja 1906 g). S-Peterburg 1906.
- EVREJNOV, G. A.: Nacional'nye voprosy na inorodčeskich eksnamah Rossii. S-Peterburg 1908.
- Ežegodnik gazety Reč na 1913 god. S-Peterburg.
- Formy nacional'nago dvizenija v sovremennyh gosudarstvach. Avstro-Vengrija, Rossija, Germanija. Hrsg. v. A. J. Kasteljanskij. S-Peterburg 1910.
- Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky. Zweite, durch die Briefe Karl Kautskys vervollständigte Ausgabe von "Aus der Frühzeit des Marxismus". Hrsg. u. bearbeit. v. Benedikt Kautsky. Wien 1954.
- GARDENIN, Ju.: Internacional i vojna. Sbornik statej. Genève 1915.
- GARDENIN, Ju.: Istinye i mninye poražency. Sbornik statej. Genève 1915.
- GARDENIN, Ju.: Vojna i "tret'ja sila". Sbornik statej. Genève 1915.
- GARDENIN, Ju.: Čužimi putjami. Sbornik statej. Genève 1916.
- GERCEN, A. J.: Sobranie sočinenij v trih tomach. Moskva, t. VI. 1955, t. VII, 1956.
- Gruppa "Osvoboždenie Truda". Iz archivov G. V. Plechanova, V. I. Zasulica : L. G. Dejča. Pod redakciej L. G. Dejča. Sbornik 1 - 6. Moskva 1924 - 1928.
- HANTHAUSEN, August Fhr. v.: Studien über die inneren Zustände, das Volksleben und insbesondere die ländlichen Einrichtungen Rußlands. Hannover, Bd. I, II, 1847, Bd. III, 1852.
- INSAROV, V.: Nacional'nyj vopros i marksizm: in: Obrazovanie. XVI, Nr. 1 (1907), S. 153 - 184; Nr. 2a (1907), S. 24 - 51.
- Itogi i perspektivy. Sbornik statej. Moskva 1906.
- Iz Archiva P. B. Aksel'roda. Russkij Revolucionnyj Archiv. Berlin 1924.
- JELLINEK, Georg: Das Recht des modernen Staates. Berlin 1900.
- JELLINEK, Georg: System der subjektiven öffentlichen Rechte. Tübingen 1905.
- JELLINEK, Georg: Ausgewählte Schriften und Reden. 2 Bde. Berlin 1911.
- JELLINEK, Georg: Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Dritte Auflage unter Verwertung des handschriftl. Nachl. durchges. und erg. von Walter Jellinek. München-Leipzig 1919.

K evrejskomu voprosu v Pol' še. Moskva 1915.

K voprosu o nacional'noj avtonomii i preobrazovanii Rossijskoj Soc.-
Demokr. Rabočej Partii na federativnyh načalach. London 1902.

KAUTSKY, Karl: Das Erfurter Programm. Stuttgart 1892, 1919¹⁴.

KAUTSKY, Karl: Die soziale Revolution. Berlin 1902.

KAUTSKY, Karl: Patriotismus und Sozialdemokratie. Leipzig 1907.

KAUTSKY, Karl: Nationalität und Internationalität; in: Ergänzungshefte zur
"Neuen Zeit", Nr. 1, Stuttgart 1908.

Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza v rezoljucijach i rešenijach
s-ezdov, konferencii i plenumov CK, t. I (1898 - 1917), Moskva 1970.

KOSSOVSKIJ, Vl.: Voprosy nacional'nosti. Vil'na 1907.

KREMER, A.: Osnovanie Bunda; in: Proletarskaja Revoljucija, Nr. 11
(1922), S. 50 - 56;

KULCZYCKI, Ludwik: Geschichte der russischen Revolution, Bd. 3, Gotha
1914.

LAWROW, Peter: Historische Briefe. Berlin-Bern 1901.

LENIN, W.J.: Sämtliche Werke. Wien-Berlin 1927 ff.

LENIN, W.J.: Werke. Berlin (O) 1958 ff.

LENINSKIJ Sbornik: Moskva-Leningrad, Bd. XVII, 1931 u. Bd. XXX, 1937.

LIEBKNECHT, Wilhelm: Zur orientalischen Frage oder: Soll Europa kosa-
kisch werden? Leipzig 1878².

Listovki Kavkazskogo sojuza RSDRP 1903 - 1905 gg. Moskva 1955.

Literaturnoe nasledstvo G.V. Plechanova. Hrsg. v. A.V. Lunačarskij,
F.D. Kretov, P.M. Plechanov. Sbornik 1 - 7. Moskva 1934 - 1939.

LUNATSCHARSKI, Anatoli W.: Profile der Revolution. Frankfurt/M. 1968.

LUXEMBURG, Rosa: Briefe an K. und L. Kautsky (1896 - 1918). Hrsg. v.
L. Kautsky. Berlin 1923.

LUXEMBURG, Rosa: Ausgewählte Reden und Schriften, 2 Bde, Berlin (O)
1955.

LUXEMBURG, Rosa: Schriften zur Theorie der Spontanität. Hrsg. von
Susanne Hillmann, Reinbek bei Hamburg 1970.

LUXEMBURG, Rosa: Internationalismus und Klassenkampf. Die polnischen
Schriften. Hrsg. u. eingeleitet von Jürgen Hentze. Neuwied und Berlin
1971.

LUXEMBURG, Rosa: Gesammelte Werke, Bd. 1 (1893 - 1905), Berlin (O)
1972².

- MAKLAKOV, V.A.: Vtoraja gosudarstvennaja duma (Vospominanja sovremennika). Pariz 1949.
- MAKLAKOV, V.A.: The First State Duma. Bloomington, Ind., 1964.
- MARTOV, L.: Nacionalizm i socializm. (Ideologija "Samozaščity"). S-Peterburg 1918.
- MARTOW, J. (Martov, L.): Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Mit einem Nachtrag von Th. Dan: Die Sozialdemokratie Rußlands nach dem Jahre 1908. Berlin 1926.
- MARTYNOV, A.: Dve diktatury. Genf 1905.
- MARX, Karl; Engels, Friedrich: Werke (MEW), Bd. 1 - 32, Berlin (O) 1961 - 1965.
- MARX, Karl: Manuskripte über die polnische Frage (1863 - 1864). Hrsg. und eingeleitet von W. Conze u. D. Herzt-Eichenrode. S' Gravenhage 1961.
- Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten. Hrsg. v. Iring Fetscher, Bd. III Politik, München 1965.
- MASARYK, Th. G.: Die philosophischen und sociologischen Grundlagen des Marxismus. Wien 1899 (Neudruck Osnabrück 1964).
- MASARYK, Th. G.: Zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie. Jena 1913 (Neudruck Düsseldorf-Köln 1965).
- MILIUKOW, Paul: Rußlands Zusammenbruch. Berlin 1925.
- MILJUKOV, P.N.: Nacional'nyj vopros. Proischoždenie nacional'nosti i nacional'nye voprosy v Rossii. (Prag) 1925.
- Nacional'nye dviženija v period pervoj revoljucii v Rossii (Sbornik dokumentov iz archiva byv. departamenta policij). Podgot. k pečati I.D. Kuznecovym. Čebosary, Čuvašgiz, 1935.
- NOVOTORŽSKIJ, G.: Nacional'nyj vopros, avtonomija i federacija. Kiev 1917 (1. Auflage 1906).
- Obščestvennoe dviženie v Rossii v načale XX-go veka. Pod redakciej L. Martova, P. Maslova i A. Potresova. t. I - IV, S-Peterburg 1909 - 1912.
- PANNEKOEK, Anton: Klassenkampf und Nation. Reichenberg 1912.
- PERELMAN, A.: Avtonomizm; in: Evrejskaja Enciklopedija. t. I, S-Peterburg 1906 - 1913, S. 358 - 367.
- PEREPIŠKA, G.V. Plechanova i P.B. Akselroda: Redakcija i primečanja P.A. Berlina, V.S. Voitinskoga i B.I. Nikolaevskogo. t. 1 - 2, Moskva 1925.
- PEREPIŠKA K. Marksa i F. Engel' sa s russkimi političeskimi dejateljami (Moskva). 1951².

- Pervaja gosudarstvennaja duma. Sbornik statej. S-Peterburg 1907.
- Pis'ma P. B. Aksel'roda i Ju. O. Martova. Berlin 1924.
- PLECHANOV, G. V.: O vojne. Otvét tovarišču Z. P. Paris 1914.
- PLECHANOV, G. V.: Sočinenija. Pod redakciej D. Rjazanova. t. 1 - 13, Moskva 1923 - 1927.
- PLECHANOV, G. V.: Izbrannye filosofskie proizvedenija v pjati tomach. Moskva 1946 - 1958.
- PLOCHOCKIJ, L.: Vzaïmnaja otnošénija pol'skich i russkich socialistov. London 1902.
- Polnyj sbornik platform vsech russkich političeskich partii. S-Peterburg 1906.
- Položenija Bunda v Rossijskoj Social-Demokratičeskoj Rabočej Partii. Sonderdruck aus "Arbejter-štimme, Nr. 34 (1903).
- Pol'skaja Socialističeskaja Partija o evrejskom rabočem dviženii. London 1903.
- POSSE, V.: Nacional'naja avtonomija i vseмирnaja federacija. S-Peterburg 1906.
- Potresov, A. N., Posmertnyj sbornik proizvedenij. Pariz 1937.
- (MARTOV, L.): Povоротnyj punkt v istorii Evrejskago rabočago dviženija. Genf 1900.
- RABINOWITSCH, Sara: Die Organisation des jüdischen Proletariats in Rußland. Karlsruhe 1903.
- RATNER, M. B.: Evoljucija socialističeskoj mysli v nacional'nom voprose. Vorwort zu: Debaty po nacional'nomu voprosu na Brjunskom partejtage, S. 5 - 24, Kiev-Peterburg 1906.
- RATNER, M. B.: O nacional'noj i territorial'noj avtonomii. (Vmesto predislovija k russkomu izdaniju Sinoptikusa.) Kiev-Peterburg 1906.
- RENAN, Ernest: Qu'est-ce qu'une nation? Paris 1882.
- (RENAN, Ernest): Discours et conférences par Ernest Renan. Paris 1887.
- RENNER, Karl: Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus. Wien 1910.
- Revoljucija i nacional'nyj vopros. Dokumenty i materialy po istorii nacional'nogo voprosa v Rossii i SSSR v XX veke. Pod redakciej S. M. Dimanštejna, t. III, Moskva 1930.
- Samozaščita. Marksistskij sbornik. Petrograd 1916.
- SAUMJAN, S. G.: Izbrannye proizvedenija v dvuch tomach. t. I (1902 - 1916), Moskva 1957.
- S-E-R-P. Sbornik I. Moskva 1907.

- S-E-R-P. Sbornik II. S-Peterburg 1907.
- Social-demokraticeskoe dviženie v Rossii, t. I, Moskva-Leningrad 1928.
- SOMBART, Werner: Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert. Wien 1966.
- SPRINGER, Rudolf (Renner, Karl): Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat. Wien 1902.
- SPRINGER, Rudolf (Renner, Karl): Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie. Wien 1906.
- STALIN, J.W.: Werke. Berlin (O) 1950 ff.
- STALIN, J.: Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage. Berlin (O) 1952.
- STALIN, J.V.: Sočinenija. Stanford/California 1967.
- STAMMLER, Rudolf: Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung. Fünfte, durch einen Nachtrag ergänzte Auflage, Berlin und Leipzig 1924.
- STEFANOV, St.: Nacional'nyj vopros i socializm. Liège 1906.
- Stosunek socyalnej demacracyi rosyjskiej do kwestyi narodowościowej; in: Przedświt, Nr. 3 (März 1903), S. 81 - 88.
- STRASSER, Josef: Der Arbeiter und die Nation. Reichenberg 1912.
- STROBEL, Georg W.: Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen 1878 - 1918. Programm und Statuten. Köln 1968.
- STRUVE, Peter: Patriotica. Sbornik statej za pjat' let (1905 - 1910). S-Peterburg 1911.
- SYNOPTICUS (Renner, Karl): Staat und Nation. Wien 1899.
- The Jewish People. Past and Present. Vol. II, New York 1956.
- THUN, Alphons: Geschichte der revolutionären Bewegungen in Rußland. Leipzig 1883.
- TROCKIJ, L.: Sočinenija, t. IV, Moskva-Leningrad 1926.
1905. Evrejskoe rabočee dviženie. Obzor, materialy i dokumenty. Sost. A.D. Kiržnic. Red. i vstup. stat'ja M. Rafesa. Moskva-Leningrad 1928.
- Vozroždenie. Sbornik statej. Moskva 1905.
- Za dva goda. Sbornik statej iz "Iskry", t. I - II, S-Peterburg 1906.
- Zadači socialističeskoj kultury. S-Peterburg 1907.
- ZINOV'EV, G.: Sočinenija, t. II, Leningrad 1924, t. IV, Leningrad 1926.
- ŽITLOVSKIJ, Chaim: Socializm i nacional'nyj vopros. Kiev-Peterburg 1906.

II. Literatur

- ABENDROTH, Wolfgang: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1965.
- ANWEILER, Oskar: Die russische Revolution vom 1905; in: Jb. f. Gesch. Osteuropas, N.F., Bd. 3 (1955), S. 161 - 193.
- ANWEILER, Oskar: Die Rätebewegung in Rußland 1905 - 1921. Leiden 1958.
- ASHER, Abraham: Pavel Axelrod and the Development of Menshevism. Cambridge/Massachusetts 1972.
- BARGHOORN, Frederick C.: Soviet Russian Nationalism. New York 1956.
- BARON, Salo W.: The Russian Jews under Tsars and Soviets. New York 1964.
- BARON, Samuel H.: Plekhanov and the Revolution of 1905; in: Essays in Russian and Soviet History in Honor of Geroid Tanquary Robinson, edited by John Shelton Curtiss, Leiden 1963.
- BARON, Samuel H.: Plekhanov. The Father of Russian Marxism. London 1963.
- BEYME, Klaus V.: Politische Soziologie im zaristischen Rußland. Wiesbaden 1965.
- BILLINGTON, James H.: Mikhailovsky and the Russian Populism. Oxford 1958.
- BLOOM, Salomon, Frank: The World of Nations. A Study of the National Implications in the Work of Karl Marx. New York 1941.
- BOBÍŇSKA, Celina: Marx und Engels über polnische Probleme. Berlin (O) 1958.
- BOEHM, Max Hildebert: Das eigenständige Volk. Grundlegung der Elemente einer europäischen Völkersozilogie. Göttingen 1932. Neuauflage Darmstadt 1965.
- BOERSNER, Demetrio: The Bolsheviks and the National and Colonial Question. Geneva 1957.
- BOURGUINA, A. M.: Russian Social Democracy. The Menshevik Movement. A Bibliography. Stanford, California, 1968.
- BRÜGEL, L.: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Wien 1923.
- BUCHBINDER, N. A.: Materialy dl ja istorii evrejskogo rabočego dviženija v Rossii. Vypusk I, Moskva-Petrograd 1922 (Neudruck Tel Aviv 1970).
- BUCHBINDER, N. A.: I s-ezd "Vseobščego evrejskogo rabočego sojuza" "Bunda"; in: Proletarskaja Revoljucija, Nr. 11 (34) (1924), S. 203 - 208.

- BUCHBINDER, N.A.: Istorija evrejskogo rabočego dviženija v Rossii. Leningrad 1925.
- BURMISTROVA, T.Ju.: Leninskaja politika proletarskogo internacionalizma v period obrazovanja RSDRP 1894 - 1903 gg.).
- BURMISTROVA, T.Ju.: Nacional'naja politika partii bol'shevikov v pervoj ruskoj revolucii 1905 - 1907 gg. Leningrad 1962.
- BURMISTROVA, T.Ju.: Razrabotka V.J. Leninym programmy bol'shevistskoj partii po nacional'nomu voprosu (1910 - 1914 gg.) Moskva 1972.
- CUNOW, Heinrich: Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatslehre, 2 Bde, Berlin 1921, 1923⁴.
- DAVIS, Horace B.: Nationalism and Socialism. Marxist and Labour Theories of Nationalism to 1917. New York and London 1967.
- DECKER, Günther: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Göttingen 1955.
- DEUERLEIN, Ernst: Föderalismus; in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament"; B1/68 (3. Jan. 1968), B5/68 (31. Jan. 1968), B 38-39/69 (20. Sept. 1969), B 34-35/71 (21. Aug. 1971), B 36/71 (4. Sept. 1971).
- DEUTSCH, Karl W.: Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality. Cambridge/Mass. and London 1953, 1962².
- DEUTSCH, Karl W.: Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven. Freiburg i. Br. 1969, 1970².
- DEUTSCH, Karl W.: Der Nationalismus und seine Alternativen. München 1972.
- Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn. Frankfurt/M. - Berlin-Bonn-München 1967.
- DEUTSCHER, Isaac: Stalin. Eine politische Biographie. Stuttgart 1962.
- DEUTSCHER, Isaac: Trotzki. I. Der bewaffnete Prophet 1879 - 1921. Stuttgart 1962.
- Deutsch-Russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Werner Markert. Stuttgart 1964.
- DUBNOW, Simon: History of the Jews in Russian and Poland. 3 Vols. Philadelphia 1916, 1918, 1920.
- FELDMAN, W.: Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795 - 1914). München 1917 (Neudruck Osnabrück 1964).
- FISCHER, Alexander: Russische Sozialdemokratie und bewaffneter Aufstand im Jahre 1905. Wiesbaden 1967.

- GETZLER, Israel: Martov. A Political Biography of a Russian Social Democrat. Cambridge 1967.
- GEYER, Dietrich: Lenin in der russischen Sozialdemokratie. Köln - Graz 1962.
- GITELMAN, Zvi Y.: Jewish Nationality and Soviet Politics. The Jewish Sections of the CPSU, 1917 - 1930. Princeton/New Jersey 1972.
- GOL'DENBERG, M.: Social'no-političeskoe soderžanie likvidatorstva; in: Proletarskaja Revoljucija, Nr. 6/7 (77/78) (1928), S. 222 - 264.
- GREENBERG, Louis: The Jews in Russian. 2 vols. New Haven 1944, 1951.
- HAIMSON, Leopold: The Russian Marxists and the Origins of Bolshevism. Cambridge/Mass. 1955.
- HANTSCH, Hugo: Die Nationalitätenfrage im alten Österreich. Wien und München 1954.
- HARCAVE, Sidney S.: The Jewish Question in the First Russian Duma; in: Jewish Social Studies, Vol. VI, 2 (April 1944), S. 155 - 176;
- HARPE, Werner v.: Grundsätze der Nationalitätenpolitik Lenins. Berlin 1941.
- HAUPT, Georges: Lénine, les Bolcheviks et la IIe Internationale; in: Cahiers du Monde Russe et Soviétique, Vol. VII, 3 (Juli - September 1966), S. 378 - 407.
- HAUPT, Georges: Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914. Neuwied und Berlin 1970.
- HAUSTEIN, Ulrich: Sozialismus und nationale Frage in Polen. Köln - Wien 1969.
- HAYES, Carlton J. H.: The Historical Evolution of Modern Nationalism. New York 1931.
- HELLER, Hermann: Sozialismus und Nation. Berlin 1925 (2. Aufl. 1931).
- HENTZE, Jürgen: Nationalismus und Internationalismus bei Rosa Luxemburg. Frankfurt/M. 1975.
- HERRNRITT, Rudolf: Nationalität und Recht. Wien 1899.
- HOETZSCH, Otto: Staatenbildung und Verfassungsentwicklung in Osteuropa; in: ZOG, Bd. 1 (1911).
- HOETZSCH, Otto: Rußland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte von 1904 bis 1912. Berlin 1913.
- HUGELMANN, Karl Gottfried: Das Nationalitätenrecht im alten Österreich. Wien und Leipzig 1934.
- JABLONOWSKI, Horst: Die russischen Rechtsparteien 1905 - 1917; in: Rußland-Studien. Gedenkschrift f. Otto Hoetzsch. Stuttgart 1957.

- JANOWSKY, Oscar J.: The Jews and Minority Rights. New York 1933.
- JANOWSKY, Oscar J.: Nationalities and National Minorities (with Special Reference to East-Central Europe). New York 1945.
- JOLL, James: The Second International 1889 - 1914. London 1955.
- KANN, Robert A.: Das Nationalitätenproblem der Habsburger Monarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918. 2 Bde. Zweite, erweiterte Auflage. Graz-Köln 1964.
- KEEP, J. L. H.: The Rise of Social Democracy in Russia. Oxford 1963.
- KELSEN, Hans: Sozialismus und Staat. Leipzig 1923².
- KOHN, Hans: Nationalism in the Soviet Union. New York 1933.
- KOHN, Hans: Die Slawen und der Westen. Die Geschichte des Panslawismus. Wien-München 1956.
- KOHN, Hans: Die Idee des Nationalismus. Frankfurt/M. 1962.
- KOLARZ, Walter: Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion. Frankfurt/M. 1956.
- KOPPELMANN, H. L.: Nation, Sprache und Nationalismus. Leiden 1956.
- KRAUSE, Helmut: Marx und Engels und das zeitgenössische Rußland. Gießen 1958.
- KROCKOW, Christian Graf v.: Nationalismus als deutsches Problem. München 1970.
- KURBATOWA, J. N.: J. W. Plechanow a polski ruch robotniczy; in: Z Pola Walki, 2 (1959), 3, S. 3 - 23.
- LEDER, V.: Nacional'nyj vopros v pol'skoj i ruskoj social-demokratii; in: Proletarskaja Revoljucija Revoljucija, Nr. 2/3 (61/62) (1927), S. 148 - 208.
- LEDER, Z.: Lenin und die nationale Frage; in: Die Internationale, VII, 12 (15. Juni 1924), S. 410 - 412; 13 (1. Juli 1924), S. 427 - 432; 14 (15. Juli 1924), S. 446 - 452.
- LEONTOVITSCH, Victor: Geschichte des Liberalismus in Rußland. Frankfurt/M. 1957.
- LEMBERG, Eugen: Nationalismus. 2 Bde. Reinbek bei Hamburg 1964.
- LEMBERG, Hans: Die nationale Gedankenwelt des Dekabristen. Köln-Graz 1963.
- LENIN, Hrsg. v. Leonard Schapiro. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1969.
- LOW, Alfred D.: Lenin on the Question of Nationality. New York 1958.
- MAURACH, Reinhart: Russische Judenpolitik. Berlin-Leipzig-Wien 1939.

- MEINECKE, Friedrich: Weltbürgertum und Nationalstaat. München 1908.
- MEISSNER, Boris: Sowjetunion und Selbstbestimmungsrecht. Köln 1962.
- MEISSNER, Boris: Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961. Köln 1962.
- MENDELSON, Ezra: The Jewish Socialist Movement and the Second International, 1889 - 1914: The Struggle for Recognition; in: Jewish Social Studies, Vol. XXVI, 3 (Juli 1964), S. 131 - 145.
- MENDELSON, Ezra: Class struggle in the Pale. The Formative Years of the Jewish Workers' Movement in Tsarist Russia. Cambridge 1970.
- Der Mensch im kommunistischen System. Tübinger Vorträge über Marxismus und Sowjetstaat. Hrsg. v. Werner Markert. Tübingen 1962².
- MEYER, Alfred G.: Leninism. New York 1962².
- MINOGUE, Kenneth R.: Nationalismus. München 1970.
- MOMMSEN, Hans: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. I. Das Ringen um die supranationale Integration der zisleithanischen Arbeiterbewegung (1867 - 1907). Wien 1963.
- MOMMSEN, Hans; Martiny, Albrecht: Nationalismus, Nationalitätenfrage; in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Bd. IV, Freiburg-Basel Wien 1971, S. 623 - 695.
- MÜLLER, Otto W. Intelligencija. Untersuchungen zur Geschichte eines politischen Schlagworts. Frankfurt/M. 1971.
- Nation und Nationalität. Beiträge von F. Hertz, S.R. Steinmetz, M.H. Boehm u. a. Leipzig 1927.
- Nationalism. A report by a study group of members of the Royal Institut of Internat. Affairs. London 1939.
- NETTL, J. P.: Rosa Luxemburg. London 1969.
- NEUMANN, F. J.: Volk und Nation. Leipzig 1888.
- NOLLAU, Günther: Die Internationale. Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus. Köln-Berlin 1961².
- PALME, Anton: Die Russische Verfassung. Berlin 1910.
- PATKIN, A. L.: The Origins of the Russian-Jewish Labour Movement. Melbourne-London 1947.
- PAVLOVIC, M.: Lenin i nacional'nyj vopros; in: Pod znamenem Marksizma, Nr. 1 (Januar 1924), S. 164 - 188;
- PFALZGRAF, Kongrad: Die Politisierung und Radikalisierung des Problems Rußland und Europa bei N. J. Danilevskij; in: Forsch. z. Osteurop. Gesch., Bd. 1 (1954), S. 55 - 204.

- PINSON, Koppel S.: Arkady Kremer, Vladimir Medem, and the Ideology of the Jewish "Bund"; in: Jewish Social Studies, Vol. VII, 3 (July 1945), S. 233 - 264.
- PIPES, Richard: Russian Marxism and Its Populist Background: The Late Nineteenth Century; in: Russian Review, Vol. 19, Nr. 4 (Oktober 1960), S. 316 - 337.
- PIPES, Richard: The Formation of the Soviet Union Communism and Nationalism 1917 - 1923. Rev. ed., Cambridge/Massachusetts 1964.
- PIPES, Richard: Struve. Liberal on the Left, 1870 - 1905. Cambridge/Mass. 1970.
- RADKEY, Oliver H.: An Alternative to Bolshevism: The Program of Russian Social Revolutionism; in: The Journal of Modern History, Vol. XXV (März 1953), S. 25 - 39.
- RADKEY, Oliver H.: The Agrarian Foes of Bolshevism. New York and London 1958, 1962².
- RAUCH, Georg v.: Rußland: Staatliche Einheit und nationale Vielfalt. Föderalistische Kräfte und Ideen in der russischen Geschichte. München 1953.
- Der Revisionismus. Hrsg. v. Leopold Labedz. Köln-Berlin 1965.
- RIASANOVSKY, Nicholas V.: Rußland und der Westen. München 1954.
- RJASANOFF, N.: Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Rußlands in Europa; in: NZ, Ergänzungsheft Nr. 5 (1908/1909).
- RJASANOFF, N.: Karl Marx und Friedrich Engels über die Polenfrage; in: Archiv f. d. Gesch. d. Soz. u. d. Arbeiterbeweg., VI (1916), S. 175 - 221.
- ROSDOLSKY, Roman: Friedrich Engels und das Problem der "Geschichtslosen Völker"; in: Archiv f. Sozialgeschichte, IV (1964), S. 87 - 282.
- ROTHFELS, Hans: Marxismus und auswärtige Politik; in: Deutscher Staat und deutsche Parteien. Friedrich Meinecke zum 60. Geburtstag dargebracht. München-Berlin 1922, S. 308-341.
- ROTHFELS, Hans: Zeitgeschichtliche Betrachtungen. Vorträge und Aufsätze. 2., durchgesehene Auflage, Göttingen 1959.
- RUBEL, Maximilien: La Russie dans l'oeuvre de Marx et d'Engels. La Nouvelle Gazette Rhénane et la Russie 1848 - 1850; in: La Revue Socialiste, Nouvelle Série 48 (1951), S. 219 - 235.
- Russian Jewry (1860 - 1917). Edited by Jacob Frumkin, Gregor Aronson, Alexis Goldenweiser. New York and London 1966.
- Die russische Intelligentsia. Hrsg. v. Richard Pipes. Stuttgart 1962.
- Die russischen politischen Parteien von 1905 bis 1917. Ein Dokumentationsband. Hrsg. u. eingeleitet v. Peter Scheibert. Darmstadt 1972.

- Russkaja istoričeskaja literatura v klassovom osveščanii. Sbornik statej pod redakcijej M.N. Prokrovskogo, t. II, Moskva 1930.
- Russland-Studien. Gedenkschrift f. Otto Hoetzsch. Stuttgart 1957.
- Rußlands Aufbruch ins 20. Jahrhundert. Politik-Gesellschaft-Kultur 1894 - 1917. Hrsg. von Georg Katkov, Erwin Oberländer, Nikolaus Poppe und Georg v. Rauch. Olten 1970.
- SABALINUAS, Leonas: Social Democracy in Tsarist Lithuania, 1893 - 1904; in: Slavic Review, Vol. XXXI, 2 (Juni 1972), S. 323 - 342.
- SCHAPIRO, Leonard: Plechanov als Politiker; in: Forsch. z. Osteurop. Gesch., Bd. 8 (1962), S. 282 - 298.
- SCHAPIRO, Leonard: Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Frankfurt/M. 1962.
- SCHAPIRO, Leonard: Rationalism and Nationalism in Russian Nineteenth-Century Political Thought. New Haven and London 1967.
- SCHEIBERT, Peter: Von Bakumin bis Lenin. Geschichte der russischen revolutionären Ideologien 1840 - 1895, Bd. 1, Leiden 1956.
- SCHIEDER, Theodor: Idee und Gestalt des übernationalen Staates seit dem 19. Jahrhundert, in: HZ, 184 (1957), S. 336 - 366.
- SCHIEDER, Theodor: Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaats; in: HZ, 202 (1966), S. 75 - 81.
- SCHUMPETER, Josef: Aufsätze zur Soziologie. Tübingen 1953.
- SCHWARZ, Solomon M.: The Jews in the Soviet Union. Syracuse 1951.
- SEMENOFF, Georg: Die nationale Frage in der russischen Revolution; in: Zeitschrift f. Politik, XIV, 3 (1924), S. 247 - 275.
- SETON-WATSON, Hugh: "Intelligentsia" und Nationalismus in Osteuropa 1848 - 1918; in: HZ 195 (1962), S. 331 - 345.
- SETON-WATSON, Hugh: Nationalism and Communism. Essays 1946 - 1963. New York 1964.
- SHAHEEN, S.: The Communist Bolshevik Theory of National Self-Determination. Den Haag-Bandung 1956.
- SOLLE, Zdenek: Die Sozialdemokratie in der Habsburger Monarchie und die tschechische Frage; in: Archiv f. Sozialgeschichte, VI/VII (1966/67), S. 315 - 390.
- STANKEVIČ, V.: Sud' by narodov Rossii. Berlin 1921.
- STÖKL, Günther: Entstehung und Entwicklung des Sowjetimperiums; in: Sowjetstudien, Nr. 8 (Februar 1960), S. 5 - 19.
- STÖKL, Günther: Russische Geschichte, 2. erw. Auflage, Stuttgart 1965.
- STROBEL, Georg W.: Die Partei Rosa Luxemburgs, Lenin und die SPD. Wiesbaden 1974.

- ŠUB, D.: Političeskie dejateli Rossii (1850-ych - 1920-ych gg.) Sbornik statej. N'ju - Jork 1969.
- SUNY, Ronold Grigor: The Baku Commune 1917 - 1918. Class and Nationality in the Russian Revolution. Princeton, New Jersey 1972.
- TOBIAS, Henry J.: The Bund and Lenin Until 1903; in: Russian Review, 20 (1961), 4, S. 344 - 358.
- TOBIAS, Henry J.: The Jewish Bund in Russia. From Its Origins to 1905. Stanford/California 1972.
- TREADGOLD, Donald W.: Lenin and his Rivals. London 1955.
- UTECHIN, S. V.: Geschichte der politischen Ideen in Rußland. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966.
- VEJLAND, O.: Avgustovskij blok (1911 - 1914 gg.); in: Proletarskaja Revoljucija, Nr. 1 (60) (1927), S. 125 - 183.
- Verhandlungen des Zweiten Deutschen Soziologentages vom 20. - 22. Oktober 1912 in Berlin. Tübingen 1913.
- WALSH, Warren B.: Political Parties in the Russian Dumas; in: The Journal of Modern History, 22 (1950), S. 144 - 150.
- WEHLER, Hans-Ulrich: Sozialdemokratie und Nationalstaat. Die deutsche Sozialdemokratie und die Nationalitätenfragen in Deutschland von Karl Marx bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Würzburg 1962. Zweite, vollständig überarbeitete Auflage mit dem Untertitel: Nationalitätenfragen in Deutschland 1840 - 1914. Göttingen 1971.
- WITTRAM, Reinhard: Das Nationale als europäisches Problem. Beiträge zur Geschichte des Nationalitätsprinzips vornehmlich im 19. Jahrhundert. Göttingen 1954.
- WOLFE, Bertram D.: Drei Männer, die die Welt erschütterten. Wien (1951).
- WOLFE, Bertram D.: Nationalism and Internationalism in Marx and Engels; in: The American Slavic and East European Review, Vol. XVII, 4 (1958), S. 403 - 417.

ERLANGER HISTORISCHE STUDIEN

Herausgegeben von den Professoren Dr. K. H. Ruffmann und Dr. Hubert Rumpel

- Band 1 Helmut Altrichter: Konstitutionalismus und Imperialismus. Der Reichstag und die deutsch-russischen Beziehungen 1890–1914. 428 S., 1977.
- Band 2 Klaus Heller: Revolutionärer Sozialismus und nationale Frage. Das Problem des Nationalismus bei russischen und jüdischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären im Russischen Reich bis zur Revolution 1905–1907. 328 S., 1977.

ÜBER DEN AUTOR:

1937 in Bad Salzungen/Thüringen geboren. Studium 1959–1965 an den Universitäten Würzburg und Tübingen Geschichte, Germanistik und Slawistik. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien in Geschichte, Deutsch und Russisch (1965). Anschließend im bayerischen Schuldienst. Lehramtassessor (1967).

Seit 1970 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geschichte, Abt. osteuropäische Geschichte, der Universität Erlangen-Nürnberg. Promotion (1973). Zur Zeit Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft.